

**Klaus-Peter Schulz**

**Berlin**  
zwischen  
**Freiheit**  
und  
**Diktatur**

**STAHECK · BERLIN**

KLAUS-PETER SCHULZ

**BERLIN  
ZWISCHEN FREIHEIT  
UND DIKTATUR**

ERNST STANECKVERLAG-BERLIN



Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1962 by Ernst Staneck Verlag, Berlin

Einbandentwurf Kurt Jentsch

Gesamtherstellung Druckhaus Lichterfelde, Berlin

Printed in Germany

Eingelesen mit [ABBYY Fine Reader](#)

## STATT EINES VORWORTES

«Jericho aber war verschlossen und verwahret vor den Kindern Israel, dass niemand aus oder ein kommen konnte.

Aber der Herr sprach zu Josua: Siehe da, ich habe Jericho samt ihrem Könige und Kriegsleuten in deine Hand gegeben.

Lass alle Kriegsmänner rings um die Stadt her gehen einmal, und tue sechs Tage also.

Und lass sieben Priester sieben Posaunen des Halljahres tragen vor der Lade her, und am siebenten Tage gehet siebenmal um die Stadt, und lass die Priester die Posaunen blasen.

Und wenn man das Halljahrshorn blaset und es lange tönnet, dass ihr die Posaune höret, so soll das ganze Volk ein grosses Feldgeschrei machen, so werden der Stadt Mauern Umfallen, und das Volk soll hineinsteigen, ein jeglicher stracks vor sich.»

## DER SCHAUPLATZ

### BERLIN ALS WELTPROBLEM

Die politische Weisheit unseres Jahrhunderts hat der Menschheit einige Begriffe und Probleme beschert, deren blosser Namensgebung vergangene Generationen in die äusserste Verwirrung gestürzt hätte und deren Realität sie durch eine Flucht nach vorn ausgewichen wären.

Der freien Welt, in deren Grenzen die überlieferten Normen menschlicher Gesittung, des Völkerrechts und der friedlichen Verständigung nicht nur prinzipielle Geltung beanspruchen, sondern von der überwiegenden Mehrheit auch stillschweigend respektiert werden, ist eine solche Flucht nach vorn im Atomzeitalter selbstverständlich versagt. Ob die andere, die totalitäre Seite, für die die Macht an sich statt eines legitimen Instruments der Politik zu einem Rauschgiftmittel geworden zu sein scheint, eine solche Flucht nach vorn ernsthaft in Erwägung zieht, ist zur Stunde ungewisser denn je. Mit Sicherheit lässt sich nur sagen, dass der kommunistische Block nach einer mehr als zehnjährigen zwar unnachgiebigen, aber eindeutig defensiven Haltung in Mitteleuropa wieder zu einer wuchtigen und erpresserischen Offensive übergegangen ist. Hierbei dienen ihm die beiden Phänomene unseres Zeitalters, denen objektiv die stärkste Paradoxie innewohnt, der *«Eiserne Vorhang»* und der *«Kalte Krieg»* als willkommenen Hebelarme. Zwei Daten von geschichtlicher Fatalität sind der Be-

weis dafür: der 13. wie der 31. August 1961, der Tag, an dem Ulbricht mit Billigung der Warschauer Paktstaaten das bisherige Symbol des Eisernen Vorhangs mitten in Berlin in eine Realität aus Stacheldraht und Beton verwandelte, und der Tag, an dem die Sowjetunion nach fast dreijähriger Pause einseitig die Atomwaffenversuche wieder aufnahm.

Uns Bürgern der freien Welt sind weder der Eiserner Vorhang noch der Kalte Krieg jemals sympathisch gewesen noch gar als verheissungsvoll erschienen. Wir trugen schwer daran, aber wir gewöhnten uns allmählich, mit ihnen zu leben: aus dem einzigen Grunde freilich, weil wir begriffen hatten, dass unter den heutigen Verhältnissen jeder Versuch, diese Phänomene mit Gewalt zu beseitigen, den Untergang aller Zivilisation bedeuten könnte. Dennoch bleibt ein Widerspruch ein Widerspruch, eine Torheit eine Torheit, auch wenn deren radikale Beseitigung einem Selbstmord gleichkäme. Der Verzicht auf Gewaltanwendung darf nie zu einem Verzicht auf Vernunftanstrengung führen, die für unser Jahrhundert charakteristischen Torheiten nach und nach durch aktive Leistungen der freien Welt zu überwinden. Anpassung an heute unausweichliche Gegebenheiten darf nicht zu achselzuckendem Fatalismus erstarren. Patentlösungen zur raschen Überwindung der Weltübel, wie sie insbesondere der letzte Krieg sichtbar gemacht hat, gibt es nicht; wer sich aber einbildet, das Rezept «*quieta non movere*» als einzig denkbare Patentlösung westlicher Politik anbieten zu können, hat ganz sicher die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Er vergisst, dass die andere Seite seit Herbst 1958 ihrerseits die «*Bewegung des Ruhenden*» sehr zielbewusst vorbereitete und seit Sommer 1961 daraus die Konsequenzen direkter Aktion gezogen hat, deren Grenzen noch nicht abzusehen sind.

Er vergisst aber auch, dass die Zeiten vorbei sind, in denen es Staatsmännern und Politikern in aller Welt gestattet sein mochte, mit den Begriffen des Eisernen Vorhangs und des Kalten Krieges ohne Rücksicht auf Zeitverluste diplomatisch zu jonglieren. Mehr und mehr umschreiben diese platten Vokabeln schreckliche menschliche Schicksale. Was in den fünfziger Jahren in dumpfer Resignation der unmittelbar Betroffenen seinen Ausdruck fand, kann in den sechziger Jahren leicht in Verzweiflung umschlagen. Mit dieser Reaktion hat übrigens nicht nur der Westen, sondern auch und gerade die Sowjetunion zu rechnen. Mit ihren schon inflatorisch gewordenen Vernichtungsdrohungen gegen die freie Welt, mit den zahllosen Bekundungen ihrer angeblich unüberwindlichen Stärke ist es ihr sicher gelungen, viele Menschen in Furcht und Schrecken zu versetzen, die noch ein lebenswertes Dasein zu verlieren haben. Wie aber steht es mit denjenigen, deren Existenz sie mit ihren jüngsten Massnahmen praktisch jeden Sinn entzogen hat und die sie insofern systematisch dazu treibt, eines Tages womöglich das berüchtigte Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende und ohne alle Hoffnung vorzuziehen? Diese Frage ist ebenso ungewiss wie die andere, ob Moskau wirklich beabsichtigt, einen dritten Weltkrieg zu führen, und wird sie vermutlich zeitlich noch überdauern, wenn nicht alle Anstrengungen gemacht werden, Zuständen, die absolut unerträglich geworden sind, sobald wie möglich wenigstens wieder einen erträglichen Charakter zu verleihen.

Durch die Ereignisse des 13. August 1961 ist Berlin, im Verlauf seiner sehr wechselvollen Geschichte abermals zu einem entscheidenden Funktionswandel gezwungen, zum empfindlichsten Seismographen der Weltpolitik geworden. Das künftige Geschick dieser Stadt, die nicht im mindesten nach einer so dramatischen Erprobung strebte, wird ein Testfall für das Element des Unerträglichen oder des gerade noch Erträglichen

sein, auf dessen sorgfältige Ausbalancierung künftig alle politischen Massnahmen gerichtet sein müssen. Das liegt ganz einfach daran, dass die Gegensätze und Paradoxien unseres Zeitalters nirgendwo greifbarer und vehementer zum Ausdruck kommen als hier. Berlin war es im Laufe seiner Geschichte beschieden, sechsmal hintereinander Hauptstadt sehr verschiedener Staatsgebilde zu sein: die Hauptstadt Kurbrandenburgs, die Hauptstadt Preussens, die Hauptstadt des von Bismarck geschaffenen Deutschen Reiches, die Hauptstadt der ersten deutschen Republik und schliesslich die Hauptstadt des Dritten Reiches. Das sind erst fünf geschichtliche Etappen und nicht sechs, wird der aufmerksame Leser konstatieren. Aber gerade in dieser Zeit kann nicht nachdrücklich genug daran erinnert werden, dass die Hauptstadtfunktion Berlins auch nach dem totalen Zusammenbruch von 1945 zunächst unangetastet blieb. Sie fand vielmehr ihren Ausdruck in der Errichtung von vier Sektoren, der Analogie der vier Besatzungszonen, in einem ausdrücklich zu einem solchen erklärten *«Sondergebiet»*. Von hier aus sollten die Besiegten gemeinsam kontrolliert und regiert werden, von hier aus sollte der zunächst recht unansehnlich gewordenen politischen und territorialen Konkursmasse des Dritten Reiches nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz wenigstens die wirtschaftliche Einheit als Vorstufe einer späteren politischen und administrativen Wiedervereinigung aller Besatzungszonen gewahrt bleiben.

Nach drei an unberechenbaren Ereignissen überreichen Jahren kündigte sich das vollständige Scheitern eines so einmaligen geschichtlichen Experiments an. Das Fiasko des Alliierten Kontrollrats sprengte die Einheit Berlins bereits auseinander, bevor es zur Zerreissung Deutschlands in zwei Hälften kam.



Dieses Fiasko erklärt sich objektiv zweifellos aus der Uneinigkeit der Siegermächte in den wesentlichsten Nachkriegsfragen, hauptsächlich im Hinblick auf die künftige Einordnung und Partnerschaft des besiegten Deutschland. Berlin wurde aber nicht allein zum beweiskräftigsten Symbol dieser entmutigenden objektiven Erkenntnis; hier zeigte sich auch am deutlichsten und schnellsten, welche Motive subjektiv für das Scheitern des erwähnten Experiments verantwortlich zeichneten. Hier begriffen die Westmächte am frühesten, was für *optimistische* Illusionen sie sich während des Krieges über Charakter und Absichten der Sowjetunion, aber auch was für ungerechtfertigte *pessimistische* Illusionen sie sich – zum Teil wenigstens – in der vereinfachenden Perspektive, wie sie die Hitze des Gefechts nun einmal mit sich bringt, über das deutsche Volk gemacht hatten. Die Zeche einer so verhängnisvollen, wenn nicht gar verderblichen weltpolitischen Fehlkalkulation hatten jedenfalls die Berliner zu bezahlen.

#### DAS SINNBILD DEUTSCHEN SCHICKSALS

Schon seit dem 30. November 1948 existierten im Osten und Westen Berlins zwei voneinander völlig getrennte Stadtverwaltungen, eine Tatsache, die sich durchaus mit der Teilung des Zellkerns vergleichen lässt. Denn die aus den früheren drei Westzonen hervorgegangene Bundesrepublik wurde erst im September 1949 aus der Taufe gehoben und die aus der früheren sowjetischen Besatzungszone hervorgegangene, sogenannte «*Deutsche Demokratische Republik*» noch einen Monat später. Der enge Raum einer modernen Grossstadt mit ihrer Millionenbevölkerung brachte es ferner mit sich, dass der Unterschied zweier Lebens- und Wertordnungen, zweier Gesellschaftsauffassungen und Wirtschaftssysteme nirgendwo so

krass zutage trat wie in Berlin, wo deren ins Auge springende Gegensätze unmittelbar sichtbar wurden und bis August 1961 sogar vergleichbar waren. Nichtsdesto weniger verkörperte sich in dieser auf Geheiss der Sowjets und auf Initiative ihrer deutschen Willensvollstrecker gewaltsam gespaltenen Stadt – so paradox diese Feststellung anmuten mag – noch fast dreizehn Jahre lang die inzwischen verlorengegangene Einheit Deutschlands. Alle Schikanen des kommunistischen Regimes, das Ostberlin schon im Oktober 1949 widerrechtlich zur *«Hauptstadt der DDR»* erklärte, konnten es nicht verhindern, dass die Menschen nach wie vor zueinanderfanden. Der durch die Blockade von 1948 erstmalig schwer erschütterte, durch die alliierten Vereinbarungen vom Mai und Juni 1949 jedoch erneut bekräftigte Viermächtestatus Grossberlins garantierte dafür, dass die von jedem als lästig und willkürlich empfundene Sektorengrenzen kein Hindernis für Kontakte und Begegnungen darstellten. Am stärksten und natürlichsten drückte sich die in Generationen und Jahrhunderten allmählich zusammengewachsene und nunmehr unzertrennlich anmutende Einheit eines riesigen kommunalen Organismus im Rhythmus von Alltag und Beruf aus. Bis zum 13. August 1961 arbeiteten noch immer rund 50'000 Ostberliner in den Fabriken, Büros und Werkstätten im freien Teil der Stadt, vielfach weniger, um eine politische Protesthaltung zu bekunden, als aus dem einfachen Grunde, weil sie das schon seit Jahren oder gar seit Jahrzehnten taten, weil damit enge menschliche Beziehungen entstanden und nicht zuletzt wohlverworbene Rechte gesichert worden waren. Für rund 13'000 Westberliner lag die Stätte ihres beruflichen Wirkens im Ostsektor. Ein sorgfältig errechneter Geldumtausch für diesen Personenkreis stabilisierte nach den Gesetzen von Billigkeit und Vernunft das Währungsgefälle.

Gewiss beruhigte sich der Spalterfanatismus Pankows ob dieser Tatsache niemals gänzlich. Immer neue Massnahmen ersann die schikanöse Phantasie der kommunistischen Machthaber, um die klaren Bestimmungen des Viermächtestatus zu durchlöchern und das Phänomen der moralischen und tatsächlichen Einheit Berlins zu unterminieren. Im gleichen Augenblick, als das Ulbrichtregime im Frühsommer 1952 an der Zonengrenze nach Westdeutschland eine ursprüngliche militärische Demarkationslinie in ein Niemandsland verwandelte, schlossen sich auch die Zonengrenzen rings um Berlin noch hermetischer und unerbittlicher. Westberlinern wurde es von nun an verwehrt, ohne besondere schriftliche Genehmigung in die Sowjetzone einzureisen. Das galt auch für die Angehörigen Verstorbener, die auf den grossen Friedhöfen im Zonenrandgebiet ihre letzte Ruhestätte gefunden hatten. Gleichfalls im Zonenrandgebiet verfielen unzählige von Parzellen, Laubengrundstücken usw., auf denen Tausende sogenannter kleiner Leute Wochenendhäuschen und Ähnliches besaßen, der Beschlagnahme. Im Stadtgebiet von Grossberlin selbst zerschnitt man das bis dahin noch einheitliche Telefonnetz. In dem sagenhaften Schilda hätte man auf keinen sinnvolleren Einfall kommen können: Westberliner, die mit ihren Ostberliner Freunden und Bekannten telefonieren wollten, waren seit Sommer 1952 auf den kostspieligen und umständlichen Leitweg über Frankfurt a. M. und Leipzig angewiesen.

Aber wer benutzte diesen Leitweg schon, wenn es besondere Umstände nicht dringend erforderten? Der direkte Weg zueinander war zweckmässiger und müheloser. Die in den früheren Jahrzehnten in langer und planvoller Arbeit gebauten oberirdischen und unterirdischen Verkehrswege der S-Bahn und U-Bahn beförderten die Bewohner der gleichen Stadt nach wie

vor rasch und bequem, von gelegentlichen lästigen Kontrollen an den jeweiligen Sektorengrenzstationen abgesehen, aus einer politischen und ideologischen Welt in die andere. In zahlreichen Strassen verlief die Sektorengrenze genau in der Mitte des Fahrdamms, in manchen anderen verliess der Bewohner Westberlins sein «*Territorium*» schon in dem Augenblick, da er die Schwelle seines Hauses überschritt, weil die angrenzende Strasse ausschliesslich zum Ostsektor gehörte – oder umgekehrt. So schien die Einheit der deutschen Hauptstadt trotz der fast kompletten administrativen Spaltung allein durch die normative Kraft des Faktischen hinlänglich gesichert.

Was aber zählten schliesslich das Faktische, die Lebenslinien eines systematisch entwickelten gemeinsamen Verkehrsnetzes und andere für unauflöslich gehaltene kommunale Einrichtungen, bei aller immanenten Gewichtigkeit, wenn man sie mit der Einheit der Herzen und Gesinnungen verglich, verkörpert von Menschen, die sich in bösen oder guten Tagen, im Versagen oder in der Bewährung stets als Schicksalsgemeinschaft gefühlt hatten? Diese Schicksalsgemeinschaft verkörpert ja auch nach wie vor und für alle Zukunft das geteilte Deutschland. Unzählig viele verwandtschaftliche und freundschaftliche Bindungen, die sich durch keine Macht der Welt zerschneiden lassen, laufen über den unerbittlichen Eisernen Vorhang hinweg. Dennoch leuchtet es bei einem Gebiet von der Grösse Deutschlands ohne weiteres ein, dass es zahlreiche Bewohner Bayerns, Württembergs oder der Rheinprovinzen gibt, die beispielsweise Mecklenburg oder Sachsen überhaupt nicht kennen, keine lebendigen Erinnerungen mit diesen Gegenden verbinden, geschweige Menschen dort wissen, mit denen sie sich durch unmittelbare innere Nähe verbunden fühlen könnten. Für eine Stadtgemeinde wie Grossberlin lagen die Verhältnisse wesentlich anders.

Kaum ein alteingessener Bewohner der westlichen Bezirke besitzt nicht Verwandte oder enge Freunde in den Ostbezirken und umgekehrt. Das riesige Gelände des Grunewaldes, der im Westen der Stadt entlang dem breiten Havelstrom verläuft, war beliebtes Ausflugsziel aller Berliner, genau so wie die ausgedehnte Waldfläche um den Müggelsee im Osten der Stadt. Die steinernen Monumente einer grossen und bedeutsamen Vergangenheit im Herzen Berlins, mochte sie auch der Krieg grossenteils verunstaltet oder gar zerstört haben, das Museumsviertel, die Universität, die dort gelegenen Theater und Opernhäuser, den Reichstag oder den grossartig wieder angelegten Tiergarten, empfanden mehr als drei Millionen Menschen unwillkürlich als unveräusserlichen und gemeinsamen «*Besitz*».

Eines also hatte die kommunistische Diktatur weder zu verhindern noch abzudrosseln vermocht: die Unmittelbarkeit menschlicher Begegnungen, und zwar in beiden Teilen der Stadt, sei es in privaten Kreisen, sei es auf Veranstaltungen sportlicher, unterhaltsamer, belehrender oder kultureller Art. Aber auch der politische Bekennermut setzte sich oft genug über die Sektorengrenzen hinweg: bei den riesenhaften Mai-kundgebungen auf dem Platz der Republik in Westberlin, zum nationalen Feiertag des 17. Juni und bei anderen Gelegenheiten demonstrierten stets Tausende und Abertausende von Ostberlinern oder Bewohnern der Zonenrandgebiete Seite an Seite mit ihren Mitbürgern aus dem freien Teil der Stadt. Und wie sollte sich daran, so meinte man lange Jahre, jemals etwas ändern? Konnte man die Sektorengrenze überhaupt jemals «*dichtmachen*», würde ein notwendig aufzubietender riesiger Kontrollapparat zu ihrer lückenlosen Überwachung jemals zuverlässig funktionieren, wollte jemand das wahnwitzige Experiment riskieren, mitten in einem lebendigen städtischen Orga-

nismus praktisch durch Strassen und Häuser hindurch gewaltsame «*Todesstreifen*» zu errichten und damit zwangsläufig zahlreiche Familien aus ihren Wohnungen zu deportieren? Alle noch so wohlbegründete Skepsis gegenüber einer drohenden politischen Entwicklung neigte dazu, diese konkreten Fragen dennoch zu verneinen. Auch der Kommunismus musste seinen überzeugten Bekennern doch schliesslich ein Minimum von Menschlichkeit und Vernunft belassen haben. Auch die Funktionäre der sowjetzonalen Staatspartei hatten ja einmal Eltern besessen oder besaßen sie noch, waren schliesslich ebenfalls Väter und Mütter von Kindern. Solche einfachen und naheliegenden menschlichen Überlegungen hielten freilich der Zukunft ebensowenig stand wie der Vergangenheit. Der Zukunft nicht, weil sie den 13. August 1961 in ihrem Schosse trug; der Vergangenheit nicht, weil ja die Erwägungen im Hinblick auf die Funktionäre der Staatspartei und deren Helfershelfer sich schon am Beispiel Eichmanns und der SS-Henkernegnechte in Auschwitz, Maidanek und anderen Vernichtungslagern nicht bewährt hatten. Die Fähigkeit des Menschen zum Guten ist nun einmal relativ leicht abzuschätzen und abzugrenzen, seine Fähigkeit zum Bösen nicht.

Dessenungeachtet verkörpert sich in den Mauern des seit 1948 gespaltenen und seit August 1961 zerrissenen und misshandelten Berlin die Idee der deutschen Einheit noch immer am sinnfälligsten und lebendigsten. Das durch Sperrmauern, Stacheldraht und geräumte Strassenzüge verunstaltete Antlitz der deutschen Hauptstadt ist gleichsam zu einem Zerrspiegel geworden, aus dem jeder Unbefangene heute noch am deutlichsten und zuverlässigsten ablesen kann, was der Kommunismus in seinem Machtbereich sowohl unter individuellem Menschenglück wie unter dem Selbstbestimmungsrecht von Ge-

meinschaften und Völkern tatsächlich versteht. Berlin ist durch den 13. August 1961 und durch dessen Folgen gleichzeitig zur unaufhaltsam blutenden Wunde des deutschen Volkes geworden, die, und zwar möglichst rechtzeitig, einer kausalen und nicht nur einer symptomatischen Behandlung bedarf, wenn man mit diesem Volk weiterhin im Spannungsfeld politischer Kombinationen und Ehrgeize auf die Dauer rechnen will – dies gilt, wohlgemerkt, für alle Welt, für den Osten, für die sogenannten Neutralen und nicht zuletzt für den Westen.

#### ZWISCHEN OSTEN UND WESTEN

Gerade das Verhältnis Berlins und seiner Menschen zum Westen erfordert gleichfalls eine prinzipielle Vorbemerkung, bevor versucht werden soll, das dramatische Schicksal der Stadt seit 1945 in Umrissen nachzuzeichnen. Hier hat die Umwertung aller Werte und Vorstellungen, mit denen die zunächst misstrauische und hasserfüllte freie Welt ganz Deutschland nach dem Kriege gegenübertrat, am schnellsten, am radikalsten, aber auch am verheissungsvollsten und glaubwürdigsten begonnen. Die Berliner haben es während der wechselvollen Geschichte seit der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches zunächst erlitten und erlebt und später in jeder ihnen auf gezwungenen Entscheidungssituation durch die Tat bewiesen, dass die Gesicke der Menschen nicht ausschliesslich durch ökonomische Faktoren, durch Wirtschaftsstatistiken und Rentabilitätskalkulationen gelenkt werden, sondern dass auch den Faktoren der Gesinnung, der seelischen Haltung, der Opferbereitschaft und dem Mut zum Widerstand ein erheblicher, manchmal sogar entscheidender Einfluss zukommt. Alle diese Faktoren würden in ihrer prinzipiellen Be-

deutung zwar nicht gemindert, wohl aber von ihrem effektiven politischen Gewicht das Wesentliche einbüßen, könnte die Millionenstadt an Spree und Havel eines Tages nicht mehr jener uneingeschränkten Solidarität gewiss sein, die die Eigenart ihres Schicksals weit über ihre und über die deutschen Grenzen hinaus geweckt hat.

Noch vor relativ kurzer Zeit, mag sie uns durch die dazwischen aufgetürmten Ereignisse noch so ferngerückt sein, fungierte Berlin als offizielles Nervenzentrum eines totalitären Staates *par excellence*. Wenn auch gerade die hier lebende Bevölkerung dem Dritten Reich im Allgemeinen viel kritischer gegenüberstand als andere deutsche Stämme (bekanntlich war die antinazistische Opposition in Berlin neben Hamburg und dem Rheinland am stärksten), bleibt doch die Tatsache bestehen, dass die Politik der Erpressungen und Brutalitäten des Hitler-Regimes von der Hauptstadt aus dirigiert wurde und dass die unmenschlichsten Institutionen jener Epoche in ihren Mauern beheimatet waren: etwa das berüchtigte Hauptquartier der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Strasse, in dessen Kellern deutsche und ausländische Widerstandskämpfer oft aufs grausamste gefoltert wurden, der Volksgerichtshof Roland Freislers, der Todesurteile am laufenden Band produzierte, oder schliesslich das Gefängnis in Plötzensee, in dem Tausende von Menschen, Prominente wie völlig Unbekannte, unter dem Beil oder am Galgen endeten. Kein Wunder, dass der Name Berlins bei den europäischen Nationen, die fast alle unter dem Dritten Reich zu leiden hatten, unwillkürlich einen sehr schlechten Klang bekam und dass man die Antipathie zunächst unbewusst von dem verhassten Symbol auch auf dessen lebendige Entsprechung, die Bevölkerung, übertrug. Im internationalen Leumund galten die Berliner zeitweilig als die deutschesten unter den Deutschen (in einem freilich sehr ne-



gativen Sinn), als die preussischsten unter den Preussen, als die Überzeugtesten Nazis unter allen übrigen.

Obwohl diese Unterstellung in keiner Weise zutraf, ist es psychologisch doch nur verständlich, dass eine solche Legende, vor allem während des Krieges, entstand und auch unmittelbar danach im europäischen Bewusstsein noch fortlebte. Nicht zuletzt darum aber ist das Schicksal Berlins seit 1945 mit all seiner Bitterkeit und Tragik einer der überzeugendsten Beweise für die Bewährung sehr positiver menschlicher Eigenschaften. Der gerade in den Völkern Westeuropas und den Vereinigten Staaten seit Generationen, ja, hier und da schon seit Jahrhunderten lebendige und wirkungsmächtige Wille zur Freiheit trat seit Beginn des Jahres 1946 ausgerechnet in Berlin, an einem Ort also, wo ihn die Opfer der Hitlerära am wenigsten vermutet hätten, mit einer elementaren Kraft zutage. Dieser Wille zur Freiheit wiederum erweckte bei den Völkern der freien Welt einen anderen, nicht minder edlen: den Willen zur Vergeltung, die Bereitschaft, vergangenes Unrecht nicht mehr nachzutragen und die alte unerbittliche Devise «*vae victis!*» in erstaunlich kurzer Zeit in ein Bekenntnis zu sachlicher Partnerschaft und moralischer Verbundenheit zu verwandeln. An die Stelle der Verachtung und des Hasses trat bald das verblüffte Staunen, an die Stelle des Staunens trat schliesslich die Bewunderung für die Tapferkeit und Unbeirrbarkeit eines «*verwegenen Menschenschlages*», als den schon Goethe die Berliner bezeichnete: eine Bewunderung übrigens, von der die Bundesrepublik in ihrem Ansehen bei den Völkern der westeuropäischen Gemeinschaft und den NATO-Staaten ganz wesentlich profitiert. Man könnte auch sagen, dass sich die grosszügige Wirtschaftshilfe, die die Bundesrepublik dem bedräng-

ten Westberlin seit der Blockade leistete, politisch in jeder Beziehung bezahlt gemacht hat.

Auch die Situation Berlins ist seit geraumer Zeit durch eine Reihe von Schlagworten charakterisiert, denen allen eine beweisbare Realität innewohnt. Man spricht bis heute allgemein von der Insel der Freiheit, von dem Vorposten der freien Welt. Man ist sich darüber klar, dass die Erhaltung der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts für mehr als zwei Millionen Westberliner nicht nur eine einzigartige Symbolkraft besitzt, sondern zu der vielleicht empfindlichsten Frage weltpolitischen Prestiges geworden ist: und zwar für beide Seiten, für den Westen wie für den Osten. Die Westmächte wissen genau, dass ein etwaiges Aufgeben ihrer Position in Berlin von der Welt nicht nur als Verrat, sondern, objektiv schlimmer noch, als ein Anfall jener Schwäche ausgelegt werden würde, von der sich kein Individuum und kein Kollektiv mehr vollends erholen. Darum ist Moskau andererseits so erpicht darauf, den Westen aus Berlin zu verdrängen. Solange Westberlin als wirklich unabhängiges Gebilde existiert, ist der Eiserne Vorhang eben bei all seiner Härte und trotz aller Betonmauern nicht völlig dicht. Solange mitten im Ozean des Kommunismus zwischen Marienborn und Wladiwostok eine Insel erhalten bleibt, deren Bevölkerung immer wieder, vor allem durch das Mittel freier und unbeeinflusster Wahlen Gelegenheit erhält zu bekunden, wie entschieden sie in ihrer überwältigenden Mehrheit den Totalitarismus ablehnt, besteht Hoffnung für alle Unterdrückten in Mitteldeutschland und sinngemäss sogar in Osteuropa.

Das sind gewiss ebenso zutreffende wie überaus wichtige Dinge, aber sie erklären wahrscheinlich noch immer nicht das Verhältnis Berlins zum Westen und zur freien Welt in seinen letzten und tiefsten Wurzeln. Hinter allen praktischen Erwä-

gungen, allen realpolitischen Überlegungen, allen Prestigempfindlichkeiten treffen wir vielleicht auf nichts anderes als auf die unbewusste Sehnsucht, gewisse Werte zu erhalten, die in einer Epoche der Entscheidung und Bewährung so erschütternd sichtbar wurden. Die vorhin erwähnten beiden Impulse, der Wille zur Freiheit und der Wille zur Vergebung, machen in einem sehr wesentlichen Sinne das Wesen Europas aus, in ihnen durchmischen sich antike und christliche Traditionen und Zielsetzungen. Die geschichtliche Entwicklung vollzieht sich jedoch meist im Rhythmus einer sehr utilitaristischen Kausalität, und die Generationen dürfen noch von Glück sagen, die zu ihren Lebzeiten nicht viel anderes beobachten konnten. Unserer Generation ist das abgründig Böse nicht erspart geblieben. Darum brauchen wir vielleicht, jenseits aller Zweckhaftigkeit und Rationalität, in besonderem Masse die wenigen ungewöhnlich positiven Elemente des Menschlichen in der Politik, wie sie sich im Kampf um Berlin manifestierten.

Um die Zusammenhänge aufzuhellen, die eine solche Behauptung rechtfertigen, genügt ein so summarischer Hinweis freilich nicht. Nachfühlen wird sie nur derjenige, der sich mit den dramatischen und widerspruchsvollen Geschicken Berlins seit 1945 vertraut gemacht hat, wie sie die folgenden Seiten darzustellen versuchen. Eine Geschichte der Stadt, die zumindest an den Brennpunkten des Geschehens immer zugleich eine Geschichte der Weltpolitik sein müsste, darf allerdings kein Leser erwarten. Ein solches Unternehmen würde die Kräfte eines Einzelnen bei weitem überfordern. Diese Schrift dient ausdrücklich dem Zweck, den Leser mit einigen ebenso interessanten wie typischen Vorgängen näher bekannt zu machen, die unlogisch dünkenden Widersprüche der Entwicklung Berlins seit Kriegsende auf logisch durchaus greifliche Ursachen

zurückzuführen und bei dieser Gelegenheit manches hier und da noch obwaltende Missverständnis aus der Welt zu schaffen. Wenn es damit gelänge, manchen bisher nur unbewusst Sympathisierenden zum bewussten Freunde Berlins zu gewinnen, wäre damit nicht allein der Sache der Stadt im Herzen Europas, sondern auch der gemeinsamen Sache der Freiheit ein Dienst geleistet.

### SOGKRAFT DER ATMOSPHERE

Bevor wir aber mit der chronologischen Schilderung der Ereignisse seit 1945 beginnen, muss noch ein spezielles Problem gestreift und geklärt werden, soweit es überhaupt zu klären ist. Es ist in den letzten Jahren oft die Frage aufgeworfen worden, ob man das Experiment der ursprünglichen Vierteilung einer Millionenstadt, deren Aufspaltung und schliessliche Zerreissung in zwei ideologisch widerstrebende Hälften, ob man das Experiment der Blockade und der ständigen Nadelstiche bis zur augenblicklichen massiven Bedrohung, die bereits mit dem Sowjetultimatum am 27. November 1958 begann, unter der Voraussetzung eines gleichen oder auch nur ähnlichen Ausgangs an einem anderen Orte Deutschlands überhaupt hätte veranstalten können. Präzise ist diese Frage natürlich nicht zu beantworten, denn alles, was damit an Verwirrendem und Belastendem zusammenhängt, hat sich eben in Berlin abgespielt, nicht in Hamburg, Köln, Frankfurt oder München. Dennoch steckt etwas Richtiges in der Fragestellung: aus den verschiedensten Gründen sind die Berliner tatsächlich in ungewöhnlichem Masse dazu prädestiniert, Herausforderungen des Geschicks zu ertragen und wirkungsvoll darauf zu reagieren. Sie sind eben nicht die *«deutschesten unter den Deutschen»*, weder in positivem noch in negativem Sinne. Kaum

einen Dichter oder Musiker ersten Ranges hat Berlin der deutschen Nation geschenkt, es kann sich in dieser Beziehung nicht im mindesten mit Ostpreussen, Schlesien, Sachsen und Thüringen und schon gar nicht mit Württemberg vergleichen. Vielleicht waren die Bedingungen eines mit nervöser Hast von einer Provinzmetropole zur Weltstadt wachsenden Organismus zu unet, zu flüchtig, zu wenig *«bodenständig»*, um die Sesshaftigkeit von Generationen zu begünstigen, aus denen dann plötzlich der Funke des Schöpferischen mit elementarer Gewalt hervorbricht.

Es ist wahrscheinlich auch kein Zufall – um ein höchst aktuelles Beispiel herauszugreifen –, dass von den fünf bedeutenden politischen Persönlichkeiten, die Berlin in den kritischen Jahren seit 1945 so glaubwürdig nach aussen repräsentierten, auch nicht eine *«mit Spreewasser getauft»* worden ist. Frau Louise Schroeder war Hamburgerin, Ernst Reuter und Otto Suhr stammten aus Friesland und aus Oldenburg, Walther Schreiber aus der Provinz Sachsen, der jetzige Regierende Bürgermeister, Willy Brandt, ist in Lübeck geboren.

Dennoch hätten es die vier verstorbenen Repräsentanten der Stadt ebenso als Beleidigung aufgefasst, wie es der lebende täte, wäre ihnen die Eigenschaft abgesprochen worden, Berliner zu sein – und zwar Berliner mit Leib und Seele. Mit den ästhetischen Reizen der Stadt kann ein solches Zugehörigkeitsgefühl nichts zu tun haben. Im klassischen Sinne schön wie die uralten Metropolen Europas, Rom, Wien, Paris, Brüssel oder London, ist Berlin nie gewesen. Dem niemals grossartigen, aber stilvollen und gediegenen Stadtkern rund um das Schlüter Schloss von einst haben insbesondere die sogenannten *«Gründerjahre»* nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870-71 und die dann folgende rasche Industrialisierung ein unübersehbares steinernes Meer von Mietskasernen hinzuge-

fügt, deren einziges Stilprinzip offenbar darin bestanden haben muss, miteinander an Hässlichkeit zu konkurrieren. Mehr als die Hälfte dieses Stadtgebildes wurde von den Luftangriffen des letzten Krieges betroffen. Dabei wurden fast alle wertvollen Bauwerke entweder völlig zerstört oder in Ruinen verwandelt. In den Jahren von 1943 bis zur Beendigung der Blockade im Jahre 1949 glich Berlin eher einem riesenhaften Schuttbladeplatz als einer Stadt. Seitdem ist allerdings in den Westbezirken eine auffallend schöne und attraktive moderne Weltstadt im Werden, aber eben erst im Werden, wobei man auch nicht vergessen darf, dass hinter den Betonmauern architektonische Stilelemente von starker Gegensätzlichkeit für die Zukunft erneute Schwierigkeiten schaffen.

Woraus erklärt sich nun die nie ganz erloschene Sogkraft Berlins, die Stärke eines Heimatgefühls, das die gebürtigen Berliner mit allen jenen, die von aussen zugewandert sind und zuwandern, zu einer so starken und bewussten Gemeinschaft verbindet? In erster Linie ist es wohl die Weltoffenheit dieser Stadt, die auf ihre Lebendigkeit und schier unbegrenzte Erneuerungsfähigkeit immer stolzer gewesen ist als auf noch so ehrwürdige, aber doch dem Staub der Jahrhunderte ausgesetzte Traditionen. Während andere namhafte deutsche Städte bestrebt waren, ihre oft bis ins Mittelalter zurückreichenden Eigenarten möglichst unverfälscht zu bewahren und sich gegen alle fremden Einflüsse sorgsam abzuschirmen, hat Berlin stets Wert darauf gelegt, das Fremde förmlich herbeizurufen, ja, anzulocken und mit Privilegien zu versehen, um sich immer wieder mit ihm zu vergleichen und in einem Prozess ständiger Anpassung und Einschmelzung mit ihm eins zu werden. Wer sich in den Mauern Berlins als Berliner fühlt, wird automatisch als solcher angesehen und respektiert, mag er von

noch so weit hergekommen sein und mag sein Idiom dem Einheimischen zunächst noch so befremdlich klingen. So ist im Laufe der Jahrhunderte eine Bevölkerung von sehr charakteristischer Eigenart entstanden, deren wichtigstes Merkmal allerdings gerade darin besteht, sich immer wieder Elemente von aussen zuzuführen und damit einer permanenten Regeneration fähig zu bleiben. In dieser Beziehung zumindest ist das Schicksal Berlins im Kleinen mit dem Schicksal der Vereinigten Staaten im Grossen zu vergleichen, wobei man noch auf eine merkwürdige chronologische Übereinstimmung verweisen kann: Ende des 18. Jahrhunderts errangen die Vereinigten Staaten ihre Selbständigkeit, vom Ende des 18. Jahrhunderts ab entwickelte sich Berlin innerhalb von drei Generationen zur Weltstadt.

Die geschichtlich bemerkenswerteste Blutzufuhr erhielt Berlin im Jahre 1685. Bis dahin hatte die kurbrandenburgische Residenz, die aus dem mittelalterlichen Fischerdorf erwachsen war und in der sich wendische und germanische Elemente noch immer ungefähr die Waage hielten, nicht viel von sich reden gemacht. Friedrich Wilhelm, der «*Grosse Kurfürst*», erkannte mit sicherem Blick die Chance, die sich für sein kleines, schwach bevölkertes Land und insbesondere für seine Hauptstadt aus der Vertreibung der französischen Hugenotten durch Ludwig XIV. ergab. Durch das Edikt von Potsdam im Jahre 1685 lud er die Vertriebenen ein, sich in Brandenburg eine neue Heimat zu suchen. Ungefähr 25'000 Hugenotten folgten dem Ruf, und viele von ihnen siedelten sich in Berlin an. Da die Einwohnerzahl damals nur rund 20'000 betrug, ergab sich die Merkwürdigkeit, dass Ende des 17. Jahrhunderts fast jeder zweite Berliner ein gebürtiger Franzose war. Heute haben sich die französischen Spuren natürlich quantitativ längst verflüchtigt, sind aber bei genauer Analyse noch immer als höchst wirksames Element, man möchte sagen, als

ganz spezifisches Hormon, festzustellen. Jedenfalls liegt in diesem Phänomen eine nicht unwesentliche Erklärung dafür, wodurch sich die Berliner Bevölkerung in manchen Eigenschaften und Reaktionsweisen in sehr typischer Weise von anderen deutschen Stämmen unterscheidet.

Friedrich Wilhems Urenkel, der unter dem Namen «*Friedrich der Grosse*» in die Geschichte einging, ein Geist von ähnlicher Unbefangenheit und dabei von europäischer Bildung, setzte die Privilegierung leistungsfähiger Ausländer bewusst fort. In diesem Zusammenhang sind mehrere Aussprüche bekannt geworden, aus denen sich auf sein Programm schliessen liess, etwa, dass in seinen Landen jeder nach seiner Fassung selig werden solle oder dass alle Religionen gleich und gut seien und dass man darum auch den Türken oder Heiden, «*wenn sie kämen, um das Land zu peuplieren*», Moscheen und Kirchen bauen wolle. Neue französische Spuren hinterliess speziell in Berlin das napoleonische Besatzungsregime von 1806 bis 1809. Als sich die preussische Metropole dann im Verlaufe der nächsten Generationen immer erkennbarer zur künftigen Reichshauptstadt entwickelte, übte dieser Vorgang seine natürliche Anziehungskraft auf die abenteuerlustigen und ehrgeizigen Schichten aller Stände und Volksklassen in ganz Deutschland aus. Hunderttausende von Menschen wanderten allein aus Schlesien nach Berlin ein. Bis zum Dritten Reich hatte auch ein erheblicher Prozentsatz der rund 600'000 deutschen Juden in Berlin seine Heimat gefunden. Vor allem im geistigen und kulturellen Leben der deutschen Hauptstadt während der Weimarer Republik spielten die Juden eine hervorragende Rolle und trugen wesentlich mit dazu bei, Berlin während jener kurzen Epoche zu einer Kunst-, Theater- und Musikstadt zu machen, mit der es an konkreten Leistungen



und an Zusammenballung schöpferischer Energien keine andere Stadt der Welt aufnehmen konnte.

Nach diesem gedrängten Überblick lässt sich wohl leichter begreifen, warum Berlin zwar keine Bedingungen begünstigte, die die Talente grosser Einzelner durch beschauliches Wachstum förderten, wohl aber eine Atmosphäre schuf, in der grosse Einzelne sich wohlfühlten und gern ihr Leben gestalteten, wenn sie erst einmal mit ihr bekannt geworden waren. Sicherlich aber hat das wechselvolle Berliner Klima auf die Ausprägung jener Bevölkerungsmentalität entscheidend eingewirkt, deren Originalität immer wieder Gegenstand scharfsinniger Interpretationen gewesen ist und wohl auch die vorhin erwähnte Frage eingegeben hat, ob eine andere deutsche Stadt Erprobungen standgehalten hätte, wie sie Berlin seit 1945 immer wieder erfuhr. Gewiss sind die Berliner objektiv alles andere als ein *«auserwähltes Volk»* und fühlen sich auch subjektiv in keiner Weise als ein solches. Es ist ihnen weder vom Schicksal auf den Leib geschrieben worden, sich heroisch zu verhalten noch wurde es ausgerechnet dieser Generation gleichsam an der Wiege mitgegeben, sich in einem hartnäckigen und pausenlosen Kampf um die Freiheit so eindrucksvoll und unerschrocken zu bewähren. Zwei typische Eigenschaften des Berliners mögen ihn vielleicht mehr als andere befähigen, sich auf das Ungewöhnliche einzustellen: einmal seine in ständiger Auseinandersetzung mit dem Fremden und Andersartigen erprobte Fähigkeit, auf jede Situation blitzschnell zu reagieren, jedenfalls weit schneller als der Durchschnitt seiner deutschen Landsleute; ferner ein Merkmal, das man nicht anders als eine unerschöpfliche Mitgift kollektiven Humors und Witzes definieren kann. Dieser kollektive Humor, aus der Anonymität des Volkes stets erneut gespeist und dann erstaunlich schnell verbreitet, lässt eine nach Millionen zählende Be-

völkerung in mancher Entscheidungssituation so auftreten, dass man glaubt, man hätte es mit einem Individuum, mit einem einzigen Menschen zu tun. Man denke an die Monate der Blockade oder an die letzten Wahlen im Dezember 1958: da gab es keinen Zweifel, kein Zögern, kein ängstliches Abtasten, ob etwas nützt oder nicht, und vor allem kein Relativieren der Werte, für die man kämpft und die man zu verteidigen hat. Mit drei sehr verschiedenen Beispielen jener Berliner Mentalität, aus der sich in so starkem Masse die unbeirrbar politische Bewährung einer isolierten Stadt erklärt, sei dieses Einführungskapitel abgeschlossen. Sie verraten vor allem eine gewisse Kontinuität im Reigen der Jahrhunderte und ihrer wechselnden Einflüsse. Bei allem, was der Berliner in sich aufgenommen hat, stets bereitwillig und anpassungsfähig, in einigen Voraussetzungen muss er sich gleichgeblieben sein: in der Nüchternheit, der Illusionslosigkeit, der Abwehr alles falschen Pathos, der Entschlossenheit, sich nur vom Echten bewegen zu lassen und nicht zuletzt in dem Stoizismus im Ertragen von Härten.

Mitten im Herzen der alten Stadt führte eine enge Gasse, der Krögel, vom Molkenmarkt zur Spree. Schon Hitler liess diese Gasse abreißen, um Platz für seine Mammutbauten zu schaffen. In einem Innenhof des Krögels befand sich eine künstlerisch gestaltete Sonnenuhr, die dort im 14. Jahrhundert angebracht worden war. Eine lateinische Inschrift «*Mors certa, hora incerta*» wies in jenem Zeitalter technischer Unzulänglichkeit auf die Ungenauigkeit der Zeitangabe hin. Die Gelehrten stritten sich später, was für einen Gedanken der mittelalterliche Künstler bei seiner Inschrift wohl gehegt haben konnte. Wollte er andeuten, wie manche meinten, der Tod sei gewiss, aber dessen Stunde ungewiss, oder wollte er zum Ausdruck bringen, was einleuchtender wäre, dass es bei der alleinigen

fatalen Gewissheit des Todes auf die Genauigkeit der täglich wechselnden Uhrzeit so sehr nicht ankomme? Die Berliner durchschlugen den gordischen Knoten, indem sie den lateinischen Spruch auf ihre Weise übersetzten: «Todsicher *geht die Uhr nicht richtig.*» Womit sie denn wohl mindestens für alle die Stunden, in denen die Sonne nicht schien, absolut rechtbehielten.

Im 18. Jahrhundert trieb Graf Cagliostro, der bekannte charmante Hochstapler, Schaumschläger, Hellseher und Zauberkünstler, in den verschiedensten europäischen Hauptstädten sein Unwesen. Er kam auch nach Berlin, aber im Gegensatz zu den meisten anderen Orten gefiel es ihm dort keineswegs, aus einem sehr einleuchtenden Grunde, den er mit Offenherzigkeit bekannte: «*Berlin – ekelhafte Stadt – kein Mensch glaubt einem etwas.*»

Seit Jahr und Tag eröffnet das in der Blockadezeit entstandene volkstümlichste Kabarett Berlins alle seine Programme mit dem gleichen Chanson:

«*Der Insulaner verliert die Ruhe nicht...*» Jedesmal schwingt das Berliner Publikum mit, sobald die ihm wohlbekannte Melodie zu dem Standardvers ertönt. Es erkennt sich in dreifacher Weise wieder: als «*Insulaner*», ein sehr unfreiwilliger und nach dem 13. August 1961 ganz wörtlich zu nehmender Ehrentitel, in der leisen Sentimentalität, die die Melodie durchzieht und in der gelassenen Zuversicht, dass man die Ruhe nicht verlieren wird – trotz alledem und alledem.

Es ist wohl kaum übertrieben zu behaupten, dass diese gänzlich unheroische, typisch kabarettistische Melodie in der menschlichen Freiheitsgeschichte neben anderen, gewichtigeren und wertvolleren musikalischen Vorbildern ihren Platz bereits erobert hat und für immer behaupten wird.

Es wäre aber unangebracht zu glauben, dass die in manchen Merkmalen charakterisierte und an einigen Beispielen erläuterte kollektive Mitgift der Berliner sozusagen eine absolute Grösse wäre, mit der man unter allen Umständen rechnen und der man jede Belastung zumuten dürfte. Es fehlt nicht an Symptomen dafür, dass sich dieses für Deutschland und die ganze freie Welt kostbare Kapital nach einer so beispiellosen Inanspruchnahme und nach einer Serie schwerster Enttäuschungen besonders in den letzten Jahren allmählich verzehrt. Diese Stadt braucht Hoffnung, Hoffnung und noch einmal Hoffnung – Hoffnung vor allem auf eine glaubwürdige Bewahrung jenes Kräftegleichgewichts, das allein über den Engpass potentieller Katastrophen hinwegführen und damit garantieren kann, dass sich unsere Söhne und Enkel vielleicht, ob im Osten, im Westen oder sonstwo geboren, wirklich zu einer Koexistenz zusammenfinden, die bis heute nur ein anrühiges Schlagwort zur Vernebelung des masslosen kommunistischen Imperialismus darstellt.

## AUFBRUCH AUS DEM CHAOS

### NULLSITUATION IM TRÜMMERFELD

Seit dem späten Vormittag des 2. Mai 1945 schwieg in Berlin der Waffenlärm. Die Verteidiger der Reichshauptstadt kapitulierten vor den Truppen der Roten Armee. Knapp 48 Stunden zuvor hatte der Anstifter des Zweiten Weltkrieges im Bunker tief unter den Trümmern seiner Reichskanzlei seinem Leben ein Ende gemacht. Das Dritte Reich befand sich in voller Auflösung und wurde fünf Tage später, am 7. Mai, durch die bedingungslose Kapitulation der Regierung Dönitz endgültig liquidiert.

Für Berlin vollzog sich die Zeitenwende jedoch unter wesentlich anderen Umständen als für die meisten deutschen Grossstädte, insbesondere im Westen Deutschlands. Das unerbittliche Schicksal des Luftkrieges hatte sie allerdings alle gemeinsam betroffen, wenn sich auch die Zerstörungen in Berlin besonders schwer auswirkten. Hier mussten im Laufe der Zeit und in überaus mühseliger Arbeit nicht weniger als 70 Millionen Kubikmeter Trümmerschutt hinweggeräumt werden. Von den rund 250'000 Gebäuden waren mehr als 70 Prozent beschädigt, darunter mehr als 10 Prozent total zerstört und weitere 10 Prozent so schwer, dass ein Wiederaufbau nicht in Betracht kam. Die restlichen 50 Prozent wiesen teils erhebliche, teils mittlere, teils leichte Beschädigungen auf.

Die Gesamtbilanz wird noch wesentlich ungünstiger, wenn man sich vergegenwärtigt, wie unterschiedlich die einzelnen Stadtgeden von den Folgen des Luftkriegs betroffen waren. Angesichts der gewaltigen Flächenausdehnung der Stadt hatten die ausgesprochenen Vorortbezirke an der Peripherie, wie Zehlendorf, Spandau, Reinickendorf, Pankow, Weissen-see, Lichtenberg und Köpenick, nur verhältnismässig geringe Schäden erlitten. Je mehr man sich aber dem Zentrum näherte, desto trostloser traten die Ruinen ins Blickfeld. Die eigentliche Innenstadt und die sie unmittelbar umgebenden Bezirke lagen so gut wie vollständig in Trümmern.

Im Gegensatz zu den meisten westdeutschen Städten war aber in Berlin fast 14 Tage lang gegen den schliesslich von allen Seiten vorrückenden Gegner mörderisch gekämpft worden. Während die Grossstädte am Rhein, an der Küste und in Süddeutschland sich fast widerstandslos von den britischen und amerikanischen Panzern überrollen liessen, wurden in Berlin, hauptsächlich im eigentlichen Stadtkern, Strassenzeile um Strassenzeile, oft genug Haus um Haus, zäh verteidigt. Hierfür gab es verschiedene Gründe. Bis zu seinem Selbstmord am 30. April leitete Hitler auf seine Weise persönlich die Operationen. Das Kampfgebiet von Berlin gab ihm die letzte Möglichkeit, seine wahnwitzige Strategie noch einmal auf engstem Raum zu erproben. Hauptsächlich war es die Angst vor der Roten Armee, die Soldaten wie Zivilbevölkerung zu einem verzweifelten Widerstand antrieb. Man glaubte nichts mehr zu verlieren zu haben.

Die Furcht vor dem Vergeltungswillen der Sowjettruppen hatte noch eine andere Wirkung. Während im Westen Deutschlands in vielen Fällen die kommunalen Verwaltungen des Dritten Reiches während einer Übergangszeit zur Erledigung des Notwendigsten noch in Funktion blieb, lösten sie

sich in Berlin schon während der Kämpfe, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in ein Nichts auf. übrigen hätte es in den ersten Tagen der Zeitenwende auch kaum etwas zu verwalten gegeben, selbst wenn die Apparate einigermaßen intakt geblieben wären. Die schweren Kämpfe hatten das gesamte Verkehrsnetz zerrissen. Es sollte über einen Monat dauern, bis die U-Bahn auf einer ersten winzigen Teilstrecke wieder den Betrieb aufnahm. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung war vollständig zum Erliegen gekommen, keine Telefonverbindung funktionierte mehr. Dabei lebten in Berlin, das nach der letzten Friedensstatistik 4,3 Millionen Einwohner zählte, bei Beendigung des Krieges immerhin noch rund 2,8 Millionen Menschen. Die unvermeidlichen sanitären und hygienischen Folgen, die sich aus dem totalen Zusammenbruch eines geregelten Versorgungssystems ergaben, liessen denn auch nicht auf sich warten. Schon im Juni wurde Berlin von einer Ruhrepidemie heimgesucht, der im August eine Typhusepidemie folgte. Für die Bekämpfung der Seuchen stand anfänglich nur ein Minimum von Medikamenten und Krankenbetten zur Verfügung, ganz abgesehen davon, dass natürlich auch der regelmässige Transport der Erkrankten in die mit aller Hast wieder aufgebauten Isolierstationen wegen Fahrzeugmangels auf unennbare Schwierigkeiten stiess.

Da die Engländer und Amerikaner ihre schon während des Krieges festgelegten Sektoren erst Anfang Juli 1945 übernahmen – noch einen Monat später, im August, folgten die Franzosen – waren die Sowjets in den ersten zwei Monaten nach der Eroberung Berlins die Alleinherren über einen zwar zusammengeslagenen und aus tausend Wunden blutenden städtischen Organismus, der ihnen indessen aus Symbol- und Prestige Gründen als eminent wichtig erschien. Sie zögerten

denn auch nicht, ihren zeitlichen Vorsprung nach Kräften auszunutzen und bis zum Eintreffen ihrer westlichen Partner – die auf so engem Raum zwangsläufig ihre Konkurrenten werden mussten – wirtschaftliche und politische Tatsachen zu schaffen, an denen möglichst nicht mehr gerüttelt werden konnte.

Ihre erste rigorose Massnahme auf wirtschaftlichem Gebiet bestand in der Anordnung einer totalen Kontensperre. Das bedeutete, dass jeder Deutsche in ihrem Hoheitsbereich, soweit er nicht vorsorglich seine überdies reichlich entwerteten Reichsmark-Guthaben von den Banken und Kreditinstituten abgehoben hatte, von einem Tage zum anderen sämtlicher Existenzmittel beraubt wurde. Voreilige Optimisten vermuteten, die sowjetischen Militärbehörden hätten mit der von ihnen befohlenen Kontensperre eine Art Währungsreform im Auge. Theoretisch wäre das auch möglich, ja, sogar sinnvoll gewesen, weil damit natürlich viel überflüssiges Geld schlagartig aus dem Verkehr gezogen wurde. Eine solche finanztechnische Manipulation hätte aber nur dann einen Sinn gehabt, wenn ihr entsprechende wirtschaftspolitische Massnahmen unmittelbar auf dem Fusse gefolgt wären, etwa durch die entschlossene Ankurbelung einer angemessenen und der Lage gerecht werdenden Friedensproduktion.

Das aber lag nicht im mindesten in der Absicht der Sowjets. Vom ersten Tage ihrer Herrschaft an trachteten sie danach, ihre legitimen Reparationsansprüche an den besiegten Gegner nicht allein durch Abbau von Industrieausrüstungen, sondern auch durch massive Entnahmen aus der laufenden Produktion zu befriedigen. Das, was zur Deckung des deutschen Bedarfs übrigblieb, war so verschwindend gering, dass trotz der Kontensperre schon in kürzester Frist ein beträchtlicher neuer Geldüberhang und damit wiederum eine inflationäre Lage entstand. Das erscheint umso bemerkenswerter als in den ersten



Monaten nach Kriegsende die Staffelung der Löhne und Gehälter für die deutsche Bevölkerung nach den Anweisungen der sowjetischen Militärbehörden nach fast urkommunistischen Prinzipien erfolgte. (So lag beispielsweise die Spannweite der Gehälter in den wieder aufgebauten öffentlichen Behörden für die deutschen Angestellten von der untersten bis zur obersten Gruppe ursprünglich nur zwischen 150,- und 450,- Reichsmark monatlich.)

Die forcierte Demontage deutscher Industriebetriebe – wobei kleine und mittlere Unternehmungen genauso rücksichtslos ausgeplündert wurden wie grosse und wobei zwischen ehemaliger Kriegs- oder Friedensproduktion praktisch kein Unterschied gemacht wurde – führte logischerweise ausserdem zu einer ständigen Schrumpfung statt zu einer Vermehrung der Arbeitsplätze. Die ersten Monate nach Kriegsende, die noch dazu mit dem Sommerhalbjahr zusammenfielen, boten vornehmlich durch die dringend erforderlichen Aufräumungs-massnahmen, Schuttbeseitigung, Wiederherstellung von Verkehrswegen, Reparaturen des Kanalisationsnetzes usw. noch mannigfache Gelegenheit zu Notstandsarbeiten aller Art. Als aber das Notwendigste getan war, machte sich bald ein empfindlicher Arbeitsmangel bemerkbar, der in erschreckenden statistischen Zahlen seinen Ausdruck fand. Im Oktober 1945 wurden bei einer Gesamtbevölkerung von rund drei Millionen über 650'000 Personen, also mehr als 20 Prozent, von der Sozialfürsorge unterstützt.

Ein schier unlösbares Problem ergab sich in der ersten Nachkriegszeit ferner aus der Notwendigkeit der Ernährung einer Millionenbevölkerung, die weder in der Lage war, ihren Kalorienbedarf, wie die Bevölkerung auf dem flachen Lande, aus eigener Produktion zu decken noch wegen des Darniederliegens bzw. der gewaltsamen Einschränkung der handwerkli-

chen wie der Industrieproduktion notfalls Ware mit Ware bezahlen konnte. Ausserdem musste für die Ausgabe von Lebensmittelkarten praktisch jeder Einwohner Berlins durch neue Karteien erfasst werden. Bald wurde eine Staffelung der Lebensmittelkarten in fünf Kategorien eingeführt – in Schwerarbeiter, Arbeiter, Angestellte, Kinder und «*sonstige Bevölkerung*» – aber zunächst standen die Kalorien fast nur auf dem Papier, weil die Belieferung der Lebensmittelgeschäfte nachhinkte. So gab es unter Umständen wochenlang kein Fleisch und kein Fett, aber in der Regel konnte dann plötzlich die für den ganzen Monat zustehende Menge an einem Tage nachgekauft werden. Eine sehr unangenehme Überraschung erlebten ferner die westlichen Alliierten, als sie Anfang Juli ihre Sektoren besetzten. Die Sowjets zeigten sich nämlich keineswegs geneigt, ganz Berlin, wie das früher üblich und selbstverständlich war, aus den landwirtschaftlichen Erträgen des angrenzenden Zonengebietes zu versorgen. Im Gegenteil, kurz nach ihrem Eintreffen mussten sich die Briten und Amerikaner entschliessen, ihrerseits die Bevölkerung des Sowjetsektors vor dem Hungertode zu bewahren. Nur die Lieferung kanadischen Weizenmehls garantierte monatelang die notdürftigste Brotversorgung der Berliner.

#### **POLITISCHE PLÄNE DER SOWJETS**

So sehr aber die Sowjets darauf erpicht waren, ihre vorübergehende Monopolstellung in Berlin auch wirtschaftlich auszunutzen: der Hauptakzent ihrer Bemühungen lag eindeutig im politischen Bereich. Von Berlin aus, dessen Bedeutung als deutsche Hauptstadt durch das Viersektoren-Regime ja auch für die Zukunft allgemein anerkannt worden war, hofften sie, allmählich ihren prägenden und formenden Einfluss auf ganz Deutschland auszudehnen.

Spätestens in dem Augenblick, als die Rote Armee Mitte April zu ihrer letzten grossen Offensive über die Oder hinaus nach Westen vorsties, änderte Moskau seine Nachkriegspläne gegenüber Deutschland auf die radikalste nur denkbare Weise. Noch auf der Jaltakonferenz hatte sich Stalin an einer Lösung interessiert gezeigt, ja, eine solche sogar ausdrücklich befürwortet, die eine Zerstückelung Deutschlands in eine Reihe politisch aktionsunfähiger und allenfalls durch ein konföderatives Band miteinander verbundener Kleinstaaten vorsah. Dieses Projekt stiess in Jalta auf bereitwilliges Verständnis der Vereinigten Staaten, konnte darüber hinaus der eindeutigsten Sympathien Frankreichs gewiss sein, wenn es auch in Jalta so wenig vertreten war wie später in Potsdam, und begegnete nur den zögernden Bedenken Grossbritanniens.

Schon auf der Potsdamer Konferenz im Juli und August 1945 war jedoch von einer Zerstückelung Deutschlands nicht mehr die Rede. Im Gegenteil, es wurde dem besiegten Gegner ausdrücklich zugesagt, sein verbliebenes Gebiet schon während der Dauer der Besetzung als wirtschaftliche Einheit behandeln zu wollen. Da in dem Jahr zwischen der Konferenz von Jalta und dem ersten harten Aufeinanderprallen östlicher und westlicher Auffassungen in Berlin, wovon im nächsten Kapitel ausführlicher die Rede sein wird, die Initiative der Deutschlandpolitik eindeutig bei Moskau lag, musste Stalin also zwischen Jalta und Potsdam wesentlich neue Überlegungen angestellt haben.

über die letzten Gründe dieses immerhin überraschenden Kurswechsels schweigen bis heute die sowjetischen Archive. Wir sind daher auf Vermutungen angewiesen, die sich indes sen zu annähernder Gewissheit verdichten, wenn man die Berliner Erfahrungen der ersten Nachkriegsmonate und besonders während der Zeit der sowjetischen Alleinherrschaft gebührend berücksichtigt.

Was Stalin insgeheim plante und erstrebte, wurde in der früheren Reichshauptstadt schon sehr bald auf unzähligen indirekten Wegen entweder der Propaganda oder der politischen Aktivitäten mit ihren personellen Konsequenzen evident. Wahrscheinlich hatte Stalin in Jalta noch im psychologischen Banne eines mächtigen, überaus zähen und insofern nach wie vor gefährlichen Kriegsgegners gestanden. Ein Vierteljahr später war dieser Gegner endgültig zusammengebrochen, hatte sich den Siegern auf Gnade oder Ungnade ergeben müssen – und übrig blieb ein offenbar plötzlich entdecktes, geradezu ideales Experimentierfeld kommunistischer Machtpolitik, das freilich nur Früchte tragen konnte, wenn man es möglichst als Ganzes erhielt und seiner Hauptstadt unversehens wieder eine kontrollierende und richtungweisende Funktion über dieses Ganze verschaffte.

Wenden wir uns dem tatsächlichen Geschehen in Berlin zu, um diese Hypothese zu erhärten! Während die westlichen Besatzungsmächte in ihren Zonen höchstens für die Fiktion eines völlig umerzogenen deutschen Volkes der Zukunft eintraten, aber ganz gewiss gegen das tatsächlich existierende deutsche Volk von 1945 Politik machten, versuchten sich die Sowjets für ihre Politik von vornherein die Mitarbeit eines beträchtlichen Teils dieses Volkes zu sichern. Während die Westmächte in ihrem Hoheitsbereich die vereinfachende Gleichung des Krieges, wonach jeder Deutsche als Nazi zu betrachten sei, in aller Naivität weiterhin ernst nahmen, vergassen die Sowjets niemals, dass es noch bei den letzten leidlich freien Wahlen in Deutschland am 5. März 1933 rund 12 Millionen sozialistischer Wähler gegeben hatte, die in der Zwischenzeit unmöglich sämtlich aus innerer Überzeugung politisch konvertiert haben konnten. Die Sowjets wussten ferner, dass der Prozentsatz dieser Wähler in ihrer nunmehrigen Besatzungszone wie

in Berlin erheblich grösser war als im Süden oder Westen Deutschlands. Nach ihrer Berechnung kam daher alles darauf an, in ihrer Machtsphäre etwa vorhandene Bestrebungen politischer Aktivität von Deutschen selbst entschieden zu ermuntern, diese Aktivität aber gleichzeitig, so unauffällig es eben geschehen mochte, in ganz bestimmte Bahnen zu lenken. Moskau schwebte vor, das aufrichtige und redliche Bestreben von Millionen antinazistisch gesinnter Deutscher zur Demokratisierung ihres Vaterlandes für seine Zwecke zu monopolisieren, aber tunlichst so, dass die Betroffenen, ausser seinen überzeugten Anhängern, nichts davon merkten und dem Kommunismus insoweit indirekt in die Hände arbeiteten.

Die ersten Transparente der Sowjets, die die Berliner Bevölkerung nach der Kapitulation zu sehen bekamen, verrieten eine erstaunliche Mässigung, ja ein grosszügiges Wohlwollen für Deutschland. *«Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.»* So lautete das vielleicht aufschlussreichste Stalinzitat unter anderen wörtlich. Mochte diese Versicherung auch auf die Bevölkerung, die gerade die schlimmsten Schrecken unzähliger Plünderungen, Vergewaltigungen und damit zusammenhängender summarischer Mordtaten kaum hinter sich wusste, wenig unmittelbare Überzeugungskraft ausstrahlen, wir wissen heute, dass sie – im Sinne Moskaus – durchaus ernst gemeint waren. Ausserdem blieb es nicht bei dieser Form unverbindlicher Propaganda, sondern die ersten praktischen Massnahmen folgten auf dem Fusse. Noch am Tage der Kapitulation wurden in allen Bezirken unter stillschweigender Duldung der Behörden der Roten Armee sogenannte *«Volkskomitees»* gebildet, die sich vorwiegend aus alten und erprobten kommunistischen Funktionären zusammensetzten, aber schon bald aus Kreisen der übrigen antinazistisch gesonnenen Bevölkerung, vorwie-

gend von sozialdemokratischer Seite, erheblichen Zulauf fanden. Diese Komitees befassten sich in den ersten Tagen zwangsläufig mit einer Fülle improvisierter Verwaltungsaufgaben. Einigen von ihnen muss man heute noch nachsagen, dass sie rein sachlich in dieser Hinsicht durchaus keine schlechte Arbeit geleistet haben.

Die Hauptaufgabe der Volkskomitees lag aber auf einem anderen Gebiet. Sie sollten nach dem Willen der Sowjets – denn diesen blieb ja in Berlin selbst bis zum Eintreffen der westlichen «*Konkurrenz*» nicht viel Zeit – als Vermittlungsinstanz zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung dienen, noch bevor es wieder politische Parteien gab. Dabei wurden die Volkskomitees angewiesen, auf eine «*bestens*» bewährte totalitäre Einrichtung zurückzugreifen, die schon der braunen Diktatur wesentliche Dienste geleistet hatte und nun der roten die Bahn bereiten sollte: nämlich auf das System der sogenannten Haus- und Wohnblockobleute. Im Dritten Reich hatte sich die Bevölkerung an dieses organisierte Spitzelwesen gewöhnt, das die «*Zuverlässigkeit*» jedes Einzelnen bis in die Familien und bis zum Kochtopf überwachte. Also kam es nur darauf an, die zuständigen Personen auszuwechseln und mit ihnen selbstverständlich auch das politische Vokabular.

Heute, aus der Perspektive geordneterer Verhältnisse, mag sich dieses Bestreben nachträglich ausnehmen wie die Methode eines plumpen politischen Bauernfangs. Musste die Bevölkerung, die in der Morgenröte einer angeblich neuen und freieren Zeit in so eindeutiger Form die Fortführung von Methoden der Vergangenheit erlebte, nicht augenblicklich dahinterkommen, dass sich dann auch an den Zielsetzungen, von dem veränderten Vorzeichen abgesehen, kaum etwas gewandelt haben konnte? Tatsächlich trat die Ernüchterung schon

nach wenigen Monaten ein, aber nicht sofort, und wenn das überhaupt geschah, so lag es eben daran, dass eine totalitäre Diktatur wohl zeitweilig ihre eigenen Programme und Zielsetzungen in der Versenkung verschwinden lassen kann, aber unfähig ist, ihr Wesen und ihre politische Praxis länger als sehr kurzfristig zu tarnen. In den ersten Tagen und Wochen nach der Kapitulation empfanden die geängstigten und verschüchterten Menschen bei aller instinktiven Sehnsucht nach Freiheit ein ebenso starkes Anlehnungsbedürfnis. Die alten Autoritäten hatten gründlich abgewirtschaftet, aber inmitten eines unvorstellbaren Chaos, das schon die Zukunft der nächsten Stunden im ungewissen liess, waren neue Autoritäten durchaus willkommen, die mit tröstlichen Worten für die alltäglichsten Lebensnotwendigkeiten Rat und vielleicht sogar Tat versprechen. Warum sollte man den Sendboten der neuen «*antifaschistischen, fortschrittlichen und friedliebenden Demokratie*» nicht erst einmal auf Vorschuss glauben, noch dazu, wenn den meisten, die mit ihnen zu tun bekamen, buchstäblich nichts anderes übrigblieb?

#### **MAGISTRAT, BEZIRKSVERWALTUNGEN, PARTEIEN**

Nach dem ersten, psychologisch nicht ungeschickten Schritt, sich im besiegten Volk unverzüglich eine Propaganda- und Vertrauensbasis zu schaffen, taten die Sowjets ohne Zögern den zweiten. Schon am 17. Mai, zwei Wochen nach der Kapitulation, wurde die Bildung eines neuen zentralen Magistrats für Gesamtberlin bekanntgegeben. Als Oberbürgermeister fungierter ein weder politisch noch sonst in der Öffentlichkeit bekannter Mann, Dr. Arthur Werner, ein ehemaliger Ingenieur, schon hoch in den sechziger Jahren, den die Sowjets mit Hilfe der inzwischen aus Russland heimgekehrten Spitzen-

gruppe der früheren deutschen KPD buchstäblich aus der Anonymität ausgegraben hatten. Unter den vier Stellvertretern des Oberbürgermeisters befand sich nur ein überzeugter Kommunist. Abgesehen von den Schlüsselstellungen im Magistrat – Abteilung für Personalfragen, für Volksbildung, Sozialfürsorge und Arbeitseinsatz – trat das kommunistische Element in dieser insgesamt 20köpfigen Körperschaft auffallend in den Hintergrund. Neben einigen früheren Sozialdemokraten und Zentrumsmitgliedern sowie einigen unpolitischen Fachleuten gehörte dem Magistrat sogar beispielsweise als Stadtrat für Gesundheitswesen der berühmte Mediziner Professor Sauerbruch an, der in der Hitlerzeit ebenfalls hohe und repräsentative Funktionen in der Öffentlichkeit bekleidet hatte.

Die schnelle Bildung und personelle Zusammensetzung einer zentralen, von Deutschen geleiteten Autorität für Gesamtberlin kann als ein Meisterstück sowjetischer Tarnung bezeichnet werden. Hatte die Besatzungsmacht damit nicht vor aller Welt ihre feste Entschlossenheit zu sachlicher Aufbauarbeit eines weitgehend zerstörten Gemeinwesens und gleichzeitig eine bemerkenswerte politische Unbefangenheit bekundet? So musste es dem ahnungslosen Betrachter jedenfalls erscheinen. In Wirklichkeit kostete die Sowjets jene Geste ostensibler Grosszügigkeit und Selbstlosigkeit so gut wie nichts. Sie wussten genau, dass bei dem völligen Darniederliegen aller Verkehrsverbindungen und bei dem Fehlen von Möglichkeiten schneller Nachrichtenübermittlung der neugeschaffene zentrale Magistrat von Berlin, wenigstens für die ersten Monate und so lange sie hier ungestört schalten und walten konnten, ein recht ohnmächtiges Gebilde war. Ebensogut hätte man



diese Körperschaft, was ihren ursprünglichen direkten Nutzeffekt anging, auch aus Attrappen zusammensetzen können.

Völlig anders war die Situation in den 20 Berliner Bezirken, dem Charakter und der Bevölkerungsziffer nach jeder Einzelne eine Grossstadt für sich, aber bis etwa in die Zeit des Hochsommers hinein ebenfalls voneinander völlig isoliert. Soweit wichtige sachliche Entscheidungen überhaupt fallen konnten und fallen mussten, fielen sie auf der Ebene der Bezirke, soweit politische Aktivität zu diesem frühen Zeitpunkt überhaupt das Interesse der Bevölkerung zu finden vermochte, wurde sie hier manifest. Darum dauerte der personelle Aufbau der Apparaturen in den einzelnen Bezirken auch rund zwei Wochen länger als auf der zentralen Ebene und wurde vor allem nach den Gesichtspunkten politischer Verlässlichkeit im Sinne der Sowjets sehr viel sorgfältiger vorgenommen. Nach einer auf dem ersten Parteitag der Berliner CDU bekanntgegebenen Statistik, deren Stichhaltigkeit zu bezweifeln kein Anlass besteht, gehörten im März 1946, also unter Berücksichtigung einiger personeller Verschiebungen seit Gründung der Bezirksverwaltungen ein knappes Jahr zuvor in den 20 Berliner Bezirken von 230 Stadträten noch immer 100 zur KPD (Kommunistische Partei Deutschlands), 81 zur SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), aber nur 22 zur CDU (Christlich-Demokratische Union) und 7 zur LDP (Liberaldemokratische Partei). Die restlichen Stadträte bekannten sich zum Zeitpunkt des Berichtes, also im März 1946, formell zu keiner Partei, aber es war ein offenes Geheimnis, dass die meisten dieser «Parteilosen» im Fahrwasser der KPD schwammen.

Daraus erkennt man, wie eifrig sich die Sowjets darum bemühten, die von ihnen erstrebten späteren Mehrheitsverhältnisse in den für sie so wichtigen Berliner Bezirken praktisch vorwegzunehmen, besser gesagt, die Bevölkerung möglichst

unauffällig und allmählich an diese Verhältnisse zu gewöhnen. Immerhin nahmen die Bezirksverwaltungen, im Rahmen der ihnen von ihren Kommandanturen zugestandenen Befugnisse, mit den Aufgaben der Exekutive gleichzeitig die noch nicht vorhandenen Legislative wahr und waren in ihrem beschränkten Machtbereich souverän. Die massive Zurückdrängung des traditionell bürgerlichen Einflusses zugunsten des sozialistischen, und innerhalb des sozialistischen Lagers selbst die eindeutige Privilegierung der Kommunisten deuteten unverkennbar die Richtung an, in die die Sowjets zunächst die Berliner Verhältnisse und womöglich eines Tages die deutschen Verhältnisse überhaupt durch Peitsche und Zuckerbrot, durch Propaganda, Aushöhlung, Drohung und schliessliche Überrumpelung zu dirigieren hofften.

Nachdem um das noch immer vorhandene Chaos auf diese Weise ein erster notdürftiger organisatorischer Rahmen gezogen war, konnte Moskau den dritten Schritt wagen. Er erfolgte am 10. Juni 1945 in Form eines Erlasses von Marschall Shukow, des damaligen Chefs der Sowjetischen Militär-Administration, in dem die Bildung «*antifaschistisch-demokratischer Parteien*» erlaubt wurde. Dieser Schritt wurde allgemein als Sensation empfunden, umso mehr, als die Westmächte noch gar nicht daran dachten, Ähnliches in ihren Zonen zu gestatten. Die Tatsache, dass die kommunistische Partei schon 24 Stunden nach dem Erlass mit einem Parteiblatt (*Deutsche Volkszeitung*) vor die Öffentlichkeit trat, das einen übrigens sehr gemässigt und kleinbürgerlich klingenden programmatischen Aufruf enthielt und die Namen des Zentralkomitees bekanntgab, liess freilich vermuten, welche der künftigen Parteien sich des besonderen Wohlwollens der Besatzungsmacht erfreute und infolgedessen schon vor dem 10. Juni hinter den Kulissen am Aufbau ihrer Organisation hatte arbeiten können.

Jedoch folgten die drei anderen Parteien in kurzen Abständen, die Sozialdemokraten am 17. Juni, die Christlichen Demokraten am 22. Juni und die Liberaldemokraten am 5. Juli.

Alle vier Parteien wurden von der Besatzungsmacht sofort mit Zeitungslizenzen ausgestattet, wobei allerdings die Kommunisten, unbeschadet ihrer künftigen Mitgliederstärke und ohne Rücksicht auf das Bedürfnis der Leserschaft, den Löwenanteil des verfügbaren Papierkontingents und damit die höchste Auflage erhielten. (Nach den gleichen Gesichtspunkten verfuhr man in der sowjetischen Besatzungszone.)

Die Frage, warum es bei nur vier Parteien blieb, ist schwer zu beantworten. Sicher waren die Sowjets energisch bestrebt, jede Erweiterung des künftigen politischen Kräftefeldes zu einer möglichen Rechten hin ohnedies zu verhindern. Vielleicht ist aber auch die Beschränkung auf vier Parteien eine mehr indirekte Folge des von der Besatzungsmacht geforderten Organisationsprinzips gewesen. In der Sowjetzone und in Berlin erfolgte der Aufbau der Parteien, im Gegensatz zu der späteren Entwicklung in den Westzonen, nach streng autoritären Gesichtspunkten, nämlich von oben nach unten. Das war aber unter den Mitte 1945 gegebenen Verhältnissen praktisch nur solchen politischen Gruppen möglich, die sich auf einen traditionellen Stamm von Mitgliedern stützen konnten. Bei den Kommunisten, den Sozialdemokraten und – mit erheblichem Abstand – auch bei den Liberaldemokraten traf das im Wortsinne zu. Anders lagen die Verhältnisse bei der CDU. Hier handelte es sich um den einzigen Versuch einer originären Parteischöpfung ohne mehr oder minder festgelegte Traditionen. In ihr trafen sich Anhänger der einstigen katholischen Mittelpartei, des Zentrums, mit protestantischen Kräften aus dem Lager der früheren Demokratischen Partei, die dem reinen Liberalismus

keine echte Chance mehr einräumten, und schliesslich mit konservativen Gruppen, die durch ihre Erlebnisse während des Dritten Reiches nach links gedrängt worden waren. Jedenfalls schien das ohnedies noch geringe Bedürfnis der deutschen Bevölkerung im sowjetischen Machtbereich nach politischer Betätigung und Entfaltung durch die Gründung dieser vier Parteien zunächst weitgehend abgesättigt.

Die ersten Regungen der vier Parteien liessen die Sowjets vermuten, die Entwicklung bewege sich fast automatisch in dem von ihnen gewünschten Sinne. Ihrem geheimen Ziel, alle vier Gruppen vor den Karren ihrer Machtinteressen zu spannen und damit jede echte Konkurrenz zu den von ihnen so sichtbar privilegierten Kommunisten zu unterbinden, kam das ehrliche und tiefe Bedürfnis der Elite der antifaschistisch gesonnenen Deutschen entgegen, in einer Periode grausamer materieller Not und unsäglicher Entbehrungen so eng wie möglich zusammenzuarbeiten. Viele Sozialdemokraten empfanden sogar den lebhaften Wunsch, den Schlussstrich unter leidvolle Erfahrungen der Vergangenheit zu ziehen und sich von vornherein mit den Kommunisten zu einer neuen sozialistischen Partei zu verbinden. Sie waren ehrlich enttäuscht, als die kommunistischen Spitzenfunktionäre diesen Vorschlag unter dem Druck der Sowjets rundweg ablehnten und ihnen sozialdemokratischen Partnern zum Trost eine enge Aktionsgemeinschaft anboten. Aber auch in den beiden nichtsozialistischen Parteien, in der CDU wie in der LDP, lebte das Bewusstsein jener Solidarität fort, das sich in der Periode gemeinsamer Verfolgung während der Hitlerzeit so eindrucksvoll herausgebildet hatte. Diese Solidarität des ehemaligen Widerstandes, die unter dem gemeinsamen Druck eines unmenschlichen Regimes im Grunde nie nach Parteigrenzen gefragt hatte, sollte sich

jetzt zu kameradschaftlicher positiver Aktion im Interesse der notleidenden Bevölkerung und einer späteren gesunden Demokratie verdichten. Insofern sind der am 19. Juni entstandene gemeinsame Arbeitsausschuss von SPD und KPD und die am 14. Juli aus der Taufe gehobene Einheitsfront aller vier Parteien im sogenannten «*Antifaschistischen Block*» noch keinesfalls als bessere Zwangsgründungen zu betrachten, die allein auf sowjetische Nötigung erfolgt wären. Der Antifaschistische Block von damals darf beileibe nicht mit seinem späteren Nachfolger in der heutigen «*DDR*» verwechselt werden, der selbstverständlich ein rein totalitäres Gebilde darstellt.

#### **DIE WESTMÄCHTE KOMMEN**

Aber nicht allein die neugegründeten deutschen Parteien arbeiteten den Zielen Moskaus in der ersten Nachkriegsphase unbewusst entgegen. Auch die Westmächte verhielten sich, nachdem sie im Sommer 1945 ihre Sektoren spät genug übernommen und dafür Teile des Landes Mecklenburg, die ganze frühere Provinz Sachsen-Anhalt, das gesamte Land Thüringen und die gute Hälfte des Landes Sachsen, Gebiete, die heute sämtlich zur «*DDR*» gehören, gemäss den Londoner Vereinbarungen vom September und November 1944, geräumt hatten, ebenso tatsachenblind. Das erscheint umso unbegreiflicher, als sie ja schon während des Krieges immerhin einige negative und deprimierende Erfahrungen mit den Sowjets als Verbündeten und Verhandlungspartnern hatten sammeln können.

Am 5. Juni 1945 erfolgte in Berlin die Gründung des Alliierten Kontrollrats als obersten Regierungsorgans für Gesamtdeutschland. Die gleichzeitig veröffentlichte Deklaration enthielt, ihrem Inhalt wie ihrer Sprache nach, die Proklamierung

einer absoluten und zeitlich unbegrenzten Militärdiktatur über das Gebiet des besiegten Gegners. Unter Leitung des Kontrollrats, der seinen Sitz in Berlin bestimmte, sollte die Viersektorenstadt von einer Alliierten Kommandantur regiert und verwaltet werden. Aber erst einen Monat später rollten die britischen und amerikanischen Panzer über die Autobahn in Berlin ein. Die Amerikaner bildeten ihren Sektor aus den Bezirken Zehlendorf, Tempelhof, Steglitz, Schöneberg, Kreuzberg und Neukölln, die Briten besetzten die Bezirke Spandau, Charlottenburg, Wilmersdorf, Tiergarten, Wedding und Reinickendorf, von denen sie die beiden letzteren im August an die Franzosen abtraten. Aus den genannten 12 Bezirken besteht heute das Gebiet, das politisch und staatsrechtlich als «*Westberlin*» bezeichnet wird. Die restlichen acht Bezirke – Pankow, Weisensee, Prenzlauer Berg, Mitte, Lichtenberg, Friedrichshain, Treptow und Köpenick – verblieben in der Hand der Sowjets und bilden heute den Ostsektor, in dem seit 1949 die «*DDR*» völkerrechtswidrig und unter von Moskau stillschweigend geduldetem Bruch der wenige Monate zuvor erneut bekräftigten Viermächte-Vereinbarungen über den Status Gesamt-Berlins ihre «*Hauptstadt*» aufgeschlagen hat.

Die Briten und Amerikaner wurden bei ihrem Eintreffen von den Berlinern mit einem solchen Jubel begrüßt, als hätte die Bevölkerung eines Landes ihre eigene, siegreich heimkehrende Armee empfangen. Natürlich wusste jeder, der den westlichen Panzern zuwinkte, dass dem nicht so war. Aber etwas anderes wurde in diesem Moment Tatsache, unabhängig von dem Willen, ja vielleicht gegen die Absicht der einrückenden Truppen: in diesem Sommer des Jahres 1945 kehrte Europa nach Berlin zurück, selbst unter dem nichteuropäischen Sternenbanner der Vereinigten Staaten. (Denn schliesslich waren es ja die schöpferischen Ideen europäischer Denker, die dieses

grossartige Gebilde entstehen liessen und in Funktion brachten. Natürlich hätte kein Berliner damals auch in seinen kühnsten Träumen vorausgesehen, dass sich die Schicksalsgemeinschaft des Westens schon wenige Jahre später in Berlin am überzeugendsten und, man kann sagen, am heldenhaftesten herausbilden und bewähren sollte. Wiederholen wir, im Sommer 1945 kehrte Europa, das schon im Jahre 1933 zwangsweise von dort ausgewandert war, nach Berlin zurück, noch nicht mit seiner Freiheit natürlich, noch nicht mit der Gesamtheit seiner sozialen und kulturellen Werte, die auch die humanste Militärdiktatur nicht zu garantieren vermag, wohl aber in der Berechenbarkeit seiner politischen und gesellschaftlichen Institutionen, in denen sich selbst unter ungünstigsten Verhältnissen stets ein Minimum von Anständigkeit und Rechtssicherheit widerspiegelt.

Objektiv wurden die instinktiven Erwartungen der Berliner denn auch nicht enttäuscht. Ab Anfang Juli 1945 hörten in den Westberliner Bezirken blitzartig alle Plünderungen und Vergewaltigungen auf, die im Ostsektor zwar erheblich abgeflaut, aber hinter den Kulissen durchaus noch üblich waren. Vom Juli 1945 ab gab es von wenigen, allerdings sehr unerfreulichen Ausnahmen abgesehen, die vornehmlich auf das anfängliche Zusammenspiel der vier alliierten Nachrichten- und Geheimdienste zurückzuführen waren, in den Westsektoren keine willkürliche Menschenjagd mehr. Die Bürger Westberlins, die Bewohner Zehlendorfs oder Spandaus, Tempelhofs oder Charlottenburgs waren somit zwar vom Genuss politischer Freiheitsrechte noch weit entfernt, erlebten aber das seit Jahren für unvorstellbar gehaltene Glück, sich des Nachts ruhig schlafen legen zu können ohne die Befürchtung, von den Schergen eines gänzlich unkontrollierbaren Gewaltregimes je nach dessen Lust und Laune vorzeitig und unsanft geweckt

und verschleppt zu werden. Dennoch liessen die Soldaten und Beamten der Westmächte nichts unversucht, die mit ihrem blossen Auftreten verbundenen, überaus segensreichen politischen Folgen psychologisch mit einem Starrsinn, der wahrlich oft bis zur Verblendung ging, wieder abzuwerten. Das Prinzip der «*No Fraternisation*» mit der deutschen Bevölkerung, von den Sowjets aus wohlwollenden Gründen niemals ernst genommen, wurde von den Westmächten auch in Berlin zunächst mit betonter Arroganz ausgelegt. Die Requisition von Wohnraum für alliiertes Personal ging in den drei Westsektoren viel härter und vor allem unter viel erbitterteren menschlichen Umständen vor sich, als das in Ostberlin je der Fall gewesen war. Während es im Sowjetsektor häufig genug vorkam, dass die deutsche Bevölkerung, wo immer es sachlich anging, mit einquartierten Truppen der Roten Armee zusammenblieb, wurde in Westberlin in den von den dortigen Besatzungsmächten beschlagnahmten Wohnblocks, Villen oder Einfamilienhäusern meist nicht ein Deutscher mehr geduldet, nicht einmal im Kellergeschoss oder in irgendwelchen Mansarden, selbst wenn die Eingewiesenen mit soviel Wohnraum oft gar nichts anfangen konnten. Ganz allgemein behandelten die Westmächte die besiegten Gegner so, als ob diese nicht nur samt und sonders politische Verbrecher, sondern auch körperlich Aussätzige seien. Dennoch reichten diese törichten und überflüssigen Demütigungen und Schikanen nicht aus, um in Berlin nach den Erfahrungen von zwei Monaten Kommunismus den Nimbus des Westens zu zerstören. Hier sah die Bevölkerung, wie sonst nirgendwo in Deutschland, die vier Besatzungsmächte, jede in ihrer Art und ihren heimatlichen Traditionen entsprechend, auf engstem Raum nebeneinander wirken und entschied sich spontan, wenn auch zuerst stillschwei-



gend in ihrer übergrossen Mehrheit für die Sache und für die Werte des Westens.

So wenig es den Westmächten in Berlin darauf ankam, durch aktive Bemühungen das Herz der Bevölkerung für sich zu gewinnen, so eifrig zeigten sie sich andererseits bestrebt, ihren östlichen Verbündeten tunlichst nicht zu verstimmen und ihm auf eine Weise entgegenzukommen, die ihn in der Meinung bestärken mussten, auch nach dem Eintreffen der Briten, Amerikaner und Franzosen noch immer der eigentliche Herr über ganz Berlin zu sein. Schon vor der Übergabe der Westsektoren an die zuständigen Besatzungsmächte hatten die Sowjets dafür gesorgt, die Vorstände und zentralen Dienststellen aller soeben gegründeten vier Parteien im künftigen Ostsektor anzusiedeln. Besonders im Falle der SPD kam dies einer Nötigung gleich. Deren früheres zentrales Büro in der Lindenstrasse (Bezirk Kreuzberg) lag hoffnungslos in Trümmern. Nunmehr hatte sie in Schöneberg, im künftigen amerikanischen Sektor, eine Reihe guterhaltener Räume auf einem Grundstück gefunden, auf das sie ebenfalls aus der Zeit vor 1933 Rechtsansprüche geltend machen konnte. Der am 17. Juni 1945 von einer Gründungskonferenz durch Akklamation gewählte Zentralausschuss der SPD unter dem Vorsitz von Otto Grote wohl und Max Fechner war aber kaum in diese Räume eingezogen, als Vertreter der sowjetischen Militäradministration erschienen und den SPD-Vorstand unmissverständlich auf forderten, diese Räume mit dem Verwaltungsgebäude einer ehemaligen Bank im künftigen Sowjetsektor zu vertauschen.

Nun, diese Erpressungsmanöver hätten die Westmächte schon darum nicht verhindern können, weil sie in jenen Tagen noch gar nicht in Berlin waren. Wohl aber hätte es im Belieben jedes einzelnen Sektoren- bzw. Bezirkskommandanten in Westberlin gestanden, in die von den Sowjets geschaffenen und, wie

bereits mitgeteilt, höchst einseitig zugunsten der KPD zusammengesetzten Bezirksverwaltungen einzugreifen. Gerade davor hüteten sich die westlichen Besatzungsmächte sorgfältig. Im Gegenteil, die Alliierte Kommandantur bestätigte auf ihrer ersten Sitzung am 11. Juli ausdrücklich, alle von der Roten Armee und alle auf ihre Weisung von deutschen Behörden ausgegebenen Befehle und Anordnungen sollten weiter in Kraft bleiben. Also wurden stillschweigend mit der Sache auch die Personen anerkannt, die dafür direkt oder indirekt verantwortlich zeichneten. Tatsächlich blieben die politischen Machtverhältnisse in den Bezirken bis zu dem Erdrutsch, der durch die ersten freien Wahlen am 20. Oktober 1946 eintrat, so gut wie unverändert. Die vorhin mitgeteilte diesbezügliche Statistik, die auf dem CDU-Parteitag erarbeitet wurde, stammte bereits vom März 1946 und berücksichtigte den damaligen Stand der Dinge, neun Monate nach dem Einzug der westlichen Truppen. So kam es, dass viele kommunistische Stadträte in den Westsektoren zwar offiziell ihrem jeweiligen Bezirkskommandanten gegenüber zur Loyalität verpflichtet waren, in Wirklichkeit aber regelmässig über die Sektorengrenze fuhren, um einem Beamten der NKWD über ihre Erfahrungen Bericht zu erstatten und dann von diesem die für sie effektiv verbindlichen Weisungen entgegenzunehmen.

#### ÖFFENTLICHE MEINUNGSBILDUNG IM OSTEN UND WESTEN

Auch propagandistisch überliessen die westlichen Besatzungsmächte ihrem sowjetischen Partner in der alten Reichshauptstadt fast konkurrenzlos das Feld. Über die Berliner Senderanlagen wie über die Kontrolle des wie durch ein Wunder fast unversehrt gebliebenen Funkhauses in der Masurenallee (bri-

tischer Sektor), hatten sich die Sowjets von vornherein ein Monopol gesichert. Schon zwei Tage nach der Kapitulation wurde der Sendebetrieb, freilich zunächst in sehr beschränktem Umfang, wieder aufgenommen und unverzüglich mit Hochdruck ausgebaut. Erstaunlich rasch entwickelten sich die kulturellen und in erster Linie die musikalischen Darbietungen wieder zu einem beachtlichen Niveau. Dagegen liess die Akzentsetzung bei den aktuellen Nachrichten und insbesondere bei den politischen Sendungen bald erkennen, dass der Berliner Rundfunk auf Moskaus Wunsch und Willen zu einer unverhüllt kommunistischen Propagandazentrale ausgebaut werden sollte. Die gleiche Tendenz verfolgte die sowjetische Besatzungsmacht bei der Lizenzierung von Tageszeitungen. Schon bald nach der Kapitulation erschien als offizielles Organ der SMA, peinlicherweise im gleichen Format und von der gleichen Druckerei hergestellt wie der «*Völkische Beobachter*» unseligen Andenkens – die «*Tägliche Rundschau*». Es folgte, nach aussen als Sprachrohr des neuernannten Magistrats getarnt, die «*Berliner Zeitung*». Auch den vier Parteien wurde, wie schon erwähnt, ein eigenes Organ zugestanden, der KPD die «*Deutsche Volkszeitung*», der SPD das «*Volk*», der CDU die «*Neue Zeit*», der LDP schliesslich der «*Morgen*». Alle diese Blätter erschienen ursprünglich nur einen um den anderen Tag, wurden aber bald auf Tagesbasis umgestellt, wobei den Sowjets die zufällige Tatsache zugute kam, dass ihnen in ihrer Zone die meisten Papiermühlen in die Hand gefallen waren. Andere periodische Druckschriften im sowjetischen Hoheitsbereich kamen noch hinzu, darunter die «*Tribüne*» als Organ des im Juni 1945 gegründeten sogenannten FDGB (*Freier Deutscher Gewerkschaftsbund*). Keines dieser Blätter entsprach dem objektiven Informationsbedürfnis der Bevölkerung. Sämtliche Nachrichten mussten sorgfältig ausgewählt und überdies noch mit einer

sichtbaren Tendenz versehen werden. Alle politischen Leitartikel, Betrachtungen bzw. Rundfunkkommentare waren nichts anderes und durften nichts anderes sein als mehr oder minder beređte Variationen über eine bestimmte Anzahl propagandistisch wichtiger Themen. Vor allem durfte sich kein Organ gestatten, von der Linie des von oben gewünschten rosaroten Optimismus im Hinblick auf die Zukunft auch nur um einen Deut abzuweichen, obwohl dieser in einem immer krasser spürbaren Gegensatz zu den Realitäten stand.

Indessen zeigte sich bald, dass Moskau speziell in Berlin mit der Massierung seiner Propaganda den ersten schwerwiegenden Fehler beging und damit gleichsam selber einen wesentlichen Ast des Baumes absägte, auf den es sich setzen wollte. Man hatte sich offenbar am grünen Tisch des Kreml die psychologischen Verhältnisse in Deutschland doch zu einfach vorgestellt, und in Karlshorst, dem Sitz der sowjetischen Militäradministration in Deutschland, konnte oder durfte man diese falsche Perspektive anscheinend nicht korrigieren. Man ging von der Annahme aus, dass die antifaschistischen Kräfte aus allen Lagern und Parteien, der zwölfjährigen Verfolgung und Unterdrückung überdrüssig, nicht etwa bestrebt seien, der Freiheit für alle eine Bahn zu breiten, sondern dass es ihnen nur darauf ankäme, nun umgekehrt innerhalb der ihnen von der Besatzungsmacht gezogenen Grenzen selber über andere zu regieren. Die Masse des Volkes hielt man durch den Totalitarismus der Hitlerdiktatur für demoralisiert. Sie würde sich, so kalkulierte man in Moskau, an den neuen Anstrich der Fassade schon gewöhnen, wenn das Bauwerk dahinter im wesentlichen unverändert bliebe. Was die Propaganda anbetraf, so spekulierte man auf die Symptome der *«Magenerweiterung»*, die durch die grobschlächtigen Methoden der Nazis verursacht worden war.

Ein solcher erweiterter Magen würde sich, um im Vergleich zu bleiben, kaum jemals wieder an feinere Bissen gewöhnen, weil er sich nun einmal auf «*grobe Kost*» eingestellt hätte.

Das war ein folgenschwerer Irrtum, und er rächte sich ganz besonders in Berlin, was den Leser dieses Buches nicht verwundern wird, der die Hinweise des ersten Kapitels auf die Eigenart der Berliner Mentalität in Erinnerung behalten hat. Niemals seit 1933 war in dieser Stadt der kritische Instinkt, das Bewusstsein einer natürlichen Vielfalt der Meinungen und damit auch das Bedürfnis, diese Vielfalt in der Öffentlichkeit gespiegelt zu sehen, gänzlich unterdrückt oder gar ausgerottet worden. Umso tiefer wirkte die Enttäuschung, dass die von vielen trotz ihrer Schrecknisse und Unberechenbarkeiten auf richtig ersehnte Zeitenwende gerade auf diesem Gebiet so viel, wenn nicht alles zu wünschen übrigliess. Fast jeder Berliner Zeitungsleser griff begierig, unbeschadet seiner weltanschaulichen und parteipolitischen Sympathien, nach dem jeweils neuesten Blatt, das in seinen Mauern erschien und – legte es verärgert wieder aus der Hand, wenn er auch von diesem, von schattenhaften Nuancen abgesehen, die gleichen Informationen, die gleiche Tendenz, kurz gesagt, die gleiche «*Holzhammerpropaganda*» vorgesetzt bekam.

Umso freudiger war die Überraschung, als seit Anfang August 1945 unter dem Titel «*Allgemeine Zeitung*» das erste Blatt der amerikanischen Militärregierung, wenn auch leider nicht täglich, erschien. Wenig später brachten die Briten in ihrem Sektor unter dem Titel «*Berliner*» ein ausgesprochenes Nachrichtenorgan heraus. Der «*Mann auf der Strasse*» wusste zwar wenig oder nichts von dem alten Prinzip angelsächsischer Pressetradition «*der Kommentar ist frei, aber die Tatsachen sind heilig*», doch empfand er diese Art objektiver und nüchterner

Berichterstattung als wohltuend, ja, fast wie eine moralische Reinigung der öffentlichen Meinungsbildung nach mehr als zwölf Jahren lügenhafter, skrupellos auf den Unverstand der Massen spekulierender Propaganda. Nicht die psychologische und administrative Praxis der westlichen Besatzungsmächte, sondern deren wenige, dabei politisch noch sehr zurückhaltend und bescheiden auftretenden Presseorgane liessen die Bevölkerung erstmalig daran glauben, dass die Freiheit funktionieren könne und dass ihre politische Existenzform, die Demokratie, insofern vielleicht doch mehr sei als ein leerer Wahn oder gar ein missbrauchtes Schlagwort.

Am 27. September 1945 taten die amerikanischen Militärbehörden auf dem Gebiet des Pressewesens einen kühnen Schritt nach vorn, der von unvorhersehbaren Folgen sein sollte. An diesem Tage erschien erstmalig der *«Tagesspiegel»*, die erste unter deutscher Leitung stehende, parteipolitisch ungebundene Zeitung in den Berliner Westsektoren. Unter ihren vier Lizenzträgern war der 1954 verstorbene bedeutende Publizist Erik Reger die dominierende Persönlichkeit. Unter seiner Leitung entwickelte der *«Tagesspiegel»* bald einen eigenen, unverwechselbaren Stil, der in vieler Hinsicht beachtlich und originell war, vor allem aber als vorerst einziger Konkurrent der sowjetisch lizenzierten Presseflut eine erstaunliche Popularität und Beliebtheit gewann. Für die formale Innehaltung der damals geltenden Richtlinien und Gesetze allein der amerikanischen Besatzungsmacht verantwortlich, sonst in seiner Berichterstattung und Meinungsbildung völlig ungebunden, von keiner Partei, keinem *«Block»*, keiner Behörde abhängig, erlangte der *«Tagesspiegel»* in der ersten Zeit seines Bestehens ein Ansehen und eine Vertrauensstellung in allen Schichten, wie das einer Zeitung selten beschieden ist. Hier endlich

hörte sich die noch niemals befragte, zu stummer Zeugeschaft verurteilte Berliner Bevölkerung mit ihrer rasch wachsenden politischen Aufgeschlossenheit gewissermassen selber sprechen, hier fand sie regelmässig nicht nur ihr Denken und Fühlen, sondern mehr und mehr auch ihr Misstrauen, ihre kritischen Vorbehalte und die daraus resultierenden Unlustgefühle abgedruckt, teils in ernster und ideenreicher, teils in witziger und zugeschliffen pointierter Form. Zunächst erschien der «*Tagesspiegel*» mit der «*Allgemeinen Zeitung*» alternierend einen um den anderen Tag. Aber schon vor der Jahreswende stellten die Amerikaner ihr eigenes Blatt ein, um dem «*Tagesspiegel*», dessen Auflage in allen Sektoren unaufhaltsam zunahm, das tägliche Erscheinen zu ermöglichen.

#### «ANTIFASCHISTISCHE DEMOKRATIE» IM ZWIELICHT

So ergab sich an der Schwelle des ersten Winterhalbjahres seit Kriegsende für Berlin etwa folgende politische Bilanz: die Blümenträume der im Frühling so feierlich und beredt verheissenen «*antifaschistischen Demokratie*» waren längst abgewelkt. Die Sowjets, wegen der unglaublichen Übergriffe ihrer kämpfenden Truppe zunächst gefürchtet und gehasst, wegen ihrer ersten konkreten Massnahmen – rascher Wiederaufbau der Verwaltungen im Magistrat und in den Bezirken, Begünstigung politischer Aktivität, Wiederbegründung mehrerer Parteien usw. – jedoch in gewisser Weise als fortschrittliche, wenn nicht fortschrittlichste Besatzungsmacht angesehen, hatten auf allen Gebieten mehr und mehr abgewirtschaftet. Nicht nur die Unglaubwürdigkeit und Monotonie ihrer eigenen Propaganda stand ihnen im Wege, sondern in zunehmendem Masse auch das blamable Versagen der von ihnen eingesetzten Funktionäre in den Verwaltungen und Behörden. Sogar

dort, wo die deutschen Kommunisten – und solcher Fälle gab es durchaus nicht wenige – als aufrichtige politische Idealisten auftraten, fehlte ihnen meist entweder die Befähigung oder die Erfahrung, sich in einer rein sachlichen Aufgabe zu bewähren. Viel häufiger kam es freilich vor, dass die Kommunisten ihre Machtstellung als Stadträte, Bezirksbürgermeister usw. schamlos missbrauchten, sei es, um sich persönlich zu bereichern, sei es, um in Verkenntung ihrer objektiven Pflichten dem eigenen Volk gegenüber als blosse Handlanger der Besatzungsmacht aufzutreten und der NKWD Spitzeldienste zu leisten.

Mit den deutschen Antifaschisten wollten die Sowjets zusammenarbeiten, um konsequent und geduldig an der Tilgung aller Spuren einer bösen Vergangenheit mitzuwirken – so hiess es, als sie als Eroberer in das zerstörte Berlin einrückten, ein Programm, das sich hören liess. Die Wirklichkeit sah so aus, dass schon nach wenigen Monaten ausser einer stattlichen Reihe harmloser Mitläufer der früheren NSDAP und wirklich schwer belasteter Nazis auch viele aufrechte Antifaschisten in den neuen Konzentrationslagern in Ostberlin oder der Sowjetzone spurlos verschwunden waren; nur weil sie es wagten, sich unausführbaren Befehlen mannhaft zu widersetzen oder sich nicht dafür gewinnen liessen, den Sowjets bei Akten brutaler Rechtsbeugung oder krasser Unmenschlichkeit Hilfe zu leisten. Von der Errichtung einer friedliebenden und fortschrittlichen Demokratie war im Frühjahr die Rede gewesen. In Wirklichkeit begann sich eine neue Gewaltherrschaft festzusetzen, die sich allenfalls in ihrer abstrakten Zielsetzung, nicht aber in ihren praktischhandgreiflichen Methoden von der alten unterschied.

Neben Truman und Attlee hatte auch Stalin am 2. August 1945 in Potsdam seine Unterschrift unter ein Dokument gesetzt, das neben vielen drückenden Bestimmungen und allgemein wenig



tröstlichen Ankündigungen den Deutschen versprach, das ihnen verbleibende Gebiet wenigstens als wirtschaftliche Einheit erhalten zu wollen. Zu diesem Zweck sollten sogar in absehbarer Zeit gesamtdeutsche Zentralinstanzen für Wirtschaft, Finanzen, Ernährung, Handel und Verkehr unmittelbar unter dem höchsten Organ des Kontrollrats geschaffen werden. Wenige Wochen nach Potsdam errichteten die Sowjets einseitig für den Bereich ihrer Zone sogenannte deutsche Zentralverwaltungen mit dem Sitz in Ostberlin. Dienten diese zonalen Behörden, die im Hinblick auf ihre Organisation sowohl wie auf ihre Befugnisse als Vorstufe regelrechter Ministerien betrachtet werden konnten, wirklich der künftigen Wiedervereinigung Deutschlands oder waren sie nicht vielmehr als erster konsequenter Schritt zu einer Verhärtung, ja, zu einer Verewigung der Abtrennung der Sowjetzone von Westdeutschland zu betrachten? Wenn aber die Sowjets mit diesen Zentralverwaltungen anderes im Schilde führen sollten: liess nicht schon der personelle Aufbau dieser Zentralverwaltungen und die Besetzung gerade der wichtigsten Ämter darauf schliessen, dass sich Moskau ein wiedervereinigtes Deutschland nur kommunistisch oder doch unter vorwiegend kommunistischem Einfluss vorstellte?

In dem gleichen Potsdamer Abkommen war den Deutschen garantiert worden, sie sollten durch planmässige Ankurbelung industrieller Friedensproduktion sobald wie möglich den Wiederanschluss an den *«mittleren europäischen Lebensstandard»* erreichen. In Wirklichkeit setzten die Sowjets die Ausplünderung der deutschen Industrie in ihrem Machtbereich noch immer fort, ja, sie beschleunigten den Prozess eher, statt ihn zu stoppen. Infolgedessen hatte sich auch die Versorgungslage Berlins mit der vorrückenden Jahreszeit wesentlich verschlechtert statt gebessert. Vor allem warf ein katastrophal-

ler Kohlenmangel seine Schatten voraus, der schon vor der eigentlichen Frostperiode des Winters zu stundenlangen Stromsperren, zu einer Rationierung des Gasverbrauchs und zu anderen, höchst unliebsamen Einschränkungen führte. Die politische und soziale Praxis der Sowjets war insoweit viel zu deprimierend und ernüchternd, als dass ihre vielversprechenden Theorien eine grosse überzeugungs- und Anziehungskraft hätten bewahren können.

Demgegenüber arbeiteten die militärischen und zivilen Behörden der Westmächte in ihren Berliner Sektoren nach wie vor mit einer nüchternen Korrektheit. Sie behandelten die Deutschen mit Verachtung, in jeder Beziehung als Menschen zweiter oder dritter Klasse, aber sie liessen sie wenigstens ungeschoren und schnüffelten nicht in ihre privatesten politischen oder sonstigen Überzeugungen hinein. Im Gegensatz zu der sowjetischen Besatzungsmacht versprachen sie den Deutschen nichts, taten aber im Stillen und ohne viel Aufhebens in der Öffentlichkeit manches Gute. Sie seufzten immer wieder vernehmlich über die Zumutung, den Deutschen wirtschaftlich unter die Arme greifen zu müssen, sie demontierten an ihrem Ort ebenso unnachsichtig wie die andere Seite, aber sie verschonten die bescheidene laufende Produktion und bequemten sich, wenn kein anderer Ausweg mehr blieb, wie schon einmal kurz erwähnt, zur Lieferung von Nahrungsmitteln, um dem schlimmsten Hunger abzuhelpfen. Ende 1945 organisierten die Briten in ihrem Sektor sogar die Verschickung besonders notleidender oder gar kranker Kinder nach landwirtschaftlich ergiebigen Regionen der britischen Besatzungszone. Das alles waren zwar dankenswerte Handlungen, aber diese vermochten kein spontanes Gefühl wirklicher Dankbarkeit zu entbinden, weil die Art und Weise, in der Hilfe und

Unterstützung gewährt wurden, eher herablassend und verletzend wirkten.

Was die im Juni und Juli 1945 entstandenen vier Parteien anbetraf, so stellte sich bald heraus, dass diese sich durch die Konstruktion des Antifaschistischen Blocks selber zum Immobilismus und damit zum Mangel an Glaubwürdigkeit verurteilt hatten. Die von ihnen ursprünglich erstrebte Zusammenarbeit im Interesse des Wiederaufbaus erwies sich im wörtlichen Sinne als gegenstandslos, weil es infolge der vielen Hemmnisse, besonders wirtschaftlicher Art, kaum etwas aufzubauen gab. Eher galt es, auf dem Produktionssektor, angesichts des Unverständnisses sämtlicher Besatzungsmächte das hier und da verbliebene Minimum an Substanz zu retten, was übrigens auch nicht immer gelang. Ein sichtbarer Schritt nach vorn aber konnte nicht getan werden, weil die Sieger damals, selbst wenn die Mittel vorhanden waren, in den meisten Fällen den Weg nicht freigaben.

Wo aber eine Zusammenarbeit theoretisch möglich gewesen wäre, auf dem ideellen Felde, zur Formung eines neuen politischen Bewusstseins, das seine Anziehungskraft bis in die Masse hinein auszuwirken vermochte, scheiterte diese an der Verschiedenheit der Auffassungen und den sich immer deutlicher zeigenden natürlichen Gegensätzen zwischen den einzelnen Partnern. So wurde der Antifaschistische Block mehr und mehr zu einer Zwangsjacke aller ihm angehörenden nichtkommunistischen Mitglieder. Auf den Sitzungen selbst kam es immer häufiger zu teilweise sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Willens Vollstreckern der Sowjets und den anderen Parteien, die sich gegen die allmählich unerträglich werdende kommunistische Bevormundung wehrten. Der Öffentlichkeit aber mussten solche Kontroversen sorgfältig verschwiegen werden. Weder das sozialdemokratische noch das

christlich-demokratische noch das liberaldemokratische Organ waren befugt, auch nur ihren eigenen Mitgliedern und Anhängern die Wahrheit mitzuteilen. Im Gegenteil, als im November 1945 erste Gerüchte über Unstimmigkeiten im Antifaschistischen Block durchsickerten – diese entzündeten sich sowohl an den Debatten um die Bodenreform wie über die Kultur- und Schulpolitik – und als diese Gerüchte durch die Kanäle der «*Allgemeinen Zeitung*» und des «*Tagesspiegels*» sogar an die Öffentlichkeit drangen, antworteten sämtliche Zeitungen des Ostsektors, darunter auch die vier Parteiorgane mit entrüsteten Gegendarstellungen, in denen die unerschütterliche Einigkeit der Blockpartner nachdrücklich betont wurde. In ähnlichem Sinne liess sich der Berliner Rundfunk vernehmen. So musste in der Bevölkerung der Eindruck entstehen, dass die Existenz von vier Parteien ein blosses Etikett bedeute, mit dem man irgendwelche Formen der Demokratie vortäuschen wollte, dass aber auch nicht eine dieser Parteien geeignet und willens sei, als wirkliches Instrument der Demokratie zu fungieren und in Aktion zu treten. Für jeden, der sich nach Freiheit sehnte, insbesondere für diejenigen, die nie aufgehört hatten, an die Freiheit zu glauben, war unter diesen Umständen der Ausblick auf die nächste Zukunft so trostlos wie möglich. *Hier* stiess jeder Wille zur Bewegung und zur Entfaltung eigener Kräfte mit dem scheinbaren Monolithismus des Besatzungsregimes, *dort* mit dem scheinbar ebenso undurchdringlichen Monolithismus des Antifaschistischen Blocks zusammen. Eine konkrete Besserung der Lage, einen spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung, eine Erhöhung der Lebensmittelrationen, eine ausreichende Zuteilung von Kohlen oder was sonst immer wollte die eine Seite nicht zugestehen, vermochte die andere Seite nicht durchzusetzen. Wenn die in der Luft liegenden Spannungen in Berlin den noch fast

automatisch zu einer Entscheidung drängten, konnte es sich – und das sollte für die kommenden Geschicke Berlins bis zum heutigen Tage von grösster und in gewisser Hinsicht einzigartiger Bedeutung sein – nicht um eine Entscheidung zugunsten irgendwelcher Interessen handeln – es war ja niemand in der Lage, den Massen ein verlockendes Programm anzubieten oder ihnen irgendwelche materiellen Versprechungen zu machen –, sondern ausschliesslich um eine Entscheidung zugunsten von Ideen. Nur in den wenigen Sternstunden der Geschichte verspürt der Mensch die elementare Wahrheit, dass er nicht vom Brot allein lebt – und solche Sternstunden pflegen für die Beteiligten in der Regel weder bequem noch gefahrlos zu sein.

Unvorhergesehene Ereignisse veranlassten die Sowjets plötzlich, das Steuer herumzureissen, um schleunigst mit der so oft bewährten Methode nackten Zwanges das nachzuholen, was ihrer Überredungskunst, ihren Infiltrationsmethoden und ihrer Propaganda bisher versagt geblieben war. Aber ausgerechnet dieser Versuch sollte für Moskau zu einem Bumerang werden, sollte zu einem Ergebnis führen, dessen unaufhörliche konzentrische Kreise noch heute die Menschheit beschäftigen, über den Trümmern des zerstörten, hungernden und frierenden Berlin entlud sich im Winter und Frühling 1946 mit einemmal ebenso dramatisch wie erlösend das erste Sturmgewitter der Freiheit.

## BERLINER VORSPIEL ZUM KALTEN KRIEG

### STALINS STRATEGISCHES KONZEPT

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die politisch-strategische Zielsetzung Moskaus in dem Augenblick, als seine Truppen siegreich in Deutschland einrückten! Es war sicherlich niemals Stalins Absicht, an der Demarkationslinie seiner Zone in Mitteldeutschland stehenzubleiben. Die antifaschistische Widerstandsbewegung hatte dem Kommunismus in allen von Hitler besetzten europäischen Ländern nicht nur einen mächtigen Auftrieb, sondern noch dazu – im Gegensatz zu seinem traditionellen Leumund – selbst bei seinen ideologischen und politischen Gegnern das Ansehen verschafft, eine zuverlässige, wirksame und uneigennützig nationale Kraft geworden zu sein. Das galt für Frankreich und Italien, das zeigte sich deutlich genug bei den ersten Nachkriegswahlen in Belgien, in Holland wie in Skandinavien. Wenn sich Moskau jemals eine Chance bot, ganz Europa ohne Schwertstreich, aber in einem ideologischen Ansturm ohnegleichen zu erobern und damit das weltpolitische Gleichgewicht endgültig zu seinen Gunsten zu verschieben, dann war sie jetzt, mit der Liquidierung des zweiten Weltkrieges, gekommen.

Immerhin wusste Stalin, dass er in all den europäischen Ländern, in denen die Sowjets nicht als Besatzungsmacht auftreten würden, nicht selber die Initiative ergreifen konnte, son-

dern sich auf die Stärke, die Geschicklichkeit und den Wagemut seiner dortigen Genossen und Befehlsempfänger verlassen musste. Wer erst einmal die volle und ungeteilte Macht in Händen hält, braucht um seine Glaubwürdigkeit nicht mehr besorgt zu sein. Wer aber die Macht erst erobern will und noch dazu durch die Verhältnisse gezwungen wird, dies auf ihm nicht gemässen Wegen zu tun, muss darum besorgt sein, dass man ihm seine guten Absichten, seine vorgegebene Friedfertigkeit und Selbstlosigkeit glaubt.

Deswegen bemühte sich Stalin in der letzten Phase des Krieges und unmittelbar danach, den Kommunismus in den Ländern des europäischen Kontinents auf eine möglichst unverdächtige und demokratische Weise ans Ruder zu bringen. Er wurde in diesem Vorhaben zweifellos noch bestärkt, als er beobachtete, welche Welle des Misstrauens ihm auf der Jalta-Konferenz im Februar 1945 entgegenschlug, als er mit seinen Kriegsverbündeten Churchill und Roosevelt über die Zukunft Polens diskutierte. Schon im Sommer 1944 hatte die Sowjetunion in dem von der Roten Armee inzwischen eroberten Ostpolen in Lublin eine Satellitenregierung nach kommunistischem Muster eingerichtet. Die letzte rechtmässige polnische Regierung, 1939 von Hitler vertrieben, war dagegen nach London ins Exil gegangen und verfocht von dort aus ihre Ansprüche. Zwar gelang es Stalin in Jalta, seine Partner durch einen Kompromiss zu übertölpeln, den er später zugunsten seiner Handlanger auszunutzen wusste, aber zunächst mochte es ihm geraten erscheinen, seine Karten nicht zu früh aufzudecken und den Bogen der schon mehrfach strapazierten westlichen Geduld nicht voreilig zu Überspannen.

Auch sonst sprach die gegen Kriegsende entstandene Macht-situation in Ost- und Mitteleuropa meist sehr eindeutig zugun-

sten Stalins: in dem wichtigsten Balkanstaat, in Jugoslawien, hatte mit dem Siege Marschall Titos eine nationalkommunistische Bewegung die Macht ergriffen, die jedoch damals noch in engster Tuchfühlung mit Moskau operierte. In der Tschechoslowakei wurde nach der Vertreibung der deutschen Truppen unter Staatspräsident Benesch eine unabhängige, aber von Kommunisten durchsetzte Koalitionsregierung gebildet, die mit der Sowjetunion stark sympathisierte. In Bulgarien wie in Rumänien war die Rote Armee Herr im Lande, ohne einer westlichen Mitkontrolle ausgesetzt zu sein. In Ungarn lagen die Dinge anders: zwar hatte die Rote Armee auch dieses Land vollständig besetzt, doch trat hier zunächst als oberstes Administrationsorgan ein interalliiertes Kontrollrat in Funktion, dem zwar keine wesentlichen Befugnisse zukamen, wohl aber, wie sich bald erwies, eine erhebliche psychologische Bedeutung.

Deutschland und Österreich hingegen waren seit langem für eine effektive Viermächte-Kontrolle ausersehen. In diesen Ländern konnte Stalin nicht von vornherein nach Belieben schalten und walten, sondern musste sich die Verantwortung wenigstens für eine Übergangszeit mit den Westmächten teilen. Hier bestand also nur die Hoffnung, die sowjetische Besatzungszone und die von ihr umschlossene Hauptstadt in dem bereits früher angedeuteten Sinne Zug um Zug zu einer Monopolposition mit entsprechenden kommunistischen Übergewichten auszubauen, wobei es zweifellos ratsam erschien, die Maske der Demokratie, wenn irgendmöglich, solange vor dem Gesicht zu tragen, bis man ihrer nicht mehr bedurfte. Insofern stellten Österreich und vor allem Deutschland auf dem politischen Schachbrett sowjetischer Spekulationen die eigentliche Brücke nach Westeuropa dar. Hier und nirgendwo sonst musste der kühne Traum einer weiteren raschen Infiltration des



ganzen Kontinents entweder in Erfüllung gehen oder zu Grabe getragen werden.

Aus der Rückschau mag es unbegreiflich erscheinen, dass der sonst so kluge Stalin gerade in der Verfolgung dieser Pläne die ursprüngliche Bereitschaft zahlreicher deutscher Sozialdemokraten, sich mit den Kommunisten von vornherein zu einer gemeinsamen Partei zu verbinden, nicht nur nicht einkalkulierte, sondern ihr zunächst sogar demonstrativ die kalte Schulter zeigte. Dabei wäre die Gründung einer vereinigten sozialistischen Partei im Frühsommer 1945 in Berlin und in der Sowjetzone wahrscheinlich auch für Westdeutschland ein mitreisendes Beispiel von unabsehbaren Folgen gewesen. Nicht viele Sozialdemokraten reagierten schon damals so nüchtern und illusionslos wie der spätere SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, der nie verkannte, dass es für demokratische Sozialisten anders als um den Preis der völligen Selbstaufgabe kein Paktieren mit den Kommunisten gäbe. Gerade in der amerikanischen und insbesondere in der französischen Zone bestanden in den Kreisen der damals noch nicht offiziell organisierten SPD beträchtliche Strömungen, die den Vorstellungen entgegenkamen, wie sie die Sozialdemokraten in Berlin und in Mitteldeutschland hegten.

Dass sich Stalin für diese Bereitschaft der deutschen Sozialdemokraten, die ihm vom ersten Tage an eine wirkliche und freiwillige Massenbasis gesichert hätte, nicht interessierte, ist mindestens ein tröstlicher Beweis dafür, dass auch totalitäre Diktatoren mit dem Rüstzeug des angeblich unfehlbaren dialektischen Materialismus dem Gesetz des menschlichen Irrtums unterworfen bleiben. Augenscheinlich hoffte Stalin, die ihm vorschwebende und für seine Zwecke unumgängliche politische Hausmacht in Deutschland mit Hilfe der kommunisti-

schen Partei allein zu gewinnen. Die Entwicklung der ersten Wochen nach dem Parteigründungserlass vom 10. Juni 1945 schien seine Überlegungen sogar zu bestätigen. Von dem offenen Geheimnis abgesehen, dass sie die weitaus besten Beziehungen zur ausschlaggebenden Besatzungsmacht unterhielten – was in einer Zeit der drückendsten Sorgen um des Leibes Notdurft und um die Beschaffung der notwendigsten Kalorien ja nicht unbedingt ein Nachteil war – traten die deutschen Kommunisten in der Sowjetzone und in Berlin nach mehr als zwölfjähriger Illegalität genau so unbelastet auf den politischen Plan wie jede andere Partei auch. Zunächst übertraf ihr Mitgliederzustrom sogar den der SPD, was sich wahrscheinlich daraus erklärte, dass viele Arbeiter den Sozialdemokraten im Stillen noch immer wegen ihrer schwächlichen Haltung in der Zeit der Weimarer Republik grollten.

#### WIDERSTÄNDE DER SPD

Bald aber verkehrte sich dieses Bild so radikal wie möglich, und zwar hauptsächlich wegen der niederschmetternden praktischen Erfahrungen, die die Bevölkerung mit den so plötzlich zu Amt und Würden gekommenen Jüngern Moskaus machte. Dass sich unter diesen ein erheblicher Prozentsatz teils käuflicher, teils kommandierter oder, wenn man es so ausdrücken will, berufsmässiger Denunzianten befand, sprach sich blitzschnell herum und verwandelte anfängliche Sympathien in Ablehnung und Empörung. Hinzu kam, dass die Kommunisten, die ihre traditionelle Abhängigkeit von Moskau ja nicht verleugnen konnten, wohl oder übel auch die in vielem sehr unpopuläre Politik der Besatzungsmacht kritiklos in einem pop-

sitiven Sinne interpretieren und rechtfertigen mussten, während die drei anderen Parteien in dieser Hinsicht bei aller sonstigen Zurückhaltung wesentlich unbelasteter erschienen. Die Sowjets beobachteten daher nicht nur, dass den deutschen Kommunisten der erhoffte Durchbruch zur Popularität einer Massenpartei versagt blieb, was sich in dem baldigen Stagnieren und schliesslichen Absinken der Mitgliederziffern bemerkbar machte, sondern dass auch die zunächst so vereinigungswilligen Sozialdemokraten von ihren vermeintlichen politischen «Brüdern» immer deutlicher abrückten.

Schon im September 1945 benutzte der Vorsitzende des SPD-Zentralausschusses, Grotewohl, die Gelegenheit einer grossen Funktionärskonferenz, um einige sehr mahnende Worte an die Adresse der kommunistischen Partei zu richten, deren prinzipieller Charakter sich bei aller Wahrung verbindlicher Formen nicht überhören liess. Noch argwöhnischer reagierten die Sowjets auf den Entschluss Grotewohls, Anfang Oktober 1945 in die britische Zone zu fahren und dort in Wennigsen bei Hannover an der ersten Konferenz der inzwischen wiedererstandenen westdeutschen Sozialdemokratie teilzunehmen.

Zwar wurde die Reise nach Wennigsen für Grotewohl persönlich zu einer Enttäuschung – er vertrat dort einen Führungsanspruch der Berliner und der sowjetzonalen SPD-Organisation, den weder Kurt Schumacher als Sprecher der westdeutschen Sozialdemokraten noch Erich Ollenhauer im Namen des emigrierten SPD-Vorstandes anerkannten –, doch war sie politisch von weittragenden Folgen. Offenbar hatte sich Grotewohl, damals noch subjektiv aufrichtig, davon überzeugt, dass die verhängnisvolle Aktionsgemeinschaft der von ihm geführten SPD-Gruppe mit der KPD die Verbindung zu seinen westdeutschen Gesinnungsfreunden, insbesondere zu Kurt Schumacher,

der in Hannover mehr und mehr ein politisches Zentrum organisierte, bedenklich lockern müsste. Ausserdem kamen die in Wennigsen geäusserten Bedenken gegen die Politik der Sowjets in ihrem deutschen Machtbereich seinen eigenen wachsenden Vorbehalten und Sorgen um die weitere Entwicklung entgegen. Zwar erschien es auf absehbare Zeit nicht als möglich, die Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten zu kündigen oder den Antifaschistischen Block aufzulösen, weil das mit Sicherheit massive Gegenmassnahmen der Sowjets, vornehmlich in der Zone, herausgefordert hätte. Doch mussten im Interesse des Ansehens der Partei und unter dem wachsenden moralischen Druck der öffentlichen Meinung alle Anstrengungen gemacht werden, mehr eigene Initiative zu entfalten und die volle Unabhängigkeit der SPD, die nach dem Stand der Mitgliederbewegung eindeutig zu dem organisatorisch stärksten Element des Antifaschistischen Blocks geworden war, auch nach aussen stärker zu betonen. Von diesen Erwägungen wurden denn auch die politischen Massnahmen des SPD-Zentralausschusses in den Wochen nach der Konferenz von Wennigsen sichtbar bestimmt.

Unglücklicherweise kollidierte dieses Bestreben aufs entschiedenste mit den Absichten der Sowjets, die gerade in diesen Tagen begannen, einen radikalen Kurswechsel vorzubereiten und ihre Propaganda darauf einzustellen. In den kommunistischen bzw. kommunistisch beeinflussten Zeitungen wie im Berliner Rundfunk häuften sich die Kommentare, die die drohende Gefahr einer reaktionären Bewegung in den Westzonen an die Wand malten. Für den Kundigen stand ausserhalb jeden Zweifels, dass dieses zusammengefasste propagandistische Trommelfeuer nicht auf einem Zufall beruhte. Worin die angebliche reaktionäre Bedrohung Westdeutschlands eigentlich bestand, wurde niemals genau präzisiert, es sei denn, die Sowjets hätten nach der alten, von ihnen so oft beherzigten

Maxime «*si duo faciunt idem, non est idem*» in der nunmehr auch in den Westzonen erlaubten Gründung politischer Parteien, die sie in ihrem Machtbereich wenige Monate zuvor als überzeugungskräftiges Symbol des Fortschritts ausgaben, eine schimpfliche und verwerfliche «*reaktionäre Tat*» gesehen.

Nun vollzog sich der Aufbau der Parteien in den Westzonen wirklich unter sehr anderen Vorzeichen, nämlich unter den traditionell demokratischen: zunächst fanden sich in den Gemeinden, Städten und Kreisen Anhänger einer bestimmten politischen Richtung zusammen, gaben sich eine Organisationsform, wählten Funktionäre und Vorstände, und dieser Prozess pflanzte sich geradlinig von unten nach oben fort. Dass es unter diesen sehr viel freieren und natürlicheren Entwicklungsbedingungen auch zur Gründung von Parteien kam, die einen mehr regionalen und sogar konservativen Charakter aufwiesen, ist leicht einzusehen. Im Grossen jedoch folgte die Parteibildung in den Westzonen in fast auffälliger Weise den politischen Strukturen und Gebilden, wie sie im Frühsommer in Berlin und in der Sowjetzone entstanden. Eigentlich waren damit für ein aufrichtiges demokratisches Empfinden die besten Voraussetzungen für eine baldige Vereinigung der vier Besatzungszonen geschaffen. In allen drei Westzonen entstanden in relativ kurzer Zeit wiederum die Sozialdemokratische wie die Kommunistische Partei. Die liberalen Elemente schlossen sich auch hier zu einer Liberaldemokratischen Partei zusammen, die allerdings einige Jahre später den heute noch gültigen Namen «*Freie Demokratische Partei*» annahm. Aber selbst der einzige wirkliche Neuling unter den Traditionsparteien, die «*Christlich Demokratische Union*», entstand in Westdeutschland unter dem gleichen Namen wie in Berlin und in der Sowjetzone. Das einzige Merkmal, wodurch sich in den Westzo-

nen die Parteien organisatorisch voneinander unterschieden, bestand darin, dass SPD und KPD, dank ihrer traditionellen Neigung zu zentralistischen Formen, sich schon bald eine überzonale Führung wählten, während bei CDU und LDP (FDP) in den ersten Jahren die Zonenverbände oder die Landesorganisationen dominierten. Jedenfalls war nicht einzusehen, wo eigentlich ausgerechnet unter diesen Verhältnissen eine reaktionäre Gefahr aus der Versenkung auftauchen sollte.

Natürlich war es auch nicht diese angebliche *«Gefahr»*, die die Sowjets und ihre deutschen Satelliten ernsthaft beunruhigte. In Moskau registrierte man vielmehr mit offensichtlichem Verdruss die Symptome, die erkennen liessen, dass die westlichen Verbündeten der Sowjetunion – für deren Geschmack viel zu frühzeitig – die eigentlichen totalitären Absichten des Kommunismus hinter dessen mühselig konstruierter demokratischer Phraseologie zu durchschauen begannen. Natürlich bot Berlin, wo die vier Kriegspartner so eng zusammenarbeiten mussten, dass eine komplette Tarnung voreinander gänzlich unmöglich war, einen besonders eindrucksvollen Anschauungsunterricht. Zwar taten die Westmächte weiterhin alles, um die Empfindlichkeit ihres östlichen Gegenübers zu schonen und für seine eigenartigen Auffassungen von Demokratie geduldiges Verständnis aufzubringen. Aber es gab Grenzen. So wies der damalige General Eisenhower als Oberkommandierender der amerikanischen Besatzungstreitkräfte in Deutschland in einem Bericht an seine Regierung schon Ende September 1945 warnend darauf hin, eine Blockbildung politischer Parteien, wie sie in Berlin bestehe, widerspreche der traditionellen amerikanischen Auffassung von einer demokratischen Politik und könne daher in der amerikanischen Zone Deutschlands keineswegs gefördert werden. Schon im

August verbot die amerikanische Militärregierung in ihrem Sektor jede weitere Tätigkeit der Haus- und Wohnblockobleute. Der Berliner Magistrat, von den Sowjets dazu veranlasst, erhob Einspruch dagegen. Die Amerikaner wiesen ihn entschieden zurück und erklärten, das System der Obleute «*sei der Nazizeit nachgeahmt und in keiner Weise demokratisch*». Nicht formell verboten, aber wesentlich eingeschränkt wurde die Aktivität der Obleute auch im britischen Sektor, während die Franzosen sich in dieser und jeder anderen Beziehung bis über die Jahreswende 1945/46 hinaus noch stark an die von den Kommunisten geschaffenen Zustände anlehnten.

Diese für sie recht negativen Erfahrungen belehrten die Sowjets darüber, dass die Zeit offenbar eher gegen sie arbeite als für sie und dass unter solchen Voraussetzungen die Viersektorenstadt Berlin zu einem höchst unerwünschten Schauplatz politischer Rivalität für sie werden konnte, ja, werden musste. Aus der von ihnen ursprünglich so lebhaft gewünschten «*splendid isolation*» ihrer deutschen KPD-Handlanger war eine Isolierung der Einflusslosigkeit und Unpopularität geworden. Gewiss sassen die kommunistischen Funktionäre, wie mehrfach erwähnt, in den kommunalen Behörden und in den Bezirks Verwaltungen einschliesslich der Westsektoren noch immer am wesentlich längeren Hebelarm, aber ihre tatsächliche Machtstellung stand in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrem Ansehen in der Öffentlichkeit. Ausserdem rückte mit jedem vergehenden Tag zwangsläufig der Augenblick näher, da der deutschen Bevölkerung die Möglichkeit eingeräumt werden musste, in freier Entscheidung eigene und unabhängige Vertretungskörperschaften zu wählen. Wenn sie ihre Pläne einer «*demokratischen Eroberung*» weiterhin verfolgen wollten, blieb den Sowjets kein anderer Weg als sich der Sozialdemokratie zu versichern und diese sehr nachdrück-

lich an deren längst nicht mehr aktuelle Bereitschaft zu einer organisatorischen Vereinigung mit den Kommunisten zu erinnern.

Ausgerechnet in jenen Tagen aber ergriff der SPD-Zentralausschuss in sehr demonstrativer Weise eine Initiative, die in denkbar krassem Gegensatz zu den sowjetischen Erwartungen stand. Die Gelegenheit einer Gedenkfeier an die Novemberrevolution von 1918 benutzte Grotewohl, um sich auf einer Berliner Grossveranstaltung unter dem minutenlangen Beifall der Anwesenden so scharf, wie das damals nur denkbar erschien, von den Kommunisten und ihrem seit einigen Wochen erhobenen Vereinigungsgeschrei zu distanzieren. Die wichtigsten und für die Zukunft aufschlussreichsten Sätze seiner Rede lauteten wörtlich:

*«Die Einheit der Arbeiterbewegung kann kein Beschluss von Instanzen, sie muss der eindeutige und überzeugte Wille aller deutschen Klassengenossen sein. Die Einheit der Arbeiterbewegung kann unmöglich, auch nur im geringsten, das Ergebnis eines äusseren Drucks oder indirekten Zwangs sein. Sie muss aus dem Bewusstsein völliger freier Selbstbestimmung ... zustande kommen. Die schnellste Schaffung einheitlicher Reichsparteien der deutschen Arbeiterklasse ist eine gebieterrische Notwendigkeit. Eine zonenmässige Vereinigung würde vermutlich die Einigung im Reichsmassstab nicht fördern, sondern nur erschweren und vielleicht das Reich zerbrechen. Die Einheit und die Einheitlichkeit des gesamten Staats- und Wirtschaftsgebietes Deutschlands zu wahren und zu erhalten ist aber eine der höchsten Aufgaben der Arbeiterklasse.»*

Die Rede Grotewohls, nicht zuletzt auch die Tatsache der kräftig erwachenden öffentlichen Meinung Berlins, die sich in entsprechenden Beifallsstürmen kundgab, lösten in Karlshorst eine so fassunglose Empörung aus, dass an die Zensoren der im Ostsektor erscheinenden Presse die sofortige Weisung er-



ging, jede Berichterstattung über die Veranstaltung zu unterdrücken. So geschah es, dass nicht einmal das sozialdemokratische Organ, das «*Volk*», die Rede Grotewohls auch nur mit einem Wort erwähnen durfte. Der gleiche Tag, an dem in Berlin die grosse SPD-Kundgebung stattfand, der 11. November 1945, wurde nämlich aus einem noch ungleich bedeutsameren Grunde zu einem höchst fatalen Datum für die Ambitionen Moskaus. Die einzigen wirklich freien Wahlen, die jemals unter sowjetischer Ägide stattfanden, nämlich in Ungarn, endeten mit einer vernichtenden Abfuhr für den Kommunismus. Eine nichtsozialistische Partei, die Gruppe der Kleinen Landwirte, errang ungefähr 60 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Die Sozialisten, die hier wie überall im sowjetischen Machtbereich zu einer demonstrativ engen Tuchfühlung mit den Kommunisten genötigt waren, erhielten rund 20 Prozent, die Kommunisten selbst trotz aller marktschreierischen Propaganda und energischen Drucks hinter den Kulissen nur 18 Prozent. Noch verhängnisvoller fiel für Moskau das Resultat der ersten Wahlen in Österreich aus, die zwei Wochen später, also am 25. November, stattfanden. 97 Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung entschieden sich für die demokratischen Parteien, für die österreichische Volkspartei und für die Sozialisten, für die Kommunisten blieben, einschliesslich der sowjetischen Zone Österreichs und des Sowjetsektors von Wien, lediglich 3 Prozent übrig.

Dieses Schulbeispiel aus zwei Staaten, deren einer ausschliesslich und deren zweiter zu einem erheblichen Teil unter sowjetischem Einfluss stand, belehrte nicht nur Moskau, sondern die ganze Weltöffentlichkeit darüber, dass es dem Kommunismus voraussichtlich nie beschieden sein würde, mit offenem Visier und unter seinem eigenen Namen in freier Konkurrenz mit anderen politischen Kräften die Mehrheit zu er-

obern. Unter dem erschütternden Eindruck dieser Erkenntnis entschloss sich Moskau überall dort, wo ihm ein solches möglich war, nunmehr auch die Kräfte des freiheitlichen Sozialismus für sich auszunutzen. Die deutsche Sozialdemokratie in Berlin wie in der Sowjetzone wurde als erste dazu ausersehen, wie Kurt Schumacher es später einmal ausdrückte, «*Blutspender*» für den Kommunismus zu sein, und zwar aus zwei Gründen: einmal musste Moskau seine am stärksten nach Westen vorgeschobene Bastion politisch sichern, um danach ähnliche Aktionen in Osteuropa einleiten zu können. Ausserdem war die Sozialdemokratie in Berlin und Mitteldeutschland vor dem Aufkommen des Nationalsozialismus seit Jahrzehnten die bedeutendste politische Kraft gewesen, während der Einfluss des Sozialismus in den osteuropäischen Ländern früher nur relativ gering ins Gewicht fiel.

Da mit den Wahlen in Ungarn und Österreich wie mit der nicht zu übersehenden Vertrauenskrise des Kommunismus in ihrem deutschen Machtbereich für die Sowjets eine Situation entstanden war, die die schnelle Schaffung vollendeter Tatsachen zweckmässiger erscheinen liess als die bisher beliebte Geschmeidigkeit der Taktik, gingen sie denn auch ohne Zeitverlust auf ihr nächstes wichtigstes Ziel los. In ihrer eigenen Zone hätten sie jeden etwa auftauchenden Widerstand aus den Reihen der SPD von vornherein mit terroristischen Mitteln brechen können, ohne ein grosses Risiko einzugehen. Hier waren sie Herren der Situation, hier brauchten sie keine lästige Überwachung ihrer Massnahmen durch andere gleichberechtigte Partner zu befürchten. Hier gab es verschiedene Parteien, aber keine wirkliche politische Bewegungsfreiheit für diese, hier gab es Zeitungen, aber keine freie Presse, ganz abgesehen davon, dass damals noch ein Kontrollratsgesetz ausdrücklich je-

de Kritik von Deutschen an den Massnahmen einer Besatzungsmacht ausdrücklich verbot. In den Westzonen legten die Besatzungsmächte dieses Verbot, nachdem es erst einmal wieder lizenzierte Zeitungen gab, sehr weitherzig aus, weil sie sogar im Zeichen einer Militärdiktatur nicht völlig über den Schatten ihrer eigenen Traditionen und ihres eigenen Gewissens springen konnten. Wer aber wollte und durfte schliesslich den Sowjets einen Vorwurf daraus machen, wenn sie im Rahmen ihrer Alleinzuständigkeit Gesetze des Kontrollrats, deren Zustandekommen bekanntlich Einstimmigkeit erheischte, strenger und wörtlicher auffassten?

Mitten in der Sowjetzone aber lag Berlin, und in dieser Stadt teilte Moskau seine Verantwortung mit den Briten, Amerikanern und Franzosen. In Berlin gab es den plötzlich unbotmässig gewordenen SPD-Zentralausschuss, der sein Büro zwar unter ‚freundschaftlichem‘ Zwang im Sowjetsektor hatte auf schlagen müssen, dessen meiste Mitglieder jedoch, Grotewohl an der Spitze, in den Westsektoren wohnten. In Berlin gab es nicht zuletzt den in Karlshorst schon längst verdächtig gewordenen «*Tagesspiegel*», den kein Zensor daran hindern konnte, in der Öffentlichkeit Alarm zu schlagen, wenn er etwa erfahren sollte, dass man eine Parteienverschmelzung mit undemokratischen Mitteln und womöglich gegen den Willen der Mitglieder vorbereitete. Mit Rücksicht auf Berlin, diese politische Gleichung mit einigen Unbekannten, musste darum so lange wie möglich die Form gewahrt werden.

#### GROTEWOHLS MORALISCHE KAPITULATION

In der Propagierung des Zieles blieb man allerdings weiterhin recht einfalllos. War die «*Arbeiterklasse*» bisher nur aufge-

fordert worden, gegen die reaktionären Bestrebungen in Westdeutschland zu kämpfen, wurde sie nunmehr beschworen, auch auf ihre Vereinigung bedacht zu sein und entsprechende organisatorische Folgerungen zu ziehen. Grotewohl und die anderen Spitzenfunktionäre des Zentralausschusses der SPD wurden mehrfach nach Karlshorst beschieden, um dort zunächst einmal bittere Vorwürfe wegen ihres eigenmächtigen und nicht genügend *«klassenbewussten»* Verhaltens in letzter Zeit, später aber grosszügige Versprechungen für die Zukunft zu ernten, wenn sie ihren Widerstand gegen die geplante Verschmelzung mit der KPD aufgäben. Schon am 20. November, also noch vor den Wahlen in Österreich, kam unter dem Druck Karlshorsts eine sogenannte *«Sechzigerkommission»* zustande, bestehend aus je 30 führenden Mitgliedern von SPD und KPD Berlins und der Zone, deren Aufgabe es sein sollte, die Voraussetzungen für eine spätere organisatorische Verschmelzung der beiden Parteien zu studieren.

Noch immer versuchte der SPD-Zentralausschuss, dem drohenden Schlege auszuweichen, der nach der klaren Erkenntnis der Mehrheit seiner Mitglieder und zunächst auch noch seines Vorsitzenden Grotewohl nicht nur die Unabhängigkeit der Partei liquidieren, sondern damit alle Ansätze zu einer kommenden freiheitlichen Entwicklung in Berlin und Mitteldeutschland im Keime zerstören würde. Man lehnte daher die von Karlshorst geforderte Vereinigung der beiden Parteien nicht grundsätzlich ab, betonte aber, dass dieser Prozess nicht auf Berlin und die Zone beschränkt bleiben dürfe, sondern sich auch in Westdeutschland vollziehen müsse. Vor allem sei mit Rücksicht auf die demokratischen Traditionen der SPD der erkennbare Wille der Mehrheit der Mitglieder Voraussetzung für jeden weiteren entscheidenden und unwiderruflichen

Schritt in dieser Richtung. Ähnlich wurde auch auf dem ersten Bezirksparteitag der Berliner SPD argumentiert, der Ende November 1945 stattfand.

Gerade aber diese Zwiespältigkeit der Haltung war es, auf die die Sowjets ihre sozialdemokratischen Gesprächspartner gewissermassen festnagelten. Wenn der Zentralausschuss und die übrigen Spitzenfunktionäre der SPD, so erwiderte Karlshorst, grundsätzlich für eine Vereinigung mit den Kommunisten einträten, auf der anderen Seite der Wille der Mitgliedschaft noch nicht erkennbar, jedenfalls noch nicht ermittelt sei, dann komme es eben darauf an, dass die Spitze mit gutem Beispiel vorangehe, ihren Anhängern die «*objektiven Notwendigkeiten*» der Situation erkläre und den Boden für eine baldige Verschmelzung mit der KPD psychologisch Schritt für Schritt vorbereite. Das könne aber nicht dadurch geschehen, dass man sich weiterhin tatenlos verhalte und es bei blossen Prinzipien-erklärungen bewenden lasse. Es müsse etwas Konkretes geschehen, um die Gespräche über die Parteiverschmelzung zu aktualisieren.

Diesem, wenn auch im Sinne seiner Urheber durchaus logischen, Wirrwarr von Nötigung, Versprechungen und Dialektik erwies sich Grotewohl weder intellektuell noch moralisch gewachsen. Es hätte einer mannhaften, fast heldenhaften Haltung bedurft, die aus Überzeugungstreue sowohl wie aus Selbstachtung eine offene Fehde mit einem sich allmächtig gebärenden Kontrahenten zu riskieren bereit war. Über diese Qualitäten verfügten aber weder Grotewohl noch die meisten Männer seiner nächsten Umgebung. Am 20. und 21. Dezember 1945 trat die vorhin erwähnte Sechzigerkommission im Parteibüro der SPD zu einer Klausurtagung zusammen, die mit einem fast vollständigen Sieg der kommunistischen Verhandlungspartner, also mit einem Siege Karlshorsts bzw. Moskaus endete.

Schon die weitschweifige programmatische Erklärung über die *«Zweite Phase der Einheit»* enthielt vorwiegend kommunistische Begriffe und Ideen. Praktisch wurde vereinbart, dass in allen Bezirken und Kreisen Berlins und der Sowjetzone Aktionsausschüsse zur Vorbereitung der organisatorischen Vereinigung von SPD und KPD gebildet werden sollten. Die eigentliche politische Kapitulation der SPD-Vertreter bestand in der Zusage, dass beide Parteien bei etwaigen Wahlen, wenn es bis dahin noch nicht zu einer Vereinigung gekommen sei, mit gemeinsamen Listen auftreten und sich später über die Besetzung der Ämter *«kameradschaftlich verständigen würden»*. Dass mit dieser Ankündigung der politische Selbstmord der SPD praktisch bereits vorweggenommen wurde, bedarf keiner näheren Begründung. Jede Partei, die vor Wahlentscheidungen Listenverbindungen eingeht, beweist damit – von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen –, dass sie sich entweder in eigener Sache nicht genügend Durchschlagskraft zutraut oder sich aus irgendeinem Grunde der Unabhängigkeit ihrer Existenz selbst begeben will.

Die SPD-Teilnehmer an der Sechzigerkonferenz betrachteten es zunächst als grossen, ja, entscheidenden Erfolg, dass in der Verlautbarung über die Tagung, die der Öffentlichkeit einen Tag vor Weihnachten bekannt gegeben wurde, von einem bestimmten Datum, also von einer Terminbefristung der von den Sowjets geforderten Parteiverschmelzung noch nicht die Rede war. Diese Genugtuung sollte jedoch nicht von langer Dauer sein. Nachdem man erst einmal in einer Stunde der Schwäche und Kopflosigkeit selber den Deich politischen Widerstandes an einer entscheidenden Stelle geöffnet hatte, brach die Sturmflut nunmehr unaufhaltsam herein. Zwar reagierten die SPD-Organisationen in den Ländern und Provinzen der Sowjetzo-

ne, die sich von ihrer eigenen Führung mit Recht verraten fühlten, zunächst mehrheitlich ablehnend und entrüstet auf die Beschlüsse der Sechzigerkonferenz. An einigen Orten der Zone, so vor allem in Rostock und Leipzig, flammte sogar vorübergehend ein ebenso tapferer wie hoffnungsloser und für die Beteiligten ungemein gefährlicher Widerstand auf. Protestresolutionen wiesen auf das Lebensrecht der Mitglieder hin, in dieser Frage gehört zu werden, oder betonten, dass eine isolierte Parteienverschmelzung in einer Besatzungszone den Weg zur künftigen deutschen Einheit verbaue. Vergebens – der bisher noch getarnte politische Gewissensdruck setzte nunmehr planmässig und massiert ein.

überall in der Sowjetzone wurden örtliche SPD-Vorstände zur nächsten Dienststelle der NKWD geladen und peinlich befragt, wie sie zur Vereinigung mit der KPD stünden, wobei man ihnen die Beschlüsse der Sechzigerkonferenz als repräsentatives Beweisstück vorhielt. Durch ihre unzeitgemässe Nachgiebigkeit hatten Grotewohl und seine Mitarbeiter mit der Durchführung dieser Konferenz genau den Präzedenzfall geschaffen, den die Sowjets und ihre deutschen Handlanger zur Durchsetzung ihrer Ziele brauchten und dessen sie sich meisterhaft zu bedienen wussten. Ja, als im Verlauf des Januars 1946 aus Berlin verlautete, die Haltung des Zentralausschusses sei erneut undurchsichtig geworden und er zeige sich bestrebt, wieder einige Schritte hinter die Beschlüsse vom Dezember zurückzuweichen, gestalteten die Sowjets die Lage für die SPD-Mitglieder und Funktionäre der Zone so unerträglich, dass diese scharenweise nach Berlin kamen und Grotewohl beschworen, jeden weiteren Widerstand, auch im Hinblick auf den von den Sowjets immer dringlicher geforderten baldigen Termin, schleunigst aufzugeben. Etwa Anfang Februar 1946

war die Opposition der SPD in der Zone gegen die Verschmelzung überall niedergewalzt worden – allerdings nur als Ergebnis eines beispiellosen Terrors und Gewissenszwanges.

Während Grotewohl von seinen politischen Freunden in der Zone geradezu verzweifelt bestürmt wurde, sich mit der Vereinigung zu beeilen, die den dort mit Verhaftung und Verschleppung Bedrohten nachgerade begreiflicher Weise als das kleinere Übel erschien, sah er sich an dem eigentlichen Schauplatz seines Wirkens und von den westlichen Sozialdemokraten umso entschiedener aufgefordert, das genaue Gegenteil zu tun und durch eine eindeutige Absage an Karlshorst die Unabhängigkeit der von ihm geführten Partei zu retten. Schon um die Jahreswende musste Grotewohl erkennen, dass seine ursprüngliche Konzeption *«Parteivereinigung ja, aber nur im gesamtdeutschen Rahmen»* an der ablehnenden Haltung der westdeutschen Sozialdemokraten gescheitert war. Dort waren, einmal unter dem wachsenden Einfluss Kurt Schumachers, aber auch infolge der erschütternden Nachrichten, die Flüchtlinge über die Verhältnisse in der Zone mitbrachten, ursprüngliche Illusionen über ein Zusammengehen mit den Kommunisten längst zerstoßen. Unter dem frischen Eindruck der Vorgänge in Berlin verwarfen zwei SPD-Konferenzen in Hannover und Frankfurt am Main, die erste einstimmig, die andere mit überwältigender Mehrheit, jeden Gedanken an eine organisatorische Vereinigung mit der KPD. Für Berlin nahmen am 29. Dezember 1945 zunächst die 20 Kreisvorsitzenden der SPD zu den Beschlüssen der Sechzigerkonferenz Stellung. Sie taten dies absichtlich in sehr gemäßigter Form, weil sie der Ansicht zuneigten, Grotewohl habe in einem Moment der Verwirrung und unter Druck gehandelt, weswegen er eine gewisse Rückendeckung brauche. So billigten die Kreisvorsitzenden



die am 20. und 21. Dezember gefassten Beschlüsse zwar grundsätzlich, machten aber die zweifellos entscheidende Einschränkung, vor jedem weiteren Schritt in der Richtung auf eine Vereinigung mit den Kommunisten sei die Einstellung aller SPD-Mitglieder durch eine Urabstimmung zu erkunden.

Wesentlich unverblümter noch klangen die zahlreichen Proteste, die dem Zentralausschuss aus den einzelnen Bezirken und Abteilungen der Berliner SPD übermittelt wurden. Von jeweils zehn Briefen sprachen sich in der Regel acht bis neun aufs energischste gegen eine Verschmelzung mit den Kommunisten aus und verwiesen nur zu überzeugend auf die negativen Erfahrungen, die man mit den Handlangern Moskaus in acht Monaten praktischer Zusammenarbeit gemacht hatte. Grote wohls erstes öffentliches Auftreten seit dem 11. November 1945 auf einer SPD-Kundgebung des Kreises Charlottenburg am 13. Januar 1946 überzeugte ihn davon, obwohl er selber überaus vorsichtig operierte, dass die Bereitschaft der Berliner Parteiorganisation zum Widerstand gegen die «Zwangsehe» mit den Kommunisten nicht unterschätzt werden dürfte. Da er sich selber seit Wochen in eine Situation getrieben sah, die ihn ständig zwang, gegen einen Rest eigener Meinung zu handeln, machte er noch einmal einen Versuch, die Entwicklung zu bremsen. Am 15. Januar gab der Zentralausschuss Richtlinien für alle SPD-Funktionäre Berlins und der Sowjetzone heraus, in denen er erneut betonte, eine Vereinigung mit den Kommunisten komme nur in Betracht, wenn diese in allen Besatzungszonen möglich sei und gleichzeitig erfolgen könne. Dieses Dokument legte er übrigens auch der ersten Gesamtberliner SPD-Funktionärskonferenz vor, die sich mit der Frage der Vereini-

gung befassen sollte und die am 20. Januar 1946 im Admiralspalast, einem Operngebäude im Sowjetsektor, zusammentrat.

Auf dieser Konferenz, von der übrigens wiederum die Öffentlichkeit nichts erfahren durfte, kam es bereits zu unerwartet stürmischen Auseinandersetzungen. Fast alle Diskussionsredner hoben mit Nachdruck hervor, wenn man mit der Demokratie in Deutschland Ernst machen wolle, komme die Verschmelzung mit einer Partei nicht in Betracht, die trotz aller scheinheiligen Erklärungen durch ihre Praxis beweise, wie wenig sie von Demokratie halte und von der noch dazu alle Welt wisse, dass sie weder einen eigenen Willen habe noch einen solchen postuliere, sondern lediglich der gehorsame Willensvollstrecker einer ganz bestimmten Besatzungsmacht sei. Nach stundenlangen Debatten, die schliesslich mit Rücksicht auf den abendlichen Theaterbetrieb vorzeitig abgebrochen werden mussten, stimmte eine Mehrheit den Richtlinien vom 15. Januar zu, trotz mancher Bedenken, ob es ratsam sei, damit einer so schwankenden und unsicheren Körperschaft wie dem Zentralausschuss noch einmal, wenn auch indirekt, eine Vertrauensvollmacht zu geben.

Ausgerechnet diese taktisch wohlgemeinten, aber politisch höchst kurzsichtigen Richtlinien erwiesen sich, wie schon vorher angedeutet, in der Zone als Bumerang und erzeugten bei den Sowjets lebhaftes Missfallen, was man ihnen übrigens aus ihrer Sicht nicht einmal verargen konnte. Auch sie hatten Veranlassung, den SPD-Zentralausschuss als einen Aal zu betrachten, der sich jedem kräftigen Zugriff zu entwinden trachtete. In der Tat musste die Feststellung, die Verschmelzung mit den Kommunisten sei nur im gesamtdeutschen Rahmen denkbar, nach der soeben erfolgten entschiedenen Zurückweisung dieses Ansinnens durch die SPD der Westzonen als Ab-

sicht ausgelegt werden, die Erfüllung des Lieblingswunsches der Sowjets *ad calendas graecas* zu verschieben.

Auf solche Manöver ging Moskau nun nicht mehr ein. Jeder, der im Verdacht stand, der Vereinigung zu widerstreben, wurde in der kommunistischen Presse fortan zu einem «*Arbeiterverräter*», «*Reaktionär*» oder «*Söldling des internationalen Monopolkapitals*» gestempelt. Ferner liessen die Sowjets, wie vorhin schon dargelegt wurde, Grotewohls verspätete Courage dessen Gesinnungsfreunde in der Zone grausam büssen. Auch der entscheidende politische Gegenschlag auf den Versuch des Zentralausschusses, Zeit zu gewinnen, blieb nicht aus. Mit einemmal tauchten in der seit Monaten unermüdlich arbeitenden Verschmelzungspropaganda auch sehr kurzfristige Termine auf. Die reaktionäre Gefahr in Westdeutschland, so hiess es, nähme dermassen überhand, dass sich die Arbeiterklasse in der Sowjetzone und Berlin so rasch wie möglich vereinigen müsse, auch um den Preis, dass dieser Akt «*zunächst*» eben auf den «*fortschrittlichsten*» Teil Deutschlands beschränkt bleibe.

Während eine Mehrheit des Zentralausschusses bis etwa Anfang Februar 1946 den verhängnisvollen Gang der Ereignisse, den sie in dieser dramatischen Form weder vorausgesehen noch gewollt hatte, aus aufrichtiger Überzeugung zu bremsen trachtete, war Grotewohl selber des Widerstandes allmählich müde geworden. Da auch er freilich ein in seinen Folgen unabwehbares Verhängnis kommen sah, billigte er die Verzögerungstaktik, solange sie sein persönliches Prestige unberührt liess. Er brachte es aber nicht über sich, vor aller Öffentlichkeit einen kapitalen politischen Fehler einzugestehen, noch dazu unter nachgerade derart beschämenden Umständen. In dem wochenlangen Widerstreit zwischen Intelligenz und Eitelkeit trug schliesslich die Eitelkeit den entscheidenden Sieg

davon. Nur zögernd bequemte er sich auf das Drängen seiner Mitarbeiter, formell noch einen letzten Versudi zu machen und am 8. Februar mit Kurt Schumacher in Braunschweig zu einer Aussprache zusammenzutreffen. Diese verlief, wie nicht anders zu erwarten stand, völlig ergebnislos. Schumacher konnte seinem Besucher keinen anderen Rat mehr geben als den, die von ihm repräsentierte Parteiorganisation unverzüglich aufzulösen und unumwunden zu erklären, er stehe bereits seit geraumer Zeit unter Druck und insofern entspreche seine offiziell eingenommene Haltung nicht seiner wahren Überzeugung. In der Tat wäre dies der einzige Weg gewesen, wenn nicht die Parteiverschmelzung überhaupt unmöglich zu machen, so doch den Sowjets ihr politisches Alibi zu entziehen und ihre eigentlichen Absichten vor der Weltöffentlichkeit zu demaskieren. Dazu aber hätte es eines bedeutenden Mannes bedurft und keines Opportunisten, der innerlich schon lange zum Verräter an der eigenen Partei geworden war und dem es daher nicht mehr um die Sache ging, sondern nur noch um seine eigene erhoffte Karriere.

Grotewohl benutzte vielmehr das fruchtlos verlaufene Gespräch in Braunschweig, um dem Zentralausschuss eine rasche Entscheidung aufzunötigen, die schon am 11. Februar von einer knappen Mehrheit in seinem Sinne gefällt wurde. Noch am gleichen Tage eilte er zu einer gerade in Berlin stattfindenden FDGB-Konferenz, um dort offiziell zu verkünden, die Vereinigung von SPD und KPD zu einer neuen Partei, der «*Sozialistischen Einheitspartei*» (SED) werde sowohl für Berlin wie für die Sowjetzone noch vor dem 1. Mai 1946, dem «*Feiertag der Wérktätigen*», vollzogen sein.

## KAMPF UM DIE URABSTIMMUNG

Damit schienen sich die sowjetischen Träume, wenigstens in erster Instanz, einer unerwartet raschen Erfüllung zu nähern. Kam es zur widerspruchslosen Gründung der SED auch in Berlin, würde die Anwesenheit der schon recht lästig gewordenen westlichen Verbündeten in der deutschen Hauptstadt bald nur noch symbolische Bedeutung haben. Auf welche Kreise und Gruppen der deutschen Bevölkerung sollten sich die Westmächte noch stützen, wenn es erst einmal zu einer Wahlentscheidung gekommen war? Berlin galt seit altersher als *«rote Stadt»*. In der Weimarer Zeit hatten hier bis zu der alles überspülenden Naziwelle Sozialdemokraten und Kommunisten stets eine Mehrheit besessen. Diese auch in Zukunft mit Sicherheit zu erwartende Mehrheit würde nun aber erstmalig auf Moskauer Geheiss tätig werden. Gewiss würden die Westmächte während der Dauer des Besatzungsregimes noch hier und da Schwierigkeiten machen und Einsprüche erheben, aber dann konnten sie, die Sowjets, sich plötzlich als Hüter der demokratischen Rechte und der bedrohten Freiheit aufspielen. Ausserdem vermochte ihnen niemand bis zur Stunde schlüssig nachzuweisen, sie betrieben die Vereinigung der beiden Parteien unter Zwang und Druck oder gar zum Nutzen ihrer eigenen Interessen, nachdem sich Grotewohl und die Mehrheit im SPD-Zentralausschuss als so gehorsame Werkzeuge erwiesen hatten und sich nicht scheuten, die Sache Moskaus als ihre eigene auszugeben.

Die Sache des Westens, die Sache der Freiheit schien in dem Augenblick verloren, als der Kampf um sie unerwartet genug von einer Handvoll Namenloser aufgenommen wurde. Die acht SPD-Funktionäre, die sich im Auftrage ihrer Kreise und

Abteilungen am 14. Februar 1946 in der Privatwohnung eines Parteifreundes trafen und beschlossen, auch das Letzte einzusetzen, um die Unabhängigkeit ihrer Partei zu retten, handelten nur in dem Bewusstsein, für höchst gerechte Interessen einzutreten, verfügten aber über keinerlei materielle Hilfsmittel. Die unerlässlich notwendigen Querverbindungen von Abteilung zu Abteilung, von Kreis zu Kreis, mussten noch immer grösstenteils durch stundenlange Fusswege hergestellt werden, da das Verkehrsnetz noch nicht vollständig geflickt war, nur wenige beruflich Privilegierte damals bereits ein Telefon besaßen und eigene Autos schon gar nicht zur Verfügung standen. Der sich rasch bildende organisatorische Kern der Berliner SPD-Opposition gegen die Verschmelzung besass ausserdem keine Geldmittel, kein Papier, keine Druckerei, also auch kein Sprachrohr zur Öffentlichkeit, ja, nicht einmal das bescheidenste zentrale Büro. Man verabedete sich zur Erörterung weiterer Massnahmen in Gastwirtschaften oder Privatwohnungen. Doch half die Begeisterung, wie sie nur der Kampf um eine Idee verleiht, auch bei dem Improvisieren von Hilfsmitteln.

Kurt Schumacher, der Ende Februar zu einem ersten Informationsbesuch nach Berlin kam, wurde von der SPD-Opposition verständigt und traf mit ihren führenden Sprechern zusammen. Unmittelbare Hilfe konnte auch er nicht zusagen, wohl aber versicherte er die Versammelten der unverbrüchlichen Solidarität ihrer politischen Freunde in Westdeutschland. Das war für die Vertrauensleute der SPD-Opposition, die verständlicherweise manchmal das Gefühl hatten, in einer hoffnungslos abgeschnittenen Festung zu kämpfen, zweifellos ein starker moralischer Auftrieb. Obwohl sich die Opposition in den ersten zwei Wochen nur innerparteilich bemerkbar machte und die Berliner Bevölkerung den Eindruck gewinnen musste, als

rolle das ihr von Moskau zgedachte Schicksal einer kalten Sowjetisierung unaufhaltsam auf sie zu, genügte doch diese sehr kurze Zeit, um den entscheidenden Durchbruch in die Öffentlichkeit vorzubereiten. Am Sonnabend, dem 2. März 1946, verkündete der «*Tagesspiegel*», mit dem die Spitzengruppe der Opposition vorsorglich in Verbindung getreten war, als Hauptschlagzeile den ersten Sieg Davids über Goliath, den ersten Sieg einer kleinen Gruppe von Deutschen, denen die Demokratie am Herzen lag, über die allmächtig erscheinende bolschewistische Weltmacht.

Vergebens hatte sich Grotewohl am Vortage, dem 1. März, nochmals bemüht, auf einer zweiten Funktionärskonferenz der Berliner SPD, an der rund 2'000 Personen teilnahmen, für die Sache der Zwangsvereinigung Stimmung zu machen. Er wurde schon während seiner Ausführungen von empörten Zuhörern mehrfach durch minutenlange Proteste unterbrochen und als Verräter gebrandmarkt. Schliesslich nahm die Funktionärskonferenz mit überwältigender Mehrheit eine Resolution an, die den Bezirksvorstand beauftragte, über die Frage der Verschmelzung von SPD und KPD sämtliche Mitglieder in einer geheimen Urabstimmung entscheiden zu lassen.

Diese Urabstimmung wurde auf den 31. März festgesetzt. Der ganze vorausgehende Monat stand im Zeichen eines erbitterten Tauziehens zwischen Zentralausschuss und Opposition. Die Sowjets mussten zähneknirschend beiseitestehen und formell der Grotewohlgruppe den Kampf allein überlassen, weil sie sich ja keine Blösse geben durften, wenn sie an der Fiktion festhalten wollten, sie mischten sich in die inneren Angelegenheiten deutscher Parteien nicht ein. Ingeheim wurde aber der Zentralausschuss natürlich mit einer Überfülle entsprechender «*Munition*» versorgt, um die knappe Zeit zu seinen Gunsten

auszunutzen und die gefürchtete Urabstimmung, wenn irgend möglich, durch Sabotagemassnahmen aller Art zu verhindern. Die Munition bestand vor allem in Papier für die Herstellung von Druckschriften, Flugblättern und Plakaten sowie in Benzin, um den Zentralausschuss beweglich und operationsfähig zu machen. Tatsächlich fand im Monat März auch nicht die bescheidenste Bezirks- und sogar Abteilungsversammlung der SPD statt, auf der nicht ein Vertreter oder Beauftragter des Zentralausschusses persönlich erschienen wäre, um mit allen Mitteln der Rhetorik, nicht zuletzt auch mit beschwörenden Drohungen, jede Opposition sei völlig sinnlos und obendrein gefährlich, für die Verschmelzung zu werben.

Aber auch die Opposition erstarkte unaufhaltsam, je mehr sie spürte, dass die öffentliche Meinung sie trug. Über Nacht, kann man sagen, verwandelte die Auseinandersetzung, die rein formell ja nur die interne Angelegenheit einer einzigen Partei war, Berlin wieder in die politische Stadt, die es bis heute geblieben ist. Mit ihrem wachen Instinkt begriff die Bevölkerung, um was es in Wirklichkeit ging, sie begriff, dass ein erstaunlicher historischer Zufall die Erhaltung der Unabhängigkeit einer Partei, die im ganzen Stadtgebiet knappe 60'000 Mitglieder zählte, zu einem Kampf um die Freiheit gestempelt hatte, die Millionen anging und dessen Bedeutung offensichtlich weit über die Grenzen Berlins hinausreichte.

Noch besser begriffen das die westlichen Besatzungsmächte. Ihre bisher zur Schau getragene Arroganz verflog buchstäblich über Nacht und machte einem ständig wachsenden Solidaritätsgefühl Platz, gemischt mit einer unverhohlenen Bewunderung für diejenigen, die sich mit politischen Mitteln so fanatisch für die gleiche Sache schlugen, für die sie, die Briten und Amerikaner, den Krieg gegen Hitler geführt hatten. So



bildete sich unversehens schon im März 1946 in Berlin eine völlig neue Front: die britischen und amerikanischen Militärbehörden versicherten nicht nur in grundsätzlichen Stellungnahmen, sie hielten die Urabstimmung für eine legitime demokratische Sache und würden sie in ihren Sektoren unbehelligt durchführen lassen. Sie boten der Opposition sogar direkte Unterstützung an und verhalfen ihr vor allem durch Papierlieferungen dazu, nun auch ihrerseits mit Flugblättern und Plakaten an die Öffentlichkeit zu treten. Ebenso unzweideutig stellte sich der *«Tagesspiegel»*, der damals mit einer Auflage von rund 500'000 Exemplaren erschien und obendrein zu erklecklichen Preisen auf dem Schwarzen Markt gehandelt wurde, an die Seite der Kämpfenden und öffnete ihnen seine Spalten.

Unter diesen Vorzeichen tobte der Kampf zwischen Zentralausschuss und Opposition mit immer grösserer Leidenschaft weiter. Mit Hilfe des *«Tagesspiegels»* entlarvte der inzwischen gebildete Aktionsausschuss der Opposition alle sorgfältig ausgeheckten Täuschungs- und Propagandamanöver des Zentrallausschusses so rechtzeitig, dass diese meist ihre Wirkung verfehlten. Der Zentrallausschuss revanchierte sich, indem er drei führende Vertreter der Opposition, deren Namen unter ihrem ersten Flugblatt standen, aus der Partei ausschloss und die Kreisvorstände, die sich schützend vor die Gemassregelten stellten, kurzerhand ihrer Ämter enthob. Daraufhin sagten sich wiederum einige Kreisverbände schon vor dem 31. März offiziell vom Zentrallausschuss los. Die Grotewohl-SPD befand sich in Berlin in voller Auflösung.

Und wie verhielten sich in diesem wachsenden Chaos die zuständigen sowjetischen Militärbehörden? Bis zum Vorabend der Urabstimmung schwiegen sie wie eine Sphinx, so dass kein Mensch voraussagen konnte, ob sie im Sowjetsektor überhaupt durchgeführt werden konnte. In einigen Bezirken

hatten die örtlichen SPD-Leitungen dem Druck ihrer Militärkommandanten nachgegeben und offiziell erklärt, sie verzichteten auf eine Urabstimmung. In anderen Bezirken, vor allem in Pankow, Prenzlauer Berg und Mitte, wo die SPD von besonders unerschrockenen und mutigen Männern geführt wurde, versagte jedoch das bewährte Mittel totalitärer Erpressung. Hier wurden vielmehr alle Massnahmen getroffen, um die Urabstimmung ordnungsgemäss durchzuführen, mochte nun eine offizielle Erlaubnis der Militärkommandanturen vorliegen oder nicht.

Eine halbe Stunde, nachdem sich am Sonntag, dem 31. März 1946, in verschiedenen Bezirken des Sowjetsektors die Abstimmungslokale geöffnet hatten, erschienen vor diesen plötzlich Rotarmisten im Auftrage ihrer jeweiligen Militärbehörden, erklärten die Urabstimmung für einen nichtgenehmigten, daher illegalen Akt, versiegelten die Urnen mit den bereits abgegebenen Stimmzetteln und nahmen sie mit sich. In den drei Westsektoren hingegen verlief die Urabstimmung geordnet und ohne Zwischenfälle.

In den späten Abendstunden stand das Ergebnis fest: 82 Prozent der SPD-Mitglieder sprachen sich gegen die Verschmelzung mit den Kommunisten aus. Nach der einen ganzen Monat tobenden erbitterten Schlacht hatte David über Goliath in der Endrunde triumphiert.

## ENTSCHEIDUNG FÜR DIE FREIHEIT

### WESTLICHE SELBSTBESINNUNG IN BERLIN

War die Überschrift des vorausgehenden Kapitels nicht bei aller Würdigung der Bedeutung der in ihm geschilderten Ereignisse etwas übertrieben? War es zulässig, das Ringen einer Partei um ihre Selbständigkeit schon als «*Vorspiel zum Kalten Krieg*» zu bezeichnen? Sicher nicht, wenn man dieses Urteil nur auf die äusseren Ereignisse bezieht. Sie blieben damals typischerweise nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in Westeuropa so gut wie unbekannt. So unbekannt, dass bisher alle Hinweise darauf von teilweise falschen Zusammenhängen ausgehen und daher notwendig auch zu falschen oder wenigstens schiefen Schlussfolgerungen kommen.

In der angelsächsischen Hemisphäre dagegen begriff man schon damals die prinzipielle und symbolhafte Bedeutung des Kampfes der Berliner SPD. Tage-, ja, wochenlang nahmen die diesbezüglichen Nachrichten aus Berlin einen hervorragenden Platz in der Berichterstattung der Presse oder des Rundfunks in Grossbritannien und in den Vereinigten Staaten ein. Den eindrucksvollsten Kommentar über das Ergebnis der Urabstimmung lieferte der sonst so zurückhaltende «*Berliner*», das Nachrichtenorgan der britischen Militärregierung. Unter dem bezeichnenden Titel «*Freiheit*» bestätigte das Blatt in einem

Leitartikel, am 31. März 1946 seien die Augen eines grossen Teils der Welt auf Berlin gerichtet gewesen, und kam dann zu folgender Bilanz:

*«Der Ausgang der Abstimmung am Sonntag hat wieder gezeigt, dass der menschliche Geist nicht durch menschliche Gesetze gebunden werden kann, wenn diese Gesetze seine Freiheit begrenzen. Wo immer in der Geschichte der Menschheit die Tyrannei entsteht, da bricht sich das undefinierbare Etwas im Menschen Bahn, das die Ketten sprengt und zur Freiheit strebt, sei es selbst in Kerkern oder Konzentrationslagern. Es mögen nur die wenigen sein, die diesen härtesten Weg wählen; aber ihr Beispiel und Opfer trägt die Masse ihrer Mitmenschen voran.»*

Die tiefsten Gründe, um derentwillen der Westen den Kalten Krieg – jenseits aller akuten politischen und sonstigen Interessen – aufnahm und bis zum heutigen Tage führt, sind in diesem Artikel so knapp, so überzeugend und noch dazu in einer so eindrucksvollen Sprache dargelegt, dass man sie kaum jemals besser definieren könnte. Das erbitterte Ringen, das zwei relativ sehr kleine Gruppen im Frühjahr 1946 in Berlin gegeneinander austrugen, zwei Gruppen von Menschen, die seinerzeit hüben wie drüben offiziell politisch noch entrechtet waren, hüben wie drüben Bürger eines Staates, der nicht mehr oder noch nicht wieder bestand, war ja nur ein Sinnbild für den Kampf der beiden Giganten Diktatur und Freiheit, Totalitarismus und Demokratie, der in globalem Umfang erst etwa zwei Jahre später in voller Schärfe entbrannte. Grotewohl und seine Mitarbeiter wären nach ihren eigenen bitteren Erfahrungen niemals auf die Idee gekommen, sich unter den gegebenen Umständen mit den Kommunisten zu vereinigen, hätten sie nicht unter stärkstem sowjetischem Druck gestanden und die-

sem schliesslich nachgegeben. Die Berliner Sozialdemokraten hätten bei aller Entschlossenheit, ihre Sache nicht im Stich zu lassen, den Anschlag auf ihre Freiheit nicht abwehren können, wären sie nicht von der erwachenden öffentlichen Meinung ihrer Stadt vorwärtsgetragen und wären sie vor allem nicht von den angelsächsischen Mächten in der entscheidenden Phase tatkräftig und wirksam unterstützt worden. Der uner-sättliche Sowjetimperialismus traf damals auf seinem Vor-marsch nach Westen auf den ersten Widerstand und erlebte einen quantitativ winzigen, qualitativ aber sehr ernsten Rück-schlag. Die Mächte der freien Welt erkannten ihrerseits an die-sem Beispiel ganz eindeutig, dass man mit dem Kommunis-mus nur leben kann, wenn man ihm notfalls entgegentritt statt seinen Forderungen ständig nachzugeben. Schliesslich macht der Artikel des «*Berliner*» zwischen den Zeilen bereits sicht-bar, dass in Berlin zumindest eine neue politische Solidarität im Entstehen war, die mit der Frontenbildung des zweiten Weltkrieges nichts mehr zu tun hatte.

#### CDU ALS DEMOKRATISCHER OPPONENT

Die ausführliche Darstellung der wichtigsten Ereignisse, die sich im Winterhalbjahr 1945/46 in Berlin abspielten, darf aber nicht zu dem Trugschluss verleiten, den Sowjets seien Schick-sal und Entwicklung der anderen Parteien im Antifaschisti-schen Block gleichgültig gewesen oder sie hätten diese auch nur einen Tag aus den Augen verloren. Natürlich waren sie für Karlshorst nicht so interessant wie der in Aussicht genom-mene sozialdemokratische «*Blutspender*», da sie für solche unfreiwilligen Hilfsdienste damals wenigstens noch nicht in Betracht kamen. Doch sorgten die Sowjets mit eifersüchtiger Wachsamkeit dafür, dass tunlichst auch weder in der CDU

noch in der LDP etwas geschah, das ihrem Willen zuwiderlief. Bis zur Neugründung des Berliner Landesverbandes der SPD waren sämtliche vier Blockparteien, deren Zentralbüros im Sowjetsektor von Berlin lagen, als Repräsentanten deutscher politischer Initiative mit dem Schicksal der Sowjetzone verbunden. Die dortigen Parteiorganisationen erkannten denn auch ihre zentralen Körperschaften in Berlin durchweg als führend und richtungweisend an.

Unter den vier Partnern im Antifaschistischen Block nahm die CDU zweifellos von vornherein eine bewusste und auch objektiv unverkennbare Sonderstellung ein. Schon in einem anderen Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass es sich um die einzige Partei handelte, die gleichsam schon vom Konstitutiven her politisches Neuland betrat. Programmatisch zielte sie darauf ab, nicht allein mehrere politische, ursprünglich sogar recht kontroverse Gruppen der Weimarer Zeit zu integrieren und dadurch erneut furchtbar zu machen, sondern auch die beiden grossen christlichen Konfessionen in einer grossen Partei der Mitte zu vereinen. Ihr Gründungsauftrag trug die Unterschrift zahlreicher Persönlichkeiten, die weit über Berlin hinaus Rang und Namen hatten und damit sinngemäss, was sich wenig später auch tatsächlich erweisen sollte, weit über die bestehenden Zonengrenzen hinaus in den deutschen Raum vorsties. Mit Andreas Hermes und Walther Schreiber standen zwei Männer an der Spitze der CDU, die sowohl auf eine reiche politische Erfahrung zurückblickten als auch von vornherein der sowjetischen Besatzungsmacht als gewichtige und oft unbequeme Partner gegenübertraten. Obwohl in den ersten Monaten kaum etwas davon in die Öffentlichkeit drang, führte die CDU hinter den Kulissen des Antifaschistischen Blocks in

manchen Fragen einen zähen und unbeirrbaren Kampf gegen das Übergewicht der drei anderen Partner und schlug so, ohne dass solches praktisch schon publik werden konnte, der Demokratie bzw. ihren realen Voraussetzungen eine erste Bresche.

Dass die von der CDU eingenommene Haltung schliesslich zu Reibereien und Schwierigkeiten mit ihren Partnern von der SPD wie von der KPD führen musste, lag auf der Hand. Diese beiden Parteien bildeten ja innerhalb des Antifaschistischen Blocks insofern einen Sonderklub, als sie schon am 19. Juni einen gemeinsamen Arbeitsausschuss konstituiert hatten, in dem die sozialdemokratischen Vertreter mindestens bis zum Herbst 1945 eine denkbar enge Tuchfühlung mit den Kommunisten auch aus Überzeugung bejahten. Aber auch als sich das Vertrauensverhältnis zu lockern begann, stimmten die beiden sozialistischen Gruppen in den praktischen Sachfragen noch meist überein. Dass die LDP jedoch völlig im Fahrwasser der sozialistisch-kommunistischen Front schwamm und dadurch die CDU zu einem isolierten Vorgehen zwang, war hauptsächlich auf die Unzulänglichkeit ihres Vorsitzenden, Dr. Wilhelm Külz, zurückzuführen. Während an der Spitze von SPD und KPD in erster Linie Parteifunktionäre standen, die in der Weimarer Zeit zweifellos durchweg nicht zu den Prominentesten in ihren eigenen Reihen zählten, hatte es der Zufall gefügt, dass CDU und LDP von ehemaligen Ministern geführt wurden. Sowohl Hermes wie Külz waren Reichsminister, Schreiber lange Jahre preussischer Handelsminister gewesen. Das daraus resultierende Selbstbewusstsein prägte sich freilich bei den beiden CDU-Vertretern sehr viel entschiedener aus als bei dem schon recht senilen Dr. Külz, der seinerseits mit betontem Übereifer Schwierigkeiten mit den Sowjets vermied. So entstanden im Spätherbst 1945 ernsthafte Meinungsverschieden-

heiten zwischen der CDU einerseits und den drei übrigen Blockparteien andererseits, die sich vor allem in der Schulwie in der Bodenreformfrage zuspitzten.

Was es bedeutete, wider den Stachel sowjetischer Wünsche zu locken, bekam die CDU schon im Dezember 1945 zu spüren. Dr. Andreas Hermes als Landwirtschaftsexpert lehnte Tempo und Methoden der in der Sowjetzone tatsächlich ebenso überstürzt wie dilettantisch betriebenen Bodenreform unmissverständlich ab. Gegen das Prinzip an sich hatte kein aufrichtiger deutscher Antinazist etwas einzuwenden. Im Gegenteil, vielen standen die Unterlassungssünden der Weimarer Republik noch lebhaft vor Augen, die sich nicht zuletzt durch die Nichtantastung der gewaltigen Latifundien, vornehmlich in Ostdeutschland, ihr eigenes Grab geschaufelt hatte. Gegen das von den Sowjets wie von den Kommunisten beliebte Prinzip einer summarischen und entschädigungslosen Enteignung von Grund und Boden sträubte sich aber ein gesundes Rechtsempfinden, das insbesondere von Dr. Hermes verkörpert wurde. Ebenso erschien es diesem als Fachmann abwegig, für die durch die Bodenreform neugeschaffenen Bauernhöfe eine schematische Einheitsgrösse festzusetzen, ohne die Ertragsfähigkeit und Fruchtbarkeit der Böden zu berücksichtigen, die beispielsweise in der Mark Brandenburg oder in Teilen Sachsens weit geringer war als in Mecklenburg oder in den sowjetisch besetzten Teilen Pommerns.

Die Sowjets verhielten sich im Falle des CDU-Vorsitzenden ganz ähnlich wie im Falle der Verschmelzung von SPD und KPD. Sie bemühten sich, ein unmittelbares Eingreifen zu vermeiden und dafür zunächst einmal im Innern der Partei Verwirrung zu stiften, um dann später als Interpreten und Vollstrecker eines angeblichen *«Massenwillens»* aufzutreten. Am 8. Dezember 1945 hatten Dr. Hermes und sein Stellvertreter,



der spätere Berliner Bürgermeister Dr. Schreiber, einen Aufruf des Antifaschistischen Blocks zur Durchführung der Bodenreform abgelehnt. In den Tagen danach begründete Dr. Hermes seine Bedenken auch vor der Öffentlichkeit. Am 19. Dezember wurden Dr. Hermes und Dr. Schreiber von der SMA genötigt, vom Parteivorsitz zurückzutreten. Die Sowjets stützten sich dabei auf angebliche *«Wünsche von Bezirksverbänden der CDU, die bei der SMA Bedenken gegen die Geschäftsführung des Zentralvorstandes erhoben hatten»*. Sie wiesen ferner darauf hin, Dr. Hermes habe mit seinen Äusserungen über die Bodenreform auch gegen die zuständige Besatzungsmacht Stellung genommen und insofern sinngemäss gegen die einschlägige Gesetzgebung des Kontrollrates verstossen. Grund genug, um ihm und Dr. Schreiber die beantragten Interzonenpässe für die Teilnahme an dem ersten gesamtdeutschen Treffen der CDU in Bad Godesberg zu verweigern. Als neue CDU-Vorsitzende wurden von einem Delegiertentag Jakob Kaiser und Ernst Lemmer gewählt, die in späteren Jahren beide als Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen bekannt wurden. Die Sowjets sollten bald durch die Erfahrung darüber belehrt werden, dass sie sich gründlich getäuscht hatten, wenn sie erwarteten, die Nachfolger der ihnen unbequem gewordenen Männer in der CDU-Parteileitung seien ihrerseits gefügigere Instrumente in der Hand der SMA. Ausserdem trauten die beiden gemassregelten CDU-Vorsitzenden bei aller lebhaften persönlichen Enttäuschung gerade diesen beiden Nachfolgern zu, sie würden das Heft fest in der Hand behalten.

Auch bei den Debatten um den Entwurf einer provisorischen Verfassung für Berlin ging übrigens die CDU mit Anregungen voran, die auf eine stärkere Demokratisierung des öffentlichen Lebens schon vor den ersten freien Wahlen abzielten, deren

Datum damals noch völlig ungewiss war. Der Magistrat legte im Dezember einen Entwurf vor, der ganz offensichtlich die Tendenz verfolgte, das politische Element in den vorgesehenen vorläufigen Vertretungskörperschaften zurückzudrängen und der unverkennbare kommunistische Einflüsse verriet. Es ist von jeher das typische Bestreben der Kommunisten gewesen, ihren meist relativ geringen unmittelbaren politischen Einfluss auf parlamentarische Körperschaften durch die Hinzuziehung von Vertretern bestimmter Massen- und Berufsorganisationen zu verstärken, in denen sie, die Kommunisten, durch die straffe Disziplin ihrer Kader häufig den Ton angeben. Eine ähnliche Lösung sah auch der Magistratsentwurf einer provisorischen Verfassung vor, der die Gewerkschaften und gewisse ständische Organisationen in die Vertretungskörperschaften einbeziehen wollte. Die CDU lehnte diese Auffassung ab und verlangte, die vier zugelassenen Parteien müssten bis zur ersten freien Entscheidung der Bevölkerung paritätisch behandelt werden. Dieser Forderung widersetzte sich wiederum der Magistrat, der am 14. Dezember 1945 eine Konferenz der Bezirksbürgermeister einberief und von ihnen seinen Entwurf einstimmig annehmen liess. Dieser Erfolg des Magistrats gegen die CDU, ja, eigentlich gegen die politischen Einflüsse der Parteien, lässt sich insofern leicht erklären, als die Bezirksbürgermeister damals in ihrer Mehrheit Kommunisten waren. Im Antifaschistischen Block konnten dagegen sogar die deutschen Willensvollstrecker Moskaus aus Prestigegründen ihre Karten nicht so offen auf den Tisch legen. Die Forderung nach einer paritätischen Behandlung der vier Parteien vor freien Wahlen war im Grunde zu einleuchtend, als dass man sie ohne weiteres hätte ablehnen können. Der Antifaschistische Block bildete eine Verfassungskommission, um den Magistratsentwurf in Zusammenarbeit mit dessen Rechts-

ausschuss in mehreren Punkten abzuändern. Aber auch der abgeänderte, von den Bezirksbürgermeistern Anfang Januar 1946 nochmals geprüfte Entwurf fand keine Gnade vor den Augen der Alliierten Kommandantur als der obersten gesetzgeberischen Instanz für Berlin. Die Alliierten beauftragten vielmehr ihre eigene Rechtsabteilung, sich nunmehr mit einer vorläufigen Verfassung für Berlin zu beschäftigen.

Schon das Tauziehen um die Verfassung macht deutlich, dass der Antifaschistische Block zu einer konstruktiven Arbeit nicht in der Lage war, sobald es nicht allein um Selbstverständlichkeiten ging, sondern echte Gegensätze in irgendeiner Form entweder miteinander verschmolzen oder notfalls gegeneinander ausgetragen werden mussten. Für solche Möglichkeiten boten weder die Struktur noch die kurzen, aber reichlich problematischen Traditionen des Antifaschistischen Blocks den erforderlichen Spielraum. Die Kommunisten hätten eigene Standpunkte nicht einmal vortragen können, wenn sie welche gehabt hätten, da sie völlig im Kielwasser Moskaus schwammen und sich jeder Änderung der dortigen Taktik geschmeidig anpassen mussten. Aber auch sämtliche anderen Parteien hatten notgedrungen auf die Verhältnisse in der Zone Rücksicht zu nehmen. Dieser allseitige Mangel an Unbefangenheit war es, der im Antifaschistischen Block immer nur schlechte Kompromisse zustande kommen liess. Ein guter Kompromiss, wie er die Demokratie trägt und erhält, wird ja daran erkannt, dass in ihn, mögen noch soviel Partner an ihm mitgewirkt haben, erkennbare Bestandteile ihrer persönlichen unverfälschten Überzeugung eingehen. Einen Kompromiss kann nur der achten und verteidigen, der in ihm noch kräftige Spuren eigenen unabhängigen Wirkens erkennt. Das aber traf auf die vom Antifaschistischen Block mühsam ausgehandelten Kompromisse nicht zu. Sie ruhten durchweg entweder

auf allgemein erzwungenen Rücksichten oder auf dem Misstrauen statt auf dem Vertrauen zu den Blockpartnern. Dieses Misstrauen war seinerseits darauf zurückzuführen, dass die vier Mitglieder des Blocks niemals unter sich waren. Im Schatten aller Beratungen standen immer die Sowjets, mit denen sich einer der Partner zu seinem eigenen Schaden identifizierte.

#### **DIE WINDSTILLE ENDET**

Nach der Urabstimmung in der Berliner SPD trat auf diesem Gebiet eine entscheidende Wendung ein. Nach der erzwungenen Windstille des ersten Besatzungsjahres wurde das politische Klima weit rauher und stürmischer, aber auch ehrlicher als vorher. Das lag hauptsächlich daran, dass mit der neuen, von totalitären Einflüssen gereinigten SPD plötzlich ein Faktor auf der Bildfläche erschien, der durch den Zwang der Verhältnisse keine taktischen Rücksichten mehr auf die Entwicklung in der sowjetischen Zone zu nehmen hatte, sondern ausschließlich für Berlin sprechen konnte. Ja, gerade dieser Umstand verschaffte der SPD in der ersten Zeit vielleicht eine Art heimlich beneideter Monopolstellung unter den anderen demokratischen Parteien, von ihrer kommunistischen Konkurrenz ganz zu schweigen. In der CDU wie in der LDP musste man sich, solange die Zonenorganisation noch einigermaßen intakt war, jedes in Berlin gesprochene deutliche Wort im Hinblick auf dessen mögliche Wirkung in Leipzig, Halle, Magdeburg oder Rostock überlegen. Die Berliner SPD war jedoch, wenn auch unfreiwillig genug, dieser Bedenken enthoben.

Eine Woche nach der Urabstimmung, am 7. April 1946, proklamierte ein vom Aktionsausschuss der SPD-Opposition ge-

gen Grotewohl einberufener Parteitag in Zehlendorf die offizielle Loslösung vom Zentralausschuss und damit die volle organisatorische Unabhängigkeit der Berliner SPD. Dieser Parteitag setzte sich ausschliesslich aus Delegierten zusammen, die in ihren Kreisen schon vor Wochen rechtmässig von den Mitgliedern gewählt worden waren. Freilich hatten der Zentralausschuss und der ebenfalls im Ostsektor beheimatete Bezirksvorstand diese Delegiertenwahlen zu einem ganz anderen Zweck veranlasst, nämlich zur Durchführung eines Parteitags, der für den Bereich von Grossberlin über die beabsichtigte Verschmelzung mit den Kommunisten befinden sollte.

Dieser sogenannte «*Parteitag*» fand, in aller Hast zusammengetrommelt, am 13. April tatsächlich statt Nach dem für Grotewohl vernichtenden Ergebnis der Urabstimmung in den Westsektoren musste man in diesen Bezirken aus dem kleinen Kreis der Grotewohlanhänger einige Personen aussuchen, die auf dem «*Parteitag*» in Ostberlin als «*Delegierte*» zu fungieren bereit waren. Aber auch in manchen Bezirken des Sowjetsektors stiess man auf ernsthafte Schwierigkeiten, ein paar Hundert willfähriger Statisten für diese Veranstaltung überhaupt zusammenzubringen. Im Bezirk Mitte wählten beispielsweise 34 Grotewohlanhänger aus ihren Reihen nicht weniger als acht Delegierte, obwohl nach der ursprünglichen Schlüsselzahl auf je 100 Mitglieder ein Delegierter entfallen sollte. Eine Woche später, am 20. April, tagten dann in Ostberlin die Zonenparteitage von SPD und KPD, beschlossen bei dieser Gelegenheit die Auflösung ihrer Parteien und begründeten einen Tag darauf, gemäss den Wünschen der Sowjets, die Sozialistische Einheitspartei (SED).

Auf diese Weise entstand in den nächsten Wochen eine delikate Rechtssituation, mit der sich schliesslich der Kontrollrat befassen musste, weil in der Alliierten Kommandantur keine

Einigung erzielt werden konnte. Die neugegründete SED war natürlich in der Sowjetzone wie im Sowjetsektor Berlins sofort anerkannt worden, nicht aber in den Westsektoren. Im Sowjetsektor dagegen wurde die unabhängige Berliner SPD zunächst als illegal betrachtet, während sie in den Westsektoren ihre Tätigkeit sofort offiziell mit Erlaubnis der dortigen Besatzungsmächte aufnehmen konnte. So forderten nunmehr zwei Parteien von den Alliierten ihre Zulassung für ganz Berlin: die SED sowohl wie die SPD. Nach langem Hin und Her einigte man sich schliesslich im Kontrollrat darauf, beide Parteien in allen Sektoren zuzulassen. Das bessere Geschäft, wenn man es so ausdrücken will, machte dabei zweifellos die SED: sie fand in den Westsektoren all die unbehinderten Entfaltungs- und Agitationsmöglichkeiten, wie sie in einem demokratischen Klima selbstverständlich sind, während sich die SPD im Sowjetsektor den eigenartigen Vorstellungen anpassen musste, die die dortige Besatzungsmacht von Demokratie besass. Moralisch aber bedeutete die Entscheidung des Kontrollrats für die SPD einen neuen, nicht zu unterschätzenden Sieg: lag doch in der Zustimmung der Sowjets das stillschweigende Eingeständnis, dass die Urabstimmung auch in ihrem Sektor nicht anders ausgefallen wäre, wenn sie dort hätte durchgeführt werden können. Ausserdem ebnete die Zulassung der SPD im Sowjetsektor den Weg für das unverfälschte Ergebnis der einzigen freien Wahlen, die nach dem Kriege jemals in Gesamtberlin stattgefunden haben.

Diese Wahlen wurden vom Kontrollrat auf Vorschlag der Alliierten Kommandantur am 3. Juni 1946 für den Monat Oktober anberaumt. Durch die Festlegung dieses Datums verpflichteten sich die alliierten Behörden selbst, die vorläufige Verfassung sowie eine Wahlordnung beschleunigt fertigzustellen, da ja ohne die fundamentalen Unterlagen freie Wahlen

in Berlin ein in seinen Resultaten höchst unverbindliches Plebiszit gewesen wären.

Der Magistrat war von der Alliierten Kommandantur aufgefordert worden, bis zum 1. Mai einen neuen Verfassungsentwurf vorzulegen, der sich eng an die Magistratsverfassung des Jahres 1920 anlehnen sollte. Das vom Rechtsausschuss des Magistrats, den Vertretern der vier Parteien und von einigen Bezirksbürgermeistern ausgearbeitete Dokument ging tatsächlich in allen entscheidenden Bestimmungen auf die Verfassung von 1920 zurück. Diese war ganz aus dem Geist des städtischen Selbstverwaltungsgedankens heraus konzipiert worden, mit einer starken Stellung der Exekutive und einer nur sehr lockeren parlamentarischen Überwachung dieser Exekutive durch die von der Bevölkerung gewählte Vertretungskörperschaft. Diese, eine zweihundertköpfige Stadtverordnetenversammlung, sollte aus ihrer Mitte einen vierzigköpfigen Ausschuss wählen, aber als Plenum nur in Ausnahmefällen zusammentreten. Man sieht, diese Verfassung war ganz auf die praktischen Bedürfnisse eines Gemeinwesens zugeschnitten, das zwar Selbstverwaltungsfunktionen ausübt, aber keine Hoheitsrechte besitzt.

Im Hinblick auf die künftige Entwicklung Berlins ist darum die Feststellung interessant, dass die von der Alliierten Kommandantur am 9. Juli 1946 genehmigte provisorische Verfassung von dem vorgelegten Magistratsentwurf wesentlich abwich. Die parlamentarische Körperschaft wurde auf 130 Vertreter begrenzt, gleichzeitig aber dem Magistrat als der Exekutive gegenüber mit weit grösseren Befugnissen ausgestattet. Obwohl Berlin offiziell noch den Status einer Stadt hatte und die provisorische Verfassung daran formal auch nichts änderte, lässt sich materiell doch deutlich erkennen, dass die Experten der Alliierten schon 1946, vielleicht unbewusst, den be-

sonderen Verhältnissen Berlins Rechnung trugen. Dem Buchstaben nach würde auch der künftige Oberbürgermeister Befehlsempfänger der Besatzungsmächte bleiben, tatsächlich aber hatte er täglich mit vier verschiedenen Partnern von sehr verschiedenen Auffassungen zu verhandeln. Die von ihm geleitete Stadt war nicht, wie das sonst – mit Ausnahme der Freien Hansestädte Hamburg und Bremen – für alle sonstigen deutschen Städte zutraf, einem Lande administrativ eingegliedert. Der Staat Preussen hatte praktisch zu bestehen aufgehört und wurde durch eine Kontrollratsentscheidung im Februar 1947 auch offiziell sozusagen aus der Geschichte verbannt. Überall stiess die Viersektorenstadt – gemäss den alliierten Vereinbarungen von 1944 ausdrücklich ein Sondergebiet – mit ihren Grenzen an eine Besatzungszone, mit der sie zwar wirtschaftlich, kulturell und besonders durch zahllose menschliche Beziehungen eng verbunden blieb, mit der sie aber politisch und rechtlich nichts zu tun hatte. Unter diesen Umständen kamen dem künftigen Oberbürgermeister Berlins eher die Aufgaben eines Regierungschefs als die eines Stadt- oberhauptes zu, und der ihn und seinen Magistrat kontrollierenden Stadtverordnetenversammlung eher die Funktionen eines Abgeordnetenhauses mit gesetzgeberischen Befugnissen, auch wenn davon in der provisorischen Verfassung offiziell nichts geschrieben stand.

Wie ernst die Alliierten die eigentliche politische Bedeutung der provisorischen und der zu erarbeitenden künftigen Verfassung Berlins nahmen, ging vor allem aus der feierlichen Übermittlung der Urkunde an Oberbürgermeister Dr. Werner am 13. August hervor. In einem Begleitbrief erklärten die vier Kommandanten, die Wiederherstellung einer konstitutionellen Regierung für die Stadt Berlin sei ein *«geschichtliches Er-*



*eignis*». Sie gaben ferner der Erwartung Ausdruck, die künftig gewählten Vertreter des Volkes möchten sich zu einer konstituierenden Versammlung zusammenfinden, um unverzüglich mit der Ausarbeitung einer Verfassung auf breiter Basis zu beginnen. Nachdem am 25. Juli auch eine Wahlordnung festgelegt worden war, konnten die Parteien nunmehr in allen Sektoren mit den organisatorischen Vorbereitungen eines Wahlkampfes beginnen, über dessen einmalige Bedeutung sich keiner der Beteiligten im unklaren war.

Hatte vor Jahresfrist noch die von den Sowjets geschaffene Atmosphäre tatsächlich und symbolisch die ganze Stadt beherrscht, empfand nunmehr jeder die Unterschiede westlicher und östlicher Lebensauffassung und die daraus resultierenden Spannungen. Im Sommer 1945 gab es, wie erwähnt, noch keine lesbare Zeitung in Berlin – wenigstens nicht, was deren politischen Teil anbetraf – und als dann zunächst die Briten und Amerikaner mit ihren Organen hervortraten, fanden doch die krassen Gegensätze, die in der Luft bereits förmlich knisterten, in der Presse kaum einen Niederschlag. Als erster Repräsentant eines wahrhaft meinungsbildenden Organs hatte dann der *«Tagesspiegel»* eine Bresche geschlagen. Inzwischen waren auch in den Westsektoren eine Reihe anderer Zeitungen lizenziert worden: im November 1945 im französischen Sektor der *«Kurier»*, im März 1946 im britischen Sektor das *«Span-dauer Volksblatt»* und der *«Telegraf»*, Anfang Juni schliesslich, ebenfalls von der britischen Besatzungsmacht genehmigt, als offizielles Organ der SPD der *«Sozialdemokrat»*. Die Verschmelzungskampagne im Winter und Frühjahr hatte mit dem Erwachen der öffentlichen Meinung auch das Bedürfnis nach freier Diskussion erheblich gesteigert. Direkte Kritik an den Besatzungsmächten blieb zwar nach wie vor verboten, aber die Identifikation der Sowjets mit den Kommunisten und nunmehr

mit der neugegründeten SED führte zwangsläufig dazu, dass auch die östliche Besatzungsmacht wenigstens indirekt immer wieder zum Gegenstand von Pressepolemiken wurde. Aus reinem Vergnügen an der wiedererwachenden geistigen Lebendigkeit lasen die Berliner in jener Zeit, in der das Geld ohnedies immer «billiger» wurde, durchschnittlich täglich drei bis vier Zeitungen. Das Herannahen des Wahlkampfes lieferte dauernd einen ergiebigeren Stoff für Auseinandersetzungen und liess die Tonart immer schärfer werden. Die SED-Presse und die übrigen Zeitungen des Sowjetsektors – abgesehen von den Organen der CDU und der LDP, denen damals noch eine gewisse Zurückhaltung erlaubt wurde, die aber deswegen natürlich umso langweiliger wirkten – bedienten sich als Angriffswaffe immer der Keule und trafen damit fast regelmässig ins Leere. Die westlichen Zeitungen revanchierten sich mit der eleganteren Waffe des Floretts, trafen aber ihren Gegner dafür oft mitten ins Herz, was jenseits der Sektorengrenze dann wiederum ein entsprechendes Wutgeheul auslöste.

Auch dem kommunistisch beherrschten Berliner Rundfunk war inzwischen ein Konkurrent erwachsen, der zwar technisch anfangs nur über bescheidene Sendeanlagen verfügte, dafür aber mit seinem politischen Programm den Rivalen in der Masurenallee bald hoffnungslos aus dem Felde schlug. Anfang September wandelten die Amerikaner ihren seit Februar 1946 betriebenen Drahtfunk, der seine Sendungen nur unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit auszustrahlen vermochte, in einen regelrechten Rundfunksender um, der dann als «Rias» (*Rundfunk im amerikanischen Sektor*) weit über die Grenzen Berlins hinaus bekannt wurde. Der Rias griff schon in den Wahlkampf von 1946 ein und zwang beispielsweise Vertreter der SED zusammen mit Angehörigen der drei an de-

ren Parteien zu improvisierten Diskussionen vor sein Mikrofon, eine Veranstaltung, die im kommunistischen Sender in der Masurenallee unmöglich gewesen wäre.

#### GANZ BERLIN VOTIERT FÜR DEN WESTEN

So liess schon der Wahlkampf, den die Berliner Parteien nebeneinander und gegeneinander führten, immer deutlicher erkennen, dass der 20. Oktober 1946, der festgesetzte Wahltermin, zu einem förmlichen Plebiszit für die Sache des Ostens oder des Westens werden würde. Die beachtlichen Schatten, die dieses Ereignis vorauswarf, konnten auch die Besatzungsmächte, selbst wenn sie das gewollt hätten, nicht völlig unbeeinträchtigt lassen. Doch war bis zum Frühherbst 1946 in den alliierten Gremien – im Kontrollrat sowohl wie in der Alliierten Kommandantur – trotz zunehmender ideologischer Spannungen die Einheit im technischen und sachlichen Bereich notdürftig gewahrt worden. Das fiel auch zweifellos viel leichter, solange die deutsche Bevölkerung ausschliesslich Objekt des politischen Geschehens blieb und niemand vorauszusagen vermochte, welchen Weg sie schliesslich in freier Entscheidung einschlagen würde. Vor dieser Entscheidung ging es hauptsächlich um die generellen Massnahmen, die sich teils aus den Absprachen der Alliierten während des Krieges, teils aus dem evidenten Chaos ergaben, das der Krieg selbst hinterliess. Insofern gelang es den alliierten Gremien in den ersten anderthalb Jahren ihres Wirkens, in ihren prinzipiellen Entscheidungen meist die geforderte Einstimmigkeit zu erzielen, mochte es sich um den problematischen Komplex der Entnazifizierung, um die grossen Fragen des Schulwesens, der Erziehung, der Rechtsprechung oder um andere Sachaufgaben

handeln, bei denen der Kontrollrat häufig auf bewährte Gesetzesmodelle aus der Zeit der Weimarer Republik zurückgriff.

Indessen begann der besiegte Gegner allmählich, seinen Platz als stummer und noch dazu vielfach geknebelter Zuschauer im Parkett zu verlassen, um nunmehr selber wieder dem Rampenlicht der Bühne zuzustreben. Die schon um die Jahreswende 1945/46 durchgeführten Kommunalwahlen in der amerikanischen Zone hatten die CDU bzw. die CSU, ihre Schwesterpartei in Bayern, eindeutig in die Vorhand gebracht und vor allem die hoffnungslose Schwäche des Kommunismus in Süddeutschland enthüllt. In der britischen Zone stand die SPD an der Spitze, die KPD blieb auch hier – trotz Ruhrgebiet – in freien Wahlen weit hinter den sowjetischen Erwartungen zurück. Nachdem die Sowjets in ihrer Zone die von ihnen mit allen Mitteln erstrebte Verschmelzung von SPD und KPD, ihren Wünschen gemäss, unter Dach und Fach gebracht hatten, riskierten sie ihrerseits den ersten Appell an die Bevölkerung. Die dort in der ersten Septemberhälfte durchgeführten Kommunalwahlen entsprachen zwar im wesentlichen den Erwartungen Moskaus, weil die SED in allen Ländern die absolute Mehrheit erringen konnte. Die Spekulationen auf das gerade in diesen Gebieten traditionell starke Klassenbewusstsein der sozialdemokratischen Wähler gingen also nicht fehl. Vor die Alternative gestellt, sich entweder für eine christliche bzw. liberale Partei zu entscheiden oder einem politischen Gebilde eine Chance zu geben, das zwar unter beispiellosem Zwang und Druck zustande gekommen war, das aber im Laufe der Zeit vielleicht doch noch demokratisch umgeformt werden konnte, stimmten zweifellos die meisten SPD-Wähler in der Zone für die SED als das vermutlich kleinere Übel. Andererseits konnten sich die Sowjets keinen Illusionen darüber hingeben, dass

die Minderheit, die sich gegen ihre Prinzipien wie gegen ihre Propaganda bekannte, noch immer beträchtlich war, vornehmlich in Sachsen, Thüringen und in der Mark Brandenburg. Jedenfalls wurde einer gemeinsamen Deutschlandpolitik, als deren oberstes Organ in Berlin der Kontrollrat fungierte, durch die politischen Ereignisse und deren nicht zu leugnende Fatalität mehr und mehr der Boden entzogen. In den Westzonen hatten die Kommunisten nach dem Willen der deutschen Bevölkerung praktisch nichts zu vermelden, in der Sowjetzone entzog der Wille der Besatzungsmacht den nichtkommunistischen Parteien systematisch den freien Spielraum zur Entfaltung ihrer Kräfte. Nach aussen noch unsichtbar, aber unaufhaltsam wichen die beiden Hälften Deutschlands allmählich auseinander. Was würde Berlin sagen, wie würde es sich entscheiden?

Auch hier und gerade hier mussten sich die zunehmenden Spannungen notgedrungen auf das Verhältnis der Alliierten untereinander auswirken. Am 17. und 18. August hatte sich die Berliner SPD auf einem Landesparteitag, der im britischen Sektor stattfand, ein neues Aktionsprogramm gegeben und bei dieser Gelegenheit unverblümt zur politischen Lage Stellung genommen. Diese Tatsache benutzte der Sowjetvertreter im Kontrollrat, Marschall Sokolowski, um auf der nächsten Sitzung dieses Gremiums am 20. August heftige Vorwürfe gegen die SPD zu erheben. Er verdächtigte aber auch die Briten, sie hätten durch stillschweigende Billigung die SPD unterstützt. Dem britischen Vertreter blieb nichts anderes übrig, als eine Untersuchung der Angelegenheit zuzusagen. Diese verlief im Sande und musste im Sande verlaufen, weil sich an solchen konkreten Fällen immer deutlicher zeigte, dass die Westmächte und die Sowjets, unbeschadet aller Illusionen ihres im Grunde ja höchst zufälligen Kriegsbündnisses, in zwei verschiedenen geistigen Welten lebten, völlig verschiedene Spra-

chen sprachen und ebenso verschiedene Begriffe von den Dingen hatten. Wahrscheinlich war die Entrüstung Marschall Sokolowskis in der fraglichen Kontrollratssitzung durchaus nicht fingiert. Es wurde schon bei anderer Gelegenheit darauf verwiesen, warum die SPD in Berlin im Gegensatz zu den beiden anderen nichtkommunistischen Parteien sehr viel unbefangener auftreten konnte und sich insofern in der Deutlichkeit ihrer Tonart vor allen anderen bei den Sowjets höchst missliebig machte. Ebensovienig darf man natürlich dem britischen Vertreter unterstellen, er hätte eine Untersuchung der sowjetischen Vorwürfe nur *pro forma* zugesagt. Wie sollten die Briten, die in ihrer Zone durch Kurt Schumacher beispielsweise schon ganz andere Töne gewohnt waren und sich stillschweigend als gute Demokraten daran gewöhnt hatten, dass auch der Besiegte das Lebensrecht auf eine eigene Meinung besitze, in den noch immer relativ zurückhaltenden Äusserungen auf dem SPD-Parteitag ein Vergehen erblicken, das der Sühne bedurfte? Bei den Sowjets hingegen genügte schon die schüchternste Äusserung eines Unlustgefühls von deutscher Seite, um sie in äusserste Erregung zu versetzen.

So blickte man schliesslich auch in den Ländern der Alliierten mit immer grösserer Erwartung und Ungeduld auf den Ausgang des Berliner Wahlkampfes. Dieser wurde von den drei nichtkommunistischen Parteien im Zeichen stillschweigenden Einvernehmens gegen den totalitären Partner geführt, der wiederum die drei anderen durch den Umfang und die Kostspieligkeit seiner Propaganda bei weitem überrundete. Die SED hatte überdies den Vorteil, ihre enge Tuchfühlung mit der Besatzungsmacht im Sowjetsektor hemmungslos für sich ausnut-

zen zu können, während die anderen Parteien, vornehmlich die SPD, dort auf Schwierigkeiten und Schikanen aller Art sties- sen.

Es war das gemeinsame, wenn auch nicht offiziell verabredete Aktionsziel der drei demokratischen Parteien, das kommunistische Monopol im Magistrat und vor allem in den Bezirken zu brechen, um auch von der Verwaltung her ein Klima zu garantieren, das die Entfaltung einer wirklichen Demokratie begünstigen würde. Dabei neigten viele Skeptiker zu der Prognose, die SED würde wahrscheinlich auch in Berlin den ersten Platz erobern, und es komme eben nur darauf an, dass sie so weit wie möglich hinter der absoluten Mehrheit zurückbleibe, die sie bei den Kommunalwahlen der Zone überall errungen hatte. Schliesslich waren gerade diese Wahlen als Ausdruck einer tiefen Resignation der Wähler anzusehen. Würde sich die gleiche Resignation nicht auch in Berlin ähnlich bemerkbar machen, trotz seines weit freieren und lebendigeren politischen Klimas? Schliesslich wohnte etwa ein Drittel der Bevölkerung im Sowjetsektor, in dem die psychologischen Gegebenheiten nicht viel anders lagen als in der Zone. Optimistischere Beobachter meinten, Berlin werde der Sache der Freiheit schon dann einen unschätzbaren Dienst leisten, wenn es gelinge, die SED hier wenigstens auf den zweiten Platz zu verweisen. Damals hatte sich das Prinzip der modernen Meinungsforschung in dem besiegten Deutschland noch nicht eingebürgert, so dass jede Wahlprognostik auf willkürliche und zufällige Schätzungen angewiesen war: allgemein rechnete man mit einem Kopf- an Kopffrennen von SPD und SED, die zusammen wahrscheinlich 65 bis 70 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen würden. Für die CDU würden etwa 20 Prozent, für die LDP etwa 10 Prozent der Stimmen übrigbleiben.

Indessen spielten in die Argumente des Wahlkampfes auch ganz andere Fragen hinein als die kommunalen und mehr orts-

gebundenen Komplexe. Immer wieder drängten sich die steigenden Sorgen um die Zukunft Deutschlands, aber auch Gedanken an dessen künftige Partnerschaft im Konzert der Völker in den Vordergrund. Winston Churchill, damals Führer der britischen Opposition, hatte Anfang September 1946 durch seine berühmte Rede in Zürich die grosse Idee der europäischen Einigung wieder aus der geschichtlichen Versenkung heraufbeschworen, in die sie durch die schwere Wirtschaftskrise und vor allem durch den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland geraten war. Der damalige amerikanische Aussenminister Byrnes hatte am 6. September in Stuttgart sehr nachdrücklich die positiv und tröstlich klingenden Vorstellungen seiner Regierung über den beabsichtigten Wiederaufstieg Deutschlands auf der Basis eines Abbaus der Zonengrenzen präzisiert.

Während Churchill wie Byrnes über die Zukunft Deutschlands einiges Versöhnliche und Ermutigende gesagt hatten, wirkte andererseits im Berliner Wahlkampf zuungunsten der Sowjets noch immer die brutalste Massnahme nach, die sie im Frühjahr auf wirtschaftlichem Gebiet getroffen hatten. In der Sowjetzone wie im Sowjetsektor von Berlin war zur Deckung von Moskaus Reparationsansprüchen eine ganze Reihe bedeutender Industrieunternehmen in *Sowjetische Aktiengesellschaften (SAGs)* umgewandelt worden. Dieser willkürliche Akt hatte nach drei Seiten hin verheerende psychologische Folgen auf die deutsche Bevölkerung. Einmal sah man in ihm eine Bestätigung der Absicht, erhebliche Teile des deutschen Wirtschaftspotentials der deutschen Zuständigkeit für ungewisse Frist, vielleicht für immer, zu entziehen. Mindestens bedeutete aber dieser Eingriff – was die Erfahrung ja auch bestätigt hat – einen radikalen Umbau der Wirtschaftsverfassung in



den von den Sowjets verwalteten deutschen Gebieten, ohne die mindeste Rücksicht auf den Willen der davon betroffenen Bevölkerung. Schliesslich war durch die Schaffung der SAGs die Zusage des Potsdamer Abkommens, ganz Deutschland für die Dauer des Besatzungsregimes als wirtschaftliche Einheit behandeln zu wollen, aufs flagranteste verletzt worden. Diese höchst einseitige Massnahme, die an die schlimmsten kolonialen Methoden der Vergangenheit gemahnte, musste in absehbarer Zeit entsprechende Gegenmassnahmen der Westmächte herausfordern. Damit aber vertiefte sich zwangsläufig nicht allein die wirtschaftliche, sondern auch die gesellschaftliche und ideologische Spaltung zwischen dem sowjetischen Besatzungsgebiet und den drei Westzonen.

Am 20. Oktober 1946, an einem strahlenden Herbstsonntag, traf die Berliner Bevölkerung ihre mit Spannung erwartete Entscheidung. In allen Sektoren stauten sich seit den Morgenstunden die Schlangen der Abstimmungsberechtigten vor den Wahllokalen. Die Wahlordnung schloss eine Reihe politisch Belasteter vom Wahlrecht aus, so dass für Gesamtberlin rund 2,3 Millionen Wahlberechtigte übrigblieben. Als in den frühen Abendstunden eine Beteiligung von über 90 Prozent gemeldet wurde, stand damit *ein* Ergebnis bereits fest: entgegen manchen pessimistischen Voraussagen konnte die Entscheidung der Berliner in keinem Falle von Resignation oder gar Verzweiflung beeinflusst worden sein. Anderenfalls wäre die Wahlbeteiligung nicht in allen Sektoren gleichmässig hoch gewesen. Je mehr der Abend vorrückte, umso eindeutiger zeichnete sich ein ebenso unerwartet starker Sieg der SPD wie eine unerwartet schwere und peinliche Niederlage der SED ab. Die Prognosen, die beiden Linksparteien würden rund 70 Prozent der abgegebenen Stimmen auf ihren Listen vereinigen, wur-

den allerdings in verblüffendeni Masse bestätigt. Für die SPD und die SED zusammen wurden genau 68,5 Prozent der Stimmen abgegeben, doch entfielen davon mit über einer Million Stimmen auf die SPD nicht weniger als 48,7 Prozent, auf die SED mit rund 413'000 Stimmen nur 19,8 Prozent. Die CDU errang mit 462'000 Stimmen 22,2 Prozent, die LDP mit 195'000 Stimmen 9,3 Prozent. Die Berliner hatten den Kampf um die Freiheit zu honorieren gewusst, der im Frühjahr von einer kleinen Gruppe aufgenommen worden war, der damals Walther Ulbricht das Schicksal voraussagte, ein halbes Jahr später würde kein Mensch mehr von ihr reden. Kurt Schumacher, der in die Endphase des Wahlkampfes persönlich eingriff und bei dieser Gelegenheit Berlin schon seinen vierten Besuch abstattete, kommentierte das Ergebnis mit folgenden Worten: *«Der Berliner Wahlerfolg ist keine lokale Angelegenheit. Er ist der Ausdruck der Einkehr und Umkehr der Deutschen, und er würde im politischen Gesamtbild ganz Deutschlands wiederkehren, wenn die Zonengrenzen gefallen wären und allen Deutschen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte gegeben würden.»*

Allerdings hatte die SED im Sowjetsektor besser abgeschnitten als in den Westsektoren. Während sie dort insgesamt nur 179'000 Stimmen aufbrachte, erhielt sie im Sowjetsektor allein immerhin 233'000 Stimmen. Hier betrug auch der Stimmenanteil der SPD nur 43,1 Prozent, während sie in den drei Westsektoren die absolute Mehrheit erreichte. Aber nachträglich versuchte soziologische Deutungen dieses prozentualen Unterschiedes, etwa in dem Sinne, die SED hätte eben als ausgesprochene *«Arbeiterpartei»* unter der Arbeiterbevölkerung selbst mehr Zustimmung gefunden als anderswo, gehen fehl. Von den acht Bezirken des Sowjetsektors sind nur vier, nämlich Prenzlauer Berg, Mitte, Friedrichshain und Lichtenberg

als ausgesprochene Arbeitergegenden zu betrachten, während in den vier anderen das klein- bis mittelbürgerliche Element überwiegt. Von den sechs Bezirken des amerikanischen Sektors hingegen weisen Neukölln, Kreuzberg und Teile von Schöneberg eine ausgesprochene Arbeiterbevölkerung auf. Von den vier Bezirken des britischen Sektors ist nur Wilmersdorf als rein «bürgerlicher» Bezirk anzusprechen, während in Spandau, Charlottenburg und Tiergarten der Anteil der Arbeiterschaft beträchtlich ist. Von den zwei Bezirken des französischen Sektors schliesslich galt Wedding mit Recht von jeher als «*proletarische Hochburg*».

Damit ist erwiesen, dass die SED ihren relativ grösseren Erfolg im Sowjetsektor keineswegs ihrer grösseren Anziehungskraft auf die Arbeiter, sondern lediglich der Unterstützung durch die Besatzungsmacht zu verdanken hatte, die «*ihre*» Partei mit allen Mitteln förderte, die Agitation der anderen Parteien einschränkte und somit zweifellos einen gewissen Teil der Bevölkerung einschüchterte. Schliesslich konnte man ja trotz aller feierlichen Garantien für freie Wahlen, konnte man trotz der effektiven Viermächte-Überwachung, die für einen kurzen Sonntag amerikanische, britische und französische Uniformen sogar im Sowjetsektor sichtbar werden liess, nicht wissen, was morgen geschehen würde.

Am gleichen 20. Oktober, an dem Berlin seine Entscheidung traf, hatten auch die Länder und Provinzen der Sowjetzone ihre Landtage gewählt. Obwohl seit den Kommunalwahlen Anfang September nur wenige Wochen verflossen waren, ging doch der Stimmenanteil der SED überall ganz beträchtlich zurück. In den meisten Ländern kam sie nur noch knapp an die absolute Mehrheit heran, in der Mark Brandenburg beispielsweise büsste sie sogar 15 Prozent ihrer Stimmen ein.

Ebenso beträchtlich sprangen die Gewinne der CDU und der LDP ins Auge.

#### MOSKAUS SCHNELLE RACHE

In Karlshorst schäumte man buchstäblich vor Wut über die Wahlergebnisse in der Zone und insbesondere über die katastrophale Niederlage der SED in Berlin. Ja, gerade die noch relativ grossen Erfolge der Einheitspartei in der Zone erschienen im Vergleich zu ihrem Misserfolg bei wirklich freien Wahlen als besonders fragwürdig, als erpresst, als direkt oder indirekt durch Furcht oder Resignation erzwungen. In ihrer Erbitterung beschlossen die Sowjets, an der ihren Wünschen so wenig gefügigen deutschen Bevölkerung in ihrem Machtbereich ein Exempel zu statuieren. Die Zeiten waren vorbei, da man hinter der Maske einer demokratischen Friedensmacht die Deutschen freiwillig für sich zu gewinnen hoffte. Die Zeiten waren noch nicht gekommen, in denen man sich, wie das heute der Fall ist, nach Zerschlagung aller Widerstände, nach restloser Gleichschaltung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in einer Zone als uneigennütziger Freund der deutschen Nation ausgeben konnte bzw. jenes Teils der deutschen Nation, der restlos vom Machtapparat der Moskauer Satellitenpartei beherrscht wird. Damals, im Herbst 1946, befanden sich die Sowjets in einer an Enttäuschungen reichen Zwischenphase: die Illusionen, dass sich die Deutschen gutgläubig in die Umarmung eines neuen Totalitarismus hineinziehen lassen würden, waren hoffnungslos zerstoßen; die Zeiten, in denen die ursprüngliche Besatzungszone restlos in eine Art Sowjetprovinz umgewandelt sein würde, lagen noch in weiter Ferne. Die alte Maske hatte sich als untauglich erwiesen, eine neue konnte noch nicht vorgebunden werden: niemals zeigten

die Sowjets in ihrem deutschen Einflussbereich ihr wahres Gesicht so offen und unverhüllt wie in jener Periode, die mit den Berliner Wahlen vom 20. Oktober 1946 begann und mit der Aufhebung der Berliner Blockade am 12. Mai 1949 endete.

In der Nacht vom Montag, dem 21., zum Dienstag, dem 22. Oktober 1946 wurde in den Industriestädten der Sowjetzone wie im Berliner Sowjetsektor an den Wohnungen von tausenden von Facharbeitern, Spezialisten, Ingenieuren und Wissenschaftlern Sturm geläutet. Beauftragte der Besatzungsmacht hielten den völlig verstörten Wohnungsinhabern Arbeitsverträge entgegen, die sie in der Regel auf zwei Jahre, in einigen Fällen auch auf längere Frist, zu einer Beschäftigung in der Sowjetunion verpflichteten. Die Familienangehörigen und sogar ein Teil des Hausrates konnten mitgenommen werden, wofür vorsichtshalber Transportmöglichkeiten gleich bereitstanden. Noch in der gleichen Nacht ging es zu den Bahnhöfen, von denen aus sich viele Sonderzüge mit ihrer modernen Sklavenfracht in östlicher Richtung in Bewegung setzten. Den toten Reparationen, bestehend aus Industriegütern, Maschinen und Ausrüstungen aller Art, folgten die ungleich wertvolleren lebenden.

Es leuchtet ein, dass eine so schlagartig und reibungslos durchgeführte Massnahme nicht aus der Verärgerung eines Augenblicks heraus geboren sein konnte, sondern sehr sorgfältiger und langfristiger Vorbereitungen bedurfte. Es ist ferner klar, dass die Sowjets die Durchführung ihres Plans absichtlich auf einen Zeitpunkt nach den Wahlen in der Zone und Berlin hinausschoben, um ihre ohnedies fragwürdigen Aussichten nicht noch mutwillig zu verschlechtern. Ebenso klar ist aber wohl andererseits, dass die Sowjets bei einem ihnen günstigeren Ergebnis der Wahlen für die Verpflichtung deutscher Facharbeiter und Spezialisten eine weniger auffällige,

weniger überrumpelnde, menschlicher anmutende Form gewählt hätten. Auch eine totalitäre Macht ist im Allgemeinen auf ihr Prestige bedacht und lässt die Rücksicht darauf nur dann ausser acht, wenn sie sich von einem weit schwächeren Partner herausgefordert glaubt und von diesem zunächst auch noch Schlappen einstecken muss. Dann gilt für sie kein anderes Motiv mehr als der fanatische Wille, dem Schwächeren und bei dieser Gelegenheit einmal wieder der ganzen Welt ihre brutale Stärke zu zeigen. Insofern stand die kollektive Menschenverschleppung in die Sowjetunion sicherlich mit der Erbitterung Moskaus über das Wahlergebnis vom 20. Oktober 1946 in einem unauflöselichen psychologischen Zusammenhang.

Die Wirkung auf Berlin und dessen öffentliche Meinung, zu deren Sprechern sich vor allem die beiden grossen demokratischen Parteien, SPD und CDU, machten, war tief und elementar. Im SPD-Landesvorstand erwog man ernsthaft, die ganze Arbeiterschaft zu einem Generalstreik als Protest gegen einen Akt aufzurufen, den man mit Recht als ein schwerwiegendes neues, diesmal aber nicht von den Nazis begangenes Verbrechen gegen die Menschlichkeit empfand. Man verwarf diesen Plan lediglich darum, weil die Proklamierung eines Generalstreiks zwangsläufig auch die Westmächte in Ausübung ihrer Kontrollfunktionen hätte auf den Plan rufen müssen, obwohl man diese mehr und mehr schon als heimliche Verbündete betrachtete. So begnügte sich die SPD schweren Herzens mit einer scharfen Protestresolution, die am Abend des 22. Oktober auf einer Funktionärskonferenz verlesen und einstimmig angenommen wurde. Die Tonart dieses Dokuments liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und stellte zweifellos einen erheblichen formalen Verstoss gegen die Kontrollratsgesetze dar. Die Tatsache, dass die zuständigen britischen und

amerikanischen Behörden eine Veröffentlichung dieser Resolution in den von ihnen lizenzierten Zeitungen zunächst verhindern wollten, diese aber dann doch unter dem Druck der Redaktionen schliesslich zögernd zugestanden, liess erkennen, wie sehr selbst die westlichen Besatzungsmächte innerlich von dem brutalen Willkürakt der Sowjets abrückten. Auch auf der nächsten Sitzung der Alliierten Kommandantur kam die Deportierung deutscher Facharbeiter und Spezialisten in die Sowjetunion zur Sprache. Der sowjetische Vertreter verwies seine westlichen Kollegen an den Kontrollrat, wo dieses Problem, wie so viele andere, schliesslich versackte. An der Tatsache selbst war ja auch nichts mehr zu ändern. Welche Instanz hätte Moskau zwingen sollen, die kollektive Verschleppung von Deutschen rückgängig zu machen? Freilich tat sich damit wiederum eine tiefe Kluft zwischen Osten und Westen auf. Immer zielstrebig trachteten die Westmächte wenigstens in Berlin danach, vor dem Auge der Geschichte sichtbar aus der bedrückenden Solidarität mit dem Kommunismus entlassen zu werden, den man unter dem Erlebnis des gemeinsam geführten Krieges nicht rechtzeitig genug als das raffinierteste und mächtigste totalitäre System aller Zeiten erkannt hatte.

Nach dem Abklingen der ersten Erregung über die neueste Demonstration unbarmherzigen sowjetischen Machtwillens trat der nüchterne politische Alltag in Berlin wieder in seine Rechte. Es galt nunmehr, die politischen Konsequenzen aus dem Wahlergebnis zu ziehen. Eine grundlegende demokratische Umgestaltung sowohl des Magistrats wie der Bezirksverwaltungen stand bevor, ein Prozess, dem sich prinzipiell nicht einmal die Sowjets widersetzen konnten, da ja auch sie, wie alle anderen Besatzungsmächte, auf die provisorische Verfassung festgelegt waren. Allerdings zog gerade die Verfassung jedem etwaigen Bestreben einer Koalitions- und Oppositions-

bildung insofern Grenzen, als sie bestimmte, dass jede Partei, die die Verantwortung mitzutragen gewillt sei, nach dem Masse der von ihr errungenen Stärke an der Magistratsbildung beteiligt werden müsse. Es stand von vornherein fest, dass die SED auf den ihr damit zugestandenen Anteil an Macht und Einfluss weder verzichten würde noch nach dem Willen der Sowjets verzichten durfte. Aber auch abgesehen von den diesbezüglichen Bestimmungen der provisorischen Verfassung hätten sich die drei demokratischen Parteien vermutlich freiwillig um die Mitarbeit der SED im Magistrat bemüht, um diese unter den einmal gegebenen Verhältnissen nicht in eine sehr bequeme Opposition zu treiben. Obwohl Berlin damals noch eine einheitlich verwaltete Stadt war und kein Mensch in seinen schlimmsten Träumen auf die Idee gekommen wäre, diese Einheit werde schon nach zwei Jahren gespalten sein, hatten doch gerade die Ereignisse, die sich im Sowjetsektor in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober abspielten, die Bevölkerung grausam genug darüber belehrt, dass es eben einen Teil Berlins gab, in dem nach wie vor jede Rechtssicherheit aufhörte. Je mehr es gelänge, durch Erweiterung der deutschen Zuständigkeiten den Einfluss und die Machtposition der Militärregierungen in allen Sektoren einzuschränken, desto eher würde es gelingen, die sich bedrohlich auftuende Kluft zwischen dem Sowjetsektor und Westberlin zu überbrücken. Schon darum mussten alle Versuche gemacht werden, um mit der SED zu einer erträglichen sachlichen Zusammenarbeit zu kommen.

Eine schwere Aufgabe hatte die SPD als eigentlicher Sieger des Wahlkampfes zu lösen. Nach ihrem am 20. Oktober errungenen Stimmenanteil stand es ihr nicht nur zu, die Hälfte aller Stadtratspositionen im neuen Magistrat zu besetzen, sondern



vor allem geeignete Persönlichkeiten für die beiden wichtigsten Ämter zu stellen: für das des Oberbürgermeisters und des Stadtverordnetenvorstehers.

Schon bei den ersten personellen Erörterungen in den zuständigen Gremien der SPD zeigte sich, dass es ebenso schwer sein kann, einen Sieg richtig auszunutzen wie ihn zu erringen. Für den seit fast einem Jahr geführten Kampf hatte es der in Berlin nun führenden Partei weder an mutigem Elan noch an fruchtbaren Ideen gefehlt. Jetzt aber kam es auf die politische Erfahrung und kommunalen Sachverstand an. Die Partei war in ihrer jetzigen Zusammensetzung noch jung und unerprobt, nach aussen konsolidiert, aber noch nicht durchweg nach innen.

Es mutet nachträglich fast wie eine tragische Ironie des Schicksals an, dass ausgerechnet die Partei, die Berlin in den späteren Jahren nacheinander vier «*grosse Bürgermeister*» stellte, vor der gleichen Aufgabe in erster Instanz versagte. Im Landesvorstand siegte nach heftigen Debatten die vernünftige Überlegung, es komme darauf an, für den Posten des Oberbürgermeisters eine ausgesprochen politische Persönlichkeit zu finden. Im Landesauschuss, dem auch die 20 Kreisvorsitzenden angehörten, kam man zu einer anderen Auffassung, die sich vordergründig recht einleuchtend ausnahm, tatsächlich aber die gegebene Situation falsch einschätzte. Man brauche, so wurde argumentiert, einen tüchtigen und erprobten kommunalen Fachmann, der imstande sei, das riesige Trümmerfeld, aus dem Berlin damals noch bestand, wieder in eine Stadt zu verwandeln. Als ob die eigentlichen politischen Probleme, die Berlin umlagerten, mit dem 20. Oktober zu bestehen aufgehört und nicht vielmehr recht eigentlich erst begonnen hätten!

So einigte man sich mit knapper Mehrheit darauf, den bisherigen Bezirksbürgermeister von Wilmersdorf, Dr. Otto Os-

trowski, als Kandidaten für den Posten des Oberbürgermeisters zu nominieren. Zweifellos trafen die geforderten Qualitäten auf Dr. Ostrowski zu. Schon vor 1933 hatte er einen Verwaltungsbezirk als Bürgermeister geleitet und sich dabei reiche Erfahrungen erworben. Nach Kriegsende fungierte er zunächst als kommunalpolitischer Berater des SPD-Zentralausschusses unter Grotewohl, ging aber nach der Urabstimmung bald zu der neuen SPD über. Als Stellvertreter des künftigen Oberbürgermeisters wäre Dr. Ostrowski als kommunaler Fachmann bestimmt sehr gut am Platze gewesen. Als Oberbürgermeister fehlte es ihm leider an Instinkt und Stärke, wie sich schon nach einigen Monaten herausstellte.

Eine wesentlich bessere Wahl traf die SPD für den Posten des Stadtverordnetenvorstehers. Hierfür wurde ohne Widerspruch Dr. Otto Suhr nominiert. Dr. Suhr hatte in der Weimarer Zeit in der Gewerkschaftsbewegung eine grosse Rolle gespielt und war 1945 zunächst in der Zentralverwaltung für Industrie für die sowjetische Zone tätig. Nach der Urabstimmung stellte er seine ganze Kraft hauptamtlich in den Dienst des neuen SPD-Landesverbandes, dessen Generalsekretär und damit dessen zentrale politische Figur er wurde. Seine Verdienste als unerschrockener Vorkämpfer der parlamentarischen Demokratie in den schwersten Wochen, die Berlin zwei Jahre später durchlebte, sind ebenso unvergesslich wie seine spätere Tätigkeit als Regierender Bürgermeister, aus der ihn ein heimtückisches Leiden vorzeitig abberief.

Den glücklichsten Instinkt bewiesen einige SPD-Funktionäre, die bei den personellen Beratungen mehr zufällig einen anderen Namen in die Debatte brachten. Der von ihnen vorgeschlagene Mann werde Berlin sicher ausgezeichnete Dienste leisten, meinten sie. Vor 1933 sei er schon als Verkehrsdezernent

im Berliner Magistrat tätig gewesen, später als Oberbürgermeister von Magdeburg. Nach Verhaftung und Drangsalierung durch die Nazis habe er sich schliesslich zur Auswanderung in die Türkei entschlossen. Seitdem lehre er als Professor an der Universität Ankara und fungiere gleichzeitig als Berater der türkischen Regierung. Sicher werde er zurückkehren, wenn Berlin ihn rufe.

Nach kurzem Schwanken, ob sein künftiger Platz nicht eher in der britischen Zone sei, folgte der Genannte dem Rufe Berlins und traf schon Ende November 1946 in der Viersektorenstadt ein. Sein Name war Ernst Reuter.

## VOM HUNGERWINTER ZUR HUNGERBLOCKADE

### MACHTLOSES UND WÜRDEVOLLES STADTPARLAMENT

Dieses Kapitel wird im wesentlichen der Tätigkeit des ersten und einzigen freigewählten Gesamtberliner Stadtparlaments nach dem Kriege gewidmet sein. Wenn man das Ergebnis dieser Tätigkeit rein pragmatisch beurteilt, wird man zu einer sehr negativen Bilanz kommen. Fast alle der Stadtverordnetenversammlung von der vorläufigen Verfassung zugewiesenen Aufgaben sind praktisch Makulatur geblieben. Das gilt für die Ausarbeitung einer endgültigen Verfassung, deren Entwurf der Alliierten Kommandantur weisungs- und termingemäss bis zum 1. Mai 1948 vorgelegt wurde, die aber nie für ganz Berlin in Kraft trat, da sie in der chaotischen Entwicklung dieses Jahres unterging. Das gilt für die gesetzgeberischen Bemühungen auf dem Gebiet der Schulreform wie der Sozialisierung, die sich trotz fleissiger parlamentarischer Arbeit auf das einheitliche Berliner Stadtgebiet praktisch nicht mehr auswirken konnten oder, wie im Falle der Sozialisierung, ohnedies von den alliierten Behörden der regionalen Zuständigkeit entzogen wurden. Das gilt nicht zuletzt und vor allem für das Bestreben, die Einheit Berlins zu erhalten und deren Verwaltungseinrichtungen allmählich unter eine funktionierende deutsche Kontrolle zu bringen. Am Ende der Legislaturperiode dieses Stadtparlaments stand vielmehr symbolisch die

Spaltung Berlins in zwei Hälften oder, wenn man so will, sogar in zwei Welten.

Der Eindruck wird aber wesentlich anders, wenn man sich vor Augen hält, was für übermächtige Einflüsse auf diese parlamentarische Körperschaft vom ersten Tage an einwirkten. Der Entwicklung, die Berlin in den nächsten zwei Jahren nahm, drückte hauptsächlich die deklarierte Absicht der Sowjets ihren Stempel auf, die ganze Stadt mit allen Mitteln vom Westen loszureissen. Weder ist der Eiserne Vorhang im Sommer 1948 blitzartig niedergegangen noch ist die gleichzeitig gegen die Westsektoren verhängte Blockade als eine plötzliche Reaktion auf die Konsequenzen der Währungsreform zu betrachten. Beide Massnahmen sind von Karlshorst, teils monatelang, teils jahrelang sorgfältig und methodisch geplant worden. Mit einer unbeirrbar Konsequenz verfolgten die Sowjets in Berlin zwei Ziele, und zwar gemäss einer Taktik, die schon die Oktoberrevolution in Russland zum Triumph geführt hatte und in der die Experten des Bolschewismus offenbar jeweils die einzige Möglichkeit sehen, ihre Absichten gegen jeden Widerstand durchzusetzen, der ihnen seiner Natur und Struktur nach nicht stark genug erscheint, um von vornherein vor ihm zurückzuweichen. Das eine Ziel bestand darin, die bescheidene Minderheit ihrer Satelliten, wie sie aus den Wahlen vom 20. Oktober 1946 hervorgegangen war, unter allen Umständen in eine Mehrheit zu verwandeln, mochte diese noch so unecht sein und in einem noch so schreienden Missverhältnis zu den wirklichen Tatsachen stehen. Das zweite Ziel bestand darin, sich für alle noch so ungeheuerlichen Gewaltmassnahmen ein Alibi zu verschaffen. Das taktische Vorgehen, das den Sowjets zur Erreichung dieses Zieles diente, war auch hier, wie fast immer, relativ einfach und leicht durchschaubar: zunächst schaffte man intern in sämtlichen für den Kommunismus interessan-

ten Körperschaften, Verwaltungen und Organisationen eine für alle rechtlich und demokratisch denkenden Menschen völlig unerträgliche Atmosphäre. Zogen diese dann, wenn das Mass einer oft schier übermenschlichen Geduld endgültig überschritten war, die unvermeidlichen Konsequenzen, wurden sie nach der «*Halte-den-Dieb*»-Methode ihrerseits von den Sowjets beschuldigt, die Zusammenarbeit unmöglich gemacht und eine ursprünglich existierende geistige, organisatorische oder administrative Einheit gespalten zu haben.

Im Grossen wiederholten sich in Berlin in den Jahren zwischen 1946 und 1948 Entwicklungen, die schon während des Streites um die Verschmelzung von SPD und KPD im Winter 1945/46 sichtbar geworden waren. Nur handelte es sich jetzt um andere Partner. Während der Auseinandersetzungen der Berliner SPD-Opposition mit ihrem politisch abtrünnig gewordenen Zentralausschuss sah sich die Sowjetunion noch genötigt, Gewehr bei Fuss im Hintergrund zu stehen. Nun aber trat sie mit ihren Ansprüchen immer unverhüllt hervor und liess ihre Geschäfte immer weniger durch Satelliten besorgen. Von diesen Verschiedenheiten abgesehen, ergibt sich eine unverkennbare Parallelität zwischen der ersten und der ungleich bedeutsameren zweiten Runde des Kampfes um die Freiheit Berlins. Zu keiner Zeit fehlte es an Stimmen, die immer wieder unbeirrbar einem Kompromiss das Wort redeten. Solche Stimmen wurden im Winter 1945/46 schon in der Berliner SPD-Opposition laut wie in den Jahren, mit denen wir uns nunmehr zu beschäftigen haben, in der Stadtverordnetenversammlung und in den demokratischen Parteien Berlins, nicht zuletzt auch in der Gewerkschaftsbewegung. Dabei wäre es völlig verfehlt und ungerecht anzunehmen, die Verfechter solcher Auffassungen seien von vornherein verzagt oder gar ka-

pitulationsbereit gewesen. Das hiesse Persönlichkeiten wie Jakob Kaiser oder Ferdinand Friedensburg, um nur einige der wichtigsten Namen zu nennen, bitter unrecht tun. Männer ihres Schlages, wie sie sich in allen Parteien und Organisationen fanden, neigten lediglich dazu, dem Gegner immer wieder subjektiv ein Minimum des guten Willens und der menschlichen Bereitschaft zu unterstellen, von denen sie sich selber leiten liessen. Sie glaubten ferner, die Sache der Freiheit könne notfalls einige Schönheitsfehler, ja, vielleicht auch einige Schrammen und Wunden in Kauf nehmen, wenn sich dadurch eine Chance bot, irgendeine existierende Einheit zu retten.

Dennoch muss es als ein Glück nicht nur für Berlin, sondern für die westliche Welt überhaupt bezeichnet werden, dass sich in beiden hier miteinander verglichenen Fällen die Verfechter einer härteren Auffassung gegen die versöhnlicheren Elemente rechtzeitig durchsetzen konnten. Wären sie im Winter 1945/46 in der Berliner SPD-Opposition unterlegen, hätte es niemals freie Wahlen in ganz Berlin gegeben. Hätte in den Jahren 1947 und 1948 nicht schliesslich Professor Ernst Reuter mit seiner kristallklaren, illusionslosen und zu jedem Risiko bereiten Haltung obgesiegt, gäbe es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine Insel der Freiheit in Westberlin mehr. Was ein solcher Tatbestand für den Westen bedeuten würde, braucht hier, besonders nach dem Ablauf der Ereignisse zwischen 1948 und heute, nicht näher ausgemalt zu werden. Männer wie Ernst Reuter waren einfach von der felsenfesten Überzeugung durchdrungen, dass es mit einem totalitären System nie und nimmer einen Kompromiss geben könne, wenn dieser einseitig auf Kosten der Substanz der Freiheit und des Rechtes ginge. Unter solchen Umständen müsste jeder Kompromiss zu einer hoffnungslosen Selbstaufgabe füh-

ren, müsste jede zunächst zufällig und harmlos anmutende Wunde der Freiheit mit einer tödlichen Blutung enden. Schliesslich kannte Ernst Reuter, in seinen Jugendjahren selber ein höchst aktiver und radikaler Kommunist, den totalitären Gegner auch zu gut, als dass es ihm in den Sinn gekommen wäre, ihn mit noch so relativen westlichen Massstäben und Erwartungen zu messen.

Beurteilt man die Vorgänge in Berlin bis zur Währungsreform unter solchen Gesichtspunkten, kann die erste Berliner Stadtverordnetenversammlung getrost den Vergleich mit jedem grossen Parlament der Geschichte aushalten. Gewiss war diese Versammlung nicht fähig, Demokratie wirksam zu gestalten, weil ihr dazu systematisch jedes Mittel entzogen wurde. Wohl aber war sie imstande, und zwar oft genug in Situationen, deren Härte und Dramatik kaum Vergleiche zulassen, dem totalitären Ansturm zu widerstehen und vor allem jenes bescheidene, politisch und moralisch aber unendlich wichtige Minimum von Freiheit und Demokratie wirksam zu verteidigen, das sich symbolhaft in ihr selbst verkörperte. Für dieses Ziel nahm sie eine Fülle nervenaufreibender Strapazen und höchst konkreter Gefahren, nahmen vornehmlich ihre führenden Männer eine nicht abreissende Kette jahrelanger Demütigungen auf sich, in dem Bewusstsein, dass es schliesslich keine Schande sei, auch symbolisch mit dauernden Ohrfeigen und Faustschlägen traktiert zu werden, sondern dass die Schande erst dann beginnt, wenn man vor solchen Schlägen in die Knie geht und zu jammern anfängt. Die in der Stadtverordnetenversammlung vereinigten Kräfte der Demokratie haben in ihrem überaus mutigen Ringen schliesslich das Terrain aufgeben müssen, in dem ein sinnreicher Widerstand absolut unmöglich war und das auch die geduldigste Kompromissbereitschaft schliesslich nicht mehr zu halten vermochte. Jedoch gelang es



ihnen dadurch, das ihnen verbleibende Gelände zu einer Festung auszubauen, die solange unüberwindlich sein wird, wie Westberlin – und dies wahrlich nicht nur um seiner eigenen Sache willen! – der Solidarität der freien Welt gewiss sein kann.

Dennoch, um es noch einmal zu betonen, ist die Geschichte Berlins in diesen Jahren eine Geschichte Ernst Reuters *und* Ferdinand Friedensburgs, eine Geschichte Otto Suhrs *und* Jakob Kaisers. Mögen sich die Vertreter taktisch oft entgegengesetzter Auffassungen in der Hitze des Augenblicks manchmal befehdet haben, vor dem Auge der rückschauenden Mitwelt wie der Nachwelt gehören sie zusammen, ja, sie bedingen einander in gewisser Weise. Die Härte und Unnachgiebigkeit des – ursprünglich übrigens sehr kleinen – Reuter-Flügels erscheint nachträglich überhaupt nur durch die geduldige und nach erträglichen Lösungen suchende Haltung seiner zeitweiligen Gegenspieler gerechtfertigt, weil ja nur durch deren fruchtlose Bemühungen nachgewiesen wird, dass die Härte der anderen objektiv unausweichlich, dass sie der einzige Ausweg war. Wäre Reuters Beurteilung der Lage nie auf Widerstand im Lager der demokratischen Kräfte selbst gestossen, bliebe historisch die Frage offen, ob konziliantere Elemente von den Sowjets nicht vielleicht doch um einen annehmbaren und erträglichen Preis einiges erreicht hätten. Nur die Zähigkeit, die stets erneut verhandlungsbereite Geduld jener, die noch immer bereit waren, den Sowjets ein erhebliches Stück entgegenzukommen, haben sie damals endgültig entlarvt. Nur ihr Wirken hat offenbart, dass Moskau tatsächlich niemals einen Kompromiss anstrebte, dem Reuter ohnedies abgeneigt war, weil er dessen Folgen richtig einschätzte, sondern dass sie von jedem Partner schlicht und einfach die Kapitulation

verlangten, die auch ein Mann wie Friedensburg niemals hätte gewähren können und wollen.

Die moralische Leistung der demokratischen Kräfte Berlins fällt umso stärker ins Gewicht, wenn man sich vergegenwärtigt, dass sie lange Zeit glauben mussten, auf verlorenem Posten zu stehen und lediglich eine Idee gegen die Ansprüche einer Realität zu verfechten, die längst und unwiderruflich gegen sie entschieden hatte. An den Enttäuschungen und Demütigungen, die ihnen in so reichem Masse widerfuhren, waren leider auch während dieser ganzen Phase noch immer die Instanzen beteiligt, die sie von der Gesinnung her als Verbündete betrachten mussten. Wohl bildete sich, wie schon mehrfach erwähnt, bei den Vertretern der Westmächte in Berlin ein immer stärkeres Solidaritätsgefühl mit den demokratischen Repräsentanten der deutschen Bevölkerung. Wohl begriffen sie täglich besser und deutlicher die symbolische und tatsächliche Bedeutung Berlins in dem Ringen zweier politisch und ideologisch gegensätzlicher Blöcke, das immer erkennbarer zutage trat. Aber schliesslich ging es ja für sie nicht um Berlin allein, sie hatten andere weltpolitische Erwägungen anzustellen und Rücksichten zu nehmen. Die zukünftige Friedensordnung der Welt stand auf dem Spiel, und vielleicht konnte Berlin noch immer als Kompensationsobjekt dienen, wenn anderweitig ein Zeichen wirklichen sowjetischen Entgegenkommens am Horizont auftauchen sollte. Durfte man ausserdem bei aller Wichtigkeit der gegenwärtigen Auseinandersetzungen so ganz vergessen, dass Berlin immerhin vor noch nicht einmal zwei Jahren die Hauptstadt des im letzten Kriege so erbittert bekämpften Feindes gewesen war? War nicht andererseits die Sowjetunion trotz aller aktuellen Zerwürfnisse nicht noch der Verbündete von einst und der nicht wegzudiskutierende Friedenspartner von morgen? Sollte man Berlins wegen alles ge-

fährden, Moskau endgültig den Fehdehandschuh hinwerfen und womöglich einen neuen Krieg riskieren? Dass es darum gar nicht ging (und, wohlgemerkt, auch heute nicht geht), dass sich der Westen nicht etwa für einige Millionen Berliner schlagen sollte, sondern dass er umgekehrt durch einmalige politische und geschichtliche Konstellationen mit seinem ganzen Prestige, mit seinen Einrichtungen, seinen Werten und Gesinnungsidealen in Berlin herausgefordert und engagiert wurde, war damals in seiner vollen Schärfe und Bedeutung erst den wenigsten Vertretern der Westmächte klar. Nur so erklärt sich wohl auch die zynische Antwort, die in dieser Zeit ein französischer General in einem Gespräch Ernst Reuter gab, als dieser ihn beschwor, der Westen müsse sich darüber klar sein, wie wichtig es für ihn gerade auf dem Berliner Schauplatz sei, seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Überlegenheit über den Osten zu erweisen: *«Ich bin nicht der Meinung, dass wir zu Ihren Gunsten in einen Wettbewerb mit den Sowjets eintreten sollten.»*

Erschwerend kam noch hinzu, dass bis 1948 die öffentliche Meinungsbildung bei den westlichen Siegermächten durch ein erhebliches Gefälle gekennzeichnet war. Es reichte, um nur die wichtigsten geographischen und psychologischen Punkte miteinander zu verbinden, von den Westsektoren Berlins über die westlichen Besatzungszonen bis in die westlichen Hauptstädte London, Paris und Washington. Bei den Vertretern der Westmächte, die ihre Funktionen direkt in Berlin ausübten, wuchs unaufhaltsam das Verständnis für die deutschen Nöte, die Aufgeschlossenheit für deutsche Wünsche und Ansprüche, nicht zuletzt der Respekt vor der politischen Haltung der Bevölkerung. Hier hatten es die Westmächte ja auch mit einem deutschen Gegenüber zu tun, dessen entschlossener Wille zu

demokratischer Neugestaltung und Selbstentfaltung nachgerade über jeden Zweifel erhaben war. Ganz anders mussten sich die Dinge darstellen, wenn man sie aus der Perspektive der westlichen Besatzungszonen betrachtete. Hier verkörperte sich die Bereitschaft zu politischer Aktivität eigentlich nur in den Parteien und in ihren führenden Persönlichkeiten, wie Kurt Schumacher, Konrad Adenauer oder Theodor Heuss. Die Masse der westdeutschen Bevölkerung reagierte auf politische Aufmunterungen damals noch träge, gleichgültig, hier und da sogar feindlich. Ihr bedeutete die Demokratie etwas von den Siegern Auferlegtes, allenfalls achselzuckend Hingenommenes, keinen Eigenwert, weil der Druck des neuen Totalitarismus im Westen kaum zu spüren war. Zwei ganz andere Fragen rührten in Westdeutschland die Gemüter auf: die Entnazifizierung und die tägliche Sorge um das materielle Überleben in einer Zeit, da es um die Versorgung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten noch überaus jämmerlich bestellt war. Der Wert der Demokratie in Westdeutschland wurde allgemein nicht nach den Freiheitskräften eingeschätzt, die sie zu entbinden vermochte, sondern nach der Zahl der Kalorien, die sie dem Einzelnen sicherte. Da diese Bilanz sich sehr negativ gestaltete, fiel auch das Urteil über die Demokratie, die allerorts nur den Mangel verwaltete, zu einem politischen Existenzkampf aber, wie in Berlin, nicht gezwungen war, eher skeptisch bis negativ aus. Daraus erklärt sich, dass die Beziehungen zwischen Besatzungsmächten und einheimischer Bevölkerung in den Westzonen viel länger von dem kühlen, gegenseitig misstrauischen Sieger-Besiegten-Verhältnis beherrscht blieben, als das in Berlin der Fall war.

Noch stärker verschoben sich die Perspektiven für die Beurteilung der deutschen Verhältnisse in Grossbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten selbst, und zwar gab es hier

wiederum ein sehr typisches Gefälle von den Regierungen über die Parlamente bis zur eigentlichen öffentlichen Meinung. In den Regierungen, besonders in den Aussenministerien, wurde man allmählich über die Berichte besorgt, die von den Militärbehörden in Deutschland und hauptsächlich in Berlin einliefen. Es sollte aber lange dauern, bis sich die damit vermittelten Erkenntnisse im Bewusstsein der Bevölkerung durchsetzten und zur Formung allgemeiner neuer Überzeugungen beitrugen. Für den «Mann auf *der Strasse*» in London, Paris oder New York galt Deutschland noch immer als das mit tausend Mühen endlich besiegte Nazireich, das Land der Konzentrationslager, der Gaskammern und der Gefängnisse, die im Dritten Reich zu Menschenschlachthäusern entartet waren, galt hingegen die Sowjetunion noch immer als der tapfere Verbündete, der in heldenhaften Anstrengungen einen wesentlichen Beitrag geleistet hatte, um das barbarische Hitlerregime endlich in die Knie zu zwingen. Warum gab es gerade in Berlin so viel Schwierigkeiten, warum lehnte sich die Bevölkerung hier gegen alliierte Massnahmen auf, von deren Einzelheiten die öffentliche Meinung in den westlichen Siegerstaaten natürlich nur sehr summarisch und unzulänglich erfuhr? War das nicht wieder ein Beweis für die typische deutsche Arroganz wie für das Selbstmitleid der Besiegten, die jetzt, weinerlich und hochfahrend zugleich, versuchten, einen Keil in die Front der Verbündeten zu treiben? Die öffentliche Meinung reagiert nun einmal nicht immer sehr fortschrittlich und hält zäh an altergebrachten Vorstellungen fest, auch wenn sich die Verhältnisse grundlegend gewandelt haben: das Bewusstsein überdauert in der Regel noch um einige Jahre das gewandelte Sein.

## TAUZIEHEN UM DEUTSCHLAND

Schliesslich gilt es noch einen Umstand zu berücksichtigen, wenn man die Entwicklung in Deutschland in diesem Zeitabschnitt und deren katastrophale Rückwirkungen auf Berlin richtig begreifen will: das ganze Jahr 1947 wurde für die Wiedervereinigung Deutschlands und damit für die Konsolidierung der Verhältnisse in der Viersektorenstadt sinnlos vertan, nicht allein weil die Sowjets ihre politischen Ziele so konsequent verfolgten, sondern weil sie dabei von den Franzosen, wenn auch aus völlig anderen Beweggründen, hartnäckig und unbelehrbar unterstützt wurden. Bekanntlich war Moskau ein eifriger Fürsprecher der deutschen Einheit, soweit sich diese unter kommunistischem bzw. «*volksdemokratischem*» Vorzeichen bewerkstelligen liess. In den angelsächsischen Ländern wuchs ursprünglich weniger aus humanitären als aus praktischen Motiven die Erkenntnis, dass es unumgänglich sei, dem besiegten Gegner irgendeine Form neuer Staatlichkeit zurückzugeben und ihm zu einem wirtschaftlichen Start zu verhelfen, weil es sich mehr und mehr als Wahwitz herausstellte, in der Mitte Europas systematisch ein von 70 Millionen Menschen besiedeltes Armenhaus auszubauen.

Die einzigen, die noch immer den in Jalta gehegten Träumen von einer Zerstückelung Deutschlands nachhingen, waren die Franzosen. Jedem Bestreben, mit der Garantie der Potsdamer Konferenz Ernst zu machen und deutsche Zentralinstanzen zu schaffen, setzten sie ein eigensinniges Veto entgegen. Ja, sie sträubten sich sogar aufs entschiedenste gegen die Zumutung, gesamtdeutsche Parteiorganisationen zuzulassen, womit sogar die Sowjets einverstanden gewesen wären. 1947 trennten sie das Saargebiet von der Verwaltung ihrer Besatzungszone ab und versahen es mit einem Sonderstatut, über die Wiederer-

richtung eines deutschen Staates wollten sie erst diskutieren, wenn die Kontrolle über die Bodenschätze des Ruhrgebietes nicht etwa vorübergehend, sondern endgültig dessen künftiger Zuständigkeit entzogen wurde. Die erste Viermächtekonferenz über Deutschland, die in Moskau im März 1947 stattfand, scheiterte ebenso an den ultraföderalistischen Forderungen Frankreichs wie an dem Starrsinn Molotows, der mit der sowjetischen Zustimmung für eine Wiedervereinigung Deutschlands unerfüllbare wirtschaftliche Bedingungen verband und ein entscheidendes Mitspracherecht Moskaus an der Verwaltung des Ruhrgebietes verlangte.

Auch der erste Versuch eines gesamtdeutschen Gesprächs im Juni 1947 in München wurde mindestens ebenso sehr durch Frankreich torpediert wie durch die Sowjetunion, besser gesagt, Frankreich lieferte der Sowjetunion den Vorwand, die deutschen Vertreter aus seiner Besatzungszone schon wieder abzukommandieren, nachdem die Verhandlungen kaum begonnen hatten. In München sollten von den Ministerpräsidenten der Länder aus allen Besatzungszonen Fragen der wirtschaftlichen Vereinheitlichung wie der Besserung der katastrophalen Ernährungslage besprochen werden. Natürlich aber war vorauszusehen, dass sich bei dieser Gelegenheit auch das zentrale politische Thema der deutschen Einheit nicht umgehen lassen würde. Darum wiesen die argwöhnischen französischen Besatzungsbehörden die drei Ministerpräsidenten ihrer Zone kategorisch an, in München zu erklären, sie seien nur befugt, über Themen der Wirtschaft und Ernährung zu verhandeln. Die Ministerpräsidenten aus der Sowjetzone dagegen kamen mit ganz anderen Direktiven: sie sollten vornehmlich über die politische Einigung diskutieren, und zwar unter dem Gesichtspunkt, dass die kommunistisch beherrschten *«demo-*

*kratischen Massenorganisationen»* ihrer Zone entscheidend daran mitwirken müssten. Natürlich stellte das für die übrigen Partner eine unerfüllbare Zumutung dar. So reisten die Ministerpräsidenten der Sowjetzone schleunigst aus München wieder ab, aber doch mit dem eindrucksvollen Argument versehen, ihr *«aufrichtiges Bemühen»* um die deutsche Einheit sei durch den *«Spaltungswillen»* ihrer westdeutschen Partner zu nichte gemacht worden.

Nicht die unaufhaltsame Zuspitzung der Lage in Berlin war es, die die Franzosen um die Jahreswende 1947/48 zu einer Änderung ihrer Haltung veranlasste – man kann sagen, buchstäblich in letzter Minute –, sondern sie wurden durch weltpolitische Provokationen ernstester Art aufgerüttelt. Hatte sie schon der explosive Verlauf der zweiten Viermächtekonferenz über Deutschland in London im November und Dezember 1947 aufhorchen lassen, so musste sie der gelungene kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei im Februar 1948 noch viel stärker beunruhigen und ihnen allmählich die Erkenntnis einimpfen, dass auch ihr von dauernden Streiks geschütteltes Land, ähnlich wie Italien, unrettbar von der bolschewistischen Welle überspült werden würde, wenn es nicht endlich gelänge, den Vormarsch Moskaus in Deutschland zu stoppen. Erst in dieser Zeitphase also trat Frankreich mit seiner Deutschlandpolitik endgültig an die Seite seiner westlichen Verbündeten und gab seine Ressentiments gegen den besiegten Nachbarn wenigstens insoweit auf, als es sich seiner wirtschaftlichen und politischen Wiedergeburt nicht mehr um jeden Preis widersetzte.

#### **DER NEUE MAGISTRAT UND SEINE REPRÄSENTANTEN**

Kehren wir nun nach dieser prinzipiellen und notgedrungen ausführlichen allgemeinen Betrachtung zu dem chronologi-



schen Ablauf der Ereignisse in Berlin selbst zurück!

Schon im vorigen Kapitel wurden die Nominierung Dr. Ostrowskis zum Oberbürgermeister und Dr. Suhrs zum Stadtverordnetenvorsteher erwähnt. Auch über die Besetzung der übrigen Magistratsposten kam es unter den vier Parteien zu einer unerwartet raschen Einigung, von einigen personellen Reibereien abgesehen. Stellvertreter des Oberbürgermeisters wurden, der Reihenfolge nach, Dr. Ferdinand Friedensburg (CDU), Dr. Heinrich Acker (SED) und Frau Louise Schroeder (SPD).

In den beiden Stellvertretern des Oberbürgermeisters aus dem demokratischen Lager, Louise Schroeder und Ferdinand Friedensburg, verkörperten sich gleichsam Seele und Geist des Berliner Widerstandes und Selbstbehauptungswillens in den dunkelsten Stunden von Blockade und Spaltung. Die Hamburgerin Louise Schroeder war in den Reichstagen der Republik eine der ersten und aktivsten weiblichen Abgeordneten gewesen. Während des Dritten Reiches schlug sie sich, wie viele ihrer Gesinnungsfreunde, kümmerlich genug in Berlin durch und übernahm 1945 in der neubegründeten SPD wieder verantwortungsvolle Aufgaben. Nach der Urabstimmung kehrte sie Grotewohl entschieden den Rücken. Da nach dem Wahlergebnis vom 20. Oktober 1946 die SPD nicht nur die Position des Oberbürgermeisters, sondern auch eines seiner Stellvertreter zu besetzen hatte, herrschte in den leitenden Gremien der Partei Übereinstimmung darüber, Louise Schroeder ein Amt anzutragen, dessen eminente und unverwechselbare Bedeutung für die Zukunft damals noch keinem der Beteiligten bewusst sein konnte. Kurz vor ihrer Ernennung wurde Louise Schroeder übrigens eine wichtige Aufgabe in ihrer Vaterstadt Hamburg angeboten. Nach kurzem Schwanken entschied sie

sich für Berlin, ohne zu ahnen, dass sie mit diesem Entschluss eine ehrenvolle Position in der Gegenwart mit einem weit ehrenvolleren und unvergänglichen Platz in der Geschichte vertauschen sollte.

Der Schlesier Ferdinand Friedensburg war als Jurist und Spezialist für Bergbau und Hüttenwesen ein Verwaltungsfachmann von hohem Grad. Bis 1933 arbeitete er in der preussischen Verwaltung, davon in den letzten sechs Jahren der Republik als Regierungspräsident in Kassel. Nach dem Kriege war er einer der Mitbegründer der CDU in Berlin. Die Sowjets beriefen ihn als Vizepräsidenten ihrer Zentralverwaltung für Brennstoff und Energie für die SBZ, nötigten ihn aber kurz vor den Berliner Wahlen wegen seiner unabhängigen Personalpolitik zum Rücktritt. Als stellvertretendem Oberbürgermeister, dem gleichzeitig die Dienstaufsicht über die Polizei unterstand, erwuchs Friedensburg eine wahre See von Plagen. Er sollte sie nicht nur mit vorbildlicher Haltung und unerschöpflicher Geduld, sondern auch mit einem ungewöhnlichen Mute meistern. In der Sache immer verständigungsbereit, zeigte sich Friedensburg persönlich und vor allem dann, wenn seine Ehre und Autorität als Verwaltungsexpert auf dem Spiel stand, auch dem stärksten Druck gegenüber unnachgiebig. In den gewitterschwangeren Spätsommer- und Herbsttagen des Jahres 1948 behauptete sich Friedensburg in seinem von Stürmen umtosten Amtssitz im Sowjetsektor wie ein Fels in der Brandung mit dem einzigen Ziel vor Augen, die drohende Spaltung Berlins abzuwehren. Nur die Geschichte wird dereinst zu würdigen vermögen, was für schwere Opfer an Ausdauer und Nervenkraft hier ein einzelner Mann einer ihm unbeirrbar vorschwebenden guten und positiven Idee gebracht hat.

Von den Stadtratsposten besetzte die SPD, ihrem Stärkeverhältnis entsprechend, sieben, die CDU drei, die SED zwei und

die LDP einen. Unter den SPD-Stadträten sind im Hinblick auf die spätere Entwicklung Dr. Nestriepke (Volksbildung), Gustav Klingelhöfer (Wirtschaft) und vor allem der nach Deutschland heimgekehrte Ernst Reuter (Verkehr und öffentliche Betriebe) namentlich zu nennen, unter den CDU-Vertretern der Stadtrat für Rechtswesen und spätere langjährige Sachwalter der kommunalen Finanzen Dr. Friedrich Haas.

So trat die Stadtverordnetenversammlung am 26. November 1946 im Zeichen einer scheinbar gesicherten reibungslosen Ablösung des alten Magistrats zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Tatsächlich begannen die Schikanen mit dem ersten Tage. In den Vorbesprechungen über die Magistratsbildung war auch von einer Neuverteilung der verschiedenen Dezernate die Rede gewesen. Sofort mischten sich die Sowjets ein und gaben über den alten Magistrat dem Ältestenrat der Stadtverordnetenversammlung zu verstehen, die Geschäftsverteilung des künftigen Magistrats habe wie bisher zu erfolgen und beabsichtigte Änderungen seien der Alliierten Kommandantur zur Genehmigung vorzulegen. Die Stadtverordnetenversammlung ging über diese Zumutung hinweg und legte auf ihrer ersten Arbeitssitzung am 28. November nach teilweise lebhaften Debatten eine neue Geschäftsverteilung fest. Erst in der Woche danach wurde der Magistrat mit seinen nunmehr teilweise abgeänderten und erweiterten Dezernaten endgültig gebildet und in der dritten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 5. Dezember feierlich vereidigt. Zwar wagten die Sowjets nicht, trotz ihrer Unlustgefühle diesen urdemokratischen Vorgang, der in Berlin nach den Erfahrungen der Vergangenheit begrifflicherweise besonders ernst genommen wurde, mit Gewalt zu unterbinden. Sie konnten es aber doch nicht lassen, ihre Hände wenigstens zu einem Manöver

zu bieten, das von der Bevölkerung als Satyrspiel empfunden wurde und mehr Gelächter als Empörung hervorrief. Als der neue Magistrat bereits gebildet war und Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr dem alten trotz der wenig erfreulichen Kulissenspiele der letzten Wochen den Dank des Parlaments ausgesprochen hatte, tauchten die Gespenster der Vergangenheit plötzlich noch einmal auf. Der rechtens gar nicht mehr existierende Magistrat von gestern richtete durch seine ebenfalls zu solchen Erklärungen nicht mehr befugte Pressestelle plötzlich wütende Beschimpfungen an die Adresse des Stadtverordnetenvorstehers und weigerte sich, abzudanken. Er berief sich dabei auf eine Bestimmung der provisorischen Verfassung, wonach der gesamte Magistrat oder eines seiner Mitglieder nur mit Zustimmung der Alliierten Kommandantur von seinen Ämtern zurücktreten dürfe. Dabei lag es auf der Hand, dass diese Bestimmung auf den ersten, nur von einer Besatzungsmacht ernannten Magistrat logischerweise gar nicht zutreffen konnte. Die Sowjets liessen es denn auch bei unverbindlichen Rückzugsgefechten bewenden, und der alte Magistrat hatte durch diese groteske Verlängerung seiner Agonie höchstens erreicht, der Bevölkerung nochmals ins Gedächtnis zu rufen, was für eine undemokratische Institution er von jeher gewesen war und wie wenig es ihm auch jetzt in den Sinn kam, sich den selbstverständlichen Spielregeln der Demokratie ohne viel Aufhebens zu beugen.

In den Bezirken vollzog sich die von der Bevölkerung so spürbar ersehnte Wachablösung nach aussen gleichfalls planmässig und ungestört. Auch in die Bezirke des Sowjetsektors zogen durchweg nach dem grossen Wahlerfolg ihrer Partei Sozialdemokraten als Bürgermeister ein. Die exekutiven Gremien wurden den Modalitäten des Wahlergebnisses entsprechend umgeformt. Doch entstanden bei dem Umbau der mitt-

leren und unteren Verwaltung im Magistrat wie in den Bezirken die ersten typischen Schwierigkeiten, aus denen deutlich wurde, dass die provisorische Verfassung, statt der Demokratie zum Start zu verhelfen, eher dazu geeignet war, eine demokratische Verwaltung lahmzulegen, ja, die Stadt für die spätere Spaltung reif zu machen.

Die provisorische Verfassung enthielt nämlich eine Bestimmung, die sich im Zeichen eines Besatzungsregimes nach aussen ganz einleuchtend ausnahm, aber zu einem heillosen Chaos führen musste, wenn sie nicht ihrem Sinn, sondern dem Buchstaben nach ausgelegt wurde, worin bekanntlich gerade die Sowjets Meister waren. Nach dieser Bestimmung sollte der zentrale Magistrat zwar der Alliierten Kommandantur unterstehen, die Verwaltungen in den Bezirken aber weiterhin in letzter Instanz ihren örtlichen Militärkommandanten verantwortlich sein. Das bedeutete, dass ein einziger Befehl eines Bezirkskommandanten genügte, um die Verwaltung dieses Bezirks aus der Gesamtheit der Berliner Verwaltung praktisch auszuklammern und dass es nur seines Einspruchs bedurfte, um eine von der Zentrale verfügte Massnahme für den betreffenden Bezirk unwirksam zu machen. Der zentrale Magistrat glich insofern einem Kopf ohne Arm, der Anweisungen und Verfügungen an die ihm formell unterstellte Verwaltung zwar herausgeben und treffen, aber deren Durchführung nicht überwachen geschweige denn erzwingen konnte. Die Bezirksbürgermeister wiederum wurden unter diesen Voraussetzungen oft genug zu Rebellen wider Willen: im Prinzip entschlossen, die Gesetze der Demokratie zu achten und die Anweisungen der Aufsichtsbehörde getreulich durchzuführen, hatten sie doch für ihre guten Absichten nicht mehr Spielraum zur Verfügung, als ihr zuständiger Kommandant ihnen beliess.

Es leuchtet ein, dass diese Schwierigkeiten praktisch nur in einem Sektor auftauchten, nämlich dem sowjetischen. In den Westsektoren waren die dortigen Kommandanten ohne Hintergedanken bestrebt, die Demokratie in ihrem Bereich funktionsfähig zu machen und insofern alles zu unterlassen, was diese im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung zum Gespött ihrer selbst herabwürdigen konnte. Bei der Alliierten Kommandantur lagen die Verhältnisse schon weit schwieriger, weil deren Beschlüsse nur mit Einstimmigkeit gefasst werden konnten und jederzeit mit dem Veto des sowjetischen Vertreters zu rechnen war. Im Sowjetsektor liess Moskau den demokratischen Kräften nur soviel Bewegungsfreiheit, wie es das selten genug im Sinne seiner eigenen Interessen unbedingt für nützlich hielt. Daraus erhellt, was für fantastische und geradezu unlösbare Probleme schon bald auf Berlin zukamen.

Auch personell stiess die Demokratisierung des Sowjetsektors auf unüberwindliche Barrieren, weil sich die Bezirkskommandanten in den meisten Fällen der Notwendigkeit von Änderungen auf der mittleren und unteren Verwaltungsebene dank ihrer Machtvollkommenheit einfach widersetzten. Wohl gelang es besonders geschickten Bezirksbürgermeistern, die ein psychologisch gutes Verhältnis zu ihren Kommandanten herzustellen vermochten, in einzelnen Fällen kleine taktische Konzessionen durchzusetzen, doch blieben das buchstäblich Tropfen auf den heissen Stein. Der Bezirksbürgermeister fungierte daher im Sowjetsektor durchweg nur als Repräsentant, nicht aber als örtlicher Verwaltungschef, der in der Lage gewesen wäre, seinen Anweisungen Respekt zu verschaffen.

Ein anderer, weit ernsterer Faktor noch erschwerte es ausserordentlich, den Sowjetsektor fest in die einheitliche Verwaltung Berlins einzugliedern. Von dem von Karlshorst absichtlich eingeführten und raffiniert ausgeklügelten Dualismus

zwischen dem Magistrat und den im September 1945 geschaffenen Zentral Verwaltungen für die sowjetische Zone wurden naturgemäß die acht Bezirke Ostberlins besonders schwer betroffen. In aller Ruhe traf Karlshorst hier Zug um Zug seine Vorbereitungen, um den Sowjetsektor eines Tages aus Berlin herauszulösen und vor allem dessen wirtschaftliche Verbindungen mit dem übrigen Stadtgebiet zu zerschneiden. Schon 1947 trennten die Sowjets die Versorgung ihres Sektors mit landwirtschaftlichen Produkten aus der Zone von der übrigen, um jederzeit den endgültigen Bruch vollziehen zu können. Ferner wurden gleichfalls im Februar 1947 die organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung zentraler Planungen in Gestalt einer späteren «*Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone*» getroffen, die nach ihrem Entstehen den Sowjetsektor in jeder Beziehung so behandelte, als sei er integrierender Bestandteil der Zone. Alle Protestschritte des Magistrats fruchteten nichts, denn die wichtigen Entscheidungen in den Bezirken lagen ja im Belieben ihrer Kommandanten.

#### **DR. OSTROWSKI AUF FALSCEM KURS**

Indessen kam auf Berlin eine Belastung zu, die vor den verschiedenen Sektorengrenzen nicht halt machte, sondern die die ganze Stadt einheitlich traf: der schreckliche zweite Nachkriegswinter 1946/47 mit einer ununterbrochenen klirrenden Frostperiode von mehr als drei Monaten und den entsprechenden katastrophalen Folgen. Alle Kraft musste aufgeboten, alle noch verfügbaren Reserven mussten mobilisiert werden, um diese Folgen zu bekämpfen, die gerade in Berlin wie eine Seuche auftraten. Gab es doch praktisch kaum winterfeste Häuser, und selbst wo solche vorhanden waren, entweder überhaupt

keine Kohlen oder nur in so minimalen Mengen, dass man damit gegen die im wahrsten Sinne des Wortes mörderische Kälte nicht aufkam. Besonders ältere und hilflose Menschen wurden in erheblicher Zahl mehr oder minder zufällig in ihren Wohnungen buchstäblich erfroren aufgefunden. Tausende und Abertausende starben in diesen grausamen Monaten an den indirekten Folgen des Winters: durch jahrelangen Hunger und Strapazen aller Art vollständig entkräftet, vermochten sie oft einer an sich harmlosen Erkältung keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen. Der Magistrat griff auf alle nur möglichen noch erhaltenen und verfügbaren öffentlichen Gebäude zurück, um dort «*Wärmehallen*» für diejenigen einzurichten, die über gar keinen Hausbrand verfügten, und dort auch warme Mahlzeiten zu verabreichen. Es war besonders der neue Stadtrat für Verkehrswesen und öffentliche Betriebe, Ernst Reuter, der sich in dieser furchtbaren Zeit durch Tatkraft, Improvisationstalent, vor allem aber durch die souveräne Gelassenheit auszeichnete, mit der er auf entweder utopische oder sittlich unzumutbare Forderungen der Besatzungsmächte reagierte, die in der erbarmungslosen Kälte dieses Winters ebenfalls mehr und mehr die Nerven verloren. Musste diese harte Zeit nicht unwillkürlich als eindringlicher Appell des Schicksals an die Menschen betrachtet werden, von allem parteipolitischen und ideologischen Hader abzustehen und ihre Kräfte zur Abwehr des Schlimmsten einträchtig zusammenzufassen? Erforderte nicht ferner die lautlose, aber unaufhaltsame Isolierung des Sowjetsektors phantasievolle Gegenmassnahmen? Schliesslich gab es, wenn überhaupt, nur einen Weg, um mit den Sowjets zu einer dauerhaften Verständigung zu kommen, und dieser führte über ihren deutschen Willensvollstrecker,



die SED, mit der man ja sogar offiziell in einer Koalition zusammenwirkte.

Sicherlich war Dr. Ostrowski von gutem Willen, aber auch von verhängnisvoller politischer Kurzsichtigkeit geleitet, als er schon bald nach seiner Amtsübernahme eigenmächtig und ohne Auftrag, ja, ohne Vorwissen seiner Fraktion, engere Tuchfühlung mit der SED suchte. Auf einer internen Besprechung zwischen dem Oberbürgermeister und drei führenden Funktionären der SED am 22. Februar 1947 erklärten sich diese zu gewissen personalpolitischen Konzessionen bereit – in den meisten Magistratsverwaltungen übten sie nämlich noch einen gewaltigen Einfluss aus, weil sie in der Regel die Posten der stellvertretenden Stadträte einnahmen –, wenn die SPD der Aufstellung eines gemeinsamen Arbeitsprogramms für die nächsten drei Monate zustimme. In dieser Zeit sollte zwischen den beiden Parteien eine Art Burgfrieden herrschen, das heisst, alle gegenseitige Polemik in der Presse oder in öffentlichen Versammlungen sollte verstummen. Schliesslich wurde vereinbart, diese Besprechung wie den Fortgang etwaiger Verhandlungen vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten.

Jetzt zeigte sich, wie recht einige Monate zuvor diejenigen gehabt hatten, die die Auffassung vertraten, für den Mann an der Spitze der Geschicke Berlins genüge in solcher Zeit ein noch so bewährter kommunalpolitischer Sachverstand nicht. Dr. Ostrowski, nur von dem Bestreben geleitet, sich im Rahmen seiner Verwaltung angesichts der immer noch unerledigten personalpolitischen Debatten zwischen den verschiedenen Parteien, noch mehr zwischen Magistrat und Alliiertes Kommandantur etwas Luft zu verschaffen und gewisse Steine des Anstosses aus dem Wege zu räumen, übersah völlig, dass er mit seinen Verhandlungen im Begriff stand, wichtige politi-

sche Prinzipien zu opfern und Positionen aufzugeben, für die sich seine Partei ein Jahr zuvor bis zur letzten Konsequenz geschlagen hatte. Es rächte sich nun, dass Dr. Ostrowski an den Kämpfen um die Verschmelzung niemals aktiv teilgenommen hatte, sondern sich erst einige Tage nach der Urabstimmung von dem vormaligen SPD-Zentralausschuss löste. So fehlte ihm nicht nur der politische Instinkt, sondern auch die notwendige Erfahrung im Umgang mit totalitären Partnern, die sich seine Parteifreunde während der erbitterten Auseinandersetzungen des Vorjahres längst angeeignet hatten.

Die von Dr. Ostrowski, wenn auch zunächst mit zeitlicher Begrenzung, erstrebte Einheitsfront von SPD und SED wäre im Grunde nichts anders als die politische Abdankung der Partei gewesen, die sich gerade vor Kurzem durch ihre völlig unzweideutige Haltung ein in dieser Form unerwartetes Vertrauensmandat der Bevölkerung gesichert hatte, und zwar auf Kosten einer anderen, die ihrerseits wegen ihres Programms, ihrer Methoden und vor allem wegen ihrer völligen Abhängigkeit von den Sowjets unaufhaltsam jeden Kredit bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung einbüßte. Mit einer solchen Einheitsfront musste auch der Sinn des demokratischen Parlamentarismus, bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet, die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung selbst praktisch durch eine höchst unechte und willkürliche Parteidiktatur so gut wie lahmgelegt werden. In erster Linie würde sich aber die Öffentlichkeit verraten und verkauft wähnen, wenn sie plötzlich konstatieren müsste, dass wenigstens die sozialistische, und kommunistische Presse – wie es die Vereinbarungen zwischen Dr. Ostrowski und den SED-Funktionären vorsahen – wieder in den gleichen Ton eines heuchlerischen und verlogenen Optimismus zurückgefallen wären, wie in den ersten Monaten nach der Kapitulation.

Ostrowskis eigenmächtiges Vorgehen, das in der Besprechung vom 22. Februar 1947 gipfelte, stiess denn auch in der eigenen Fraktion auf eine ebenso einmütige wie eisige Ablehnung. Schon fünf Tage später betonten die SPD-Stadtverordneten, sie unterhielten keine Bindungen mit einer anderen im Stadtparlament vertretenen Partei und gedächten auch in Zukunft keine solche einzugehen. Für verbindliche politische Verhandlungen aller Art sei im übrigen nur der Landesauschuss zuständig. Auch auf einer kommunalpolitischen Konferenz der Partei am 7. März wurde die Haltung des Oberbürgermeisters lebhaft kritisiert.

Leider verschloss sich Dr. Ostrowski mit einer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache wert gewesen wäre, allen diesen zunächst zwar unmissverständlichen, aber noch freundschaftlich gemeinten Vorhaltungen. An seinem Beispiel wurde übrigens zum erstenmal evident, wie unklug es von den Westmächten gewesen war, den Sowjets gegenüber nicht rechtzeitig darauf zu bestehen, dass für die zentralen Körperschaften und Behörden der deutschen Stadtverwaltung, wie Stadtverordnetenversammlung und Magistrat, eine Art neutraler Zone oder Bannmeile geschaffen wurde, innerhalb deren keine Besatzungsmacht zuständig war, sondern in der höchstens Verbindungsbüros der vier Mächte errichtet werden durften. Tatsächlich tagte die Stadtverordnetenversammlung und arbeitete der Magistrat, einer jahrzehntelangen Tradition entsprechend, im Verwaltungsbezirk Mitte, also im Sowjetsektor. Natürlich hatten auch die drei Westmächte im provisorischen Rathaus in der Parochialstrasse ihre Verbindungsbüros – das eigentliche Rathaus in der Königstrasse lag damals noch in Trümmern –, aber das Gewicht musste sich doch unwillkürlich immer wieder nach der Seite der Besatzungsmacht neigen, die in dieser Gegend zuständig war. Dr. Ostrowskis Verhalten zeigte deut-

lich, wie stark ein politischen Einflüsterungen und Illusionen so zugänglicher Mann wie er an seinem Arbeitsplatz unweigerlich in einen bestimmten psychologischen Sog geraten musste. Anderthalb Jahre später sollte sich das Gefangensein von Parlament und Verwaltung im Sowjetsektor, das im Falle Ostrowski nur psychologisch spürbar wurde, auch sachlich auf das Verhängnisvollste auswirken.

So blieb nach immer stärkerer Zuspitzung des Konflikts zwischen dem Oberbürgermeister und seinen politischen Freunden nur ein sehr ungewöhnlicher und dramatischer Ausweg: die Fraktion der gleichen Partei, die Dr. Ostrowski erst wenige Monate vorher für das höchste Amt nominiert hatte, sah sich nunmehr gezwungen, ihm formell das Vertrauen zu versagen. Am 11. April 1947 sprach sich die Stadtverordnetenversammlung bei einer Enthaltung mit 85 zu 20 Stimmen gegen den Oberbürgermeister aus. Bezeichnenderweise hielten nur die anwesenden Stadtverordneten der SED an Dr. Ostrowski fest. Er selber zögerte noch einige Tage mit seinen Konsequenzen, verteidigte seine Haltung sogar in einer Rundfunkansprache über den kommunistischen Berliner Sender, trat dann aber am 17. April unter dem Druck der öffentlichen Meinung von seinem Posten zurück. Damit hatte nach einigen sehr ärgerlichen Vorspielen der Verfassungskrise erster Akt in Berlin in aller Form begonnen.

Die Eigenart des Besatzungsregimes brachte es mit sich, dass alle wichtigen personellen Entscheidungen, selbst wenn sie auf so eindeutigen Mehrheitsbeschlüssen der frei gewählten parlamentarischen Körperschaft beruhten, von den Alliierten bestätigt werden mussten. Während die westlichen Militärbehörden gerade in diesem Fall ihre Hoheitsbefugnisse nur formell interpretierten und es für selbstverständlich erachteten, den Beschluss des Parlaments zu respektieren vertraten die

Sowjets auf der nächsten Sitzung der Alliierten Kommandantur einen ganz anderen Standpunkt. Sie beantragten eine Vertagung der Erörterung, weil der Fall sorgfältig geprüft werden müsse und der Oberbürgermeister nach der Verfassung verpflichtet sei, den alliierten Behörden *«eine motivierte Erklärung über seinen Rücktritt vorzulegen»*. In diesem Zusammenhang richtete der Sowjetvertreter die üblichen scharfen Angriffe gegen die SPD und ihre führenden Funktionäre. Durch Indiskretionen über den Verlauf der Sitzung, die zur Veröffentlichung von Einzelheiten in der von ihnen lizenzierten Presse führten, was bisher nicht üblich gewesen war, zwangen die Sowjets die Westmächte ihrerseits, vor der Öffentlichkeit ihren Standpunkt darzulegen. Als auch weitere Beratungen über den *«Fall Ostrowski»* resultatlos verliefen, überwies man ihn auf dem nunmehr schon traditionellen Wege an den Kontrollrat. Dieser legitimierte endlich am 31. Mai 1947 die Abberufung Dr. Ostrowskis und bestätigte, der alten Gepflogenheit folgend, wonach die stärkste Fraktion den jeweils ersten Platz zu besetzen habe, Frau Louise Schroeder für die Zeit des Übergangs und bis zur Wahl eines neuen Stadtoberhauptes als *«Amtierenden Oberbürgermeister»*.

Die Tätigkeit einer Frau in diesem hohen Amt mochte den Sowjets nicht unwillkommen sein, umso mehr als sie dem neuen Oberbürgermeisterkandidaten, dessen Name sich gesprächsweise immer deutlicher abzeichnete, mit grösstem Misstrauen und tiefer Antipathie gegenüberstanden. Wahrscheinlich gingen sie von der Überzeugung aus, dass es noch leichter sein würde, eine Frau zu beeinflussen und unter Umständen einzuschüchtern, als ihnen das bei Dr. Ostrowski schon gelungen war. Sie sollten sich gründlich verrechnet haben. Frau Schroeder, die nicht voraussehen konnte, dass ein Amt, das sie für

wenige Wochen führen zu müssen glaubte, anderthalb Jahre auf ihren Schultern lasten sollte, bewährte sich in all den unvorstellbaren Erschütterungen und Provokationen der Zukunft nicht nur als kluge und geschickte, sondern vor allem als mutige und absolut unbeirrbar Persönlichkeit. Aber diese Persönlichkeit war eben doch als Frau geboren und trat als echte Frau auf. Vielleicht liegt gerade hierin eine Erklärung dafür, dass bei all dem Schlimmen, das noch bevorstand, den freiheitlichen Kräften der Stadt das absolut Schlimmste erspart blieb, weil ihr oberster Repräsentant weiblichen Geschlechts war und durch die unverwechselbare Würde seines Auftretens sogar die Sowjets zu jenem Minimum an formellem Anstand und Höflichkeit nötigte, auf das ein Mann in gleicher Position wahrscheinlich nicht hätte rechnen können.

#### **OBERBÜRGERMEISTER REUTER – GEWÄHLT, ABER NICHT BESTÄTIGT**

Wer sollte nun der Nachfolger Dr. Ostrowskis werden? In der SPD herrschte Übereinstimmung: nur der Mann kam in Betracht, der in der SED-Presse ebenso provokativ wie geschmacklos als «*Türke*» bezeichnet wurde. Schon in den ersten Monaten seines Wirkens hatte Professor Reuter es verstanden, sich in ebenso kurzer Zeit einen Vertrauenscredit zu verschaffen wie Ostrowski den seinen eingebüsst hatte. Schon im Magistrat nämlich war Ostrowski mit seiner Neigung zu Extratouren und Eigenmächtigkeiten auf den entschiedenen Widerstand des Stadtrats für Verkehrswesen und öffentliche Betriebe gestossen. Darum hatten sich aber auch die anderen Magistratsmitglieder unwillkürlich mehr und mehr um Reuter geschart, weil eine unverkennbar beruhigende und zuversichtliche Ausstrahlung von ihm ausging. Bei aller Loyalität den

Besatzungsmächten gegenüber widerstrebte es Reuter doch zutiefst, sich als Befehlsempfänger zu betrachten. Wo ihm eine alliierte Anweisung sachlich unausführbar erschien, führte er sie auch nicht aus. Wo ihm die Absichten der Alliierten mit den Prinzipien der Menschlichkeit nicht im Einklang zu stehen schienen – und das war gerade in seinem Ressort der öffentlichen Betriebe im Hungerwinter 1946/47 wegen der geforderten Stromabschaltungen, Gasrationierungen und harten Sühnemassnahmen für Gesetzesübertreter oft genug der Fall – neigte er, man kann fast sagen, mit einer betonten Saloptheit dazu, fünf gerade sein zu lassen. Wo sein überlegener Sachverstand, was auch oft genug vorkam, auf redliche, aber dilettantische Bemühungen bei den Besatzungsmächten stiess, machte es ihm sogar nichts aus, diese mit einer freundschaftlichen Geste zu belehren, um nicht zu sagen, zurechtzuweisen.

Kein Wunder, dass ein Mann mit so unbequemen Eigenschaften zunächst bei keiner Besatzungsmacht sonderlich beliebt war, speziell bei den empfindlichen Franzosen nicht, von den Sowjets natürlich ganz abgesehen. Darüber, welche Feindschaft ihm aus Karlshorst entgegenschlug, machte sich Reuter keine Illusionen. Die Sowjets versuchten auch zunächst, nachdem seine Nominierung durch die eigene Fraktion feststand, seine Wahl durch das Plenum der Stadtverordnetenversammlung, wenn nicht überhaupt zu hintertreiben, so doch wenigstens in ihrer psychologischen Wirkung abzuschwächen, indem sie seine Mehrheit tunlichst kleinhielten. Noch immer bildeten ja, im Gegensatz zur SPD, bei der CDU wie bei der LDP die Zonenverbände mit den Berliner Landesverbänden trotz zunehmender Spannungen eine einheitliche Organisation. Hatte aber die CDU in Jakob Kaiser und Ernst Lemmer selbstbewusste demokratische Repräsentanten, dann konnte dies, wie schon einmal erwähnt, von dem Vorsitzenden der LDP,

dem schon sehr betagten ehemaligen Reichsminister Dr. Wilhelm Külz, nicht behauptet werden. Hier versuchte denn auch die SMA den Hebel am stärksten anzusetzen, um die Wahl Reuters zu hintertreiben. Ihr Verbindungsoffizier erklärte in einer Besprechung mit der LDP-Leitung, Professor Reuter sei antisowjetisch eingestellt und auch die LDP mache sich einer «*antisowjetischen Haltung*» schuldig, wenn sie für Reuter stimme. Der Berliner LDP-Landesverbandsvorsitzende Schwennicke, der auch sonst mit seiner Organisation in immer betonteren Gegensatz zu der LDP-Zonenleitung geriet, wies diese Erpressung mit deutlichen Worten zurück: Reuter sei ein charakterlich und politisch bewährter Fachmann, er sähe keinen Grund, dessen Kandidatur abzulehnen. Die LDP-Zonenleitung wollte freilich ihren Berliner Abgeordneten zumuten, gegen Reuter zu stimmen.

Wieder einmal erwiesen sich die sowjetischen Einmischungsmanöver als Versuch am untauglichen Objekt. Die Mehrheit für Reuters Wahl zum Oberbürgermeister (89 gegen 17 Stimmen bei zwei Enthaltungen) konnte gar nicht überzeugender ausfallen. Bedenkt man, dass die SED-Fraktion immerhin über 26 Mandate verfügte, aber nur 17 Stimmen gegen Reuters Kandidatur abgegeben wurden, so ergibt sich daraus, dass von den insgesamt 22 nicht anwesenden Abgeordneten neun SED-Vertreter gewesen sein müssen. Aber trotz dieser klaren Willensbekundung versagten die alliierten Behörden dem demokratisch gewählten neuen Stadtoberhaupt die Bestätigung und damit die Möglichkeit zur Amtsführung. Der Verfassungskrise zweiter Akt begann.

Natürlich war es wiederum nur eine der Besatzungsmächte, die die Bestätigung Reuters verweigerte, aber diese war dank des unseligen Einstimmigkeitsprinzips jederzeit in der Lage, den anderen wenigstens ihren negativen Willen aufzuzwin-



gen. Obwohl Reuter, wie schon erwähnt, wegen seiner Tendenz zu betonter Selbständigkeit und Unabhängigkeit in der ersten Zeit auch von den Vertretern der Westmächte mit einem gewissen Unbehagen betrachtet wurde, hätten diese doch von sich aus natürlich niemals daran gedacht, einen so eindeutigen Mehrheitsbeschluss zu missachten.

Es ist immer wieder versucht worden, die betonte und unveröhnliche Feindseligkeit der Sowjets gegenüber Reuter erschöpfend zu analysieren. Dabei wurde häufig auf das Prinzip des Kommunismus hingewiesen, sogenannte «Renegaten» mit einem besonders unerbittlichen Hass zu verfolgen, noch dazu, wenn man ihnen politische Fähigkeiten und Persönlichkeitsqualifikationen nicht absprechen konnte. Alles dies traf auf Reuter zu: kein Geringerer als Lenin hatte dem jungen, ehrgeizigen und zielstrebigem Kommunisten, der in der ersten Zeit der bolschewistischen Herrschaft in der Sowjetunion die Wolgarepublik organisierte und später, in den ersten Jahren der Weimarer Republik, im Zentralkomitee der deutschen KPD eine wichtige Rolle spielte, eine glänzende Zukunft geweissagt, nicht ohne allerdings schon damals mit mildem Tadel die Neigung Reuters zu Querköpfigkeit gegenüber Autoritäten hervorzuheben. Sicher trifft es also zu, dass ein Mann, der sich später so entschieden und ohne alle «*ideologischen Restbestände*» (was selten ist) vom Kommunismus abkehrte, schon deswegen Gegenstand einer sozusagen konventionellen Antipathie der Sowjets werden musste. Damit ist aber die Konsequenz des sowjetischen Vetos gegen Reuter als Oberbürgermeister keineswegs erklärt. Wäre das Prinzip unabdingbar, einem «*Abtrünnigen*» überhaupt keinerlei Chancen mehr zu vergönnen, hätte es Karlshorst auch nicht zulassen dürfen, dass Reuter als Stadtrat für Verkehrswesen Mitglied des Magistrats wurde. Die Sowjets wären vielmehr sogar bereit gewesen, ihn

auch als Oberbürgermeister zu akzeptieren: das geht aus Verhandlungen hervor, die sie der SED buchstäblich bis zum Vorabend von Reuters Wahl gestatteteten. Die SED verlangte, wie üblich, für ein personelles Entgegenkommen schwerwiegende politische Konzessionen. Genau das, woran Ostrowski gescheitert war, sollte Reuter jetzt zugestehen: eine enge Zusammenarbeit von SPD und SED, nicht aus den Besonderheiten der jeweiligen parlamentarischen Situation heraus, sondern aus Prinzip. Natürlich lehnte Reuter im Namen seiner politischen Freunde diese untragbare Zumutung ab. Dass es die Sowjets aber überhaupt versuchten, über die Kanäle der SED an Reuter heranzukommen und gewissermassen sein psychologisches Terrain zu sondieren, ist Beweis genug, welchen Wert sie darauf legten und welchen Gesichtsverlust sie in Kauf genommen hätten, diesem gefährlichsten Gegner, bei dem Druck und Drohungen nicht verfangen, durch Appell an seinen Ehrgeiz und durch Kompensationen der Stellung, das Rückgrat zu brechen. Nachdem sie sich aber davon überzeugen mussten, dass Reuter den Spuren Grotewohls in keiner Weise folgen würde, sanken seine Chancen in Karlshorst auf den Nullpunkt. Fast möchte man annehmen, die Sowjets hätten damals schon mit einem fast irrationalen Instinkt in der Person dieses verhassten Mannes den grossen, in gewisser Weise ebenbürtigen Gegenspieler von später erkannt, die Persönlichkeit, die nicht nur allein imstande war, den Freiheitswillen Berlins nach aussen zu repräsentieren und für ihn zu zeugen – das vermochten mehrere –, sondern dank der besonderen Gaben seiner Natur auch nach innen so einzigartig zu konsolidieren.

Fast zwei Monate zog sich das Tauziehen um die Bestätigung Reuters hin, bis die Alliierte Kommandantur auf ihrer Sitzung vom 12. August 1947 endgültig einen absagenden Bescheid

erteilte. Eine ernste Lage entstand: zwar gab es in Frau Louise Schroeder einen «*Amtierenden Oberbürgermeister*», der wahrlich alle in ihn gesetzten Erwartungen übertraf, aber kein gewähltes Stadtoberhaupt, das sich unter den täglich schwieriger werdenden Verhältnissen nicht nur im Namen einer Partei, sondern als Person auf die moralische Autorität des Volkswillens hätte stützen können. Niemand vermochte vorauszusagen, wie lange dieser eigenartige Interimszustand dauern sollte: so wenig infolge des sowjetischen Vetos auf eine Korrektur der Haltung der Alliierten Kommandantur zu hoffen war, so wenig dachte die Stadtverordnetenversammlung natürlich daran, ihren Vorschlag zurückzuziehen und den für Karlshorst unbequemsten Kandidaten durch einen anderen auszuwechseln. Nur der lebendige Gegenstand so vieler Kombinationen und Gerüchte, Professor Ernst Reuter selbst, verlor weder seine Nerven noch seine gute Laune. Ja, sein Humor befähigte ihn sogar, die unverkennbare Originalität seiner Situation auf seine Weise zur Kenntnis zu geben. So liess er sich Visitenkarten drucken mit dem zweifellos nicht alltäglichen Vermerk: «*Der gewählte, aber nicht bestätigte Oberbürgermeister von Berlin*» Wie sehr Ernst Reuter trotz alledem innerhalb des Magistrats die Rolle eines «*heimlichen Königs*» spielte, sollte sich vornehmlich im Zusammenhang mit der Währungsreform und der ihr folgenden Blockade erweisen.

#### **DIE SELBSTVERWALTUNG WIRD ZUR FARCE**

Drei Tage nach Reuters Wahl, am 27. Juni 1947, kam es zu einer erneuten schweren Herausforderung der Stadtverordnetenversammlung und der demokratischen Öffentlichkeit. Die Alliierte Kommandantur berief auf Betreiben der Sowjets –

diesmal sogar angeblich mit Unterstützung des französischen und amerikanischen Vertreters – den Stadtrat für Volksbildung, Dr. Siegfried Nestriepke, aus seinem Amt ab. Ähnlich wie Reuter war auch Nestriepke kein geschmeidiger und in seinen Formen sehr verbindlicher Typ, sondern zeigte sich bestrebt, in seinem Ressort vor allem in sachlicher Beziehung einen unabhängigen Kurs einzuschlagen. Aber auch diese Krise wurde, wie die meisten, durch eine Personenfrage ausgelöst. Dr. Nestriepke verstand sich mit seinem Stellvertreter nicht, der, wie in vielen anderen Magistratsverwaltungen, ein prominentes Mitglied der SED war. In der Fähigkeit, persönliche Misshelligkeiten von Stadträten mit ihren Untergebenen, die SED-Mitglieder waren, als Verstöße gegen die provisorische Verfassung auszulegen, erwiesen sich die Sowjets als wahre Meister: so auch hier. Alle Versuche, die bruske Amtsenthebung Nestriepkes rückgängig zu machen, scheiterten, so dass sich die leitenden Gremien der SPD am 8. Juli zu der Feststellung gezwungen sahen, sie betrachteten diesen Befehl der Kommandantur als *«Glied einer Kette von Massnahmen, die sämtlich die Selbstverwaltung Gross-Berlins immer mehr einschränkten, den Magistrat praktisch zu einem Vollzugsorgan der Alliierten Kommandantur und die Stadtverordnetenversammlung zu einem Scheinparlament machten»*. Dieser ebenso peinlichen wie richtigen Feststellung hat die Geschichte auch heute nichts hinzuzufügen; sie charakterisiert vielmehr in kürzesten Worten die Situation, wie sie in Berlin bereits im Sommer 1947 bestand. Politisch hatte sogar die Abberufung Nestriepkes noch bedenklichere Aspekte als selbst die Nichtbestätigung Reuters. Hierzu wäre immerhin Einstimmigkeit erforderlich gewesen, die sich nun einmal infolge des sowjetischen Vetos nicht erreichen liess. Für die Abberufung eines

Stadtrats bedurfte es aber selbstverständlich ebenfalls einer einmütigen Meinungsbildung in der Alliierten Kommandantur: den Sowjets war also «*im Falle Nestriepke*» etwas gelungen, was der westlichen Seite im «*Falle Reuter*» nicht gelungen war und nicht gelingen sollte, nämlich den Partner umzustimmen und ihm die eigene Meinung aufzunötigen. Das stillschweigende Einverständnis der westlichen Vertreter mit der Abberufung Nestriepkes musste daher als ein geradezu alarmierendes Schwächesymptom ausgelegt werden.

Die sich auf diese Weise immer mehr zuspitzende Krise hielt aber die Stadtverordnetenversammlung nicht davon ab, sich ihrer prinzipiell wichtigsten Aufgabe, nämlich der Ausarbeitung einer endgültigen Verfassung, zuzuwenden. Schon seit dem Frühjahr 1947 war der Verfassungsausschuss tätig geworden, am 2. September befasste sich das Plenum mit den verschiedenen Entwürfen, und am 22. April 1948 wurde die Verfassung in namentlicher Abstimmung mit 83 Stimmen der drei demokratischen Parteien gegen 20 Stimmen der SED angenommen. Da aus dieser Urkunde niemals Realität wurde, erübrigt es sich, auf Einzelheiten einzugehen. Die mit der Verfassung verbundene Hauptfrage jedoch, an der sich bald unversöhnliche Gegensätze zwischen den demokratischen Parteien und der SED entzündeten, war dagegen von desto größerer Bedeutung: sollte die Gebietskörperschaft von Berlin künftig den Status eines Landes mit eigenen Hoheitsrechten erhalten, wie das von altersher auf die Freien Hansestädte Hamburg und Bremen zutraf (früher auch auf Lübeck, das in der Hitlerzeit seine Selbständigkeit verlor), oder sollte es bei einer kommunalen Verfassung für Berlin bleiben?

Schon im Zusammenhang mit der Entstehung der provisorischen Verfassung ist dieses Thema einmal gestreift worden. Seit den Steinschen Reformen von 1808 war Berlin eine

Selbstverwaltungskörperschaft im Staate Preussen. Mit der Beendigung des Krieges waren die erloschenen Souveränitätsrechte Preussens durch die willkürliche Grenzziehung bei der Einteilung der Besatzungszonen in ihrem jeweiligen Bereich hauptsächlich drei Staaten zugefallen: Polen, der Sowjetunion und Grossbritannien. Während aber in den einzelnen Besatzungszonen inzwischen neue Gebietskörperschaften mit zumindest formalen Länderrechten entstanden waren, hing die künftige staatsrechtliche Zugehörigkeit Berlins völlig in der Luft. Diese Frage wurde noch brennender, als mit dem Kontrollratsbeschluss vom 25. Februar 1947 der Staat Preussen nicht nur materiell, sondern auch rechtlich aufgehört hatte zu existieren.

Unter diesen Umständen blieb, um der Sonderstellung Berlins gerecht zu werden, praktisch nur die Möglichkeit, ihm den Status eines Landes zu geben. Im Grunde hatten das sogar die Alliierten stillschweigend zugestanden, indem sie die Stadtverordnetenversammlung aufforderten, eine endgültige Verfassung für Berlin auszuarbeiten. Solche Aufgaben kommen in allen Ländern immer nur einer regelrechten Konstituante zu. Dennoch schienen offenbar erst die konkreten Verfassungsberatungen selbst den Sowjets die Augen darüber zu öffnen, was für ein kapitaler Fehler ihnen in Hinsicht auf ihre ganze künftige Berlinpolitik unterlaufen wäre, wenn sie in dieser scheinbar nebensächlichen Frage nicht aufgepasst hätten. Ein Landesstatus für Gesamtberlin mit der Zustimmung Karlshorsts: das hätte bedeutet, dass die Sowjets niemals irgendwelche Alleinansprüche auch nur auf einen Teil Berlins geschweige denn auf Gesamtberlin hätten ableiten können. Ein mit Zustimmung Karlshorsts verkündeter Landesstatus für Gesamtberlin hätte der politischen und verwaltungsrechtlichen Sonderbehandlung wie der wirtschaftlichen Ausplünde-

rung und Gleichschaltung des Sowjetsektors mit der Zone zwangsläufig ein Ende gesetzt. Bekam Berlin jedoch seine traditionelle Stadtverfassung zurück, blieb die Frage seiner künftigen territorialen und administrativen Zugehörigkeit ungeklärt.

Grund genug für die drei demokratischen Parteien, um im Verfassungsausschuss sowohl wie bei den Lesungen im Plenum für den Landesstatus einzutreten und diesen auch durchzusetzen. Grund genug für die SED, sich dieser Lösung mit allen Mitteln zu widersetzen, übrigens mit dem lächerlichen Argument, die Umwandlung Berlins in ein Land mit Hoheitsrechten würde es in seiner Bedeutung als deutsche Hauptstadt diskriminieren!

Dennoch wäre der Streit um die Verfassung aus der Rückschau nur von theoretischem Interesse, hätte er nicht dazu beigetragen, die ohnehin gespannte Lage in Berlin noch weiter zu dramatisieren und Entwicklungen zu beschleunigen, die schliesslich zu der Katastrophe des Jahres 1948 und zur Spaltung der Stadt führten. Gerade die Verfassungsberatungen führten der SED ihre, man kann sagen, schicksalhafte Schwäche und Isolierung vor Augen. Nachdem man sich seit dem 20. Oktober 1946 darauf beschränkt hatte, die lästige westliche Form der Demokratie mit Nadelstichen oder heimlichen Intrigen zu bedenken oder sie, wo es irgend anging, zu ignorieren, schien nunmehr die höchste Zeit gekommen, um zu einem Gegenangriff vorzugehen und sich dafür eine Art Massenbasis zu schaffen.

Das ganze Jahr 1947 hatte mit den beiden Viermächtekonferenzen über die Zukunft Deutschlands, deren erste im März und April in Moskau und deren zweite im November und Dezember in London stattfand, im Zeichen von Bemühungen ge-

standen, ein gesamtdeutsches Gremium zur Wahrung deutscher Interessen auf die Beine zu bringen. Schon die Ministerkonferenz in München im Frühsommer, die indessen durch die Vollmachtsbeschränkung der Vertreter der französischen Zone und durch den vorzeitigen Auszug der Vertreter der Sowjetzone paralytiert wurde, sollte nicht zuletzt auch der Erörterung solcher Massnahmen dienen. Unter den Parteien bemühte sich vor allem die CDU, bemühten sich insbesondere Kaiser und Friedensburg um eine zufriedenstellende Lösung dieses Problems, abgesehen von permanenten Versuchen der SED in gleicher Richtung, die aber natürlich nicht der deutschen Sache, sondern sowjetischen Interessen dienen. Dieser Umstand wiederum liess die Sozialdemokratie ablehnend reagieren. Kurt Schumacher befürchtete mit Recht, die legitimen Wünsche des deutschen Volkes und seiner politischen Vertreter würden unter den gegebenen Verhältnissen von der SED missbraucht werden. Während Friedensburg seine Bemühungen um das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Repräsentanz zunächst weiter verfolgte, näherte sich Jakob Kaiser im Herbst 1947 mehr und mehr dem Standpunkt der SPD.

Als nun die Londoner Viermächtekonferenz mit ihren Arbeiten begann, kündigte der Parteivorstand der SED am 26. November 1947 den Zusammentritt eines *«Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden»* an. Da von vornherein feststand, dass es der SED in Wirklichkeit auf das genaue Gegenteil von Einheit und gerechten Frieden ankam, lehnte die SPD jede Teilnahme an diesem politischen Theater ab. Die CDU, innerhalb deren die Zonenverbände und Berlin damals noch gemeinsam von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer geführt wurden, schloss sich offiziell ebenfalls von der Teilnahme am Volkskongress aus, räumte jedoch notgedrungen einzelnen Mitgliedern ein, der Einladung *«unter den gegebene-*



*nen Verhältnissen» zu folgen. Nur der Vorstand der LDP unter Wilhelm Külz entschied sich für eine Beteiligung, forderte damit aber den scharfen Protest seines Berliner Landesverbandes heraus. Der vom 6. bis 8. Dezember im Admiralspalast im Sowjetsektor tagende Volkskongress stellte eine Delegation zur Londoner Konferenz zusammen, um dort «die Wünsche des deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen». Zu ihr gehörten unter anderem Pieck und Grotewohl (SED) und Wilhelm Külz (LDP). Für die CDU hatte sich in der Person Otto Nuschkes ein prominenter Abtrünniger gefunden, der später für seine Willfährigkeit mit dem Posten eines stellvertretenden Ministerpräsidenten der «DDR» belohnt wurde. Ausserdem wählte der Kongress einen Ständigen Ausschuss, um «die Durchführung seiner Beschlüsse zu gewährleisten.»*

#### **DER SPALTUNGSBAZILLUS GREIFT UM SICH**

Die Einrichtung des Volkskongresses als eines ständigen Organs ist wohl das typischste Beispiel für die Art und Weise, mit der die Sowjets im Hinblick auf die weitere Entwicklung in Berlin wie in Deutschland überhaupt ihre einleitend charakterisierten beiden taktischen Hauptziele verfolgten: Verwandlung einer effektiven kleinen Minderheit in eine Propagandamehrheit und systematische Spaltung solcher Einheiten, die sich in ihrer vorgefundenen oder inzwischen entwickelten Form den Wünschen und Ansprüchen Moskaus widersetzen. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, mit dem 6. Dezember 1947 sei bereits der heutige, bis jetzt noch immer nicht durch freie Wahlen der Bevölkerung legitimierte Pankower Zonenstaat aus der Taufe gehoben worden. Zumindest wurden in jenen Tagen die entscheidenden politischen Voraussetzungen

für die Etablierung der «DDR» geschaffen. Die Einberufung des Volkskongresses führte nämlich, wie sich unverzüglich herausstellte, zu einer Zerreißprobe innerhalb der CDU wie der LDP. Wenn bisher des öfteren von den drei demokratischen Parteien Berlins die Rede war, die gegen das totalitäre Gebaren der SED Front machten, dann traf das im Wortsinne nur auf die SPD zu, die als einzige ausschliesslich im Namen der Stadt auftrat und auftreten konnte. Die Berliner CDU und LDP hingegen hingen organisatorisch nach wie vor mit der Sowjetzone zusammen. In der Zone in die lästige Rolle von Juniorpartnern der SED hineingezwungen, vermochten sie als Partner in der Berliner Stadtverordnetenversammlung ihren demokratischen Charakter weder zu verleugnen noch wollten sie dies.

Indessen hatten es die Sowjets mit der LDP weit leichter als mit der CDU. Der LDP-Vorstand setzte ihnen wenig Widerstand entgegen. Dessen Vorsitzender, Wilhelm Külz, war niemals ein Politiker von Format gewesen und verstand in seinem vorgeschrittenen Alter einfach die Zeichen der Zeit nicht mehr. Der Berliner Landesverband der LDP unter Führung von Karl-Hubert Schwennicke verfolgte dagegen seit Jahr und Tag eine entschieden demokratische Politik. Schon das Vorspiel zur Oberbürgermeisterwahl im Juni 1947 warf schwerwiegende Gegensätze zwischen Zonenvorstand und Landesverband auf. Auf dem LDP-Parteitag in Eisenach, Anfang Juli 1947, betonte Schwennicke im Namen der Berliner unmissverständlich, die Haltung des Landesverbandes sei keineswegs gegen eine bestimmte Besatzungsmacht gerichtet, aber er vertrete ausschliesslich eine deutsche Politik. Da der Berliner Landesverband der LDP nunmehr auch einer Beteiligung am Volkskongress scharf entgegentrat, vertieften sich die Spannungen unaufhaltsam. Eine Berliner LDP-Delegierten-

versammlung sprach am 12. Januar 1948 dem Zonenvorstand das Misstrauen aus und forderte Dr. Külz zur Niederlegung seines Mandats in der Stadtverordnetenversammlung auf. Daraufhin schloss wiederum der Zonenvorstand der LDP den Berliner Landesverband aus der Organisation aus. Damit war das Auseinanderweichen der demokratischen Kräfte und der Handlanger des Totalitarismus nunmehr auch innerhalb der LDP, wie knapp zwei Jahre zuvor innerhalb der SPD, zu einer unausweichlichen organisatorischen Spaltung gediehen.

Im Gegensatz zu der Entwicklung der LDP verbürgte die Autorität Jakob Kaisers und Ernst Lemmers der CDU bis zur letzten und unausweichlichen Herausforderung im Dezember 1947 weit mehr Konsistenz. Das anfänglich gute Einvernehmen zwischen Kaiser und der SMA beruhte aber nicht darauf, dass Kaiser sich den Sowjets willfährig zeigte, sondern auf deren unwillkürlichem Respekt vor der Persönlichkeit eines Mannes, der aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen, für seine Überzeugung unter Hitler verfolgt worden war und sich nunmehr öffentlich in unüberhörbarer Weise zu einem *«Sozialismus aus christlicher Verantwortung»* bekannte. Wären die Sowjets ihrer Natur wie ihren Traditionen nach zu einem echten Entgegenkommen fähig gewesen, hätten sie gerade mit Jakob Kaiser ein gutes Stück Weges in fruchtbarer Zusammenarbeit gemeinsam gehen können. Auch für die Zukunft der deutschen Sache bemühte sich Jakob Kaiser, wie erwähnt, monatelang um einen besonderen dritten Weg zwischen den beiden Antagonisten SPD und SED. Noch im September 1947 präzisierte er anlässlich der Jahresversammlung der CDU seinen Vorschlag zur Bildung eines Konsultativrates als Vorstufe einer gesamtdeutschen Vertretung. Auf je eine Million Einwohner der einzelnen Zonen sollte je

eine massgebliche Persönlichkeit in diesen Rat berufen werden. Gleichzeitig aber kritisierte Kaiser auf der Jahresversammlung die Auswüchse der Blockpolitik in der Sowjetzone mit deutlichen Worten.

Der von der SED inszenierte Volkskongress stand nun freilich mit den Vorstellungen Kaisers über die Bildung eines gesamtdeutschen Organs in einem denkbar krassen Widerspruch. Er wollte einer späteren demokratischen Lösung die Bahn bereiten, während es der SED darauf ankam, alle Ansätze zu einer demokratischen Lösung im Keim zu ersticken. In der Absage des CDU-Vorstandes an den Volkskongress sahen die Sowjets ihrerseits eine solche Brückierung, dass sie beschlossen, sich Jakob Kaisers und Ernst Lemmers auf die gleiche Weise zu entledigen, wie das zwei Jahre zuvor mit Dr. Hermes und Dr. Schreiber geschehen war. Auf einer Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 11. Dezember 1947 sah sich Jakob Kaiser zu der Feststellung genötigt, er besitze nicht mehr das notwendige Vertrauen der SMA für seine weitere Amtsführung. Lemmer erklärte sich mit Kaiser solidarisch. Am 20. Dezember liessen die Sowjets den CDU-Vorstand durch ihnen ergebene Mittelsmänner davon in Kenntnis setzen, die SMA betrachte bis auf weiteres die Vorsitzenden der Landesverbände in der Sowjetzone als *«oberste Vertretung der CDU»*. Der Chefredakteur des CDU-Organs *«Neue Zeit»*, ein Anhänger Kaisers, wurde von seinem Posten verdrängt. Anlässlich einer Tagung der Landesverbandsvorsitzenden der CDU, auf der übrigens der Beschluss vom Dezember widerrufen und die Teilnahme am 2. Volkskongress im März 1948 beschlossen wurde, mussten die Berliner Vertreter auf Wunsch des sowjetischen Verbindungsoffiziers das Sitzungszimmer verlassen. Daraufhin blieb auch dem Berliner Landesverband der CDU nichts anderes übrig als die Feststellung, seine weitere Zusam-

menarbeit mit den Verbänden der Sowjetzone sei durch den Eingriff einer Besatzungsmacht unmöglich gemacht worden. Zwei Tage nach dem Ausschluss des LDP-Landesverbandes aus der Zonenorganisation hatte die Entwicklung in der CDU praktisch den gleichen Punkt erreicht.

Damit war der von seinen Initiatoren ursprünglich mit so viel Hoffnungen geschaffene Antifaschistische Block von 1945 nicht nur unwiderruflich zerborsten, sondern auch die ihn tragenden und stützenden Parteien hatten sich – bis auf die Kommunisten natürlich – unter dem Druck der Verhältnisse sämtlich gespalten.

Der systematische Wille der Sowjets zur Zertrümmerung jeder deutschen Einheit, die nicht absolut ihren Vorstellungen entsprach, machte aber auch vor den Gewerkschaften nicht halt. In den leitenden Körperschaften des im Juni 1945 gegründeten FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) hatten es die Kommunisten und später die SED verstanden, sich durch ein raffiniert ausgeklügeltes indirektes Wahlsystem ein starkes Übergewicht zu verschaffen. Diese Massenorganisation spannte die SED nach ihrer schweren Niederlage im Oktober 1946 denn auch besonders rücksichtslos vor ihren Karren, um damit die politische Schlappe indirekt wieder wettzumachen. Als die Stadtverordnetenversammlung dem FDGB im März 1947 gewisse Privilegien in der Zuteilung von Lebensmitteln und Rohstoffen entzog, die sich dieser in der vorparlamentarischen Zeit zu sichern wusste, drohte er, die gewählte Vertretung Berlins unter Druck zu setzen. In einer politischen Diskussion im RIAS, die mit der Moskauer Viermächtekonferenz im Zusammenhang stand, meldete der FDGB weitgehende Ansprüche auf Beteiligung an einer künftigen deutschen Zentralregierung an. Immer eindeutiger stellte sich heraus, dass die formal unabhängige und parteipolitisch neutrale Arbeit-

nehmerorganisation zu einem einseitigen Sprachrohr der SED wurde.

Schon nach der Deportierung von Facharbeitern im Herbst 1946 kam es zwischen den demokratischen und totalitären Elementen innerhalb des FDGB zu scharfen Auseinandersetzungen. Anfang 1947 bildete sich schliesslich unter dem massgeblichen Einfluss Dr. Suhrs zur kräftigeren Wahrnehmung ihrer Interessen eine «*Unabhängige Gewerkschafts-Op-  
position*» (UGO) innerhalb des FDGB. Nachdem die UGO länger als ein Jahr geradezu verzweifelt danach getrachtet hatte, eine Demokratisierung der Organisation durchzusetzen, ohne die gewerkschaftliche Einheit zu gefährden, folgte auch hier im Frühjahr 1948 die unvermeidliche Explosion.

Die Wahlen, die im ersten Quartal dieses Jahres in den einzelnen Bezirken und Industriegewerkschaften stattfanden, sicherten der UGO in den Westsektoren bereits 285 Vertreter gegenüber nur neun der SED und im Sowjetsektor 177 gegenüber 204 SED-Vertretern. Dennoch verstand es der FDGB-Vorstand, sich durch allerlei Manipulationen, vornehmlich durch die Nichtanerkennung von Mandaten, auf der Stadtdelegiertenkonferenz eine Mehrheit zu sichern. Ein Antrag der Opposition, vor Eintritt in die Tagesordnung die Frage der strittigen Mandate zu klären, wurde abgelehnt, worauf deren Delegierte die Versammlung verliessen. Nichtsdestoweniger betonte eine von der Opposition beauftragte Kommission nochmals ihre Bereitschaft zu Verhandlungen. Sie schlug vor, in allen Bezirken und Verbänden, in denen Mandate umstritten seien, beschleunigt Ersatzwahlen durchzuführen. Als das zum Rumpfparlament gewordene Gremium der Stadtdelegiertenkonferenz erneut ablehnte, seinerseits einen tragbaren Kompromiss anzubahnen, erklärten die Delegierten der Oppo-

sition alle Beschlüsse und Wahlen dieser Konferenz als ungültig und proklamierten den von ihnen gebildeten Aktionsausschuss zur kommissarischen Leitung des FDGB. Ihr am 5. Juni 1948 an die Alliierte Kommandantur gerichteter Antrag auf Zulassung fand allerdings keine formelle Erledigung mehr, da sich die Kommandantur praktisch bereits in Auflösung befand. Die von der UGO repräsentierten Gewerkschaften wurden vielmehr nach und nach in den einzelnen Westsektoren zugelassen und schlossen sich später dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) der Bundesrepublik an.

Aber nicht nur alle politischen Gebilde Berlins zeigten sich mit dem Beginn des Jahres 1948 in zwei Hälften zerrissen. Die von den Sowjets planmässig geschürten Spaltungstendenzen bemächtigten sich in immer stärkerer Masse auch geistiger Einheiten. Das erste und gleichzeitig prominenteste Opfer auf diesem Gebiet wurde die im Jahre 1810 begründete Universität.

Der Krieg und seine unmittelbaren Folgen hatten auch die Berliner Universität empfindlich betroffen: ihr Lehrkörper war dezimiert, ihr Lehrbetrieb paralytisch worden, ein erheblicher Teil ihrer Gebäude und Institute lag in Schutt und Asche. Doch taten die Sowjets sofort nach der Kapitulation alles, um den Lehrbetrieb so rasch wie möglich wieder aufzunehmen. Ausserdem setzten sie es im Herbst 1945 gegen den schwachen und eigentlich mehr symbolischen Widerstand ihrer westlichen Partner durch, dass ausgerechnet die Berliner Universität der Zuständigkeit der örtlichen Behörden entzogen und unter die Dienstaufsicht der Zentralverwaltung für Volksbildung der SBZ gestellt wurde.

Die verhängnisvollen Folgen westlicher Nachgiebigkeit auf einem Gebiet, dessen zentrale Bedeutung der Kommunismus von jeher höher einschätzte als es leider bis heute in der Regel

in den Demokratien der Fall ist, machten sich bald bemerkbar. Die angesehensten und namhaftesten Professoren, unter ihnen die Philosophen Eduard Spranger und Nikolai Hartmann, die sogar in der Hitlerzeit in der Studentenschaft unverdrossen den Geist des Humanismus und der Gedankenfreiheit weitergepflegt hatten, zogen sich bald enttäuscht aus Berlin zurück, um den Berufungen an westdeutsche Universitäten Folge zu leisten. Vor allem aber machten die Sowjets am Beispiel der Berliner Universität die für sie bestürzende Entdeckung, dass es nicht in ihrer Macht stand, gerade die jugendliche Intelligenz für ihre Ziele zu gewinnen oder, wenn dies nichts fruchtete, sie doch wenigstens durch Terror und Erpressung einzuschüchtern. Dabei konnten sie sich in diesem Falle wenigstens selber nicht einreden, sie hätten es bei den Studenten der Berliner Universität mit «*faschistischen Elementen*» zu tun. Nirgendwo wurden die politischen Auslesebestimmungen strenger und peinlicher gehandhabt als bei der Zulassung zum Universitätsstudium. Kein politisch Belasteter, aber auch kein ehemaliger Soldat vom Range eines Oberleutnants aufwärts durfte auf seine Immatrikulation hoffen.

Vielleicht war es aber gerade die Zusammensetzung der Studentenschaft aus betont demokratischen Elementen, die sich auf die sowjetischen Pläne ungünstig auswirkte und dazu führte, dass die Studenten vom ersten Tage an den Kampf um die Lehr- und Meinungsfreiheit an ihrer Universität jenseits aller politischen Beeinflussung oder gar Bevormundung mit einer vorbildlichen Entschiedenheit aufnahmen. Schon am 1. Mai 1946 hatten 30 Mitglieder der «*Studentischen Arbeitsgemeinschaft*» gegen die Drapierung des Universitätsgebäudes mit kommunistischen Symbolen protestiert. Die ständigen Reibereien zwischen der Studentischen Arbeitsgemeinschaft und den Aufsichtsorganen der Zentralverwaltung führten bald



ihre Auflösung herbei, doch wurden ihre bekanntesten Sprecher im Dezember 1946 sämtlich in den ersten Studentenrat gewählt. Obwohl den Kompetenzen dieses Gremiums durch die Aufsichtsbehörde sehr enge Grenzen gezogen waren – es sollte sich auf die Erörterung sozialer und fachlicher Fragen beschränken –, liess sich unter den obwaltenden Verhältnissen die Politik einfach nicht völlig ausklammern. Mochte es sich um politische Pflichtvorlesungen, um die Zulassungsordnung oder um den Missbrauch akademischer Feierlichkeiten zu einseitig tendenziösen Zwecken handeln – überall legte der Studentenrat sein Veto ein und bemühte sich, den uralten Prinzipien akademischer Freiheit auch unter den ungünstigsten Verhältnissen Geltung zu verschaffen. Während manche Professoren leider ein zweitesmal, wie schon 1933, versagten und sich opportunistisch verhielten, scheiterte der Versuch, auch die junge Generation mit einem neuen Totalitarismus zu durchtränken, aufs blamabelste.

Die plötzliche Verhaftung von 30 Studenten im März 1947 vermochte den Widerstandsgeist ihrer Kommilitonen nicht zu lähmen. Obwohl sich der schleichende Terror an der Berliner Universität auch in den folgenden Monaten nicht milderte, lehnten im Dezember 1947 grosse Teile der Studentenschaft die Teilnahme am Volkskongress ab. Ja, bei den nächsten Studentenratswahlen am 11. Dezember 1947 errang die SED von 30 Sitzen nur zwei. Drei Sprecher der Studentenschaft, Otto Hess, Otto Stolz und Joachim Schwarz, waren inzwischen durch ihre unerschrockene Haltung so bekannt geworden, dass die Sowjets deren Verhaftung offenbar nicht wagten. Dafür veranlassten sie, dass die drei Studenten wegen eines kritischen Artikels in der von ihnen herausgegebenen Zeitschrift «*Colloquium*» im April 1948 von der Zentralverwaltung we-

gen «*Verletzung von Anstand und Würde*» relegiert und vom weiteren Studium ausgeschlossen wurden. Dieser Skandal und die unausweichlichen Folgeerscheinungen waren es, die der öffentlichen Meinung und den demokratischen Körperschaften Westberlins die Gründung einer eigenen Universität, von der in einem späteren Zusammenhang noch die Rede sein wird, dringend nahelegten.

Wohl versuchte sich die Stadtverordnetenversammlung der Gemassregelten und insbesondere der verhafteten Studenten anzunehmen, aber vergebens, weil ja ihre formelle Zuständigkeit für die Universität nicht gegeben war. Indessen ist das Eintreten für die verhafteten Studenten nur ein Teil des erbiterten, deprimierenden und verzweifelten Kampfes, den die gewählte Berliner Volksvertretung um das Prinzip der Rechtssicherheit in allen Sektoren führte, ohne auch nur zu den bescheidensten Erfolgen zu kommen. Missliebige Repräsentanten aller Schichten der deutschen Bevölkerung waren und blieben in ganz Berlin Freiwild der sowjetischen Besatzungsmacht, um nach gelungenem Zugriff spurlos zu verschwinden, in vielen Fällen auf Nimmerwiedersehen. Bis 1948 war ja Berlin eine von den deutschen wie von den alliierten Behörden einheitlich verwaltete Stadt. Wenn auch die meisten willkürlichen Verhaftungen im Sowjetsektor selbst erfolgten, kam es doch immer wieder vor, dass Beauftragte der NKWD sogar in den Westsektoren auftauchten und dort in Wohnungen förmlich einbrachen, um irgendwelche Opfer gewaltsam zu verschleppen.

Die SPD gab die Zahl der rechtswidrig verhafteten Personen schon Anfang 1947 mit mehreren Tausend an. Die amerikanischen Behörden schätzten im März 1948 die Zahl der auf diese Weise verschwundenen Opfer auf 1'600. Die Ziffern, welche auch immer zutreffend sein mögen, treten jedenfalls hinter der

Ungeheuerlichkeit der blossen Tatsache weit zurück. Das meiste Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte der Fall des Westberliner Journalisten Dieter Friede, der sich am 2. November 1947 unter Vorspiegelung falscher Tatsachen – aus angeblich dringenden privaten Gründen – in den Ostsektor locken liess und von dort nicht mehr zurückkehrte. In der Stadtverordnetenversammlung kam es zu den bisher wohl stürmischsten Auseinandersetzungen der drei demokratischen Parteien mit der SED. Aber was sollte schon die Initiative des Stadtparlaments fruchten, wenn es nicht einmal den Vertretern der Westmächte in der Alliierten Kommandantur gelang, ihre sowjetischen Kollegen zu einem Verzicht auf diese empörendsten und inhumansten Methoden ihrer Politik zu bewegen? Die Sowjets reagierten übrigens in den meisten dieser Fälle auf die Vorwürfe der Westmächte wie auf die Vorstellungen deutscher Instanzen mit dem gleichen bodenlosen Zynismus: indem sie nämlich ihre Nichtbeteiligung versicherten und behaupteten, die Namen der Verhafteten nicht einmal zu kennen geschweige denn deren Verhaftung überhaupt inspiriert zu haben.

Während aber die Vertreter der Westmächte ihre Unfähigkeit, diesem schlimmsten aller Übel energisch zu steuern, in der Regel glaubwürdig damit entschuldigen konnten, sie seien nun einmal nur für ihre Sektoren zuständig, vermochte der Magistrat nicht einmal dieses Alibi in Anspruch zu nehmen, da ihm formell ja zumindest die ganze Berliner Verwaltung und damit natürlich auch die Berliner Polizei unterstand. Gerade dieses Organ aber wurde unter der Leitung des von den Sowjets schon 1945 zum Polizeipräsidenten eingesetzten Obersten Markgraf (eines früheren Angehörigen des Nationalkomitees freies Deutschland) in besonders schamloser Weise zu Handlangerdiensten für die Sowjets und deren Geheimpolizei herabgewürdigt.

Da sich Markgraf des Einverständnisses der ihn protegierenden Besatzungsmacht sicher wusste, durfte er sich ungestraft leisten, nicht nur fast alle Schlüsselstellungen der Polizei und insbesondere der Kriminalpolizei mit SED-Mitgliedern zu besetzen, sondern auch die Anweisungen seines Dienstvorgesetzten, des Bürgermeisters Friedensburg, soweit sie ihm nicht genehm waren, entweder zu ignorieren oder sich ihnen sogar offen zu widersetzen.

#### DÜSTERE ASPEKTE DER WELTPOLITIK

Die unaufhaltsame Verschlechterung der Lage in Berlin, die entweder nach einer generellen Bereinigung oder wenigstens nach einer klaren Trennung des politisch Sauberen vom politisch Korrupten geradezu schrie, war indessen nur der sichtbarste Reflex der bedrohlichen Zuspitzung der weltpolitischen Lage. Die Aussenministerkonferenz über die Zukunft Deutschlands im Frühjahr 1947 in Moskau war gescheitert. Aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft hatten sich Washington und London um die Jahreswende 1946/47 zur administrativen Zusammenlegung ihrer deutschen Besatzungszonen entschlossen und dafür in Frankfurt am Main auch deutsche Zweizonenorgane in Gestalt eines Parlaments und einer Exekutive, des sogenannten Wirtschaftsrats und Verwaltungsrats für die «*Bizone*» geschaffen. Die Einladung an die Sowjets wie an die Franzosen, sich mit ihren Zonen diesem Schritt sinngemäss anzuschliessen und damit endlich, wenn auch in dieser nicht vorhersehbaren Form, mit der Potsdamer Garantie der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands ernst zu machen, wurde von beiden Partnern schroff zurückgewiesen. Anfang Juni 1947 entwickelte der neue amerikanische Aussenminister Marshall seinen Plan einer grosszügigen Wirt-

schaftshilfe für ganz Europa. Alle Länder, die ehemaligen Sieger und Besiegten, die kommunistischen wie die demokratischen Staaten einschliesslich der Sowjetunion sollten in dieses Aufbauprogramm auf weite Sicht eingeschlossen sein. Aber schon vorher, am 12. März 1947, hatte Präsident Truman ebenso unmissverständlich die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten bekundet, dem weiteren politischen Vordringen des Kommunismus in der Welt Einhalt zu gebieten und bei dieser Gelegenheit *«die totalitären Methoden, die die freien Völker mit Sorge und Furcht erfüllen»*, gebrandmarkt.

Die Sowjetunion selbst lehnte das amerikanische Angebot von vornherein brüsk ab. Dagegen stiess es ursprünglich auf viel Sympathie in den osteuropäischen Staaten, die zwar alle schon längst zu Satelliten Moskaus geworden, in denen aber noch nicht alle Regungen des elementaren Selbsterhaltungstriebes völlig abgestorben waren. Hauptsächlich zeigte sich der osteuropäische Staat interessiert, der damals bei aller aussenpolitischen Anlehnung an Moskau noch seine Selbständigkeit besass, die Tschechoslowakei. Moskau reagierte sofort auf die massivste nur denkbare Weise. In den Satellitenstaaten wurden alle Sympathien für den Marshallplan im Keim erstickt, die Tschechoslowakei unter stärkstem sowjetischem Druck zu einem Widerruf genötigt.

In den westeuropäischen Staaten wirkte jedoch das Angebot Washingtons ungemein erleichternd und befreiend. Wenn aber auch die Westzonen Deutschlands, wie beabsichtigt, am wirtschaftlichen Wiederaufbau beteiligt werden sollten, war es nunmehr unumgänglich, nacheinander zwei unerlässliche Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Als besonders vordringlich erwies sich eine Geldreform, um die wertlos gewordene Reichsmark durch eine kaufkräftige Währung zu ersetzen.

Aber auch politisch konnte Deutschland, konnten wenigstens die westlichen Teile Deutschlands als voraussichtliche Nutzniesser der wirtschaftlichen Stabilisierung nicht mehr ausschliesslich Objekt eines fremden Willens bleiben, sondern mussten wieder in die Lage versetzt werden, wenn auch unter Beibehaltung der alliierten Kontrolle, ihren Willen wenigstens in begrenztem Umfang wieder als Partner zum Ausdruck zu bringen.

Obwohl die schroffe Ablehnung des amerikanischen Angebots durch Moskau und dessen erzwungene Ablehnung durch seine Satellitenstaaten die Spaltung Europas in zwei politisch gegensätzliche und nunmehr auch wirtschaftlich miteinander rivalisierende Blöcke schon endgültig besiegelt hatte, musste doch noch ein ernsthafter Versuch gemacht werden, Deutschland vor der drohenden Spaltung zu bewahren. Zu diesem Zweck trat im Spätherbst 1947 in London eine zweite Deutschlandkonferenz der vier Aussenminister zusammen. Auf der Tagesordnung standen wiederum, aber nunmehr unter viel dringlicheren Aspekten, der wirtschaftliche Zusammenschluss und die spätere politische Vereinigung der vier Besatzungszonen. Während sich aber in Frankreich unter dem Einfluss der durch den Marshallplan veränderten Situation ein vollständiger Kurswechsel abzeichnete, zeigte sich die Sowjetunion noch unnachgiebiger, um nicht zu sagen, feindseliger als je zuvor. Molotows legendärer Starrsinn machte die Londoner Konferenz zu einem Forum gegenseitiger Redeschlachten ohne den geringsten politischen Nutzeffekt. Gleichzeitig enthüllte der sogenannte Volkskongress im Sowjetsektor Berlins nur zu verräterisch, welches politische Firmenschild die Sowjets einer deutschen Einheit ihrer Lesart aufzuprägen trachteten. Ermüdet von den endlosen Debatten, angewidert von der Heuchelei wie von dem Egoismus, die den sowjeti-

schen Vorschlägen zugrundelagen, verliess der amerikanische Aussenminister den Konferenz Tisch. Damit war nicht nur eine diplomatische Veranstaltung unter dramatischen Begleiterscheinungen aufgefliegen. Damit war in aller Form und für die Weltöffentlichkeit erkennbar der Kalte Krieg ausgebrochen.

Die Massnahmen der Westmächte stellten zum erstenmal seit Kriegsende in ihrer Koordinierung und Folgerichtigkeit nicht allein ein blosses Reagieren auf sowjetische Herausforderungen, sondern eine deutlich sichtbare Gegenkonzeption dar. Der Einigung über die Errichtung der für das Gelingen des Marshallplanes notwendigen Institutionen folgte im März 1948 als politische Massnahme die Gründung der aus Grossbritannien, Frankreich und den Beneluxstaaten bestehenden «*Westeuropäischen Union*».

War diese Westeuropäische Union anfänglich als ein mehr symbolischer und demonstrativer Schritt ohne unmittelbare praktische Folgen aufzufassen, so galt das keineswegs für eine am 23. Februar 1948 in London zusammentretende Botschafterkonferenz der drei Westmächte, die die Folgerungen aus dem Scheitern der Aussenministerkonferenz im Hinblick auf Westdeutschland und dessen wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau ziehen sollte. Wenn die Sowjets auf ihrer Abschneidungspolitik beharrten, blieb nichts anderes übrig, als die drei Westzonen zu einer provisorischen administrativen und politischen Einheit zusammenzufassen und über deren Strukturen wie über deren Kompetenzen Einigung zu erzielen.

Für Moskau jedoch ergab sich daraus das endgültige Scheitern seiner weitgespannten politischen Pläne von 1945. Das wirtschaftliche Chaos, das alle Länder Westeuropas seit Kriegsende zu einem für den Kommunismus anfälligen Seuchenherd gemacht hatte, stand vor seiner Beseitigung. Unmittelbar

westlich des Eisernen Vorhangs sah Moskau einen neuen, höchst unerwünschten Nachbarn im Entstehen, in dessen Grenzen noch dazu der politische Einfluss des Kommunismus, im Gegensatz zu der Lage in Frankreich und Italien, gleich Null war. Das rings von der roten Sturmflut umgebene Berlin setzte bisher allen Versuchen der Sowjets, es ihrem System einzuverleiben, einen unerwartet entschiedenen und moralisch sogar überaus erfolgreichen Widerstand entgegen. Die demokratischen Kräfte in allen von Moskau ursprünglich selbstgeschaffenen Organisationen, in den Parteien wie in den Gewerkschaften, hatten sich nicht nur nicht zu Handlangern des Kommunismus missbrauchen lassen, sondern es Zug um Zug vorgezogen, sich ihre Unabhängigkeit und Aktionsfreiheit selbst um den Preis von Diskriminierungen, Drangsalierungen und Gefahren zurückzunehmen. Unter diesen Umständen war der Eisernen Vorhang vorerst kein Ausgangspunkt mehr für eine politische Offensive mit grossen strategischen Zielsetzungen. Jetzt galt es, ihn zu der unüberwindlichen Defensivlinie auszubauen, die er für ein Jahrzehnt bleiben sollte. Um das Gebiet dahinter zu sichern, wollten die Sowjets aber die beiden nichtkommunistischen Inseln im totalitären Ozean so schnell wie möglich beseitigen. Das gelang in der Tschechoslowakei, die sich Ende Februar 1948 durch einen geschickt inszenierten kommunistischen Staatsstreich überrumpeln liess und seitdem zu den gefügigsten Satellitenstaaten Moskaus zählt. Das gelang trotz aller Beispiellosigkeit der hierfür angewandten Mittel nicht in Berlin.

#### **TORPEDIERUNG DES KONTROLLRATS**

Von der Jahreswende 1947/48 an traf Moskau nunmehr methodisch alle geeigneten Massnahmen, um bei gegebenem An-



lass unverzüglich eine Blockade der Berliner Westsektoren ins Werk setzen zu können.

Ab Januar 1948 wurden alle Transporte nach Berlin von der Erteilung besonderer sowjetischer Erlaubnisscheine abhängig gemacht. Solche Genehmigungen wurden, hauptsächlich für den Interzonenverkehr, nur verschwindend wenig ausgestellt. Nachdem schon mehrfach alliierte Militärzüge, die im Gegensatz zu den deutschen Interzonenzügen die Zonengrenze ohne Kontrolle passieren durften, in Marienborn angehalten worden waren, wurden am 24. und 26. Januar 1948 die Waggons des britischen Militärzuges, die deutsche Reisende im Besitze einer sogenannten «*travel order*» der Militärregierung beförderten, abgehängt und nach Berlin zurückgeschickt. Im April kam es ferner zu einer Unterbrechung des Postpaketverkehrs, da die zum Transport notwendigen Waggons angeblich plötzlich nicht mehr vorhanden waren. Ferner mussten alle von Berlin im Interzonenverkehr abgesandten Güter künftig mit einem sowjetischen Frachtstempel versehen sein.

Den ersten Vorkehrungen zur Behinderung des deutschen wie des alliierten Interzonenverkehrs und damit der wirtschaftlichen Isolierung Berlins folgten entsprechende politische Provokationen und Emschüchterungsmassnahmen. Am 17. März 1948 tagte abermals der sogenannte Volkskongress, beschloss die Durchführung eines Volksentscheids über die Einheit Deutschlands im Frühsommer und wählte als permanentes Vollzugsorgan einen 400köpfigen «*Deutschen Volksrat*». Die Kundgebungen zum hundertjährigen Gedenken an die Revolution von 1848 standen bereits eindeutig im Zeichen einer mehr und mehr gespaltenen Stadt. Während Wilhelm Pieck im Friedrichshain gegen das «*amerikanische Monopolkapital*» wettete und alle demokratischen deutschen Politiker bezich-

tigte, die Spaltung Deutschlands zu betreiben, rief der gewählte Oberbürgermeister Ernst Reuter auf dem Platz der Republik in Westberlin den Demonstranten nach einem Hinweis auf den soeben erfolgreich durchgeführten kommunistischen Staatsstreich in Prag ermutigend zu: *«Berlin wird nicht drankommen! Die kommunistische Welle wird an dem eisernen Widerstand der Berliner zerschellen!»*

Inzwischen hatten die Londoner Beratungen zu einem ersten Zwischenergebnis geführt. Nach einigen Verhandlungstagen war das ursprüngliche Botschaftertreffen durch Hinzuziehung der Beneluxstaaten zu einer Art Sechsmächtekonferenz erweitert worden. Noch immer machte Frankreich Schwierigkeiten und widerstrebte dem Gedanken, seine Besatzungszone sozusagen auf Gedeih und Verderb der Bizone anzuschliessen. Umso stärker traten politische Erwägungen in den Vordergrund, die darauf abzielten, den Westzonen eine gemeinschaftliche legislative und exekutive Spitze zu geben, unter der Voraussetzung, dass eine etwaige Verfassung, den Wünschen Frankreichs entsprechend, stark föderativen Charakter tragen müsse. Indessen wurde immer wieder betont, die Londoner Beratungen sollten eine definitive Viermächteübereinkunft über die Zukunft Gesamtdeutschlands weder ersetzen noch einer solchen Lösung vorgreifen, wenn sich eine Übereinkunft noch unter dem Zeitdruck erreichen liess, wie ihn die notwendigen wirtschaftlichen Massnahmen im Rahmen des Marshallplans erforderlich machten.

Die Sowjets jedoch hörten von allem nur das Nein. Schon Anfang März richtete Moskau eine Note an die westlichen Besatzungsmächte und warf ihnen vor, durch die Londoner Besprechungen die Viermächteverwaltung in Deutschland torpediert zu haben. Am 20. März 1948 verlangte der sowjetische Ober-

befehlshaber in Deutschland, Marschall Sokolowski, in einer Sitzung des Kontrollrats von seinen westlichen Kollegen genaue Auskunft über die Richtlinien, die ihnen auf Grund der Londoner Beratungen zugegangen seien. Auf den Einwand, solche Informationen könnten erst gegeben werden, wenn die Erlaubnis der drei westlichen Regierungen vorliege, erklärte Sokolowski, durch diese Handlungsweise der westlichen Vertreter bestehe der Kontrollrat als oberstes Machtorgan in Deutschland faktisch nicht mehr. Mit diesen Worten erhob er sich von seinem Platz, erklärte die Sitzung für vorzeitig geschlossen und verliess mit seinem gesamten Stabe den Raum. Seinen verblüfften westlichen Kollegen blieb nichts anderes übrig als ein wirkungsloser Protest gegen eine derart krasse Formverletzung und die Feststellung, der Kontrollrat sei auf unbestimmte Zeit vertagt. Tatsächlich war diese Institution durch das Verhalten Sokolowskis, das ihm zweifellos von Moskau vorher genau vorgeschrieben wurde, in die Luft gesprengt worden.

Unter dem lähmenden Eindruck der Tatsache, dass das oberste Organ der Viermächte Verwaltung in Deutschland praktisch nicht mehr bestand, und der damit verbundenen Verstörung der deutschen öffentlichen Meinung setzten die Sowjets zu ihrem bisher unglaublichsten Erpressungsmanöver an. Bisher hatten sie sich darauf beschränkt, die Organe der Berliner Exekutive, hauptsächlich die Mitglieder des Magistrats und die Bezirksbürgermeister ihres Sektors zu massregeln. Die Volksvertretung im Parlament hatte man zwar weitgehend ignoriert, aber doch ungeschoren gelassen, vielleicht aus einem letzten Rest jener demokratischen Rücksichten, deren Handhabung und deren Interpretation gerade die Sowjets sonst gleichsam als ihr Privileg in Anspruch nahmen. Nun aber zählten auch diese Rücksichten nicht mehr vor dem Bestreben, jede Institu-

tion mit einem dichten Maulkorb zu versehen, in deren Schoss Kritik an dem einseitigen Vorgehen der Sowjets laut oder gar populär werden könnte. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr verlas auf der Sitzung des Stadtparlaments am 23. März 1948 ein Schreiben des Berliner Sowjetkommandanten, in dem dieser ihn künftig für jede antisowjetische Propaganda in der Versammlung verantwortlich machen werde. Moralische Bewährung oder moralisches Versagen, Geltung oder Nichtgeltung, vielleicht Tod und Leben der Demokratie hingen in dieser Schicksalsminute an der Haltung eines einzigen Mannes. Dr. Suhr verhehlte seinen Kollegen den Ernst der sowjetischen Drohung nicht, zog aber für sich persönlich die berühmt gewordene Bilanz: *«Ich bin weder in Lage, Büttel irgendeiner alliierten Macht zu sein, noch gewillt, Zensor der gewählten Stadtverordnetenversammlung zu werden.»* Trotz allem, was später noch geschehen sollte: Einen derartigen Versuch, noch dazu in dieser Form, haben die Sowjets nicht mehr wiederholt.

Den Vertretern der Westmächte in Berlin konnte es nicht verborgen bleiben, dass alle Massnahmen der Sowjets bereits im Jahre 1947 darauf abzielten, die Viersektorenstadt wirtschaftlich und verwaltungstechnisch immer stärker in die Zone einzubeziehen – daher die eindeutigen Massnahmen der *«Deutschen Wirtschaftskommission»* im Sowjetsektor, daher die zunehmenden Belästigungen des Interzonenverkehrs, daher nicht zuletzt der erbitterte Kampf der SED gegen einen künftigen Landesstatus Berlins während der Verfassungsberatungen – und dass sie nunmehr, nach dem Scheitern der Londoner Aussenministerkonferenz ebenso planmässig darangingen, ihre alliierten Partner von einst, wenn nicht mit Gewalt aus Berlin zu vertreiben, so doch auf kaltem Wege aus Berlin hinauszudrängen. Deswegen zeigten sich die westlichen Partner

umso eifriger bestrebt, Moskau möglichst keinen Vorwand zu liefern, eines Tages vom Biegen zum Brechen überzugehen. Die Demütigungen, mit denen die Sowjets alle Instanzen bedachten, die ihnen nicht bedingungslos ihren Willen taten, blieben schon längst nicht mehr auf ihr deutsches Gegenüber beschränkt. Sokolowskis Verhalten im Kontrollrat am 20. März 1948 war eine massive Herausforderung der Westmächte, die sich unentwegt verschärfenden Schikanen, denen ab Januar 1948 der alliierte Reiseverkehr unterworfen wurde, waren es nicht minder. Die Westmächte reagierten darauf mit einem erstaunlichen Stoizismus, der zweierlei verriet: die Absicht, ihren sowjetischen Partner tunlichst nicht noch mehr zu reizen, wie die Entschlossenheit, trotz aller Provokationen in Berlin auszuharren. Moskau aber legte diesen vom Westen bewiesenen Stoizismus irrtümlicherweise ausschliesslich im ersteren Sinne, also zugunsten seiner eigenen Absichten aus.

#### **DER BLOCKADE ENTGEGEN**

Vor allem legten die Westmächte grössten Wert darauf, mit den Sowjets in einer Frage zu einem schiedlichfriedlichen Einvernehmen zu gelangen, wenigstens soweit diese Berlin anging: in der Durchführung einer einheitlichen Währungsreform möglichst für Gesamtdeutschland. Es war eigentlich seit 1945/46 nur noch eine Frage der Zeit, wann und unter welchen Umständen man den riesigen Geldüberhang, der jeder vernünftigen wirtschaftlichen Entwicklung im Wege stand, drastisch beschneiden müsste. Schon 1947 nahmen Experten der vier Mächte entsprechende Vorverhandlungen auf. Die Sowjets zeigten aus naheliegenden Gründen keine besondere Eile, dieses Problem anzupacken. Je länger die deutsche Wirtschaft ge-

lähmt darniederlag, umso günstiger musste nach ihren Vorausberechnungen der Nährboden für eine kommunistische Infiltration werden. Dass die Sowjets auf lange Sicht auf ein solches Ziel spekulierten, ging schon daraus hervor, dass sie eine gesamtdeutsche Währungsreform zwar nicht grundsätzlich ablehnten, sich aber hartnäckig dagegen sträubten, eine Viermächtekontrolle über die in Leipzig gelegene Notenpresse zuzulassen. Wenn sie nämlich auch nach einer etwaigen Währungsreform Geldemission und Notenumlauf in eigener Regie regulierten, stand es vollkommen in ihrem Belieben, wiederum eine inflationäre Lage herbeizuführen. So verliefen die ersten Verhandlungen für eine gemeinsame Währungsreform in allen vier Zonen im Sande.

Durch den Marshallplan und durch die vorgesehene Einbeziehung der drei Westzonen in die amerikanische Wirtschaftshilfe wurde dieses Problem gleichzeitig aktualisiert und dramatisiert. Einmal erschien es höchst unwahrscheinlich, dass die Sowjetunion, die den Marshallplan für sich selbst und für die Ostblockstaaten so kategorisch ablehnte, ausgerechnet für ihre deutsche Besatzungszone im Interesse der allmählich gespenstisch gewordenen Wirtschaftseinheit eine Ausnahme machen würde. Aber selbst wenn sie einer gesamtdeutschen Währungsreform, unerwartet genug, in letzter Minute zustimmen würde: deren Sinn und deren Wirksamkeit hing ja entscheidend von der einheitlichen Gestaltung der Wirtschaftspolitik in allen vier Zonen ab. Darauf aber war zu Beginn des Jahres 1948 weniger denn je zu hoffen. Wie sollte bei einem theoretisch gleichen Nominalwert die tatsächliche Kaufkraft des neuen Geldes auch nur innerhalb Deutschlands ausbalanciert werden, wenn dessen einer Teil weiterhin wirtschaftlichen Auspowerungspraktiken unterworfen blieb, der andere aber in

den Genuss einer grosszügigen Auslandshilfe kam, die dem Ziel dienen sollte, der deutschen Wirtschaft jene Initialzündung zu geben, deren sie nun einmal bedurfte, um wieder leistungs- und konkurrenzfähig zu werden?

Bei aller Bereitschaft, weiterhin eine gesamtdeutsche Lösung anzustreben, blieb den drei Westmächten nach dem Scheitern der Londoner Aussenministerkonferenz nunmehr nichts anderes übrig, als eine separate Währungsreform für ihre Besatzungszonen vorzubereiten. Hand in Hand damit gingen die bereits mehrfach erwähnten Londoner Verhandlungen über eine Neugestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland oder wenigstens in den drei Westzonen.

Weder die deutschen Expertengremien, die am Sitz der Zweizonenverwaltung in Frankfurt am Main die technischen Einzelheiten der Währungsreform vorbereiteten, noch gar die Westmächte dachten ursprünglich daran, Berlin oder auch nur die westlichen Sektoren in eine westdeutsche Währungsreform einzubeziehen. Auch die übergrosse Mehrheit der drei demokratischen Parteien in Berlin selbst schreckte zunächst vor einem so demonstrativen Schritt zurück. Ebensovienig war man allerdings gesonnen, Berlin wirtschaftlich mit Haut und Haaren den Sowjets auszuliefern. Um die Einheit Berlins nicht zu gefährden und um die Stadt andererseits nicht in völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von der Zone zu bringen, schwebte den Experten monatelang als derzeitig kleinstes Übel die Einführung einer dritten Berliner Währung, der sogenannten «*Bärenmark*», vor. Eine solche Lösung würde es Berlin gestatten, seine wirtschaftlichen Verbindungen mit beiden Teilen Deutschlands weiterzupflegen, ja, auszubauen und damit an seinem Platz vielleicht die schlimmsten Auswirkungen der drohenden Spaltung aufzufangen. Es war vor allem der stellvertretende Bürgermeister Friedensburg, dem ein solcher

Ausweg vorschwebte und der mit Entschiedenheit dafür eintrat. Die Befürworter der «*Bärenmark*» dachten finanztechnisch richtig, und insofern klangen ihre Argumente überzeugend. Sie berücksichtigten aber in ihren fachlichen Kalkulationen die politischen Grössen und die Einmaligkeit der geschichtlichen Situation nicht genügend. Die «*Bärenmark*» würde Berlin zwar zu einem gesonderten Währungsgebiet machen, aber die Unabhängigkeit seiner Wirtschaft nicht retten, weil die Stadt unmittelbar an ihren sämtlichen Grenzen mit einem Partner zu rechnen hatte, von dem bekannt war, wie meilenweit für seinen Geschmack meist Theorie und Praxis, das formale und das materielle Element auseinanderlagen. Ausserdem hätte es einer funktionierenden, in sich einigen Autorität bedurft, um die «*Bärenmark*» in Berlin auch nur einzuführen, geschweige denn ihre Konkurrenzfähigkeit zu sichern. Das konnte unter den gegebenen Verhältnissen nur die Alliierte Kommandantur sein. Diese aber war bekanntlich genauso zusammengesetzt und handelte nach den gleichen Verfahrensprinzipien wie der Kontrollrat, der seinerseits praktisch nicht mehr bestand. Würde die Alliierte Kommandantur zum Zeitpunkt der Währungsreform noch bestehen und, wenn ja, würde sie noch funktionieren? Aber selbst wenn sie noch funktionieren sollte: würde ihr dann nicht das Währungsproblem, das an die Quadratur des Kreises gemahnte, vollends den Garaus machen?

Diese Erwägungen bestimmten eine ursprüngliche kleine Minderheit, die sich um den Stadtrat für Wirtschaft, Gustav Klingelhöfer und um den «*gewählten, aber nicht bestätigten*» Oberbürgermeister Ernst Reuter scharte, sich schon im Vorstadium der Entscheidung mit Entschiedenheit für den augenblicklich härtesten, für die Zukunft aber sichersten Weg einzusetzen: für die Einführung des neuen deutschen Westgeldes,



tunlichst als alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittels, in Berlin oder wenigstens in den Westsektoren. Diese Minderheit fühlte sich, über alle zögernden Zwischeninstanzen im Parlament und in den Parteien hinweg, als direkte Verkörperung des Volkswillens. Schliesslich hatten die Berliner seit Jahren jeder totalitären Herausforderung standgehalten und damit bewiesen, dass sie sich der westlichen Welt zugehörig fühlten, dass sie die Werte und Freiheitsideale des Westens mit einer seltenen Kompromisslosigkeit und unter den düstersten Umständen vertraten. Durfte nun der Westen Berlin wirtschaftlich im Stich lassen und es damit durch eine immerhin recht stattliche Hintertür doch dem Kommunismus ausliefern? Gewiss bedeutete die Einführung des Westgeldes in Berlin höchstwahrscheinlich die Spaltung der Stadt, mindestens in zwei verschiedene und miteinander konkurrierende Währungsgebiete. Sollte man aber immer den Sowjets entsprechende Initiativen überlassen, um dann allenfalls buchstäblich in letzter Minute und nach erheblichen Terrainverlusten zu reagieren? Bewies nicht das Schicksal der SPD, der CDU und der LDP, bewies nicht das Schicksal des FDGB, der Universität und mancher anderer Institutionen, was Moskau in Wirklichkeit mit Berlin, ja, mit ganz Deutschland vorhatte? Würde man es nun plötzlich durch Kompromissbereitschaft in der für die Zukunft schlechthin entscheidenden Währungsfrage besänftigen, «humanisieren» oder wenigstens auf anderen Gebieten zu einem versöhnlichen Einlenken veranlassen können?

Das war vornehmlich eine politische Konzeption, die der zweifellos gutgemeinten, aber etwas abstrakten finanztechnischen der Befürworter der «Bärenmark» gegenüberstand. Die Vertreter der Westmächte jedoch hatten währungspolitisch im Hinblick auf Berlin trotz der unaufhaltsam vorrückenden

Stunde überhaupt noch keine rechte Meinung, von der Absicht abgesehen, Berlin von der westdeutschen Geldreform auszunehmen. Sie diskutierten über die Bärenmark, über die Beibehaltung der wertlosen Reichsmark, sie erwogen ernsthaft die Möglichkeit, Berlin auf ungewisse Frist, vielleicht auf die Dauer von 15 oder 20 Jahren, durch Subventionen am Leben zu erhalten, aber ihren Platz in der Viersektorenstadt nicht zu räumen. Kurz, sie sträubten sich lange, in einer so entscheidenden Stunde und an einem so wichtigen Ort, gegen die alte Erkenntnis, wie unauflöslich Politik und Wirtschaft miteinander verzahnt sind und dass man ganz gewiss auf die Dauer auch ein noch so notwendiges politisches Prestige nicht mit dem drohenden Ruin und Ausverkauf der Wirtschaft bezahlen kann.

Sowohl bei den deutschen Experten wie bei den Ministerpräsidenten der Länder der Westzonen stiessen Reuters und Klingelhöfers unnachgiebige Thesen schliesslich auf Verständnis. Die Vertreter der Westmächte hingegen zögerten nach wie vor, Farbe zu bekennen. Ja, General Clay, der damalige amerikanische Militärgouverneur, stellte seinen unbequemen Drängern und Mahnern sogar die psychologisch höchst verständliche Gegenfrage, ob sie denn der Entschlossenheit der Berliner, mit dem Westen sozusagen durch dick und dünn zu gehen, so unbedingt gewiss wären. Reuter erwiderte kurz und bündig: *«Herr General, es kann überhaupt keine Frage sein, wo die Berliner stehen; die Berliner werden für ihre Freiheit eintreten und werden jede Hilfe, die ihnen geboten wird, dankbar annehmen.»* Das war eine mutige, sogar an Risiken reiche Antwort: Reuter sprach damals keine empirische Gewissheit aus, sondern eine moralische. In den Sternstunden der Geschichte sind es allerdings bisher immer die moralischen Gewissheiten gewesen, die späteren empirischen eine Bahn brachen.

Dennoch war es nicht höhere Einsicht, sondern die auch hier wiederum bewiesene ungehemmte politische Brutalität der Sowjets, die die Westmächte schliesslich zwang, sich für den Ausweg aus dem Chaos zu entscheiden, den Reuter ihnen seit Wochen gewiesen hatte. Zum erstenmal zeigte es sich so unverhüllt, dass Moskau, wie schon mehrfach geschildert, an einem noch so entgegenkommenden Kompromiss nichts lag, sondern dass es die bedingungslose Kapitulation des Westens wollte. Im Juni 1948 stieg die schier unerträglich gewordene Spannung zur Siedehitze und führte zur Explosion. Die Sechsmächtebesprechungen in London hatten mit einer Weisung an die Ministerpräsidenten der Westzonen geendet, aus Delegierten ihrer Landtage einen Parlamentarischen Rat zu konstituieren, der die Verfassungsgrundlage für ein streng föderalistisches Staatswesen in den Westzonen erarbeiten sollte. Am 18. Juni wurde mit Wirkung vom Sonntag, dem 20. Juni ab die Währungsreform für die Westzonen verkündet. Berlin blieb ausgenommen. Dortige Experten hofften, der von ihnen erstrebten Sonderregelung seien nun Türen und Tore geöffnet.

Aber es kam anders: seit dem ominösen Datum der westdeutschen Währungsreform verhielten sich die Sowjets so, als gäbe es in ganz Berlin keine Vertreter der Westmächte mehr. In aller Eile wurden Vorbereitungen für den Geldumtausch in der Sowjetzone und in allen vier Sektoren Berlins getroffen. Da noch kein neues Geld gedruckt war, überklebte man die alten Scheine mit Behelfsmarken (sogenannte «Klebemark»). Höchst einseitig befahl die Sowjetkommandantur, für den nächsten Tag alle Banken, Sparkassen, Postämter usw. anzuweisen, diese möchten vorübergehend ihre Zahlungen einstellen.

Während dieses praktisch gesetzlosen Zustandes, während zweier Tage, in denen das künftige Schicksal der Stadt an ei-

nem Damoklesfaden hing, retteten paradoxerweise die deutschen Behörden durch ihre Festigkeit und Unerschrockenheit die moralische Autorität der westlichen Alliierten. Selbstverständlich gegen die Stimmen der kommunistischen Vertreter erinnerte der Magistrat an die Bestimmung der provisorischen Verfassung, wonach kein Sektorenkommandant ausserhalb seines Hoheitsbereichs rechtswirksame Befehle geben könne.

Gleichzeitig kamen im Gebäude des Kontrollrats auf Anregung der Westmächte westliche und sowjetische Finanzexperten zusammen, um in letzter Stunde noch einmal über einen erträglichen Modus für die Berliner Währung zu beraten. Die Sowjetvertreter erklärten jedoch lakonisch, Diskussionen über eine Sonderregelung erübrigten sich: die neue Ostmark werde in ganz Berlin eingeführt. Dennoch versuchten die westlichen Vertreter sogar, eine Verständigung auf der Basis der Ostmark anzubahnen, wenn damit nur die nötigen Garantien für die Westsektoren verbunden wären. Als es auch darüber zu keiner Einigung kam, brachen sie die Diskussion in den späten Abendstunden ab. Zur gleichen Stunde etwa überbrachte ein sowjetischer Offizier Bürgermeister Dr. Friedensburg die Weisung, die Voraussetzungen für die Einführung der neuen «*Klebmark*» in allen Sektoren zu treffen. Erst unter diesem härtesten Druck, von den Sowjets bis zu den Grenzen der Selbstachtung herausgefordert, entschlossen sich die Westmächte, das von Reuter so dringend geforderte Experiment zu wagen.

Am 23. Juni 1948 fielen die Würfel des Schicksals: die Westmächte erliessen zunächst den Gegenbefehl, die Einfuhr von Ostmark in ihren Sektoren zu verbieten und gleichzeitig die dort gelegenen Bank- und Kreditinstitute vorübergehend zu schliessen, um die Ausgabe der Westmark vorzubereiten. Als

Amtierender Oberbürgermeister gab Frau Schroeder der am gleichen Tage zusammentretenden Stadtverordnetenversammlung bekannt, der Magistrat habe Vorsorge getroffen, dass in den jeweiligen Sektoren die Befehle der Kommandanten korrekt zu befolgen seien: im Sowjetsektor zum Notenumtausch, in den Westsektoren zur Schliessung der Banken. Um ihrerseits alles zu tun, um die Einheit Berlins zu retten, nahm die Stadtverordnetenversammlung gegen die SED-Stimmen einen Antrag der drei demokratischen Parteien an, beide Währungen sollten in allen Sektoren zum freien Umlauf zugelassen werden. Dass dieser Beschluss für den Sowjetsektor nur akademischen Wert haben würde, stand zu erwarten, aber man wollte nichts unversucht lassen.

Diese Sitzung des Stadtparlaments stand übrigens im Zeichen des ersten Versuchs der SED, die gewählten Volksvertreter unter den terroristischen Druck der Strasse zu setzen. Als die Versammlung zusammentreten wollte, fanden die Stadtverordneten nicht nur die Zuhörertribüne, sondern auch den Plenarsaal von einem randalierenden Haufen besetzt, der in Sprechchören eine einheitliche Währung für ganz Berlin verlangte und Aufforderungen sowohl Dr. Suhrs wie Frau Schroeders, den Saal zu verlassen, mit Drohungen beantwortete. Erst nach tumultarischen Szenen entfernten sich die Ruhestörer aus dem Sitzungssaal, blieben aber vor dem Stadthaus in Bereitschaft und griffen nach Schluss der Sitzung einige Stadtverordnete und Magistratsmitglieder, darunter Bürgermeister Friedensburg, tätlich an. Besonders schwer wurde eine 60jährige SPD-Stadtverordnete misshandelt, die in der Hitlerzeit sechs Jahre in Konzentrationslagern hatte zubringen müssen.

Nachdem der letzte Versuch misslungen war, die gewählte Berliner Volksvertretung zur Kapitulation vor den Wünschen Moskaus zu zwingen, setzten die Sowjets ihre seit Monaten

wohlvorbereitete Blockade gegen die Westsektoren in Kraft. Schon die Verkündung der Währungsreform in den Westzonen beantworteten sie mit einer sofortigen Schliessung ihrer Zonengrenze nach Westen. Hier handelte es sich noch um eine verständliche Massnahme, die sachlich insofern berechtigt erschien, als die Gefahr bestand, dass die ungültig gewordenen Reichsmarknoten plötzlich die Sowjetzone überschwemmen. Dass darüber hinaus das Einfuhrverbot für die neue Westmark auch auf ganz Berlin ausgedehnt wurde, war bereits ein Willkürakt, der auf noch gefährlichere Massnahmen schliessen liess. Diese wurden denn auch unverzüglich durchgeführt: noch am 23. Juni abends stoppten die Sowjets allen Personen- und Güterverkehr auf den Schienen-, Land- und Wasserstrassen von den Westzonen nach Berlin. War Berlin damit wirtschaftlich hermetisch vom Westen abgeschnitten, folgte am 24. Juni das Verbot aller Lieferungen aus der Sowjetzone nach den Westsektoren. Gleichzeitig wurden sämtliche Kabel aus der Sowjetzone, die die Westsektoren mit dem grössten Teil ihres elektrischen Stroms versorgten, abgeschaltet.

Damit war die ernsteste nur denkbare Spaltung Berlins bereits vollzogen: in einen zwar darbenenden, aber in seinen elementarsten Versorgungsbedürfnissen nicht bedrohten und in einen durch die totale Blockade zur Aushungerung verdamnten Teil; so wollte man es wenigstens in Karlshorst und in Moskau. Die Bevölkerung der Westsektoren hatte bisher ihren imponierenden Freiheitswillen auf dem Felde der Politik durch Kundgebungen und Demonstrationen aller Art hinlänglich bewiesen. Nun musste es sich zeigen, ob dieser Freiheitswille auch auf der Folterbank von Hunger, Kälte und Dunkelheit, also in seiner praktischen Widerlegung durch die elementarsten menschlichen Bedürfnisse, standhalten würde.

## BEWÄHRUNGSPROBE FÜR ZWEI MILLIONEN

### EIN NOVUM DER WELTGESCHICHTE

Wäre das Drama, das Ende Juni 1948 in Berlin anhub, nach normalen geschichtlichen Überlieferungen abgelaufen, hätte es innerhalb weniger Tage entweder eine Katastrophe oder eine Kapitulation gegeben. Keiner der Beteiligten rechnete mit der Blockade einer Weltstadt von fast einjähriger Dauer: die Berliner nicht, weil sie als Hauptbetroffene und Leidtragende verständlicherweise noch wochenlang darauf hofften, die Vernunft werde schliesslich doch über die Unnatur siegen; die Westmächte nicht, weil sie in der Währungsfrage, die sie für entscheidend hielten, kompromissbereit blieben und weil sie es anfänglich für unmöglich erachteten, eine Bevölkerung von mehr als zwei Millionen Menschen länger als für ein kurzes zeitliches Interim aus der Luft zu versorgen; aber auch die Sowjets nicht, weil nach ihrer Denkweise nur die berechenbaren Faktoren zählten und in jenen Tagen alles Berechenbare ausschliesslich zu ihren Gunsten sprach. Insofern war die Berliner Blockade nicht nur im Hinblick auf ihre Dauer und auf ihr Ergebnis, sondern auch auf ihre Imponderabilien ein Novum der Weltgeschichte.

Tatsächlich ist die Menschheit den beiden Abgründen eines dritten Weltkrieges oder einer bedingungslosen Unterwerfung unter die Ansprüche des Totalitarismus vor 1961 niemals näher gewesen als in den Frühsommertagen des Jahres 1948. Niemand dachte damals daran, folgerichtig und methodisch zu

handeln, weil dazu einfach unter dem moralischen Druck des akuten Hungertodes einer Millionenbevölkerung keine Zeit blieb. Insbesondere für den Westen stand nur die Alternative eines folgerichtigen oder kopflosen Reagierens zur Debatte. Weder in London noch in Washington fehlte es übrigens an Symptomen der Kopflosigkeit, für 24 bis 48 Stunden wenigstens stand die Entscheidung, die westlichen Positionen in Berlin aufzugeben oder dort mit allen Konsequenzen auszuhalten, buchstäblich auf des Messers Schneide. Dadurch, dass die Befürworter eines folgerichtigen Reagierens das Feld behaupteten, hat der Westen im Sommer 1948 mit seinen Prinzipien auch die Glaubwürdigkeit seiner Existenz gerettet.

In zwei Sofortmassnahmen, die freilich ihre Wirksamkeit erst im Laufe der Zeit erweisen mussten, kam diese Folgerichtigkeit am deutlichsten zum Ausdruck: in der Verhängung einer Gegenblockade über die Sowjetzone und in einer Verstärkung der Luftbrücke nach Berlin. Was die Gegenblockade anbetraf, so konnte diese aus begreiflichen Gründen niemals so wirksam werden, wie die totale Blockade Westberlins durch die Sowjets. Die Sowjetzone war nur an ihrer westlichen Grenze von Lieferungen abzuschneiden, während es für Moskau nur des berühmten Druckes auf den Knopf bedurfte, um den Ring um die Berliner Westsektoren hermetisch zu schliessen. Dennoch sind die spürbaren Wirkungen der Gegenblockade nicht der letzte Grund für die Sowjets gewesen, im Frühjahr 1949 ihre Erpressertaktik gegenüber Berlin aufzugeben.

Noch problematischer sah es mit den Erfolgchancen einer Luftbrücke aus. Zwar war der Gütertransport nach Berlin auf dem Luftwege schon in den vorausgegangenen Monaten als Folge der zunehmenden Behinderung des normalen Land- und Wasserstrassenverkehrs durch die Sowjets entsprechend vorbereitet und ausgebaut worden, in einem Masse sogar, dass



eine erhebliche Verstärkung der Lufttransporte sofort nach Verhängung der Blockade einsetzen konnte. Würde es aber gelingen, auch nur den primitivsten Existenzbedarf für zwei Millionen Menschen auf ungewisse Frist durch die Luft heranzuführen? Vor allem für den Kohlentransport schien das so unmöglich, dass sogar der entschiedenste Fürsprecher der Berliner Sache im Lager der westlichen Alliierten, der amerikanische Militärgouverneur General Clay, hierin keinen erfolgversprechenden Ausweg, sondern eher einen Schrecken ohne Ende sah. Mitgerissen von dem Freiheitswillen der Berliner, empfahl Clay seiner Regierung die umgekehrte Lösung, nämlich ein Ende mit Schrecken, wobei er aus wohlwogenden Gründen sehr daran zweifelte, ob der «Schrecken» überhaupt aktuell werden würde. Er schlug nämlich vor, die sowjetische Herausforderung mit Gewalt zu beantworten und die Öffnung der blockierten Verkehrswege durch amerikanische Panzer zu erzwingen. Er glaubte auch und gerade in diesem Falle nicht an die Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen oder gar an den Ausbruch einer neuen Menschheitskatastrophe.

Niemals wird die Geschichte Clays Auffassungen bestätigen oder widerlegen können, obwohl vieles dafür spricht, dass Moskau, damals noch nicht im Besitz von Atomwaffen, vor einer solchen Bekundung unbeugsamer westlicher Entschlossenheit zurückgeschreckt wäre. Jedenfalls aber trug die Haltung eines Mannes, der als nüchterner militärischer Experte und bis dahin wahrlich nicht im mindesten als Deutschenfreund bekannt war, ganz entscheidend dazu bei, gewisse Symptome von Kapitulationsbereitschaft in den westlichen Hauptstädten schnellstens zu beseitigen. Wenn man schon selber vor dem Appell an die Gewalt instinktiv zurückscheute, so dürfte man sich wenigstens keinesfalls durch die Gewalt treiben lassen. So hat Clays kühner Vorschlag zweifellos indi-

rekt bewirkt, dass die Luftbrücke in erstaunlich kurzer Frist in einem Umfang ausgebaut wurde, der alle Erwartungen weit in den Schatten stellte. Schon Anfang Juli 1948 wurden innerhalb von 24 Stunden je 1'000 Tonnen Güter, Lebensmittel, Medikamente und bald darauf auch Kohlen nach Westberlin transportiert.

#### VERHANDLUNGEN IN BERLIN UND MOSKAU

Dennoch liessen die Westmächte nichts unversucht, um Moskau andererseits vornehmlich in der Währungsfrage ihren guten Willen und ihre Verständigungsbereitschaft zu bekunden. Eine Fühlungnahme der drei westlichen Militärgouverneure mit Marschall Sokolowski am 3. Juli verlief allerdings ergebnislos. Sokolowski erklärte seinen Gesprächspartnern zwar, an der Behebung der angeblichen «*technischen Störungen*» der Zufahrtsstrassen nach Berlin werde mit Hochdruck gearbeitet, liess aber andererseits durchblicken, dass eventuell mit «*neuen Störungen*» zu rechnen sei. Darum wurden in den folgenden Wochen Verhandlungen über eine Aufhebung der Blockade und über die Wiederherstellung des Status quo in Berlin von den verschiedensten Instanzen und an den verschiedensten Orten geführt: in Berlin selbst von den vier Militärgouverneuren, in den westlichen Hauptstädten von den Regierungen mit den dortigen Sowjetbotschaftern, vor allem aber in Moskau, wo die Botschafter der Westmächte Besprechungen mit dem damaligen Aussenminister Molotow und schliesslich mit Stalin persönlich hatten.

Während dieser Verhandlungen gingen die Westmächte immer wieder davon aus, dass die Blockade ihrer Sektoren in Berlin so schnell wie möglich beendet werden müsse und be-

kundeten ihre Bereitschaft zu weitgehenden währungstechnischen Konzessionen. Sie erklärten sich sogar nach wie vor bereit, die neue Ostmark als alleiniges Zahlungsmittel in ganz Berlin hinzunehmen, wenn Moskau seinerseits einer Viermächtekontrolle der Geldemission dort zustimmen und eine solche Regelung mit eindeutigen und wirksamen Garantien für die Unabhängigkeit der Berliner Wirtschaft verbinden würde. Jedesmal aber, wenn ein Kompromiss sich anzubahnen schien, erfuhren die Verhandlungen eine Verzögerung oder eine Unterbrechung, sahen sich die Bevollmächtigten der Westmächte an einen neuen Partner verwiesen. Molotow berief sich auf Stalin, Stalin schickte die westlichen Botschafter nach einigen unverbindlich freundlichen Worten zur Klärung von Einzelheiten wieder zu seinem Aussenminister zurück, beide, Stalin und Molotow, beteuerten mehr als einmal, sie müssten sich von Sokolowski erst über die augenblickliche Lage in Berlin direkt informieren lassen. Sokolowski wiederum versicherte seinen ehemaligen Kollegen vom Kontrollrat, seiner Initiative seien die Hände gebunden, solange nicht eindeutige Weisungen aus Moskau vorlägen. Man sieht, auch im Falle der Berliner Blockade wurde das alte ermüdende und zermürbende Katze-und-Maus-Spiel gespielt, wie es die Sowjets immer dann lieben, wenn sie überzeugt sind, am längeren Hebelarm zu sitzen. In der damaligen Situation kam es ihnen vor allen Dingen auf Zeitgewinn an. Sie hatten die Blockade Berlins im Sommer begonnen, und im Sommer war bekanntlich vieles leichter zu ertragen als in der kalten Jahreszeit. Je mehr es ihnen gelang, die Verhandlungen hinauszuzögern, desto wirksamer würde sie eines Tages ihr alter und fataler Bundesgenosse, der Winter, unterstützen. Nach menschlichem Ermessen musste die Blockade mit jedem kürzeren Tag schliesslich doch

noch zu einem eindeutigen «Erfolg» werden. Sollte das grausame Experiment aber wider alles Erwarten nicht oder nicht vollständig zum Ziel führen, würde Moskau doch wenigstens ein entscheidender und nicht so leicht widerrufbarer Gewinn beschieden sein: die Spaltung der Verwaltungseinheit Berlins in zwei voneinander faktisch unabhängige Hälften. Wenn es nicht gelang, die Westmächte mit einem brutalen Handstreich aus Berlin zu vertreiben, so musste es doch wenigstens gelingen, sie in den blockierten Westsektoren so hoffnungslos zu isolieren, dass sie eines Tages die Nerven verlieren würden. War ausserdem erst einmal die Hauptstadt gespalten, so würde dieser Vorgang die Zerreißung ganz Deutschlands nach sich ziehen.

#### UM DIE EINHEIT DER HAUPTSTADT

Die Berliner demokratischen Organisationen und Körperschaften, in erster Linie die Parteien, die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat, verkannten den Ernst der Lage nicht. Ihre besonderen Bemühungen galten dem Bestreben, die Sowjets wenigstens so lange wie möglich an der Erreichung ihres zweiten Ziels – der Spaltung Berlins – zu hindern, während sie die strategischen Hauptaufgaben – Ausharren in Berlin, Versorgung der Stadt durch die Luftbrücke – notgedrungen den westlichen Alliierten überlassen mussten. Schon am 29. Juni 1948 beschlossen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat einen Appell an die Vereinten Nationen, in dem diese aufgefordert wurden, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Lage in Berlin zu normalisieren. Die Blockade wurde mit sehr ungeschminkten Worten charakterisiert als *«ein grobes Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ein Verbrechen, das von allen Menschen, unbeschadet ihrer politischen Anschauung, zu verurteilen ist»*.

Die unmittelbaren Folgen der Blockade brachten vor allem den Magistrat in eine administrativ unhaltbare Situation. In einem früheren Zusammenhang wurde dargelegt, wie hartnäckig die Sowjets darauf abzielten, ihren Sektor schon in der Zeit zwischen den Wahlen vom 20. Oktober 1946 und dem Beginn der Blockade der Verwaltungshoheit des Magistrats zu entziehen. Aber erst mit dem Drama der Währungsreform offenbarte sich dieses Bestreben in aller Krassheit. Die unverhüllte Absicht Moskaus, seine Währungsmassnahmen auf ganz Berlin auszudehnen, die kategorische Weigerung der Westmächte, dieses einseitige Vorgehen in ihren Sektoren zu dulden, die Tatsache also, dass seit Beginn der Währungsreform ein Befehl der Besatzungsmächte praktisch den anderen aufhob, zwang den Magistrat, den ihm formell unterstellten Verwaltungen im Sowjetsektor wie in den Westsektoren völlig verschiedene Anweisungen zu geben. Da die Alliierte Kommandantur ihre Tätigkeit, dem Beispiel des Kontrollrats vom März folgend, kurz vor der Währungsreform ebenfalls eingestellt hatte, war der Magistrat als einzige Instanz übriggeblieben, die dem Buchstaben nach die Befugnisse besass, verbindliche Massnahmen für Gesamtberlin anzuordnen. Wie lange aber sollte er in dieser Funktion der unerträglichen Zerreissprobe standhalten, die sich daraus ergab, dass im Westen wie im Osten der Stadt zwei mächtige zentrifugale Gewichte auf ihm lasteten? Das ursprüngliche Behelfsmittel, sich auf eine Art Briefträgerrolle zu beschränken und den Bezirken des Sowjetsektors mitzuteilen, diese möchten den Befehlen der sowjetischen Instanzen entsprechen, in den Westsektoren hingegen auf die Alleinzuständigkeit der westlichen Besatzungsmächte zu verweisen, war höchstens, und auch nur für einige Tage als ein technischer Ausweg, nicht als Lösung zu betrachten. Im Gegenteil, die Lähmung, die sich für den Magistrat aus

dem paradoxen Umstand ergab, dass ihm als einziger Instanz formale Zuständigkeiten verblieben waren, die er tatsächlich in keiner Weise ausüben konnte, musste im Laufe der Zeit schliesslich überall, also auch in den Westsektoren, zu einer schweren Autoritätskrise führen.

Gerade darauf setzten die Sowjets ihre Hoffnungen, wobei sie eher auf die Unlustgefühle der Bevölkerung spekulierten als auf deren gesunden Menschenverstand. Sie hatten in jedem Falle nur zu gewinnen, sei es, dass ihre Schikanen den Magistrat zu einem verzweifelten Ausbruch aus dem Gefängnis seiner Ohnmacht trieben, sei es, dass er in diesem Gefängnis verharrte und auf diese Weise die katastrophalen wirtschaftlichen und Ernährungsschwierigkeiten der totalen Blockade noch um ein komplettes Verwaltungschaos vermehrte. Bekanntlich lagen, da man verhängnisvollerweise auf die normalen Traditionen des unbesetzten Berlin von einst zurückgegriffen hatte, alle Magistratsdienststellen von zentraler Bedeutung im Sowjetsektor. Um dem Magistrat von vornherein jede Initiative zu mehr Bewegungsfreiheit zu beschneiden, erliessen die Sowjets unmittelbar nach Beginn der Blockade für die verschiedensten Dienstbereiche der deutschen Verwaltung ein generelles Verbot hinsichtlich der Versetzung von Personal oder der Verbringung von Material in die Westsektoren. Dieses Verbot traf die einzelnen Dezernate des Magistrats, je nach deren Aufgabenbereichen, mit unterschiedlicher Wucht und wirkte sich am schwersten bei der Post, der Ernährung und dem Wirtschaftsressort aus.

Ihre stärkste Zuspitzung erfuhr die administrative Krise, die der Währungskrise auf dem Fusse folgte, durch die geradezu unglaublichen Vorgänge bei der Polizei. Schon lange vor der Währungsreform, am 13. Dezember 1947, hatte die Stadtver-

ordnetenversammlung im Zusammenhang mit dem Verschwinden des Westberliner Journalisten Dieter Friede dem übel berüchtigten Polizeipräsidenten Markgraf ihr Misstrauen ausgesprochen, natürlich ohne konkrete Rechtsfolgen, da ja alle derartigen Beschlüsse der Genehmigung durch die Alliierte Kommandantur bedurften und die Sowjets ihren besonderen Favoriten Markgraf mit allen Mitteln schützten. Nunmehr offenbarten die ebenfalls erwähnten tumultarischen Ereignisse während der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni erneut das völlige Versagen der Berliner Polizei als eines zuverlässigen demokratischen Ordnungsinstrumentes. Der sowjethörige Polizeipräsident ging aber in seiner Selbstherrlichkeit noch einen Schritt weiter. Innerhalb von zwei Wochen verfügte er die fristlose Entlassung von fast 600 höheren Polizeibeamten, die sich der Tendenz widersetzen, aus der Berliner Polizei eine SED-Parteitruppe zu machen. Natürlich strömten für die Entlassenen zahlreiche SED-Mitglieder oder -Werkzeuge in den höheren Polizeidienst ein. Die Vorhaltungen seines dienstlichen Vorgesetzten, des Bürgermeisters Friedensburg, tat Markgraf mit dem Hinweis ab, der Magistrat habe nicht das Recht, sich in die Personalpolitik bei der Polizei einzumischen.

Diese unverschämte Rebellion konnte nicht ungesühnt bleiben, und zwar ohne Rücksicht auf die voraussehbaren Folgen. Am 26. Juli 1948 suspendierte Bürgermeister Friedensburg den untragbar gewordenen Polizeipräsidenten von der Ausübung seiner Befugnisse und ersuchte am gleichen Tage dessen Vertreter, den Sozialdemokraten Dr. Stumm, vorerst mit sofortiger Wirkung die Amtsgeschäfte Markgrafs zu übernehmen. Während der Magistrat in seiner Gesamtheit diesen Personenwechsel billigte und auch die Westmächte ihm zustimmten, forderte der sowjetische Kommandant von Berlin, General Kotikow, Frau Louise Schroeder als Amtierenden Ober-

bürgermeister auf, Dr. Stumm «*auf Grund seiner zersetzenden Tätigkeit*» fristlos zu entlassen. Kotikow verlangte ferner, sie möchte die leitenden Beamten des Magistrats und insbesondere Bürgermeister Friedensburg darüber informieren, «*dass ihre Teilnahme an der Vorbereitung zur Spaltung der Berliner Polizei unvereinbar mit ihrer hohen Stellung sei*». Dass der Sowjetkommandant diesen schwerwiegenden Vorwurf ausgerechnet an die Adresse eines Mannes richtete, der immer wieder seine Bereitschaft bekundete, im Interesse der Verwaltungseinheit Berlins bis an die Grenze des Menschenmöglichen und persönlich Erträglichen zu gehen, belehrte den Magistrat darüber, dass keine weitere Nachgiebigkeit, sondern nur entschlossener Widerstand am Platze sei. In einem ebenso würdigen wie festen Schreiben an General Kotikow lehnte es Frau Schroeder ab, die Suspendierung Markgrafs zurückzunehmen und die von ihr verlangte fristlose Entlassung Dr. Stumms zu vollziehen. Schon am 4. August 1948 wurde in einem Bezirk der Westsektoren unter der Leitung Dr. Stumms ein neues Polizeipräsidium errichtet, das dann im Laufe der Zeit die Westberliner Polizei von heute aufbaute.

Einer ähnlichen Sabotage eines Magistratsbeschlusses wie Markgraf machte sich der SED-Stadtrat für Arbeit und Sozialwesen schuldig, indem er sich weigerte, die Kommissarische Leitung der Unabhängigen Gewerkschafts-Organisation (UGO) in den offiziellen Körperschaften seines Dezernats anzuerkennen. Dagegen verstärkte sich täglich der sowjetische Druck auf die Magistratsabteilungen, die unter demokratischer Leitung standen. Teile der lokalen Administration wurden aus der Berliner Zuständigkeit herausgelöst und an die Zentralverwaltungen für die Sowjetzone, insbesondere auf die «*Deutsche Wirtschaftskommission*», übertragen. Systematisch griff die Welle des Terrors von den zentralen Dienststel-



len auch auf die Bezirksverwaltungen des Sowjetsektors über, die nach den Wahlen vom 20. Oktober 1946 nach demokratischen Grundsätzen gebildet worden waren. Schon mit dem Beginn der Blockade kam es in den Bezirksverwaltungen zu teils kurzfristigen, teils sogar fristlosen Entlassungen. Bis zum 30. September waren 19 Bezirksbürgermeister und Bezirksräte und fast 900 Angestellte und Arbeiter aus ihren Positionen verdrängt worden.

Die ständig zunehmende Spannung drängte geradezu gebieterisch nach einem stürmischen Ausbruch. In einem Schreiben vom 24. August bedachte General Kotikow den Magistrat mit schweren Vorwürfen. In sehr eigenwilliger Auslegung der provisorischen Verfassung verlangte der sowjetische Stadtkommandant, sämtliche gesetzlichen Bestimmungen der Stadtverordnetenversammlung sowie sämtliche Anordnungen und Verfügungen des Magistrats müssten der Sowjetkommandantur zur Bestätigung vorgelegt werden. Die Verantwortung für die Störung der Funktionen der Organe der Stadtverwaltung und der öffentlichen Ordnung hätten die *«schuldigen Beamten»* zu tragen. Bürgermeister Friedensburg bestritt in seiner Antwort ebenso entschieden wie einleuchtend, dass die sowjetischen Vorwürfe auch nur in einem Punkt zuträfen.

#### VOLKSVERTRETUNG UNTER DRUCK

Da die Sowjets sich allmählich davon überzeugten, dass der Berliner Magistrat ein sehr ernsthafter Partner und kein gefügiges Instrument sei, versuchten sie erneut, die Stadtverordnetenversammlung einzuschüchtern. Die für den 26. August 1948 einberufene ordentliche Sitzung konnte nicht stattfinden, da der Plenarsaal, wie schon zwei Monate zuvor, von Demon-

stranten besetzt war, die der Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge leisteten. Aber auch die am Tage danach gerade eröffnete Sitzung musste sofort wieder abgebrochen werden, wozu Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr Folgendes bemerkte: *«...Ich bedaure feststellen zu müssen, dass sich nicht nur vor dem Stadthause wieder Demonstranten angesammelt haben, sondern auch Mitteilungen vorliegen, dass Betriebe geschlossen haben, um sich an einem Demonstrationszuge zum Stadthause zu bewegen. Ich sehe mich unter diesen Umständen nicht in der Lage, die Sitzung heute zu leiten und vertage sie hiermit.»*

Die Entscheidung fiel am 6. September 1948, an einem Tage, der für die politisch-administrativen Folgen der Blockade eine noch grössere Bedeutung bekommen sollte als der 23. Juni, der sie einleitete. Für dieses Datum war erneut eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung anberaumt worden. Sie wurde wiederum durch bestellte Demonstranten verhindert, die gewaltsam und unter Demolierung von Einrichtungsgegenständen in den Plenarsaal eindrangen und die Tribünen zum grössten Teil besetzten. Die für den Sowjetsektor weiterhin zuständige Markgraf-Polizei verhielt sich völlig passiv. Dafür verhafteten deutsche Polizisten Seite an Seite mit Angehörigen der sowjetischen Militärpolizei die Ordner, die vom Magistrat und den demokratischen Parteien offiziell eingesetzt wurden, um erneute Zwischenfälle zu verhindern. Obwohl die Ordner in den Büros der Verbindungsoffiziere der Westmächte Schutz suchten, wurden sie auch dort gewaltsam herausgeholt. Da sich eine weitere Lahmlegung der demokratischen Volksvertretung nicht länger verantworten liess, entschloss sich Dr. Suhr, die Stadtverordnetenversammlung noch am gleichen Abend in das Studentenhaus der Technischen Universität im britischen Sektor einzuberufen. Wie zu erwar-

ten stand, leisteten die 26 SED-Vertreter der Einladung nicht Folge. Vor den fast vollzählig erschienenen Mandatsträgern der drei demokratischen Parteien begründete Dr. Suhr den nunmehr unausweichlich gewordenen Schritt und erklärte unter anderem: *«...Ich glaube, wir können unsere Arbeit, auch unsere Arbeit in den letzten Wochen und Tagen, unsere Entschlüsse am heutigen Abend ruhig dem Urteil der Berliner Bevölkerung anvertrauen, und ich bin der Meinung, dass die drei Parteien, die den Antrag auf Festsetzung eines Wahltermines unter geschrieben haben, sich ihrer Aufgabe bewusst sind. Wir arbeiten hier, werden unsere Tagesordnung erledigen – die Bevölkerung, das ist unser Wunsch, möge baldmöglichst entscheiden, ob wir richtig gehandelt haben ...»*

Wie schon der Magistrat, hatte auch die Stadtverordnetenversammlung, vertreten durch ihren Vorsteher Dr. Suhr, alles getan und keinen Versuch unterlassen, um ihre legitime parlamentarische Tätigkeit auch unter den aussergewöhnlichen Verhältnissen der Blockade im Interesse der Bevölkerung Gesamtberlins möglichst reibungslos weiterzuführen. Da ihre von der provisorischen Verfassung auf zwei Jahre begrenzte Legislaturperiode demnächst zu Ende ging, mussten alle Vorbereitungen für die Neuwahlen, Ausarbeitung einer Wahlordnung und Festsetzung eines Wahltermins ohne überflüssigen Zeitverlust getroffen werden. Schon am 29. Juni 1948 hatte die Stadtverordnetenversammlung ein Bannmeilengesetz beschlossen, um ihre Arbeit dem noch dazu künstlich inszenierten Druck der Strasse zu entziehen. Da dieses Gesetz infolge der Funktionsunfähigkeit der Alliierten Kommandantur keine ordnungsgemässe Erledigung mehr fand, wandte sich Dr. Suhr nach der Torpedierung der beiden Sitzungen vom 26. und 27. August an General Kotikow mit der Bitte, dem Bannmeilengesetz dadurch Achtung zu verschaffen, dass innerhalb dieser

Bannmeile keine Demonstrationen mehr gestattet würden. Die Antwort des sowjetischen Stadtkommandanten ist ein solches Musterbeispiel an totalitärer Perfidie, dass es sich lohnt, es in seinem Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen. Vor allem geht daraus hervor, zu welchem Zynismus die Sowjets fähig sind, wenn ihnen daran liegt, eine brutale Vergewaltigung der Demokratie als eigentliche und berufene Fürsprecher eben dieser Demokratie zu interpretieren:

*«Ihr vom 27. August datiertes Schreiben habe ich erhalten. Uns ist nicht ganz klar, was der Herr Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung von der sowjetischen Kommandantur will:*

- 1. Wünscht er, dass die Besatzungsbehörden für die nächste Zeit Kundgebungen, Versammlungen und Demonstrationen der Berliner Bevölkerung, die gegen die derzeitige Politik des Berliner Magistrats gerichtet sind, in ganz Berlin, im sowjetischen Sektor oder lediglich im Bezirk Mitte, wo sich das Gebäude des Magistrats befindet, verbieten?*
- 2. Wünscht er, dass die sowjetische Kommandantur sich in die entstandenen gegenseitigen Beziehungen des Magistrats zu den Berliner Arbeitern und Angestellten einmischen soll, die mit der jetzigen Politik des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung unzufrieden sind und eine Änderung dieser Politik fordern? In welcher Form wünscht der Herr Vorsitzende eine derartige Einmischung? Will er denn, dass das Magistratsgebäude von den Besatzungstruppen oder aber von verstärkten Abteilungen der deutschen Polizei gegen die demonstrierenden Arbeiter in Schutz genommen werden soll? Warum wendet sich der Magistrat in dieser Angelegenheit nicht selbst an die deutsche Polizei des Bezirks Mitte?*

3. Was für einen Bannmeilenbezirk möchte denn der Herr Stadtverordnetenvorsteher für die Sitzungstage der Berliner Stadtverordnetenversammlung festlegen, den die Berliner Werktätigen nicht betreten dürfen, falls sie sich mit den Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung zu treffen wünschen?

*Ich hätte gern baldmöglichst eine Erklärung zu diesen Fragen erhalten, um Beschlüsse treffen zu können, die meiner Kompetenz unterliegen und die der in den demokratischen Ländern Europas üblichen demokratischen Praxis entsprechen.»*

Obwohl dieses Schreiben sich selbst analysiert, dürften doch einige kommentierende Äusserungen angebracht sein. Der sowjetische Stadtkommandant sprach von der *«in den demokratischen Ländern Europas üblichen Praxis»*, ohne im mindesten zu berücksichtigen, dass es im damaligen Berlin weder den Tatsachen noch der Rechtslage nach eine demokratische Praxis gab, sondern eine aus den Vertretern von vier Mächten zusammengesetzte Militärdiktatur, von denen noch dazu jede einzelne durch ihr Vetorecht wirkliche demokratische Beschlüsse der gewählten Körperschaften jahrelang hatte suspendieren können. Ferner begab sich Kotikow als eigentlicher *«Hexenmeister»* freiwillig in die Rolle des bekannten Goetheschen *«Zauberlehrlings»*, wenn er Dr. Suhr bzw. dem Magistrat so uneigennützig empfahl, wegen Erfüllung ihrer Wünsche mit der gleichen deutschen Polizei in Verbindung zu treten, die sich unter dem Befehl Markgrafs mehr und mehr zu einer Söldnertruppe der Kommunisten entwickelte. Schliesslich unterstellte der sowjetische Kommandant in seinem Schreiben, die Berliner Volksvertretung operiere hinter einer Art Glasglocke und habe jeden Kontakt mit der Bevölkerung, mit den Arbeitern, Angestellten und *«Werktätigen»* verloren,

ja, sie appelliere nun sogar an eine Besatzungsmacht um Schutz vor dem spontanen Unwillen des Volkes.

Darauf konnte es nur eine Antwort geben: wenn sich auch der sowjetische Stadtkommandant von der Wahrheit kaum überzeugen lassen würde, dann galt es, die Weltöffentlichkeit zu überzeugen, wo die Berliner Bevölkerung nach zweieinhalb Monaten Blockade tatsächlich stand. Das Moskauer Verhandlungspaket über die Berliner Währungsfrage und den dortigen Viermächtestatus war gerade wieder einmal den Vertretern des Kontrollrats zugeschoben worden. Es musste sich nunmehr für jede unparteiische Instanz eindeutig erweisen, ob die gewählten Körperschaften, Stadtverordnetenversammlung und Magistrat, noch legitime Organe des Volkswillens darstellten oder ob es den Statthaltern und Satrapen Moskaus tatsächlich gelungen war, die hungernden und notleidenden Massen zu verwirren. Vor der Ruine des Reichstags, nahe der Sektorengrenze am Brandenburger Tor, auf dem inzwischen traditionell gewordenen Demonstrationsgelände am Platz der Republik, beriefen die drei demokratischen Parteien für den 9. September 1948 eine öffentliche Kundgebung ein. Mehr als 300'000 Berliner und Berlinerinnen strömten dort zusammen, zu denen die führenden Persönlichkeiten der Parteien, der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats sprachen. Vor allem der *«ungekrönte König»*, Professor Ernst Reuter, fand bei dieser Gelegenheit Worte, die mit ihrer aufrüttelnden Kraft in die Freiheitsgeschichte der Menschheit eingegangen sind:

*«Heute ist der Tag, wo das Volk von Berlin seine Stimme erhebt. Dieses Volk von Berlin ruft heute die ganze Welt, denn wir wissen, worum es heute geht bei den Verhandlungen im Kontrollratsgebäude . . . und in den steinernen Palästen des Kreml... In allem diesem Handeln und Verhandeln wollen wir*

*Berliner kein Tauschobjekt sein. Uns kann man nicht eintauschen. Uns kann man nicht verhandeln, und uns kann man auch nicht verkaufen. Es ist unmöglich, auf dem Rücken eines solchen tapferen, standhaften Volkes einen faulen Kompromiss zu schliessen.*

*Ihr Völker der Welt! Ihr Völker in Amerika, in England, Frankreich und Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt.*

*Das Volk von Berlin hat gesprochen. Wir haben unsere Pflicht getan, und wir werden unsere Pflicht weiter tun. Völker der Erde! Tut auch ihr eure Pflicht! Helft uns in der Zeit, die vor uns steht, nicht nur mit dem Dröhnen der Flugzeuge, nicht nur mit den Transportmöglichkeiten, die ihr hierherschaft, sondern mit dem standhaften unzerstörbaren Einstehen für die Ideale, die allein unsere Zukunft gemeinsam und auch eure Zukunft sichern können.*

*Völker der Welt! Schaut auf Berlin und das Volk von Berlin! Seid dessen gewiss: diesen Kampf, den wollen, diesen Kampf, den werden wir gewinnen!»*

Nach der Kundgebung schlossen sich die Teilnehmer zu einem riesenhaften Demonstrationszug zusammen, um im Kontrollratsgebäude ein Memorandum zu überreichen. Der Weg führte längere Zeit unmittelbar an der Sektorengrenze entlang, wobei es zu tragischen Zwischenfällen kam. So erkletterten Jugendliche das Brandenburger Tor, um dort die Sowjetfahne herunterzuholen. Demonstranten aus den Ostbezirken hatten auf dem Heimweg Zusammenstöße mit der Polizei, wobei Schüsse abgegeben wurden und ein IGjähriger Junge tödliche Verletzungen erlitt. Fünf weitere Teilnehmer wurden verhaftet und in einem Schnellverfahren von einem sowjetischen Militärtribunal zu je 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, eine Strafe,

die wegen ihrer Ungeheuerlichkeit so stürmische Proteste in der internationalen Öffentlichkeit heraufbeschwor, dass die Verantwortlichen sie bald wesentlich herabsetzten. Jedenfalls zerstreute diese überwältigende Freiheitskundgebung auch ausserhalb der Berliner und der deutschen Grenzen jeden Zweifel an dem unbeugsamen Widerstandswillen der von der Blockade betroffenen Bevölkerung.

Ferner warf die Demonstration des 9. September ein grelles Schlaglicht auf die im Gange befindliche Spaltung der Einheit Berlins. Wegen der dauernden Einmischung der Sowjetbehörden in die administrative Arbeit des Magistrats erwies es sich als notwendig, ausser der Polizei weitere Dienststellen in die Westsektoren zu verlegen. Freilich blieben die leitenden Beamten, solange es irgend ging, an ihrem bisherigen Platz im Sowjetsektor, wobei vor allem Bürgermeister Friedensburg selbstverleugnerisch den Platz eines Kapitäns übernahm, aber diesem unverzagten Ausharren kam für die praktische Tätigkeit mehr und mehr nur noch symbolische Bedeutung zu. Die einzige Chance, die drohende Spaltung Berlins abzuwenden, bestand in dem Appell an die Bevölkerung selbst, in freien und gleichen Wahlen in allen Sektoren nach dem Vorbild der Entscheidung vom 20. Oktober 1946. Darauf konzentrierten sich in den nächsten Monaten alle Bemühungen der Stadtverordnetenversammlung. Trotz ihres erzwungenen Ausweichens in den britischen Sektor hielt sie die Plätze für die geschworenen Feinde der Demokratie, für die 26 SED-Vertreter, unentwegt frei und wurde nicht müde, diese zu weiterer Mitarbeit aufzufordern. Die ursprünglich schon für den 14. November festgesetzten Wahlen wurden auf den 5. Dezember verschoben, weil man wenigstens in dieser Beziehung bis zur letzten Minute auf ein Einlenken der Sowjets hoffte und deswegen die Tür für



einen etwaigen Kompromiss offenhalten wollte. Gleichzeitig bekundete die Stadtverordnetenversammlung mehrfach ihre Bereitschaft, an ihren alten Tagungsort im Sowjetsektor zurückzukehren, wenn sie dort nur ihren Aufgaben künftig ungehindert und ungekränkt nachgehen könne.

#### DIE SED SPALTET BERLIN

Das alles aber lag, wie sich denken lässt, nicht im mindesten in der Absicht der Sowjets. Schon zu Beginn des Winters musste Moskau sein mit der Blockade verbundenes strategisches Hauptziel als gescheitert ansehen. Weder würde die von den Aushungerungsmassnahmen betroffene Bevölkerung in die Knie gehen noch würden sich die Westmächte aus Berlin vertreiben lassen. Im Gegenteil, gerade die tapfere Haltung der Bevölkerung liess jenes Gefühl der Solidarität mit den westlichen Besatzungsmächten, das sich schon jahrelang insgeheim herangebildet hatte, vollständig zum Durchbruch kommen. Hatten die Westmächte die Luftbrücke ursprünglich vielleicht wirklich nur eingerichtet, um auf eine akute Herausforderung hin ihr Prestige zu wahren und Zeit für sinnvolle Verhandlungen mit Moskau zu gewinnen, wurde ihnen in der Zwischenzeit immer klarer, dass die pausenlos verstärkte Luftbrücke neben ihrer materiellen Bedeutung in erster Linie eine moralische Stütze für die Berliner sei.

Sollten im übrigen bei den Sowjets tatsächlich noch irgendwelche Zweifel an den *«gegenseitigen Beziehungen des Magistrats zu den Berliner Arbeitern und Angestellten»* bestanden haben, so waren ihnen durch den Verlauf der Freiheitskundgebung am 9. September die Augen darüber einermassen schmerzhaft geöffnet worden. Während sie aber in den arran-

gierten Demonstrationen eines kleinen SED-Klüngels vor dem Stadthaus am 23. Juni, am 26. und 27. August und schliesslich am 6. September «*Willenskundgebungen des Volkes*» sahen, betrachteten sie die Kundgebung der 300'000 auf dem Platz der Republik am 9. September als «*fascistische Provokationen*», «*Pogromhetze*», «*militaristische Störmanöver*» und ähnliches.

Bald stellte sich auch heraus, dass alle Wahlvorbereitungen im Sowjetsektor unerträglichen Behinderungen unterlagen. Die einzige der drei demokratischen Parteien, deren Position in den Ostbezirken als leidlich gefestigt angesehen werden konnte, war die SPD. Sie hatte für den Ausbau ihrer dortigen Organisationen seit Ende Mai 1946 Zeit gehabt, während die beiden anderen Parteien, die CDU wie die LDP, ihre geduldigen Versuche, die Einheit der Zonenorganisation mit den Berliner Landesverbänden aufrechtzuerhalten, teuer bezahlen mussten. Da sich in ihren Reihen in den Ostbezirken einige Überläufer fanden, wurde den legalen Parteien im Sowjetsektor jede eigenständige Aktivität unmöglich gemacht. Ebenso sperrten die Sowjets ihren Sektor hermetisch gegen westliche Zeitungen und Druckschriften ab. Einen Appell des Magistrats, die Wahlordnung zu genehmigen, beantwortete der sowjetische Stadtkommandant mit Beschuldigungen und ultimativen Forderungen an die Adresse der Westsektoren. Dort waren die Stadtkommandanten inzwischen ihrerseits gegen kommunistische Organisationen wie den FDGB, den Kulturbund oder die Ausschüsse der sogenannten «*Deutschen Volksbewegung*» eingeschritten. General Kotikow verlangte in seinem Schreiben nicht nur die Aufhebung der Verbote für diese Organisationen, sondern darüber hinaus die Streichung aller «*Kriegshetzer*» von den Wahllisten und die Reinigung der Berliner Polizei von «*fascistischen und militaristischen Elementen.*»

Für Stadtverordnetenversammlung und Magistrat waren diese Bedingungen aus zwei Gründen unannehmbar: für die Aufhebung der von den Westmächten erlassenen Verbote kommunistischer Organisationen waren deutsche Körperschaften und Behörden nicht zuständig. Die geforderte Streichung der *«Kriegshetzer»* von den Wahllisten hätte dagegen bedeutet, auf die künftige parlamentarische Mitwirkung der aktivsten Demokraten Berlins zu verzichten. Der Stadtverordnetenversammlung blieb darauf nichts anderes übrig, als nochmals ihren Beschluss zu bekräftigen, die Wahlen in ganz Berlin durchzuführen:

*«Sollte in einzelnen Bezirken durch höhere Gewalt die Wahl nicht möglich sein, so treten bis zur Nachwahl für diese ausgefallenen Bezirke zunächst die auf Grund der Stimmabgabe bei der Wahl am 20. Oktober 1946 in diesen Bezirken gewählten Stadtverordneten in die neue Stadtverordnetenversammlung ein.»*

Mit der willkürlichen Absetzung der beiden ihnen besonders verhassten Stadträte Reuter und Klingelhöfer (Ernst Reuter wurde bei dieser Gelegenheit *«seine vollkommene Unfähigkeit in der Leitung der ihm unterstellten Abteilung»* bescheinigt) trieben die Sowjets die systematische Spaltung der Verwaltungseinheit Berlins knapp drei Wochen vor dem festgesetzten Wahltermin in ihre letzte Phase. Natürlich erkannten weder die drei westlichen Stadtkommandanten noch die Stadtverordnetenversammlung bzw. der Magistrat diesen einseitigen Akt an. Am 27. November benutzten die Sowjets eine Pressekonferenz zu der Erklärung, die geplanten Wahlen vom 5. Dezember sollten *«die einheitlichen Organe der Stadtverwaltung beseitigen und die Stadt spalten»*. Zwei Tage danach erklärte Marschall Sokolowski in einem gleichlautenden Schreiben an seine drei westlichen Kollegen, die beabsichtigten *«Separatwahlen in den Westsektoren»* hätten das Ziel, die einheitlichen

Verwaltungsorgane zu beseitigen, die Aktivität «*der antidemokratischen und unverhüllt reaktionären Elemente*» zu fördern, gleichzeitig aber «*demokratische, mit breiten Massen der Berliner Bevölkerung verbundene Vertreter*» von der parlamentarischen Mitarbeit auszuschliessen. (Wobei bekanntlich gerade die SED-Vertreter, die von Sokolowski nur gemeint sein konnten, von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung seit einem Vierteljahr immer wieder aufgefordert worden waren, ihren Platz an der Seite ihrer Kollegen einzunehmen.)

So war denn alles sorgfältig vorbereitet worden, um einen Staatsstreich in Szene zu setzen, der als eine politische Narrenkomödie, wenngleich von überaus ernsten Folgen, am 30. November 1948, fünf Tage vor der Wahl, im Admiralspalast im Sowjetsektor abließ. Dort trat die SED-Fraktion des Stadtparlaments mit den SED-Vertretern der Bezirksversammlungen einigen Überläufern aus den Reihen der CDU und LDP, Betriebsdelegationen und Vertretern der sogenannten «*Massenorganisationen*» zu einer «*ausserordentlichen Stadtverordnetenversammlung*» zusammen. Dieses im wahrsten Sinne des Wortes zusammengelaufene Gremium masste sich an, den rechtmässigen Magistrat abzusetzen und einen neuen «*Magistrat*» unter der Leitung Friedrich Eberts, des gleichnamigen, aber wahrlich nicht gleichrangigen Sohnes des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik zu wählen. Damit hatte die SED auf das Geheiss Moskaus die letzte schimpfliche Verantwortung für die Spaltung der deutschen Hauptstadt in aller Form übernommen. Gleichzeitig war sie auf diese Weise der peinlichen Notwendigkeit entgangen, sich als angeblich berufene Vertretung der «*breiten Massen der Berliner Bevölkerung*» Seite an Seite mit den anderen politischen Gruppen zu einer wahrhaftigen Entscheidung zu stellen. Im Gegenteil, die

Regisseure des Staatsstreichs im Admiralspalast sahen keinen anderen Ausweg als zum Boykott der angeblichen «*Separatwahlen*» in den Westsektoren aufzurufen. Im Grossen wiederholte sich mit einer fast lächerlich anmutenden Präzision, was sich knapp drei Jahre zuvor innerhalb der Berliner SPD vollzogen hatte: sobald die Verräter der Demokratie die Stunde der Abrechnung unerbittlich näherrücken sahen, riefen sie die Entscheidungsberechtigten zur Abstinenz auf, um wenigstens die geringen Prozentzahlen der politisch hoffnungslos Gleichgültigen für ihre Sache ausschachten zu können.

#### **DAS LEBEN IN DEN WESTSEKTOREN**

Vergegenwärtigen wir uns aber zunächst, bevor wir die Entscheidung des 5. Dezember 1948 behandeln, unter welchen materiellen und psychologischen Bedingungen die Bevölkerung der Westsektoren zu den Wahlurnen ging. Die Blockade dauerte inzwischen fast schon ein halbes Jahr. Der Winter stand mit allen unberechenbaren Schrecknissen vor der Tür. Doch konnte schon zu diesem Zeitpunkt vorausgesagt werden, dass das technische Wunderwerk der Luftbrücke seinen wichtigsten Zweck notfalls auf Jahre erfüllen würde: nämlich die von der Aushungerung bedrohte Bevölkerung vor dem Schlimmsten zu bewahren. Mit einer Tagesleistung von 500 Tonnen war Ende Juni begonnen worden. Im Oktober stieg der tägliche Durchschnitt an beförderten Gütern, Lebensmitteln, Kohlen usw. auf 4'000 Tonnen. In den letzten Monaten der Blockade wurden sogar des öfteren Tageshöchstleistungen bis zu 7'000 Tonnen erreicht. Rein rechnerisch und statistisch bewies die Luftbrücke sozusagen von Stunde zu Stunde, ja, von Minute zu Minute, dass sie demnach etwas leistete, das ursprünglich unmöglich erschien.

Wie aber sah es mit den psychologischen Faktoren, mit der Wohlfahrt, dem Behagen, kurz gesagt, mit der Daseinserfüllung des Einzelnen aus? Wie lebten die Menschen in den blockierten Westsektoren, was konnten sie kaufen, wie ihren Bedarf an Licht, Wärme und aktuellen Informationen befriedigen, noch dazu in einer Zeit, da innerhalb, aber auch ausserhalb ihrer Mauern oft genug buchstäblich eine Neuigkeit die andere jagte? Die Ernährungslage, die kurz vor der Währungsreform für die deutsche Bevölkerung aller Besatzungszonen einen Tiefpunkt sondergleichen erreicht hatte, besserte sich in Westberlin zwar seit der Blockade, was die Anzahl der Kalorien anbetraf, verschlechterte sich aber hier und da noch im Hinblick auf Qualität und Vitamine. Der beschränkte Transportraum, vor allem die Notwendigkeit, Kohlen in immer grösserer Menge nach Westberlin einzufliegen, machte die Versorgung einer Bevölkerung von mehr als zwei Millionen mit frischen Kartoffeln, frischem Gemüse und frischer Milch unmöglich. Trockenkartoffeln, Dörrgemüse und Milchpulver traten an deren Stelle. Um die notwendigsten Energieleistungen aufrechtzuerhalten und der Bevölkerung in den Wintermonaten ein Minimum von Hausbrand zu sichern, musste man zu so drastischen Stromabschaltungen seine Zuflucht nehmen, wie das nicht einmal in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Fall gewesen war. Nur für zwei Stunden stand den Berlinern gebietsweise elektrisches Licht zur Verfügung, und oft genug fielen diese Stunden in den Privathaushaltungen ausgerechnet in die Nachtzeit, die normalerweise zum Schlafen reserviert ist. Aktuelle Nachrichten wurden von den Rundfunksendern (vom Rias wie von dem Berliner Studio des damaligen Nordwestdeutschen Rundfunks), wie in alter Zeit, als sich öffentliche Ausrufer diesem Geschäft widmeten, durch Lautsprecherwagen verbreitet. Die auf der Hand liegenden Vergleichsmög-

lichkeiten mit dem Westen führten für die Bevölkerung zusätzlich zu einer schier unerträglichen psychologischen Belastung. In den drei Westzonen begann sich das Leben nach der Währungsreform in einem geradezu erstaunlichen Tempo zu normalisieren. Obwohl das Rationierungssystem vorerst noch beibehalten wurde, erhöhten sich die Lebensmittelzuteilungen praktisch mit jeder Periode, üppig gefüllte Läden befriedigten mehr und mehr den in den Kriegsjahren und unmittelbar danach oft geradezu krankhaft gestiegenen Warenhunger. Auf der anderen Seite liessen die Sowjets nichts unversucht, um ihren Berliner Sektor auf Kosten der Zone gerade in dieser Zeit zu einer Art Schaufenster zu machen. Von den letzten Jahren abgesehen, dürfte es der Bevölkerung Ostberlins in der Zeit nach 1945 materiell kaum jemals besser gegangen sein als in den Monaten der über Westberlin verhängten Blockade. Hier, im Sowjetsektor, herrschte damals eine relative Fülle von Licht und Wärme, während die benachbarten Westsektoren gleichsam in einem frierenden Dunkel lagen.

Die sowjetischen Behörden liessen ausserdem keinen Zweifel daran, dass sie nicht beabsichtigten, ihre grausamen Massnahmen auf solche Westberliner auszudehnen, die sich willfährig zeigten, sich Moskau wirtschaftlich zu unterwerfen und sich in das Versorgungssystem der Zone und Ostberlins eingliedern zu lassen. Schon im Juli übertrugen die Besatzungsbehörden die Verantwortung «für die Lebensmittelversorgung des gesamten Stadtgebiets» der sowjetzonalen Deutschen Wirtschaftskommission. Die Bevölkerung Westberlins wurde aufgefordert, ihre Lebensmittelkarten künftig im Sowjetsektor anzumelden. Eine ähnliche Einladung an die Westberliner sprachen die Sowjets einige Monate später in Bezug auf die Kohlenzuteilung aus. Doch hatten diese Verlockungen nur ei-

nen verschwindend geringen Erfolg. Ohne alle Einzelheiten zu begreifen, spürten die Westberliner in ihrer überwiegenden Mehrheit instinktiv, dass eine wirtschaftliche Anpassung, wie sie ihnen unter dem Druck der Not angeboten wurde, über kurz oder lang eine politische Auslieferung und damit ihre Selbstaufgabe nach sich ziehen würde. Es dürfte wenig geschichtliche Beispiele für einen so glänzenden Triumph klar denkender Hirne und tapferer Herzen über die Ansprüche eines ewig knurrenden Magens geben.

Hinzu kam für die Westberliner Bevölkerung noch ein anderes überaus ernstes Problem, das übrigens nach Aufhebung der Blockade nicht schlagartig aus der Welt verschwand wie die Nahrungssorgen, sondern noch jahrelang auf der Tagesordnung blieb. Die unklaren Währungsverhältnisse in den Westsektoren führten in kurzer Zeit eine schwere Wirtschaftskrise herbei. Bekanntlich galten seit der Geldreform Ende Juni 1948 beide Währungen, die neue Westmark und die neue Ostmark, in Westberlin als gesetzliches Zahlungsmittel. Insoweit hatten also die Westmächte dem in einem früheren Zusammenhang geschilderten Drängen Reuters und Klingelhöfers nachgegeben, die Berliner Westsektoren nicht völlig dem Zugriff der sowjetzonalen Wirtschaft auszuliefern. Noch immer aber widerstrebten die westalliierten Experten der einzig logischen und radikalen Massnahme, nämlich der Einführung der Westmark als alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittels. Auch nach dem 24. Juni wurden in Westberlin nur 25 Prozent aller Löhne und Gehälter, und zwar ausdrücklich für die Deckung des über die Ansprüche des täglichen Lebens hinausgehenden Bedarfs, in Westmark ausgezahlt. Für die rationierten Lebensmittel, aber auch für die kommunalen Dienstleistungen, die Lieferungen von Wasser, Gas, Strom usw. sollte die Westberliner Bevölkerung den Gegenwert in Ostmark entrichten. Die-



ser unklare Zwischenzustand führte nicht nur zu mancherlei aktuellen Missständen, sondern auch zu bedrohlichen wirtschaftlichen Symptomen. Die allen möglichen Spekulationen unterworfenen Westmark wurde gehortet und ihr Wert innerhalb Berlins selbst stieg unaufhaltsam. Dafür wurden die ursprünglich mit einem B-Stempel versehenen, in Westberlin umlaufenden Westmarknoten in westdeutschen Wirtschaftskreisen nicht durchweg als vollgültiges Zahlungsmittel angesehen. Schliesslich vermochte man nicht vorauszusehen, ob sich angesichts der Blockade und der wirtschaftlichen Abschneuerung Berlins irgendwelche Kapitalinvestitionen in der alten Hauptstadt lohnen würden. Andererseits waren die Westsektoren von ihrem natürlichen wirtschaftlichen Austauschgebiet in Mitteldeutschland künstlich isoliert worden. So sehr man, sowohl in der Zone wie im Sowjetsektor, hinter den Kulissen darauf aus war, die kostbare und kaufkräftige Westmark in möglichst grossen Mengen als Devisenbringer zu gewinnen: offiziell blieb diese Währung in den von den Sowjets kontrollierten Gebieten Deutschlands in Acht und Bann. Gezielte Handels- und Austauschbeziehungen zwischen Westdeutschland und der Sowjetzone bestanden ebenfalls noch nicht. In den blockierten Westsektoren verschärfte sich die durch die unnatürliche Lage hervorgerufene Wirtschaftskrise ständig und auch die Arbeitslosigkeit stieg in kurzer Frist geradezu bedrohlich an.

#### **PLEBISZIT DER SELBSTBEHAUPTUNG – TRIUMPH DER LUFTBRÜCKE**

Dennoch sollte sich am 5. Dezember 1948 zeigen, dass die Westberliner Bevölkerung lieber Hunger, Kälte und ein ständiges Zusammenschrumpfen der Arbeitsplätze auf sich nahm als ihre Freiheit, sei es unter dem Druck der Peitsche, sei es

durch die Verlockung des Zuckerbrotes, zu verkaufen. Wie genau zehn Jahre später angesichts der Drohung des Chruschtschows-Ultimatums kam es bei der politischen Entscheidung des Blockadewinters weniger auf das Stärkeverhältnis der Parteien untereinander an als auf die Wahlbeteiligung selbst. 86,3 Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung genügten am 5. Dezember 1948 ihrer Wahlpflicht. Von den abgegebenen Stimmen entfielen nicht weniger als 64,5 Prozent auf die SPD, während sich die CDU mit 19,4 und die LDP mit 16,1 Prozent begnügen mussten. Instinktiv scharte sich die Bevölkerung in erster Linie um die Partei, die bis dahin den Kampf um die Freiheit Berlins angeführt hatte. Den beiden anderen Parteien war es bis zum Dezember 1948 offenbar noch nicht gelungen, die Kooperation ihrer Berliner Landesverbände mit den Zonenverbänden im öffentlichen Bewusstsein vergessen zu machen. Schon zwei Tage nach der Wahl entschied sich die noch amtierende alte Stadtverordnetenversammlung einstimmig dafür, das höchste Amt in der nunmehr sinnlos gespaltenen Stadt dem Manne zu übertragen, der schon anderthalb Jahre zuvor zum Oberbürgermeister gewählt worden war, aber seinen Posten infolge des sowjetischen Vetos damals nicht hatte übernehmen können. Die neue Stadtverordnetenversammlung, die am 14. Januar 1949 zusammentrat, bestätigte diesen Beschluss ihrer Vorgängerin ebenso einstimmig.

Der neue Magistrat, der nunmehr unter der offiziellen Führung Ernst Reuters rasch und komplikationslos gebildet wurde, stand im Zeichen jener engen Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte, wie sie die Situation einer wirtschaftlich, politisch und psychologisch belagerten Stadt unbedingt erheischte. Schon am 21. Dezember 1948 hatten die drei Westmächte ihrerseits auf Dreimächtebasis die Alliierte Kommandantur

wiederbelebt, die von vornherein, wenn es auch an Rückschlägen nicht fehlte, ein mehr kameradschaftliches Vertrauensverhältnis mit den deutschen Stellen statt deren Bevormundung erstrebte. Unverzüglich arbeitete die Alliierte Kommandantur auch neue Rechtsgrundlagen für ihre Beziehungen zu den deutschen Körperschaften in Westberlin aus. Am 14. Mai 1949 übertrug sie Stadtverordnetenversammlung und Magistrat mit einigen Einschränkungen und Vorbehalten, die sich aus der besonderen Situation der Stadt ergaben, in ihrem Hoheitsbereich «*die volle gesetzgeberische, vollziehende und richterliche Gewalt*». Damit war endlich die Hürde beseitigt, an der sich die parlamentarische Aktivität der ersten Stadtverordnetenversammlung buchstäblich wundgelaufen hatte: der Bestätigungszwang aller gesetzgeberischen Massnahmen durch eine vielschichtig zusammengesetzte Militärinstanz, die noch dazu nur einstimmig oder gar nicht operieren konnte.

In ihren unmittelbaren Folgen wichtiger noch war die am 20. März 1949 ausgesprochene Genehmigung zur Einführung der Westmark als alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittels in Westberlin. Zwar verschärfte diese Regelung zunächst die bereits bestehende Wirtschaftskrise, schuf aber gleichzeitig die einzige solide Grundlage für deren allmähliche Überwindung, indem sie dem Währungschaos in den Westsektoren ein radikales Ende setzte. Erst durch die zweite und eigentliche Währungsreform in Westberlin wurden die finanzpolitischen Voraussetzungen für einen späteren Anschluss der Stadt an die westdeutsche Wirtschaft geschaffen. Wieder einmal sollte sich aber im Laufe der Zeit nicht zuletzt an diesem Beispiel erweisen, dass es gegenüber einem totalitären System keine halben Massnahmen gibt, wenn man eine paradoxe Situation wirklich zu normalisieren wünscht, sondern dass man sich immer nur

Respekt verschafft, wenn man auf jede Herausforderung mit gleicher Münze reagiert.

Unmittelbar danach trat Ernst Reuter seine erste Reise als Berliner Oberbürgermeister in die Vereinigten Staaten an. Besuche in Paris und London waren schon unmittelbar nach seiner Wahl voraufgegangen. Dem mutigsten Repräsentanten der jungen deutschen Demokratie wurde in Amerika ein überaus respektvoller Empfang zuteil. Ausserdem erfuhr Reuter an Ort und Stelle von einem bemerkenswerten Kulissengeflüster im Rahmen der Vereinten Nationen: die Sowjets hätten erkannt, so hiess es, dass das Schwert ihrer Blockade reichlich scharf geworden sei, und trügen sich mit der Absicht, die Verkehrswege nach Berlin ohne viel Aufhebens wieder zu öffnen.

In der Tat gab es einige Symptome, die objektiv und subjektiv auf eine sowjetische Nachgiebigkeit schliessen liessen. Die täglich steigende Wirksamkeit der Luftbrücke, das Wahlergebnis des 5. Dezember 1948, die politische Stabilisierung in den blockierten Westsektoren, alles dieses musste Moskau davon überführen, dass es ein ihm willkommenes Ziel, die Spaltung Berlins, zwar erreicht hatte, dass aber der strategische Hauptplan, die politische und ökonomische Gleichschaltung Westberlins, weder auf Anhieb gelungen war noch in absehbarer Zeit gelingen konnte. Ausserdem machte sich allmählich die von den Westmächten verhängte Gegenblockade für die sowjetzonale Wirtschaft sehr empfindlich bemerkbar. Der unersättliche sowjetische Expansionstrieb in westlicher Richtung hatte im Frühjahr 1949 ausserdem zur Gründung des Defensivbündnisses der NATO geführt. Die Arbeiten des Parlamentarischen Rats an einer Verfassungsurkunde für die drei Westzonen machten rasche Fortschritte. Provokationen, Terror und Kriegsdrohungen hatten sich als Versuche am untauglichen Objekt erwiesen. So unbeirrbar Stalin sein Hauptziel im

Auge behielt – Verhinderung aller politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlüsse im Westen zu einer konkreten Macht – so nüchtern begriff er allmählich, dass er wieder zu geschmeidigeren Mitteln seine Zuflucht nehmen musste, um für seine Zwecke überhaupt noch etwas zu erreichen.

Schon Anfang März 1949 wurde der sowjetische Aussenminister Molotow nach einer Amtsdauer von fast zehn Jahren durch seinen bisherigen Stellvertreter Wyschinski, den früheren Hauptankläger während der Epoche der grossen Säuberung, ersetzt. Für den Kundigen zeichnete sich damit ein Kurswechsel ab, der bisher noch immer durch solche personellen Revirements eingeleitet worden war. Dass es auch diesmal so sein würde, erschien umso wahrscheinlicher, je hartnäckiger Moskau solches dementierte. Tatsächlich suchte der sowjetische Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen, Malik, insgeheim Fühlung mit seinem amerikanischen Kollegen Jessup, um mit ihm Vorbesprechungen über eine Aufhebung der Berliner Blockade zu führen.

Im vergangenen Jahr hatten die Sowjets alles darangesetzt, um Verhandlungen mit dem Hinweis auf raffiniert ersonnene Schwierigkeiten geflissentlich hinauszuzögern. Die Bemühungen der demokratischen Körperschaften Berlins, die Sache ihrer Stadt zunächst durch Vermittlung der dänischen Regierung, die dieses ablehnte, später durch Vermittlung der französischen Regierung, die einwilligte, vor die Vereinten Nationen zu bringen, waren dank der Hartnäckigkeit des Ostblocks im Sande verlaufen. Jetzt aber drängte Moskau selbst so rasch wie möglich auf eine Lösung, die es ihm gestattete, den Bumerang der Berliner Blockade ohne allzu grossen Prestigeverlust von sich abzuschütteln. Darum führten die Vorverhand-

lungen zwischen Malik und Jessup auch zu einem erstaunlich schnellen Ergebnis. Am 4. Mai 1949 unterzeichneten die vier Besatzungsmächte in New York ein Abkommen: mit Wirkung vom 12. Mai sollten Blockade und Gegenblockade aufgehoben werden. Für den 23. Mai wurde in Paris eine neue Aussenministerkonferenz über das deutsche Problem einschliesslich der Währungsfrage vereinbart.

Selbst Ernst Reuter hatte mit einer so raschen und reibungslosen Entwicklung nicht gerechnet. Voller Genugtuung konnte er der Bevölkerung in einem Aufruf verkünden: *«Der Versuch, uns auf die Knie zu zwingen, ist gescheitert.»* Unermesslicher Jubel herrschte, als am 12. Mai 1949 die ersten Lastzüge aus Westdeutschland über die nunmehr wieder offene Autobahn die Westberliner Kontrollpunkte passierten. Das Dröhnen der Flugzeugmotoren, das sich in diesen Jubel mischte, gab den Berlinern überdies die Gewissheit, dass sich die Westmächte dennoch nicht wieder düpiieren lassen, sondern die Luftbrücke bis zu einem konkreten Ergebnis der vorgesehenen Verhandlungen fortsetzen würden.

Am gleichen Nachmittag des 12. Mai demonstrierten die Berliner vor dem Schöneberger Rathaus, dem neuen Amtssitz der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats. Der spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer war in seiner damaligen Eigenschaft als Präsident des Parlamentarischen Rats mit vielen anderen westdeutschen Politikern nach Berlin gekommen, um zur Bevölkerung zu sprechen. Der allgemeine Freudentaumel dieses Tages liess alle Beteiligten vergessen, was für schwierige Probleme im Hinblick auf die gefährdete deutsche Einheit sowohl wie auf die wirtschaftliche Lage Berlins noch zu lösen sein würden. Wer aber wollte es den vor dem Schöneberger Rathaus Versammelten, den Rednern wie dem Publi-

kum, nachträglich verargen, dass für einige Stunden wenigstens alle Sorgen um die Zukunft in dem überwältigenden Bewusstsein untergingen, einen beispiellosen Kampf um die Freiheit – nicht nur gegen den sichtbaren Gegner, sondern auch gegen die Verlockungen in der eigenen Brust, vielleicht doch den Weg des geringsten Widerstandes zu beschreiten, siegreich bestanden zu haben?

## DIE ÄRA ERNST REUTER (1949-1953)

### EIN DEMOKRATISCHER SOUVERÄN

Es mag von manchem Leser als Beweis für den unausrottbaren deutschen Autoritätsglauben ausgelegt werden, dass der Verfasser mit dieser Kapitelüberschrift einer ganzen geschichtlichen Ära an einem bestimmten wichtigen Orte den Namen eines einzigen Mannes gibt. Nun ist aber die Beobachtung, dass erst das erkennbare Wirken bedeutender Persönlichkeiten gerade einer Demokratie Glaubwürdigkeit, Lebenswärme und Widerstandskraft verleiht, keineswegs auf die deutschen Grenzen beschränkt. Der entscheidende Wesensunterschied zwischen Diktatur und Demokratie besteht lediglich darin, dass in einer Diktatur die Masse mit blinder Gläubigkeit zu einem Fetisch betet, während in einer gesunden Demokratie die Öffentlichkeit sehenden Auges echte Autoritäten respektiert. Niemand würde es den Engländern verargen, wenn sie mindestens die Phase des zweiten Weltkrieges, die zwischen dem Zusammenbruch Frankreichs und der Schicksalswende vom Herbst 1942 liegt, als die Ära Churchill bezeichnen wollten. Mit dem gleichen Recht kann der Berliner die Entwicklungsphase seiner Stadt, die – übrigens zufällig – mit der ersten Legislaturperiode in der deutschen Bundesrepublik zusammenfällt, als die Ära Ernst Reuter bezeichnen. Schon dass ein neuer deutscher demokratischer Staat in dieser Form überhaupt zustandekam, ist nicht zuletzt den unermüdlichen Bemühungen Ernst Reuters zu verdanken. Ebenso schicksal-



haft mutet es an, dass Reuter ausgerechnet im Herbst 1953, nach einem Jahr, das ihm eine beispiellose Fülle von Verpflichtungen, Aufregungen und Enttäuschungen gerade in der Deutschlandpolitik bescherte, unter der Last seines Daseins plötzlich zusammenbrach.

Ein psychologischer Grund kommt noch hinzu, um die Tatsache zu rechtfertigen, dass man die Entwicklung Berlins in den nun zu beschreibenden Jahren als eine Ära Reuter bezeichnet. Weit mehr als seine streitbaren Zeitgenossen und Widersacher auf der Bundesebene, Bundeskanzler Dr. Adenauer und Oppositionsführer Dr. Schumacher, war Ernst Reuter geradezu der Prototyp eines demokratischen Souveräns. Bei aller Festigkeit seiner Konzeption neigte er nie zu einsamen Entschlüssen. Bei aller Aufrichtigkeit seiner politischen Überzeugung als Sozialist verwechselte er niemals Meinung und Gesinnung und sah darum auch in dem politischen Gegner, soweit er mit diesem nur eine Grundskala von Werten gemeinsam hatte, eher den Partner als den geschworenen Feind. Während bei dem Bundeskanzler wie bei dem Oppositionsführer oft genug die Parteipolitik in den Vordergrund trat, gab Reuter jeweils den konkreten Überlegungen des Augenblicks, wie sie ein Staatsmann anstellen muss, vor parteipolitischen Befangenheiten den Vorzug.

Natürlich ging es ihm begreiflicherweise hauptsächlich um das Wohl und Wehe der Stadt, die er so überzeugend nach aussen vertrat. Aber gerade der Mangel an Verständnis, dem er in seinen letzten Lebensjahren oft genug in den eigenen Reihen begegnete, ist ein Beweis dafür, dass seine *«Berliner Sicht»* niemals zu einer Scheuklappenperspektive wurde. Er begriff Berlin ebenso sehr als Symbol der kämpfenden Freiheit wie einer späteren Vermittlung zwischen den derzeitig noch feindlichen Blöcken. Nach seiner Grundkonzeption, der er bis zum letzten Atemzug treu blieb, sollte weder Europa am heuti-

gen Eisernen Vorhang seine Grenze finden noch sollte sich Deutschland nach erreichter Wiedervereinigung gleichsam aus der Geschichte zurückziehen, um sich dem Traum irgendwelcher nationalen Idyllen ohne Rücksicht auf seine gesamt-europäische Verantwortung hinzugeben.

Als handelnder und daher notgedrungen häufig reagierender Politiker blieb Reuter aber im Gegensatz zu vielen, wenn nicht den meisten seiner Zeitgenossen niemals der Gefangene seiner Ideen oder gar seiner Wunschvorstellungen von gestern. Die Treue zum inneren Gesetz verwehrte es ihm niemals, der Einsicht in das Notwendige und Nächstliegende zu folgen und daher die Akzente seiner Haltung und seiner Argumente manchmal recht kräftig zu verschieben. Die Eigenwilligkeit, die ihm schon Lenin nachgesagt hatte, machte ihn manchmal seinen politischen Freunden ebenso verdächtig, wie sie ihm die Herzen des Volkes öffnete, das immer wieder spürte, in Ernst Reuter einem selbstverantwortlichen Mann gegenüberzustehen und keinem ängstlich über die eigene linke und rechte Schulter hinwegschielenden Parteifunktionär. In all der lebendigen Vielfalt seines Wesens ist Reuter daher von seinen Berliner Landsleuten und Schicksalsgefährten nicht allein geachtet und bewundert, sondern geliebt worden.

Für Reuters inneres Wohlbefinden, für die bis dahin unerschöpflich scheinenden Impulse seiner Kraft ist freilich der 12. Mai 1949, der Tag der Aufhebung der Blockade, zu einem tragischen Wendepunkt geworden. Bis dahin waren die Fronten klar, die Positionen eindeutig, die Bundesgenossen ebenso unverkennbar wie die Feinde. Für einen Menschen, in dessen Innerem bei allem durchaus zutagetretenden politischen Ehrgeiz die Stimme des Gewissens ausschlaggebend bleibt, sind gerade solche harten Epochen, an denen Kleinere zerbrechen

oder wenigstens verzagen, Höhepunkte des Glücksgefühls und der Selbstbestätigung. Von solchen moralischen Kraftquellen gespeist, hatte Reuter im März, im Juni und im September 1948 seine Stimme ohne Übertreibung und falschen Pathos für Millionen erheben können, war er zum Volkstribunen in des Wortes sauberster Bedeutung geworden. Dass er es auch in den folgenden Jahren zu bleiben vermochte, macht seine eigentliche geschichtliche Grösse aus, erklärt aber auch ganz wesentlich sein jähes Verlöschen. Vor und während der Blockade galt es vor allem, Seite an Seite mit dem Volke zu kämpfen, den übermächtigen Gegner zu bestehen, sich nicht niederzwingen zu lassen; nach der Blockade galt es an der Seite des gleichen Volkes zu leiden, sich über zahllose nichtige Kleinigkeiten zu ärgern, die oft völlig überflüssig waren, oder über die Kurzsichtigkeit und den Egoismus lauer Freunde enttäuscht zu sein. Ernst Reuter hat die Sorgen und Kummerisse der Berliner Bevölkerung genauso ernst genommen und genauso zu seinen eigenen gemacht wie in den vorausgegangenen Zeiten ihren Kampfeswillen und ihre Unverzagtheit.

Während Reuter sich vor Aufhebung der Blockade nur an einer Front und gegen einen Feind zu wehren hatte, sah er sich in den letzten vier Jahren seines Lebens dauernd in Mehrfrontenkriege verwickelt, aber an kleineren oder gar kleinlichen Schauplätzen. Die Sowjets gaben selbstverständlich mit der Blockade keineswegs gleichzeitig die Absicht auf, das widerpenstige und unbequeme Berlin eines Tages doch noch zu erobern. Sie ersetzen lediglich die Strategie des Grossangriffs durch die Taktik unzähliger Nadelstiche, wobei sie noch dazu ihren deutschen Willensvollstreckern immer häufiger die Initiative überliessen. Mit der Gründung der Bundesrepublik geriet die Berliner Politik unvermeidlich mehr und mehr in den

Sog eines Phänomens, das vor diesem Zeitpunkt noch niemand, wenigstens nicht mit solcher Schärfe, voraussehen konnte: das erbitterte Tauziehen zwischen Regierung und Opposition, zwischen Adenauer und Schumacher um die «richtige» Aussenpolitik. Die jahrelange Unversöhnlichkeit der bald aufbrechenden Gegensätze liess freilich schon vermuten, was wir heute wissen, dass nämlich im Grunde keiner der beiden Kontrahenten im Besitz einer Art Patentlösung für die deutsche wie für die europäische Frage war, sondern dass die Wahrheit auch hier, wie so oft, in einer nicht starren, sondern elastischen Mitte liegen musste. Reuter war unbefangen genug, diesen mittleren Weg zu erkennen und versuchte ihn immer wieder einzuschlagen, aber die Schlachtrufe aus Bonn drangen schliesslich stets deutlicher auch nach Berlin und trübten selbst dort auf Jahre hinaus das bis dahin so gute Einvernehmen zwischen den demokratischen Partnern.

Am demütigendsten und erbitterndsten für das Stadtoberhaupt des freien Berlin war jedoch die Tatsache, dass man in Westdeutschland für diese Stadt nach einer Periode so ungewöhnlicher Bewährung ursprünglich noch werben, ja, dass man förmliche Bittgänge unternehmen musste, um die Bevölkerung, die dem Schicksal politischer Versklavung und Aushungerung erfolgreich getrotzt hatte, wirtschaftlich am Leben zu erhalten. Es sollte noch Jahre dauern, bis Westberlin fest und unauflöslich sowohl in das Wirtschafts- wie in das Finanzsystem des Bundes eingegliedert wurde, bis die westdeutschen Unternehmer begriffen, dass Aufträge nach Berlin eine ebenso prompte und sichere Erledigung fanden, wie nach anderswo, bis die rasch anwachsende Bürokratie dahinterkam, dass Bundesbehörden trotz der geographischen Entfernung

und Isolierung in Berlin ebensogut und ungestört zu arbeiten vermochten wie in irgendeiner westdeutschen Stadt.

Jahrelang hat der Oberbürgermeister und spätere Regierende Bürgermeister Ernst Reuter in vierzehntäglichen Rundfunkvorträgen unter dem Titel «*Wo uns der Schuh drückt*» mit seinen Berliner Landsleuten die brennendsten und aktuellsten Probleme besprochen. Das, was ihn am meisten bedrückte und beunruhigte, war die erschreckend hohe Arbeitslosenziffer, die mit der ungesicherten Wirtschaftslage Berlins zusammenhing. Oft genug prophezeite er mit seinem tatenfrohen Optimismus, bald werde auch dieses Gespenst gebannt sein, weil er die unmittelbaren Wirkungen bestimmter wirtschaftspolitischer oder fiskalischer Massnahmen überschätzte. In Wirklichkeit erlebte er nur noch die ersten Symptome einer allmählichen Druckentlastung. Der eigentliche Anschluss Westberlins an die Hochkonjunktur der Bundesrepublik und damit die Aufsaugung der Arbeitslosigkeit begann sich erst nach Reuters Tod auszuwirken.

Am 1. September 1948, als die Blockade Berlins bereits mehr als zwei Monate andauerte, hatte in Bonn der Parlamentarische Rat mit seinen Arbeiten für das Grundgesetz eines späteren westdeutschen Teilstaates begonnen. Die aus den Länderparlamenten entsandten Abgeordneten unterzogen sich ihrer Aufgabe von vornherein mit grossem Fleiss, viel Sachkunde und Verantwortungsgefühl, aber mit wenig Begeisterung. Es waren ja nach menschlicher Voraussicht nur drei der ehemaligen Besatzungszonen, denen ihre Bemühungen einen gemeinsamen Rahmen geben würden: die vierte die wichtigste, weil sie die eigentliche und gemeinsame deutsche Hauptstadt Berlin umschloss, blieb wahrscheinlich ausserhalb dieses Gesetzgebungswerkes, musste womöglich sogar einen eigenen, fremdartigen, der Bevölkerung selbst höchst unerwünschten

Weg in die Zukunft einschlagen. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rats liessen sich nicht zuletzt deswegen, weil sie für die Vereinigung aller Zonen noch immer auf ein Wunder hofften, mit ihrer Arbeit am Grundgesetz weitaus mehr Zeit, als die auftraggebenden Westmächte erwarteten. In deren Hauptquartieren hatte man etwa schon für November 1948 mit der Vorlage eines fertigen Entwurfs gerechnet. Fertiggestellt wurde das Grundgesetz hingegen erst im Frühjahr 1949. Aber ganz abgesehen davon, dass sich die Abgeordneten mit den Beratungen nicht beeilten, widerstrebte es vielen von ihnen, besonders in der ersten Zeit, den deutschen Teilstaat der Zukunft zu klar als solchen zu definieren. Vor allem die Sozialdemokratie neigte der Ansicht zu, man könne den Charakter des neuen westdeutschen Staatsgebildes gar nicht provisorisch genug bestimmen, um die etwa noch vorhandenen Chancen für eine möglichst baldige Vereinigung mit der Sowjetzone nicht allzusehr zu verbauen.

Reuter teilte diese Anschauungen nicht. Er hatte in Berlin seit Jahren die Sowjets als Partner und Gegner kennengelernt. Darum versprach er sich nichts von einer konzilianten Haltung, die sich auf die Hoffnung gründete, durch eigenes verständnisvolles Entgegenkommen auch Moskau zum Einlenken zu bewegen. Wie zuvor in der Währungsfrage vertrat Reuter nun in der Frage der politischen Zukunft Westdeutschlands ebenfalls einen harten und unnachgiebigen Standpunkt. Gerade weil ihm die deutsche Wiedervereinigung von seinem Standort aus und in seiner Position im wörtlichsten Sinne näher lag als jedem anderen, hielt er es für notwendig, dass im Westen Deutschlands ebenso klare und unverkennbare Tatbestände geschaffen werden müssten wie in dessen östlicher Hälfte. In unmittelbarer Nachbarschaft einer besseren Sowjetprovinz dürfe kein allzu luftiges und zerbrechliches Gebilde

entstehen, so meinte er, sondern vielmehr ein Gebilde, von dem eine mächtige Anziehungskraft ausgehen müsse. Nur so könne es der Sowjetzone in absehbarer Zeit ermöglicht werden, sich mit dem übrigen Deutschland wiederzuvereinigen. Natürlich setzte auch Reuter sich für einen provisorischen westdeutschen Staat ein, aber bei ihm lag der Akzent unverkennbar mehr auf dem Hauptwort «Sfaat» als auf dem Eigenschaftswort «*provisorisch*». Man sieht, im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung dachte Reuter viel konsequenter dialektisch als seine westdeutschen und sogar ein Teil seiner Berliner Parteifreunde, aber seine Zähigkeit vermochte es schliesslich doch, der von ihm gewünschten Akzentsetzung auch innerhalb der SPD Resonanz zu verschaffen.

Keineswegs aber beabsichtigte Reuter in der Antithese zu verharren, sondern betrachtete diese vielmehr als Voraussetzung einer kommenden Synthese. Er hatte die im September 1949 geborene Bundesrepublik zwar von vornherein stark gewollt, aber nur, um sofort eine unwiderstehliche politische Offensivkraft in östlicher Richtung zu entwickeln. Einerseits besass er zuviel politische Phantasie, um an einer westeuropäischen Konstruktion viel Gefallen zu finden, die die willkürliche und unnatürliche Grenze des Eisernen Vorhangs auf ungewisse Frist einfach hinnahm. Andererseits dachte er von der Freiheit zu gross, um diese in seinen Vorstellungen auf den gegenwärtig versklavten Teil Deutschlands beschränken zu wollen. Die damals noch rund 20 Millionen Deutscher in der Sowjetzone, für die er sprach und für die er immer wieder stellvertretend zu handeln versuchte, lagen ihm gewiss am nächsten, sie waren sein unmittelbares Gegenüber, aber im Prinzip beschäftigte ihn das künftige Schicksal der 80 Millionen Osteuropäer unter unfreiwilliger kommunistischer Herrschaft nicht weni-

ger. Ja, wenn er sich bei besonderen Anlässen in öffentlichen Reden und Kundgebungen, wie das öfter geschah, voller Respekt und Sympathie an das «*grosse russische Volk*» wandte, in dessen Mitte er einige Jahre seines Lebens verbracht hatte und dessen Sprache er noch immer fließend beherrschte, dann handelte es sich nicht um unverbindliche Höflichkeitsgesten, sondern es klangen immer echte Herztöne mit.

Es war klar, dass ein Mann mit solchen Anschauungen und Zielsetzungen in dem Augenblick, als sich in der Bundesrepublik der Dualismus «*westeuropäische Integration – Wiedervereinigung Deutschlands*» immer schroffer und kompromissloser abzeichnete, seinen eigenen Standort nicht ohne weiteres im Lager der einen oder der anderen Seite bestimmen konnte. Kein Zweifel, dass ihm die offizielle Deutschland- und Aussenpolitik, zu der sich schon die erste Bundesregierung zwangsläufig durchringen musste, ohne dazu durch das Besatzungsstatut bereits offiziell legitimiert zu sein, erheblich enttäuschte. Reuter besass zuviel Instinkt für die prägende Symbolkraft politischer Entscheidungen, um nicht die Wahl Bonns als Bundeshauptstadt für einen Fehler zu halten. Was für Impulse konnten angesichts der gegebenen Situation von einer linksrheinisch gelegenen Zufallsmetropole für eine schöpferische gesamtdeutsche Politik ausgehen? Aber auch die Zukunft Europas wollte Reuter nicht am Rhein geographisch gleichsam fixiert wissen, übrigens hätte sogar die Wahl Frankfurts als Bundeshauptstadt seinen Ansprüchen nicht genügt. Er trat dafür ein, die Hauptstadt der Bundesrepublik so weit wie möglich nach Osten, an die unmittelbare Grenze des Eisernen Vorhangs zu verlegen.

Nicht nur als deutscher Politiker, sondern mehr noch als Repräsentant des schwergeprüften Berlin litt Reuter stark unter dem anfänglichen egoistischen Unverständnis, das der Durch-



schnitt der neuen «*Bundesrepublikaner*» der eigentlichen deutschen Hauptstadt bewies. Das von den Sowjets unter dem Titel «*Deutsche Demokratische Republik*» am 7. Oktober 1949 aus der Taufe gehobene Zwangsgebilde scheute sich nicht, unter Missachtung der völkerrechtlich nach wie vor gültigen Viermächte Vereinbarungen und unter stillschweigender Duldung Moskaus, vom ersten Tage seiner Existenz an Ostberlin zu seiner Hauptstadt zu erklären. Freilich kam den kommunistischen Machthabern, was Reuter nie verkannte, in ihren ehrgeizigen Bestrebungen der geographische Zufall zu Hilfe. Der klugen Besonnenheit des Oberbürgermeisters des freien Berlin lag es bei aller heissen Liebe zu seiner Stadt durchaus fern, die Gegenrechnung zu präsentieren und für Westberlin die offizielle Hauptstadtfunktion der Bundesrepublik zu fordern. Das erwies sich schon darum als unmöglich, weil das ursprüngliche Bestreben des Parlamentarischen Rats, Westberlin von vornherein als gleichberechtigtes Bundesland in den neuzuschaffenden Staat einzubeziehen, an dem Veto der drei Westmächte gescheitert war, die ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen auch in der neuen Ära nach Aufhebung der Blockade viel genauer nahmen und viel peinlicher respektierten als ihre sowjetischen Partner. Wenn sich aber somit die volle de-jure-Eingliederung Berlins in die Bundesrepublik vorerst als nicht realisierbar erwies, lag Reuter umso mehr daran, sobald wie möglich einen soliden de-facto-Zustand für die von ihm vertretene Stadt garantiert zu sehen. Welchen Schwierigkeiten er dabei vor allem in den ersten Jahren begegnete, wird in einem anderen Zusammenhang noch ausführlicher darzustellen sein.

Auf der anderen Seite übersah Reuter nicht, dass jede Stärkung der Länder des freien Europa, sei es in Form einer wirtschaftlichen Integration, sei es in Form politisch-administrati-

ver Zusammenschlüsse, mit einer Konsolidierung der noch immer bedrohten Freiheit identisch sei und darum über kurz oder lang der Sache Berlins, der Sache Mitteldeutschlands und nicht zuletzt sogar der Sache Osteuropas wenigstens indirekt zugute kommen müsse. Insofern verstand er auch nicht das harte und kategorische Nein, das die westdeutsche Sozialdemokratie in ihrer Oppositionsstellung unter der Führung Kurt Schumachers allen Initiativen der Bundesregierung in dieser Richtung entgegensetzte, mochte es sich nun um die Mitwirkung der Bundesrepublik in dem seit 1949 bestehenden Europarat, mochte es sich später um den Schuman-Plan oder schliesslich um das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft handeln. In jedem Falle neigte Reuter eher dazu, solche Tendenzen auf ihre politische Wirksamkeit und mögliche Durchschlagskraft unbefangen zu prüfen als sie à priori, weil sie sich mit einem bestimmten Konzept nicht vertrugen, pauschal abzulehnen.

Die gewisse Tragik, von der Reuters letzte Lebensjahre umwittert waren, hängt ganz unverkennbar mit seiner unverwechselbaren staatsmännischen Grösse zusammen. Seine Wesensart, die Universalität seiner Perspektive sowohl wie der Ort seines Wirkens befähigten ihn wie wenige, um diesen Vergleich einmal zu prägen, mit beiden Augen zu sehen und mit beiden Ohren zu hören. Bei aller Aufgeschlossenheit für notwendige und unaufhaltsame westeuropäische Entwicklungen behielt er die Wiedervereinigung als vordringliches Ziel deutscher Politik und als unerlässliche Vorstufe einer späteren gesamteuropäischen Lösung im Auge. Der Lärm von Wiedervereinigungsparolen aller Art, der ihn gerade in Berlin täglich umgab, darunter auch von solchen der anderen Seite, die damals sowenig ehrlich gemeint waren wie in späteren Jahren,

machte ihn nicht taub für die unüberhörbare Forderung der Geschichte, dass für diese Wiedervereinigung zwar mit allen möglichen Preisen, aber nicht mit auch nur einem Minimum von Freiheit gezahlt werden dürfe.

#### HAUSSTREIT IN DER BERLINER KOALITION

Diese Universalität und darum auch intellektuelle Unverführbarkeit des Blickfeldes, die sich Reuter zeitlebens zu erhalten vermochte, galt leider nicht in gleichem Masse für seine unmittelbare politische Umgebung. Die moralische Einheit, mit der die demokratischen Kräfte Berlins der Blockade getrotzt und den Anschlag des sie alle gemeinsam bedrohenden Totalitarismus abgewehrt hatten, begann zu zerbröckeln. Der Widerspruch zwischen den nunmehr auch in Westberlin gefüllten Schaufenstern, die an Üppigkeit denen in der Bundesrepublik bald in nichts nachstanden, und der Wirtschaftskrise, die immer schwerer auf der Stadt lastete, riss ohnedies lokale Gegensätze auf. Zu Beginn des Jahres 1949 waren in Westberlin 113'000 Arbeitslose registriert. Bis zum Jahresende hatte sich diese Zahl durch die unmittelbaren Folgen der Währungsreform sowohl wie der wirtschaftlichen Isolierung der Stadt mit rund 280'000 annähernd verdreifacht, um lange Zeit, unbeschadet der nunmehr einsetzenden kräftigen Finanzhilfen, konstant zu bleiben. Reuters politische Freunde deuteten die Wirtschaftskrise auf ihre Art und wiesen darauf hin, dass der Oberbürgermeister als Sozialdemokrat bei der sozialistenfeindlichen Bonner Koalition nur mit Ablehnung und Misstrauen rechnen könne. CDU und FDP (die frühere LDP hatte sich inzwischen in Anlehnung an ihre westdeutsche Bruderpartei einen anderen Namen gegeben) drehten den Spiess um und liessen in der Öffentlichkeit durchblicken, die Berliner

würden besser fahren, wenn sie sich auch politisch dem Bonner Kurs geschmeidiger anpassten. Schliesslich dürfe man von einer Regierung, die ganz bestimmte wirtschaftliche Tendenzen verfolge, nicht verlangen, grosszügige Investitionshilfen an eine Stadt mit einer so kompakten sozialistischen Mehrheit gleichsam zu verschwenden.

Die Argumente beider Seiten waren übertrieben und in ihrer Zuspitzung abwegig. Dass Reuters Bemühungen um eine grosszügige Wirtschafts- und Finanzhilfe in Bonn ursprünglich auf wenig Verständnis und Gegenliebe stiessen, lag selbstverständlich nicht oder nur zum geringsten Teil daran, dass ein prominenter Sozialdemokrat solche Wünsche vortrug. Die Gründe lagen ganz woanders: in der Bundesrepublik gab man sich, nachdem die drückendsten Fesseln des Besatzungsregimes gefallen waren und nachdem sich mit der Begrenzung der ursprünglich viel weiter gespannten Demontagepläne Investitionen auf lange Sicht wieder lohnten, mehr oder minder in allen Bevölkerungskreisen dem Taumel des rasch aufblühenden und hier und da auch schon üppig ins Kraut schiessenden Wirtschaftswunders hin. Man scheute vor jedem Risiko und noch mehr vor jedem Opfer zurück. Während der Blockade selbst hatte das Gefühl der Solidarität mit der bedrängten deutschen Hauptstadt auch die öffentliche Meinung in den Westzonen weitgehend beherrscht. Nach ihrem Scheitern schienen die Verhältnisse in Berlin für den oberflächlichen Betrachter hinreichend stabilisiert. Dass die Berliner Produktion infolge der unnatürlichen Verhältnisse und ohne eigenes Verschulden meilenweit hinter der Bundesrepublik zurückblieb und dass das Heer der Arbeitslosen stieg und stieg, wurde aus der geographischen Entfernung kaum wahrgenommen. Um das gewaltige Gefälle zwischen Westberlin und der Bundesrepublik allmählich auszugleichen, waren ferner viele gesetzgeberische Massnahmen an beiden

Orten erforderlich, die nun einmal ihre Zeit brauchten. Mindestens ebensoviel Zeit brauchte es aber, bis sich das Verständnis für die besondere Lage Berlins in allen Schichten, auf die es ankam, durchgesetzt hatte. Am ehesten war es von vornherein auf der Bonner Ministerebene anzutreffen. Von hier führte ein weiter Weg bis zur Ministerialbürokratie, und von hier ein noch weiterer Weg bis zu den Kreisen der Wirtschaft, auf die es im Hinblick auf eine kontinuierliche Auftragserteilung vor allem ankam und die nun einmal unter marktwirtschaftlichem Vorzeichen zur Erfüllung staatspolitischer Notwendigkeiten nicht ohne weiteres gezwungen werden können. Der Bundeskanzler selber erklärte bei aller unausrottbaren Abneigung gegenüber dem Sozialismus mehrfach, dass in Berlin grundsätzlich auf die Dauer gegen die Sozialdemokratie weder regiert werden könne noch regiert werden dürfe.

Ebenso unsinnig nahmen sich aus objektiver Sicht die Versuche aus, die Führungskräfte der Berliner SPD des Utopismus und der Leichtfertigkeit zu verdächtigen. Ihr Bestreben war es ja gerade, Westberlin so eindeutig und wirksam wie möglich in das ökonomische und soziale System der Bundesrepublik einzubeziehen, und wenn man das wollte, dann ging es nicht an, dass sich ein einzelner Teil, noch dazu in geographisch so isolierter Lage, von den diesbezüglichen Strömungen und Leitmotiven ausschloss, die die neuen Konturen des Ganzen prägten. Die eigentliche Wirtschaftspolitik fiel ausserdem mit allen einschlägigen Gesetzen nach den Verfassungsbestimmungen eindeutig in die Kompetenz des Bundes, und ihren Tendenzen hatten sich auch die Länder anzupassen. Diese Notwendigkeit ist weder von Reuter noch von seinem langjährigen Wirtschaftsexperten Klingelhöfer jemals verkannt worden.

Nichtsdestoweniger spielten derartige gegenseitige Vorwürfe und Verdächtigungen in den Berliner politischen Auseinan-

dersetzungen während der ersten Jahre nach der Aufhebung der Blockade eine grosse Rolle. In ihnen kam deutlich zum Ausdruck, wie stark auch die Berliner Parteien trotz ihrer Eigengesetzlichkeit zwar vorübergehend, aber doch für eine beträchtliche Zeitspanne in das Fahrwasser des Bonner Kurses hineingerieten. Als Ende 1950 die zweite Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung zu Ende ging, entbrannte in Berlin ein Wahlkampf von einer so ungunstigen und unsachlichen Schärfe, wie das weder vorher noch nachher jemals zu verzeichnen war.

Wie erinnerlich, hatte bereits die erste Stadtverordnetenversammlung der Alliierten Kommandantur am 22. April 1948 einen gegen die Stimmen der SED verabschiedeten Verfassungsentwurf vorgelegt, der für Gesamtberlin künftig den Status eines Landes mit eigenen Hoheitsrechten vorsah. Infolge des Zerfalls der Viermächteverwaltung trat dieser Entwurf für Gesamtberlin niemals in Kraft, doch griff nunmehr die Westberliner Stadtverordnetenversammlung auf ihn zurück. Mit einigen Abänderungen, die sich aus der gewandelten Situation ergaben, wurde die Verfassung am 4. August 1950 erneut gebilligt und diente als Grundlage für die bevorstehenden Wahlen. Nach ihren Bestimmungen verwandelte sich die Stadtverordnetenversammlung künftig in ein Abgeordnetenhaus, der Magistrat in einen Senat und der Oberbürgermeister in einen Regierenden Bürgermeister, also auch offiziell in einen Regierungschef. An die Stelle der provisorischen zweijährigen Legislaturperiode trat eine normale Legislaturperiode von vierjähriger Dauer. Das alles waren Gründe genug, um den bevorstehenden Wahlkampf für alle an ihm beteiligten Konkurrenten im Parteisinne interessanter zu machen als die früheren. Sie nutzten denn diese Gelegenheit auch sämtlich in erheblichem Masse aus.

Die Sozialdemokratie als führende Koalitionspartei musste sich diesmal unter viel ungünstigeren Umständen zur Entscheidung stellen. Auf ihr lastete dank ihres parlamentarischen Gewichts die Hauptverantwortung für eine Epoche, die zwar die Befreiung von der Blockade und der damit verbundenen politischen Drohung mit sich gebracht, aber der Bevölkerung dafür auch eine lähmende Wirtschaftskrise und eine hohe Arbeitslosigkeit beschert hatte. Als «der Wahlkampf begann, war die politische «Heroezeit» der Blockade schon in relativ weite Ferne gerückt, dafür brannten den Berlinern die sozialen Probleme und die mangelnde Kaufkraft, die sich vor den einladenden Schaufenstern umso ärgerlicher ausnahm, mehr denn je unter den Nägeln. Natürlich trug weder die Sozialdemokratie noch eine andere politische Partei an der Wirtschaftskrise auch nur die geringste Schuld, sondern dafür konnte man – ausser den Sowjets – allein die noch immer nicht restlos geklärte Stellung Westberlins zur Bundesrepublik und die mangelnde Risikofreudigkeit der westdeutschen Wirtschaftskreise verantwortlich machen. Der Wähler aber sieht nur das Nächstliegende; wenn es um grosse und weltbewegende Fragen geht, wie bei den Berliner Wahlen von 1946 und 1948, ist das für seine Entscheidung ein Vorteil. Wenn aber die Materie, um die es geht, zu kompliziert und unübersichtlich wird, sind zuweilen ungerechte Reaktionen die Folge.

Ein zweites Moment von psychologisch noch grösserem Gewicht trug dazu bei, der SPD gerade in Berlin die Sympathie zahlreicher Wähler zu entfremden, und das war die negativistische Haltung ihrer westdeutschen Schwesterpartei in allen aussenpolitischen Fragen. Viele Berliner, die der SPD in früheren Jahren aus dem einzigen Grunde ihr Vertrauen geschenkt hatten, weil sie in ihr das stärkste Bollwerk im Kampf

gegen den Totalitarismus sahen, begriffen die Hartnäckigkeit nicht, mit der die gleiche Partei auf der Bundesebene ihre Zustimmung zum Eintritt in den Europarat und zum Schuman-Plan verweigert hatte. Die berüchtigte «*Ohne-mich*»-Stimmung, die sich in jenen Tagen bei den ersten Erörterungen um einen künftigen Wehrbeitrag in der Bundesrepublik zeitweilig epidemisch verbreitete, griff dagegen kaum auf Berlin über. Die öffentliche Meinung ging vielmehr von der einfachen, im Grunde aber auch heute noch zutreffenden Vorstellung aus, dass jede politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenfassung der westlichen Kräfte automatisch zu einer Schwächung des Bolschewismus und damit zu einer Verminderung der totalitären Gefahr in aller Welt und für alle Welt führen müsse. Vor allem leuchtete den gesinnungsmässig nicht fest an die SPD gebundenen Berlinern keinesfalls ein, warum die von Schumacher geführte Sozialdemokratie, unter Berufung auf das Prinzip der deutschen Gleichberechtigung, so konsequent jegliche «*Vorleistung*» für die letzten Endes doch gemeinsame westliche Sache verweigerte. Schliesslich hatte man in Berlin von den Tagen des Grotewohlschen Verrats an bis zur Blockade den Kampf für die gute Sache und gegen einen wirklichen Feind geführt, ohne jemals nach dem abstrakten Prinzip irgendeiner Gleichberechtigung zu fragen. Das persönliche Auftreten der beiden grossen Gegner auf der Bundesebene, Dr. Adenauer und Dr. Schumacher, im Berliner Wahlkampf, trug höchstens dazu bei, die Meinungsverschiedenheiten und die gegenseitigen Missverständnisse noch zuzuspitzen. Der Berliner Raum war gleichzeitig zu eng und zu weit, um solche Spannungen zu kompensieren oder gar aufzuheben.

Indessen hatten die Vorstellungen Dr. Schumachers sich vornehmlich in der mittleren Funktionärsschicht der Berliner SPD mehr und mehr durchgesetzt. Von Reuter hingegen wuss-



te man, dass er durchaus seine eigenen Wege wandelte. Der Verdacht, ihr prominentester Mann sei nicht «*linientreu*» genug, verleitete die Berliner SPD-Führung zu einer seltsamen Fehlentscheidung. Statt Ernst Reuter wurde der damalige Parteivorsitzende Neumann als Spitzenkandidat aufgestellt, der sich während des Unabhängigkeitskampfes der Partei gegen die Kommunisten im Jahre 1946 Verdienste erworben hatte.

Das war, wie sich bald herausstellte, ein überaus kurzsichtiger Beschluss. Reuter galt allen Schichten der Bevölkerung als ihr berufener Vertreter, als die Inkarnation Berlins schlechthin, er wurde kaum noch als Parteimann betrachtet. Hätte die Möglichkeit bestanden, die Wahlen zum Abgeordnetenhaus mit einem Plebiszit für den künftigen Regierenden Bürgermeister zu verbinden, dann wäre ihm sicherlich eine erdrückende Majorität der Stimmen zugefallen. Aber auch als Spitzenkandidat seiner Partei hätte er dank seines persönlichen Ansehens der Berliner SPD sicherlich den Erdrutsch erspart, der bei den Wahlen am 3. Dezember 1950 tatsächlich eintrat.

Die SED, deren politische Aktivität in Westberlin nach wie vor keinen Beschränkungen unterlag, wie auch die SPD im Sowjetsektor formal erlaubt blieb, zog es wiederum vor, der Entscheidung auszuweichen und die Bevölkerung stattdessen durch ihre Presseorgane wie durch den noch immer von ihr beherrschten Berliner Rundfunk zum Fernbleiben von der Wahl aufzufordern. In dieser Beziehung reagierten die Berliner wiederum so instinktsicher wie bei früheren Gelegenheiten. Die Wahlbeteiligung übertraf mit 90,4 Prozent noch um ein Beträchtliches die Wahlbeteiligung vom 5. Dezember 1948. Die SPD büsste mit einem Verlust von mehr als 200'000 Stimmen einen erheblichen Teil ihres Wählerbestandes ein, ging von mehr als 64 Prozent auf 44 Prozent und von 76 Man-

daten in der letzten Stadtverordnetenversammlung auf 61 im neuen Abgeordnetenhaus zurück. Gewinner der Wahlen waren die beiden kleineren Koalitionsparteien, die CDU und die FPD, deren Mandatszahl von 26 auf 34 und im Falle der FDP sogar von 17 auf 32 anstieg. Die übrigen Parteien, die sich am Wahlkampf beteiligt hatten, vorwiegend rechtsgerichtete Splittergruppen und Interessentenverbände, blieben sämtlich unter der von der Verfassung geforderten Mindestzahl von 5 Prozent und erhielten keine parlamentarische Vertretung.

Damit war die SPD zwar die weitaus stärkste Fraktion geblieben, verfügte aber im Abgeordnetenhaus nicht mehr über die Mehrheit. Rein rechnerisch konnten die CDU und die FDP mit ihren zusammen 66 Mandaten allein eine Koalitionsregierung nach Bonner Muster bilden. In der Tat zeigte sich bei den Vorverhandlungen über die Senatsbildung bald, wie stark bei den beiden nichtsozialistischen Parteien die Koalitionsarithmetik in den Vordergrund trat. Gewiss hatte die SPD in den vergangenen zwei Jahren bei manchen Einzelheiten lokaler Gesetzgebung schwerwiegende Fehler begangen. Dennoch war ihr das Vertrauen fast jedes zweiten Berliner Wählers erhalten geblieben. Vor allem aber verfügte sie in Ernst Reuter über einen Repräsentanten von so unbestrittener Popularität und inzwischen übrigens auch erreichter Weltgeltung, dass die beiden anderen Parteien keinen ebenbürtigen Gegenkandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters herauszustellen vermochten. Trotz alledem verfolgten CDU und FDP hartnäckig das Bestreben, die SPD trotz ihrer noch immer vorhandenen Schlüsselstellung in die Opposition zu drängen. Sie einigten sich auf die Person des damaligen Berliner CDU-Vorsitzenden Walther Schreiber, während die SPD an der Kandidatur Reuters festhielt.

Da ereignete sich ein unerwarteter Zufall, dessen unberechenbare Konstellation einen besseren Ausweg verbürgte als die aufeinanderprallenden und reichlich unangebrachten parteipolitischen Egoismen. Die Kampfabstimmung in der zweiten Sitzung des Abgeordnetenhauses am 12. Januar 1951 endete als totes Rennen: für jeden der beiden Kandidaten, für Reuter wie für Schreiber, wurden je 62 Stimmen abgegeben. Da die SPD-Fraktion nur über 61 Mandate verfügte, musste also mindestens ein Abgeordneter der CDU oder der FPD für Reuter gestimmt haben: oder, genauer gesagt, mussten es mindestens zwei gewesen sein, da sich die beiden Kandidaten selber an der Abstimmung nicht beteiligten. Schreiber erkannte die Chance, die sich aus diesem Abstimmungszufall für Berlin ergab und bewährte eine seltene Vornehmheit und Würde. In internen Besprechungen mit seinem grösseren Rivalen verzichtete er auf eine nochmalige Kandidatur, so dass bei der zweiten Abstimmung am 18. Januar nur noch Ernst Reuter zur Wahl stand. Dieser erlebte allerdings neben der persönlichen Genugtuung eine bittere politische Enttäuschung. Von 125 abgegebenen Stimmen entfielen auf ihn nur 77, während sich 36 Abgeordnete der Stimme enthielten und der Rest gegen ihn stimmte. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kamen die Enthaltungen und Gegenstimmen aus allen Parteien, auch aus den Reihen der Sozialdemokratie, bei der es nicht wenige Abgeordnete gab, die nach der effektiven Niederlage ihrer Partei eine konsequente Oppositionsstellung vorgezogen hätten.

#### **DIE ERSTE STADTREGIERUNG**

Der nunmehrige *«Regierende Bürgermeister»* nahm unverzüglich Verhandlungen für eine Senatsbildung auf breiter Grundlage auf. Davon abgesehen, dass eine solche Lösung sei-

nen politischen Überlegungen am meisten entsprach, war die Zusammenarbeit mit mindestens einer der beiden nichtsozialistischen Gruppen durch die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus sowieso vorgeschrieben. Schon am 1. Februar 1951 konnte Ernst Reuter seine Regierungserklärung abgeben und den neuen Senat vorstellen, der sich aus Vertretern aller drei Parteien zusammensetzte. Mit 115 Stimmen erhielt die erste offizielle Berliner Regierung ein eindrucksvolles Vertrauensvotum des Parlaments. Vor allem aber hatte der vorhin erwähnte Zufall den Berlinern den Mann an die Spitze erhalten, der zu seinen Lebzeiten überhaupt nicht und nach seinem plötzlichen Tode kaum zu ersetzen war.

Für den Menschen Ernst Reuter jedoch begann mit seiner neuen Amtsperiode eine schier pausenlose Leidenszeit. Nur mit äusserster Energie und Geduld vermochte er die bei vielen Gelegenheiten auseinanderweichenden Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuhalten. Sowohl an innenpolitischen Streitfragen – Schulwesen und Sozialversicherung – wie an der Unterschiedlichkeit der Auffassungen über das Verhältnis Westberlins zur Bundesrepublik entzündeten sich Gegensätze förmlich am laufenden Band. Im September 1951, im März 1952 und schliesslich im Frühjahr 1953 kam es zu teilweise wochenlang andauernden Senatskrisen. Die schwersten Spannungen entstanden häufig aus relativ geringfügigen personalpolitischen Differenzen, die Ernst Reuter zwangen, am 3. April 1952 eine neue Regierungserklärung abzugeben, der diesmal nur 66 Abgeordnete zustimmten, während sich 39 dagegen aussprachen und 14 sich der Stimme enthielten.

Aus der Rückschau erscheint es unverständlich, dass Reuter in den letzten Jahren seines Wirkens das Leben oft von seinen engsten Mitarbeitern im Senat wie von seinen politischen

Freunden so schwer gemacht wurde. Vor allem nehmen sich die Anlässe, die zu den chronischen Erschütterungen und Schwierigkeiten führten, geradezu unbegreiflich aus, doch darf man gerechterweise nicht vergessen, dass die Ursachen tiefer lagen. Zwischen 1951 und 1953 spitzten sich die inneren Kämpfe in der Bundesrepublik so dramatisch und leidenschaftlich zu, dass auch die Berliner Parteien zwangsläufig immer tiefer und heftiger davon in Mitleidenschaft gezogen wurden. Im Jahre 1951 konnte in der Bundesrepublik buchstäblich keine politische Debatte mehr geführt werden, ohne dass die Rede auf das Thema der «*Remilitarisierung*» kam, mochte dieses noch so wenig in den Rahmen passen. Im Mai 1952 ergaben sich aus der Unterzeichnung des EVG- und des sogenannten Deutschlandvertrages durch Dr. Adenauer neue Spannungsmomente, die die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition gelegentlich auf das bedenkliche Niveau persönlicher Verdächtigungen und Schmähungen abgleiten liessen. Der Deutschlandvertrag gab der Bundesrepublik als Partner der geplanten, aber durch die schliessliche französische Ablehnung niemals realisierten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bis auf gewisse Einschränkungen, die hauptsächlich mit dem Status Berlins und dem Problem der Wiedervereinigung zusammenhingen, die volle Souveränität zurück. Die Sozialdemokratie sprach sich heftig dagegen aus, weil sie Gegner der EVG war und an dem Deutschlandvertrag bemängelte, dass er der Bundesrepublik die volle Gleichberechtigung versage. (Gerade diese Argumentation war übrigens nicht sehr einleuchtend, denn die von der SPD so entschieden geforderte unbeschränkte Gleichberechtigung der Bundesrepublik innerhalb der westlichen Partnerschaft wurde ihr ja in dem Deutschlandvertrag ausdrücklich um der Wiedervereinigung willen, die doch der SPD so sehr am Her-

zen lag, vorenthalten.) Von Ende 1952 ab rüsteten alle westdeutschen Parteien schliesslich für den zweiten Bundestagswahlkampf, durch den Adenauer seine Position zu festigen trachtete, die SPD ihrerseits die Regierungsverantwortung zu übernehmen hoffte. So kam es, dass auch die demokratischen Parteien Berlins zeitweilig immer gebannt nach Westen blickten, sich in das hier gezogene Spannungsfeld eingeordnet fühlten und gelegentlich so taten, als hätte die östliche Gefahr seit Beendigung der Blockade aufgehört zu existieren. In der Tat liess es Stalin in der letzten Phase seiner Herrschaft nicht an Versuchen fehlen, die westliche Wachsamkeit durch Friedensschalmeien und verlockend klingende Angebote einzuschläfern. Die psychologische Situation jener Epoche wurde am treffendsten von einem westdeutschen Karikaturisten erfasst, der in einer Tageszeitung eine aufschlussreiche Zeichnung veröffentlichte. Auf dem ersten Bild sah man den Eisernen Vorhang, hinter dem sich eine geballte Faust emporreckte, die ein Gewehr mit aufgeflepptem Bajonett schwang. Auf der westlichen Seite war eine Gruppe von Honoratioren dargestellt, die der drohende Gefahr etwas furchtsam zwar, aber doch in Reih und Glied entgegenblickte. Auf dem zweiten Bild hatte sich die Faust hinter dem gleichen Eisernen Vorhang zu einer Hand geöffnet, die den Palmenzweig des Friedens trug. Diese veränderte, aber absolut unverbindliche Geste brachte auf die westlichen Honoratioren eine unerwartete Wirkung hervor. Die ursprünglich geschlossene Phalanx löste sich in zwanglose Gruppen auf. Einige diskutierten eifrig miteinander und gegeneinander, andere zogen es jedoch vor, Blumen zu pflücken oder sich gar einem wohlthuenden Schlummer zu überlassen.

Mochten solche Reaktionen, wie sie in der soeben beschriebenen Karikatur mit Witz und Geist erfasst wurden, westlich des

Eisernen Vorhangs zwar nicht gerade sehr klug und vorausschauend, aber doch immerhin menschlich verständlich sein: Westberlin lag als einziges dort noch bestehendes Bollwerk der Freiheit und der Hoffnung jenseits dieser unerbittlichen Grenzlinie. Das vergass Ernst Reuter nie und liess darum auch den eigentlichen Widersacher niemals aus den Augen. Er blickte genauso wachsam nach Osten, wie viele seiner Mitarbeiter und zeitweilig die Mehrheit seiner politischen Freunde ebenso fasziniert nach Westen blickten, um an den dortigen, manchmal etwas haarspalterischen Auseinandersetzungen teilzunehmen. Wie Stalin sich auch in dieser Epoche bolschewistischer Defensive immer bewusst blieb, dass er mit dem isolierten Berlin ein wertvolles Faustpfand behielt, blieb Reuter sich immer bewusst, dass die Freiheit dieser politischen Insel im Interesse Deutschlands, Europas und der ganzen westlichen Welt unbedingt gegen den Kommunismus bewahrt und verteidigt werden müsse, nicht allein gegen dessen Provokationen und Nadelstiche, sondern auch gegen manchmal harmlos und gutgemeint scheinende Überrumpelungsmanöver.

Gewiss war Ernst Reuter, so sehr ihm jede eitle Pose widerstrebt, von einem gesunden und legitimen Selbstbewusstsein erfüllt, und dieses Selbstbewusstsein wollte wirken und gestalten. Dem Selbstbewusstsein stand aber ein ebenso bewegliches wie empfindliches Temperament gegenüber, und es gab der Augenblicke genug, in denen der Regierende Bürgermeister seinen Partnern, wie man es volkstümlich ausdrückt, am liebsten «den *ganzen Krempel vor die Füsse geschmissen hätte*». Dass er trotz aller persönlichen und politischen Enttäuschungen an der Spitze ausharrte, zentrifugale Bestrebungen immer wieder zu versöhnen trachtete und dass er über allen Zank der Parteien hinweg für die Bevölkerung das Symbol ihres Widerstandes, der stillschweigende Garant ihrer Hoffnun-

gen und Sehnsüchte blieb, ist wohl seine grösste menschliche Leistung gewesen. Hätte er in jener kritischen Epoche manchen Versuchungen des Moments nachgegeben, wäre er freiwillig von der politischen Bühne abgetreten, wäre vielleicht jener Geist, der die von ihm verkörperte Stadt so erfolgreich allen frontalen Angriffen auf ihre Freiheit trotzen liess, im Laufe der Zeit von innen her zersetzt und ausgehöhlt worden.

Doch wenn sich auch zeitweilig manche Berliner Politiker von ihrer Hauptaufgabe ablenken liessen, dafür, dass die Bevölkerung nicht einschlieft, sorgten die Sowjets selbst. Gewiss gab es in Berlin in der Zeit nach Beendigung der Blockade im Mai 1949 bis zu dem Chruschtschow-Ultimatum vom 27. November 1958 gelegentlich sogar lange Ruhepausen, aber niemals eine völlig normale Lage. An dem gehässig gemeinten Namen «*Frontstadt*», den die Kommunisten Berlin seit Jahr und Tag beilegen, ist insofern etwas Richtiges, als auch in einem Kalten Krieg im vordersten Graben stets erhöhte Wachsamkeit geboten ist. Wenn die feindliche Infanterie nicht angreift, um im Vergleich zu bleiben, dann schießt vielleicht die feindliche Artillerie Störfeuer, und wenn selbst die Geschütze schweigen, ist bestimmt mit einem Spähtruppunternehmen zu rechnen. Wer daher den Namen «*Frontstadt*» so auslegt, als ob hier die «*Kalten Krieger*» zu Millionen versammelt wären, die nichts Besseres und Vernünftigeres zu tun hätten als sich unentwegt mit irgendwelchen Gegnern herumzuraufen, würde sich eines ebenso törichten wie ungerechten Fehlurteils schuldig machen. Wenn aber die Bezeichnung «*Frontstadt*» meint, dass der Zufall der Geschichte hier einen Menschenschlag ausgebildet hat, der mit besonders scharfen Sinnen, mit einer federnden Muskulatur und durch die lange Gewöhnung auch



mit einer staunenswerten Unerschrockenheit auf plötzliche Überfälle kleinen und oder grossen Stils zu reagieren pflegt, ist nichts gegen diese Bezeichnung einzuwenden.

Dass mit der Aufhebung der Blockade zwar der schlimmste Druck beseitigt, nicht aber die Gefahr schlechthin gebannt war, sollte sich schon auf der Pariser Aussenministerkonferenz herausstellen, die nach dem New Yorker Abkommen vom Mai termingemäss am 23. Mai 1949 begann. Sie verlief nicht so stürmisch wie ihre Vorgängerin in London im Spätherbst 1947, wobei ihre psychologischen Begleitumstände übrigens gar keinen Raum für Explosionen boten. Hatte aber die Londoner Konferenz wenigstens ein radikal negatives Ergebnis gezeitigt, so verlief die Pariser Konferenz völlig resultatlos. Es zeigte sich bald, dass die Sowjets gar nicht mehr ernstlich die Absicht hatten, zu der früheren Viermächtekontrolle unter entsprechend gewandelten Umständen zurückzukehren und ernsthaft in letzter Minute noch einmal über die Wiedervereinigung Deutschlands zu diskutieren. Alles, was Moskau anbot, war die faktische Rückkehr zu Potsdam, zu dem Prinzip einer kaum gemilderten Militärdiktatur mit dem unveränderten Verlangen nach Einstimmigkeit der Beschlüsse in allen alliierten Gremien, kurz, ein fast grotesk anmutender Versuch, nach soviel richtungweisenden Ereignissen, negativen Erfahrungen, aber auch grundsätzlichen Veränderungen der Zwischenzeit das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Es war klar, dass sich die Westmächte auf solche Vorschläge weder einlassen konnten noch einlassen wollten und dass ihre ablehnende Haltung auf die ungeteilte Zustimmung aller politisch aufgeschlossenen Deutschen rechnen konnte. Sowohl in den drei Westzonen wie in Westberlin war die Entwicklung vom willen- und einflusslosen Objekt zum mitgestaltenden Subjekt der Politik mittlerweile zu weit vorangeschritten, als dass man

abermals leichtgläubig und aus freien Stücken einer zweiten Entmündigung zugestimmt hätte. So kam auf der Pariser Aussenministerkonferenz nichts anderes heraus als die Konturen zweier deutscher Teilstaaten, deren Bildung in den zwei Jahren davor schon wesentlich gefördert worden war, und eine erneute Bestätigung des Viermächtestatus von Berlin.

Ein heisses Eisen aber packten die Westmächte zur grossen Enttäuschung der Berliner und ihres Oberbürgermeisters wiederum nicht an. Dabei hätte sich dieses Risiko wahrscheinlich zu keinem Zeitpunkt mehr gelohnt als im Frühjahr 1949, weil die Sowjets damals zwar zur Teilung Deutschlands entschlossen, aber von dem blamablen Ergebnis der Blockade doch recht ernüchtert, um nicht zu sagen, entmutigt waren. Absolut klare, buchstäblich auf Punkt und Komma ausgearbeitete Vereinbarungen über die Freiheit der Zufahrtswege von und nach Berlin über den Rahmen des New Yorker Abkommens hinaus wurden wiederum nicht getroffen. Unbegreiflicherweise, man kann auch sagen, sträflicherweise liessen die Westmächte, wie schon vier Jahre zuvor, auch die zweite Chance ungenutzt, um von den Sowjets minutiöse Garantien auf diesem wichtigen Gebiete zu verlangen, obwohl sie nach den Erfahrungen der Blockade durch den inzwischen angerichteten Schaden wahrhaftig etwas klüger hätten geworden sein müssen. Damals wäre vermutlich mit den Sowjets in dieser Beziehung über alles zu verhandeln gewesen, vielleicht sogar über eine Internationalisierung der Autobahn Helmstedt–Berlin als eines Landkorridors, der dem Luftkorridor entsprochen hätte. Besonders Reuter drängte darauf, man möge das Problem während der Beratung der Aussenminister nicht aus den Augen verlieren: leider vergeblich.

## ÖSTLICHE BUMERANGS GEGEN DEUTSCHLANDS HAUPTSTADT

Dabei vollzog sich die Aussenministerkonferenz unter den Klängen einer höchst unerwarteten, alle Beteiligten überraschenden, fast kriegerisch anmutenden Begleitmusik aus Berlin, die wieder einmal deutlich machte, was der eigenartige Status dieser Stadt mit seinen im Einzelnen oft noch eigenartigeren Rechtsverhältnissen gleichsam aus sich heraus und ohne nachweisbares Verschulden bestimmter Instanzen an Unvorhergesehenem und Unberechenbarem produzieren konnte. Nach der zweiten und eigentlichen Währungsreform vom 20. März 1949 verlangten auch die auf den Westberliner Bahnhöfen beschäftigten und in Westberlin ansässigen Arbeiter und Angestellten volle Entlohnung in Westmark. Nun unterstanden alle Bahnanlagen, auch soweit sie durch das Gebiet der Westsektoren führten bzw. dort gelegen waren, nach einer schon 1945 getroffenen Vereinbarung den Sowjets bzw. sowjetzonalen Dienststellen, für die die Westmark als legale Währung bekanntlich nicht existierte. Ausserdem stand der Beilegung des Konflikts noch ein anderes Hindernis im Wege: Die sowjetzonale Bahndirektion weigerte sich, mit den bevollmächtigten Gewerkschaftsfunktionären der Eisenbahner zu verhandeln, weil sie die UGO nicht anerkannte, obwohl diese in einer Urabstimmung fast 100 Prozent der in Westberlin ansässigen und beschäftigten Eisenbahner hinter ihre Forderungen gebracht hatte. Da direkte Verhandlungen nicht möglich waren, bedienten sich beide Instanzen des Westberliner Magistrats als einer Vermittlungs- und Pufferinstanz. Vor allem Ernst Reuter geriet in eine schwierige Lage, da angesichts der Gegensätze noch so viel guter Wille allein nicht genügte, den Streit beizulegen. Der Westberliner Magistrat besass weder Anweisungsbefugnisse gegenüber der Reichsbahndirektion

noch konnte und wollte er den Westberliner Eisenbahnern einen Streik formell verbieten. Reuter empfahl lediglich Mässigung, weil er die bevorstehende Pariser Konferenz nicht mit neuen Zwischenfällen aus Berlin belastet sehen wollte. Da aber die Eisenbahner die inzwischen über den Magistrat an sie herangetragenen Kompromissvorschläge als ungenügend empfanden, brach der Streik doch ausgerechnet knappe 24 Stunden vor dem Zusammentritt der Aussenminister in Paris aus und entwickelte sich sofort in einer sehr dramatischen Weise. Die Arbeitsniederlegung erfolgte auf allen Westberliner Bahnhöfen und in sonstigen Anlagen der Reichsbahn schlagartig und die Streikparole wurde geschlossen befolgt. Doch drangen unter dem Schutz von bewaffneten Bahnpolizisten Streikbrecher aus Ostberlin in die Westsektoren ein, um den Zugverkehr in Betrieb zu halten. Da diese neue kommunistische Provokation in der Bevölkerung eine starke Erregung auslöste und blutige Zwischenfälle zu erwarten standen, bat der Magistrat die Alliierte Kommandantur um die Genehmigung, die Bahnhöfe durch Westberliner Polizei zu sichern. Darauf zogen sich zwar die Streikbrecher zurück, aber dafür liessen die Sowjets keine Züge aus dem Westen mehr nach Berlin herein. 14 Tage nach Aufhebung der grossen Blockade hatte unversehens eine erneute kleine Blockade begonnen.

Über fünf Wochen dauerte der Streik und wurde in seiner zweiten Hälfte, wie alle langanhaltenden Streiks, bei der Bevölkerung allmählich unpopulär. Er endigte zwar mit einem sachlich sehr befriedigenden Kompromiss für die Eisenbahner, doch wurde er nicht freiwillig abgebrochen, sondern musste durch eine Zwangsmassnahme der Alliierten Kommandantur liquidiert werden. Diese Affäre hinterliess bei allen Beteiligten einen bitteren Geschmack auf der Zunge und be-

stätigte in ihrem seltsamen und widerspruchsvollen Ablauf wieder einmal, dass die Lage in Berlin einfach durch die zahlreichen verwirrenden Kompetenzenüberschneidungen und Prestigeempfindlichkeiten labil geblieben war und dass es gar nicht immer eines raffiniert ausgesonnen äusseren Anstosses bedurfte, um diese Labilität in grellster Weise sichtbar zu machen.

Eine lebhafte Reaktion in der Berliner Öffentlichkeit löste die am 7. Oktober erfolgte Proklamierung des Zonenstaates aus. Die Verwaltungseinheit Berlins war zwar von der SED schon am 30. November 1948 gespalten worden, doch nunmehr gab es zwei deutsche Staaten, deren einer durch freie Wahlen von der Bevölkerung legitimiert war, während der Sowjetzonenstaat seine Existenz damit begann, dass er Wahlen in seinem Bereich vorsichtshalber um ein Jahr hinausschob. Dabei liess sich voraussehen, dass auch diese Wahlen unter Bedingungen stattfinden würden, die man niemals als echte Entscheidung der Bevölkerung respektieren konnte. Immerhin nahm die sogenannte «*Deutsche Demokratische Republik*» den Sowjetsektor als ihre Hauptstadt für sich in Anspruch, wenn auch ihrer Regierung von den Sowjets lange Zeit nicht erlaubt wurde, diesen Anspruch sinngemäss auf ganz Berlin auszudehnen. Umso mehr drängte man auf der anderen Seite des Brandenburger Tors darauf, Westberlin in jeder Beziehung zu einem festen Bestandteil der Bundesrepublik zu machen. Aber abgesehen davon, dass dieser Eingliederungsprozess, wie schon mehrfach erwähnt, seine Zeit brauchte, wurden auch in dieser Beziehung manche Gelegenheiten versäumt, um die Zugehörigkeit Berlins zum Bunde demonstrativ zu unterstreichen. Das lag in erster Linie an der Bedenklichkeit der Westmächte, die Wert darauf legten, den Viermächtestatus Berlins nicht anzutasten, um eine Rechtsgrundlage für eine spätere gesamt-

deutsche Lösung zu behalten. Das lag aber leider zum Teil auch an der mangelnden Aufgeschlossenheit politischer Instanzen und Behörden in der Bundesrepublik für die Eigenart der Berliner Situation. Westberlin wurde zwar in den beiden parlamentarischen Körperschaften, dem Bundestag wie dem Bundesrat, eine Vertretung zugestanden, aber unter dem von den Westmächten gewünschten diskriminierenden Vorbehalt, dass die Stimmen der Berliner Vertreter zwar mitgezählt wurden, aber bei keiner Entscheidung den Ausschlag geben durften. Vor allem ist das Drängen der Berliner Körperschaften, des Abgeordnetenhauses wie des Senats, bis heute erfolglos geblieben, die Berliner Abgeordneten für den Bundestag nach westdeutschem Vorbild in direkten Wahlen, also unmittelbar durch das Volk, bestimmen zu lassen.

Im Frühjahr 1950 gab es für Westberlin erneut Tage der Unruhe und Besorgnis. Die sowjetzonalen Behörden kündigten für Pfingsten ein grosses Treffen der kommunistischen «*Freien Deutschen Jugend*» (FDJ) im Ostsektor an, das sich nach ihren Vorstellungen und Prophezeiungen zu einer «*friedlichen Eroberung*» ganz Berlins ausweiten sollte. Selbstverständlich verlor man ob dieser Grosssprecherei in Westberlin nicht einen Augenblick die Nerven. Es blieb aber die Frage offen, ob es nicht dank der absoluten Verantwortungslosigkeit des mit seinen Spitzen in dem Ostberliner Vorort Pankow etablierten Sowjetzonenregimes während der Pfingsttage zu einer bürgerkriegsähnlichen Situation in Westberlin kommen würde, die das Einschreiten der Westmächte erforderlich machen und damit erneut sowjetische Provokationen heraufbeschwören könnte. Das Pfingsttreffen der FDJ erwies sich allerdings als ein Bumerang für die Kommunisten, weil die Jugendlichen aus allen Teilen der Zone zwar tatsächlich freudig den «*Marsch auf Berlin*» antraten, aber nicht von Eroberungsge-

lüsten, sondern von unbezwinglicher Neugier getrieben. Hunderttausende von Teilnehmern fluteten über die offenen Sektorengrenzen hinweg nach Westberlin, wo sie sich sowohl von der Bevölkerung wie von den Behörden des Senats und der Bezirke freundlich aufgenommen sahen, überall kam es zu bewegten Diskussionen, aber überall fanden die jungen Menschen, die bisher Gefangene einer einseitigen Propaganda waren, auch Gelegenheit, Sein und Schein, lebendige Wirklichkeit und die Zerrbilder von ihr unbefangene zu vergleichen. Dieser Vergleich fiel in einem so vehementen Masse zugunsten der Wirklichkeit aus, dass viele Jugendliche unter dem erschütternden Eindruck einer so unerwarteten Begegnung um Asylrecht in Westberlin baten.

Als Pankow ein, gutes Jahr später, für den August 1951, im Rahmen der sogenannten *«Weltjugendfestspiele»* ein ähnliches, aber noch weit grösseres Propagandatreffen im Sowjetsektor vorbereitete, schien es den Veranstaltern von vornherein geraten, das gefährliche Experiment vom Mai 1950 nicht zu wiederholen. Von einer *«friedlichen Eroberung»* Westberlins war nicht mehr die Rede, umso mehr von einer *«Kriegshetzerzentrale»*, von einem *«Spionage- und Agentennetz»*, wovor sich die Teilnehmer der Jugendfestspiele zu hüten hätten wie der Gesunde vor der Pest. Da man aber an die Überzeugungskraft solcher Parolen selber nicht recht glaubte, traf man alle Massnahmen, um den Übertritt von Jugendlichen in die Westsektoren gewaltsam zu verhindern. Die Sektorengrenzen wurden mit Sperrn verriegelt, ein stattliches Aufgebot von sowjetischen Militärpolizisten wie von deutschen Volkspolizisten besetzten die Übergänge, und am 1. August kam es sogar zu einer Sperrung des gesamten Kraftfahrzeugverkehrs zwischen dem Ostsektor und Westberlin. Dennoch bereitete

der Regierende Bürgermeister seine Landsleute auf den wahrscheinlichen Kontakt mit Jugendlichen aus einer nahen und doch fremden Welt vor:

*«Wir werden ganz bestimmt in diesen Tagen, trotzdem die Sowjetbehörden versuchen werden, es diesmal zu verhindern, Besuch aus dem Osten bekommen, und wir wollen auch jeden Besucher, der friedlich, mit friedlichen Absichten zu uns kommt, gern in unseren Mauern empfangen. Wir wollen ihnen zeigen, dass der Unterschied zwischen dem System der totalitären Propaganda und dem System des freien und friedlichen Lebens sich auch äusserlich in dem Bild der Stadt, in dem Gehabe der Menschen und in unserem ganzen Auftreten manifestiert. Wir wollen ihnen überall, wo sie zu uns kommen, Gelegenheit geben, unsere Gäste zu sein! Wir wollen sie freundlich empfangen und wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, sich bei uns zu erholen von der irrsinnigen Anstrengung, der sie im Osten ununterbrochen ausgesetzt sind. Wir hoffen, dass, wenn solche Begegnungen stattfinden, diese Begegnungen der gegenseitigen Meinungsbildung und dem Austausch dienen mögen und dass sie unseren Jugendlichen in der Ostzone die Hoffnung und die Sicherheit geben, dass wir sie im freien Deutschland – und dazu gehört unser freies Berlin – nicht vergessen haben, dass wir ihre Sorgen und Nöte teilen.»* Trotz noch so sorgfältiger Vorbereitungen hatte man sich auch in Westberlin verrechnet. Schon zwei Tage nach Beginn der Festspiele waren alle Jugendheime in den Westsektoren hoffungslos überfüllt. Insgesamt kamen mehr als eine Million Festspielteilnehmer zu kurzen oder längeren Besuchen in die westlichen Bezirke, abermals baten rund 2'000 FDJ-Angehörige um Heimatrecht im Westen. (Als nach den kommunistischen Weltjugendfestspielen im Sommer 1959 in Wien zahlreiche Teilnehmer in die Sowjetzone eingeladen wurden, wagte man



es vorsichtshalber überhaupt nicht mehr, diesen die «*Hauptstadt der DDR*» zu zeigen, sondern verteilte sie auf andere Städte Mitteldeutschlands.)

#### ÜBERGRIFFE AM LAUFENDEN BAND

Je stärker Westberlin politisch, wirtschaftlich und sozial in die Bundesrepublik hineinwuchs, umso häufiger wiederholten sich die Versuche, die Gebietshoheit dieser Insel der Freiheit anzutasten, die Unsicherheit in ihren Mauern zu verewigen oder sie gar erneut von ihrer Blutzufuhr nach dem Westen abzuschneiden. Im Februar 1951 besetzte die Volkspolizei den Westteil des zum Bezirk Spandau gehörenden Vorortes Staaken und verleibte ihn dem Gebiet der Sowjetzone ein. Zahlreiche Familien, die es vorzogen, nicht unter den «*Segnungen*» des kommunistischen Regimes zu leben, verloren auf einen Schlag Hab und Gut und zogen schleunigst nach Westberlin um, eine Tatsache, die für die dortigen Behörden wieder alle möglichen Schwierigkeiten in der Beschaffung geeigneten Wohnraumes mit sich brachte. Allerdings sprach die Rechtslage im Falle Weststaakens (die Sowjets hatten bei Beginn des Besatzungsregimes den Briten zum Ausbau ihres Militärflugplatzes einige Quadratkilometer abgetreten und behielten sich entsprechende Kompensationen vor) nicht unbedingt zugunsten Westberlins, so dass man den brutalen Akt wohl oder übel hinnehmen musste, wenn es auch auf der Hand lag, dass seine Plötzlichkeit und Willkürlichkeit eher eine politische Demonstration bezweckten als auf sachlichen Notwendigkeiten beruhten. Als die Zonenbehörden jedoch im Oktober des gleichen Jahres in der sogenannten Exklave Steinstücken eine ähnliche Überrumpelung versuchten, bissen sie auf Granit. Hier waren die Rechtsverhältnisse eindeutig: Die kleine Sied-

lung Steinstücken hatte von jeher, obwohl sie geographisch durch ein paar hundert Meter von ihm getrennt war, administrativ zum Verwaltungsbezirk Zehlendorf gehört. Der amerikanische Kommandant, in dessen Sektor Zehlendorf lag, erhob bei seinem sowjetischen Kollegen einen so energischen Protest gegen den neuerlichen Willkürakt, dass dieser die Volkspolizei schleunigst anwies, sich aus Steinstücken wieder zurückzuziehen.

Auch nach der Spaltung der Stadt in zwei voneinander unabhängige Hälften ereigneten sich auf Westberliner Gebiet immer wieder Fälle gewaltsamer Entführungen von Personen, die den deutschen Kommunisten bzw. den Sowjets missliebiger waren. Zwischen 1949 und 1951 wurden nicht weniger als 91 solcher Entführungen registriert. Um diesen behördlich organisierten Verbrechen zu steuern, verabschiedete das Abgeordnetenhaus im Juni 1951 ein «*Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit*», das politische Denunziation und in erster Linie den Menschenraub unter schwere Strafen stellte. Tatsächlich ist es durch dieses Gesetz gelungen, die Seuche des Menschenraubes in den letzten Jahren ganz wesentlich einzudämmen, obwohl vereinzelte Vorkommnisse dieser Art weiterhin die Gerichte beschäftigen.

Die ernsteste Krise, die das freie Berlin in dieser Zeit bedrohte und ihre Schatten fast über das ganze Jahr 1951 warf, fand ihren Ausdruck in erneuten systematischen Behinderungen des Handels mit der Bundesrepublik. Gelegentlich sah es so aus, als müsse man mit einer Wiederholung der Blockade rechnen, mindestens auf kaltem Wege. Die Kalkulationen der Sowjets waren ebenso eiskalt wie methodisch; dass ihren Bestrebungen, Westberlin durch direkte politische und wirtschaftliche Repressalien kapitulationsreif zu machen, der Erfolg versagt

blieb, hatten sie inzwischen eingesehen. Nunmehr rechneten sie mit den rund 300'000 Arbeitslosen als einem permanenten Unruheherd. Wenn es auf die Dauer gelang, die Beseitigung des durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen sozialen Elends zu verhindern, musste ihnen eines Tages das verhasste Bollwerk der Freiheit von selbst in den Schoss fallen. Dabei spekulierten sie vornehmlich – und in den ersten Jahren nach der Blockade, wie leider immer wieder betont werden muss, nicht ganz vergeblich – auf den Geschäftssinn der westdeutschen Fabrikanten und Kaufleute. So beunruhigt sie darüber waren, dass Reuters zähe Bemühungen um eine wirtschaftliche Integration Westberlins allmählich die ersten Erfolge ernteten, so fest verliessen sie sich darauf, dass die westdeutschen Unternehmer mit Lieferungen und vor allem mit Aufträgen nach Westberlin zurückhalten und diese schliesslich gänzlich stoppen würden, wenn sie erst einmal erkannten, dass sich dieses Risiko nicht lohne, weil es mit allen möglichen Unsicherheitsfaktoren, vor allem mit völlig unrentablen Transportkosten verbunden war. Mochten in Westberlin noch so entschlossene Demokraten an der Spitze von Regierung und Verwaltung stehen, wenn die Produktion völlig zum Erliegen und schliesslich zum Stillstand kam, würde ihnen nichts anderes übrigbleiben, als die Stadt eines Tages wirtschaftlich der Sowjetzone und dem Ostblock auszuliefern. Der wirtschaftlichen Eingliederung in das kommunistische System musste aber über kurz oder lang die politische Gleichschaltung folgen. (Von den gleichen Gedankengängen sind übrigens die sowjetischen Vorschläge der letzten Jahre inspiriert, Westberlin von seinen Verbindungen zur Bundesrepublik abzuschneiden und ihm den Status einer sogenannten «*Freien Stadt*» zu geben. Mancher Aussenstehende, der diese Absichten politisch er-

träglich oder sogar annehmbar findet, denkt dabei nicht hinreichend an die unvermeidlichen wirtschaftlichen Konsequenzen.)

Für den Export Berliner Güter nach dem Westen wurden nach wie vor Warenbegleitscheine verlangt. Im Frühsommer 1951 gingen die Sowjets mehr und mehr dazu über, den Stempel für die Warenbegleitscheine systematisch zu verweigern. Sie verlangten den Nachweis über die Herkunft der Rohstoffe aller von Berlin nach dem Westen exportierten Fertigwaren und begründeten das damit, sie müssten Schutzvorkehrungen treffen, um die «*Ausplünderung*» ihrer Zone zu verhindern. Das war natürlich nur ein Vorwand: Oft genug beteuerten die zuständigen Westberliner Dienststellen, sie seien bereit, jeden Einzelfall genauestens nachzuprüfen, bei dem der berechtigte Verdacht bestehe, Waren seien aus irgendeinem Material produziert worden, das auf illegale Weise den Weg nach Westberlin gefunden habe. Ein «*volkswirtschaftliches Problem*» für die Sowjetzone konnte bei der dichten Abriegelung der Zonengrenzen und den häufigen Kontrollen innerhalb Berlins selbst sowieso nicht entstehen.

Natürlich genügten den Sowjets solche Zusicherungen nicht, weil sie ja in Wirklichkeit ganz andere Ziele verfolgten. So stauten sich in Westberlin wieder tausende von Tonnen an Gütern jeglicher Art, die nicht in die Bundesrepublik transportiert werden konnten. Man richtete schliesslich eine «*kleine Luftbrücke*» ein, um wenigstens die wichtigsten Güter auszufliessen.

Unter diesen Umständen forderte der Berliner Senat die verantwortlichen Stellen der Bundesrepublik auf, das Inkrafttreten eines gerade vor der Paraphierung stehenden Interzonenhandelsabkommens solange zu suspendieren, bis der Güterverkehr von Westberlin in die Bundesrepublik wieder normal funktioniere.

Diesem Wunsche wurde zunächst auch entsprochen, aber am 20. September 1951 kam es doch zur Unterzeichnung des Abkommens, ohne dass die westdeutschen Unterhändler von ihren kommunistischen Partnern ausreichende Garantien im Hinblick auf Berlin verlangt hätten. Ja, die Sowjetzonenbehörden trieben während der Verhandlungen ihre Unverfrorenheit so weit, für die Benutzung der Verkehrswege in dem von ihnen kontrollierten Teil Deutschlands Strassenbenutzungsgebühren zu fordern und boten lediglich als Kompensation für die Unterschrift der westdeutschen Partner unter das Handelsabkommen eine Herabsetzung des rechtswidrig geforderten «*Strassenzolls*» an. Wieder einmal zeigte sich, dass man mit einer Politik der Nachgiebigkeit totalitäre Anmassungen nur ermunterte statt sie einzudämmen. Erst als im Laufe des Novembers der gesamte Güterverkehr von Westberlin nach der Bundesrepublik praktisch zum Erliegen kam, entschloss man sich in Bonn zu drastischen Gegenmassnahmen und stellte vom 30. November 1951 ab alle westdeutschen Lieferungen in die Zone ein. Das wirkte nun allerdings mit einer ebenso erstaunlichen wie nach allen Erfahrungen der letzten Jahre berechenbaren Promptheit. Um die Wende 1951/52 hatte sich der Berliner Güterverkehr wieder weitgehend normalisiert.

Das aber bedeutete nur Ruhe vor einem neuen Sturm. Nach der Unterzeichnung des EVG- und des Deutschlandvertrages am 27. Mai 1952 entfachte das Pankower Regime im Vorspann der Sowjets einen neuen Nervenkrieg gegen Berlin. Die SED argumentierte damit, nachdem der «*Adenauer staat*» sich völlig an den «*westlichen Imperialismus*» ausgeliefert habe, besitze er auch keinerlei Rechte mehr in Berlin. Auf westlicher Seite nahm man diese Drohungen vorsorglich ernster, als sie tatsächlich gemeint waren. Ernst Reuter betonte mehrfach in öffentlichen Erklärungen, Westberlin sei auf eine neue Blo-

ckade gefasst und werde sie genau so unversehrt überstehen wie die vorige. Den Sowjets kam es aber, wenn sie ihre Pankower Satelliten zu neuen Repressalien gegen Westberlin ermunterten, in erster Linie auf die psychologische Wirkung in der Bundesrepublik an. Die Stadt wurde von der sowjetzonalen Propaganda geflissentlich als ein Unruhe- und Gefahrenherd erster Ordnung ausgemalt, mit dem friedliebende Menschen besser nichts zu tun hätten und mit dem sie vor allem keine Geschäfte machen sollten. Indessen zeigte sich bald, dass diese schon etwas «ausgeleiterten» Störmanöver ihren Zweck im Grossen und Ganzen verfehlten. Inzwischen machte sich nämlich die Hilfe, die die Bundesrepublik ihrem wichtigsten Vorposten gewährte, nicht nur materiell, sondern auch moralisch bemerkbar. In den westdeutschen Wirtschaftskreisen sprach es sich herum, dass Westberlin weder von der Bundesrepublik noch von der Gemeinschaft der freien Völker überhaupt als ein lästiger Störenfried einfach abgehängt werden würde. Im Gegenteil, gerade die beiden Verträge, gegen die sowohl Moskau wie Pankow Sturm liefen, bekräftigten die politischen und militärischen Garantien für Westberlin in besonders feierlicher und nachdrücklicher Form.

Wenn es aber den Sowjets auch nicht gelang, das freie Berlin durch eine Atmosphäre beiderseitiger Unsicherheit und Furcht vom Westen zu isolieren, so bot seine effektive geographische Isolierung Moskaus Satelliten doch genug Möglichkeiten, ihre Wut über die zunehmende westliche Konsolidierung an dieser Stadt auszulassen. Unmittelbar nach Unterzeichnung der Verträge gingen die sowjetzonalen Behörden daran, den Eisernen Vorhang, der ihr Gebiet von der Bundesrepublik trennte, mit geradezu unmenschlichen Mitteln abzudichten. Von Lübeck bis Hof wurde ein bis zu zwei Kilometern breites und mit

Wachtürmen gespicktes Niemandsland geschaffen, um jeden illegalen Verkehr über die sogenannte «*grüne Grenze*» zu unterbinden. Tatsächlich gelang es mit diesen Methoden, die ununterbrochenen Flüchtlingströme, die sich bisher aus der Zone direkt in die Bundesrepublik ergossen hatten, zu stoppen. Den Flüchtlingen blieb nunmehr kein anderer Ausweg als nach Westberlin, wenn sie der Tyrannei ihres sogenannten Staates entkommen wollten. So sahen sich die Behörden des freien Berlin von einem Tag zum anderen vor ein neues, überaus kompliziertes Problem gestellt, nämlich zunächst einmal alle die Menschen aufzufangen, sie notdürftig unterzubringen und zu versorgen, die aus der Sowjetzone den Weg in die Freiheit wählten. Zu diesem Zeitpunkt sah das Pankower Regime, wie in einem späteren Zusammenhang noch ausführlicher zu begründen sein wird, die gewaltige Flüchtlingsbewegung zwar schon mit mehr oder minder gemischten Gefühlen, aber als Gesamtphänomen noch durchaus nicht ungern. Allerdings hatten wohl selbst die kommunistischen Machthaber nicht damit gerechnet, dass ihre jüngsten Terrormassnahmen die akute Flüchtlingswelle derart verstärken würden, wie das tatsächlich geschah.

Es war klar, dass Westberlin bei der noch immer vorhandenen starken Arbeitslosigkeit all die Menschen, die monatelang täglich zu tausenden in seine Mauern hineinfluteten, auf die Dauer nicht aufnehmen konnte. In der Bundesrepublik hingegen wurde die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte durch die stetig steigende Konjunktur knapper und knapper. So erzielte man bald ein Einvernehmen darüber, dass der grösste Teil der Flüchtlinge nach einem sogenannten «*Notaufnahmeverfahren*» in relativ kurzer Zeit nach Westdeutschland ausgeflogen wurde, um von den dort gelegenen Sammellagern aus auf die verschiedenen Länder verteilt zu werden. Den Westberliner

Behörden, insbesondere der Senatsverwaltung für Sozialwesen, erwuchs daraus dessenungeachtet eine gewaltige Belastung, weil die schon vorhandenen Auffangmöglichkeiten bei weitem nicht ausreichten und eine neue, grosszügig arbeitende Betreuungsorganisation buchstäblich aus dem Boden gestampft werden musste.

Noch andere Möglichkeiten ersann das Sowjetregime bei dieser erwünschten Gelegenheit, um Westberlin mit Schikanen aller Art zu drangsaliieren. Bis zum Sommer 1952 hatte noch ein gemeinsames Telefonnetz alle Stadtbezirke miteinander verbunden. Dieses wurde jetzt durchschnitten, so dass der Zustand eintrat, wie er im Einleitungskapitel beschrieben ist. Ferner machte Pankow die Einreise von Westberlinern in die Sowjetzone, die bis dahin noch ohne weiteres möglich war, von der Erteilung besonderer Erlaubnispapiere abhängig. Die weitest brutale Massnahme bestand jedoch in der Absperrung der sogenannten Westberliner «Exklaven». Darunter waren Randgebiete zwischen der Stadt und den angrenzenden Landkreisen zu verstehen, die vorwiegend in Kleingärten, Wochenendsiedlungen usw. aufgeteilt waren. Von jeher ist der Berliner für sein Hobby als Kleingärtner in besonderem Masse bekannt gewesen, und zwar handelte es sich hauptsächlich um Arbeiter und Angestellte, die am Rande der Stadt ihre bescheidenen Gärten bestellten. Für all diese Menschen, die nach tausenden zählten, bedeutete die Absperrung der Exklaven nicht anderes als eine plötzliche entschädigungslose Enteignung ihrer Grundstücke und der darauf gelegenen Lauben oder Wochenendhäuschen.



## FESTER ANSCHLUSS AN DEN WESTEN

Weder die Transportkrise von 1951 noch die ernststen Schwierigkeiten, die der Stadt im Sommer 1952 bereitet wurden, wären an einem so empfindlichen Organismus wie Westberlin ohne gefährliche Rückwirkungen vorübergegangen, hätten nicht in der Zwischenzeit die energischen und unentwegten Anstrengungen des Senats, die Stadt auch wirtschaftlich mit dem Westen zu verbinden, zu einem befriedigenden Erfolg mit den ersten spürbaren Auswirkungen geführt.

Der Einspruch der Westmächte gegen den Plan, Westberlin von vornherein und in aller Form den Rechtsstatus eines zwölften Bundeslandes zu verleihen, hatte eine Fülle entscheidender finanzieller und wirtschaftlicher Probleme entweder gänzlich ungelöst oder wenigstens in einer peinlichen Schwelbe gelassen. Nach der Spaltung der Stadt und nach Aufhebung der Blockade bis zur Konstituierung der Bundesrepublik im Herbst 1949 blieb Berlin im Wesentlichen sich selbst und seinen eigenen Hilfsquellen überlassen, die niemals ausreichten, um auch nur den Haushalt einigermaßen auszubalancieren, geschweige denn die Wirtschaft wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. In Friedenszeiten war Berlin besonders als Produzent von Fertigwaren eine der bedeutendsten Industriestädte der Welt gewesen, wie es das auch heute allmählich wieder geworden ist. Im Jahre 1949 dagegen glich es noch immer einem Trümmerfeld. Ein grosser Teil seiner Produktionsstätten war entweder durch den Krieg zerschlagen oder durch die Demontage betroffen worden. Ausserdem hatte Berlin seit dem Jahre 1945 zwar nicht offiziell, aber faktisch durch das Verschwinden des deutschen Staates seine Funktionen als Reichshauptstadt eingebüsst und damit auch alle die Vorteile

verloren, wie sie sich für jede Metropole hinsichtlich der Dienstleistungen, der Steuerkraft usw. unter normalen Verhältnissen ergeben.

Die unglaublichen Schwierigkeiten einer finanziellen und wirtschaftlichen Stabilisierung hätten wohl jeden Staatsmann verzagen lassen, der nicht über den Mut und den Optimismus Ernst Reuters verfügte. In der ersten Zeit nach Aufhebung der Blockade brauchte Reuter allerdings für seine Verhandlungen sowohl mit der Alliierten Kommandantur wie für seine späteren sogenannten «*Bittgänge*» nach Bonn noch eine andere, für ihn typische Eigenschaft, um nicht gelegentlich die Geduld zu verlieren: seinen manchmal grimmigen Selbsthumor, der ihn befähigte, sowohl die eigene Person wie seine jeweiligen Partner bei vielen zeitraubenden Besprechungen und Unterredungen mit den Augen eines Dritten zu sehen. Sofort nach Zutritt des Bundestages nahm Reuter Fühlung mit Bonn auf und meldete seine Forderung nach einer möglichst raschen und totalen wirtschaftlichen Einbeziehung Westberlins in die Bundesrepublik an. Die von ihm vertretene Stadt wolle kein Almosenempfänger sein, wolle es zumindest nicht bleiben, so betonte er. Doch würden noch auf lange Sicht Hilfs- und Fördermassnahmen erforderlich sein, um den Lebensstandard in Westberlin dem der Bundesrepublik anzugleichen und vor allem der einheimischen Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen.

Zwar stiess der Berliner Bürgermeister in Bonn nicht auf taube Ohren, aber zunächst auf wenig Verständnis für seine Hauptforderung, dass rasche Beschlüsse auf gesetzlicher Grundlage mehr bedeuteten als tausend kleine Hilfsmittelchen, die die blutenden Wunden Westberlins wohl mit Pflastern versehen, aber nicht schliessen könnten. Die Bundesregierung verpflichtete sich, zum Ausgleich des Westberliner Haushalts beizutragen.

gen. Ausserdem sagten die Amerikaner zu, dass Westberlin rund zehn Prozent der für Deutschland vorgesehenen ERP-Mittel erhalten solle. Im Frühjahr 1950 wurde Berlin zum Notstandsgebiet erklärt, was die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Sonderstellung bei der Vergebung öffentlicher Aufträge schuf. Aufträge für die Westberliner Wirtschaft wurden mit gewissen Steuerpräferenzen bedacht, von dorthier kommende Waren, die im Bundesgebiet Absatz fanden, sollten von der Umsatzsteuer befreit werden. Der Bundesfinanzminister sagte im Herbst 1950 schliesslich einen Jahreszuschuss von 550 Millionen DM für den Berliner Haushalt zu.

Jedoch handelte es sich dabei um eine jederzeit abänderbare Verwaltungsvereinbarung, nicht um eine gesetzlich festgestellte Verpflichtung des Bundes. Aufträge kamen darum nach wie vor nur zögernd nach Berlin herein, die Zahl der Arbeitslosen blieb konstant und hatte eher eine steigende als eine fallende Tendenz. In einer Regierungserklärung, die Reuter im Sommer 1951 zum Haushaltsplan abgab, sah er sich zu folgender schwerwiegender Feststellung gezwungen: *«Auf finan-  
ziellem Gebiet muss Berlin auf gesetzlicher Grundlage als legiti-  
mer Bestandteil der Bundesrepublik angesehen werden . . .  
Sollte diese Regelung wider unser Erwarten scheitern, so wür-  
den wir gezwungen sein, unser Mandat dem Hause zurückzu-  
geben, da nach unserer Überzeugung eine andere Lösung für  
Berlin nicht möglich ist.»*

Ein wichtiger Fortschritt im Hinblick auf die erstrebte Gleichstellung Westberlins mit jedem anderen Land der Bundesrepublik wurde noch im Jahre 1951 erreicht: die Bundesgesetze trugen von nun an, was bisher nur in Ausnahmefällen geschehen war, eine sogenannte Berlinklausel, die es dem Abgeordnetenhaus ermöglichte, sie ohne weitere Formalitäten bzw. er-

neute Beratungen einfach zu übernehmen. Aber erst im Januar 1952 ging Reuters sehnlichster Wunsch in Erfüllung: der Bundestag verabschiedete ein Gesetz, das Berlin, und zwar rückwirkend vom 1. April 1951, dem Beginn des laufenden Haushaltsjahres, finanzpolitisch endlich die gleiche Stellung einräumte wie den übrigen Bundesländern. Damit waren für die finanziellen Beziehungen Berlins zum Bund endlich die verbindlichen Rechtsgrundlagen geschaffen. Eine vielleicht noch grössere Bedeutung kam den psychologischen Wirkungen dieses Gesetzes zu. Bis dahin hatte man jeden Pfennig der nach Berlin geflossenen Gelder als besondere Hilfs- und Unterstützungsmassnahmen deklariert, was bei dem ahnungslosen Betrachter notwendig den Eindruck erwecken musste, dass die ehemalige deutsche Hauptstadt ein besseres Armenhaus geworden sei und sich aus eigener Kraft nicht mehr helfen könne. Von jetzt ab bestand für Westberlin ein klarer Rechtsanspruch auf den Ausgleich jenes Haushaltsdefizits, das aus seiner in jeder Beziehung unverschuldeten Notlage erwachsen war. Künftig wurden ferner auch erst Wirtschaftsplannungen auf längere Sicht und mit gesicherten Fristen möglich.

Auch um die Durchsetzung der Forderung, einige Bundesbehörden nach Berlin zu verlegen, hatte Reuter jahrelang vergeblich kämpfen müssen. Zwar blieb der Wunsch, ganze Bundesministerien nach Westberlin zu verlegen, die ihren Amtssitz nicht aus irgendwelchen zwingenden Gründen unbedingt in Bonn behalten mussten, unerfüllt, so sehr mit einer solchen Demonstration der Hauptstadtcharakter unterstrichen worden wäre. Jedoch siedelten vom Frühjahr 1952 ab einige wichtige juristische und Verwaltungsbehörden des Bundes nach Westberlin über. Dieser Tatsache kam übrigens keineswegs nur eine politische, sondern eine wesentliche wirtschaftliche bzw. soziale Bedeutung zu.

Der Arbeitsmarkt in Westberlin wurde nämlich zu einem erheblichen Teil von Angestellten belastet, die früher im Rahmen der Dienstleistungen der Reichshauptstadt dort tätig gewesen waren und nach dem Fortfall dieser Funktion auch ihre Stellung eingebüsst hatten. Tatsächlich wirkten sich sowohl die finanzielle Einbeziehung Westberlins in den Bund wie in gewisser Weise auch die Verlegung von Bundesbehörden nach dort zum erstenmal spürbar auf die hartnäckige Arbeitslosigkeit aus. Die Zahl der Arbeitslosen, die am 1. Januar 1952 noch immer rund 300'000 betragen hatte, ging im Laufe des Jahres auf 250'000 und bis zum Sommer 1953 auf rund 200'000 zurück. Die moralische Last, an der Ernst Reuter vielleicht am bittersten trug und die ihm manche schlaflose Nacht verursacht haben dürfte, war zwar bei weitem noch nicht verschwunden, aber etwas leichter geworden, und er konnte nun auch in dieser Beziehung zum erstenmal aufatmen.

Eine Bundesbehörde besonderer Prägung stand freilich dem Senat von vornherein in seinem Kampf um die Geltung Berlins und dessen feste Verbindung mit dem Westen treu zur Seite: der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, verkörpert durch einen besonderen Vertrauensmann Adenauers, Dr. Heinrich Vockel. Dieser erwarb sich hauptsächlich um die wirtschaftliche Gesundung der Hauptstadt besondere Verdienste und koordinierte in seinem Hause in der Bundesallee bald zahlreiche Zweigstellen der Bundesministerien, die ihrerseits nichts unterliessen, um die Probleme und Nöte der geteilten Stadt aus ihrer jeweiligen Fachperspektive den Bonner Zentralen anschaulich zu machen.

Nun darf man allerdings nicht annehmen, dass die Situation Berlins in jenen Jahren einen so trostlosen Anblick und Ausblick darbot, wie es die ernsten wirtschaftlichen Nöte der Stadt

und die dauernden Repressalien des totalitären Gegners unwillkürlich vermuten lassen könnten. Hierzu war die Vitalität ihrer Bewohner, die sich überdies im Laufe der Zeit mit einem gewissen Stoizismus an noch soviel unberechenbare Drangsale gewöhnt hatten, zu unerschöpflich. Die Stadt wollte leben, sie setzte alles daran, um so bald wie möglich ihre traditionelle Bedeutung als kultureller, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Mittelpunkt Deutschlands zurückzugewinnen und, soweit sie ihre erzwungene Isolierung daran hinderte, gerade aus dieser Isolierung wenigstens das Beste zu machen. Schon kurz nach der Blockade war in dem Messegelände am Funkturm zum erstenmal seit zehn Jahren die unter dem Namen «Grüne Woche» bekanntgewordene traditionelle Landwirtschaftsausstellung veranstaltet worden. In den gleichen Tagen erlebte Westberlin einen politischen Höhepunkt durch den ersten Besuch des neuen deutschen Bundespräsidenten Theodor Heuss, der lange Jahre in dieser Stadt gewirkt hatte und sich mit ihr ganz besonders verbunden fühlte. Im April 1950 kam Bundeskanzler Dr. Adenauer zu einem Staatsbesuch.

Alles, was in der westlichen Welt in geistiger Beziehung Rang und Namen hatte, begegnete sich Ende Juni 1950 in den Mauern Berlins auf der unvergesslichen Veranstaltung des «*Kongresses für kulturelle Freiheit*». Dieser Kongress erhielt seinen besonderen Akzent durch die schwerwiegende Tatsache, dass am Vorabend seines Zusammentretens der Korea-Konflikt ausgebrochen war und damit eine neue furchtbare Kriegswolke über der Welt stand. Das Zustandekommen des Kongresses für kulturelle Freiheit, an dessen Arbeiten er sich selber lebhaft beteiligte, war für Ernst Reuter eine ganz besondere menschliche Genugtuung. In seiner Stadt traf zum ersten-

mal nach Beendigung des Krieges in einem so repräsentativen Rahmen und vor allem im Geiste einer so brüderlichen Solidarität die Elite des deutschen Geistes mit Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern aus der ganzen freien Welt, aber auch mit emigrierten Vertretern der unterdrückten Ostvölker zusammen. Das Manifest für geistige Freiheit, das nach Abschluss des Kongresses und wiederum in einem höchst kritischen Augenblick für die Menschheit von Berlin aus an die internationale Öffentlichkeit erging, hat seine unverkennbare moralische Wirkung getan und ist längst ein Bindemittel zwischen denen geworden, die bei aller Verschiedenheit der Sprachen gewisse Grundwerte gemeinsam haben und sich mehr als andere verpflichtet fühlen, ihre schriftlichen und mündlichen Aussagen mit ihrem praktischen Handeln wie mit ihrem politischen Bekenntnis in Übereinstimmung zu bringen.

Am 24. Oktober 1950 kehrte der ehemalige amerikanische Militärgouverneur, General Clay, der unmittelbar nach Beendigung der Blockade von seinem Posten in Deutschland abberufen worden war, zu einem Besuch nach Berlin zurück, diesmal freilich nicht in offizieller Mission, sondern als Sprecher von rund zwanzig Millionen amerikanischer Bürger und gleichsam als Geschenkbringer. Am Beispiel dieses Mannes, der in der Viermächteverwaltung Deutschlands in den ersten Nachkriegsjahren eine entscheidende Rolle spielte und heute auf eigenen Wunsch wieder in der bedrohten Stadt weilt, wird vielleicht am verblüffendsten der ebenso radikale wie unerwartet rasche Wandel der Beziehungen Deutschlands oder, besser gesagt, der Beziehungen seiner eigentlichen Hauptstadt Berlin zu den ehemaligen Kriegsgegnern im Westen deutlich. Der General war nicht mit den mindesten Sympathien für die Deutschen nach Berlin gekommen, entschlossen, die ihm übertragenen Pflichten korrekt zu erfüllen, aber ebenso ent-

schlossen, sein besiegt Gegenüber spüren zu lassen, dass in dessen Namen bis vor Kurzem noch das bis dahin unmenschlichste totalitäre Regime aller Zeiten gewirkt und Deutschland den Krieg darum zu Recht verloren habe. Clay hätte allerdings kein Amerikaner sein müssen, mit aller tiefen Überzeugung für die Freiheitsideale seines eigenen Volkes, wäre ihm nicht in Berlin, vornehmlich in der Blockadezeit, die Erkenntnis aufgegangen, dass hier eine ganz neue Freiheitsfront verlief, die von ihren Verteidigern das Letzte und Äusserste verlangte. Als sich Clay nach erfolgreicher Durchführung seiner Mission nach Aufhebung der Blockade von den Berlinern verabschiedete, standen ihm Tränen in den Augen. In Berlin-Zehlendorf trägt seit jenen Tagen eine der schönsten und längsten Ausfallstrassen der Stadt, die am ehemaligen Hauptquartier des Generals vorbeiführt, den Namen «*Clay-Allee*».

An jenem 24. Oktober 1950 übergab Clay im Rahmen einer feierlichen Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus Ernst Reuter die von amerikanischen Bürgern gestiftete und in Amerika gegossene Freiheitsglocke, die seitdem vom Turm des Rathauses aus jeden Mittag um 12 Uhr ihre eherne Stimme erhebt, aber den Berlinern im Laufe der Zeit auch sonst aus allen möglichen, teils festlichen und erhebenden, teils traurigen und schmerzlichen Anlässen zu einem geliebten Symbol geworden ist. Das Begleitschreiben, das Clay bei dieser besonderen Gelegenheit an Berlins Stadtoberhaupt richtete, war von einer so betonten Wärme und Herzlichkeit, dass es hier wenigstens auszugsweise mitgeteilt sei:

*«Lieber Herr Oberbürgermeister Reuter,  
ich werde nicht den Versuch machen, Ihnen und der Bevölkerung Berlins für die Feierlichkeiten bei der Einweihung der Freiheitsglocke zu danken. Ich kann nur sagen, dass es die ein-*



*druckvollste Feierlichkeit war, an der ich je teilgenommen habe. Ich bin überzeugt davon, dass sie eine tiefe Wirkung in den Vereinigten Staaten ausgeübt hat.*

*Die Bevölkerung Berlins hat einmal mehr nicht nur ihren Wunsch, frei zu sein, sondern – was noch wichtiger ist – ihren Willen, frei zu sein, bewiesen . . .*

*Ich werde immer stolz bleiben, mit Ihnen und der Bevölkerung Berlins in den Tagen, in denen Aushungern als ein Mittel angewandt wurde, um die Bevölkerung Westberlins zur Unterwerfung zu zwingen, eng verbunden gewesen zu sein. Ich bin damals wie heute der Überzeugung, dass die Haltung Berlins ein wesentlicher Faktor war, die freie Welt aufzurütteln, um die Gefahr zu erkennen, der sie sich gegenübersteht.*

*Ich glaube, dass Berlin das Recht erworben hat, der Wächter der Freiheitsglocke zu sein; und ich hoffe, dass der Tag nicht mehr fern ist, an dem ihr Schall ringsum in der Welt gehört werden wird, und dass sie dann für die heute noch in der Sklaverei lebenden Tausende dieselbe Bedeutung haben wird, die sie nun für freie Menschen hat . . .*

*Mit dem Ausdruck meiner höchsten persönlichen Achtung*

*Lucius D. Clay.»*

Schon in der Zeit der härtesten Krise, im Oktober 1950, meldete Westberlin seinen unveräusserlichen Anspruch als Wirtschaftsmetropole durch eine grosse Industrieausstellung an, die seitdem regelmässig im Herbst stattfindet und von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewonnen hat. Mindestens ebenso verpflichtend war jedoch die Tradition Berlins als eines einzigartigen Kulturzentrums. Das Bestreben, diese Tradition zu pflegen, sie aber zugleich um neuzeitliche Elemente zu bereichern, kristallisierte sich seit 1951 in den Internationalen Filmfest-

spielen im Sommer und in den Berliner Festwochen zu Herbstbeginn. Beide Veranstaltungen strahlten nicht nur von vornherein Glanz, Festlichkeit und Lebensfülle aus, sondern lockten auch auswärtige wie ausländische Gäste in Scharen in die alte deutsche Hauptstadt.

### BEMÜHUNGEN UM DIE WIEDERVEREINIGUNG

Mochte nun der Westberliner Alltag von harter Arbeit um die wirtschaftliche und politische Selbstbehauptung erfüllt sein, wobei es manchmal ebensosehr Unverständnis zu überwinden wie feindselige Anschläge abzuwehren gab, mochte er gelegentlich von ablenkenden oder gar festlichen Veranstaltungen unterbrochen werden: niemals verloren Ernst Reuter und die übrigen führenden demokratischen Kräfte Berlins die natürlichste Aufgabe ihres politischen Wirkens aus den Augen, das Ringen um die deutsche Einheit, dessen Notwendigkeit begreiflicherweise in Berlin sehr viel stärker in Erscheinung trat als anderswo. Hier brauchte und braucht man eben nicht viel Phantasie, um sich die Unnatürlichkeit und Sinnlosigkeit der Spaltung eines Organismus vorzustellen, weil man ihr auf Schritt und Tritt an den Sektorengrenzen und an den Zonengrenzen geradezu leibhaftig begegnet. In Berlin waren damals jedoch auch die Voraussetzungen für eine Überwindung dieser Spaltung weit eher gegeben als sonstwo in Deutschland: handelte es sich doch um den einzigen Ort, an dem die Viermächteverwaltung von einst jahrelang, wenn auch fragwürdig genug, funktioniert hatte, ohne dessen administrative Einheit anzutasten, um den einzigen Ort also, dem für den Versuch, die Einheit erneut zu realisieren, ein gewisses, zumindest technisch brauchbares Erfahrungsmaterial zu Verfügung stünde.

Über eines war sich Ernst Reuter allerdings klarer als die meisten seiner Mitarbeiter: wenn auch das Ringen um die Einheit Deutschlands immer wieder entscheidende Impulse von Berlin aus erhalten musste, dann konnten diese Impulse der Umwelt und vor allem dem Osten gegenüber nur wirksam werden, wenn es trotz anfänglicher Kontroversen um dieses Thema auf der Bundesebene zu einer gemeinsamen Aussenpolitik von Regierung und Opposition kam. Reuter wurde nicht müde, auf diese Notwendigkeit hinzuweisen, er tat das umso nachdrücklicher, je mehr sich die Aussichten auf eine solche Gemeinsamkeit verflüchtigten. Betrachtet man als Deutscher das Problem der Wiedervereinigung, wie es sich in jenen Jahren darstellte, als Moskau mit seiner Zone gleichsam noch jonglierte, mit dem nötigen zeitlichen Abstand, kommt man unwillkürlich zu der Überzeugung, dass möglicherweise einige konkrete Chancen verpasst worden sind, nicht etwa darum, weil die Haltung der Bundesregierung im Prinzip falsch gewesen wäre, sondern weil die grossen und entscheidenden politischen Kräfte der neuen deutschen Demokratie sich im Hinblick auf die Deutschland- und Aussenpolitik allenfalls gelegentlich zu gemeinsamen Deklarationen aufrufen konnten, die im Grunde nichts besagten, niemals aber zu einer Form gemeinsamen Handelns, das vielleicht sowohl die westlichen wie die östlichen Partner der Bundesrepublik überrascht hätte. Es waren einfach zuwenig Unbekannte in der Gleichung der deutschen Aussenpolitik, wie sie sich, wenn auch noch so verschieden, in den massgeblichen Köpfen des Regierungs- wie des Oppositionslagers darstellte, und zwar galt das für Washington, Paris und London nicht weniger als für Moskau.

Die Westmächte konnten sicher sein, dass sich die Bundesregierung, welche neuartige aussenpolitische Konstellation auch immer gegeben sein mochte, niemals von ihnen distanzieren

würde, und wenn schon Bonn nicht gebieterischer, mahrender und hartnäckiger auf die Verwirklichung der deutschen Einheit drängte, warum sollten dann die Westmächte allzuviel Aktivität zeigen? Warum sollten sie sich bemühen, die häufigen sowjetischen Vorschläge auf Elemente der Brauchbarkeit und Verwendbarkeit auch nur zu prüfen, da ihnen doch die Vorstellung einer deutschen Einheit selber nicht unbedingt sympathisch war? Ebenso konnte aber auch Moskau sicher sein, dass die sozialdemokratische Opposition jeden Vorstoss zur stärkeren Konsolidierung des westlichen Lagers ebenso ungeprüft und kategorisch zurückweisen würde. Solange daher Moskau hoffen durfte, dass ein etwaiger Kurswechsel in der Bundesrepublik auch eine völlig neue aussenpolitische Orientierung im Gefolge haben würde und dass es wahrscheinlich erschien, eine sozialdemokratisch geführte Regierung für eine Freigabe der Sowjetzone noch zu weit höheren Preisen zu zwingen, lag auch dem Kreml nichts daran, sich seinerseits mit der Wiedervereinigung zu beeilen.

Reuter fühlte diesen tragischen Widerspruch deutlich und litt umso mehr darunter, als er mit seinem unbefangenen Weitblick die Beweggründe und Argumente beider Seiten zu würdigen vermochte und nach seiner Auffassung deutsche Wiedervereinigung und europäische Integration verschiedene Teile eines grösseren Ganzen, nicht aber unvereinbare Gegensätze darstellten. Sicher ist die tiefe seelische Enttäuschung darüber, dass der Westen die tiefe Krise der bolschewistischen Diktatur nach dem 17. Juni 1953 nicht entschlossen und phantasievoll zugunsten der Freiheit nutzte, eine der wesentlichen Ursachen unter anderen für den unerwartet schnellen Zusammenbruch seiner Kräfte gewesen.

Schon die Proklamierung des Sowjetzonenstaates am 7. Oktober 1949 hatten die Westberliner Körperschaften zum Anlass genommen, um ihr Gelöbnis zur deutschen Einheit und damit zur Wiederherstellung der Einheit ihrer zerrissenen Stadt erneut zu bekräftigen. In seinem Neujahrsaufruf 1950 betonte Ernst Reuter, unabhängig von den besonderen Aufgaben des Berliner Wiederaufbaus wäre das eigentliche Ziel erst erreicht, wenn auch die Deutschen «*unter einem oktroyierten Regime*» sich in Freiheit und auf dem Boden des Rechts wieder mit ihren Landsleuten vereinigen könnten. Da Ende des Jahres Neuwahlen fällig wurden, versuchte die Stadtverordnetenversammlung schon im April 1950, die Kommandanten aller vier Sektoren dafür zu gewinnen, diese Neuwahlen in ganz Berlin durchzuführen. Sie schlug vor, den Verfassungsentwurf vom April 1948 und – trotz mancher Bedenken – die Wahlordnung von 1946 zur Grundlage zu nehmen, weil die damalige Verfassung immerhin unter Mitwirkung der SED ausgearbeitet worden war und weil die Wahlordnung von 1946 auf dem Einverständnis aller damaligen vier Stadtkommandanten beruhte. Die drei westlichen Kommandanten stimmten den Vorschlägen der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich zu. Der sowjetische Kommandant hingegen liess sich mit seiner Stellungnahme einige Wochen Zeit, um dann schriftlich zu bekunden, dass er starr an den gleichen Vorstellungen festhielt, an denen schon ein Jahr zuvor die Pariser Aussenministerkonferenz gescheitert war. Zur Durchführung der Wahlen verlangte er eine «*deutsche Kommission auf paritätischer Grundlage*», die also aus gleichviel Vertretern des Sowjetsektors wie der drei Westsektoren bestehen sollte. Ferner erklärte er, das im Mai 1949 eingeführte «*separate Besatzungsstatut*» müsse annulliert, die gewählte Stadtverwaltung auf Grund der proviso-

rischen Verfassung von 1946 tätig werden. Verführerisch klang allein der Vorschlag, die Teilung Berlins in Sektoren aufzuheben, aber der Preis, den der Sowjetkommandant dafür forderte, war unbezahlbar: zur Gewährleistung «*tatsächlich freier demokratischer Wahlen*» wollte er nämlich alle Besatzungstruppen aus Berlin herausgezogen wissen. Das hätte bedeutet, dass die Einheiten der Roten Armee um einige Kilometer in die Zone, die westlichen Besatzungstruppen hingegen um rund 170 Kilometer nach Westdeutschland verlegt worden wären. Man sieht, mit welcher Konsequenz die Sowjets immer wieder unter noch so veränderten Voraussetzungen auf gewisse Lieblingspläne zurückgriffen.

Machte schon diese letzte Bedingung die Anregungen des sowjetischen Kommandanten illusorisch, so verspürte die Stadtverordnetenversammlung auch sonst begreiflicherweise wenig Neigung, sich durch ein Zurückgehen auf die Basis von 1946 gewissermassen selbst zu entmannen. Ihr blieb daher nichts anderes übrig, als ihre Vorschläge im Wesentlichen zu wiederholen, ein Vorgehen, dem sich auch die drei westlichen Kommandanten anschlossen. Der Sowjetvertreter stellte seinerseits durch ein Schreiben vom 24. Juni 1950 «*mit Bedauern*» fest, durch die Ablehnung der sowjetischen Vorschläge für die Wiederherstellung der Einheit der Stadt beharrten die Westmächte auf ihrem früheren Standpunkt, «*das heisst auf der Beibehaltung der Spaltung Berlins*».

Im Herbst 1950 holte das Zonenregime Grotewohl-Ulbricht die im Vorjahre versprochenen Wahlen zu einer «*Volkskammer*» nach, besser gesagt, das, was es als Wahlen auszugeben beliebte. Nicht nur waren den Bürgern der Sowjetzone alle Möglichkeiten einer echten Wahl entzogen, nämlich einer Entscheidung für mehrere Parteien, da das Blocksystem die

Verteilung der Mandate schon vorher festlegte: sie konnten, genau wie in der Zeit des Dritten Reiches, nicht einmal ihrem Unmut durch Fernbleiben von der Wahlurne oder gar durch Abgabe von Nein-Stimmen Luft machen, weil beides zu gefährlich war. Am Vorabend dieser sogenannten Wahlen wandten sich Bundeskanzler Adenauer und Oppositionsführer Kurt Schumacher, diesmal sogar in seltener Eintracht, in Rundfunkansprachen an die Bevölkerung der Sowjetzone, um sie zu beschwören, sich nicht provozieren zu lassen und keine unnötigen Risiken zu laufen, weil man in der Bundesrepublik wie in der ganzen freien Welt die sogenannten «Wahlen» vom 15. Oktober 1950 ohnehin als eine ausgemachte Farce ansähe.

Die beiden führenden Politiker der Bundesrepublik hatten zu solchen Feststellungen umso mehr Berechtigung, als den drei demokratischen Parteien der Berliner Stadtverordnetenversammlung eine sehr originelle Methode eingefallen war, die eigentliche Meinung und die wahren Gefühle wenigstens der Bevölkerung des Sowjetsektors von Berlin indirekt zu ermitteln. Am 2. Oktober erging an die Ostberliner ein Aufruf, wer für die Beseitigung der kommunistischen Terrorherrschaft eintrete und wer die Einheit seiner Stadt durch freie und geheime Wahlen wiederhergestellt sehen wolle, möge innerhalb der nächsten acht Tage den Stammabschnitt seiner Lebensmittelkarte vom September in einem unfrankierten Briefumschlag an das Rathaus Schöneberg senden. Dieser Briefumschlag müsse in einem beliebigen Briefkasten der Westsektoren eingeworfen werden, da es Einsammler für eine solche Aktion nicht gäbe.

Der Erfolg dieses originellen Plebiszits übertraf die kühnsten Erwartungen. Bis zum Stichtag waren rund 376'000 Stammabschnitte von Ostberliner Lebensmittelkarten für September eingegangen. Rund 15'000 Ostberliner hatten Abschnitte an-

derer Monate eingesandt, weil sie die Septemberabschnitte zufällig schon weggeworfen hatten, über 13'000 Personen Abschnitte von Kinderkarten. Damit hatten sich über 400'000 Bewohner des Ostsektors an der Abstimmung beteiligt. Bei einer Bevölkerungszahl von damals knapp einer Million einschliesslich Kindern und Jugendlichen waren also mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten des Ostsektors dem Appell der drei demokratischen Parteien gefolgt. Sie liefen dabei ein ernsthaftes Risiko, denn aus irgendeinem Grunde konnten die ob der Aktion beunruhigten Ostberliner Behörden auf die Idee kommen, sich ihrerseits die Stammabschnitte der Lebensmittelkarten für September vorlegen zu lassen. Die Versicherung, die Abschnitte seien bereits weggeworfen worden, hätte bei einem solchen «*Massenaufgebot*» wenig wahrscheinlich geklungen, umso mehr, als es gelegentlich vorkam, dass auf solche Stammabschnitte nachträglich noch Sonderzuteilungen aufgerufen wurden. Insofern bedeutete die Teilnahme an der «*Volksabstimmung*» für jeden Ostberliner wenigstens ein kleines potentielltes Opfer und eine durchaus konkrete Gefährdung zugleich. Wenn dennoch eine so starke Beteiligung erreicht wurde, dann durfte dies als ein Test dafür gelten, dass der Widerstandswille der Berliner auch jenseits des Brandenburger Tors noch ungebrochen war. Im übrigen hatten auch rund 35'000 Bewohner aus den verschiedenen Ländern und Provinzen der Sowjetzone unaufgefordert die Stammabschnitte ihrer Lebensmittelkarten eingesandt, bloss um der Aktion als solcher ihre Sympathie zu bekunden.

Um die Bevölkerung Westberlins vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Dezember 1950 im letzten Augenblick zu verwirren, richtete Ebert als Oberbürgermeister des Sowjetsektors Ende November ein Schreiben an seinen «*Kollegen*»



Ernst Reuter, in dem er seinerseits überraschend freie und demokratische Wahlen in ganz Berlin für den März 1951 vorschlug. Um aber ja nicht beim Wort genommen zu werden, knüpfte er daran die gleiche unmögliche Bedingung, die schon der sowjetische Kommandant im Sommer erhoben hatte: Abzug sämtlicher Besatzungstruppen aus Berlin. Reuters Antwort lautete lakonisch: «...*Freie demokratische Wahlen in ganz Berlin würde ich, wie jeder Berliner, freudig*» begrüßen. *Der ungehinderten Durchführung freier, gleicher, allgemeiner und geheimer Wahlen, wie sie 1946 schon einmal durchgeführt worden sind, steht seit dem 30. November 1948 nur der Zwang entgegen, den Sie und andere ohne Befragung des Volkes eingesetzte Behörden auf die Bevölkerung des Ostsektors ausüben.*»

Da Stalin in jener Zeit eines der Hauptziele seiner Politik darin sah, die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem zu hintertreiben, spannte er mehrfach die Regierung der «*DDR*» vor, um sich mit irgendwelchen gesamtdeutschen Plänen an die Bundesregierung zu wenden. Ende 1950 richtete Grotewohl den Vorschlag an den Bundeskanzler, einen «*Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat*» unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zu bilden, um die Basis für ein gesamtdeutsche Regierung zu schaffen. Dr. Adenauer reagierte darauf nicht direkt, sondern überliess die Antwort dem Bundestag, der am 15. Januar 1951 mit überwältigender Mehrheit, also auch mit den Stimmen der sozialdemokratischen Opposition, eine entsprechende Resolution billigte. Diese Resolution erklärte unter anderem die Betätigungsfreiheit für alle Parteien, die Zulassung und Vertriebsfreiheit für alle Zeitungen wie die persönliche Sicherheit zu unabdingbaren Voraussetzungen für die Wiedervereinigung auf der Basis freier Wahlen. Ausserdem

hob die Resolution hervor, dass die Bundesrepublik bisher nicht einen einzigen Soldaten unter den Fahnen halte, während die Aufstellung einer militärähnlichen kasernierten Volkspolizei in der Sowjetzone unaufhaltsame Fortschritte mache.

Im September 1951 unternahm Grotewohl einen erneuten Vorstoss. Er appellierte an die «Volkskammer», diese möge sich mit dem Bundestag in Bonn in Verbindung setzen, um über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen und über den Abschluss eines Friedensvertrages zu verhandeln. Noch vor einer Stellungnahme des Bundestages nagelte diesmal der Senat von Berlin den Ministerpräsidenten der «DDR» auf die Ernsthaftigkeit seiner Absichten fest. Westberlin sei jederzeit für freien Wahlen in ganz Berlin bereit, die den Modellfall für gesamtdeutsche freie Wahlen abgeben könnten. Hier bestehe auch seit fünf Jahren eine Wahlordnung, die es ermögliche, schon in kürzester Zeit die Bevölkerung in allen Sektoren zur Entscheidung aufzurufen. Entsetzt winkte Grotewohl mit fadenscheinigen Begründungen ab. Auch Oberbürgermeister Ebert liess sich wieder vernehmen, der die Auffassung vertrat, wer angesichts der Vorschläge der sowjetzonalen Volkskammer mit «*Berliner Krähwinkeleien*» antworte, handle bewusst «*gegen die Lebensinteressen der deutschen Hauptstadt und Deutschlands überhaupt*».

Schon aus diesen Reaktionen ging hervor, wie wenig aufrichtig Grotewohls gesamtdeutsche Ambitionen tatsächlich gemeint waren. Dennoch griff die Bundesregierung die Vorschläge unverzüglich auf und legte dem Bundestag ein 14-Punkte-Programm für eine gesamtdeutsche Wahlordnung vor, das am 28. September 1951 mit den Stimmen aller Parteien gegen die Kommunisten, die im ersten Bundesparlament noch

über 15 Vertreter verfügten, angenommen wurde. Das 14-Punkte-Programm enthielt alle Bedingungen, die für die Durchführung wirklich freier und unbeeinflusster Wahlen unerlässlich waren. Im konkreten Falle forderte das Programm vordringlich, dass sämtliche Beschränkungen im Personenverkehr zwischen den Besatzungszonen einschliesslich Gross-Berlins spätestens drei Monate vor der Wahl aufgehoben werden müssten und dass die Wahl selbst unter dem Schutz internationaler, aus Vertretern neutraler Mächte gebildeter Kontrollorgane stattfinden sollte. Die Vorschläge des Bundestages wurden sofort den drei Westmächten übergeben, die sie am 5. November 1951 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zuleiteten. Schon am 13. November nahm die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit 47 gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen den Antrag der Westmächte an, in dem die Bildung einer unparteiischen internationalen Kommission unter Aufsicht der Vereinten Nationen gefordert wurde. Diese sollte eine gleichzeitige Untersuchung in der Bundesrepublik, in Berlin und in der Sowjetzone durchführen, um zu ermitteln, *«ob die gegenwärtigen Verhältnisse die Abhaltung wirklich freier Wahlen in diesen Gebieten zuliessen»*. Ein Sonderausschuss wurde eingesetzt mit der Weisung, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen und für die Vollversammlung eine *«abstimmungsreife Entschliessung»* auszuarbeiten.

Der Sonderausschuss nahm seine Tätigkeit in Paris auf und beschloss, Vertreter aller deutschen Gebietsteile einzuladen und anzuhören. Delegationsführer der deutschen Bundesrepublik war Dr. von Brentano, der heutige Aussenminister. Der Berliner Senat entsandte den Regierenden Bürgermeister persönlich nach Paris. Die sowjetzonale Delegation wurde von Dr. Bolz, dem heutigen Aussenminister der *«DDR»* geleitet. Brentano erklärte im Namen der Bundesregierung und der überwältigen-

den Mehrheit des Bundestages, «*dass wir die Tätigkeit einer unparteiischen Untersuchungskommission nicht nur nicht fürchten, sondern wünschen*». Reuter fühlte sich nicht allein als Vertreter Berlins, sondern auch als Vertreter der unterdrückten Bevölkerung der Zone, als er feststellte: «*...Das Eingreifen der Vereinten Nationen zunächst durch eine Untersuchungskommission wird von der ganzen Bevölkerung der Sowjetzone dringend erwartet. Sie hofft, dass die freie Welt sie nicht im Stich lassen und die Rechte wiederherstellen wird, auf Grund deren allein eine demokratische Ordnung hergestellt werden kann . . . Senat und Abgeordnetenhaus von Berlin sind bereit, eine solche Lösung mit allen Mitteln zu unterstützen. Ebenso erklären wir uns bereit, einer von den Vereinten Nationen zu bildenden Kommission jede von ihr gewünschte Möglichkeit zur Untersuchung aller Verhältnisse zu geben.*»

Der Vertreter der Sowjetzone hingegen beschränkte sich auf die üblichen Angriffe gegen die Bundesrepublik und Westberlin, leugnete jede Unfreiheit und politische Verfolgung Andersdenkender in der «*DDR*» glatt ab, um schliesslich seine Ablehnung mit folgenden Worten zu begründen: «*...Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, dass die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung innere Angelegenheit des deutschen Volkes selbst ist. Die Einsetzung einer Überprüfungscommission der Vereinten Nationen würde eine Einmischung in diese innere friedliche Angelegenheit der Deutschen selbst darstellen. Dies würde den Interessen und den Wünschen des Volkes wie den Grundsätzen der Vereinten Nationen widersprechen ...*»

Dennoch billigte der Politische Ausschuss der UN-Vollversammlung die Bildung einer Fünfmächte-Kommission, die bis

zum 1. September 1952 über ihren Erfolg berichten sollte. Während sowohl die Bundesregierung wie der Senat von Berlin nach wie vor ihre Bereitschaft bekundeten, der Kommission jeden gewünschten Einblick in die politischen Verhältnisse zu gestatten, erklärte der Ministerrat der «DDR» am 28. Februar 1952, es bestünde keinerlei Veranlassung, eine Änderung des Standpunktes vorzunehmen, den der sowjetzonale Vertreter im Dezember 1951 in Paris vorgetragen habe. Damit war der bisher aussichtsreichste Versuch gescheitert, die Sowjets und ihre deutschen Satelliten zum Thema der Wiedervereinigung beim Wort zu nehmen. Damit war aber auch vor aller Welt klargeworden, dass die Sowjets unter den von ihnen propagierten «*freien Wahlen*» in ihrem Machtbereich nach wie vor lediglich eine Wahlkomödie verstanden, die ausschliesslich dazu dienen sollte, ihren Willensvollstreckern in der Zone tunlichst auch künftig eine Mehrheit zu sichern.

#### 10. MÄRZ 1952 – EINE VERSÄUMTE GELEGENHEIT?

Der Schock, den diese negative Haltung des Ostens auslöste, mag psychologisch dazu beigetragen haben, dass man im Westen der vielleicht einzigen ernsthaften Initiative, die Moskau unmittelbar danach direkt zur Wiedervereinigung Deutschlands ergriff, zu wenig Gewicht beimass. Am 10. März 1952 schickte die Sowjetregierung zum erstenmal nicht ihre Pankower Satelliten vor, sondern wandte sich in einer Note unmittelbar an die Westmächte, die einige Vorschläge enthielt, die im Hinblick auf die bisherige sowjetische Haltung geradezu sensationell klangen. In der Note wurde der Abschluss eines Friedensvertrages vorgeschlagen unter der Bedingung, Deutschland als einheitlichen Staat wiederherzustellen und sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte späte-

stens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrages aus seinem Territorium abzuziehen. Dem deutschen Volk sollten alle demokratischen Rechte gewährleistet werden mit dem Vorbehalt, dass keine Organisationen bestehen dürften, die der Demokratie und der Sache des Friedens feindlich seien, eine Einschränkung, die immerhin recht verdächtig klang, wenn man im Auge behielt, was Moskau üblicherweise unter den Begriffen Demokratie und Frieden verstand. Am erstaunlichsten wirkte die Bereitschaft der Sowjets, einem wiedervereinigten Deutschland «eigene *nationale Streitkräfte, die für die Verteidigung des Landes notwendig seien*», zu gestatten. Die Gegenleistung, die Moskau in seiner Note verlangte, bestand in den Forderungen, die Oder-Neisse-Linie als endgültige Grenze anzuerkennen und Deutschland aus allen Koalitionen oder Militärbündnissen herauszuhalten, die sich gegen irgendeinen Staat richteten, der aktiv am Kriege gegen das Dritte Reich teilgenommen habe. Gleichzeitig erklärte die Sowjetregierung ihre Bereitschaft, bei Verhandlungen über einen Friedensvertrag auch über andere Vorschläge zu diskutieren.

Kaum ein politisches Dokument ist in den letzten Jahren derartig in das Kreuzfeuer verschiedenartiger historischer Beurteilungen hineingeraten, wie die Sowjetnote vom 10. März 1952. War sie ausnahmslos ehrlich gemeint oder kann sich die freie Welt heute noch beglückwünschen, damals nicht auf den genialsten Propagandatrick Stalins hereingefallen zu sein? Die Antwort darauf wird notgedrungen hypothetisch bleiben müssen, weil kein ernsthafter Versuch unternommen wurde, gleichsam durch das Papier des diplomatischen Aktenstücks hindurch die realen Absichten zu sondieren, die die Sowjets möglicherweise mit ihrer Note verbanden. Es steht lediglich fest, dass Stalin, dem Buchstaben nach, bereit war, einen ho-

hen Preis dafür zu bezahlen, um die Einbeziehung des weitaus grösseren, volkreicheren und industriell stärkeren Teiles Deutschlands in das westliche Verteidigungssystem zu verhindern. Gewiss durfte ein wiedervereinigtes Deutschland nach der Absicht Moskaus keinem weltpolitisch interessanten Militärbündnis angehören, aber es sollten ihm nationale Streitkräfte eingeräumt werden, und die Sowjets konnten sich kaum darüber im Zweifel sein, auf welcher Seite diese Streitkräfte in einem bitteren Ernstfall trotz politischer Neutralität gestanden hätten. Gewiss präziserte die Sowjetnote nicht mit hinreichender Deutlichkeit die elementare Voraussetzung für die Realisierung ihrer Vorschläge, nämlich freie Wahlen. Eine sinngemässe und wörtliche Auslegung dieser Vorschläge hätte dessenungeachtet in durchaus absehbarer Zeit die eindeutige Liquidierung des kommunistischen Regimes in der Sowjetzone bedeutet.

Freilich waren die psychologischen Voraussetzungen im Westen für eine unbefangene Diskussion der Sowjetnote so ungünstig wie nur möglich. Einmal wirkte, wie bereits erwähnt, in der freien Welt die Empörung über die Behandlung nach, die das Zonenregime im Schutze des «*grossen Bruders*» der Delegation der Vereinten Nationen widerfahren liess. Gerade hierin lag ein ebenso provokatorischer wie ernüchternder Beweis dafür, wie es sogar der höchsten und wichtigsten Institution der ganzen Welt erging, wenn sie sich bereit zeigte, sich auf kommunistische Empfehlungen einzulassen. Ausserdem hatte gerade in jener Zeit das Vertrauen des Westens auf die sogenannte «*Politik der Stärke*» einen Höhepunkt erreicht. Die über fast zwei Jahre hingezogenen Verhandlungen über die militärische Integration der Bundesrepublik in die EVG und damit in das NATO-System standen kurz vor dem Abschluss. Niemand sah damals voraus, dass die Ratifizierung

der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die nationalen Parlamente sich noch länger hinschleppen würde als die Vorverhandlungen. Noch weniger war zu unterstellen, dass ausgerechnet das Land, das den Gedanken der Verteidigungsgemeinschaft geboren hatte, dieser Konzeption zweieinhalb Jahre später den Todesstoss versetzen sollte.

War es also angebracht, die geplante europäischatlantische Integration der Bundesrepublik erneut auf ungewisse Frist zu vertagen, nur um mit den Sowjets über die Modalitäten einer deutschen Wiedervereinigung zu verhandeln, wodurch man sich wahrscheinlich abermals aufs Glatteis locken und von vordringlicheren Notwendigkeiten ablenken liess? Nachträglich kann über die ominöse Sowjetnote vom 10. März 1952 nur soviel mit Sicherheit gesagt werden: Sofern sie ausnahmsweise von ihrem Urheber Stalin wirklich ehrlich und in dem Sinne gemeint war, mit einer Wiedervereinigung Deutschlands einer normalen Entwicklung in Europa und der Welt die Bahn zu bereiten, dann rächte sich an ihm in diesem Augenblick in geradezu tragischer Weise die Doppelzüngigkeit und Unehrllichkeit seiner Politik in den voraufgegangenen sieben Jahren – oder, besser gesagt, in den voraufgegangenen neun Jahren, denn mindestens seit Teheran hatte Stalin seine westlichen Partner unentwegt nach allen Regeln der Kunst hinters Licht geführt und so bei ihnen allmählich ein unheilbares Misstrauen erzeugt, das nun vielleicht in einem Ausnahmefall, soweit es sich wirklich um einen solchen handelte, zu weit gehen mochte.

Die Aufnahme der Sowjetnote bei ihren Adressaten war jedenfalls kühl und zurückhaltend. Die Westmächte wiesen in ihrer Gegennote abermals auf die Notwendigkeit der Durchführung freier Wahlen in allen ehemaligen Besatzungszonen



hin. Ähnlich äusserte sich die Bundesregierung, vor allem der Bundeskanzler, der sich in einer öffentlichen Rede am 16. März 1952 vor allem mit der Zumutung beschäftigte, Deutschland gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit seiner Bevölkerung vom Westen lösen zu wollen und es zu einem offiziellen und endgültigen Verzicht auf die verlorenen Ostgebiete jenseits von Oder und Neisse zu bewegen. Bei der Bundestagsdebatte über den Etat des Auswärtigen Amts, dem damals noch der Bundeskanzler persönlich vorstand, prallten im April 1952 die Gegensätze zwischen Regierung und Opposition wieder so heftig wie nur je aufeinander. Die Regierung versprach sich offenbar von dem konkreten Inhalt der Note zu wenig, die Opposition wahrscheinlich zuviel. Von einer gemeinsamen Aussenpolitik, die Reuter so am Herzen lag, konnte jedenfalls nach dem erneuten Ausbruch gegenseitiger Leidenschaften, die sich in den folgenden Monaten im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Westverträge noch steigerten, weniger denn je die Rede sein.

#### **DER VOLKSAUFSTAND IN MITTELDEUTSCHLAND**

Genau ein Jahr später, am 5. März 1953, starb Stalin, und damit ging zweifellos eine bedeutsame Epoche der Weltpolitik zu Ende. Mit mehr Klarsicht als viele seiner Zeitgenossen begriff Ernst Reuter, dass dieses Ereignis nicht ohne tiefgreifende Folgen auf die Struktur des Sowjetsystems selbst und auf sein Verhältnis zu seinen Satelliten bleiben würde.

Schliesslich kannte Reuter den sowjetischen Kommunismus und dessen Spielregeln und Methoden aus eigener Erfahrung. Vor allem zweifelte er nicht daran, dass jetzt oder nie die Stunde für eine mitreissende politische Offensive des Westens gekommen sei. Er, der jedem Doktrinarismus widerstrebte,

trug auch in Bezug auf den Kommunismus keine Scheuklappen vor den Augen. Bei aller tiefen Abneigung und allem unverhohlenen Misstrauen hielt er ihn für prinzipiell wandlungsfähig, hielt er es in erster Linie für notwendig, die innere Unsicherheit des kommunistischen Systems zugunsten einer politischen Befreiung der Sowjetzone auszunutzen. Darum brachte er wenig Verständnis dafür auf, wie abwartend und tatenlos, um nicht zu sagen, steril der Westen seinerseits auf die Zeitenwende reagierte, indem er an seinen Konzeptionen unverändert festhielt, statt sie der veränderten Situation anzupassen.

Als am 16. und 17. Juni 1953 in Ostberlin und in der ganzen Sowjetzone ein Volksaufstand von elementarer Gewalt gegen das verhasste Ulbricht/Grotewohl-Regime ausbrach, befand sich Reuter gerade auf einer Urlaubsreise. Trotz aller Bemühungen, von Wien aus, wo er sich gerade aufhielt, sofort auf dem Luftweg nach Berlin zurückzukehren, erhielt er einen Flugzeugplatz erst für den 18. Juni, als die einzige echte deutsche Revolution dieses Jahrhunderts von den sowjetischen Panzern bereits niedergewalzt worden war. Trotz alledem hatte der Verlauf des Aufstandes zum erstenmal in der Geschichte einige Auffassungen, die bis dahin als Axiome galten, mit erschütternder Wucht widerlegt: etwa, dass jede spontane Erhebung von Volksmassen gegen ein totalitäres Regime unweigerlich zum Scheitern verurteilt sei. Ohne das brutale Eingreifen der sowjetischen Panzer hätte gerade der Zorn derjenigen, die Ulbricht und Grotewohl bis dahin als *«Klassen-genossen»* ansprachen, die kommunistischen Machthaber im Handumdrehen von ihren angemassten Sesseln hinweggefegt. In Ostberlin wie in der Zone zeigte es sich, dass grosse Teile der Volkspolizei mit den Demonstranten aus den Fabriken und Betrieben entweder gemeinsame Sache machten oder, völlig

übrumpelt, buchstäblich Gewehr bei Fuss standen, überall wurden Gefängnisse und Zuchthäuser erstürmt, politische Häftlinge in Scharen befreit. Ausserdem erlitt durch die Ereignisse des 17. Juni die Idee der kommunistischen Weltrevolution moralisch den ersten entscheidenden Stoss, ein Phänomen, das sich drei Jahre später in Ungarn in noch krasserer Weise wiederholte. Man konnte wohl nach dem Aufstand versuchen, ihn als ein abgekartetes Spiel faschistischer Banden und Agenten zu verleumden. Aber dadurch wurde der bestürzende Gewissenskonflikt nicht aufgehoben, in den jeder einfache Rotarmist während des Aufstandes geriet, als er plötzlich den Befehl erhielt, mit Panzern in streikende Arbeiter hineinzufahren, die gegen ihre eigenen angeblichen *«Errungenschaften»* demonstrierten und streikten.

Reuter kam gerade noch zurecht, um im Rahmen einer feierlichen Trauerkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus den Opfern des 17. Juni, soweit man sie hatte bergen können, einige ehrende Gedenkworte ins Grab nachzurufen. Aber natürlich beschränkte sich seine Aktivität nicht auf die Erfüllung dieser schmerzlichen Pflicht. Er hielt es für unbedingt notwendig, die Sowjets gerade jetzt so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch zu zwingen und sie zum Thema der Wiedervereinigung Farbe bekennen zu lassen. In den nächsten Wochen hämmerte er in zahlreichen Reden, Rundfunkansprachen, Pressekonferenzen und Interviews der deutschen wie der internationalen Öffentlichkeit ins Bewusstsein, die Sowjetunion sei weder materiell noch gar moralisch so stark, wie sie sich selbst hinstelle. Leider stiess Reuter mit solchen Äusserungen und Vorschlägen allenfalls auf das Interesse, nicht aber auf eine entsprechende Tatbereitschaft seiner jeweiligen Gesprächspartner.

Unmittelbar zu handeln vermochte der Regierende Bürgermeister nur in seinem eigenen Zuständigkeitsbereich, und das tat er mit allen nur denkbaren Konsequenzen. Sein letztes grosses Werk zur Linderung der Not der Zonenbevölkerung bestand in der Organisierung einer grosszügigen Lebensmittelhilfe. Er spannte für diesen Zweck die kommunalen Dienststellen in Westberlin ein und forderte von der Bundesregierung einen entsprechenden finanziellen Zuschuss, um die Aktion in die Wege zu leiten. Als man in Bonn zögerte, fuhr er selber nach dort und fand für seine Anregung beim Bundeskanzler bereitwilliges Verständnis. Am 17. Juli wurde bekanntgegeben, jeder Bewohner des Ostsektors oder der Sowjetzone könne sich unentgeltlich ein Paket mit hochwertigen Lebensmitteln in Westberlin abholen. Trotz des Verbotes der sowjetzonalen Behörden, sie entgegenzunehmen, konnten innerhalb von drei Wochen fast drei Millionen Pakete ausgegeben werden. Eine zweite Aktion dieser Art, die Ende August begann, führte nicht zum gleichen Erfolg, da sich das Pankower Regime inzwischen wieder leidlich konsolidiert hatte und die Überwachungsmassnahmen an den verschiedenen Kontrollpunkten besser funktionierten.

#### **REUTERS PLÖTZLICHER TOD**

Inzwischen war die Stunde des Wahlkampfes um die grosse Entscheidung auf der Bundesebene am 6. September 1953 herangekommen. Für Reuter, der an diesem Kampf sehr intensiv persönlich teilnahm, stand die ganze Auseinandersetzung von vornherein im Zeichen einer falschen Alternative: für oder gegen die EVG. Die Regierungs- wie die Oppositionsparteien schienen schon nach überraschend kurzer Zeit aus den Augen

verloren zu haben, was für Lehren jede beteiligte Gruppe in ihrer Art aus dem grossen Ereignis des 17. Juni hätte ziehen müssen.

Ernst Reuter trug zeitlebens in einer an sich sehr glücklichen Mischung zwei Seelen in seiner Brust: die eines Optimisten und die eines Realisten. Als Optimist wünschte er nicht nur, sondern rechnete er auch mit dem Sieg seiner Partei. Der Realist in ihm musste sich hingegen sagen, dass die Chancen einer Opposition, die vier Jahre hindurch eine zwar gutgemeinte, aber oft wirklichkeitsfremde Politik getrieben hatte, nicht gerade zum besten bestellt sein konnten. Immerhin hoffte er wohl auf eine relativ so starke Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen, dass das Wahlergebnis, unter welcher Führung auch immer, den Weg für eine grosse Koalition ebnete, die 1949 nicht zustande gekommen war. Diese grosse Koalition aller demokratischen Kräfte hatte sich zunächst unter seiner moralischen und später tatsächlichen Führung in Berlin in den Zeiten der schlimmsten Not bestens bewährt und hielt auch nach wie vor zusammen, obwohl ihr immer wieder dank der Bonner Einflüsse ein Auseinanderbrechen drohte. Grundsätzlich empfand Reuter zu sehr als Demokrat, um nicht, wie viele andere auch, in normalen Zeiten im Allgemeinen dem lebendigen Wechselspiel zwischen Regierung und kontrollierender Opposition den Vorzug zu geben. In sehr aussergewöhnlichen Zeiten aber, in denen es vor allem die Wiedervereinigung einer gespaltenen Nation zu bewirken gab, plädierte er für eine enge Zusammenfassung aller demokratischen Parteien, schon damit nicht wertvolle Kräfte unnütz gegeneinander vergeudet wurden, deren man augenblicklich jedenfalls an ganz anderen politischen Fronten dringend bedurfte. Da das Beispiel der ersten Legislaturperiode des Bundestags hinlänglich erwiesen hatte, wie unmöglich es war, im Zeichen der gegebenen Konstellation zu einer gemeinsamen

Aussenpolitik zu kommen, hielt Reuter vornehmlich deswegen für die Zukunft eine andere Lösung für notwendig.

Das Wahlergebnis des 6. September 1953 enttäuschte jedoch Reuters Erwartungen. Dr. Adenauer verhalf seiner Partei dank einer schon damals nicht immer unangreifbaren, aber stets konsequenten und zielstrebigem Politik nicht nur zu einem unerwarteten Triumph, sondern auch zu einer absoluten Mehrheit der Sitze im Bundestag. Die Sozialdemokratie hingegen konnte zwar im absoluten Ergebnis dank der grösseren Wahlbeteiligung im Vergleich zu 1949 einige hunderttausend Stimmen hinzugewinnen, prozentual aber ihren Stand von damals nur mit knapper Mühe und Not halten. Für eine Oppositionspartei kam das einer schweren Niederlage gleich. Damit waren ausserdem alle Aussichten für die Bildung einer grossen Koalition zerstorben, weil für sie nach dem Wahlausgang ein sichtbares und allgemein überzeugendes Bedürfnis nicht mehr bestand.

Jetzt erst trat Ernst Reuter aus der bisher beobachteten Zurückhaltung gegenüber seinen Parteifreunden heraus. Auf der ersten Sitzung der neuen SPD-Bundestagsfraktion am 17. September fand er deutliche Worte: «...*Unsere Wähler haben verstanden, was wir nicht wollen . . . aber wir haben selten verstanden, klar zu sagen, was wir nun eigentlich selber positiv wollen –, das ist doch eigentlich die Aufgabe, die eine grosse Partei, wie es die Sozialdemokratie ist, zu lösen hat . . .*» In einem Referat, das er am Tage darauf vor Berliner SPD-Funktionären hielt, kamen sein Unmut und seine Enttäuschung noch stärker zum Ausdruck:

«...*Politik ist Wille zur Macht, und Politik lässt sich ohne Macht nicht durchführen. Ein solches Volk ist sonst ein Spielball anderer Mächte . . . Haben wir Sozialdemokraten immer wieder gesagt, dass wir bereit sind, Deutschland zu verteidigen*

*gen? Ja – Ollenhauer hat es gesagt, aber waren das nicht in Nebensätzen hingeworfene Bemerkungen? War es nicht zuwenig nach einem Prinzip angesprochen?»*

Einige Tage später fuhr Ernst Reuter zum Deutschen Städtetag nach Hamburg und wurde dort zum fünftenmal nacheinander zum Präsidenten gewählt: eine Ehrung, die nicht allein Berlin, sondern mindestens ebenso sehr seinem grossen und populären Vertreter galt. Schon zwei Tage nach seiner Rückkehr streikte sein müde gewordenes Herz. Am Abend des 28. September verliess er vorzeitig eine Sitzung des SPD-Landesvorstandes, weil er sich durch eine akute Bronchitis angegriffen und unwohl fühlte. In der folgenden Nacht setzte eine schwere Herzkrise ein, der er nach langem und schmerzhaftem Todeskampf in den Abendstunden des 29. September 1953 erlag.

Ganz Berlin reagierte auf diese unfassliche Nachricht wie versteinert. Hunderttausende von Berlinern, aber auch viele Besucher aus der Sowjetzone zogen an dem vor dem Schöneberger Rathaus aufgebahrten Sarg vorbei. Der Bundespräsident eilte nach Berlin, um dem grossen Toten die letzte Ehre zu erweisen. Einer der bekanntesten Plätze im Herzen der Stadt, damals noch vorwiegend von Trümmern umgeben, wurde in «*Ernst-Reuter-Platz*» umbenannt. Heute schon ist er zum architektonisch schönsten Platz der neuen Weltstadt geworden. Hier wird die Erinnerung an den grössten Bürgermeister, den Berlin je besass, und an eine der bedeutendsten, saubersten und stärksten Gestalten der deutschen Demokratie am sinnfälligsten fortleben.

## ZWISCHEN STALIN UND CHRUSCHTSCHOW

(1953-1958)

### KOALITION NACH BONNER MUSTER

Über der Stadt, die bisher in der internationalen Öffentlichkeit und bei Freund und Feind geradezu unzertrennlich mit Ernst Reuter verbunden schien, senkten sich zunächst die Schatten einer ausgesprochenen Epigonen-Zeit: was Reuter vergeblich auf der Bundesebene angestrebt hatte, brach nach seinem plötzlichen Tode nunmehr auch in Berlin auseinander. Die Allparteienkoalition zerfiel, und das Abgeordnetenhaus leistete sich gleichsam in Sichtweite des totalitären Gegners den Luxus von Regierung und Opposition.

Die Sozialdemokraten präsentierten als Nachfolger Reuters den besten und erfahrensten Mann, der ihnen nach dem unerzetzlichen Verlust verblieben war: den langjährigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Professor Dr. Otto Suhr. Mehr als jeder sonstige Kandidat, der in den Reihen seiner eigenen Partei in Betracht gekommen wäre, mehr aber auch als jeder Kandidat der beiden anderen politischen Gruppen war Suhr mit der Stadtgeschichte Berlins seit jenen historischen Tagen des Frühjahrs 1946 verbunden, als der erfolgreiche Abwehrkampf der Berliner SPD der ganzen Bevölkerung zum erstenmal das Tor zur künftigen Freiheit aufstieß. Als Generalsekretär seiner Partei hatte Suhr die SPD seit ihrer Trennung von Grotewohl organisatorisch aufgebaut und ihrem grossen Erfolg vom Oktober 1946 die Bahn geebnet. Seit November



1946 fungierte er ohne Unterbrechung als Repräsentant des Berliner Parlaments, das er mit seiner Unerschrockenheit und würdigen Haltung durch alle Klippen der schweren und gefährlichen Krise von 1947/48 hindurchzusteuern wusste. Seit 1948 leitete er die Hochschule für Politik, die dank seiner Tatkraft wiedererstanden war und heute offiziell der Freien Universität eingegliedert ist.

Gewiss fehlte Suhr die unmittelbare Wärme und die einzigartige Ausstrahlungskraft seines grossen Vorgängers. Auch vermochte er es als Redner nur selten, die Herzen seiner Zuhörer zu bewegen oder diese gar mitzureissen. Wo er öffentlich redete, tat er es klug, besonnen und wohlüberlegt, aber ohne jenes undefinierbare Temperament, das Berge versetzt. Ferner neigte er dazu, Schwierigkeiten mit der eigenen Partei bewusster und vorsichtiger aus dem Wege zu gehen, als Reuter das getan hatte. Man kann es auch so ausdrücken, dass Reuter den Kampf mit engstirnigen Funktionären aus den eigenen Reihen nicht gerade suchte, während Suhr solche Auseinandersetzungen eher scheute. An gesundem politischem Ehrgeiz stand er Reuter nicht nach, wenn er ihn auch infolge der Verschiedenheit seines Wesens anders betätigte. Er war vor allem ein unermüdlicher Arbeiter von eisernem Pflichtbewusstsein, der die kleinste Unkorrektheit verabscheute. Ausserdem besass er einen sicheren Blick für die Qualität von Mitarbeitern, mochten diese aus noch so anderem Holz geschnitzt sein als er.

Dennoch unterlag dieser berufenste Nachfolger Reuters bei einer Kampfabstimmung des Abgeordnetenhauses am 22. Oktober 1953 dem CDU-Gegenkandidaten Dr. Schreiber, der mit nur 62 von 120 abgegebenen Stimmen, also mit einer sehr knappen Mehrheit, zum Regierenden Bürgermeister gewählt wurde. Damit waren eigentlich die Würfel über das Fortbeste-

hen der Allparteienkoalition praktisch schon gefallen, wenn es auch in den folgenden Wochen nicht an Bemühungen fehlte, den endgültigen Riss zwischen den beiden fast gleichstarken Gruppen zu vermeiden. Aber die nichtsozialistischen Parteien wagten das Experiment, das in jedem Falle ohnedies nur noch ein Jahr Zeit hatte, sich zu bewähren. Am 12. November 1953 stellte der neue Regierende Bürgermeister dem Abgeordnetenhaus zum erstenmal seit 1946 eine Stadtregierung vor, die keine Vertreter der SPD in ihren Reihen zählte.

Mit Walther Schreiber trat aber auch zum erstenmal in der Nachkriegszeit ein neuer Typ an die Spitze des Berliner Senats, oder, allerdings recht vereinfachend gesprochen, der Administrator an die Stelle des Politikers. Die Vereinfachung wird jedoch aus der Welt geschafft, wenn man die Akzente richtig setzt. Der Politiker Ernst Reuter hatte sich bekanntlich schon in früheren Jahren durch seine Tätigkeit als Stadtrat für Verkehrswesen in Berlin wie als Oberbürgermeister von Magdeburg *auch* als ein ausgezeichnete Verwaltungsfachmann auf kommunalem Gebiet bewährt. Walther Schreiber, der wenigstens vor seinem eigenen Gewissen noch immer die Kontinuität der preussischen Staatsverwaltung verkörperte, war *auch* ein Politiker von Format und betontem Eigenwillen. Nach seiner Verdrängung als Zonenvorsitzender der CDU – gemeinsam mit Dr. Hermes – im Dezember 1945 übernahm er später die Leitung des Berliner CDU-Landesverbandes. Aus der schwierigen Zeit kurz vor der Blockade ist eine Episode überliefert, die die persönliche Unerschrockenheit Schreibers ebenso illustriert wie sein Gefühl für Selbstachtung, man möchte sagen, für preussische Würde. In jenen Tagen war er einmal zur sowjetischen Stadtkommandantur bestellt worden und musste dort etwa zwanzig Minuten warten, ohne dass sich jemand um ihn kümmerte. Nach Ablauf dieser Frist erhob sich

Schreiber, verliess das Gebäude und erklärte im Vorbeigehen dem Zerberus an der Pforte unmissverständlich, er dächte nicht daran, hier länger auszuharren. Er sei entweder Pünktlichkeit in der Innehaltung von Terminen oder wenigstens eine Entschuldigung seines jeweiligen Partners gewohnt, wenn sich dieser verspäte.

Sicher fiel einem Manne dieser charakterlichen Prägung der Entschluss keineswegs leicht, nach dem toten Rennen im Abgeordnetenhaus im Januar 1951 zugunsten Reuters zurückzutreten und sich, ursprünglich von seiner Fraktion zum ersten Regierenden Bürgermeister Berlins nominiert, nunmehr mit dessen Stellvertretung zu bescheiden. Nach Reuters Tod entfielen für Schreiber die Bedenken, sich erneut einer Kampfabstimmung zu stellen und aus deren erwartetem, wenn auch knappem Erfolg die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Wie schon mehrfach hervorgehoben, hatte sich das ursprünglich enge politische Einvernehmen der drei demokratischen Koalitionspartner an den immer schrofferen Gegensätzen, wie sie auf der Bundesebene zutage traten, gleichsam aufgebraucht, wenigstens vorübergehend. Der unerwartet gewaltige Erfolg der CDU bei den Bundestagswahlen vom 6. September 1953 färbte sichtbar auch auf die Haltung des Berliner Landesverbandes ab. Mit der leidlichen Normalisierung der Lage in der deutschen Hauptstadt mehrten sich übrigens die Stimmen in allen hiesigen Parteien, die auch für Berlin das klassische Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition forderten. Hinzu kam, dass sich besonders auf dem rechten Flügel der CDU mit manchen Ressentiments, die die Weimarer Zeit überdauert hatten, ein zunehmendes Missvergnügen gegen die «ewige» Koalition mit einer sozialistischen Partei geltend machte, noch dazu notgedrungen im Zeichen einer ständigen Junior-Partnerschaft. Kurz, eine Mehrheit der CDU wie der

FDP hielt die Stunde für gekommen, in Berlin eine Koalition noch Bonner Muster auf die Beine zu stellen, vielleicht nicht zuletzt aus der Besorgnis, nach dem Tode eines so unabhängigen und unbefangenen Mannes wie Ernst Reuter werde auch die Berliner SPD ihrerseits noch stärker als bisher auf den damaligen Kurs ihrer politischen Freunde in Bonn einschwenken. So verständlich diese Erwägungen anmuten mochten, so sollten doch die nahe wie die fernere Zukunft erweisen, dass sie von irrigen Voraussetzungen ausgingen. Positive wie negative Bewährungsproben kamen auf Berlin zu, die schlechterdings in der noch immer isolierten Stadt nur durch ein enges Aktionsbündnis der demokratischen Kräfte in ständiger gemeinsamer Verantwortung zu meistern waren.

Dem neuen Regierenden Bürgermeister war es übrigens nur wenig mehr als ein Jahr vergönnt, die Geschicke Berlins zu lenken. Er widmete sich in dieser Zeit, die, wie übrigens das ganze Jahrfünft zwischen 1953 und 1958, keine massiven politischen Herausforderungen von aussen brachte, umso zielbewusster den Aufgaben der Verwaltung und des städtischen Wiederaufbaus. Vor allem knüpfte er mit der Intensivierung der Beziehungen zu Bonn an das Erbe Reuters an und wirkte durch ebenso geduldige wie zähe Verhandlungen wesentlich an den Voraussetzungen mit, die nach Ablauf seiner Amtsführung endlich die Wiedergeburt einer modernen Weltstadt in grossem Stil ermöglichten. Ebenso wie sein unterlegener Rivale und späterer Nachfolger Otto Suhr verfuhr er nach den Grundsätzen der Korrektheit bis ins kleinste Detail. Nicht ohne Genugtuung pflegte er im Kreise seiner Freunde gelegentlich darauf hinzuweisen, dass nach der sogenannten «Machtübernahme» Hermann Göring als neuer preussischer Ministerpräsident Gestapo-Beamte in das von ihm sieben Jahre geführte

Handelsministerium entsandte mit dem Auftrag, auch dort Beweismaterial gegen die angeblich «*korrupte Weimarer Demokratie*» zusammenzutragen, ohne dass diesen trotz eifrigsten Suchens auch nur der kleinste Erfolg beschieden gewesen wäre.

#### AUSSENMINISTERKONFERENZ UND BUNDESVERSAMMLUNG IN BERLIN

Die im Herbst 1953 geschaffene neue politische Situation prägte schon der Debatte über die Regierungserklärung, die am 7. Dezember 1953 stattfand, unverkennbar ihren Stempel auf. Dennoch waren sich beide Kontrahenten – der CDU/FDP-Senat wie die SPD-Opposition – von vornherein darüber klar, dass es in Berlin wegen der Besonderheit der hier gegebenen Lage nicht zu einer solchen Verschärfung der Gegensätze kommen durfte, wie sie in Bonn schon seit Jahr und Tag bestand. Vor allem machte ein bedeutsames weltpolitisches Ereignis, das zur Genugtuung der Berliner in ihren Mauern stattfand, eine weitere sinnvolle Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte zwingend erforderlich: die vierte Aussenministerkonferenz über Deutschland, die in der Zeit vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 teils im ehemaligen Kontrollratsgebäude in Westberlin, teils in der Sowjetbotschaft in Ostberlin tagte und die daher unter dem Namen «*Berliner Konferenz*» in die Geschichte eingegangen ist.

Bekanntlich hatten die drei vorausgegangenen Deutschlandkonferenzen in Moskau und London (1947) wie in Paris (1949) ein negatives Ergebnis gehabt. Auch ein 1951 am gleichen Ort unternommener Versuch, die Stellvertreter der Aussenminister mit diesem Problem zu beschäftigen, war umso gründlicher gescheitert, als es nicht einmal zu einer Verstän-

digung über die Tagesordnung, geschweige denn über die Sache kam. Nach dem Volksaufstand in der Sowjetzone ergriff im Sommer 1953 die Bundesregierung die Initiative und regte bei den Westmächten an, der Sowjetunion eine neue Aussenministerkonferenz vorzuschlagen. In einem Notenwechsel vom Herbst gleichen Jahres ging Moskau darauf ein, und als Ort dieser diplomatischen Zusammenkunft wurde Berlin bestimmt.

Die ganze Welt, insbesondere die Berliner und die Bevölkerung der Sowjetzone sahen dem Ereignis mit einigen Hoffnungen entgegen. Aus manchen Anzeichen liess sich schliessen, dass die in Moskau nach dem Tode Stalins eingetretene Verwirrung eine Auflockerung der starren sowjetischen Position nach sich ziehen würde. Die Parole der «*Koexistenz*» begann um sich zu greifen. Viele Beobachter entnahmen auch aus dem Einverständnis von Stalins Nachfolgern mit dem vorgeschlagenen Konferenzort und seiner schicksalsschweren Symbolik, diese beabsichtigten die Bevölkerung der gespaltenen Stadt wenigstens nicht hundertprozentig zu enttäuschen.

Umso gründlicher war die Ernüchterung, die der Konferenzverlauf mit sich brachte. Schon die ersten Beratungstage machten die gegensätzlichen Positionen in der alten Unversöhnlichkeit sichtbar. Der Plan der Westmächte sah vor, die beiden Teile Deutschlands durch freie Wahlen wiederzuvereinigen und dem neuen deutschen Gesamtstaat volle aussenpolitische Entscheidungsfreiheit zuzugestehen. Von einer solchen Entscheidungsfreiheit wollten die Sowjets nach wie vor nichts wissen, da sie voraussahen, dass mit einer solchen Lösung das westeuropäische Bündnissystem künftig auch noch um das Gebiet der Sowjetzone erweitert werden würde. Der inzwischen wieder zum Aussenminister arrivierte Molotow beharrte demgegenüber darauf, vor jeder Erörterung freier

Wahlen müsse eine paritätisch zusammengesetzte gesamtdeutsche Kommission gebildet werden, aus der eine proviso-  
rische deutsche Regierung hervorgehen solle. Ferner kam Mo-  
lotow wieder auf die alte Forderung zurück, alle Besatzungs-  
truppen aus Deutschland zurückzuziehen. Auch in der Öster-  
reich-Frage, die ebenfalls auf der Tagesordnung der Konfe-  
renz stand, kamen die Aussenminister nicht vom Fleck. Die  
ganzen Beratungen verliefen ohne dramatische Höhepunkte,  
aber in einer Atmosphäre jenes eisigen Winterfrostes, der ge-  
rade in den Wochen der Konferenz auch das äussere Klima  
bestimmte. Man trennte sich wieder einmal unter Wahrung der  
Formen diplomatischer Höflichkeit, doch ohne praktisches  
Ergebnis.

Mit dem Scheitern der Aussenministerkonferenz verflüchtig-  
ten sich auch sehr rasch die entgegenkommenden Gesten der  
Ostberliner Stadtverwaltung, die offensichtlich nur dazu be-  
stimmt waren, dem internationalen Publikum, das die frühere  
deutsche Hauptstadt im Winter 1954 bevölkerte, Sand in die  
Augen zu streuen. Für einige Wochen konnte der Aussenste-  
hende den Eindruck gewinnen, als sei Berlin eine durchaus  
normale Stadt. Schon das Hin- und Herpendeln der Minister-  
beratungen zwischen Kontrollratsgebäude und Sowjetbot-  
schaft verstärkte diese Illusion. Die Volkspolizei des Sowjet-  
sektors befeissigte sich eines besonders höflichen und ver-  
bindlichen Auftretens. Kontrollen an den Sektorengrenzen  
fielen praktisch fort. Ausländische Journalisten durften jen-  
seits des Brandenburger Tors genauso ungehindert fotografie-  
ren wie in Westberlin. Nach Abschluss der Konferenz trat je-  
doch sehr bald auch in der gespaltenen Stadt wieder der Alltag  
in seine Rechte. Alle Erklärungen über die Wiederherstellung  
der deutschen Einheit bekamen seit jener Zeit einen mehr und

mehr deklamatorischen Charakter, ein elementares und überaus akutes politisches Problem rückte immer augenfälliger in ungewisse Zukunftsferne.

Umso mehr trachteten Bundestag und Bundesregierung danach, die unbedingte Zugehörigkeit Westberlins zum freien Teil Deutschlands mit allen Mitteln zu sichern und diese Absicht auch vor dem Auge der Welt durch entsprechende Massnahmen zu bekräftigen. Die wichtigste dieser Art bestand in der Einberufung der Bundesversammlung im Juli 1954 nach Berlin. Bei der Bundesversammlung handelt es sich um eine konstitutionelle Körperschaft, die vom Bundestag und aus ebensoviel gewählten Vertretern der Länder gebildet wird und die alle fünf Jahre zu dem einzigen Zweck zusammentritt, den Bundespräsidenten zu wählen. Im September 1954 lief die erste Amtsperiode von Professor Theodor Heuss ab. Da das Grundgesetz eine einmalige Wiederwahl des Staatsoberhauptes gestattete und Bundespräsident Heuss es verstanden hatte, seine repräsentative Funktion in sehr unverwechselbarer Weise mit Geist und Inhalt zu erfüllen, bestand an dem Ausgang der feierlichen Wahlhandlung von vornherein kein Zweifel. Die Bundesversammlung bestätigte Professor Heuss mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt, und er selbst nahm Gelegenheit, sich einige Tage in der von ihm so geschätzten Stadt aufzuhalten. Gleichzeitig waren in jenen Tagen fast alle obersten Bundesorgane – Bundestag, Bundesregierung und die meisten Mitglieder des Bundesrates in Berlin versammelt. Die Bevölkerung erlebte zum erstenmal, wenn auch für sehr kurze Zeit, ein konkretes, ja, handgreifliches *«Hauptstadtgefühl»*.

Im Herbst 1954 erfuhr die Autonomie Berlins und seine formale Unabhängigkeit von den westlichen Besatzungsmächten durch ein unvorhergesehenes Ereignis eine wesentliche Erweiterung. Am 30. August scheiterte das Zustandekommen



der seit fast vier Jahren diskutierten EVG an einer Zufallsmehrheit der damaligen französischen Nationalversammlung. Die öffentliche Meinung in allen Ländern des freien Europa reagierte auf diesen Rückschlag der Vereinigungsbestrebungen so empfindlich, dass sich die Staatsmänner gezwungen sahen, schleunigst eine Ersatzlösung ins Auge zu fassen. Das eifersüchtige Beharren Frankreichs auf seiner nationalen Souveränität brachte es paradoxerweise mit sich, dass jetzt auch der Bundesrepublik ein Mass an Souveränität zugestanden werden musste, wie es nicht einmal deren Regierung ursprünglich erstrebte. Die 1948 begründete Westeuropäische Union, die bis dahin aus Grossbritannien, den Beneluxstaaten und Frankreich bestand, wurde im Rahmen der sogenannten Pariser Verträge durch die Bundesrepublik und Italien erweitert. Ferner wurde die Bundesrepublik als unabhängiger und aussenpolitisch souveräner Staat mit eigenen, zu diesem Zweck aufzustellenden Streitkräften in das atlantische Verteidigungssystem der NATO aufgenommen. Eine neuerliche, sehr präzise formulierte Garantie für die Sicherheit des freien Berlin bekräftigte zwar die dortige Position der Westmächte, sicherte der Stadt jedoch «das *höchstmögliche Mass an Selbstregierung*» zu. Dies teilten auch die Sektorenkommandanten dem Berliner Senat im November 1954 offiziell mit. Nachdem die Pariser Verträge – im Vergleich zu der EVG-Prozedur in einem Minimum von Zeit – von allen Partnerstaaten ratifiziert worden waren, erliess die Alliierte Kommandantur für Berlin am 5. Mai 1955 ein neues Besatzungstatut, das die Zusage vom November 1954 in eine entsprechende Form brachte.

## WAHLEN VON 1954 – SPD/CDU-KOALITION

Im Spätherbst 1954 lief ferner die erste Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses ab. Damit erschien während des Wahlkampfes zum erstenmal seit achtjähriger Abstinenz auch die SED als Mitbewerber um die Gunst der Wähler auf dem Plan. Augenscheinlich überschätzte man in Pankow die Unlustgefühle der Westberliner wie überhaupt der westdeutschen öffentlichen Meinung wegen der nunmehr unvermeidlich gewordenen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik bei weitem und hoffte, diese wenigstens soweit für sich zu mobilisieren, um der SED zu einem Sprung über die Hürde der Fünf-Prozent-Klausel zu verhelfen. Diese Rechnung ging mit einer schmachvollen Blamage auf. Am 5. Dezember 1954 errang die SED mit 41'000 Stimmen nur 2,7 Prozent der abgegebenen Stimmen und brachte damit gerade die Hälfte des für eine Vertretung im Abgeordnetenhaus erforderlichen Minimums auf. Im übrigen hatten die SPD mässige, die CDU dagegen starke Stimmengewinne zu verzeichnen. Eine empfindliche Niederlage erlitt lediglich die FDP, die mit knapp 200'000 Stimmen (12,8 Prozent) zwei Fünftel ihres Bestandes von 1950 einbüsste. Fünf weitere Splitterparteien, unter ihnen die sich in Berlin provozierend rechtsradikal gebärdende Deutsche Partei, blieben genau wie die SED unter der erforderlichen Prozentzahl und erhielten somit keine Vertretung im neuen Abgeordnetenhaus. Die Wahlbeteiligung, die diesmal sogar bei 91,8 Prozent lag, war ein erneuter Beweis für die kritische Wachsamkeit und Aufgeschlossenheit der Bevölkerung.

Die knappe Mehrheit, über die bisher CDU und FDP gemeinsam verfügten, hatte sich nunmehr dank dem Wegfall der Stimmen für die Splitterparteien genau umgekehrt zugunsten der SPD verschoben. Sie zog mit 64 Mandaten in das neue

Parlament ein, die CDU mit 44 und die FDP mit 19. Obwohl es nahegelegen hätte, den Spiess umzukehren, widerstrebte der SPD jedoch eine Wiederholung des problematischen Experiments von 1953. Der am 11. Januar 1955 mit 104 gegen 18 Stimmen, bei drei Enthaltungen, zum neuen Regierenden Bürgermeister gewählte Professor Dr. Suhr bemühte sich wochenlang um eine Koalition mit der CDU, die sich nach langwierigen Verhandlungen zu einer Zusammenarbeit bereit erklärte. Die FDP übernahm als kleinste politische Gruppe die Rolle der Opposition.

Mit seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister und mit der Bildung des neuen Senats, den er am 22. Januar 1955 vorstellte, musste Dr. Suhr das Amt aus den Händen geben, das er seit mehr als acht Jahren ununterbrochen mit dem Gewicht seiner Persönlichkeit erfüllt hatte: das des Präsidenten der gewählten Berliner Volksvertretung. Damit begann die meteorgleiche Laufbahn des Mannes, der in erstaunlich kurzer Zeit zu einer der profiliertesten und volkstümlichsten Figuren der deutschen Demokratie überhaupt geworden ist. Nachfolger Dr. Suhrs als Präsident des Abgeordnetenhauses wurde der damals erst 41jährige sozialdemokratische Publizist und Politiker Willy Brandt.

Aus einer Lübecker Arbeiterfamilie stammend und unter warmherziger Förderung des dortigen SPD-Reichstagsabgeordneten Julius Leber aufgewachsen (der seine Teilnahme an der Verschwörung des 20. Juli 1944 als einer der bedeutendsten Repräsentanten des deutschen Widerstandes gegen Hitler mit dem Leben bezahlen musste), hatte der junge Willy Brandt als 19jähriger Student sein Vaterland nach dem 30. Januar 1933 verlassen und war nach Norwegen ausgewandert, wo er später nach seiner Ausbürgerung aus Deutschland die Staatsangehörigkeit erwarb. Nach Weiterführung seiner Studien betätigte sich Brandt als Journalist und Schriftsteller und musste

nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges, damals noch offiziell «staatenlos», wegen unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben nach Schweden flüchten, wo er sich auch als Politiker bei Schicksalsgenossen der dortigen politischen Emigration bereits einen Namen machte. 1946 kehrte er nach Deutschland zurück und kam als Presseattaché der norwegischen Militärmission nach Berlin, das ihm eine zweite Heimat, wenn nicht mehr, werden sollte. Schon bald fasste Brandt den Entschluss, auf die Privilegien des Angehörigen einer alliierten Macht zu verzichten, und betrieb seine Wiedereinbürgerung als Deutscher, um Seite an Seite mit alten und neuen Gesinnungsfreunden am Aufbau demokratischer Verhältnisse mitzuwirken. Vor allem Dr. Schumacher wurde auf den vielversprechenden jungen Politiker aufmerksam und berief ihn Anfang 1948 als Berliner Vertreter des damals noch in Hannover tätigen SPD-Parteivorstandes. Schon nach kurzer Zeit stellte sich jedoch heraus, dass Willy Brandt bei aller Loyalität zu seinen politischen Grundsätzen alles andere war als ein Mann des Apparats. Aussenpolitisch huldigte er ähnlichen Auffassungen wie Ernst Reuter, dessen Vertrauen er sich in besonderem Masse erwarb. Er vertauschte darum seine erste offizielle Funktion nach einiger Zeit mit der Leitung der Berliner Parteizeitung, was ihm mehr Bewegungsfreiheit und gleichzeitig bessere Entfaltungsmöglichkeiten sicherte. Seit 1949 gehörte er als Berliner Abgeordneter dem Bundestag an. Unter anderem hielt Brandt die anfängliche Feindschaft der Parteimehrheit gegen eine Mitwirkung der Bundesrepublik im Europarat für einen politischen Fehler und verfocht seine abweichenden Überzeugungen vor aller Öffentlichkeit. Auch er glaubte, dass ein entschiedenes Eintreten für alle konkreten Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung die Bejahung der Not-

wendigkeit einer westeuropäischen Integration keinesfalls ausschliesse. Besonders aber lag ihm daran, die Partei, zu deren Zielen er sich bekannte, aus der ideologischen Isolierung herauszubringen und ihr damit bessere Chancen für die Gestaltung der deutschen Demokratie zu sichern. Das brachte ihn zwangsläufig in einen gewissen Gegensatz zu manchen Sozialdemokraten, die noch immer vergilbten Programmen und ebenso vergilbten Wunschvorstellungen nachhingen, sich aber gerade dadurch von der deutschen Wirklichkeit gleichsam ausschlossen. Ähnlich wie Ernst Reuter litt Brandt unter der naiven Zufriedenheit eines sich selbst genügenden Apparats, nahm aber im Gegensatz zu Reuter mit aller Vitalität des fast um ein Menschenalter Jüngeren den aktiven Kampf gegen manche traditionellen Strukturen und überaltertes Denken auf. Während Reuter dank seiner Persönlichkeit und seines Alters zwar in allen Kreisen der Partei Respekt genoss, in einigen massgeblichen aber nur einen *«Respekt wider Willen»* und insofern niemals über das verfügte, was man eine politische Hausmacht nennt, ging Brandt von vornherein mit Zähigkeit darauf aus, sich für seine Zielsetzungen einen soliden organisatorischen Rückhalt zu schaffen. Das führte dazu, dass er schon 1954 auf dem SPD-Landesparteitag in Berlin zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Mehr und mehr entwickelte er sich zu einem der angesehensten Vertreter jener Richtung, der die konkrete Zukunft des Sozialismus und damit seine Anpassung an die Bedürfnisse der Gegenwart mehr am Herzen lagen als die Pflege des Vergangenen und daher notgedrungen in mancher Beziehung Verstaubten. (Diese Richtung hat bekanntlich in jahrelangen internen Diskussionen, wie das aus dem im November 1959 verabschiedeten neuen Godesberger Programm hervorgeht, schliesslich in der SPD den Sieg davongetragen.)

Als Dr. Suhr daher Anfang 1955 sein Amt als Präsident des Abgeordnetenhauses mit dem des Regierenden Bürgermeisters vertauschte, mussten auch Brandts interne Gegner zugeben, dass kein SPD-Politiker in Berlin über mehr öffentliches Prestige verfügte als er und infolgedessen praktisch kein anderer Bewerber als Nachfolger Dr. Suhrs in Betracht kam. Die hohe Funktion, die Brandt somit zufiel, eröffnete ihm neue und ungeahnte Möglichkeiten öffentlichen Wirkens von einer viel höheren Warte aus, und es sollte sich bald herausstellen, mit wieviel Tatkraft und Geschicklichkeit er diese zu nutzen verstand.

#### TAUWETTER-ILLUSIONEN

Für die Wiederauferstehung Berlins als moderne Weltstadt, deren grosszügige Planung und neuzeitlicher Stil kaum Vergleiche aushält, war das Jahr 1955 von ähnlich entscheidender Bedeutung wie für seine politische und geschichtliche Bewährung die Blockadezeit. Das mochte wenigstens indirekt damit Zusammenhängen, dass sich gerade in jener Epoche die Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands nochmals belebten. In der Sowjetunion wurde die Interimsherrschaft Malenkows durch das Zweigespann Chruschtschow/Bulganin abgelöst, das sofort sehr energisch und unzweideutig an die Liquidierung der Ära des Stalinismus ging. Diese Entwicklung, die schliesslich im Februar 1956 auf dem berühmten XX. Parteitag der KPdSU zu einer so lebhaften Kritik an der Politik des verstorbenen Götzen führte, dass diese fast einer posthumen Achterklärung gleichkam, hatte für die innere Struktur des Sowjetsystems objektiv einschneidende Folgen, die in ihrer vollen Bedeutung selbst heute noch nicht vollständig zu übersehen sind. Umso mehr musste anfänglich die berechnete Vermutung naheliegen, dass ein so

gewaltiger Umformungsprozess auch vor der aussenpolitischen Hinterlassenschaft Stalins nicht haltmachen würde. Die ersten diesbezüglichen Massnahmen des neuen Regimes waren übrigens ganz dazu angetan, solche Hoffnungen zu bestätigen. Die im Frühjahr 1955 von Moskau an die Bundesrepublik gerichtete Einladung, normale diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufzunehmen, wirkte als Sensation. Tatsächlich waren die Hintergedanken der Urheber dieses Angebots viel zu raffiniert und genial, um selbst von den meisten misstrauischen Beobachtern sofort durchschaut zu werden. Allgemein neigte man im Westen anfänglich der Ansicht zu, die vieldiskutierte «*Politik der Stärke*» beginne sich auszuzahlen. Wir wissen heute, dass die Sowjets in Wirklichkeit vielmehr ein Periode vorübergehender taktischer und strategischer Schwäche mit höchster politischer Meisterschaft auszunutzen und zu ihren Gunsten zu wenden verstanden, indem sie die öffentliche Meinung des Westens systematisch an der Nase herumführten.

Bekanntlich hatte Moskau von Anbeginn an jeden Versuch, die Bundesrepublik in das westliche Bündnis- und Verteidigungssystem einzugliedern, mit allen Mitteln des politischen Drucks, aber auch der diplomatischen und psychologischen Beeinflussung zu durchkreuzen versucht. Dass im August 1954 die EVG, und, weit schlimmer noch, die im Zusammenhang damit beabsichtigte Etablierung einer politischen Gemeinschaft Westeuropas an der negativen Haltung Frankreichs gescheitert waren, mochten die Sowjets zwar nach aussen hin als einen grossen politischen Erfolg feiern, mussten sich aber insgeheim eingestehen, dass ihr direkter Anteil daran nicht sehr hoch veranschlagt werden konnte. Ausserdem brachte ihnen dieses Ereignis wenig greifbaren Nutzen, weil nach dem Scheitern der EVG die Bundesrepublik unmittelbar

Mitglied des NATO-Systems wurde und im Rahmen dieses westlichen Militärbündnisses sogar eigene nationale Streitkräfte aufzustellen begann. Damit waren die jahrelangen Bemühungen, diese für Moskau unsympathische Konstellation, koste es, was es wolle, zu verhindern, eindeutig fehlgeschlagen. Wenn die Sowjets also gerade in diesem Augenblick diplomatische Beziehungen mit Bonn suchten, noch dazu, ohne irgendwelche diskriminierenden Gegenbedingungen zu stellen, was konnte das anderes bedeuten, als die Absicht, nun unverzüglich eine stillschweigende und geschmeidige Anpassung an die neugeschaffenen Realitäten vorzunehmen? Lag nicht auch die Vermutung nahe, Moskau werde den nunmehr zu schaffenden direkten Draht nach Bonn ausnutzen, um mit dem eigentlichen deutschen Staat erfolgverheissende Besprechungen über eine Wiedervereinigung unter erfüllbaren Bedingungen anzubahnen? Schliesslich erschien die Bereitschaft Moskaus zur Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik umso mehr als eine Desavouierung Pankows, als von den westlichen Staaten niemand im Entferntesten daran dachte, dem Zonenregime die gleiche Ehre zu erweisen. Nur die wenigsten argwöhnten damals bereits, was die Sowjets mit ihrer erstaunlichen Geste wirklich im Schilde führten und dass sie ihnen dermaleinst als Alibi für ihre These dienen sollte, die Welt möge endlich gefälligst die Existenz zweier deutscher Staaten in aller Form zur Kenntnis nehmen, wie sie dies bereits im Jahre 1955 getan hätten.

Das Zustandekommen der westöstlichen Gipfelkonferenz der vier Staats- bzw. Regierungschefs im Juli 1955 in Genf war noch mehr dazu angetan, gewisse Illusionen über eine baldige Lösung der leidigen deutschen Frage zu begünstigen, besonders weil die Teilnehmer ihren Aussenministern den Auftrag



erteilten, im Herbst am gleichen Ort zusammenzutreffen, um Vorschläge für eine Wiedervereinigung auf der Basis freier gesamtdeutscher Wahlen auszuarbeiten. Jedenfalls begannen im Sommer 1955 Konjunkturritter aus allen Kreisen der westdeutschen Bevölkerung ein verdächtiges Interesse für eine baldige Übersiedlung nach Berlin zu bekunden, um möglichst schon an Ort und Stelle zu sein, wenn die Stadt ihre eigentlichen Funktionen wieder aufnehme. Schlagartig stiegen auch die Spekulationen mit Berliner Grundbesitz vorübergehend im Preise an. Doch schon im September, als die Delegation der Bundesrepublik unter der Führung Dr. Adenauers in Moskau eintraf, um mit den Sowjets Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu führen, folgte die erste schwere Enttäuschung. Die sowjetischen Partner wichen jeder Debatte über eine Wiedervereinigung aus, verstanden es jedoch, das deutsche Interesse an dem Verbleib der noch in der Sowjetunion verbliebenen Kriegsgefangenen moralisch so in den Vordergrund zu spielen, dass deren Freigabe schliesslich zur einzigen Gegenleistung für das Einverständnis der Bundesrepublik wurde, mit Moskau in offizielle Beziehungen zu treten. Das war das Vorspiel zur zweiten Ost-West-Begegnung in Genf, zu der Aussenministerkonferenz im Herbst 1955, auf der sich die Sowjets in der deutschen Frage so unachgiebig wie eh und je zeigten. Hatten sie noch im Sommer, während der Gipfelkonferenz die Verantwortung der ehemaligen vier Besatzungsmächte grundsätzlich anerkannt, stellte sich Moskau im Herbst plötzlich auf den Standpunkt, eine spätere gesamtdeutsche Lösung zu finden sei Angelegenheit der Deutschen selbst, nämlich der souveränen Bundesrepublik und der nach sowjetischer Lesart ebenfalls souveränen «DDR».

Dadurch wurden bis jetzt alle westlichen Bemühungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands erfolgreich verbaut.

Noch immer gibt es allerdings auch in der freien Welt Menschen, die es nicht verstehen, warum die Bundesrepublik Moskau nicht längst beim Worte genommen und ihrerseits direkte Besprechungen mit Pankow angebahnt hat. Auf Einzelheiten dieses Problems wird das Schlusskapitel nochmals zurückkommen. Eine prinzipielle Bemerkung erscheint aber schon bei dieser Gelegenheit angebracht. Diskussionen mit Partnern, mit denen man auch nicht ein Minimum an Wertauffassungen gemeinsam hat, können immer nur dann fruchtbar sein, wenn es um einen Gegenstand geht, der alle Beteiligten, unabhängig von der individuellen Wertordnung, durch ein sachliches Interesse verbindet. So lässt es sich noch immer denken, dass der Westen mit dem kommunistischen Machtblock in absehbarer Zeit ein generelles Einvernehmen über die Abrüstung erzielt – trotz des Debakels der Genfer Sachverständigenkonferenz und der Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche –, weil die entbundene Atomenergie mit ihren unermesslichen Gefahren den Gläubigen wie den Gottlosen, den Friedfertigen wie den Angriffslustigen, den Demokraten wie den überzeugten Anhänger einer Diktatur gemeinsam bedroht. Hier also könnte der kollektive menschliche Selbsterhaltungstrieb über ideologische Verschiedenheiten vielleicht hinweggehen und wenn es auch heute absolut nicht so aussieht, könnten sich doch morgen andere Konstellationen ergeben. Bei einer nationalen Lebensfrage, noch dazu bei der Wiedervereinigung eines willkürlich auseinandergerissenen Staates, dessen kleinere Hälfte sogar seit 1945 gezwungen wird, einen Weg einzuschlagen, den der weitaus grösste Teil der davon betroffenen Bevölkerung als willkürlich und widernatürlich empfindet, ist ein Minimum gemeinsamer Wertauffassungen unerlässlich, um auch nur ein Minimum von Verständigung zu erzielen. Ge-

rade daran aber fehlt es und wird es immer fehlen, solange Typen wie Ulbricht und Genossen die Sowjetzone vertreten. Was sollten gesamtdeutsche Gespräche zwischen Vertretern der Bundesrepublik und der Zone für einen Sinn haben? Der eine Partner will aus guten Gründen vor einem totalitären Anspruch nicht kapitulieren, der andere will – subjektiv aus ebenfalls wohlwogenem Interesse – um keinen Preis abtreten. Dennoch gibt es auch in den Beziehungen zwischen Bundesrepublik und Sowjetzone einen neutralen Raum, den der sogenannten und oft erwähnten «*technischen Kontakte*». Für diese technischen Kontakte gilt sinngemäss das gleiche, was vorhin über die Abrüstung gesagt wurde: sie beruhen auf den elementarsten sachlichen Notwendigkeiten. So gibt es Handelsbeziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, Absprachen über den Eisenbahnverkehr, die Postbeziehungen, gegenseitige Amtshilfe etwa der beiden Polizeien zur Bekämpfung und Aufklärung einwandfrei krimineller Delikte. Wo aber immer das Thema der Wiedervereinigung berührt wird, erscheint automatisch ein unveräusserlicher nationaler Wert von höchster Bedeutung auf der Tagesordnung, der von beiden Seiten völlig verschieden ausgelegt wird: von der einen, der Bundesregierung, im Sinne des Zusammengehörigkeitsgefühls von 70 Millionen Deutschen hüben und drüben, die über ihre künftige Ordnung frei entscheiden sollen, von den anderen, der Sowjetzonenregierung und vielleicht einigen hunderttausend kommunistischen Funktionären, im Sinne einer Verewigung ihrer augenblicklichen Machtposition.

Für die Stellung Westberlins jedoch wurden aus den Hoffnungen von 1955 sichtbare Realitäten. Bis zur Beendigung der Blockade war die Stadt ein Symbol der Freiheit ohne materielle Widerspiegelung, ja, eigentlich ohne einen handgreifli-

chen Standort. In das Jahrfünft zwischen 1949 und 1954 fiel die Periode der oft unendlich mühseligen Wiederherstellung der notwendigsten Fundamente. Die Periode von 1955 bis heute lässt sich nicht mehr als bloße «Wiederherstellung» definieren. Es ist eine Periode des Neubaus und der Auferstehung, im wörtlichen wie im übertragenen Sinn. Natürlich hat die Stadt bis heute, trotz oder gerade wegen des 13. August 1961, von ihrer einzigartigen freiheitlichen Symbolkraft nichts verloren, im Gegenteil; aber es ist eben einiges Staunenswerte hinzugekommen. Ganz schlicht ausgedrückt: der fremde Gast kann sich in jeder Beziehung wieder wohl fühlen, wenn er der Freiheit an dem wohl eigenartigsten Schauplatz dieses Jahrhunderts begegnen will.

Im April 1955 ergriff der Bundeskanzler eine entscheidende Initiative, als er, an der Spitze seines sogenannten «*Wirtschaftskabinetts*», auf Einladung des Senats Berlin besuchte. Gemeinsam vereinbarte man die Umrisse eines grosszügigen Aufbauplans. Der seit 1952 gesetzlich verankerte Bundeszuschuss für das «*Land Berlin*» – er betrug damals 600 Millionen DM, in den beiden folgenden 650 bzw. 710 Millionen DM, um im Jahre 1955 auf 830 Millionen DM zu steigen – diente in erster Linie dem Ausgleich des normalen Berliner Etats. Um Berlin auf seine künftigen Hauptstadtfunktionen vorzubereiten, wurde die Finanzhilfe des Bundes um jährliche Zuschüsse für den speziellen Aufbauplan und um die Bereitstellung erheblicher Darlehen erweitert. Zwar dauerte es noch bis Ende des Jahres, bis die im Frühjahr getroffenen Vereinbarungen ihr gesetzliches Fundament bekamen, aber die Stadt konnte nun endlich mit ihrer sprichwörtlichen Dynamik von der Konsolidierung ihrer Basis zu dem jedem sichtbaren Neubau übergehen.

## SOZIALE GESUNDUNG – WIRTSCHAFTLICHER AUFSCHWUNG

Wir wollen die politische Ruhepause, deren sich Berlin in der Zeit von 1955 bis zu dem Chruschtschow-Ultimatum vom 27. November 1958 erfreute, dazu benutzen, um in der Form einer kurzen Zusammenfassung das bewundernswerte Phänomen der Wiedergeburt einer Weltstadt bis in die Gegenwart etwas näher zu beleuchten. Natürlich darf die Bemerkung «*politische Ruhepause*» angesichts der besonderen Lage Berlins nicht allzu wörtlich genommen werden. Auch während der eben erwähnten Epoche fehlte es an Herausforderungen aller Art nicht, wobei nunmehr freilich immer weniger die Sowjets selber in Erscheinung traten als ihre Pankower Satelliten. Mit der im Jahre 1955 erfolgten Erhebung der Strassenbenutzungsgebühren und mit der Einführung einer Abgabe für die Binnenschifffahrt im Jahre 1958, die erst im Mai 1961 annulliert wurde, verstieß die Sowjetzonenregierung eindeutig gegen das New Yorker Abkommen vom Mai 1949, das die Freiheit der Zufahrtswege von und nach Berlin (selbstverständlich auch im materiellen Sinne) ausdrücklich garantierte. Vereinzelt empörende Fälle von Menschenraub beschäftigten das Berliner Abgeordnetenhaus und den Senat immer wieder. 1957 über-rumpelte die sowjetzonale Volkspolizei, angeblich auf der Suche nach einem kriminellen Flüchtling, wieder einmal vorübergehend die bereits erwähnte Zehlendorfer Exklave Stein-  
stücken. Dies sind nur wenige Beispiele für eine permanente Kette grösserer und kleinerer Herausforderungen. Dessenun-  
geachtet kann die Zeit von 1955 bis 1958, besonders wenn man sie mit der an dramatischen Zwischenfällen reichen Ära Ernst Reuters vergleicht, als eine relativ ruhige Epoche bezeichnet werden. Sowohl der Güterverkehr wie der Personenverkehr funktionierten, von gelegentlichen Belästigungen abgesehen,

normal. Das in den Jahren zwischen 1949 und 1953 besonders intensiv geführte Wiedervereinigungsgespräch, das 1955 aus den dargelegten Gründen noch einmal eine kurze Belebung erfuhr und das stets Berlin zwangsläufig am stärksten beteiligte, fuhr mehr und mehr auf der Basis der beiderseits unvereinbaren Standpunkte des Ostens und des Westens ein. Sowohl die Sowjets wie deren deutsche Marionetten erkannten allmählich, dass der ihnen so unsympathischen «*Insel*» mit den bisher praktizierten Mitteln nicht beizukommen war: weder durch den Hunger der Blockade noch durch die in den Jahren danach raffiniert betriebenen Versuche einer wirtschaftlichen Isolierung und Aushöhlung.

Alle diese Massnahmen hatten vielmehr eine gegenteilige Wirkung gehabt. Die bis 1952 noch nicht restlos geklärten Beziehungen Berlins zum Bund wurden immer eindrucksvoller und sichtbarer stabilisiert. Die Zeiten waren vorbei, in denen Berlin als das «*Armenhaus*» des freien Deutschland galt. Die moralische und effektive Solidarität der Bundesrepublik mit der eigentlichen deutschen Hauptstadt wuchs und wuchs, was in einer ständigen Verfestigung der wirtschaftlichen Beziehungen und in steigenden Aufträgen seinen Ausdruck fand. Mit den Aufträgen stieg auch die Zahl der westdeutschen wie der auswärtigen Gäste, die aus privaten Gründen, aber auch in immer dichterem Scharen als Besucher von Kongressen und sonstigen repräsentativen Veranstaltungen nach Berlin kamen. Nicht zuletzt stieg die Anziehungskraft Berlins für kleinere und grössere Unternehmer, seitdem dort Ansässige (ab 1. Januar 1955) in den Genuss einer 20prozentigen Ermässigung der Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer kamen. All diese Massnahmen spiegelten nicht nur die wachsende Bereitschaft des Bundes wider, der besonderen Situation der bedrängten deutschen Hauptstadt Rechnung zu tragen; sie ver-

wandelten auch in verblüffend kurzer Zeit die Lebensbedingungen der Bevölkerung und das Gesicht Berlins.

Beginnen wir den Überblick mit einer knappen Untersuchung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Unter den sozialen Phänomenen, die am deutlichsten ins allgemeine Bewusstsein traten und direkt wie indirekt das politische Leben beeinflussten, sind zunächst die Geißel der Arbeitslosigkeit, von der schon des öfteren die Rede war, und die fast vollständige Überwindung dieser Arbeitslosigkeit an erster Stelle hervorzuheben. Von der Jahreswende 1949/50 bis etwa Mitte 1952 hatte die Ziffer der Arbeitslosen mit geringfügigen Schwankungen nach unten konstant bei etwa 300'000 gelegen. Multipliziert man unter übrigens sehr summarischer Berücksichtigung der engsten Familienangehörigen diese Zahl auch nur mit zwei, so ergibt sich, dass damit in den ersten drei Jahren nach der Blockade ein rundes Drittel der Bevölkerung dauernd bzw. langfristig vom Erwerbsleben ausgeschlossen war. Gewiss linderte das seit Anfang 1950 laufende Notstandsprogramm in vielen Fällen die schlimmste psychologische Not, indem es den von der Arbeitslosigkeit Betroffenen immer wieder vor Augen führte, dass sie nicht überflüssig seien und dass die Gemeinschaft sie brauche. Ausserdem erwies sich das Notstandsprogramm als ein überaus bedeutsamer Faktor der späteren wirtschaftlichen Stabilisierung, weil nur die tatkräftige und systematische Durchführung von Aufgaben der Öffentlichen Hand der Wiederbelebung privater wirtschaftlicher Initiative die erforderliche breite Basis garantierte. Aber auch dieses Programm brauchte aus naheliegenden Gründen seine Anlaufzeit und konnte infolgedessen während seiner ersten Phase, bis Mitte 1952, der Arbeitslosigkeit als bedrückender sozialer Hypothek der isolierten Stadt nicht allgemein wirksam begegnen. Als besondere Schwierigkeit

kam hinzu, dass die Arbeitslosigkeit in Berlin mehr strukturelle als konjunkturelle Züge trug. Durch den Fortfall der Dienstleistungen der früheren Reichshauptstadt waren insbesondere viele ältere Angestellte von einem geregelten Erwerbsleben ausgeschlossen. Dass sich das Heer der Berliner Arbeitslosen trotz alledem nicht zu einem Reservoir für die SED-Propaganda hinabwürdigen liess, bestätigten die Wahlen vom Dezember 1950 wie die Wahlen vom Dezember 1954, die vor allem dem kritisch-politischen Instinkt derer das denkbar beste Zeugnis ausstellten, die normalerweise die Härte ihres unverdienten persönlichen Schicksals für die permanenten Versuche politischen Dummenfangs hätte anfällig machen müssen.

Die Eingliederung Westberlins in das Finanz- und Wirtschaftssystem des Bundes, für die das Dritte Überleitungsgesetz vom Januar 1952 die Voraussetzungen schuf, gab der Berliner Wirtschaft nach der Initialzündung des Notstandsprogramms und der diesem Programm zufließenden ERP-Mittel, die anfangs hauptsächlich aus amerikanischen Quellen stammten, endlich das gesicherte Fundament für Investitionen und Planungen auf lange Sicht. Dadurch gelang es denn auch, zahlreiche neue Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Infolgedessen schrumpfte die unheimliche Ziffer der Arbeitslosigkeit mit kleinen Saisonschwankungen in den Wintermonaten unaufhaltsam zusammen. Noch Ernst Reuter hatte bekanntlich einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen von 300'000 auf rund 200'000 erlebt. Zwei Jahre danach, im Sommer 1955, sank diese Zahl auf etwas über 100'000. Im Sommer 1957 waren nur noch rund 70'000 Arbeitslose registriert, im Sommer 1959 nur noch wenig mehr als 40'000, im Sommer 1960 rund 20'000 und im Sommer 1961 war die Arbeitslosigkeit in Westberlin praktisch ebenso verschwunden wie im Bundesgebiet. Schon an dieser Entwicklung wird deutlich, dass die Berliner



Wirtschaft von der permanenten politischen Krisenluft, die hier seit dem Sowjetultimatum vom 27. November 1958 stürmisch genug wehte, bisher nicht nur unberührt blieb, sondern sich gerade in den letzten Jahren mit einem besonders imponierenden Tempo nach oben entwickelte.

Das freie Berlin von heute sieht sich vielmehr einem völlig gegensätzlichen, aber auf die Dauer nicht minder ernsten sozialen Phänomen gegenüber, das die ungünstige Alterspyramide der Bevölkerung am deutlichsten macht. Während der Prozentsatz der Generationen über 65 Jahre im Bundesdurchschnitt vor Kurzem 10,5 Prozent betrug, lag er in Westberlin bei 17,3 Prozent. Auch der allgemein zu verzeichnende Frauenüberschuss ist für die Berliner Bevölkerungsschichtung besonders charakteristisch. Nach den letzten Erhebungen kommen 145 Frauen im Alter von 25 bis 50 Jahren auf 100 Männer. Diese Zahlen offenbaren besonders drastisch, wie sehr der freie Teil der Stadt auf die Zuwanderung junger Arbeitskräfte aus allen Schichten angewiesen ist, um seine wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität auch nach den grausamen Erprobungen zu behaupten, die das Jahr 1961 mit sich brachte. Schliesslich darf nicht vergessen werden, dass die totale Abschneidung des Ostsektors und der Zonenrandgebiete nach dem 13. August 1961 Westberlin mit einem Schlage über 50'000, darunter vielfach langjährig erprobte und bewährte Erwerbstätige aus dem sowjetisch besetzten Gebiet, entzog.

Schon die Aufsaugung der Arbeitslosigkeit und die praktisch erreichte Vollbeschäftigung in Westberlin geben einige Aufschlüsse über den Aufschwung des Wirtschaftslebens im Allgemeinen. Er ist absolut freilich noch immer wesentlich bescheidener als in der Bundesrepublik oder in anderen westlichen Ländern, relativ hingegen umso beachtlicher, wenn man

die dauernde Insellage Westberlins und die daraus erwachsenen Schwierigkeiten in Rechnung stellt. Die ökonomische Situation Berlins wie die der meisten deutschen Grossstädte glich unmittelbar nach dem Zusammenbruch von 1945 eher den Verhältnissen und Lebensbedürfnissen primitiver Völkerstämme als denen neuzeitlicher Metropolen. Es lag, und dies wahrlich nicht nur sinnbildlich gesprochen, so unvorstellbar viel Schutt in den Strassen, dass erst nach dessen Wegräumung, die man sich als jahrelangen mühseligen Prozess denken muss, der Blick auf die Aufgaben der nächsten Zukunft überhaupt frei wurde. Im Gegensatz zum Durchschnitt der westdeutschen Grossstädte litt jedoch Berlin in besonderem Masse unter rigorosen Demontagen mittlerer und grösserer Betriebe, in denen man in mehreren Fällen die mühsam wiederaufgebauten Produktionsmittel abermals entfernte. Während ferner die Währungsreform in Westdeutschland schon unmittelbar zu entsprechenden wirtschaftlichen Konsequenzen führte, stand Berlin zunächst unter dem Verhängnis der Blockade und dann noch mehrere Jahre unter deren gerade ökonomisch trostlosen Wirkungen. Ohne die überaus grosszügige amerikanische Wirtschaftshilfe, die gerade für Berlin neben den offiziellen ERP-Mitteln aus vielen privaten Quellen floss, und ohne die tatkräftige, ab 1952 gesetzlich gesicherte laufende Unterstützung des Bundes hätte die Berliner Wirtschaft bei aller Tatkraft und optimistischen Initiative, die man der Bevölkerung nicht zu Unrecht nachsagt, der wahrlich bei spiellosten Schwierigkeiten niemals Herr werden können.

Im Januar 1950, also mit dem Einsetzen des Notstandsprogramms, lag der Westberliner Produktionsindex, bezogen auf eine Vergleichszahl von 100 im Jahre 1936, erst bei 23: eine wahrlich erschütternde Bilanz, die die Schicksale der Stadt während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren auch

den weniger Phantasiebegabten fast handgreiflich erscheinen lässt. Der Produktionsindex stieg dann verhältnismässig rasch im Durchschnitt des Jahres 1951 auf 50 und bis 1953 auf 67. Im Jahre 1955 überschritt er die Vergleichszahl von 1936 bereits geringfügig, wuchs im Jahre 1957 auf 114, im Jahre 1959 auf 133 und im Jahre 1960 auf 153. Wiederum nehmen sich die absoluten Zahlen, wenn man mit der Bundesrepublik vergleicht, bescheiden aus, doch ist dabei zu berücksichtigen, dass gerade in den letzten Jahren Westberlin im Tempo des wirtschaftlichen Aufschwunges die Bundesrepublik hier und da sogar überflügelte.

Noch immer spiegelt übrigens die Westberliner Wirtschaft die traditionelle Vielfalt der verschiedensten Impulse und Tätigkeitsbereiche wider, die der früheren Reichshauptstadt eine zentrale Stellung in Deutschland und darüber hinaus Weltgeltung verschafft hatte. Das noch abseits der grossen geschichtlichen Spannungsfelder liegende mittelalterliche Berlin war zunächst ein durch mannigfache Privilegien abgesichertes Handelszentrum. Unter den brandenburgischen Kurfürsten wurde es gleichzeitig zu einem Produktionszentrum, in dem Handwerk, Gewerbe und im 17. und 18. Jahrhundert bereits ein stark entwickeltes Manufakturwesen blühten. Im 19. Jahrhundert verwandelte sich Berlin schliesslich in eine der führenden Industriestädte des Kontinents.

Behalten wir die klassische Dreiteilung der Berliner Wirtschaft – Handel, Handwerk und Industrie – im Auge, so ergibt sich, dass der Grosshandel seine Umsätze in dem Jahrzehnt zwischen 1950 und 1960 verdoppeln (von 2,7 auf 5,4 Milliarden DM), der Einzelhandel seine Umsätze sogar annähernd verdreifachen konnte (von 1,6 auf 4,6 Milliarden DM). In dem Rückgang der Handwerksbetriebe von 30'000 im Jahre 1950

auf rund 22'000 im Jahre 1960 ist eher ein Konsolidierungs- und Gesundungsfaktor im Sinne volkswirtschaftlicher Rentabilität zu sehen, was schon daraus erhellt, dass im gleichen Zeitraum die Beschäftigungszahl im Handwerk (einschliesslich Inhaber) je Betrieb von durchschnittlich 3,8 auf 6,2 anstieg. Die Umsätze des Handwerks lagen im Jahre 1950 bei 800 Millionen DM und betragen im Jahre 1960 2,2 Milliarden DM.

Den weitaus stärksten Aufschwung nahm jedoch die Industrie, an der Spitze mit weitem Abstand die Elektro-Industrie, nach ihr die Nahrungs- und Genussmittel-, die Bekleidungs- und die chemische Industrie. Der Gesamtumsatz im industriellen Bereich betrug im Jahre 1950 1,79 Milliarden DM, stieg fünf Jahre später auf 5,23 Milliarden DM und erreichte im Jahre 1960 fast 10 Milliarden. Während also Handel und Handwerk annähernd eine Verdreifachung ihres Umsatzes erzielten, konnte die Industrie ihren Umsatz innerhalb von zehn Jahren auf das Fünffache steigern.

Die gleiche kräftige Aufwärtsentwicklung auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens spiegelt sich in den Ziffern des Exports und der binnendeutschen Lieferungen. Im Jahre 1950 erreichte der Export (in die westeuropäischen Länder und nach Übersee) nur den überaus bescheidenen Wert von 98 Millionen DM. Drei Jahre später wurden Westberliner Waren in einem Gegenwert von 390 Millionen DM und im Jahre 1960 für einen Gegenwert von 1,2 Milliarden DM exportiert. Der Export in die Ostblockländer hingegen blieb sehr gering und lag im Jahre 1960 erst bei 90 Millionen DM. Auch auf dem innerdeutschen Markt trat die Westberliner Wirtschaft im letzten Jahrzehnt mit stets steigenden Lieferungen in Erscheinung. Im Jahre 1950 erzielten die Lieferungen ins Bundesgebiet erst einen Gesamterlös von 763 Millionen DM, im Jahre 1960 von über 6,6 Milliarden. Hand in Hand mit der unaufhaltsamen Er-

holung und Stabilisierung der Wirtschaft ging schliesslich eine kräftige Belebung des Sparwillens, der in mehrfacher Hinsicht als aufschlussreiches Symptom für die Verbesserung des Lebensstandards angesehen werden kann. Mit den immer grösser werdenden Ausgaben der privaten Haushalte wuchsen nämlich auch die Spareinlagen bei den Berliner Kreditinstituten. Die Sparquote, also die Spareinlagen je Einwohner, stieg von 18 DM im Jahre 1950 auf 842 DM Ende des Jahres 1960 und erreichte damit etwa 90 Prozent des Bundesdurchschnitts.

Man kann demnach also auch in Berlin von einer Art Wirtschaftswunder sprechen, und um das Mass an Expansion, um das es hinter der Bundesrepublik zurückbleibt, weist es vielleicht psychologisch und menschlich sympathischere Züge auf. Die Atmosphäre in Berlin ist nach wie vor eine wesentlich andere als in den grossen Städten Westdeutschlands. Die zwischenmenschlichen Beziehungen sind hier weniger von dem hektischen Tempo ungezügelter Erfolgsjagd bestimmt, die Solidarität aller Bevölkerungsschichten, schon durch politische Zwischenfälle immer wieder gestählt, kommt auch gesellschaftlich und im normalen Alltagsleben stärker und überzeugender zum Ausdruck. Vor allem gilt es zu berücksichtigen, dass das Berliner Wirtschaftswunder, wenn wir bei dieser Bezeichnung bleiben wollen, nicht so sehr als Ergebnis unbewusster Impulse blossen Erfolgsstrebens und konjunkturellen Witterungsvermögens, sondern mindestens ebenso sehr als Ergebnis bewussten und zielgerichteten Willens zu betrachten ist. In der deutschen Hauptstadt ist der Marxsche ökonomische Determinismus, um nicht zu sagen, Fatalismus, durch ein sehr seltenes, aber auch sehr eindrucksvolles Gegenbeispiel widerlegt worden: nicht die – reichlich demolierten und durcheinandergeratene – Produktionsverhältnisse schufen sich hier

zwangsläufig einen ihnen gemässen überbau, sondern moralische und geistige Werte und Grössen, Mut zum Risiko, Opferbereitschaft und Solidarität, Elemente, die sämtlich im sogenannten «überbau» beheimat sind, traten mit primärer Wirkungskraft ein und schufen so allmählich, oft genug entgegen den klassischen Markt- und Börsengesetzen, wieder ein solides Fundament. Blosses Profitstreben hätte in der weitgehend zerstörten, isolierten und in ihren Verbindungswegen immer gefährdeten Stadt niemals einen rechten Ansatz finden können. Ob das Fundament den Belastungen standhält, die nach dem 13. August 1961 entstanden sind, muss freilich die Zukunft erweisen. Der Wille, unbeirrbar am Wiederaufbau der deutschen Hauptstadt der Vergangenheit und Zukunft weiterzuwirken, ist jedenfalls bei den Berlinern ebenso gegeben wie bei den massgebenden Politikern und Wirtschaftsführern der Bundesrepublik.

übrigens vergass man in Berlin auch in den relativ ruhigen und friedlichen Perioden vor dem sowjetischen Ultimatum im November 1958 niemals die Gefahren, die aus der geographischen Isolierung einer in hohem Masse exportempfindlichen und importabhängigen modernen Grossstadt jederzeit wieder erwachsen konnten. So sehr es der von jeher weltoffenen Berliner Wirtschaft widerstrebt, dem Hirngespinnst einer Autarkie nachzujagen, so nachdrücklich ist die Stadt durch die Blockade darüber belehrt worden, dass die Gefahr jederzeit wiederholbarer Willkürakte eines totalitären Systems auch eine Vorsorge ungewöhnlichen Umfangs erforderlich macht. In Friedenszeiten deckten die im Ostsektor gelegenen grossen Kraftwerke fast vollständig den Energiebedarf der ganzen Stadt. Schon in der Blockadezeit wurde mit grösstem Eifer ein neues Kraftwerk in den Westsektoren ausgebaut, das für die Bevölkerung in jenen Tagen zu einer symbolischen Verkörperung

nung ihres Widerstandswillens wurde und dem die gebieterrische Forderung der öffentlichen Meinung den Namen seines Initiators Ernst Reuter verlieh. Aber auch im Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln wie auf die Belieferung der Industrie mit Rohstoffen haben sich die Westberliner Behörden im Einvernehmen mit dem Bund zu einer systematischen Bevorratung entschlossen. In den grossen Speichern am Westhafen sind Güter aller Art für den Notfall gestapelt. Neue totalitäre Übergriffe, ja, sogar eine Wiederholung der Blockade würde Berlin auf absehbare Zeit gerüstet finden, ohne dass es zu einer unmittelbaren Wirtschaftskrise oder zu einer spürbaren Senkung des Lebensstandards käme. So sehr sich Berlin in den letzten Jahren wieder zu einer Weltstadt entwickelte, so hat es doch andererseits niemals die Wachsamkeit einer «*Frontstadt*» im besten Sinne ausser acht gelassen.

#### NEUES KULTUR-ZENTRUM

Das freie Berlin ist in den letzten Jahren nicht allein wieder zu einem beachtlichen Wirtschaftszentrum geworden, sondern steht auch im Begriff, seinen Ruf als eines der bedeutendsten Kulturzentren der Welt zurückzugewinnen. Auf die Kultur und ihre Pflege hatte sich der zweite Weltkrieg – wie es im Grunde ja jeder Krieg tut – ganz besonders verheerend ausgewirkt. Nicht nur die meisten Theatergebäude, Konzertsäle, Museen und mehr als die Hälfte aller Schulhäuser lagen in Trümmern – auch die Menschen, die dem Berliner Kulturleben auf allen Gebieten seine besondere Ausstrahlungskraft gegeben hatten, waren grösstenteils dezimiert oder seit langem von den Gemeinschaften getrennt, die sie einst führten und inspirierten. Die Subtilität des kulturellen Lebens hält bekannt-

lich keinen Vergleich mit anderen, robusteren und unempfindlicheren Gebieten aus. Die Kultur ist viel leichter verwundbar als etwa die Wirtschaft, und was hier einmal zerstört wurde, lässt sich sehr viel schwerer wieder heilen.

Was nun das Berliner Kulturleben anbetrifft, so genügt für dessen Tragödie eine summarische Aufzählung der direkten oder indirekten Kriegsschäden nicht, sondern wir müssen uns den Auslaugungsprozess vor Augen halten, der schon mit der sogenannten Machtergreifung des Dritten Reiches einsetzte. Wohl ist gerade während der Hitlerzeit in Berlin institutionell Beträchtliches für die Pflege des Kulturlebens geschehen, wie ja eine Diktatur überhaupt in den meisten Fällen für Wissenschaft und Kunst mehr Mittel aufzubringen pflegt als eine Demokratie: aus dem einfachen Grunde, weil die Kultur, die in einem freien Gemeinwesen ihre Unabhängigkeit und ihren Eigenwert behauptet, in einer Diktatur zwangsläufig zu einem der wichtigsten Instrumente der Propaganda missbraucht wird. Gerade darum aber kann noch so viel institutionelle Förderung den Verlust an Atmosphäre und geistiger Freiheit nicht ersetzen. So verödete Berlins Kulturleben schon in der Vorkriegsepoche des Dritten Reiches in einem erschreckenden Masse. Aus rassischen und politischen Gründen sahen sich unzählige von Schriftstellern, Schauspielern, Dirigenten, Sängern, Universitätsprofessoren und Lehrern genötigt, den Ort eines oft jahrzehntelangen Wirkens aufzugeben und meist Deutschland überhaupt zu verlassen. Ein besonders erschütterndes Beispiel möge hier für viele gelten: Das Berliner Musikleben in der Periode der Weimarer Republik gruppierte sich um die grossen Orchester, besonders um die Philharmoniker, die sich in Generationen Weltgeltung errungen hatten. Die Philharmoniker nun und die anderen grossen Orchester, insbe-



sondere die der drei Opernhäuser, über die Berlin in jener Zeit verfügte, wurden abwechselnd von einem Dirigentenquintett geleitet, auf das die Bevölkerung vor allem stolz war: Wilhelm Furtwängler, Bruno Walter, Erich Kleiber, Otto Klemperer und Leo Blech. Nach der «*Gleichschaltung*» des gesamten Kulturlebens im Dritten Reich blieb nur Wilhelm Furtwängler Berlin erhalten, von dem jedoch bekannt ist, dass auch er mit dem Nationalsozialismus zeitweilig so ernste Schwierigkeiten hatte, dass selbst sein weiteres Wirken mehrmals an einem seidenen Faden hing.

Zu der Verödung der Atmosphäre, zu der beschämenden Tatsache, dass dem Publikum in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zahlreiche klassische Stücke wegen deren «*gefährlicher*» Tendenz ebenso unterschlagen werden mussten wie grosse deutsche Musiker, weil sie jüdischen Ursprungs waren, kamen nun noch die materiellen Zerstörungen der Kriegsepoche hinzu.

So hatten im Jahre 1938 in ganz Berlin mehr als 430'000 Schüler fast 800 Schulen besucht. Von den Schulen waren nach dem Zusammenbruch noch 318 in einem brauchbaren Zustand, die Zahl der Schüler hatte auf 128'000 abgenommen. Hier Ordnung zu schaffen erwies sich als besonders schwierig. Gerade von den Lehrern hatten viele der NSDAP als Mitglieder angehört, und diese durften nach den ersten sehr drakonischen Bestimmungen der alliierten Behörden nicht tätig werden. Darum musste man sich in der ersten Zeit mit meist noch sehr jugendlichen sogenannten «*Schulhelfern*» zufriedengeben, die in Schnellkursen zu Lehrern ausgebildet wurden. Natürlich kam es auf diese Weise zur Entdeckung so manchen pädagogischen Talents, das dem 1945 entdeckten Zufallsberuf auch später treu geblieben ist. Ein grosser Teil der Schulhelfer von 1945 verflüchtigte sich allerdings nach ei-

ner leidlichen Normalisierung der Verhältnisse und zerstreute sich in andere gemässere Berufe.

Ebenso unüberwindlich wie die personellen schienen anfänglich die sachlichen und technischen Schwierigkeiten. In den ersten Jahren nach dem Kriege war die durchschnittliche Klassenfrequenz ausserordentlich hoch, weil in dieser Zeit die relativ starken Geburtsjahrgänge der Hitlerzeit ihre Elementarschulpflicht absolvierten. Wegen der Zerstörung von rund 60 Prozent der Schulgebäude stand für die starke Inanspruchnahme so wenig Klassenraum zur Verfügung, dass viele Jahre nach dem Prinzip des Schichtunterrichts verfahren werden musste, was wieder eine auf die Dauer unvertretbare Überforderung der Lehrer mit sich brachte.

Dennoch wurde auch dieser Engpass nicht allein erstaunlich schnell überwunden, sondern das Berliner Schulsystem, wie es sich nach dem Kriege entwickelte, kann in manchen Einzelheiten sogar als beispielhaft für ganz Deutschland angesehen werden. Der Überwindung der Schulraumnot und damit der Erreichung einer vertretbaren Klassenfrequenz galten alle Bemühungen der verantwortlichen Stellen in erster Linie. Hatte die Zahl der benutzbaren Schulen in ganz Berlin nach dem Zusammenbruch nur noch 318 betragen, so verfügt Westberlin allein schon wieder über mehr als 400 allgemeinbildende und 47 Berufsschulen. Damit ist die Kapazität von 1938 mit 794 Schulen für die ganze Stadt nicht nur wieder erreicht, sondern sogar wesentlich überboten worden, weil man bedenken muss, dass die Berliner Bevölkerung nach wie vor um etwa 20 Prozent geringer ist als vor dem Kriege und dass sich auch durch die nunmehr der Schulpflicht unterliegenden schwachen Geburtsjahrgänge der Kriegs- und der unmittelbaren Nachkriegszeit die Schülerzahl entsprechend gesenkt hat.

(Sie betrug im Jahre 1955 noch 243'000 und ging inzwischen auf 186'000 zurück, wird aber bei geburtenstärkeren Jahrgängen wieder entsprechend steigen.)

Schulordnung und Schulverfassung gehen in ihren letzten Wurzeln auf ein ursprünglich heftig umkämpftes Schulgesetz zurück, das die erste Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1947 verabschiedete. Nach der Spaltung der Stadt erfuhr dieses Gesetz im Jahre 1951 in Westberlin eine wesentliche Anpassung und Modifikation. Aufbau und Gliederung des Schulwesens weisen eine starke Ähnlichkeit mit dem *«Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens»* auf. Dieser wurde am 14. Februar 1959 vom *«Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen»* der Öffentlichkeit vorgelegt. Das Berliner Schulwesen nimmt sogar in mancher Hinsicht den Aufbau des *«Rahmenplans»* vorweg. Es ist gekennzeichnet durch die sechsklassige Grundschule, an die sich die dreiklassige *«Oberschule praktischen Zweigs»* (mit der Hauptschule des *«Rahmenplans»* vergleichbar), die vierklassige *«Oberschule technischen Zweigs»* (mit der Realschule des *«Rahmenplans»* vergleichbar) und die siebenjährige *«Oberschule wissenschaftlichen Zweigs»*, die dem Gymnasium des *«Rahmenplans»* entspricht, anschliesst.

Der traditionelle Unterschied zwischen Volksschule und Höherer Schule besteht nicht mehr. Die Mehrzahl der Schüler wird sechs Jahre auf den Grundschulen unterrichtet, und zwar auf der Basis der Koedukation. Vom siebenten Schuljahr ab gliedert sich das öffentliche Schulwesen in drei Oberschulen: die Oberschule praktischen Zweigs (OPZ) schliesst mit dem vollendeten neunten Schuljahr ab; dann folgt eine obligatorische dreijährige Berufs- oder Berufsfachschulausbildung. Die Oberschule Technischen Zweigs (OTZ) entspricht mit insgesamt zehnjähriger Schulpflicht etwa den früheren Mittelschu-

len. Die Oberschule Wissenschaftlichen Zweigs (OWZ) führt ihre Schüler im dreizehnten Schuljahr zum Abitur und damit zur Hochschulreife. An den OWZ haben die Schüler die Möglichkeit, zwischen dem altsprachlichen, dem neusprachlichen und dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug zu wählen.

Damit ist in Berlin bereits seit langer Zeit das neunte Schuljahr für alle Kinder obligatorisch; die Schulentlassung an den OPZ erfolgt also erst mit fünfzehn und nicht mit vierzehn Jahren. An einigen Anstalten wurden sogar schon Versuche mit einem zehnten Schuljahr gemacht, was insofern besonders bemerkenswert ist, als im Bundesgebiet noch nicht einmal das neunte Schuljahr überall eingeführt ist. Für jedes Kind beginnt in der fünften Klasse der Grundschule der Unterricht in der ersten Fremdsprache, womit das Berliner Schulwesen seit Jahren eine Forderung praktiziert, die von der europäischen Konferenz der Kultusminister im Jahre 1960 aufgestellt wurde. Auch mit der vollen Schulgeld- und Lernmittelfreiheit bis zum Abitur ging Berlin den meisten anderen Ländern voran. Der Religionsunterricht gilt nicht als ordentliches Lehrfach und wird an den Schulen nicht von Beauftragten des Staats, sondern von Beauftragten der Religionsgemeinschaften erteilt. Diese Massnahme hat sich so bewährt, dass das hier verankerte Prinzip insbesondere von der evangelischen Kirche heute im Wesentlichen anerkannt und gebilligt wird.

Besonders begabte Schüler haben die Möglichkeit, schon nach vier Grundschuljahren auf sogenannte «*grundständige Gymnasien*» überzuwechseln, die in Berlin teilweise auf eine lange Tradition zurückblicken. An erster Stelle ist hier das berühmte, fast 300 Jahre bestehende Französische Gymnasium zu erwähnen, an dem der Unterricht in den meisten Fächern

ausschliesslich in französischer Sprache erteilt wird. Die 52 Privatschulen, die hauptsächlich von den Kirchen getragen werden, erhalten von der Öffentlichen Hand Zuschüsse bis zu 50 Prozent der Ausgaben für vergleichbare öffentliche Schulen.

Das reich gegliederte und elastische Berliner Schulsystem ermöglicht auch neuzeitliche pädagogische Schulversuche. So wird an einigen OPZ, wie bereits erwähnt, versuchsweise ein zehntes Schuljahr durchgeführt; eine höhere Schule in Spandau unterrichtet nach dem Prinzip der Fünf-Tage-Woche und freiwilliger Schülerarbeitsgemeinschaften. Zu den Schulen besonderer pädagogischer Prägung gehört auch eine Lehranstalt, die Berufstätigen und Erwachsenen die Chance vermittelt, sich dort im fünfjährigen Abendunterricht auf die Reifeprüfung vorzubereiten. Aber auch körperlich oder geistig behinderte Kinder erfahren durch mehrere «*Besondere Schulen*» eine intensive Betreuung.

Im Unterschied zur Bundesrepublik sind in Berlin Fachschulen und Höhere Fachschulen nicht voneinander getrennt. Der fachlichen Ausbildung dienen vor allem drei staatliche Ingenieurschulen, eine Reihe angesehener sozialpädagogischer, künstlerischer und gewerblicher Fachschulen und schliesslich die Berliner Bibliothekarschule, die als einzige Fachschule die Hochschulreife voraussetzt. Nach einem Beschluss des Abgeordnetenhauses aus jüngster Zeit können Schüler, die eine Ingenieurschule oder gleichrangige Lehranstalt mit Erfolg durchlaufen haben, neben der Abschlussprüfung noch eine Zusatzprüfung in allgemeinbildenden Fächern ablegen, wofür entsprechende Kurse eingerichtet sind. Mit Ablegung dieser Zusatzprüfung erlangen sie praktisch die Hochschulreife.

Für Schüler aus der Sowjetzone, die bereits nach dem achten oder neunten Schuljahr nach Berlin kamen, gab es an mehre-

ren Schulen eigene Klassen. Ausserdem konnten Schüler, die in der Sowjetzone das Abitur abgelegt hatten und es hier nachholen wollten, sich in einjährigen Sonderkursen darauf vorbereiten.

Für alle diejenigen, die nicht das Gymnasium, sondern nur eine Oberschule Praktischen Zweigs besucht haben, gibt es schliesslich den sogenannten «*Zweiten Bildungsweg*» zur Erlangung der Hochschulreife. Voraussetzung sind Abschluss der neunten Klasse, eine abgeschlossene Berufsausbildung, Bewährung im Beruf und Interesse an einer entsprechenden Weiterbildung. Bewerber, die diesen Voraussetzungen entsprechen, werden in einen Sonderlehrgang zur Erlangung der Hochschulreife aufgenommen, der demnächst den Namen «*Berlin-Kolleg*» erhalten wird. Dort werden sie auf die Reifeprüfung vorbereitet. Neu an dieser Einrichtung ist, dass das berufsbezogene Fach auch als Prüffach gilt und insofern die bereits erworbenen Erfahrungen und Kenntnisse verwertet werden können.

Der Lehrerbildung widmen sich die Universitäten, die künstlerischen Hochschulen und die Pädagogische Hochschule gemeinsam. Voraussetzung für das mindestens sechssemestrige Studium ist die Hochschulreife.

Für das Berliner Universitätswesen leiteten die in einem früheren Zusammenhang ausführlich dargestellten Zwischenfälle an der im Ostsektor gelegenen Humboldt-Universität ein völlig neues Kapitel ein. Sie führten schliesslich zur Relegation dreier besonders bekannter Studentenführer. Schon vorher aber hatte sich immer deutlicher gezeigt, dass sich die demokratischen Kräfte Berlins auf die Dauer unmöglich mit der kommunistischen Diktatur über ein so entscheidend wichtiges Institut abfinden konnten, wenn sie nicht stillschweigend mit ansehen wollten, dass dem akademischen Nachwuchs die geistige Freiheit vorenthalten wurde, ohne deren Garantie eine

Universität ihren Namen nicht mehr zu Recht trägt. So wurde mitten in der Blockadezeit ein akademisches *^Konkurrenzunternehmen*» buchstäblich aus dem Boden gestampft. Eine der ersten Massnahmen, die die Stadtverordnetenversammlung nach ihrem Ausweichen in die Westsektoren traf, bestand in einem Auftrag an die zuständige Magistratsverwaltung, auf Westberliner Gebiet beschleunigt eine *«Freie Universität»* als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu errichten. Zu dieser bedeutungsschweren Initiative hatte der Freiheitswille der Studentenschaft, aber erfreulicherweise auch einer stattlichen Zahl von Dozenten und Professoren entscheidend beigetragen. Schon im November 1948 waren die notwendigsten Vorbereitungen abgeschlossen und im Dezember konnte in dem Vorort Dahlem in zunächst gemieteten Räumen der Vorlesungsbetrieb in bescheidenem Umfang aufgenommen werden. In gewisser Weise knüpfte die neuerrichtete Universität an die Ursprungstradition ihrer Vorgängerin an. Diese, die nunmehr vergewaltigte Humboldtuniversität, öffnete ihre Pforten gleichfalls in schwerer Zeit, in den Jahren der französischen Besatzung nach dem Zusammenbruch Preussens von 1807. Die Freie Universität entstand unter ähnlichen, aber zweifellos noch ungewöhnlicheren Umständen.

Als sie im Jahre 1958 auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblickte, konnte sie dies mit einem Gefühl besonderen Stolzes und berechtigter Genugtuung tun. Ursprünglich eine Gründung der Not und des Zufalls, hatte sie sich in verblüffend kurzer Zeit zu einer der angesehensten deutschen Hochschulen entwickelt. Zu dieser Erfolgsbilanz trugen die gemeinsamen Anstrengungen der verantwortlichen Berliner Stellen und der Bundesrepublik, nicht zuletzt aber auch die überaus verständnisvolle Hilfe der Vereinigten Staaten ganz entscheidend bei.

(Ganz allgemein muss nochmals hervorgehoben werden, dass nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die kulturelle Wiedergeburt Berlins wie der Neuaufbau der Stadt im wörtlichsten Sinne ohne den wesentlichen amerikanischen Beitrag nicht vorzustellen ist. Gerade auf kulturellem Gebiet entstammten die stattlichen Summen, die in den letzten zehn Jahren unentwegt von Amerika nach Berlin geflossen sind, in erster Linie Quellen privater Opferbereitschaft aus Stiftungen, Sammlungen usw.).

Aus den bescheidenen provisorischen Räumen von 1948 ist längst ein modernes und architektonisch schönes Universitätsviertel in Dahlem geworden. Andere akademische Institute, vornehmlich im Bereich der medizinischen Fakultät, sind noch über das ganze westliche Stadtgebiet verstreut, werden aber künftig in dem modernen, augenblicklich noch im Bau befindlichen «*Klinikum*» in Steglitz zusammengefasst. Zu der neuen Universitätsstadt gehört auch ein entsprechendes Museumsviertel, das vor allem seit 1955 mehr und mehr an Bedeutung gewonnen hat. Seit dieser Zeit kehren die während des Krieges ins westliche Deutschland verlagerten ehemaligen Kunstschätze des Staates Preussen in immer grösserer Zahl in ihre alte und doch neue Heimat zurück: neue Heimat insofern, als die meisten früheren Museen im eigentlichen Stadtkern, also im heutigen Sowjetsektor, gelegen waren. Neben der Freien Universität verfügt Berlin über eine renommierte Technische Universität, deren in den Westsektoren gelegene Vorlesungsräume und Institute allerdings ebenfalls durch den Krieg weitgehend beschädigt wurden. Auch hier hat der Daseinswille der Stadt inzwischen neues Leben aus den Ruinen entstehen lassen. Zu den beiden Universitäten gesellen sich eine Anzahl von Hochschulen, von denen die Pädagogische Hochschule, die Wirtschaftshochschule, die Hochschulen für Musik und



Bildende Künste und nicht zuletzt die inzwischen der Freien Universität angeschlossene Hochschule für Politik die bedeutendsten sind. An all diesen Instituten studiert nicht nur der Berliner akademische Nachwuchs, sondern studieren auch viele Gäste aus dem Bundesgebiet, den westlichen wie den Entwicklungsländern und – bis zum 13. August 1961 – studierten in besonders grosser Zahl junge Menschen aus dem Ostsektor und der Sowjetzone. Der Andrang zu den Berliner Hochschulen, insbesondere zu den beiden Universitäten, ist so stark, dass die Behörden Höchstziffern festsetzen mussten, um eine genügende Kapazität des Lehrbetriebes und eine angemessene Unterbringung der auswärtigen Studenten zu garantieren. Eine Anzahl weiterer moderner Studentenheime befindet sich im Bau, um dem akademischen Nachwuchs, den es offenbar stärker als je nach Berlin zieht, eine angemessene und preisgünstige Unterbringung zu sichern.

Für die Erwachsenenbildung hat die Stadt ebenfalls viel geleistet. Während die Verantwortung für die Schulen und Hochschulen vorwiegend an zentraler Stelle, nämlich bei der Senatsverwaltung für Volksbildung liegt, ist die Förderung der Erwachsenenbildung in erster Linie Sache der Bezirke. Jeder der zwölf Bezirke Westberlins verfügt beispielsweise über eine eigene leistungsfähige Volkshochschule, an denen sowohl qualifizierte feste Dozenten, wie zahlreiche gelegentliche Dozenten tätig sind. Die geistigen Bedürfnisse der Bevölkerung kommen auch im Rahmen der Erwachsenenbildung durch ständig steigende Teilnehmerzahlen an den Kursen und Vorlesungen der Volkshochschule zum Ausdruck. Dem gleichen Zweck dienen die zahllosen öffentlichen Büchereien. Hier ist vor allem die ebenfalls von den Amerikanern gestiftete, im Bezirk Kreuzberg gelegene Gedenk-Bibliothek zu

nennen, die mit ihrem gewaltigen Bücherbestand sowohl akademischen Zwecken wie dem Wissenshunger aller Bevölkerungsschichten aufs glücklichste entgegenkommt. Neben der öffentlichen Hand nehmen sich auch andere, teils traditionelle, teils noch junge Einrichtungen (wie die seit 1888 bestehende «*Urania*» und die *Ernst-Reuter-Stiftung*) der Erwachsenenbildung an.

Einen angesichts der besonderen Verhältnisse schier beispiellosen Aufschwung nahm schliesslich das Theater- und Musikleben nach dem Kriege. Auch auf diesem Gebiet sah es zunächst in ganz Berlin so trostlos wie möglich aus. Fast alle grossen Theater- und Operngebäude, aber auch der traditionelle Konzertsaal der Philharmonie wie der Konzertsaal der Hochschule für Musik waren total zerstört oder schwer beschädigt worden. Das elementarste Kunstbedürfnis der Bevölkerung, das auch in der Zeit grösster materieller Not und in der Kälte der ersten Nachkriegswinter niemals verstummte, wurde von einigen rasch improvisierten Wanderbühnen befriedigt. So zog im Winter 1945/46 eine Schauspielertruppe buchstäblich von Bezirk zu Bezirk, die allabendlich in den noch intakten Sälen mancher Rathäuser und anderer öffentlicher Gebäude die im Dritten Reich verbotene berühmte «*Dreigroschenoper*» von Bert Brecht und Kurt Weill vor einem dichtgedrängten Publikum aufführte, das grösstenteils die elementaren sozialen und psychologischen Wahrheiten dieses Werkes zum erstenmal am eigenen Leibe verspürte statt aus snobistischer Distanz.

Nach den ersten provisorischen Massnahmen für den Wiederaufbau eines notdürftigen Theaterbetriebes konzentrierte sich das kulturelle Leben zunächst im Sowjetsektor. Zwar lagen auch dort das ehemalige Staatliche Schauspielhaus, die Staatsoper und das einstmals schönste Theater Berlins, die aus Ar-

beitergroschen errichtete Volksbühne, in Trümmern, doch waren das Deutsche Theater, an dem einst Max Reinhardt seine Triumphe feierte, und der aus politischen Anlässen schon mehrfach erwähnte Admiralspalast als Opernhaus fast intakt geblieben. Die Westsektoren verfügten dagegen im früheren sogenannten «*Theater des Westens*» nur über eine bescheidene Opernbühne wie über einige kleinere Privatbühnen. Die grossen Häuser, die Städtische Oper und das Schillertheater in Berlin-Charlottenburg, waren dem Kriege zum Opfer gefallen. Es lässt sich denken, vor welche geradezu verzweifelten Probleme das freie Westberlin nach der Spaltung der Stadt damit gestellt wurde. Gerade die politische und materielle Drangsal, der sich die Bevölkerung ausgesetzt sah, drängte gebieterisch nach kultureller Entspannung und Erbauung. Zunächst erstand das Schillertheater in neuer, schönerer Gestalt, das Theater des Westens wurde künstlerisch zu einem repräsentativen Opernhaus umgestaltet, das seine Funktionen stellvertretend erfüllte, bis im Herbst 1961 in der wiederaufgebauten Städtischen Oper von einst die «*Deutsche Oper Berlin*» entstand. Heute spielen in Westberlin wieder mehrere Landestheater, sieben Privatbühnen und eine Freilichtbühne, zu denen sich noch einige kleine Wanderensembles ohne festen Standort hinzugesellen. Eine besondere Bedeutung kommt gerade in Berlin der Volksbühnenbewegung und dem «*Theater der Schulen*» zu, zwei Einrichtungen bzw. Organisationen, für die aus öffentlichen Mitteln viel getan wird, überhaupt sind die Zuschüsse des Landes für seine eigenen Bühnen beträchtlich, weil Berlin, wie schon mehrfach angedeutet, einen geradezu verbissenen Ehrgeiz dareinsetzt, seine führende Rolle im deutschen Kultur- und Geistesleben auch im Hinblick auf die Qualität seiner Theater zurückzugewinnen. Tatsächlich ist es gelungen, unter der Leitung erstklassiger Intendanten Ensem-

bles aufzubauen, die über ausgezeichnete Darsteller verfügen und auch eine beachtliche Homogenität bzw. Stabilität aufweisen. Dennoch reichen die vorhandenen Bühnen für den Bedarf des Publikums noch bei weitem nicht aus. Während in vielen westdeutschen Städten die Theater oft zur Hälfte leerstehen, ist es in Berlin meist ausgesprochen schwierig, überhaupt Plätze zu bekommen. Das gilt sowohl für die Landesbühnen wie für die Privattheater. Bis zum 13. August 1961 sicherte der vorwiegend aus Bundesmitteln finanzierte «*Gesamtberliner Kulturplan*» auch den Bewohnern Ostberlins und der Zonenrandgebiete die Möglichkeit zu einer regen und kontinuierlichen Teilnahme an den geistigen und künstlerischen Darbietungen im freien Teil der Stadt. Alle Interessenten aus dem sowjetisch besetzten Gebiet konnten für die Theater, die Oper, die Konzerte und alle prädikatisierten Filme ihre Karten nach einem Verhältnis 1 : 1 in Ost-Mark kaufen. Vergewärtigt man sich, dass noch im Jahre 1960 mehr als 8 Millionen Menschen diese Vergünstigungen in Anspruch nahmen, so wird auch dadurch die These erhärtet, wie stark und elementar das Gefühl menschlicher Zusammengehörigkeit und selbstverständlicher innerer Verbundenheit über alle Sektoren- und Zonengrenzen förmlich hinwegflutete, bevor diese mit Betonmauern und Stacheldraht verriegelt wurden.

Die Kleinkunst und das Kabarett haben in Berlin längst wieder eine sowohl anregende wie dankbare Heimstatt gefunden. Unter den Kabaretts sind besonders die schon im Eingangskapitel erwähnten «*Insulaner*» und die «*Stachelschweine*» zu nennen. Die «*Insulaner*» sind, wie vieles andere in Berlin, ein Zufallsprodukt der Blockade, das der Wille des Publikums – aber keineswegs nur der des Berliner Publikums – bis heute am Leben erhalten hat. In dem Standardprogramm der «*Insulaner*» mit

ihren längst im ganzen Bundesgebiet bekannten und überaus volkstümlichen Typen spiegelt sich der unbeugsame Widerstandswille der Bevölkerung auch für diejenigen, die politischen Überlegungen oder gar Bekenntnissen sonst nicht zugänglich sind. Die «*Insulaner*», deren häufig wechselnde Programme in der Regel über sämtliche deutsche Rundfunksender verbreitet werden, haben aber auch ganz entscheidend dazu beigetragen, manche traditionellen Vorurteile gegen den Berliner, seine «*Schnauze*» und seine «*Schnoddrigkeit*» bei anderen deutschen Stämmen zu überwinden und die eigentliche Hauptstadt Deutschlands auch in vielen Kreisen populär, ja, ausgesprochen beliebt zu machen, bei denen das früher niemals der Fall war. Dadurch erfüllen die «*Insulaner*» unzweifelhaft eine sehr nützliche, wenn nicht unersetzliche nationale Funktion. Freilich hat ihr Programm, in dem stets eine scharfe Frontstellung gegen den Osten bezogen wird, dem Westen gegenüber oft notgedrungen etwas Konformistisches, wenn es auch im Einzelnen an Kritik nicht fehlt. Im Gegensatz dazu ist das Programm der «*Stachelschweine*» nach allen Seiten ausgesprochen aggressiv und polemisch. Es wird, anders als bei den «*Insulanern*», weniger improvisiert, sondern in allen Details sorgfältig ausgearbeitet, und hat daher in seinen Pointen oft eine geradezu vernichtende Brillanz. Beide Kabaretts, zwischen denen eine stillschweigende Arbeitsteilung obzuwalten scheint, sind aus dem geistigen Leben Berlins nicht mehr wegzudenken und insofern besondere Attraktionspunkte für auswärtige, selbst ausländische Besucher, soweit diese die deutsche Sprache auch in Anspielungen und Nuancen verstehen.

Auch das Berliner Musikleben hat mittlerweile den Anschluss an seine grössten Traditionen wieder erreicht. Das ist umso be-

merkenswerter, als gerade die grossen Berliner Orchester, vornehmlich das Philharmonische Orchester, in der letzten Phase des «totalen» Krieges teils durch Einberufungen, teils durch Abwanderung dezimiert wurden. Doch konnten diese Verluste durch neue Verpflichtungen oder durch Heranbildung hervorragender Nachwuchskräfte inzwischen weitgehend ausgeglichen werden. Die Serie der Philharmonischen Konzerte am Ort, wie die zahlreichen Gastspielreisen des Philharmonischen Orchesters, verbürgen wiederum drinnen und draussen den Ruf Berlins als einer der führenden Musikstädte der Welt. Nach dem tragisch frühen Tode Wilhelm Furtwänglers wurde Herbert von Karajan, der mit Recht überall als ein besonderer Magier des Taktstocks gilt, als Chefdirigent der Berliner Philharmoniker gewonnen. Ein von ihm geleitetes Konzert pflegt alljährlich im Frühherbst die Berliner Festspielwochen einzuleiten, während derer sich Musik, Theater und Bildende Kunst vereinen, um im gegenseitigen Wettstreit Zeugnis davon abzulegen, dass die Härte der politischen Auseinandersetzungen die Musen aus Berlin nicht etwa verbannt, sondern eher in einem neuen, bewussteren und höheren Sinn dort wieder heimisch gemacht hat. Seit 1960 wird übrigens dem traditionsreichsten und angesehensten Orchester mit der «*Philharmonie*» am Kemperplatz wieder ein eigenes, würdiges Heim erbaut.

Durch seine kulturelle Aktivität hat Berlin nicht allein die Folgen des Krieges, der ersten Nachkriegsjahre und der Blockade bis zur Unkenntlichkeit verwischt, sondern auch die Sündenschuld abgetragen, die es einstmals als Hauptstadt unfreiwillig genug durch die «*Kulturpolitik*» des Dritten Reiches aufgeladen bekam. Das geht schon daraus hervor, dass zahlreiche Künstler, Schriftsteller, Musiker und Schauspieler, die die Hitler-Ära direkt oder indirekt aus Berlin vertrieb, inzwischen

freudig heimgekehrt sind, ohne sich durch die Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten beirren zu lassen, die die isolierte Lage der Stadt nun einmal mit sich bringt.

#### **MODERNE WELTSTADT IM WERDEN**

Nirgendwo sonst aber tritt das Gesicht der modernen Weltstadt so deutlich, so imponierend und demonstrativ zutage wie in der Architektur. Auf den bisher behandelten Gebieten der Wirtschaft und des kulturellen Lebens ging und geht es notgedrungen darum, wenn auch mit neuzeitlichen Methoden und mit besonderer Betonung sozialer Gesichtspunkte, für deren sorgfältige Beachtung schon die politische Gewichtsverteilung der Stadt bürgt, in irgendeiner Form den Anschluss an vergangene normale oder gar vorbildliche Massstäbe wiederzugewinnen. Hier verpflichtete die Tradition in einem guten Sinne. Für das überlieferte architektonische Bild der Stadt lässt sich diese Feststellung jedoch nicht wiederholen: hier waren also der kühnen Planung, dem gewagten Experiment und dem fortschrittlichen Geist, der beides erzeugt, von vornherein mehr als sonstwo Tür und Tor geöffnet. Es ist darum nur natürlich, dass das neue Architekturprinzip besonders heftige Meinungsverschiedenheiten heraufbeschwor und entsprechende Diskussionen auslöste.

Hier sind vor allem zwei Frontenbildungen zu erkennen: während die einheimische Bevölkerung in ihrer Mehrheit das moderne Stadtbild, das sich hauptsächlich seit 1955 aus der Trümmerwüste des Krieges entwickelt hat und weiterhin mit solchem Tempo entwickelt, dass auch der regelmässige Berlinbesucher innerhalb weniger Monate immer wieder vor Überraschungen steht, im Allgemeinen bereitwillig bejaht

und sich damit begnügt, gewisse Auswüchse, an denen es natürlich auch nicht fehlt, mit bekannter Schlagfertigkeit zu kritisieren, entzündeten sich gerade an der neuen Stadtplanung die Ressentiments mancher sogenannter «*Exilberliner*», von denen es noch immer fast eine Million gibt. Viele dieser Menschen, die ihre Heimat teilweise schon vor der Epoche der schlimmsten Zerstörung verliessen und sie vielleicht erst in den letzten Jahren besuchsweise wiedersahen, beklagen sich bitter darüber, dass sie «*ihr Berlin*» nicht wiedererkennen. Diese Feststellung ist menschlich durchaus verständlich, aber objektiv verbirgt sich dahinter eine unangebrachte Sentimentalität. Natürlich vermögen viele Zufallsbesucher die alte Heimat, in der sie aufgewachsen sind, nicht mehr zu identifizieren, doch ist es vom Standpunkt einer künstlerischen Architektur um «*ihr Berlin*» auch nicht schade. Im Gegenteil, spätere Geschlechter werden hoffentlich einmal der Entschlossenheit der verschiedenen Bauherren, in erster Linie der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, Dank wissen, dass sie das Zerstörte meist nicht restauriert, sondern eine völlig neue Stadt auf den Trümmern der alten aufgebaut haben.

Die Fliegerbomben der alliierten Streitkräfte hatten praktisch die ganze Stadt umgepflügt und die wenigen architektonisch wertvollen Areale genauso in Mitleidenschaft gezogen wie eine Fülle von hässlichen Vierteln und sogenannter «*Mietskasernen*», wie sie für das Berlin der Vorkriegszeit typisch waren. Schon im Einleitungskapitel wurde einmal darauf angespielt, dass, etwas zugespitzt formuliert, Berlin nicht etwa in Jahrhunderten *erbaut*, sondern in einigen wenigen Jahrzehnten umso gründlicher *verbaut* wurde. Die ehemalige preussische Hauptstadt hatte zweifellos einen imponierenden Stil, ähnlich wie die meisten Vororte, die sich um sie herumgruppierten.



Mit der Zusammenschmelzung der einstigen preussischen Hauptstadt und ihrer zahlreichen Vororte zur deutschen Reichshauptstadt begann jedoch die Sünde wider den Geist. Geschäftstüchtige Spekulanten traten an die Stelle grosser Baumeister mit wirklicher künstlerischer Verantwortung. Während bei den meisten anderen europäischen Hauptstädten die grosse Architektur meist auf den traditionellen Stadtkern bezogen blieb, dessen Geist von einer ordnenden Mitte aus sozusagen das Ganze durchdrang, waren in dem früheren Berlin Schönes und Hässliches, Echtes und Falsches seltsam widerspruchsvoll und ohne höheren Sinn durcheinandergewürfelt, ja, im Laufe der Entwicklung überlagerten und erdrückten die steinernen Monumente einer nur auf den augenblicklichen Nutzen bedachten Hässlichkeit die feineren Konturen des Schönen und Würdigen.

Echte und verheissungsvolle architektonische Restaurationsaufgaben im grossen Umfang wären nur den Städteplanern im Sowjetsektor erwachsen. Hier lag das alte Berlin, in dem bis in die Gegenwart hinein die Spuren der grossen Baumeister der Renaissance und vor allem des Barock lebendig geblieben waren. Als Mittelpunkt musste der grossartige Bau des Stadtschlusses gelten, mit dem Ausblick auf die meist im klassizistischen Stil errichteten Museen im Lustgarten, dessen östliche Seite lediglich durch den unter Wilhelm II. errichteten und geschmacklos die Peterskirche imitierenden Berliner Dom verunstaltet wurde. Westlich des Stadtschlusses zog sich die breite und prächtige Strasse *«Unter den Linden»* bis zum Brandenburger Tor, die durch einige sehr gediegene Bauten des 17. oder 18. Jahrhunderts, wie das Zeughaus, die Universität, die Staatsoper und das Kronprinzenpalais, flankiert wurde. Ein anderes architektonisches Schmuckstück der Innenstadt war der sogenannte *«Gendarmenmarkt»*, ein Platz, in

dessen Mitte sich das von Schinkel Anfang des 19. Jahrhunderts errichtete und später ausgebaute Staatstheater erhob und der in nördlicher und südlicher Richtung durch zwei fast identische Kirchen, den sogenannten Deutschen und den Französischen Dom, aus dem 18. Jahrhundert begrenzt wurde. Viele dieser Gebäude wurden durch den Krieg mehr oder minder stark beschädigt, hätten sich aber sämtlich mit entsprechendem gutem Willen wiederherstellen lassen. Nichts dergleichen geschah jedoch in einem wirklich durchgreifenden Sinne. Die meisten der erwähnten historischen Bauten sind heute noch Ruinen, dem unaufhaltsamen weiteren Verfall durch die Unbill der Witterung ausgesetzt. Die durchaus aufbaufähige Ruine des Stadtschlusses selbst wurde hingegen von den Repräsentanten des geschichts- und traditionsfeindlichen kommunistischen Systems schon im Jahre 1950 mutwillig und ohne den geringsten zwingenden sachlichen Anlass dem Erdboden gleichgemacht.

Vor ähnlichen Aufgaben standen die Architekten in Westberlin praktisch nur in zwei Fällen: die beiden Schlösser Charlottenburg und Bellevue, das erste um die Wende des 17. und 18. Jahrhunderts von Schlüter, Eosander und Knobelsdorff, das zweite Ende des 18. Jahrhunderts unter Friedrich dem Grossen für seinen jüngsten Bruder errichtet, waren ausgebrannt, die dazugehörigen Schlossparks hatten sich in Wüsteneien verwandelt. Kein Besucher Berlins, der heute vor den beiden Schlössern steht oder die benachbarten Parks durchwandert, wird noch nennenswerte Spuren der einstigen Katastrophe erkennen. Beide historischen Gebäude sind in den alten Proportionen mit peinlichster Sorgfalt, aber auch mit respektvoller Liebe zu dem ursprünglichen künstlerischen Entwurf wieder aufgebaut worden (der innere Ausbau des Knobelsdorff-Flügels des Charlottenburger Schlosses wird allerdings noch eini-

ge Jahre beanspruchen). Das Charlottenburger Schloss dient heute hauptsächlich für Kunstausstellungen und gelegentliche festliche Veranstaltungen, – Schloss Bellevue, das im Sommer 1959 seine Einweihung erlebte, ist als Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten bestimmt.

Beide Gebäude sind eine Augenweide für den Betrachter. In ihrer korrekten Rekonstruktion verewigen sie das alte, im eigentlichen Sinne historische Berlin als architektonische Ruhepunkte mitten im Herzen der werdenden und sich unbändig entfaltenden modernen Stadt. Man sieht, wo es sich um die Tradition wirklich lohnte, ist sie aufs sorgfältigste respektiert worden. Ansonsten trägt Westberlin in jeder Beziehung die Züge eines architektonischen Experiments, das in seiner organischen Vielgestalt zu intensivem Nachdenken, ja, zu einem speziellen Studium herausfordert. Der unsentimentale Beobachter wird rasch erkennen, dass Westberlin nicht nur wegen seines eindeutigen politischen Bekenntnisses, sondern auch in seinem Stadtbild ganz unverkennbar eine Insel der Freiheit und der Demokratie darstellt.

Wem diese Feststellung übertrieben scheint, der möge einmal die modernen Zentren beider Stadtteile auf sich wirken lassen und in ihren Stilprinzipien vergleichen! Im Ostsektor, soweit er ihm noch zugänglich ist, wird er dazu freilich heute und in absehbarer Zeit noch kilometerweit durch Ruinenfelder wandern müssen, bis er ziemlich unvermittelt auf die Mammutgebäude der so oft erwähnten Stalinallee (der früheren Frankfurter Allee) stößt. Hier triumphiert das Kollektiv, alles ist dazu angetan, den Besucher zu beeindrucken, aber wenn dieser seinen Eindruck nicht abschwächen lassen will, tut er gut daran, nicht allzu intensiv hinter der Fassade nachzuforschen. Wie in der Politik eines totalitären Staates, siegt auch in der Architek-

tur die Kulisse stets über die Wirklichkeit. Die einst von Hitler errichteten Mammutbauten, die ebenfalls grösstenteils im Ostsektor gelegen waren, sind fast alle bis zur Unkenntlichkeit zerstört. Wäre es anders, würden sich manche Stilparallelen zwischen diesen Bauten und der Fluchtlinie der heutigen Stalinallee ergeben. Ja, man könnte noch manche steinernen Zeugen der faschistischen Architektur zur Zeit Mussolinis und eine ganze Reihe von Bauwerken und Strassenzügen aus sowjetischen Städten hinzufügen, um auch dem politisch unkundigen Beobachter die innere, einfach nicht wegzuleugnende Wesensverwandtschaft totalitärer Regime zu demonstrieren. Ihnen allen ist die Absage an das Individuelle ebenso gemeinsam wie die panische Angst vor jeder «*Abweichung*»: Originalität wird nicht geduldet, aber nicht, weil sie gelegentlich einmal hässliche Züge tragen kann – das wäre ja ein ästhetischer Einwand –, sondern weil ihr blosses Vorhandensein die Geschlossenheit des Systems, seiner Gedankenwelt und seiner Ideologie bedroht. Nirgends sieht man das so verblüffend deutlich wie an der Architektur.

Der Gegensatz zu der Weltstadt, die in Westberlin herangewachsen ist und weiter heranwächst, lässt sich nicht krasser vorstellen. Auch dort spürt man in der gesamten Konzeption, im nüchternen Amtsdeutsch «*Generalbebauungsplan*» genannt, den ebenso unbewussten wie unwiderstehlichen Willen einer Gemeinschaft, ja, der empfängliche Beobachter spürt ihn so stark, dass er davon förmlich elektrisiert wird. Es ist aber im Gegensatz zum Osten eine Gemeinschaft, die durch die Spontaneität eines freiwilligen Zusammenschlusses und nicht durch das Kommandowort eines Diktators oder einer kleinen Gruppe von Mächtigen existiert. Die Dynamik, mit der der Aufbau Westberlins erfolgt, ist die Dynamik der freien Welt,

jener Welt, in der sich unzählige von Vorstellungen, Wünschen, Ehrgeizen, Geschmacksrichtungen und Konkurrenzimpulsen begegnen, durchdringen, oft zu schwer entwirrbaren Synthesen vermischen, gelegentlich sogar hart im Raum Zusammenstößen. Wer will nicht alles in einer Weltstadt bauen, die sich nach einer so einmaligen Zerstörung und unter so einzigartigen geschichtlichen Umständen vom Schicksal aufgefordert sieht, ihren Lebenswillen auch in dieser Beziehung zu bekunden: private Bauherren, Wohnungsbaugesellschaften, Industrie- und Handelsbetriebe, Banken, Versicherungen, Verwaltungen und nicht zuletzt die öffentliche Hand selbst. Jede Instanz geht mit anderen Voraussetzungen an die Verwirklichung ihrer architektonischen Pläne. Zuviel Kapital, das aus egoistischen Motiven ein protziges steinernes Ergebnis zu verwirklichen trachtet, kann die Konturen des gesamten Stadtbildes an entscheidenden Stellen und Plätzen ebenso stören und beeinträchtigen, wie eine gute Absicht, die mit zu wenig Geld nur spärlich und fragmentarisch ausgeführt werden könnte. Im ersteren Falle müssen zu hybride Ehrgeize beschnitten und gedämpft, im zweiten unter Umständen grosszügige Hilfen gegeben werden. Psychologisch und zum Teil auch ökonomisch ist die Situation der der berüchtigten Gründerjahre nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 nicht unähnlich. Viele möchten bauen, jeder möchte so rasch wie möglich bauen und dabei natürlich auch auf Kosten der Mitmenschen, der Nachbarn, der künftigen Mieter oder anderer Geschäfte machen.

Aber wenn auch die Situation ähnlich ist und sich daraus grundsätzlich ähnliche Gefahrenmomente für das Antlitz der Stadt und die Wohlfahrt ihrer Bewohner ergeben: das Ergebnis von damals ist – Gott sei Dank – nicht wiederholbar. Das liegt wesentlich daran, dass das soziale Verantwortungsbewusst-

sein und alles, was es an psychologischen, hygienischen und sanitären Forderungen einschliesst, im letzten Jahrhundert unmerklich, aber mächtig gewachsen ist. Selbst wenn jemand – und zwar zum Schaden seiner Mieter – heute noch so bauen *wollte*, wie das in der Gründerzeit geschah, er *dürfte* es nicht mehr. Es gibt vielmehr eine Fülle von Vorschriften, auf die jeder Bauherr Rücksicht nehmen muss. In Westberlin wirkt sich das vor allem aus, weil bei der besonderen Lage der Stadt der sogenannte soziale Wohnungsbau noch immer mit rund 90 Prozent den privaten überwiegt und die öffentliche Hand insofern durch Erteilung von Baugenehmigungen, Kreditvergaben usw. einen ungleich grösseren Spielraum der Einmischung und Mitbestimmung hat als anderswo.

Dieses alles ist natürlich nicht unbedingt charakteristisch für Westberlin, sondern liesse sich ungefähr von jeder modernen Metropole sagen, die sich durch besondere Baufreudigkeit auszeichnet. In allen zivilisierten Ländern gibt es mittlerweile polizeiliche und gesundheitliche Vorschriften, die nicht ungestraft übertreten werden dürfen, gibt es den grossen Rahmen eines öffentlichen, mit ganzen Jahrzehnten rechnenden Planes, dem sich noch so eifrige private Ehrgeize einzuordnen haben. Das Einmalige der heutigen Architektur Westberlins beruht vielmehr darauf, dass die künstlerische Kombinationsgabe der Städteplaner und der zuständigen Senatsverwaltung schon heute das Ganze über die Summe seiner zahllosen Teile hinweg dem phantasievollen Beschauer sichtbar macht und ihm das Bewusstsein einimpft, Zeuge einer Neuschöpfung zu sein, die alle Merkmale temperamentvollen ästhetischen Wollens trägt.

Das zentrale Ereignis, das viele schöpferische Energien auf sich lenkte, aber auch für die kommenden Jahre erzeugen sollte, war die unter dem Begriff «*Interbau*» bekanntgeworde-

ne Internationale Bauausstellung, die am 6. Juli 1957 eröffnet wurde und nicht weniger als drei Monate dauerte. Seit 50 Jahren hatten die Berliner in ihren Mauern keine Ausstellung von solchem Umfang und solcher Bedeutung mehr erlebt. Die alte Hauptstadt bekundete ihre traditionelle Weltaufgeschlossenheit wieder einmal dadurch, dass sie die Bemühungen, ihr nach den Verwüstungen des Krieges ein neues Gesicht zu geben, nicht zu einer nationalen Angelegenheit machte, sondern Architekten aus allen Ländern und Kontinenten zur Beteiligung daran einlud. Natürlich war dieses Experiment angesichts einer so verwirrenden Fülle von Begabungen und Ideen gewagt. Niemand könnte auch mit gutem Gewissen behaupten, dass es in jeder Einzelheit geglückt wäre. Das früher vollkommen zerstörte Hansaviertel am Tiergarten, dessen Wiedererrichtung während der Internationalen Bauausstellung in den Mittelpunkt des Interesses rückte, trägt noch deutliche Spuren von zuviel Improvisation und zuviel sich überkreuzenden Bestrebungen. Nichtsdestoweniger hat der in einem Konkurrenzkampf internationaler Architekten verwirklichte Neubau dieses Viertels nicht allein eine Epoche unerhörter Aktivität eingeleitet, sondern auch in seinen positiven wie in seinen Fehlleistungen als Erfahrungsgrundlage gedient. Vor allem aber ist mit der in Berlin praktizierten Methode internationaler Wettbewerbe etwas ganz Entscheidendes erreicht worden: das künstlerische Element drängt sich beim Neuaufbau Berlins überall gebieterisch in den Vordergrund, sogar dort, wo es hier und da über die Stränge schlägt und seine Resultate im Einzelnen nicht durchweg befriedigen. Dadurch ist gleichzeitig auch die Spekulation, die mit jedem forcierten Neubau grossen Stils unvermeidlich verbunden ist, vom Geschäftlichen ganz eindeutig auf das Künstlerische verlagert,

um nicht zu sagen, zum Künstlerischen gezwungen worden. Selbst grosse Unternehmungen, Banken, Versicherungen usw. sahen sich auf diese Weise direkt oder indirekt aufgefordert, nicht nur zweckhaft und praktisch, sondern auch schön, um nicht zu sagen, «*solidarisch*» zu bauen: solidarisch insofern, als gerade manches moderne Kaufhaus, mancher hochstöckige Versicherungspalast in Westberlin wesentlich dazu beiträgt, einem Platz oder auch einem bestimmten Strassenbild ihre typischen, eigenartigen und geschmackvollen Konturen zu verleihen.

Ähnliches gilt für die privaten Hochhäuser, die sich in manchen Gegenden der Stadt in gedrängter Nachbarschaft, in anderen vereinzelt erheben und dem Beschauer nicht nur als willkommene Orientierungspunkte, sondern oft auch wegen ihrer meist edlen und gediegenen Proportionen als Blickfang dienen. Die Zeiten sind endgültig vorüber, in denen man in Berlin von einem erhöhten Standort aus den sprichwörtlichen Eindruck eines eintönigen «*grauen Häusermeers*» bekam. Heute entdeckt der forschende Blick charakteristische Einzelheiten genug, deren Schönheit und Originalität ihn noch dazu immer wieder gefangen nehmen. Mehr und mehr wird auch das Grau von einst von hellen Farben, Weiss und Gelb, abgelöst, die für die neuen Wohnhäuser und öffentlichen Gebäude immer charakteristischer werden.

Dass schon die graue Stadt von einst das Atmen nicht ganz verlernte, lag an ihren zahlreichen «*grünen Lungen*», unter denen man die grossen natürlichen Waldflächen und die sorgsam gehegten öffentlichen Anlagen und Parks in praktisch allen Verwaltungsbezirken versteht. Die neuzeitliche Stadtplanung mit ihren Auflockerungsbestrebungen bemüht sich darum, den Anteil der städtischen Grünflächen noch entsprechend zu vergrössern. In dem Berlin von morgen wird es deshalb zwar nach wie vor auch im Stadtbild gewisse soziale



Differenzierungen, aber keine eigentlichen Elendsviertel mehr geben. Wenn sich heute noch das imponierende Bild architektonischer Wiedergeburt im Allgemeinen auf die Sektorengrenzen der Innenstadt zu verflüchtigt, wenn hier auch auf westlicher Seite oft die Trümmergrundstücke die Neubauten überwiegen und die Landschaft überhaupt noch ziemlich trostlos anmutet, dann darf man natürlich nicht vergessen, dass das moderne Berlin bei allem Tempo so wenig an einem Tage gebaut werden kann, wie man das von dem alten Rom zu sagen pflegte. Ferner liegen in diesen Gegenden durchweg die Besitzverhältnisse schwieriger als in den westlichen Ausenbezirken, was Zusammenlegungen von Grundstücken erschwert, eine Voraussetzung, ohne die bekanntlich eine grosszügige und einheitliche Bauplanung in heutiger Zeit unmöglich ist.

Die kurze Skizze des modernen Stadtbildes wäre unvollständig, wollte man nicht schliesslich der geradezu phänomenalen Anstrengungen gedenken, die in den letzten Jahren auch im Tiefbau unternommen worden sind, um Strassen zu verbreitern und neue Verkehrswege zu erschliessen. Gerade hier zeigt sich der Ehrgeiz des modernen Berlin, nicht nur den Bedürfnissen der Gegenwart zu entsprechen, sondern sich auf eine Zukunft vorzubereiten und ihren Anforderungen gewachsen zu sein, deren Stunde vorerst noch gar nicht geschlagen hat. Da der Tiefbau überaus kostspielig ist, könnte man einwenden, dass auf diesem Gebiet vielleicht doch des Guten zu viel geschehe. Warum braucht Westberlin, das noch immer die alte Einwohnerzahl längst nicht wieder erreicht hat, beispielsweise eine Erweiterung des bestehenden U-Bahnnetzes? Wozu braucht es kreuzungsfreie Schnellverkehrsstrassen im Stile der deutschen Autobahnen, wenn nachzuweisen ist, dass der derzeitige Verkehr keinen Vergleich mit der irgendeiner

westdeutschen Grossstadt aushält. (Natürlich steht die Motorisierung pro Einwohner kaum hinter den Ziffern westdeutscher Städte zurück, aber im Autoverkehr macht sich begreiflicherweise die Isolierung der Stadt besonders bemerkbar. Es sind fast ausschliesslich am Ort zugelassene Kraftwagen unterwegs, die das Verkehrsbild bestimmen, während in den Städten der Bundesrepublik wie in allen Städten mit offenem Hinterland der Durchgangsverkehr dem Ortsverkehr die Waage hält oder ihn gar übertrifft. Auswärtige Nummernschilder sind dagegen in Berlin im normalen Alltag eine Seltenheit, weil viele westdeutsche oder ausländische Besucher den Luftweg nach dort wählen.)

Solche Einwendungen, die tatsächlich öfter erhoben werden, sind ebenso verständlich wie kurzichtig. Die weitgehend zerstörte Stadt ist in jedem Falle zur Durchführung von Bauvorhaben gezwungen, die alles in allem Jahrzehnte beanspruchen werden. Berlin unterzieht sich darum dieser Aufgabe mit seinem tatenfrohen Optimismus, indem es aus der Not eine Tugend macht, auf sehr lange Sicht. Wenn es schon unumgänglich ist, in der Gegenwart nicht etwa ein zufälliges Loch zu beseitigen, sondern ganze Geschäfts- und Verwaltungs vier tel neu zu bauen und gleichzeitig den Wohnraumbedarf von Hunderttausenden zu befriedigen, ist es nur zweckmässig und vorausschauend, die Zukunft mit ihren berechenbaren Verkehrsbedürfnissen in die Planung des Augenblicks gleich mit einzubeziehen. Berlin wird durch seine modernen Verkehrswege, die systematische Verbreiterung bestehender und die grosszügige Anlage neuzuschaffender Strassen, vor allem aber durch das teils schon funktionierende Schnellstrassennetz mit vielen verzwickten und oft unlösbar scheinenden Problemen des modernen Verkehrs in dem Augenblick fertig geworden sein, da

sie sich für andere Metropolen erst in voller Schärfe stellen. Die Grosszügigkeit der augenblicklichen Ausgaben erweist sich daher, so paradox das klingt, als Sparsamkeit für die Zukunft.

Der Kraftfahrer, der aus aller Herren Länder nach Berlin kommt, wird der Initiative der verantwortlichen Stellen jedenfalls aufrichtigen Dank wissen. In Berlin ist das Autofahren auf den meist breiten, übersichtlichen Strassen ebensowohl ein Vergnügen, wie es in anderen Grossstädten längst zu einer Strapaze und Qual geworden ist. Während anderswo durch die Enge der Strassen, unübersichtliche Abzweigungen und die Nötigung zum Einbahnverkehr dauernde Stockungen die Regel sind, kommt der Fahrer in Berlin, wenn er sich nur an die vorgeschriebene Stadtgeschwindigkeit hält, schnell und mühelos voran. Das Strassennetz des modernen Berlin ist ohne weiteres einer verdoppelten oder gar verdreifachten Verkehrsdichte gewachsen, ohne dass sich die heute für den Fahrer gegebenen Annehmlichkeiten wesentlich zum Negativen verändern würden. Mit jeder Verdichtung des Verkehrs wachsen ja neue Schnellwege und geeignete Strassen nach.

In den mannigfaltigen Bauleistungen, die die Atmosphäre der Stadt so unverkennbar prägen, wachsen die unerschöpfliche Phantasie der örtlichen Fachleute und die verständnisvolle Hilfsbereitschaft des Bundes zu einer besonders imponierenden demonstrativen Einheit zusammen. Natürlich wäre Berlin ein Wiederaufbau mit solchem Tempo und von solchem Umfang aus eigener Kraft nicht einmal annähernd möglich. Darum bringt diese Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und ihrem symbolischen Vorposten am klarsten zum Ausdruck, welchen Wert man darauf legt, allen stets verschärften Schwierigkeiten zum Trotz die unveräusserliche Geltung Berlins als der deutschen Hauptstadt und der blühen-

den Weltstadt von morgen zu betonen. Von dem neuen Stadtzentrum, das sich rings um die von der Bevölkerung mit eifersüchtigem Fleiss konservierte Turmruine der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche erhebt, gehen Kraftimpulse aus, denen sich kein Mensch entziehen kann, der grossen und lebendigen Eindrücken offensteht. Handelt es sich hier jedoch vorwiegend um ein repräsentatives Zentrum, so sind auch die Ansprüche der zahllosen Wohnungssuchenden in dem grosszügigen Aufbauwerk keineswegs zu kurz gekommen. Gerade in ehemaligen Arbeitergegenden, in den Bezirken Reinickendorf, Wedding und im Norden Charlottenburgs wachsen neue, geschlossene Siedlungen aus dem verwüsteten Boden hervor, von denen jede an Fläche und Volumen, aber auch im Hinblick auf die Ausstattung mit Geschäften, Kirchen, Schulen usw. für sich allein den Rang einer kleinen Stadt beanspruchen kann. Bis Herbst 1961 sind seit Kriegsende in Westberlin 200'000 neue Wohnungen gebaut worden: eine enorme Zahl, weil man immer wieder bedenken muss, dass der Wiederaufbau Berlins infolge der Ungunst der Verhältnisse erst drei bis vier Jahre später einsetzte als in den westdeutschen Grossstädten. Der Löwenanteil an diesen 200'000 Wohnungen entfällt jedenfalls auf die Jahre seit 1952. In den letzten Jahren wurde ein Durchschnitt von über 20'000 Wohnungen erreicht.

Wenn man nachdrücklich betont, in Berlin blühe neues Leben aus den Ruinen, dann bedeutet das nicht etwa eine romantische Übertreibung, sondern eine nüchterne Wirklichkeitsfeststellung. Weit mehr als andere kriegsversehrte Städte war Berlin dazu gezwungen, den unermesslichen Trümmerschutt des Krieges, wo es irgend anging, in nützliche Baustoffe für die Zukunft zu verwandeln. In der einstmals blockierten und nach wie vor geographisch isolierten Stadt wäre sonst jeder

Aufbau illusorisch geworden. Hier haben sich denn auch in letzter Zeit gewisse Schwierigkeiten aufgetan, weil der aus dem Trümmerschutt gewonnene Vorrat allmählich seinem Ende entgegengeht und der Stadt ihr natürliches Hinterland verschlossen ist. Der aus den zahllosen Ruinen geborgene, nicht mehr verwertbare Schutt wurde übrigens zu stattlichen «*Trümmerbergen*» zusammengefahren, die das etwas eintönige Bild der märkischen Ebene beleben und nach und nach durch gärtnerische Pflege ein fast natürliches Aussehen bekommen oder gar schon bekommen haben. Die kollektive Phantasie der Berliner hat diesen an sich traurigen Überresten einer schrecklichen Zeit entsprechend klangvolle Namen gegeben, wie etwa «*Insulaner*» oder «*Monte Kiamott*».

Schliesslich darf ein Moment nicht unerwähnt bleiben, das den Neuaufbau Berlins von allen entsprechenden Experimenten in der Bundesrepublik unterscheidet und gleichzeitig auszeichnet: *das hellwache politische Bewusstsein, der Wille, die einmal verlorene und nun unter so unsäglichen Mühen und Opfern behauptete Demokratie gleichsam in Stein zu verewigen*. Mit den neuen und schöneren Plätzen, den aus der Zerstörung herausgewachsenen Strassen und Stadtvierteln bringt die deutsche Hauptstadt symbolisch ihren bewussten und unauslöschlichen Dank an alle diejenigen zum Ausdruck, die in den letzten drei Jahrzehnten entweder zu Märtyrern der Freiheit geworden sind oder ihre Kräfte im tapferen Kampf für diese Freiheit vorzeitig verbraucht haben. Die am 29. September 1953 erfolgte Umbenennung eines westlichen Verkehrsknotenpunktes in «*Ernst-Reuter-Platz*» wurde bereits erwähnt. Von hier zieht sich im Verlauf der Ost-Westachse mitten durch den wiederaufblühenden Tiergarten hindurch die «*Strasse des 17. Juni*» direkt bis zur nunmehr vermauerten Sektorengrenze am Brandenburger Tor. Vom Ernst-Reuter-

Platz in nördlicher Richtung verläuft die «*Otto-Suhr-Allee*». Diese mündet in ein teils traditionelles, teils neu errichtetes Stadtviertel, dessen Strassen vorwiegend nach den bedeutendsten Namen des deutschen Widerstandes gegen das Hitler-Regime benannt worden sind.

Gerade dieser Gegend kommt eine besonders schmerzliche symbolische Bedeutung zu. Hier hat inmitten der alten weitverzweigten Strafanstalt Plötzensee, dessen noch erhaltene Teile heute ausschliesslich als Jugendgefängnis dienen, der Zufall unter anderem ausgerechnet den Schuppen unversehrt gelassen, in dem viele Tausende von deutschen Widerstandskämpfern ihr Leben unter dem Henkerbeil oder am Galgen beschlossen haben, darunter fast sämtliche Teilnehmer des Aufstandsversuches vom 20. Juli 1944. An der östlichen Wand dieser Stätte eines durch die Terrorjustiz notdürftig legalisierten Massenmordes erhebt sich seit einigen Jahren in graugelbem Stein ein Denkmal, das die schlichte Inschrift trägt «*Den Opfern der nationalsozialistischen Diktatur von 1933 bis 1945*». Die moralische Wirkung, die von dieser Gedenkstätte ausgeht, ist mit Worten nicht zu beschreiben; nur so viel sei erwähnt, dass es die Inschrift bewusst vermieden hat, darauf hinzuweisen, dass hier in der Ära des Dritten Reiches fast ausschliesslich deutsche Opfer umgebracht wurden, und zwar grossenteils schon vor jenem Augenblick, als Hitler mit dem Beginn des zweiten Weltkrieges seine unersättliche Hand nach anderen Ländern Europas ausstreckte. Nicht zuletzt die Tatsache, dass der deutsche Beitrag im Kampf um die Freiheit bewusst in den Hintergrund tritt, obwohl er nirgendwo stärker fortlebt als hier, trägt ganz entscheidend dazu bei, dass es an diesem erschütternden Ort heute noch zu Versöhnungen mit ehemaligen Gegnern Deutschlands kommt, über alle noch bestehenden Grenzen hinweg. Mancher Ausländer, der bis dahin

unwillkürlich dazu neigte, Deutschland und den Nationalsozialismus zu verwechseln, ist in Plötzensee anderen Sinnes geworden. Eine ähnliche Gedenkstätte befindet sich im Hofe eines ebenfalls erhaltenen Gebäudeteils des früheren Kriegsministeriums in der Stauffenbergstrasse, der früheren Bendlerstrasse. Hier wurde Oberst Graf von Stauffenberg mit einigen anderen Offizieren noch in der Nacht des 20. Juli 1944 ohne jedes Gerichtsverfahren standrechtlich erschossen. Die Statue eines gefesselten Jünglings mit einer entsprechenden Inschrift erinnert die Nachwelt hier an dieses der Freiheit gebrachte blutige Opfer.

Alles in allem ist demnach die Feststellung alter Berliner, sie würden ihre Stadt nicht mehr wiedererkennen, durchaus gerechtfertigt. Eine neue Stadt ist an die Stelle ihrer Vorgängerin getreten, die in jedem Falle eine unverkennbare Originalität für sich beanspruchen darf und in ihrer heutigen, obwohl immer noch werdenden Gestalt trotz der Kürze der Zeit, die seit einigen wichtigen Grundsteinlegungen verflossen ist, seltsamerweise mehr Traditionsmächtigkeit ausstrahlt als die in den Gründerjahren verschandelte Reichshauptstadt von einst. Mehr als je zuvor dürfte die künftige Hauptstadt eines in Freiheit wiedervereinigten Deutschland zu einem nicht nur gewichtigen, sondern auch überaus schönen Mittelpunkt werden, dessen schöpferische Vitalität eine enorme politische Leistung mit einer ihrem Geiste angepassten modernen Architektur zu einer natürlichen Synthese zu verschmelzen verstand und zu dem sich alle Deutschen mit einem berechtigten Stolz bekennen können. Wenn man nach einer Definition für diesen Prozess sucht, wird man am ehesten sagen können: der Wiederaufbau der zum grossen Teil zerstörten Stadt ist nicht das Ergebnis geschäftstüchtiger privater Spekulation, aber auch

nicht einer seelenlosen bürokratischen Planung, die vor lauter kollektivistischen Prinzipien die Bedürfnisse lebendiger Wirklichkeit missachtet, sondern vollzieht sich als packendes öffentliches Schauspiel, an dem sich irgendwie alle Bürger beteiligt fühlen.

#### PAUSE IM KALTEN KRIEG

Mit dem Ausblick auf den wirtschaftlichen, architektonischen und kulturellen Wiederaufbau sind wir den Ereignissen der letzten Jahre zwangsläufig weit vorausgeeilt. Es hätte aber keinen Sinn gehabt, gleichsam mitten in einer Entwicklung stehenzubleiben, die nach wie vor in Form eines kontinuierlichen und methodischen Prozesses abläuft. Diese Entwicklung dürfte jedenfalls deutlicher bestätigen als jede politische Behauptung und Gegenbehauptung, dass der *«Unruheherd Westberlin»* in das Reich der böartigen Zweckfabeln gehört. Im Gegenteil: der jahrelange Wiederaufstieg einer Weltstadt aus einem Trümmerfeld ohnegleichen, ein Aufstieg, zu dem nach wie vor ein Mosaik zum anderen gefügt werden muss, ist eine imponierende Bewährungsprobe des Friedens und der ihn allein tragenden Gesinnung. Dass diese Gesinnung sich ausgerechnet in einer fast dauernd von politischen Stürmen umtosten Zitadelle so mächtig und wirksam entfaltet und auf die Fülle sachlicher Leistungen verweisen kann, die auf den letzten Seiten nur kurz angedeutet wurden, ist ein nicht wegzuleugnender Beweis dafür, dass sich der Aufbau Berlins bisher nicht in einer Atmosphäre der Unruhe, sondern vielmehr in einer Atmosphäre vorbildlicher Ruhe und Gelassenheit vollzog. Während jenseits des Brandenburger Tores der wahnwitzige Anspruch einer Ideologie alle legitimen menschlichen Bedürfnisse schonungslos zertrampelte, entspricht der politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Charakter West-



berlins den Bedürfnissen freier und selbstbewusster Menschen und zieht gerade daraus seine unverwechselbare Ausstrahlungskraft. Die Unruhe, die hier seit dem 13. August 1961 tatsächlich herrscht, teilen die Berliner mit allen anständigen Deutschen.

Es wurde schon zu Anfang dieses Kapitels betont, dass das Jahr fünf zwischen dem Tode Ernst Reuters und der ultimativen Drohung Chruschtschows für Berlin eine verhältnismäßig ruhige oder doch wenigstens *«unsensationelle»* Epoche war. Mehr und mehr wurde die Stadt nicht nur zu einem Ziel privater Neugier oder journalistischer Wissbegierde, sondern zu einem offiziellen Zentrum wichtiger Tagungen und Begegnungen. Im Herbst 1955 kam zum erstenmal der Deutsche Bundestag zu mehreren Arbeitssitzungen nach Berlin. Auch für das zweite Gesetzgebungsorgan der Bundesrepublik, für den Bundesrat, bürgerte sich die Gewohnheit ein, seine Sitzungen sogar mehrfach im Jahr in die eigentliche Hauptstadt Deutschlands zu verlegen. Eine besondere Ehrung widerfuhr der Stadt im Mai 1955 durch die Verleihung des Europapreises. Zum erstenmal verliess ein Ausschuss der Beratenden Versammlung des Europarats seinen traditionellen Tagungs-ort Strassburg, um aus diesem feierlichen Anlass in Berlin zusammenzutreten. Für den Preis wurde ausser der vom Kriege schwer heimgesuchten englischen Stadt Coventry Berlin ausdrücklich ausgewählt, weil es jahrelang unter Führung von Ernst Reuter nicht nur für seine Selbstbehauptung, sondern für die bedrohte Sache der Freiheit schlechthin gekämpft habe, so betonte der Ausschussvorsitzende, der französische Minister Chaban-Delmas. *«Berlin hat damals Zeugnis für das Abendland abgelegt. Berlin kämpfte – das ist kennzeichnend für den abendländischen Geist – und siegte, und deshalb wollen wir die Stadt Berlin ehren.»*

Etwa um die gleiche Zeit taten die Sowjets einen demonstrativen Schritt, der zu ähnlichen Fehlspekulationen und verfrühten Hoffnungen Anlass gab, wie die ein Jahr zuvor erfolgte Einladung an die Bundesregierung, diplomatische Beziehungen mit Moskau aufzunehmen und sich wahrscheinlich als Ausdruck vorübergehender innerer Unsicherheit charakterisieren lässt, in dem sich das Regime unmittelbar nach dem XX. Parteitag der KPdSU befand. Die sowjetische Militär-Administration in Karlshorst stellte aus eigener Initiative eine offizielle Verbindung zum Westberliner Senat her, den sie bis dahin ignoriert hatte. In dieser Geste musste unter den damaligen Umständen eine stillschweigende Verbeugung vor dem immer noch bestehenden Viermächtestatus der gesamten Stadt erblickt werden, umso mehr, als die Initiative Karlshorsts unerwartet schnell zu einem bedeutsamen praktischen Ergebnis führte. Es gelang dem Regierenden Bürgermeister Suhr, die Sowjets zur Rückgabe des Berliner Funkhauses in der Masurenallee in Charlottenburg zu bewegen. Bis dahin war das Funkhaus eine sowjetische Enklave mitten in Westberlin gewesen und wurde von der Bevölkerung immer stärker als öffentliches Ärgernis betrachtet: wahrlich nicht nur aus dem symbolischen Grunde, weil dort Posten der Roten Armee, ähnlich wie vor dem im Tiergarten gelegenen sowjetischen Ehrenmal, unentwegt Wache standen. Das Funkhaus hatte sich vielmehr schon in einigen Fällen für ahnungslose Flüchtlinge aus der Zone, die die eigenartigen Rundfunkverhältnisse in der ehemaligen Viersektorenstadt nicht kannten, als eine Menschenfalle erwiesen. Um ähnliche Vorkommnisse zu verhindern, wurden vor dem Funkhaus, dessen Inneres die Rotarmisten hermetisch abriegelten, vorsorgliche Warnschilder angebracht.

Wie erinnerlich, besaßen die Sowjets im Jahre 1945 in ganz Berlin ein Rundfunkmonopol, das sie bedenkenlos für ihre Zwecke ausnutzten. Da sich dieser Zustand angesichts der bald sich abzeichnenden ideologischen Ost-West-Spannung als unhaltbar erwies, richteten die Amerikaner Anfang 1946 in ihrem Sektor einen Drahtfunk ein, aus dem sich später der mächtige Sender *Rias* entwickelte. Auch die Engländer verstärkten ihren ursprünglichen Zonensender, den früheren *Nordwestdeutschen Rundfunk* um ein umfangreiches Berliner Studio, das auch nach der Übernahme des NWDR in deutsche Verantwortung bestehen blieb. Aus dem Personal des NWDR Berlin rekrutierte sich weitgehend der Stamm von Angestellten und Mitarbeitern des SFB (*Sender Freies Berlin*), als im Juni 1954 endlich der Herzenswunsch der Berliner in Erfüllung ging, einen eigenen Sender zu besitzen. All diese westlichen Rundfunkgesellschaften, der *Rias* sowohl wie der NWDR und der spätere SFB mussten sich mit gemieteten Räumen begnügen, während sich das in den letzten Jahren der Weimarer Republik eigens für diese Zwecke gebaute, architektonisch bemerkenswerte und aus dem Krieg fast unversehrt hervorgegangene eigentliche Berliner Funkhaus in kommunistischer Hand befand. Allerdings waren die Sowjets schon während der Blockadezeit dazu übergegangen, die technischen Anlagen Schritt für Schritt zu demontieren und auch eine Programmabteilung nach der anderen in den Ostsektor zu verpflanzen, so dass Anfang der fünfziger Jahre in der Masurenallee buchstäblich nur noch ein Restkommando verblieb. Die Hartnäckigkeit der Sowjets, die Kontrolle über das Funkhaus zu behalten, nachdem jeder Sendebetrieb dort längst eingestellt war, wirkte begreiflicherweise besonders provozierend und erbitternd. Als es im Jahre 1956 endlich den Westberliner Behörden wieder zur Verfügung gestellt wurde, war

praktisch nur noch das Gebäude selbst vorhanden, aber dessen Inneres glich, ohne jede Übertreibung gesagt, einem riesenhaften Schweinestall. Viele Millionen mussten aufgewendet werden, bis der Sender des Freien Berlin in das ihm zustehende Haus einziehen konnte.

Die Hoffnung, der von den Sowjets mit dem Westberliner Senat angebahnte Kontakt werde sich im Sinne einer Entspannung und damit zum bleibenden Nutzen der zweigeteilten Stadt auswirken, erwies sich jedoch bald als trügerisch. In der zweiten Hälfte des Jahres 1956 stiegen so sichtbare Flammenzeichen am osteuropäischen Horizont auf, dass Moskau schleunigst wieder zu der alten brutalen Taktik zurückkehrte, seine im Kriege und unmittelbar danach errungene Landbeute mit blutigstem Terror zu sichern und gegen alle westlichen Einflüsse abzuschirmen. Es begann mit dem Streik der Arbeiter in Posen, es folgte der sogenannte *«Polnische Oktober»* und unmittelbar danach der erschütternde Freiheitskampf des ungarischen Volkes. Es lässt sich denken, mit welcher leidenschaftlichen Anteilnahme dieses Erdbeben der Freiheit gerade in Berlin registriert wurde. Vor allem die ungarische Revolution weckte ein Gefühl spontaner Solidarität. Auf einer Sondersitzung des Abgeordnetenhauses erklärte Präsident Brandt: *«Wir verneigen uns vor den Opfern des Kampfes um Freiheit, Frieden und Selbstbestimmung der Völker, vor den Arbeitern, Bauern und Studenten – von der Frankfurter Allee in Berlin bis Posen und Budapest – und bekunden unseren unbeugsamen Willen, dass auch unser eigenes Land mit seiner Hauptstadt Berlin in Freiheit wiedervereint werden muss.»* Ähnlich äusserte sich der schon damals von schwerer Krankheit gezeichnete Regierende Bürgermeister Otto Suhr. Er unterstrich, dass in Budapest vornehmlich die Industriearbeiter-

schaft Seite an Seite mit der Intelligenz und dem akademischen Nachwuchs gegen die kommunistische Tyrannei aufstanden sei.

Als sich die Schatten einer neuen Nacht der Unmenschlichkeit über das kämpfende Budapest senkten, wäre es übrigens um ein Haar auch in Berlin zu Zwischenfällen gekommen, die sich in ihrem Umfang und in ihrer Folgeschwere gerade zu diesem Zeitpunkt nicht hätten absehen lassen. Am 5. November 1956, einen Tag nach dem Einrollen sowjetischer Panzer in Budapest, riefen Senat und Abgeordnetenhaus die Bevölkerung zu einer Freiheitskundgebung vor dem Schöneberger Rathaus auf. Die Worte der vorgesehenen Redner vermochten die Empörung der mehr als hunderttausend Demonstranten nicht zu beschwichtigen. Spontan wurde der Ruf laut, zum Brandenburger Tor zu ziehen und in den Ostsektor einzudringen. Unter den einmal gegebenen Umständen und nachdem sich immer deutlicher herausstellte, dass der Westen der Abwürgung der ungarischen Revolution kraft- und tatenlos zusah, hätte dies unvermeidlich für Berlin ein ähnliches Blutbad bedeutet wie für Budapest. Sowohl die deutsche Polizei wie die alliierten Militärbehörden erwiesen sich gegenüber dem Zorn der Menschenmenge als ohnmächtig. Es war grösstenteils das persönliche Verdienst Willy Brandts, der selber zum Brandenburger Tor eilte und dem es gelang, die Demonstranten unmittelbar an der Sektorengrenze zu beruhigen, dass die in der Luft liegende Katastrophe nicht zu einem tragischen Ausbruch kam.

Das Jahr 1957 brachte für Berlin, abgesehen von dem bereits erwähnten Höhepunkt der Internationalen Bauausstellung, die so viel dynamisches Leben entbinden sollte, zwei herbe und schmerzliche Verluste. Am 4. Juni starb die seit Jahren kränkelnde Bürgermeisterin der Blockadezeit, Frau Louise

Schroeder, die damals als amtierendes Oberhaupt die Sache ihrer Mitbürger mit ebensoviel Mut wie Geduld, Würde und Selbstverleugnung vertreten hatte. Noch zu ihrem 70. Geburtstag, am 2. April, war Louise Schroeder vom Senat durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts ausgezeichnet worden. Knapp drei Monate später, am 30. August 1957, fiel auch ihr Mitstreiter und Nachfolger Otto Suhr einem heimtückischen und unheilbaren Leiden zum Opfer. Obwohl er schon seit Jahresfrist den Tod vor Augen sah, blieb der dritte Regierende Bürgermeister Berlins bis zum letzten Atemzug an seinem Arbeitsplatz, ohne sich die nötige Ausspannung oder gar einen Urlaub zu gönnen. Wieder versammelte sich die trauernde Bevölkerung, wie knapp vier Jahre zuvor, vor dem Schöneberger Rathaus, um von ihrem ersten Mitbürger Abschied zu nehmen, wieder läutete die Freiheitsglocke ein Begräbnis ein. Wohl kaum anderswo in der Welt hat in jüngster Zeit die Freiheit in den Reihen der Besten so unerbittlich ihre Opfer gefordert wie in Berlin.

#### WILLY BRANDT AN DER SPITZE

Auch Otto Suhr widerfuhr, ähnlich wie Louise Schroeder, in den letzten Tagen seines Daseins eine demonstrative Ehrung. Er erlebte es noch persönlich, vom Bundesrat zu dessen Präsidenten und damit zum stellvertretenden Staatsoberhaupt der Bundesrepublik gewählt zu werden. Mit dem Erbe des Regierenden Bürgermeisters trat der nunmehr knapp 44jährige Willy Brandt auch diese Hinterlassenschaft an, die besonders geeignet war, den jungen und erfolgreichen Berliner Politiker in der Bundesrepublik bekannt zu machen.

Als Brandt am 3. Oktober 1957 vom Abgeordnetenhaus mit grosser Mehrheit als Nachfolger Suhrs zum Regierenden Bür-

germeister gewählt wurde, hatte er gleichzeitig eine kurze, aber dramatische Periode innerparteilicher Auseinandersetzungen siegreich abgeschlossen. Da er schon in den vorausgegangenen Jahren zum bekanntesten und angesehensten Sprecher einer bestimmten fortschrittlichen Richtung innerhalb der Sozialdemokratie geworden war, fehlte es ihm in den eigenen Reihen weder an sachlichen Gegnern, die seiner künftigen Politik misstrauten, noch an persönlichen Gegnern, die ihm seinen raschen Aufstieg missgönnten. In der Bevölkerung freilich gab es über Willy Brandt als einzig legitimen Nachfolger Suhrs von vornherein nicht zweierlei Meinung. Als aber der neue Regierende Bürgermeister vor dem Abgeordnetenhaus seine Erklärung abgab, wusste er sich auch von dem starken und unzweideutigen Vertrauen einer grossen Mehrheit seiner politischen Freunde getragen. Das gleiche Vertrauen berief ihn drei Monate später, im Januar 1958, als Landesvorsitzenden an die Spitze der Berliner SPD. Damit war endlich ein Dualismus beseitigt, der Brandts Vorgängern im Amt des Regierenden Bürgermeisters, in erster Linie Ernst Reuter, aber auch Otto Suhr, das Leben mehr als schwer gemacht hatte. Persönlichkeiten, von denen die Geschichte in einer entscheidenden Epoche *grosse* Politik verlangt, können und dürfen sich nun einmal nicht auf *Kirchfurmspolitik* festlegen lassen, auch wenn das der Scheuklappenhorizont einer Gruppe ihrer eigenen politischen Freunde von ihnen verlangt – eine Erkenntnis, die für alle Parteien gilt, auch wenn sie nicht immer beherzigt wird.

Mit Willy Brandts Wahl zum Regierenden Bürgermeister war sinngemäss der Anschluss an die Ära Ernst Reuters wiederhergestellt. Seine Wahl zum Landesvorsitzenden der Berliner SPD bewahrte ihn nicht nur davor, sich eine schöpferische und

fruchtbare Konzeption verwässern zu lassen, sondern gab ihm zugleich die Chance, für die Massstäbe dieser Konzeption mehr und mehr auch die grosse Mehrheit der eigenen Gesinnungsfreunde und damit die traditionell stärkste politische Kraft Berlins zu gewinnen.

Willy Brandt stand mit seinen drei neuen Funktionen – als Regierender Bürgermeister, als Parteivorsitzender und nicht zuletzt als Präsident des Bundesrates – vor einigen ebenso aktuellen wie verschiedenartigen Aufgaben. Der Zufall, dass der ehemalige Bundespräsident Heuss gerade in dem Jahr zwischen dem Herbst 1957 und 1958 mehrere längere Auslandsreisen antrat, machte die Frage seiner Stellvertretung in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik zu einem besonderen Politikum. Seit Jahr und Tag daran gewöhnt, dass die höchsten Staatsfunktionen normalerweise Vertretern der älteren Generation vorbehalten blieben, reagierten die politisch aufgeschlossenen Kreise in Deutschland sehr stark auf das repräsentative Hervortreten eines noch jungen Politikers, der am Ort seines Wirkens selbst soviel von sich reden machte und der als Typ Überzeugungskraft und Vertrauen ausstrahlte. Das Zusammenfallen einer intensiven Regierungstätigkeit in Berlin mit einer mehr repräsentativen, aber überaus bedeutsamen Funktion in der Bundesrepublik hat nicht nur den persönlichen Start Willy Brandts erleichtert: es sollte sich auch, ohne dass jemand es ursprünglich ahnen konnte, als ein Segen für die Sache Berlins und für deren lebendige Bedeutung im westdeutschen Bewusstsein erweisen, als für die deutsche Hauptstadt die Stunde einer neuen Erprobung schlug.

Als Regierender Bürgermeister wie als Landesvorsitzender seiner Partei hatte Brandt jedoch praktisch vom ersten Tage seiner Amtstätigkeit an einen neuen Wahlkampf vorzubereiten, dessen Ausgang durch das Ineinandergreifen mehrerer



Faktoren ungewiss erschien. Am 7. Dezember standen Neuwahlen für das Berliner Abgeordnetenhaus vor der Tür. Bei den Bundestagswahlen im Jahre zuvor, am 15. September 1957, war es Brandts Partei in Westdeutschland wiederum nicht gelungen, einen politischen Umschwung zu bewirken. Im Gegenteil, Bundeskanzler Adenauer hatte es vermocht, den Abstand zwischen der von ihm geführten und der grössten Oppositionspartei erneut wesentlich zu vergrössern und die bisherige absolute Majorität der CDU im Parlament in eine absolute Wählermajorität zu verwandeln. Ausserdem zeigten die Bundestagswahlen von 1957 eine geradezu ruckweise Tendenz zur Aufsaugung kleinerer Gruppen und zur Herausbildung des klassischen Zweiparteiensystems, ein Phänomen, das auf der Bundesebene bisher sehr eindeutig der Partei Adenauers auf Kosten der SPD zugute gekommen war.

Ferner drohte der Berliner SPD von anderer Seite eine gewisse Gefahr. Die SED unternahm geradezu verbissene Anstrengungen, über die Hürde der Fünf-Prozent-Klausel hinwegzukommen, wobei sie in ihrer Agitation recht raffiniert vorging. Einteils beschränkte sie sich in ihrer sorgfältig vorbereiteten Propaganda in allen Westberliner Bezirken auf Kleinarbeit im wörtlichsten Sinne: ohne sich auf die eigentliche grosse Politik einzulassen, appellierte sie vornehmlich an die kommunalen Unlustgefühle der Wählerschaft, die bei einer Zusammendrängung von mehr als zwei Millionen Menschen auf engstem Raum niemals ausbleiben konnten. Gleichzeitig spekulierte die Partei Moskaus ebenso vorsichtig und indirekt wie geschickt auf gewisse Widerstände der öffentlichen Meinung gegen die damals eifrig diskutierte atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Die Bemühungen eines so untadeligen Menschenfreundes wie Albert Schweitzer, das Gespenst eines Atom-

krieges zu bannen, die menschlich höchst achtbare Haltung führender deutscher Wissenschaftler, die eine entsprechende Ausrüstung der Bundeswehr ebenfalls ablehnten, freilich ohne zu bedenken, dass ihren Kollegen im östlichen Machtbereich nicht die gleichen Möglichkeiten der Freiheit des Bekenntnisses und der Propaganda zur Verfügung standen, die unklaren, durch entsprechende Dementis und Gegendementis nur wachsenden Befürchtungen breiter Schichten, eine uferlose Fortsetzung nuklearer Experimente sei für die Verschlechterung des Wetters, für Keimschädigungen, für das Umsichgreifen bösartiger Krankheiten verantwortlich: dies alles trug dazu bei, im Frühjahr und Sommer 1958 die Gemüter zu verwirren und damit die Bemühungen der SED, in Westberlin politisch Fuss zu fassen, in gewisser Weise zu ermutigen.

Am 1. Oktober 1958 begrüßte der Regierende Bürgermeister den Deutschen Bundestag zu dessen schon seit Jahren eingebürgerter Herbsttagung in Berlin. Im Mittelpunkt der Beratungen stand eine Grosse Anfrage aller Fraktionen über die immer unhaltbareren Verhältnisse in der Sowjetzone und über das Flüchtlingsproblem, die vom Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, ausführlich und mit erschütternden Beispielen beantwortet wurde. Einstimmig nahm der Bundestag sodann eine Entschliessung an, in der er sich abermals von der deutschen Hauptstadt aus zur Wiedervereinigung in Freiheit bekannte: *«...Der Bundestag wiederholt feierlich den im Grundgesetz enthaltenen Appell, dass das ganze deutsche Volk aufgefordert bleibt, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden. Die Verpflichtung der vier Mächte zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands wird hierdurch nicht berührt. Der Deutsche Bundestag erwartet die Wiederherstel-*

*lung der staatlichen Einheit Deutschlands von einem unmittelbaren freien Willensentschluss des gesamten deutschen Volkes in seinen heute noch getrennten Teilen, der nach der Beseitigung der nicht in deutscher Zuständigkeit liegenden Hindernisse herbeizuführen ist. Der Deutsche Bundestag erklärt seine Bereitschaft, jede Verhandlung zu unterstützen, die die Wege zu einem solchen Willensentscheid des deutschen Volkes, sobald eine Vereinbarung der vier Mächte diese Möglichkeit erschlossen hat, ebnet.»* Der Hauptverantwortliche für die Verweigerung der deutschen Einheit liess mit seiner Stellungnahme nicht lange auf sich warten. Am 10. November erklärte Chruschtschow, im Interesse des «Friedens» müssten die Existenz zweier deutscher Staaten anerkannt und alle Überreste des letzten Krieges nunmehr schleunigst liquidiert werden. Dazu gehöre in erster Linie das «Besatzungsregime» in Westberlin. Zwei Wochen später betonte die Sowjetunion in einer Note, sie sei bereit, sechs Monate über entsprechende Modalitäten zu verhandeln, die Westberlin künftig den Status einer sogenannten «Freien entmilitarisierten Stadt» sichern sollten. Es war der 27. November 1958.

## HINTERGRÜNDE UND FOLGEN DER NEUEN DROHUNG

### MOSKAUS ZWEISTAATEN-THEORIE

Seit dem Scheitern der Genfer Aussenministerkonferenz im November 1955 hatte es konkrete politische Bemühungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr gegeben: wenigstens nicht solche, die sich mit der diplomatischen Aktivität vergleichen liessen, die die Jahre von 1945 bis 1953 charakterisierte, wenn von diesem Kardinalthema zwischen Osten und Westen die Rede war.

Diese Veränderung der Situation ergab sich zwangsläufig aus der hartnäckigen Weigerung der Sowjetunion, zwei Voraussetzungen für die deutsche Wiedervereinigung anzuerkennen, an denen sie bis zum Spätherbst 1955 wenigstens formal festgehalten hatte: einmal die prinzipielle Verantwortung der vier ehemaligen Besatzungsmächte, einen durch ihre politischen und ideologischen Differenzen ohne eigenes Verschulden auseinandergerissenen Organismus wieder zusammenzufügen, ferner die Durchführung freier Wahlen in allen Teilen Deutschlands einschliesslich der Sowjetzone, um den unbeflissenen Willen der Mehrheit des deutschen Volkes für seine Staatsgestaltung zu ermitteln. Im Gegensatz zu dieser früheren gemeinsamen Auffassung, die die Sowjets immer nur von jeher in ihrem Sinne interpretierten, trugen sie auf der Genfer Aussenministerkonferenz im Herbst 1955 zwei völlig neue Thesen vor: die Wiedervereinigung Deutschlands zu ei-

nem staatsrechtlichen Ganzen sei ausschliesslich Angelegenheit der beiden souveränen deutschen Teilstaaten selbst – wodurch die Verantwortung der vier Mächte in erster Instanz negiert wurde –, und von den *Errungenschaften» in der Sowjetzone* dürfe nichts auf gegeben werden. Damit führten die Urheber dieser These auch die immer wieder diskutierten freien Wahlen in ihrem Machtbereich *ad absurdum*. Es ist ja gerade das Wesen einer freien demokratischen Entscheidung, dass sie nicht allein bisherige Mehrheiten in Minderheiten – und umgekehrt – verwandeln, sondern im logischen Vollzug des Bekenntnisses zu alternativen politischen Richtungen unter Umständen auch den gesellschaftlichen Inhalt des jeweiligen Staates nach selbständigem und unabhängigem Ermessen abändern kann.

Dessen ungeachtet verschwand die deutsche Frage seit 1955 nicht von der Tagesordnung weder der internationalen Politik noch internationaler Konferenzen. Sie bildete beispielsweise den Hauptgegenstand des diplomatischen Notenwechsels zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, nachdem die offiziellen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau einmal hergestellt waren. Sie beschäftigte unter anderem die Beratende Europäische Versammlung und den Atlantikrat nicht minder als die Konferenzen der im Ostblock zusammengefassten Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, ja, sie tauchte am Rande auch immer einmal wieder in den Beratungen und Diskussionen der UN auf. Es ging aber in dieser Zeitphase allen Beteiligten offensichtlich mehr darum, die eigenen Standpunkte klar zu präzisieren als Kompromisse anzustreben, die eben so lange praktisch unmöglich waren, als Moskau sich weigerte, eine wirklich demokratische und gleichzeitig menschliche Lösung des deutschen Problems zuzugestehen. Es wäre darum auch ermüdend und überflüssig, nur der Voll-

ständigkeit halber in einer dem Schicksal Berlins gewidmeten Schrift all die verschiedenen Noten, Erklärungen und sonstigen offiziellen Äusserungen über die deutsche Wiedervereinigung in den letzten Jahren der Reihe nach aufzuzählen. Wohl aber ist es notwendig, mit einigen Worten auf die Entwicklung der Sowjetzone und der Beziehungen Moskaus zu Pankow einzugehen, um, soweit sich das ermöglichen lässt, die Motive der Sowjets für ihr Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 hinreichend zu erklären.

Schon einmal war davon die Rede, dass Moskaus im Frühjahr 1955 geäussertes Wunsch, diplomatische Beziehungen zu Bonn aufzunehmen, den Sowjets nur zum Vorwand diene, ihre später so fanatisch verfochtene Konzeption von der Existenz zweier deutscher Staaten im Sinne ihrer Interessen zu begründen. Dieser zweifellos ebenso verblüffende wie zunächst widerspruchsvoll anmutende Schritt löste in den Sommermonaten des Jahres 1955 bei den Machthabern des Pankower Regimes erhebliche Bestürzung und Verwirrung aus. Damals waren erst knapp zwei Jahre seit dem Aufstand der mitteldeutschen Arbeiter verflissen, dessen Verlauf die effektive Ohnmacht und innere Brüchigkeit des Grotewohl-Ulbricht-Regimes mit peinlicher Eindeutigkeit erwiesen hatte. Nun bemühte sich Moskau trotz der inzwischen erfolgten Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem sogar um offizielle Kontakte mit Bonn auf einer Basis gleicher diplomatischer Partnerschaft, die es in dieser ostensiblen Form noch nicht einmal seinen Pankower Satelliten zugestanden hatte.

Die Sowjets wählten einen psychologisch sehr geschickten Zeitpunkt, um ihre Pankower Gesinnungsfreunde zu beruhigen. Zunächst einmal sicherten sie sich für das sommerliche Treffen der Regierungschefs in Genf auch im übertragenen

Sinne das von ihnen für nötig gehaltene sonnige Propagandawetter und liessen sich daran von irgendwelchen Pankower Empfindlichkeiten nicht im mindesten stören. Dann brachten sie Anfang September die diplomatischen Beziehungen mit Bonn unter Dach und Fach. Kaum aber war dies geschehen, als sie, am 20. September 1955, mit der Sowjetzone ein Abkommen schlossen und diese als souveränen Staat anerkannten. Dadurch und durch die vorherige Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bonn schuf Moskau die Grundlagen für seine Zwei-Staaten-Theorie, an der es bis heute unentwegt festhält.

Die Ereignisse der Jahre 1956 und 1957 belehrten Moskau darüber, dass der auf dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleitete neue Kurs – mit dem Abbau des Stalinkultes und dem Phänomen des sogenannten «*liberalisierten Kommunismus*» – von sehr unterschiedlicher Wirkung war. Die Sowjetunion selbst erwies sich entgegen manchen Voraussagungen als hinreichend gefestigt, um dieses Experiment nicht nur gleichsam zu verdauen, sondern davon sogar auf eine fast atemberaubende Weise zu profitieren. Die industrielle Expansion machte in erstaunlich kurzer Zeit erhebliche Fortschritte. Der dadurch sichtbar gemachte empfindliche Mangel an Arbeitskräften führte zu einer, wenn auch vergleichsweise bescheidenen Verminderung des Mannschaftsbestandes der Roten Armee, vor allem aber zur Auflösung der Zwangsarbeitslager, die sich für die ökonomischen Bedürfnisse der Stalin-Ära brauchbar gezeigt hatten, sich aber nunmehr als Hemmschuh erwiesen. Die industrielle Planung wurde dezentralisiert; um die Landwirtschaft konkurrenzfähiger zu machen, schritt Chruschtschow ferner zum Ausverkauf der Maschinen-Traktoren-Stationen und damit zur Wiederherstellung zwar nicht des Privateigen-

tums, wohl aber des genossenschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln in einem bestimmten Sektor.

Ohne spürbare innere Erschütterung konnte die Ausbootung führender Politiker und Funktionäre wie Bulganins, Malenkows, Molotows und schliesslich Marschall Schukows gewagt werden, aber auch diese Ausbootung vollzog sich bekanntlich weit weniger grausam als ähnliche Säuberungsaktionen zu Lebzeiten Stalins. Im Oktober 1957 entsandte die Sowjetunion ihren Sputnik I ins Weltall, und ihre weiteren phänomenalen Erfolge auf diesem Gebiet bis zu den spektakulären Taten Gagarins und Titows beweisen, dass sie sich in der Raketentechnik bisher in einem unbezweifelbaren Vorsprung befindet. Die Liberalisierung oder, unmissverständlicher gesagt, die *«Pragmatisierung»* des Regimes hatte sich also für die Sowjetunion selbst politisch, psychologisch und hauptsächlich ökonomisch in jeder Weise bezahlt gemacht. Sie bestätigte gleichzeitig mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, dass der Kommunismus als Gesellschaftssystem und als neuerdings milder praktizierte Herrschaftsform innerhalb der Grenzender Sowjetunion kaum noch in Frage gestellt wird. Vielmehr sind es offenbar innerhalb des kommunistischen Systems selbst zwei Tendenzen, zwei Strömungen, die hinter den Kulissen um die entscheidende Macht und Geltung ringen: die Realisten, die sich längst daran gewöhnt haben, die *«Weltrevolution»* mit den Mitteln wirtschaftlicher Konkurrenz und jedenfalls auf eine sehr unideologische Weise voranzutreiben, und die Dogmatiker, die entgegen allen ökonomischen Zwangsläufigkeiten an der *«reinen Lehre»* festhalten und entscheidenden Wert darauf legen, dass die Sowjetunion innerhalb der kommunistischen Welt, hauptsächlich gegenüber Peking, ihren Nimbus bewahrt.



Ganz anders wirkte sich das Experiment des XX. Parteitages auf die europäischen Satellitenstaaten aus. Hier hatte sich der Kommunismus nicht kämpferisch und spontan gegen noch so viel Widerstände durchgesetzt, wie unter Lenin in Russland oder 1949 in China, sondern war mit Gewalt von aussen eingeführt worden. Die Loslösungsbestrebungen von Moskau in Polen im Oktober 1956 und die gleichzeitige ungarische Revolution klärten die ganze Welt darüber auf, wie verhasst der Kommunismus Moskauer Provenienz nach wie vor in Osteuropa war. In der Sowjetzone wiederholte sich zwar der 17. Juni nicht, aber der stille Widerstand der Bevölkerung und die fatalen Flüchtlingsziffern liessen Moskau nicht im Zweifel darüber, was aus diesem Vorposten seines Machtbereiches werden würde, sobald er einmal tatsächlich die aussenpolitische Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit praktizieren könnte, wie sie ihm die Sowjets im September 1955 auf dem Papier in aller Form zugestanden.

Die Aufstandsversuche des Jahres 1956 in den verschiedensten Satellitenländern stellten Moskau vor die Alternative, entweder die «*Verkündung*» des XX. Parteitages auf jedes Risiko hin auf seine ganze Machtsphäre auszudehnen oder allen nunmehr virulent gewordenen Entwicklungstendenzen zu grösserer Freiheit und Unabhängigkeit mit brutaler Gewalt entgegenzutreten. Der 4. November 1956 erwies unmissverständlich, wie die Sowjets auf diese Alternative antworteten. Während sie sich aber in allen übrigen Satellitenstaaten trotz alledem den Luxus leisten durften, den Abbau des Stalinkultes wenigstens durch die Auswechslung gewisser Personen weiterhin zu dokumentieren, schied dieser Versuch für die Sowjetzone als westliche Peripherie des Ostblocks von vornherein aus. Ulbricht war und ist vielmehr einer der ganz wenigen alten Kommunisten, die bis jetzt jeden Kurswechsel, jede taktische

Schwankung, jede Säuberung überlebten. Andererseits wurde seit Jahren keine Abweichung, kein Versuch einer noch so bescheidenen eigenen Meinungsäusserung im ganzen kommunistischen Machtbereich, die Sowjetunion eingeschlossen, so unnachsichtig verfolgt und so hart bestraft wie in der Sowjetzone.

#### DIE LAGE IN DER ZONE

Um aber diese gefährdete Aussenposition zu sichern, musste man vor allem ökonomisch zu wesentlich anderen Methoden greifen als den bisher angewandten. Bis dahin hatte die Sowjetzone nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch gewissermassen in der Luft geschwebt. Ja, solange dies der Fall war, lag sogar die Vermutung nahe, dass Moskau ernsthaft mit ihrer Freigabe kokettierte, um durch diesen Preis die Eingliederung der Bundesrepublik in die freie Welt zu verhindern. Solange man sich in dieser Hoffnung wiegte, lohnten in der Zone keine Investitionen, die über das notwendige Minimum hinausgingen. Darum sicherte Moskau seine westliche Flanke während dieser Phase auch weniger ökonomisch und gesellschaftlich als militärisch. Wenn auch der Sozialisierungsprozess der Sowjetzone schon bald nach dem Kriege bei den grossen Industrien durch Gründung der Sowjet-AGs, der späteren «*Volks-eigenen Betriebe*», mit aller Konsequenz begonnen hatte, so wurde doch die kommunistische Gleichschaltung der mittleren und kleineren Betriebe, des Handwerks, des Handels und der Landwirtschaft zunächst eher lässig betrieben. Diese Entwicklung gipfelte schliesslich wenige Monate nach dem Tode Stalins in dem Aufstand vom 17. Juni 1953.

Seit diesem geschichtlichen Ereignis bis zu dem Augenblick, da Moskau seine endgültige Entscheidung über das künftige

Schicksal seiner europäischen Satelliten traf, von Mitte 1953 bis Ende 1956, musste sich das Zonenregime wohl oder übel der schwankenden und undurchsichtigen Haltung des Kreml anpassen. In dieser Epoche erging es daher der mitteleutschen Bevölkerung zwar noch nicht materiell, aber doch menschlich sehr viel erträglicher als je seit 1945. Das kam vornehmlich in der Erleichterung von Reisen in die Bundesrepublik zum Ausdruck. Der interzonale Zugverkehr verstärkte sich erheblich mit einer Anzahl anderer «*technischer Kontakte*». Millionen von Menschen aus der Sowjetzone konnten damals die Gelegenheit wahrnehmen, oft zum erstenmal seit Kriegsende Verwandten oder Bekannten in der Bundesrepublik einen Besuch abzustatten und aus diesem Anlass für einige Wochen die Luft der Freiheit zu atmen, ohne sich dieses Vergnügen schon vorher durch endlose bürokratische Schikanen, Formulare, Genehmigungen und Stempel vergällen lassen zu müssen und dann auch noch oft einen ablehnenden Bescheid zu erhalten. Schon im Jahre 1955 jedoch, mit letzter Konsequenz nach dem 4. November 1956 entschlossen sich die Sowjets, ihr mitteleutsches Faustpfand wesentlich fester an sich zu ketten als zuvor. Um dieses Ziel zu erreichen, galt es in erster Linie, den Lebensstandard der Sowjetzone zu heben, sie aber gleichzeitig enger mit dem sowjetischen Wirtschaftssystem zu verflechten, was sich nur durch eine ebenso systematische wie rücksichtslose Nivellierung des gesamten privaten Sektors erreichen liess. Die damit verbundenen Massnahmen dienten einerseits dazu, die Sowjetzone stärker in den Ostblock zu integrieren, andererseits die von der Bevölkerung sehnlich erstrebte Wiedervereinigung nun auch sachlich mehr und mehr zu erschweren.

Der durch das noch immer überaus unzulängliche Sozialprodukt in knapp zehn Jahren erneut entstandene Kaufkraftüber-

hang wurde durch eine Geldumtauschaktion im Oktober 1957, die praktisch einer zweiten Währungsreform gleichkam, erheblich beschnitten. Nur 300 Ostmark konnten die Sowjetzonenbewohner umtauschen, alle darüber hinausgehenden Summen mussten zwecks «*Überprüfung auf spekulative Herkunft*» einem Sonderkonto zugeführt werden. Ende Mai 1958 fiel endlich die seit Kriegsbeginn noch immer bestehende Rationierung der wichtigsten Lebensmittel. Die damit verbundenen Preiserhöhungen mussten den Arbeitnehmern, die noch in Privatbetrieben tätig waren, von deren Arbeitgebern in Form von Ausgleichszahlungen erstattet werden. Im Juli des gleichen Jahres verkündete die SED auf ihrem V. Parteitag in Ostberlin die weitere totale Umgestaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens der Sowjetzone «*im Sinne des Sozialismus*». Hand in Hand mit den Massnahmen zur Ankurbelung und gleichzeitig forcierten Kollektivierung der Wirtschaft ging eine empfindliche Einschränkung der primitivsten noch bestehenden *menschlichen* Freiheiten – von irgendeiner Form der *politischen* Freiheit konnte unter dem Ulbricht-Regime sowieso niemals die Rede sein. Hatte schon der Geldumtausch im Oktober 1957 unter anderem als willkommener Vorwand dafür gedient, die Grenzen der Sowjetzone wieder einmal vorübergehend zu sperren, so erschwerten das einige Monate später eingeführte, sogenannte «*Republikfluchtgesetz*» und die Zurückhaltung von Reisegenehmigungen der Zonenbevölkerung jede Möglichkeit eines legalen Grenzübertritts in die Bundesrepublik auf weite Sicht.

Die unmittelbaren Folgen dieser noch dazu verfassungswidrigen Tyrannei – denn die Verfassungsbestimmungen garantieren auch dem Bürger der «*DDR*» auf dem Papier Bewegungsfreiheit und Freizügigkeit – liessen denn auch nicht auf sich

warten. Der Reiseverkehr in die Bundesrepublik ging innerhalb eines Jahres, von 1957 bis 1958 um rund 75 Prozent zurück. Ähnlich zurückhaltend verfahren die Sowjetzonenbehörden im umgekehrten Falle mit Einreisegenehmigungen für westdeutsche Antragsteller zu Privatbesuchen in die Sowjetzone. Unablässig verschärfte Pankow ferner den Kampf gegen die Kirchen, die durch ihre Struktur die einzige Institution darstellen, in der sich der letzte Rest der moralischen Einheit aller Deutschen verkörpert.

Der «*Republikflucht*» direkt über die Zonengrenze wurde durch diese rigorosen Massnahmen tatsächlich ein Riegel vorgeschoben. Die Flüchtlingsbewegung aus der Sowjetzone war seit der Teilung Deutschlands nie zum Stillstand gekommen, doch hatte es einen gezeitenartigen Rhythmus gegeben, mit Ballungen an den verschiedenen zeitlichen und geographischen Schwerpunkten. Schon früher wurde erwähnt, dass in den ersten Jahren die grosse Mehrzahl aller Zonenflüchtlinge über die sogenannte «grüne Grenze» kam. Die Schaffung eines Niemandlandes mit Wachtürmen und schärfsten Kontrollen schnitt den direkten Übergang in seiner ganzen Breite ab und verwies die Flüchtlinge auf den Zwischenweg über Berlin. Die zeitweilige Normalisierung des Reiseverkehrs brachte es dagegen mit sich, dass für Bewohner der Sowjetzone, die sich in der Bundesrepublik niederzulassen wünschten, kein persönliches Risiko mehr gegeben war. Infolgedessen stieg die Zahl derer, die allein im offiziellen Notaufnahmeverfahren Anträge auf Anerkennung als politische Flüchtlinge stellten, von rund 184'000 im Jahre 1954 auf durchschnittlich rund 270'000 in den Jahren des relativ unbehinderten Reiseverkehrs von 1955 bis 1957, um 1958 auf 204'000 abzusinken. Seitdem mussten die Flüchtlinge wegen der spärlichen Ausgabe von Reise genehmigungen in die Bundesrepublik, bei der natürlich in der

Regel nur politisch absolut zuverlässige Elemente überhaupt noch eine Chance hatten, wieder grösstenteils den Weg über Berlin benutzen.

## DAS ULTIMATUM

Von der Entwicklung der Massenabwanderung aus der Sowjetzone, von den wechselnden Motiven der Flüchtlinge und den soziologischen Konsequenzen dieses einzigartigen Phänomens auf die innere Struktur, die Wirtschaft, das Prestige, kurz, auf die nackten Lebensmöglichkeiten des kommunistischen deutschen Teilstaates wird in einem anderen Zusammenhang, vor allem bei der Behandlung der völkerrechtswidrigen Massnahmen noch ausführlicher die Rede sein, die am 13. August 1961 zur hermetischen Abriegelung der Sektorengrenzen innerhalb Berlins führten. Zweifellos hat der bestürzende Bevölkerungsschwund in der Sowjetzone wie kein anderer Umstand die Berlinkrise von 1960/61 inspiriert, aber wohl kaum schon ausschliesslich für das Sowjet-Ultimatum vom 27. November 1958 verantwortlich gezeichnet, wenigstens nicht aus Moskauer Sicht. Näherliegend ist vielmehr folgende Deutung: Ulbricht, der das Ultimatum durch vielfache Bittgänge nach Moskau und dringende Vorstellungen im Kreml gleichsam erpresst haben dürfte, war sich offensichtlich schon 1958 über die Unvereinbarkeit einer Fortdauer des Viermächtestatus der deutschen Hauptstadt und der Konsolidierung des Zonenregimes in dem von ihm gewünschten Sinne im klaren. Chruschtschow hingegen ging es zu jenem Zeitpunkt wahrscheinlich zunächst um ganz andere Dinge: er nannte die Umwandlung des Berliner Status zwar als unmittelbares und noch dazu kurzfristiges Ziel, trachtete aber in Wirklichkeit nach einer Reaktivierung der Gipfeldiplomatie und entsprechender globaler Konferenzen im Zeichen seiner

mittlerweile errungenen Alleinherrschaft, nachdem er sich seines Rivalen Bulganin innerhalb der Sowjethierarchie erfolgreich entledigt hatte. Ulbricht, durch die Not der Umstände in seiner politischen Umgebung genötigt, strebte von vornherein den kürzesten Weg zum Ziel an, während Chruschtschow sicherlich alle möglichen dialektischen Umwege vorgezogen hätte. In dem Tauziehen der beiden Weltblöcke um Deutschland und insbesondere um Berlin haben beide Seiten folgenschwere und verhängnisvolle Fehler begangen, die dann im Verlauf der nächsten Jahre schliesslich eine Zuspitzung der Lage herbeiführten, wie sie wohl selber manchen Drahtziehern im Kreml unerwünscht war: Chruschtschow dadurch, dass er mit den Berlin-Forderungen seiner Note ursprünglich einen Versuchsballon steigen liess, dem er leichtfertigerweise sofort einen ultimativen Charakter verlieh. Insofern beraubte er sich vom ersten Tage an der Handlungs- und Bewegungsfreiheit, sein missglücktes Überrumpelungsmanöver irgendwann wieder unversehens und ohne Schaden für das weltpolitische Prestige der Sowjetunion rückgängig zu machen. Er unterlag dabei der Selbsttäuschung, das politische und moralische Gewicht, das der Westen seinen Rechtspositionen in Berlin nach wie vor beimass, gröblich zu unterschätzen.

Aber auch die westlichen Reaktionen in den Spätherbsttagen des Jahres 1958 sind mit einer schweren geschichtlichen Verantwortung belastet. In ihrer Verwirrung über die unerwartete Provozierung einer neuen weltpolitischen Krise mit potentiell friedensgefährdenden Aspekten liessen sich die Westmächte trotz aller prinzipiellen Festigkeit in der Berlinfrage selbst von Anfang an viel zu stark auf den von Chruschtschow suggerierten Diskussionsgegenstand festnageln. Mit ihrer Note vom 27.

November 1958 hatte die Sowjetunion sinngemäss an den Londoner Vereinbarungen der drei damaligen Siegermächte (Sowjetunion, USA und Grossbritannien) vom September und November 1944 gerüttelt, in denen ein für allemal der Verlauf der späteren Demarkationslinien zwischen den einzelnen Besatzungszonen und die Errichtung eines gemeinsam zu verwaltenden Sondergebiets Gross-Berlin vorgesehen worden war. Wenn man sich also schon um die Jahreswende 1958/59 überhaupt zu neuen Verhandlungen bereit erklärte, stand damit der Gesamthalt der Londoner Vereinbarungen erneut zur Debatte: damit selbstverständlich auch der künftige Status des gesamten Westteils der heutigen Sowjetzone – bestehend aus Teilen des früheren Landes Mecklenburg, der gesamten früheren preussischen Provinz Sachsen-Anhalt, des früheren Landes Thüringen und aus mindestens zwei Dritteln des früheren Landes Sachsen –, der den Engländern und Amerikanern vor der bedingungslosen Kapitulation als Kriegsbeute zugefallen war und den sie ihrerseits in strenger Vertragserfüllung zugunsten der Sowjettruppen geräumt hatten, bevor sie überhaupt ihre Sektoren in Berlin besetzten. Ja, die Westmächte hätten 1958 in ihrer politischen Gegenrechnung noch sehr viel weiter gehen können; nichts wäre naheliegender gewesen, als unter den von Chruschtschow so einseitig herausgeforderten Umständen erneute Verhandlungen über den politischen Status ganz Osteuropas zu verlangen. So blieb es der Sowjetunion überlassen, durch ihre Note vom 27. November 1958 die vielfach noch unkundige Welt ausschliesslich mit dem Gegenstand ihrer besonderen «Unruhe» zu konfrontieren, eine Chance, die sie inzwischen nach den Rezepten ihrer Propaganda weidlich zu nutzen verstand. Der Westen beschränkte sich dagegen auf die Feststellung, die deutsche Hauptstadt sei unter den Auspizien des Viermächtestatus keineswegs ein Un-



ruheherd, unterliess es aber, mit der gebotenen Deutlichkeit auf andere effektive Unruheherde hinzuweisen und diese in aller Form in künftige Verhandlungen mit einzubeziehen.

Wenn hier von einem «*Unruheherd*» die Rede ist, dann liegt die Frage nahe, warum Chruschtschow unter dem Drängen seines Satelliten Ulbricht ausgerechnet im November 1958 Westberlin als einen solchen entdeckte. Warum griff Moskau abermals nach dieser Stadt, an der es sich genau zehn Jahre zuvor während der Blockade bereits die Zähne ausgebissen hatte? Ausserdem waren im November 1958 mehr als drei Jahre verflossen, seitdem die Sowjets in ihrer Deutschlandpolitik die Zwei-Staaten-Theorie verfochten und das Zonenregime nach ihrer Lesart als souveränen Partner anerkannten. In allen Erklärungen, Vereinbarungen und Noten, die zwischen 1955 und 1958 zwischen Moskau und Pankow ausgetauscht wurden, machte Moskau ausdrücklich stets den Vorbehalt, irgendwelche Souveränitätsrechte Pankows erstreckten sich nicht auf Berlin und den dort geltenden Viermächtestatus. Bei aller Bereitschaft, dessen Bestimmungen allmählich eintrocknen bzw. einfrieren zu lassen, bekannten sich die Sowjets doch in allen Fällen, die eine praktische Entscheidung notwendig machten, wenn auch noch so unauffällig und widerstrebend, zu ihren aus dem Viermächtestatus resultierenden Verpflichtungen. Warum also diese plötzliche Änderung und was hatte sie verursacht?

Natürlich war die Existenz Berlins als eines Vorpostens der freien Welt dem Weltkommunismus immer als ein lästiger Pfahl im Fleische seiner Macht erschienen. Dieser Pfahl schmerzte aber den davon betroffenen Organismus solange nicht sonderlich, als die Menschen in Berlin eben nur «*frei*» waren. Das, was der Berliner Bevölkerung, hauptsächlich na-

türlich in den westlichen Stadtbezirken, als ihr höchstes Gut erschien, betrachteten die Kommunisten, der Rangordnung ihrer Weltanschauung gemäss, als ein reichlich unwichtiges, wenn nicht illusionäres Attribut. Das Bild änderte sich auch aus ihrer Sicht erst dann gründlich, als sich die politische Freiheit der Westberliner allmählich auf den Lebensstandard auszuwirken und schliesslich in wirtschaftlichen Wohlstand zu verwandeln begann. Davon konnte in den ersten Jahren nach der Blockade, etwa bis 1952 einschliesslich, wie schon mehrfach erwähnt, noch nicht die Rede sein. In den dann folgenden drei Jahren aber machten sich die Symptome einer allgemeinen Erholung immer mehr geltend, und etwa mit dem Jahre 1955 begann auch äusserlich sichtbar die sprunghafte Entwicklung, die im vorigen Kapitel ausführlicher beschrieben wurde. Im Jahre 1958 schliesslich war Westberlin längst nicht mehr die im Dunkel des Blockadewinters liegende Festung, deren tapferer Selbstbehauptungswille zwar überall Respekt und Bewunderung weckte, die aber sonst wenig Anziehendes aufwies. Es war aber auch nicht mehr ausschliesslich jene Frontstadt der Freiheit, die in den ersten Jahren nach der Blockade mühselig und unter fast hoffnungslosen Voraussetzungen um ihre wirtschaftlichen Lebensgrundlagen ringen musste. Es war eine unaufhaltsam werdende moderne Weltstadt, noch dazu durch einen Beschluss des Bundestages vom Januar 1957 in aller Form wiederum als deutsche Hauptstadt deklariert. Um sie gruppierte sich nicht allein immer eindeutiger die nationale Sehnsucht aller Deutschen, die die willkürliche Spaltung ihres Vaterlandes nicht anerkennen wollten, sondern sie wurde in zunehmendem Masse auch wieder zu einem Schauplatz internationaler Gastlichkeit und Weltoffenheit, zu einem leistungsfähigen Industrie- und Handelszen-

trum, das im Westen wie im Osten immer stärker die Aufmerksamkeit auf sich lenkte.

Solange das schon unmittelbar nach der Währungsreform einsetzende Wirtschaftswunder der Bundesrepublik den freien Teil der deutschen Hauptstadt relativ unberührt liess, hatte dieser seine Ausstrahlungskraft im wesentlichen nur auf journalistische Schlachtenbummler auswirken können. Als Fluchtweg für die Bewohner der Sowjetzone wurde Westberlin zunächst nur nach der Sperrung der Zonengrenzen in den Jahren 1952 und 1953, dann allerdings nach dem bereits erwähnten «*Republikfluchtgesetz*» und dem Zusammenschumpfen von Ausreisegenehmigungen aus der Zone in die Bundesrepublik ab 1957 wieder vordringlich interessant. Dank dem unaufhaltsamen wirtschaftlichen Aufschwung folgten nun aber den informationsbedürftigen Journalisten und Publizisten in immer dichteren Scharen auch Politiker, Diplomaten, Wirtschaftsführer, Geschäftsmänner und Kaufleute aus aller Herren Länder, von denen es sich kaum einer nehmen liess, die offenen Sektorengrenzen zu überschreiten, zwei Lebensordnungen und Wertauffassungen auf engstem Raum nebeneinander zu beobachten und daraus für das Ulbricht-Regime recht trostlose Vergleiche abzuleiten. Soweit sich dieser Besucherstrom vorwiegend in West-Ost-Richtung bewegte, konnte Moskau den daraus resultierenden Prestigeverlust noch ohne grosse Nachteile auf seinen Pankower Satelliten abwälzen. Jeder Anschauungsunterricht jedoch, der gleichsam in umgekehrter Richtung erfolgte, engagierte unweigerlich das Prestige des Weltkommunismus in dessen eigenem Machtbereich. Auch mancher Besucher aus den Ostblockstaaten, der sich in der «*Hauptstadt*» der DDR aufhielt, richtete von deren freudlosen und noch immer von Trümmern verunstalteten Strassen aus sehnsüchtige Blicke auf die immer eindrucksvol-

leren Konturen jenseits der Sektorengrenzen und auf das pulsende, freudige und unbekümmerte Leben, das dahinter so spürbar zu brodeln und zu weben begann. Sofern sich das irgend unauffällig bewerkstelligen liess, überschritten auch offizielle oder halboffizielle Gäste aus dem Ostblock die Grenze zu jener anderen Welt, um dann in ihrem Heimatland halb widerwillig, halb fasziniert wenigstens in einem vertrauten Kreis von der vielfach verleumdeten und doch so imponierenden Wirklichkeit zu erzählen. Auch von solchen Ärgernissen wird Ulbricht seinem mächtigeren Gesinnungsfreund im Kreml genugsam, und sogar nicht ohne Schadenfreude, in den Monaten und Jahren vor dem Sowjet-Ultimatum berichtet haben.

Natürlich wäre der enorme wirtschaftliche Aufschwung Westberlins ohne dessen enge Verflechtung mit der Bundesrepublik undenkbar gewesen. Alle noch so unmissverständlichen administrativen und politischen Konsequenzen dieser Verflechtung wurden in den ersten Jahren sowohl von Moskau wie von Pankow widerspruchslos hingenommen. Der weltgeschichtlichen Kuriosität halber sei darauf hingewiesen, dass schon bald nach Begründung der Bundesrepublik die erste Initiative, möglichst viele Parlamentssitzungen nach Berlin zu verlegen, ausgerechnet von den westdeutschen Kommunisten ausging, die in dem 1949 gewählten Bundestag noch mit 15 Abgeordneten vertreten waren und ganz sicher nichts unternahmen, was dem «*grossen Bruder*» nicht genehm gewesen wäre. Aber auch unabhängig davon rief die Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin, rief die hier durchgeführte Bundesversammlung zur Wiederwahl von Professor Heuss im Juli 1954, riefen die regelmässigen Sitzungen von Bundestag und Bundesrat zwischen 1955 und 1958 in der deutschen Hauptstadt nicht den geringsten Protest Moskaus oder Pankows her-

vor. Seit Ende 1958 hält jedoch der Weltkommunismus hartnäckig an der Forderung fest, Westberlin um jeden Preis von der Bundesrepublik zu trennen und erklärt die Existenz von Bundesbehörden, ja, auch nur den vorübergehenden Aufenthalt von Staatsmännern und Parlamentariern aus der Bundesrepublik für *«illegal»* und akut friedensgefährdend.

Auch für diesen zunächst unbegreiflich anmutenden radikalen Kurswechsel gibt es aus kommunistischer Sicht einleuchtende Rechtfertigungsgründe, die wiederum aufs engste mit Chruschtschows Zwei-Staaten-Theorie über Deutschland zusammenhängen. In Moskau dürfte man sich nie irgendwelchen Illusionen darüber hingeeben haben, dass man insgeheim in Warschau wie in Prag und den anderen Hauptstädten des Ostblocks seit 1949 sehr genau wusste, welcher Teil Deutschlands trotz aller Propagandafanfaren als das eigentliche Deutschland zu betrachten sei. Solange die Sowjets noch hoffen durften, eines Tages das ganze Deutschland durch Ausklammerung der Bundesrepublik aus dem westlichen Verteidigungssystem wenigstens unter ihre indirekte Botmässigkeit zu bringen, mochte ihnen die Betonung der Hauptstadtfunktion Berlins auch auf westdeutscher Seite nicht unwillkommen erscheinen. Der Schock, den das Wiederauftauchen bewaffneter deutscher Streitkräfte im nichtkommunistischen Machtbereich in ganz Osteuropa auslöste, wurde von Moskau wie von Pankow in einem raffinierten Zusammenspiel ausgenutzt. Der Alptraum vom westdeutschen Militarismus und Revanchismus, der in den osteuropäischen Staaten infolge der bitteren Kriegserfahrungen bis heute begreiflicherweise herumgeistert, wurde von Chruschtschow und Ulbricht bis zum heutigen Tage zu einem Propagandaschlager ohnegleichen aktualisiert und erfolgreich verwertet. Um die Notwendigkeit der Existenz seines eigenen Regimes vor Deutschlands noch im-

mer misstrauischen Nachbarn in Osteuropa hinlänglich zu begründen, malte Ulbricht mit Unterstützung Chruschtschows die Bundesrepublik seit Jahr und Tag in den schwärzesten Farben. Wenn aber, so folgerte man vermutlich in Pankow wie in Moskau, Westberlin praktisch ein Teil der Bundesrepublik war und blieb, so konnte diese Propaganda unter Umständen zu einem Bumerang werden. Auch ein überzeugter polnischer oder tschechischer Kommunist reagiert notgedrungen auf das Phänomen Deutschland in erster Linie nationalistisch, und wenn sich ein solcher polnischer oder tschechischer Kommunist in den letzten Jahren beispielsweise zufällig sowohl zu den Maikundgebungen des Ostsektors wie Westberlins verirrt hätte, so konnte er kaum einen Zweifel daran hegen, auf welcher Seite des Brandenburger Tors der traditionelle deutsche Militarismus in all seinen üblen Erscheinungsformen die Zeiten überlebt hatte. Nicht zuletzt darum mussten Moskau wie Pankow nunmehr alle Anstrengungen unternehmen, um tunlichst eine Lösung zu erzwingen, die Westberlin vor aller Welt von der politischen Ordnung der Bundesrepublik trennte. Denn die Behauptung wäre doch zu absurd gewesen, dass aus blossen Tarnungsgründen Bundesbehörden und Bundesorgane fortgesetzt und jahrelang ihren «angeborenen» militaristischen und revanchistischen Charakter, der doch angeblich in Bonn so hoffnungslos und unbelehrbar zutage trat, in *Berlin* hätten verbergen können.

So unerträglich aus allen diesen Gründen der Konkurrenzdruck Westberlins für das Ulbricht-Regime und damit für den Kommunismus überhaupt im Laufe der Jahre geworden war, rechneten die Sowjets und ihr Einbläser Ulbricht bei dem Ultimatum vom 27. November 1958 doch offenbar mit einem Faktor, dessen vermeintliche Wichtigkeit realistisch einzu-

schätzen man nicht unbedingt ein Jünger des historischen Materialismus zu sein braucht. Das sozial, kulturell und wirtschaftlich wieder aufblühende Westberlin war zwar für seine totalitären Rivalen zu einem Ärgernis erster Ordnung geworden, aber würde nicht die Zunahme an Wohlstand, Sicherheit und *^Bürgerlichkeit*» in einem Moment akuter Herausforderung für die Moral und Widerstandskraft der Betroffenen auch sehr negative Folgen haben? Während der Blockade zehn Jahre zuvor hatten die Berliner allen Stürmen getrotzt und alle Entbehrungen hingenommen, aber damals gab es im wörtlichsten Sinne kaum etwas zu verlieren, gab es politisch wie materiell kaum Vergleichsmöglichkeiten mit objektiv positiven oder auch nur tröstlicheren Zuständen. Inzwischen aber waren auch die Menschen in Berlin wieder an relativ normale Daseinsbedingungen gewohnt und empfanden es als immer selbstverständlicher, dass die Welt zu ihnen kam, um in ihren Mauern Tagungen und Kongresse abzuhalten und nicht zuletzt Devisen nach dort zu bringen. Durfte Berlin also unter diesen Umständen überhaupt noch als Schauplatz einer kollektiven politischen Bewährung geschweige denn eines düster-heroischen Abenteuers im Sinne der Blockade von einst angesehen werden? Würde die Stadt auch jetzt einer neuerlichen und noch dazu völlig überrumpelnden Belastungsprobe gewachsen sein oder würden sich nicht vielmehr sehr rasch allgemeine Zeichen von Nachgiebigkeit, ja, von Kapitulationsbereitschaft bemerkbar machen?

Aber selbst wenn eine Analyse mit solchen Tendenzen auf Berlin und seine Bewohner nicht zutreffen sollte: was konnte ihnen ihre etwaige Standhaftigkeit und Festigkeit nützen, wenn sie von der Bundesrepublik im Stich gelassen wurden? Chruschtschow und Ulbricht, die dem freien Teil Deutschlands in ihrer Propaganda eine geradezu fanatische Kriegsbe-

essenheit unterstellten, spekulierten tatsächlich auf das weitverbreitete Ruhebedürfnis, auf die Sättiertheit und Bequemlichkeit der Bundesbürger. Hatten sich diese nicht in ihrer grossen Mehrheit mit der Spaltung Deutschlands abgefunden, sogar ihre Geschäfte mit und aus dieser Spaltung gemacht und infolgedessen stillschweigend schon längst auf die Wiedervereinigung verzichtet? Was konnte ihnen daher ihr lästiger, isolierter, in seinen Verkehrs Verbindungen jederzeit zu gefährdender Vorposten Berlin auf die Dauer wert sein? Die objektiv trügerische Hoffnung, eine «*Lösung des Berlin-Problems*» in dem von Moskau gewünschten Sinne würde endlich Frieden und Entspannung im geteilten Europa garantieren, mochte subjektiv nichtsdestoweniger recht verlockend sein. Damit kamen aber auch die Westmächte, soweit sie ihre Rechtspositionen in Berlin nach wie vor als Prestigefaktor betrachteten, in eine schwierige Lage. Falls sich die Bundesrepublik nicht bereit zeigte, nach dem Ultimatum alle Kräfte für die deutsche Hauptstadt einzusetzen, mussten schliesslich auch ihre Verbündeten im Lager der NATO das elementare Interesse an Berlin verlieren, und damit wäre der Eiserne Vorhang endlich lückenlos dicht.

#### BERLINS ERSTE ANTWORT

Die erste eindeutige Antwort auf all diese Spekulationen erteilten die Berliner selbst schon genau zehn Tage nach dem Chruschtschow-Ultimatum bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 7. Dezember 1958. Trotz ungünstigen Wetters gaben von rund 1'758'000 Wahlberechtigten 1'632'000 ihre Stimme ab. Nur etwa 14'000 Stimmen waren ungültig. Damit ergab sich eine Wahlbeteiligung von 92,9 Prozent, ein Ergebnis, das alle früheren Plebiszite für die Freiheit am gleichen Ort in den Schatten stellte und wohl überhaupt in der Ge-



schichte demokratischer Wahlen einen Rekord bedeutete. Dabei bestand in Westberlin nicht die in der Bundesrepublik kurz zuvor eingeführte Möglichkeit der sogenannten «*Briefwahl*», die es dem stimmberechtigten Bürger gestattet, sich auch bei Abwesenheit, auf Reisen usw. an der Entscheidung zu beteiligen. Unter der Führung Willy Brandts errang die SPD mit rund 850'000 Stimmen (52,6 Prozent) einen überzeugenden Sieg, der sich nur mit der Blockadewahl zehn Jahre zuvor vergleichen liess. Ein ähnlicher Erfolg war der CDU beschieden, die rund 609'000 Stimmen (37,7 Prozent) erhielt. Die Neigung zum Zweiparteiensystem trat damit in Berlin besonders stark hervor und traf am schwersten die FDP, die von den rund 200'000 Stimmen, die sie 1954 erhalten hatte, nur 61'000 behaupten konnte und damit von 12,8 auf 3,8 Prozent zurückging. Da sie die Fünf-Prozent-Hürde, wie alle übrigen Parteien, nicht zu überwinden vermochte, blieb ihr erstmalig eine parlamentarische Vertretung im Abgeordnetenhaus versagt.

Am vernichtendsten fiel jedoch das Ergebnis für die SED aus, die ursprünglich mit dem Wahltermin bestimmte Hoffnungen verknüpft hatte. Mit nur 31'500 Stimmen hatte sie seit 1954 weitere 10'000 Wähler eingebüsst und war von 2,7 auf 1,9 Prozent gesunken. Das waren die wahrhaft kläglichen Früchte einer sehr kostspieligen und verbissenen Agitation in allen Bezirken, das war aber auch die Antwort der nach wie vor kompromisslos freiheitlich gesonnenen Bevölkerung an Chruschtschow und seine Drohungen. Das freie Berlin hatte die Chance des Wahltermins im Sinne einer blitzschnellen Reaktion wahrgenommen und damit gleichzeitig der Welt bekundet, dass auch der wachsende Wohlstand die politische Wachsamkeit und Entschlossenheit seiner Menschen in keiner Weise angekränkelt hatte.

Wohl noch nie war eine hiesige Wahlentscheidung von der internationalen Öffentlichkeit so stark beachtet worden, nicht einmal die Blockadewahl genau zehn Jahre zuvor. Damals hatte der bereits ein halbes Jahr währende Abwehrkampf der Bevölkerung, hatte ihre Teilnahme an grossen politischen Kundgebungen, hatte nicht zuletzt ihre sehr geringe Bereitschaft, auf die sowjetischen Verlockungen des Lebensmittelkarten- und Kohlenbezuges im Ostsektor einzugehen, gewisse Prognosen ermöglicht, wenn auch das Ergebnis schliesslich alle Erwartungen übertraf. Diesmal bestanden ja aber gerade einige Zweifel an den moralischen Auswirkungen von fast zehn «*Friedensjahren*» auf die Haltung der Berliner. Diese wurden durch den 7. Dezember 1958 in einer Weise widerlegt, dass es manchen die Sprache verschlug. Viele Menschen im Ausland, auf die die drohende Sprache des sowjetischen Ultimatums ihren Eindruck zunächst nicht verfehlt hatte und die im Stillen mit dem Gedanken liebäugelten, ob man nicht vielleicht wirklich für den Preis der erhofften künftigen Entspannung in Berlin gewisse Konzessionen machen könne, dürften nach dem 7. Dezember 1958 sich selber unwillkürlich und voller Beschämung die historischen Worte Ernst Reuters auf der Grosskundgebung vom 9. September 1948 wiederholt haben:

*«.. Es ist unmöglich, auf dem Rücken eines solchen tapferen, standhaften Volkes einen faulen Kompromiss zu schliessen ..»*

#### **REAKTIONEN IM WESTEN UND IN DER BUNDESREPUBLIK**

Das Wahlergebnis war nicht zuletzt eine grosse innere Ermütigung für den berufenen Sprecher Berlins, den politisch so erfolgreichen Regierenden Bürgermeister, der gleich danach den in Paris versammelten westlichen Aussenministern einen

Bericht über die Lage erstattete und ihnen versicherte, die Berliner würden auch allen künftigen Herausforderungen gewachsen sein und ihnen mit unerschütterlicher Haltung begegnen. Die Aussenminister der drei Westmächte, zu denen damals noch John Foster Dulles gehörte, bestätigten nach Abschluss ihrer Tagung nochmals die Entschlossenheit ihrer Regierungen, ihre Position und ihre Rechte im Hinblick auf Berlin zu wahren. Ähnlich liess sich am 16. Dezember 1958 der Ministerrat der NATO vernehmen: *«Der Rat erklärt, dass kein Staat das Recht besitzt, sich einseitig seiner internationalen Verpflichtungen zu entledigen. Er ist der Auffassung, dass die Aufkündigung der interalliierten Vereinbarungen über Berlin durch die Sowjetunion in keiner Weise die anderen Partner der Verträge der Rechte berauben kann, die ihnen durch die Verträge gegeben werden, oder die Sowjetunion aus ihren Verpflichtungen zu entlassen vermag. Er erklärt, dass solche Verhaltensweisen das gegenseitige Vertrauen zwischen den ‚Nationen‘ zerstören, das eines der Fundamente des Friedens ist.»*

Schon am 15. Januar 1959 stellte Willy Brandt dem Abgeordnetenhaus den neuen Senat vor. Die Bildung der Stadtregierung war diesmal besonders schnell und reibungslos erfolgt, weil sich die beiden grossen und vom Vertrauen stärkster Wählerschichten getragenen Parteien gerade im Zeichen der erneuten äusseren Bedrohung zur Fortsetzung ihrer sachlichen Zusammenarbeit entschlossen. Dem festen inneren Zusammenhalt der demokratischen Kräfte Berlins entsprach aber auch – und dies dürfte die empfindlichste akute Enttäuschung für Chruschtschow und Ulbricht gewesen sein – die spontane Solidarität der Bundesrepublik mit der deutschen Hauptstadt. In denkbar krassem Gegensatz zu allen teils schadenfrohen, teils sorgenvollen Erwartungen liessen eine Reihe wichtiger,

wirksamer und kurzfristiger Hilfsmassnahmen den Geist des «*Nun erst recht!*» erkennen. Die Bundesgarantien für Lieferungen aus Westberlin wurden um 20 Prozent erhöht, die an sich um diese Zeit auslaufenden Steuerpräferenzen für Westberlin um einige Jahre verlängert. Für die Verstärkung der Investitionsmöglichkeiten, für zusätzliche Aufträge und nicht zuletzt für die Beschleunigung von Aufträgen an die Westberliner Wirtschaft, soweit solche erst für einen späteren Zeitpunkt geplant waren, stellte der Bund eine hohe Summe zur Verfügung. Bundespost und Bundesbahn als grösste Institutionen der öffentlichen Wirtschaft gingen insofern mit gutem Beispiel voran, als sie ihrerseits sehr umfassende und grosszügige Aufträge in die deutsche Hauptstadt vergaben.

Ohne Schwanken und Vorbehalte folgte auch die private Wirtschaft in der Bundesrepublik, deren Spitzenverbände schon um die Jahreswende 1958/59 mit dem Regierenden Bürgermeister in Altena in Westfalen zusammentrafen, um die geeigneten Massnahmen zu erörtern. Vor allem der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Berg, bewährte bei dieser Gelegenheit wieder einmal in besonderem Masse seine Aufgeschlossenheit für die Sache Berlins. Insofern trat genau das, was die Urheber des Sowjet-Ultimeatums erwartet und beabsichtigt hatten, nicht ein, weil sie Faktoren übersehen oder unterschätzt hatten, die sich in Entscheidungssituationen dem blinden Automatismus der Dinge mit elementarer Kraft zu widersetzen pflegen. Aus der politischen Herausforderung ging die Berliner Wirtschaft nicht geschwächt, sondern wesentlich gestärkt hervor. Im Gegenteil, wo es bislang noch an einer Initialzündung fehlte, wurde sie von jener Kraft, die stets das Böse will, aber manchmal eben auch das Gute schafft, rascher bewirkt als vorausgesehen. Das machte sich im Verlauf des

Jahres 1959, wie nie zuvor seit Beendigung der Blockade, in einer Entlastung des Berliner Arbeitsmarktes bemerkbar: die Arbeitslosigkeit erreichte im Sommer mit nur 36'000 einen noch nicht verzeichneten Tiefstand.

Darüber hinaus hatte das Sowjet-Ultimatum unabhängig von den offiziellen Reaktionen der Regierung, des Parlaments, der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften und der Parteien in weitesten Schichten der Bevölkerung der Bundesrepublik erstmalig seit vielen Jahren eine kräftige Belebung verschüttet oder verdrängten nationalen Bewusstseins bewirkt. Eine monatelang durchgeführte Aktion des Kuratoriums *«Unteilbares Deutschland»* – erst wenige Jahre zuvor auf überparteilicher Grundlage zur Pflege des gesamtdeutschen Gedankens konstituiert – fand eine unerwartete, geradezu erstaunliche Resonanz. Unter der Devise *«Macht das Tor auf»* wurden in allen Ländern der Bundesrepublik, zumeist von Jugendlichen, kleine Ansteckabzeichen mit der Silhouette des Brandenburger Tors verkauft. Die Tatsache, dass rund 13 Millionen Stück abgesetzt wurden, bewies eindeutig, dass sich kaum ein Haushalt der Bundesrepublik der Aufforderung versagte, ein solches Abzeichen zu erwerben. Es wurde sogar in den Wochen und Monaten, in denen die ursprüngliche Terminbefristung des Sowjet-Ultimatums einen effektiven Schlag gegen die Freiheit Berlins vermuten liess, demonstrativ von Millionen am Rockaufschlag getragen.

#### **DIE WELT SIEHT DIE WAHRHEIT**

Als eine eminent bedeutsame, wenn auch für den Kommunismus höchst unerwünschte Folge seines offensiven und vertragswidrigen Berlin-Vorstosses sollte sich ferner der Entschluss der Bundesregierung erweisen, im Einvernehmen mit

dem Berliner Senat den schon längst fälligen Informationsfeldzug zu führen. Was die deutsche Frage anbetraf, war die ganze Welt durch das Sowjet-Ultimatum plötzlich und unsanft genug aus ihrem Schlummer geweckt worden. Nun kam es darauf an, die Stunde zu nutzen und zu verhindern, dass sich die Welt sowohl allzu rasch wieder beruhigte oder von den wirklichen Aspekten der deutschen Situation falsche Vorstellungen bekam. In ihrer verständlichen Abneigung gegen alle Methoden grobschlächtiger *Propaganda* pflegen demokratische Regime ganz allgemein normalerweise auch die Aufgaben der *Information* zu vernachlässigen, in der allzu naiven Erwartung, die Wahrheit wirke allein durch sich selbst und eine gute Sache sei stets und überall als solche zu erkennen. Hierzu aber ist unsere Erde trotz aller technischen Kommunikationsmittel noch immer zu gross, und vor allem kann der unmittelbare Anschauungsunterricht niemals durch noch so eindringliche theoretische Belehrung ersetzt werden. So wenig wir bis heute trotz unserer unweit grösseren Voraussetzungen von den innersten Existenzfragen gerade der jungen Entwicklungsnationen wissen, so wenig dürfen wir erwarten, dass sie unseren Sorgen Verständnis und Sympathie entgegenbringen, solange nicht möglichst viele ihrer berufenen Vertreter diese Sorgen und Nöte mit eigenen Augen erlebt und zur Kenntnis genommen haben.

Die ebenfalls um die Jahreswende 1958/59 von Bonn beschlossene «*Berlin-Aktion*» führte innerhalb weniger Monate fast tausend Politiker, Regierungsbeamte, Wirtschaftsexperten, vor allem aber Journalisten aus insgesamt 57 nichtkommunistischen Ländern zu einem Besuch nach Deutschland, wobei ein mehrtägiger Aufenthalt in Berlin den Löwenanteil der Zeit beanspruchte. Sie alle folgten der Einladung einer rasch improvisierten Besucherorganisation, die ihnen insbe-

sondere in der deutschen Hauptstadt selbst einen Einblick in die antagonistischen Wirklichkeiten diesseits und jenseits des Brandenburger Tors gab. Bis zur Schliessung der Sektorengrenze im August 1961 ist übrigens dieser Gästestrom niemals abgerissen, und es ist zu hoffen, dass die unmenschliche Mauer, die heute beide Teile Berlins trennt, auch künftig durch ihr blosses erschütterndes Vorhandensein die tiefen Eindrücke weitergibt, die sich durch die Anschaulichkeit des tatsächlichen Vergleichs vorerst nicht mehr vermitteln lassen. Solche Eindrücke sind natürlich vornehmlich für die Besucher aus den meisten Entwicklungsländern, die für theoretische und prinzipielle demokratische Argumente nicht ohne weiteres zugänglich sind, von grösster Bedeutung. Ihre Länder sind noch mehr oder minder autoritär orientiert, misstrauen sogar aus traditionellem Instinkt den klassischen Lebensformen der Völker, die für ihre öffentliche Meinung weiterhin als Repräsentanten des früheren Kolonialimperialismus gelten und sympathisieren andererseits mit dem Kommunismus, soweit sie bisher nur dessen ökonomische Fassade von Ferne und allenfalls seine wohlklingende Propaganda aus der Nähe kennengelernt haben, ohne in der Regel von seiner politischen Praxis mehr als äusserst unklare Vorstellungen zu besitzen. Insofern hat der seit Anfang 1959 laufende Informationsfeldzug gerade durch die Kontakte mit Vertretern der Entwicklungsländer nicht nur Berlin und der deutschen Sache gedient, sondern vielleicht für den ganzen Westen eine Aufgabe von unschätzbbarer Bedeutung erfüllt.

Für viele Asiaten und Afrikaner, die in den letzten Jahren den freien Teil Deutschlands besuchten, wurde das Berlin-Erlebnis zu einem Tag von Damaskus. Mit naiver Verwunderung, vielfach auch mit ehrlicher Erschütterung nahmen sie in Berlin oft zum erstenmal zur Kenntnis, dass der Kommunismus

nicht nur als Wirtschaftswunder zu betrachten ist, sondern auch eine derart totalitär-antihumane Seite hat, dass die noch so verständlichen Ressentiments der Farbigen gegen ihre Kolonialherren von einst unwillkürlich vor dieser harten und überall greifbaren Realität verblassten. Die Vertreter solcher Länder, die selber ein Flüchtlingsproblem in seiner ganzen Not kennengelernt hatten, wie etwa Pakistan, Vietnam oder der Nahe Osten, waren besonders beeindruckt von den Gesprächen mit deutschen Flüchtlingen aus der Sowjetzone, denen sie in Berlin begegneten und mit denen sie sich über die Gründe unterhielten, die sie zur plötzlichen Aufgabe ihrer Heimat und ihres Besitzes bewogen. Die Vertreter jener Völker, die sich erst vor kurzer Zeit ihre nationale Unabhängigkeit erkämpft hatten, machten aus ihrer Solidarität mit einem Lande keinen Hehl, dessen nationale Einheit durch sinnlose und unberechenbare Kriegsfolgen zerrissen worden war und von dessen Bevölkerung 17 Millionen Menschen kein Recht und keine Möglichkeit, ja nicht einmal die Aussicht einer Möglichkeit hatten, sich mit ihren Landsleuten in Freiheit wiederzuvereinigen.

Die damals noch möglichen Rundfahrten und Besichtigungen in beiden Teilen der Stadt überzeugten die ausländischen Besucher, was einerseits freie Menschen für sich selber zu leisten vermögen und wie freudlos und deprimierend es andererseits dort aussah, wo politische Ideologien, wirklichkeitsfremde Wirtschaftspläne und sonstige Unterdrückungen aller Art die davon Betroffenen systematisch daran hinderten, ihr eigenes Leben zu leben und nach ihren individuellen Wertgefühlen und Glaubensinhalten zu gestalten. Unterstützt wurde der praktische Anschauungsunterricht, den Berlin seinen Gästen zu vermitteln wusste, seit März 1959 vornehmlich für die



Asiaten durch die brutale Niederschlagung des Aufstandes der Bevölkerung Tibets durch rotchinesische Truppen. Viele versicherten nachdrücklich, in dieser Zeit und an diesem Ort sei ihnen zum erstenmal aufgegangen, was sich hinter der verbindlichen Maske des Kommunismus an Unmenschlichkeit und Barbarei verberge.

Im Rahmen dieses Informationsfeldzuges kamen aber nicht nur zahllose auswärtige Besucher nach Berlin, sondern es fuhr auch eine Anzahl politischer Missionare für die Sache Berlins ins Ausland, um dort nach Kräften die Wahrheit zu verbreiten und die abgeschmackte Lügenpropaganda der anderen Seite gebührend zurückzudrängen. Der prominenteste dieser Missionare war der Regierende Bürgermeister Berlins, der Anfang Februar 1959 eine mehrwöchige Reise nach Kanada, in die Vereinigten Staaten und von dort aus in zahlreiche Länder Asiens antrat, wo er unter anderem eine bedeutsame Begegnung mit dem indischen Ministerpräsidenten Nehru hatte. Es folgten Staatsbesuche in den skandinavischen Ländern, in den Niederlanden, Grossbritannien und Frankreich. Brandts Stellvertreter Franz Amrehn bereiste zu den gleichen Zwecken die Länder des Nahen Ostens, Italien, Griechenland, die Türkei wie die Schweiz, Österreich und Irland. Aber nicht nur die beiden Berliner Bürgermeister waren oft wochenlang unterwegs. Auch andere prominente Politiker, Publizisten und Schriftsteller reisten in jenen Tagen in ferne Länder und Kontinente, wobei auch Afrika und Lateinamerika nicht vernachlässigt wurden, um durch unzählige Vorträge, Filmvorführungen, Interviews und Besprechungen mit führenden Männern der Gaststaaten die Aufklärung über Berlin und das Deutschlandproblem tatkräftig zu fördern.

Insofern sah die Bilanz, die Chruschtschow Anfang 1959 im Hinblick auf die unmittelbaren Wirkungen seines Ultimatums ziehen konnte, sehr viel mehr negativ als positiv aus. Wohl

hatte seine Drohung in Berlin selbst gewisse Randerscheinungen von Nervosität erzeugt, aber auch das nur vorübergehend. So mehrte sich vor allem während der ursprünglichen Sechsmonats-Frist, die die Sowjetnote vom November 1958 setzte, die Anzahl der Umzüge von Westberlin ins Bundesgebiet, eine Tendenz, die allerdings vornehmlich bei älteren Menschen, Rentnern und Pensionären, in Erscheinung trat. Damit in Zusammenhang standen kurzfristige Abhebungen von Berliner Sparkonten, die jedoch ebenfalls nirgendwo auch nur annähernd zu panikartigen Symptomen ausarteten. Ansonsten hatte die erste unmittelbar gegen den Westen gerichtete kommunistische Offensive seit zehn Jahren überall nur wirksame Gegenmassnahmen ausgelöst, aber kaum eine weiche Stelle sichtbar werden lassen. Die Berliner selbst hatten mit unbeugsamer Entschlossenheit reagiert, die Bundesrepublik bewies so eindrucksvoll wie nie zuvor ihre politische, moralische und vor allem wirtschaftliche Solidarität mit der deutschen Hauptstadt, und die Westmächte erklärten, sie dächten nicht daran, von ihren Rechtspositionen in Berlin abzugehen. Darüber hinaus begegnete der von Bonn und Berlin gemeinsam geführte Informationsfeldzug dem Kommunismus zum erstenmal nachdrücklich und erfolgreich in zahlreichen Ländern, die er bis dahin ausschliesslich als Domäne seiner Propaganda betrachtete. Die schwerwiegenden Nachteile der Tatsache, dass sich die freie Welt in ihrer Reaktion auf das Berlin-Ultimatum auf noch so sinnreiche Abwehrmassnahmen beschränkte, also in der Defensive blieb, statt Moskau ihrerseits mit einer zielgerichteten Gegenoffensive zuzusetzen, wurden bereits in einem anderen Zusammenhang erwähnt.

## FRIEDENSVERTRAG ODER DIKTAT?

Indessen fühlte sich Chruschtschow von dieser zunächst recht negativen Bilanz keineswegs entmutigt, sondern tat vielmehr den zweiten Schritt bald nach dem ersten. Am 10. Januar 1959 veröffentlichte die Sowjetregierung einen vollständigen, aus 48 Artikeln bestehenden Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland – wonach gemäss Artikel 2 dieses Entwurfs *«bis zur Wiederherstellung Deutschlands in dieser oder jener Form unter dem Begriff ‚Deutschland‘ in dem vorliegenden Vertrag die beiden bestehenden deutschen Staaten – die ‚Deutsche Demokratische Republik‘ und die ‚Deutsche Bundesrepublik‘ – verstanden sein sollten»*. Dieser Entwurf, der freilich mehr einem Friedensdiktat als einem Friedensvertrag gleichkam, weil er alle der Sowjetunion erwünschten Bestimmungen à priori bereits enthielt – Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze, Verzicht auf Atomwaffen, praktische Neutralisierung Deutschlands durch Austritt der beiden deutschen Teilstaaten aus den bestehenden Bündnis- und Paktsystemen –, erwähnte in seinem Artikel 25 das der deutschen Hauptstadt zgedachte Schicksal nur summarisch: *«Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und der Bildung eines einheitlichen deutschen Staates erhält Westberlin die Stellung einer entmilitarisierten Freien Stadt auf der Grundlage ihres besonderen Statuts.»* Dafür war von Berlin in den Begleitnoten, die die Sowjetregierung mit dem Vertragsentwurf an die Westmächte wie an die Bundesrepublik richtete, umso mehr und umso polemischer die Rede. Wenn auch zunächst ohne Anspielung auf bestimmte Fristen und formal nicht sehr präzise, wurde doch schon damals in diesen Begleitnoten mit dem Zaunpfahl eines etwaigen Separatfriedens mit dem Ulbricht-Regime gewinkt: *«...Die Weigerung der Westmächte, mit der Sowjetunion in Verhandlungen über eine Normalisierung der*

*Situation in Berlin einzutreten, wird die Sowjetunion natürlich nicht dazu bewegen, auf halbem Wege zu dem Ziel stehenzubleiben, das das Leben selbst gesetzt hat und das eine stabile Lage und Ruhe im Zentrum Europas gewährleistet. Niemand kann die Sowjetunion davon abhalten, auf ihre Funktionen im Hinblick auf Berlin und seine Verbindungen mit Westdeutschland zu verzichten und die sich daraus ergebenden Probleme durch ein Abkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik zu regeln.»* Immer wieder hoben die Begleitnoten zu dem Vertragsentwurf auch die sowjetische Hypothese hervor, eine Wiedervereinigung Deutschlands falle nicht mehr in die Kompetenz der vier Mächte, sondern müsse von den beiden deutschen Staaten selbst bewirkt werden. In den Noten, die den Vertragsentwurf sowohl nach Bonn wie nach Pankow übermittelten, sprang ferner eine verräterische Diskrepanz ins Auge. Vor dem gleichlautenden Schlussabsatz aller Begleitnoten waren in den an die deutschen Empfänger gerichteten besondere Absätze eingefügt, in denen Moskau seiner Hoffnung Ausdruck gab, seine Vorschläge von beiden deutschen Regierungen unterstützt zu sehen. Jedoch ausschliesslich an die Adresse Pankows richtete sich folgender Passus: *«Die Sowjetregierung geht davon aus, dass der Friedensvertrag für die Deutsche Demokratische Republik eine Registrierung und eine völkerrechtliche Bestätigung dessen sein wird, was auf Grund der konsequenten Durchführung der Prinzipien des Potsdamer Abkommens bereits erreicht und errungen wurde.»*

Angesichts der weltpolitischen Bedeutung, die die sowjetischen Pläne, die ZerreiSSung Deutschlands für alle Ewigkeit zu versteinern, in der Zwischenzeit angenommen haben, lohnt es sich, einen Augenblick sowohl bei dieser letzten wie bei einigen anderen aufschlussreichen Feststellungen zu verweilen.

Die eigentlichen Absichten, die Moskau bereits Anfang des Jahres 1959 mit seinen *«Friedensplänen»* verfolgte, traten nirgends deutlicher hervor als in dieser *«freundschaftlichen»* Mitteilung an seine Pankower Marionetten. Offiziell war in dem Vertragsentwurf selbst immer wieder von einem hypothetischen Deutschland, von deutscher Konföderation und etwaiger Wiedervereinigung die Rede. Wer aber immer im Auge behielt, was die Sowjets unter *«konsequenter Durchführung des nach den Prinzipien des Potsdamer Abkommens Erreichten und Errungenen»* verstehen, konnte schon damals nicht im Zweifel darüber sein, was eine *«Registrierung und völkerrechtliche Bestätigung»* alles dessen in Wirklichkeit bedeuten würde: die Absage an jede mögliche Modifikation des Zonenregimes, die Absage an freie Wahlen und an jede Form der Selbstbestimmung für die 17 Millionen Deutscher in Ulbrichts Machtbereich.

Nicht minder aufschlussreich wirkte auch die Anspielung auf einen separaten Friedensvertrag mit Pankow. Niemand, um es noch einmal zu wiederholen, könne die Sowjetunion davon abhalten, *«auf ihre Funktionen im Hinblick auf Berlin und seine Verbindungen mit Westdeutschland zu verzichten und die sich daraus ergebenden Probleme durch ein Abkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik zu regeln»*. Damit gab Moskau, das in der gleichen Note den Westmächten praktisch jedes Recht in Berlin absprach, unmissverständlich zu verstehen, dass es selber für sich Rechte beanspruchte, auf die es keinesfalls verzichten wollte, um diese dann sinngemäss eines Tages auf das Ulbricht-Regime zu übertragen. Man sieht nachträglich, wie konsequent, methodisch und raffiniert zugleich die Sowjetunion nach einer offensichtlich im Herbst 1958 angestellten neuen Analyse der Lage auf ihr Ziel losmarschierte, wenn sie auch nach bewährtem Rezept Argumente

damals noch gleichsam in Watte verpackte, die heute längst mit tödlicher Schärfe auf das Herz des Weltfriedens zielen. Auch das gehört zum dialektischen Rezept, dass bei kommunistischen Verlautbarungen und «Anregungen» die ursprünglich gedämpfte Begleitmusik in der Regel wichtiger zu sein pflegt als die offiziellen Texte, die normalerweise mit soviel Fleiss studiert werden.

Den westlichen Partnern der Sowjetunion jedodi wie der Bundesrepublik schien mit Recht auch der offizielle Text ungeniessbar, und sie lehnten daher die Vorschläge Moskaus inhaltlich übereinstimmenden Noten vom 16. Februar 1959 nachdrücklich ab. Dafür erklärten sie ihre Bereitschaft, das Deutschlandproblem auf einer neuen Deutschlandkonferenz der vier Mächte zu erörtern mit der Anregung, «*deutsche Berater zu einer solchen Konferenz einzuladen und zu konsultieren*». Moskau antwortete am 2. März mit einem, wie üblich, recht umfangreichen Schriftstück, in dem es betonte, dass die Sowjetunion eine Gipfelkonferenz der Regierungschefs bei weitem vorzöge, aber auch mit einer Aussenministerkonferenz einverstanden sei, auf der neben den ehemaligen vier Besatzungsmächten auch Polen und die Tschechoslowakei wie die beiden deutschen Staaten vertreten sein sollten.

Die zunächst rätselhaft anmutenden Winkelzüge und Zick-Zack-Sprünge, die Chruschtschow in den folgenden Wochen und Monaten veranstaltete, werden geschichtlich nur verständlich, wenn man sich vor Augen hält, was er damals in naher Zukunft tatsächlich zu erreichen hoffte. Der ganze künstliche Lärm um den deutschen Friedensvertrag und um die angeblich «*anomale Lage in Berlin*» sollte zunächst lediglich von einem Nahziel ablenken, das der sowjetische Ministerpräsident sicher aus persönlichem Ehrgeiz, vielleicht aber auch zur Festigung seiner noch immer nicht stabilisierten in-

neren Macht sobald wie möglich zu erreichen hoffte: die Veranstaltung einer Gipfelkonferenz, auf der er erstmalig allein – und nicht mehr im Schatten Bulganins, wie 1955 in Genf – die Sowjetunion zu vertreten haben würde, und im Zusammenhang damit, vor oder nach dieser Konferenz, eine Einladung als erster sowjetischer Regierungschef in die Vereinigten Staaten. Zu diesem Zweck stimmte er schliesslich auch einer Aussenministerkonferenz zu, von der er im Voraus wusste, dass sie ihn politisch nichts kosten und ohne Resultat verlaufen würde. Moskau verstand sich auch ohne langes Widerstreben dazu, die in seiner Note vom 2. März im Falle einer Aussenministerkonferenz geforderte Beteiligung Polens und der Tschechoslowakei zurückzuziehen. Andererseits bestand es bis in die Vorphase der Genfer Konferenz hinein hartnäckig auf einer gleichberechtigten Partnerschaft beider Teile Deutschlands, um damit eine sich rasch bietende Gelegenheit zu nutzen, die schwache diplomatische Position Pankows aufzuwerten. Seine beiden Nahziele – Einladung in die Vereinigten Staaten und Verabredung einer Gipfelkonferenz für das Frühjahr 1960 – hat Chruschtschow tatsächlich erreicht. Dass ihm ein gutes Jahr später an der Gipfelkonferenz nichts mehr lag, ja, dass er diese mit einer in der Geschichte bisher beispiellosen Taktlosigkeit in die Luft sprengte, ist auf Gründe zurückzuführen, die später in ihrem eigentlichen Zusammenhang näher erläutert werden sollen.

Zwei Tage nach der Überreichung der Note vom 2. März in den westlichen Hauptstädten begab sich Chruschtschow zu einem Staatsbesuch in die Sowjetzone und fuhr zunächst zur Frühjahrsmesse nach Leipzig, um dort durch eine harte und drohende Rede die Situation erneut zu verschärfen. Auf einer grossen Kundgebung erklärte er zum erstenmal, die Sowjet-

union sei entschlossen, notfalls auch einen Separatfriedensvertrag mit dem Zonenregime abzuschliessen, wenn die Bundesrepublik bzw. die Westmächte auf die Moskauer Bedingungen nicht eingingen. Als ihn aber wenige Tage später in Ostberlin Ulbricht und Grotewohl wegen einer Präzisierung dieser für sie verheissungsvollen Ankündigung bestürmten, wies er sie ebenso eindeutig wie verächtlich ab: einen Termin für einen separaten Friedensvertrag zu bestimmen, sei ausschliesslich seine Sache, und er habe im Moment ganz andere Sorgen. In Ostberlin machte der sowjetische Regierungschef ferner die ersten halbverbindlichen Andeutungen, die ultimativ anmutende Halbjahresfrist der Note vom 27. November 1958 dürfe nicht allzu wörtlich genommen werden, die Hauptsache sei und bleibe, dass man über das damit angeschlagene Thema in «*vernünftige Verhandlungen*» eintrete. Auch auf einer Pressekonferenz vom 19. März, nach seiner Rückkehr, gab sich Chruschtschow in Moskau wieder einmal zu allgemeiner Verblüffung als der joviale, verständigungsbereite und friedliebende Staatsmann, der es mit der von ihm erfundenen Koexistenzparole durchaus ernst zu meinen schien. Zwar drohte er, um gleichsam sein anderes Gesicht zu wahren, auch bei dieser Gelegenheit mit der Möglichkeit eines separaten Friedensvertrages, schlug aber ansonsten vorwiegend milde und versöhnliche Töne an. Er beantwortete sogar die Frage eines Korrespondenten, ob er der Ansicht sei, dass die Westmächte Rechte und Pflichten in Westberlin hätten, ohne Umschweife positiv, wenn er auch die Bemerkung daranknüpfte, diese Rechte und Pflichten seien durch die Zeitereignisse überholt. Darum müsse man eben für Westberlin einen neuen Status finden. Da aber «*manchen rechtschaffenen Menschen, die eine friedliche Regelung mit Deutschland wollen, die Möglichkeit*



*einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Freien Stadt (Westberlin) aufrichtig Sorge macht, hielten und halten wir es für unsere Pflicht, diese Menschen zu beruhigen. Wir sind dafür, dass strikte Garantien für die Einhaltung des Status der Freien Stadt gegeben werden.»* Hierbei deutete Chruschtschow die Bereitschaft der Sowjetunion an, zur Garantie der «Freien Stadt» weiterhin ein symbolisches Kontingent ausländischer Truppen dort zu belassen, was er gewissermassen als ein grosses Opfer hinstellte, allerdings unter Teilnahme der Sowjetunion.

#### **DIPLOMATISCHER SOMMER AM GENFER SEE**

Im Gegensatz zum Westen stürzte sich Moskau für die von ihm ohnedies für praktisch überflüssig gehaltene Aussenministerkonferenz, die am 11. Mai 1959 in Genf zusammentrat, keineswegs in geistige Unkosten. Während der neue amerikanische Aussenminister Herter – der langjährige Chef des State Department, John Foster Dulles, war schon seit Monaten unheilbar erkrankt und starb am 24. Mai – einen sorgfältig ausgearbeiteten Stufenplan für die Wiedervereinigung Deutschlands vorlegte, würdigte der sowjetische Aussenminister Gromyko diesen Plan nicht einmal einer Diskussion, sondern begnügte sich mit dem Gegenvorschlag, den unveränderten Friedensvertragsentwurf vom 10. Januar wieder vorzulegen. Das gleiche Schicksal widerfuhr einem von den Westmächten vorgelegten Projekt für die Wiedervereinigung Berlins, das an die Londoner Vereinbarungen von 1944 anknüpfte, Wahlen für einen Verfassungsrat und Ausarbeitung einer Verfassung für ganz Berlin vorsah, die durch eine Volksabstimmung gebilligt werden müssten. Würde die Verfassung vom Volk bejaht, sollten die vier Mächte erklären, dass die Stadt in Überein-

stimmung mit diesem Dokument regiert werden würde und dass die Berliner Körperschaften lediglich gewisse Vorbehaltsrechte der vier Mächte, vor allem im Hinblick auf Abrüstung und Entmilitarisierung, zu respektieren hätten. Auch diese Ausarbeitung bezeichnete Gromyko als unannehmbar und erklärte, die Sowjetunion sei lediglich mit einer *«zeitweiligen Beibehaltung bestimmter Besatzungsrechte der Westmächte in Berlin einverstanden»*, aber nur unter der Voraussetzung, dass diese Regelung auf ein Jahr befristet würde. Aber auch diese Interims-Lösung sei nur möglich, wenn die Westmächte die Anzahl ihrer dortigen Streitkräfte und Waffen bis zum Stand symbolischer Kontingente reduzierten, sämtliche *«feindliche Propaganda gegen die DDR und andere sozialistische Länder»* eingestellt und alle Organisationen, die *«eine Spionage- und Wühl­tätigkeit gegen die DDR, die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten»* betrieben, aufgelöst würden. Schliesslich sollten sich die Westmächte verpflichten, in Westberlin keine atomaren und Raketenanlagen aufzustellen, eine Bedingung, die leicht zu erfüllen gewesen wäre, weil derartige Absichten ohnedies nicht bestanden. *«Falls die Westmächte oder die Regierung Westdeutschlands die Erzielung von koordinierten Beschlüssen in den Fragen des Abschlusses eines Friedensvertrages in der angegebenen Frist behindern werden, so wird die UdSSR neben den anderen interessierten Staaten, die gegen Deutschland kämpften, gezwungen sein, einen Friedensvertrag mit der DDR zu unterzeichnen»*

Damit drohte der Konferenzverlauf nach fünfwöchiger Verhandlungsdauer Mitte Juni eine gefährliche Wende zu nehmen. Auch die Westmächte reagierten jetzt mit einem Gefühl tiefer Enttäuschung und Entrüstung. Aussenminister Herter gab seinem Kollegen Gromyko zu verstehen, die Vertreter der Westmächte betrachteten die Entwicklung der Konferenz, die

nur noch «von *einem Tage auf den anderen weitergeführt werde*» als ernst. Nunmehr wichen die Sowjets plötzlich zurück. Am 19. Juni modifizierte Gromyko sein neues Berlin-Ultimatum in der Weise, die ursprünglich von ihm genannte Befristung der Rechte der westlichen Besatzungsmächte auf ein Jahr solle auf anderthalb Jahre ausgedehnt werden. Falls es in diesem Zeitraum zu keiner Friedensregelung mit Deutschland komme, sollten die vier Mächte die Erörterung der Berlin-Frage wieder aufnehmen. Damit war die von Moskau mutwillig konstruierte politische Bombe zunächst wieder einmal entschärft. Unter dem Eindruck der plötzlich aufgetauchten scheinbaren Kompromissbereitschaft der Sowjets schlugen die Westmächte eine Unterbrechung der Konferenz zur näheren Prüfung und Konsultation mit ihren Regierungen vor. Die letzte Phase der bisher zeitlich längsten internationalen Veranstaltung dieser Art – vom 13. Juli bis zum 5. August 1959 – versickerte mehr und mehr in private Gespräche der einzelnen Aussenminister fern vom eigentlichen Konferenzort, ohne dass eine eigentliche Verständigung erzielt und eine klare Lösung gefunden wurde. Das nichtssagende Schlusskommunique erwähnte lediglich, die Standpunkte beider Seiten «*über gewisse Punkte*» hätten sich angenähert und die voraufgegangenen Erörterungen würden für weitere Verhandlungen nützlich sein, «*welche erforderlich sind, um eine Einigung zu erzielen*». Vor allem standen die letzten Konferenztage im Schatten einer Neuigkeit, die dazu angetan schien, neue Hoffnungen auf ein allmähliches Auftauen der Fronten des Kalten Krieges zu begünstigen. Das schon wochenlang anhaltende Genfer Kulissengeflüster wurde am 3. August offiziell bestätigt: Präsident Eisenhower hatte den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow zu einem Staatsbesuch in die USA

eingeladen und seinen Gegenbesuch in absehbarer Zeit, womöglich noch im Spätherbst 1959, angekündigt.

Viele Menschen in aller Welt glaubten unter dem fast ewig blauen Himmel des Sommers 1959 aufrichtig daran, dass mit diesem praktisch resultatlosen Ergebnis der Aussenministerkonferenz ein hitziges und noch dazu gewissenlos angeschürtes internationales Streitproblem endgültig auf die lange Bank unbefristeter diplomatischer Erörterungen geschoben worden sei. Die beiden mächtigsten Staatsmänner würden sich durch wochenlangen menschlichen Kontakt sicherlich auch politisch näherkommen. Mochte man doch über Berlin und Deutschland verhandeln, eventuell jahrelang, die Hauptsache war, dass man im Gespräch blieb. Schliesslich konnte ja tatsächlich der Viermächtestatus in Berlin nicht ewig währen. Vielleicht hielt die Zukunft mit ihren unberechenbaren Ereignissen noch einen Kompromiss in ihrem Schoss, der sich augenblicklich noch nicht am Horizont zeigen wollte. Nach der zweifellos gewitterschwangeren Atmosphäre des Winters und Frühjahrs traten in jenen Tagen zu Beginn des August 1959 viele Menschen aufatmend ihren Urlaub an, in der festen Zuversicht, nicht durch irgendwelche düsteren Ereignisse und Zwischenfälle vorzeitig abgerufen zu werden.

#### **POLITISCHER SOMMER AN DER SPREE**

Nur an einem Ort der Welt teilten weder die Bevölkerung noch die Experten und Politiker das Gefühl allgemeiner Erleichterung, das der Aussenministerkonferenz folgte: in der deutschen Hauptstadt, und zwar in diesem Falle mit seltener Einmütigkeit, wenn auch aus grundverschiedenen Motiven, diesseits und jenseits des Brandenburger Tores. In Westberlin machte sich niemand Illusionen darüber, dass mit der zuneh-

menden Vernebelung der wirklichen Sachverhalte und der Taktik blossen Zeitgewinns das grundsätzliche Problem nicht gelöst werden könne. Wenn schon eine Veränderung des Status quo, dann durfte im Interesse der westlichen Sache der übermütige Provokateur nicht noch ermutigt werden, dann musste es sich um eine Verbesserung, nicht aber um eine Verschlechterung oder gar um einen chronischen Abbau dieses Status handeln. Der Beginn der Genfer Konferenz mit dem überaus positiven und vernünftigen westlichen Plan einer stufenweisen Wiedervereinigung Deutschlands oder wenigstens einer Überwindung der Spaltung Berlins hatte auch in der deutschen Hauptstadt flüchtige Hoffnungen geweckt, die sich jedoch nach der intransigenten Reaktion der Sowjets rasch wieder verflüchtigten und eher in Besorgnis und Unruhe umschlugen. Die Unsicherheit der Lage hinderte jedoch die Berliner keineswegs daran, bei grossen Massenkundgebungen, die praktisch Volksabstimmungen gleichkamen, der Welt ihren Willen klarzumachen und für die Erhaltung ihrer Lebensrechte zu demonstrieren. Unter der Parole *«Berlin bleibt frei»* versammelten sich am 1. Mai auf dem Platz der Republik nahe der Sektorengrenze rund 600'000 Menschen, um die ermutigenden Worte des Regierenden Bürgermeisters und des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, zu hören. *«Wir erklären in dieser Stunde als Berliner, stellvertretend für die Deutschen in Ost und West»*, so rief Willy Brandt den Versammelten zu, *«dass das Recht auf Selbstbestimmung auch für unser Volk gelten muss; dass die brutale Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Volkes . . . auf die Dauer unerträglich ist; dass ein separater Friedensvertrag zwischen Moskau und Pankow einer Annexion der Sowjetzone gleichkäme; dass es nicht im Sinne des Abbaus der Kolonialherrschaft in anderen Teilen der Welt sein kann,*

wenn sich inmitten Europas ein neuer Kolonialismus unter anderen Vorzeichen festsetzen würde.» Die Wiederkehr des Tages, an dem zehn Jahre zuvor die Blockade aufgehoben worden war, den 12. Mai 1959, benutzten die Berliner, um durch die Errichtung einer Stiftung *«Luftbrückendank»* ihre unzertrennliche Verbundenheit mit den Piloten der Luftbrücke zu bezeugen, die im Einsatz für die Freiheit und Existenzerhaltung der blockierten Westsektoren ihr Leben hatten lassen müssen. Mit der Stiftung sollten den Kindern der gefallenen Piloten entsprechende Erziehungs- und Ausbildungsmöglichkeiten eröffnet werden. Zur Feier dieses bedeutsamen Tages, zur Kranzniederlegung am Luftbrückendenkmal in Tempelhof und zu einer grossen Kundgebung in der Deutschlandhalle, luden die Berliner all die verantwortlichen Staatsmänner und Politiker der Westmächte ein, die damals eine führende Rolle gespielt hatten. Die meisten der Eingeladenen waren diesem Ruf gefolgt. Herzlicher und dankbarer Beifall begrüßte unter anderen den ehemaligen britischen Premierminister Clement Attlee und den ehemaligen französischen Aussenminister Robert Schuman, als sie in der Deutschlandhalle das Wort ergriffen. Die stürmischsten Kundgebungen, die sich zu minutenlangen Ovationen steigerten, galten jedoch verständlicherweise dem Manne, in dessen damals bewiesener stählerner Energie und Unerschrockenheit sich die Rettung Berlins vor Hunger und Terror am sinnfälligsten verkörperte: General Lucius D. Clay. Wenn General Clay im Mai 1959 wie schon neun Jahre zuvor bei der Überbringung der Freiheitsglocke seine unauflösliche Verbundenheit mit dem Schicksal Berlins bekundete, dann hat er, der heute wieder als *«Berliner unter Berlinern»* lebt und wirkt, durch die Tat bewiesen, dass auch in dieser Zeit der faulen Kompromisse, der künstlichen Panik-

made und des eleganten Ausweichens vor unerwünschten Gefahren ein wirklicher Mann durchaus fähig ist, das Wort einzulösen, das er sich selber und seinem Gewissen gegeben hat.

Auch am Nationalfeiertag, am 17. Juni, bewegte sich nach der Feierstunde vor dem Schöneberger Rathaus ein stummer, aber umso eindrucksvollerer Fackelzug von Hunderttausenden durch die nächtlichen Grossstadtstrassen zum Kreuzberg. Vierzehn Tage darauf, am 1. Juli 1959, erlebte die deutsche Hauptstadt einen weiteren politischen Höhepunkt, als am Funkturm, wie fünf Jahre zuvor, die Bundesversammlung zur Wahl des neuen Bundespräsidenten zusammentrat. Nur wenige Wochen zuvor hatte der bisherige Bundespräsident, Theodor Heuss, von dem inzwischen fertiggestellten Berliner Amtssitz des freigewählten deutschen Staatsoberhauptes, dem wiederaufgebauten Schloss Bellevue, Besitz ergriffen. Gegen die Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin schoss die sowjetzonale Presse ihre Propagandakanonen aus allen Rohren ab. Leider verfehlte die künstlich angestachelte Aufregung wegen der Anwesenheit von Bundesorganen in der deutschen Hauptstadt, gegen die sich in früheren Jahren, wie bereits erwähnt, weder auf sowjetischer noch auf sowjetzonaler Seite auch nur ein Sterbenswörtchen des Protestes gemeldet hatte, ihre Wirkung auf manche besorgten Gemüter in den Wandelgängen des Bonner Bundestages nicht gänzlich. Es erhoben sich Stimmen, die dafür plädierten, angesichts der angespannten internationalen Lage von einer Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin abzusehen. Gott sei Dank liess sich der Mann, dem verfassungsmässig als einzigem oblag, Zeitpunkt und Ort des Zusammentritts der Bundesversammlung zu bestimmen, Bundestagspräsident Gerstenmaier, von solchen Einflüsterungen nicht irremachen. Vielmehr be-

gründete er das unveräusserliche Recht der Bundesversammlung, in der deutschen Hauptstadt zu tagen, in einer staatsrechtlich wie politisch ungemein imponierende Rede: *. In grösster Geduld und in der fortdauernden Bereitschaft zu einer tragbaren Verständigung mit Sowjetrussland haben wir auch die Genfer Verhandlungen verfolgt. Ihr bisheriger Verlauf hat indes die meisten von uns davon überzeugt, dass es ganz nutzlos gewesen wäre, die Bundesversammlung in Berlin abzusagen. Selbstverständlich beabsichtigen wir damit niemand auf der ganzen Welt im mindesten zu provozieren. Uns schwer Geschlagenen ist es um nichts mehr zu tun, als in der Gemeinschaft unseres ganzen Volkes frei zu leben und dankbar dem Frieden zu dienen. Dieses Recht wollen wir uns aber auch von niemandem streitig machen lassen. Wir würden vor uns selbst und vor der Welt unglaublich, wenn wir nicht das Unsere uneingeschränkt täten, um dieses Recht wahrzunehmen. Wir wären der Einsichten nicht wert, die uns in schweren Prüfungen zugewachsen sind, wenn wir im Augenblick von Drohungen und Ungemach zurückwichen und vergässen, was wir der Treue zu den besonders Bedrückten und Bedrohten in unserem Volke schuldig sind. Ihnen, uns selber und der Welt schulden wir Deutschen, wo wir auch stehen, jene friedfertige, aber völlig entschlossene Beständigkeit, die die geläuterte Frucht eines schweren Schicksals ist. Nicht die Absicht zu provozieren, nicht einmal der Zorn und der Unmut über die fortgesetzten Provokationen der Ulbricht und Genossen hat uns hierhergebracht, sondern allein die schlichte Treue zu dieser Stadt, zu unserem Volk im Ganzen und zu unserer eigenen Geschichte.*

*«...In jener unheilvollen Note der sowjetrussischen Regierung vom 27. November 1958, der Note, in der die Freiheit dieser Stadt aufgekünigt und der Friede der Welt gefährdet wird, steht immerhin ein denkwürdiger Satz des Ministerpräsidenten-*



*ten Chruschtschow. Auf die Frage, warum wir hier sind, antworte ich in voller Übereinstimmung mit diesem Satz: wir sind hier, weil wir uns, wie Herr Chruschtschow sagt, der Bedeutung voll bewusst sind, die Berlin ,als historische Hauptstadt für das gesamte deutsche Volk besitzt'. Davon werden wir auch in Zukunft nicht lassen.»*

Wenn aber auch die Berliner Bevölkerung keine Gelegenheit ausliess, ihren Willen und ihre Einstellung zum Ausdruck zu bringen, wenn auch tatsächlich in diesem Sommer mehr als je zuvor die Kameras internationaler Wochenschauen und internationaler Fernsehgesellschaften in der deutschen Hauptstadt surrten, um diesen Willen der ganzen Welt anschaulich zu machen: die Begeisterung des Augenblicks, den jede grosse und repräsentative Veranstaltung weckte, täuschte die unmittelbar Beteiligten nicht darüber hinweg, dass eine Zukunft voller Belastungen, voller Gefahren und voller Unberechenbarkeiten bevorstand. Gerade das plötzliche Abklingen der lauten Debatten mit den hitzigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Osten und Westen liess vermuten, dass hinter den Kulissen das Unheil weiterbrüte, und machte Berlin misstrauisch. In dieser Stadt erfasste man vielleicht klarer als anderswo die Proportionen, die Chancen, aber auch die negativen Elemente der gegebenen Situation. An manchen Orten mochte Chruschtschows nach aussen hin so widerspruchsvolles Vorgehen den Eindruck erweckt haben, den Sowjets sei es wirklich nur um eine relativ geringfügige *lokale* Konzession zur Wiederherstellung eines Gleichgewichts zu tun, das *sie* als gestört empfanden. Berlin, das seinen zähen, geduldigen und mutigen Freiheitskampf schon längst nicht mehr in eigener Sache führte, war sich bewusst, dass jede noch so unscheinbar anmutende Konzession des Westens ausgerechnet an diesem Ort

von Moskau ausgenutzt werden würde, um von hier aus eine methodische, planmässige und umfassende Verschiebung des Kräftegleichgewichts in *globalem* Umfang zu seinen Gunsten zu nutzen.

Der Regierende Bürgermeister, der auf seinem ohnedies überfüllten Terminkalender während der Aussenministerkonferenz noch zwei Besuche in Genf vorsehen musste – Mitte Juni und Ende Juli –, nahm diese Gelegenheit wahr, am Konferenzort nicht nur über die Lage in seiner Stadt zu berichten, sondern auch die Wünsche und Sorgen der Bevölkerung an die richtige Adresse weiterzuleiten. Es gelang ihm vor allem, den amerikanischen Aussenminister Herter zu bewegen, noch während der Genfer Konferenz einen kurzen Besuch in Berlin abzustatten. Ein demonstrativer Anlass hierfür bot sich durch die Umbenennung der alten, an der von den Amerikanern gestifteten und erbauten Kongresshalle vorbeiführenden Tiergartenstrasse «*In den Zelten*» in «*John-Foster-Dulles-Allee*». Der verstorbene Vorgänger Herters galt in Berlin nicht allein als ein besonders warmherziger Freund der deutschen Hauptstadt, sondern wurde darüber hinaus nicht zu Unrecht als stärkste Figur der gutwilligen, aber in ihrer politischen Konzeption recht schwach und verworren anmutenden Eisenhower-Regierung angesehen. Darum empfand man den durch Dulles<sup>1</sup> Tod eingetretenen Verlust in Berlin gerade in dieser Zeit als besonders schmerzlich. Aussenminister Herter, der am 25. Juli in Berlin eintraf, war von dem herzlichen Empfang, der ihm hier nicht nur durch die offiziellen Stellen, sondern durch die gesamte Bevölkerung zuteil wurde, sichtlich bewegt. Er betonte nochmals nachdrücklich die Verantwortung der Vereinigten Staaten in dieser Stadt und für diese Stadt und fügte ausserdem einen Satz hinzu, dem weit über seine aktuelle Motivation hinaus eine grundsätzliche Bedeutung für alle

Zeiten zukommt: «...*Es genügt nicht, der Gesinnung und dem Zukunftswillen der Berliner Anerkennung zu zollen-, in gewissem Masse benötigen wir alle diese Haltung, und es ist gut, dass die freie Welt die Berliner hat, die ihr ein Beispiel geben.*»

Auch Präsident Eisenhower, der es für ratsam hielt, vor dem Chruschtschow-Besuch in den Vereinigten Staaten in den drei massgebenden westeuropäischen Hauptstädten mit seinen Verbündeten persönlich Fühlung zu nehmen, richtete von Bonn aus am 27. August 1959 ein Schreiben an den Regierenden Bürgermeister, in dem er den festen Entschluss der Westmächte betonte, «*Berlins Unversehrtheit zu erhalten und die Bedingungen zu fördern, die es schliesslich dem deutschen Volk möglich machen werden, zu einer freien Nation wieder-vereinigt zu werden*». Es sei seine Hoffnung, so fuhr Eisenhower fort, «*dass wir bei den für die kommenden Monate zu erwartenden Besprechungen in der Lage sein werden, die gegenwärtige Periode der Spannungen wegen Berlin zu beenden; wenn wir weiterhin unserem gemeinsamen Problem mit Festigkeit, Geduld und Phantasie gegenüberstehen, dürfen wir wirklich erwarten, dass ein solches Ziel erreicht werden wird.*» Schon bald sollte sich herausstellen, dass der amerikanische Staatschef die Lage zu optimistisch beurteilte oder, besser gesagt, zu fest darauf vertraute, dass es in der zerrissenen Welt von heute noch eine gemeinsame Sprache von Anstand, Treu und Glauben gebe. Ungewollt ist Eisenhowers persönlich überaus ehrenhafte und verständigungsbereite Haltung von der Gegenseite geradezu schamlos missbraucht worden und leider dadurch für die erneute Zuspitzung der Berlin-Krise im folgenden Jahr wesentlich mitverantwortlich zu machen.

Aber auch in Ostberlin reagierten die kommunistischen Behörden und die Funktionäre der Staatspartei aus ihrer Sicht

durchaus verständlicher Weise auf den politisch-diplomatischen Waffenstillstand, der im Hochsommer 1959 nach Abschluss der Genfer Aussenministerkonferenz vorübergehend eintrat, mit äusserstem Missvergnügen. Da es um ihr nacktes Lebensinteresse ging, hatten sie die ultimative Frist von einem halben Jahr, von der die Sowjetnote vom 27. November 1958 sprach, offenbar wörtlich genommen. Schon im März 1959 waren sie von Chruschtschow anlässlich seines Besuches in der Sowjetzone recht unsanft eines Besseren belehrt worden, und in dem ihnen verhassten Westberlin ging der 27. Mai 1959, an dem die ultimative Frist ablief, in seiner betonten Durchschnittlichkeit als ein «*Tag wie jeder andere*» in die Geschichte ein. Zwar hatte Chruschtschow seinen Freunden eine beachtliche und prinzipiell unschätzbare Trostpille hingeworfen, und zwar durch die Versicherung seiner Bereitschaft, mit dem Zonenregime einen Separatfriedensvertrag abzuschliessen, wenn Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit beiden Teilen Deutschlands im Sinne der sowjetischen Vorschläge vom 10. Januar 1959 scheitern sollten. Aber diese verheissungsvolle Zusage war anfänglich an keinen bestimmten Termin gebunden und blieb insofern vorerst eine *Fata morgana*. Genf endete als totes Rennen, und nach dem dort erzielten Kompromiss sollten die vier Mächte erst nach anderthalb Jahren erneut über den künftigen Berlinstatus verhandeln, wenn es bis dahin zu keiner Einigung gekommen sei. Auch in der ursprünglich umstrittenen Frage der gleichberechtigten Zulassung zweier deutscher Delegationen hatte Moskau schliesslich nachgegeben. In Genf sassen die beiden deutschen Delegationen am Katzentisch neben den Grossmächten, ein Tatbestand, den die Bundesrepublik aus wohlwollenden Gründen billigte und sogar für unumgänglich hielt und dem sie protokollarisch dadurch Rechnung trug, dass sie ihre Delegation nicht vom

Bundesaussenminister, sondern von Botschafter Dr. Grewe leiten liess: blieb es doch der unveränderte und von allen demokratischen Kräften gebilligte Standpunkt Bonns, dass die Wiedervereinigung primär Aufgabe der vier Grossmächte sei und dass faktisch wie symbolisch nichts geschehen dürfe, um von deutscher Seite aus den Zustand der gewaltsamen Teilung zu unterstreichen. Genau die umgekehrten Ziele verfolgte in Genf die Sowjetzonenregierung, die denn auch ihren Aussenminister Lothar Bolz zum Leiter der von ihr entsandten Delegation bestimmte. Aber dieser machte nicht nur in den Verhandlungen eine schlechte Figur, sondern verschaffte sich durch sein ungeschicktes und arrogantes Auftreten vor der Öffentlichkeit einen überaus negativen Leumund in der internationalen Presse. So sehr Pankow, wie üblich, auch in Genf seinen Bonner Rivalen durch eine hemmungslose Propaganda überspielte, so wenig war es dem Ulbricht-Regime gelungen, seine Position im Rahmen der Aussenministerkonferenz auch nur prestigemässig geschweige denn politisch zu stärken.

Mochte der Herr im Kreml aus seiner Moskauer Perspektive sich immerhin einbilden, eine Lösung des Berlin- und Deutschlandproblems in dem von Ulbricht gewünschten und wohl auch inspirierten Sinne hätte Zeit, unter Umständen noch viel Zeit, in Pankow war man anderer Auffassung und wusste es auch in dieser Beziehung tatsächlich besser. Für die Ehrgeize der Sklavenhalter zählte buchstäblich und unerbittlich jeder Tag, der verstrich, ohne dass sie in der Lage waren, den von ihnen drangsalierten und ausgebeuteten Menschen den letzten Fluchtweg in die Freiheit endgültig zu verriegeln. Auf dem V. SED-Parteitag im Juli 1958 war Ulbricht zum erstenmal so eindeutig und unverhüllt vor seinem damals noch rang-

höheren Kollegen Grotewohl als Mann des Geschickes aufgetreten. In einem fünfeinhalbstündigen Referat hatte er die Forcierung des «*sozialistischen Aufbaus*» auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens angekündigt, hatte er sich zu der Behauptung verstiegen, die Zone werde durch die Erfüllung gigantischer Wirtschaftspläne schon innerhalb weniger Jahre mit dem dann erreichten Lebensstandard die Bundesrepublik überflügeln. Klang diese Prophezeiung angesichts der Rohstoffarmut der Zone schon phantastisch genug, dann galt es wenigstens das Reservoir der Intelligenz bis zur letzten Neige auszuschöpfen, um die theoretisch ausgebrüteten Planziffern in annähernde Übereinstimmung mit jener Wirklichkeit zu bringen, die sich nun einmal auch durch die Ambitionen des Kommunismus mit seiner angeblich unfehlbaren Ideologie nicht umkrepeln liess. Nun war zwar im Jahre 1958 die Massenflucht aus der Zone durch die unmittelbaren Wirkungen des «*Republikfluchtgesetzes*» und durch die Drosselung des freien Reiseverkehrs nach dem Bundesgebiet quantitativ spürbar zurückgegangen (1957: 262'000; 1958: 204'000). Qualitativ war sie jedoch in einem für Ulbricht geradezu verderblichen Sinne gestiegen. Die Zahl der Flüchtlinge aus den ausgesprochenen Intelligenzberufen hatte sich von 1957 mit 2 961 bis 1958 mit 4 798 praktisch verdoppelt. Diese Statistik wird noch vernichtender, wenn man bedenkt, dass die Zahl der aus der Zone geflüchteten Ärzte im gleichen Zeitraum von 296 auf 927 und die der Hochschullehrer gar von 58 auf 208 anstieg. Vor allem in diesen beiden Berufen hielt die Fluchttendenz auch im Jahre 1959 mit unverminderter Stärke an. Bis zum 30. September 1959 hatten wiederum 509 Ärzte und 170 Hochschullehrer die Zone verlassen.

Ein so furchtbarer Substanzverlust musste aber für jedes politische Regime auf die Dauer aus zwei Gründen unerträglich

sein: der erste Grund ist gleichsam wertfrei und ergibt sich aus den nüchternen Tatsachen selbst. Keine Planung auf lange Sicht ist zu realisieren, keine Verfügung für eine fernere Zukunft zu treffen, alle Ziele öffentlicher Erziehung und staatlicher Ausbildung sind gefährdet, wenn aus irgendeinem Grunde gerade die Intelligenzschichten eines organisierten Gemeinwesens unaufhaltsam dahinschwinden. Im Falle der Sowjetzone kam aber noch als besonders gravierend hinzu, dass die systematische und bewusste Massenflucht der Elite, und zwar aus allen Generationen – denn flüchtende Professoren und Dozenten wurden oft genug von ihren Studenten, flüchtende Lehrer von ganzen Schulklassen begleitet –, der Attraktionskraft eines Sozialismus Ulbrichtscher Prägung ein geradezu vernichtendes Zeugnis ausstellen musste. War also der Zonenstaat unter diesem Vorzeichen schon materiell zu einem allmählichen Ausbluten und Aussterben verurteilt, so bedeutete die Massenabwanderung der Intelligenz zwangsläufig auch eine überaus schwere ideelle bzw. propagandistische Belastung des Weltkommunismus, die insofern nicht nur Pankow, sondern auch Moskau tangierte und dem Prestige einer als unfehlbar auftretenden Heilslehre chronisch vor aller Welt Abbruch tat. Eine nach den Bedürfnissen des Menschen orientierte staatliche und gesellschaftliche Ordnung wird in einem solchen – allerdings nur theoretisch denkbaren – Fall logischerweise schleunigst das *Vorzeichen* ändern, um die Quelle etwaiger Unlustgefühle *kausal* zu verstopfen. Da aber nach dem Willen sowohl Chruschtschows wie Ulbrichts das politisch-ideologische Vorzeichen der Sowjetzone um keinen Preis und um keine Nuance geändert werden sollte, musste so rechtzeitig wie möglich *Gewalt* angewendet werden, galt es einen von vornherein als solchen bestehenden Unrechtsstaat

in ein komplett abgeriegeltes KZ-Lager zu verwandeln, in der sicheren und leider allzuoft nur durch die Ereignisse bestätigten Erwartung, die müde Welt werde sich über Gewaltmassnahmen solcher Art nach einem spontanen Aufschrei des Protestes und der Empörung am ehesten beruhigen.

Was für eine Sprachregelung für die weitere grundsätzliche Verfolgung ihrer politischen Pläne zwischen Chruschtschow und Ulbricht in der Zeit der Flaute zwischen der Genfer Ausenministerkonferenz im Sommer 1955 und der torpedierten Gipfelkonferenz vom Mai 1960 verabredet wurde, ist nicht mit Sicherheit anzugeben, weil bisher konkrete Unterlagen darüber fehlen. Als sehr wahrscheinlich ist jedoch zu unterstellen, dass die beiden Kumpane des Totalitarismus vorerst eine Arbeitsteilung vereinbarten: Chruschtschow, der vor seiner Amerikareise und für die Vorbereitung der Gipfelkonferenz entscheidenden Wert darauf legte, als gemässigt, geduldig und verständigungsbereit zu erscheinen, verzichtete vorübergehend auf dramatische Vorstösse in westlicher Richtung in eigener Regie. So eilig es die Sowjets ein Jahr zuvor mit einer *«Regelung des Berlinproblems»* in dem von ihnen erwünschten Sinne gehabt hatten, so desinteressiert und indifferent zeigten sie sich jetzt vor der Öffentlichkeit. Andererseits durfte die gleiche Öffentlichkeit natürlich keineswegs den künstlich dazu gestempelten *«Unruheherd Westberlin»* aus den Augen verlieren, um nicht den Anschein zu erwecken, es könne dort jemals friedlich zugehen, auch wenn sich die Sowjets zunächst aus taktischen Gründen darüber kaum ereiferten. Darum überliess Chruschtschow im Herbst und Winter 1959/60 Ulbricht und den von ihm kontrollierten Massenmedien den Löwenanteil hysterisierender Propaganda. Auffallend war ferner, dass sich mit dieser wahrscheinlichen Arbeitsteilung auf Zeit auch



die Angriffsfläche bzw. die Zielscheibe unverkennbar änderte. Chruschtschow hatte in seiner Note vom 27. November 1958 und in den unmittelbar folgenden Erläuterungen vor allem die Anwesenheit von 12'000 alliierten Soldaten in Westberlin als eine permanente und folgenschwere Bedrohung des Weltfriedens herausgestellt. Auf Weisung Ulbrichts konzentrierten die Presseorgane, der Rundfunk und das Fernsehen der Zone nunmehr ihre Angriffe auf den Bundesadler im freien Teil der Stadt. Es waren von jetzt ab plötzlich die ebenfalls seit vielen Jahren in Westberlin ansässigen und amtierenden Bundesbehörden, es war die gelegentliche Anwesenheit westdeutscher Staatsmänner, Politiker und Parlamentarier in der deutschen Hauptstadt, durch die Ruhe und Ordnung in der ganzen Welt nach Auffassung von Ulbrichts Propagandisten so eminent gefährdet wurde, dass die Bürger von Ottawa, Buenos Aires, Conakry und New Delhi nicht mehr ungekränkt schlafen konnten.

## VON CAMP DAVID BIS WIEN

(SEPTEMBER 1959 BIS JULI 1961)

### CHRUSCHTSCHOW IN DEN USA

Am 15. September 1959 traf der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow mit der Miene eines gutgelaunten, herzwinnenden und allezeit humorvollen Friedensapostels zu dem von ihm lange ersehnten Besuch in den Vereinigten Staaten ein und entfaltete dort unverzüglich eine überaus umfangreiche und robuste Betriebsamkeit. Seinem Temperament und seiner Neigung gemäss, durchbrach er bei zahlreichen Gelegenheiten das offizielle Programm. Auf seiner Reise quer durch den amerikanischen Kontinent trachtete er danach, mit allen Schichten der Bevölkerung, vor allem mit der linksgerichteten Arbeiterschaft, aber auch mit dem Bürgertum und nicht zuletzt mit einflussreichen Geschäftsleuten unmittelbar ins Gespräch zu kommen und seine Partner jeweils von den Errungenschaften und der gewaltigen Leistungsfähigkeit des Kommunismus, aber auch von den Chancen einer friedlichen und füreinander aufgeschlossenen Koexistenz zu überzeugen. Einer betonten und überaus kühlen Zurückhaltung begegnete der hohe sowjetische Gast trotz aller von ihm unterstrichenen Liebenswürdigkeit und Gesprächsbereitschaft in erster Linie bei den organisierten Repräsentanten der amerikanischen Arbeiter, den Gewerkschaften. Ansonsten konnte er seine Reise vornehmlich psychologisch als einen Erfolg verbuchen. Sein *«hemdsärmeliges»* und ungezwungenes Auftreten hatte auf breite Schichten der amerikanischen Öffentlichkeit einen positiven Eindruck nicht verfehlt.

Aber auch offiziell liess sich Chruschtschow keine Gelegenheit entgehen, seine Nah- und Fernziele der amerikanischen Öffentlichkeit schmackhaft zu machen oder diese wenigstens als objektiv einleuchtend hinzustellen. Vor dem *National Press Club* in Washington appellierte er an die ehemalige Kriegspartnerschaft zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten und versuchte den jetzigen NATO-Verbündeten, die Bundesrepublik, als revanchistisch, abenteuerlustig und gefährlich in möglichst schwarzen Farben zu malen. Vor dem *Economic Club* in New York verbreitete er sich mit verständlicher Genugtuung über die wirtschaftlichen Fortschritte des Sowjetkommunismus in den letzten Jahren, verwarnte sich gegen die Unterstellung, er käme etwa als Bittsteller in die Vereinigten Staaten, sondern ermunterte die amerikanischen Kaufleute vielmehr sehr eindringlich, ihre Handelsbeziehungen zur Sowjetunion zu intensivieren und künftig von allen «*Diskriminierungen*» abzusehen. Am 18. September entwickelte er vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen einen spektakulären Abrüstungsplan, der die Auflösung sämtlicher Streitkräfte und die Vernichtung aller Rüstungsarten und Vorräte an Kriegsmaterial einschliesslich der nuklearen Waffen vorsah. Allerdings sollten nach seiner Absicht die Atom- und Raketenwaffen erst zu einem Zeitpunkt vernichtet werden, da alle konventionellen Streitkräfte vollständig beseitigt und «*sämtliche Militärstützpunkte auf fremden Territorien*» aufgelöst seien. Die Erörterung seiner eigentlichen Ziele, vor allem im Hinblick auf Berlin, behielt sich Chruschtschow für ein persönliches und grossenteils unter vier Augen – nur in Gegenwart der Dolmetscher – geführtes Gespräch mit Präsident Eisenhower vor, das in dessen Landsitz in *Camp David*,

einem Ort, dessen Name in der Folgezeit eine überaus anrührende politische Bedeutung gewann, stattfand.

Für jeden aufmerksamen Beobachter des Verlaufs des Chruschtschows-Besuchs in den Vereinigten Staaten stand von vornherein fest, dass die Begegnung in Camp David das wichtigste Ereignis dieser politischen Reise sein würde. So durchforschten die Experten das Abschlusskommuniqué vom 27. September 1959 geradezu mit Röntgenaugen, und was sie zwangsläufig entdecken mussten, war keineswegs geeignet, die Gemüter im Westen auch nur zufriedenzustellen geschweige denn zuversichtlich zu stimmen. Wohl mochte es tröstlich klingen, dass *«alle offenen internationalen Fragen nicht durch die Anwendung von Gewalt, sondern mit friedlichen Mitteln durch Verhandlungen gelöst werden sollten»*. Als Zeitgewinn für die Bemühungen der Diplomatie konnte man auch die Tatsache auslegen, dass nach übereinstimmender Auffassung der beiden Staatsmänner der ursprünglich schon für den Spätherbst 1959 geplante Gegenbesuch des amerikanischen Präsidenten in der Sowjetunion auf das kommende Frühjahr verschoben werden sollte. Der entscheidende Absatz des Kommuniqués, in dem Berlin Erwähnung fand, schmeckte jedoch bedenklich nach Kautschuk, wenn er nicht noch weit Schlimmeres ahnen liess: *«Was die Berlinfrage im besonderen anbetrifft, so wurde ein Übereinkommen darin erzielt, dass vorbehaltlich der Zustimmung der übrigen direkt betroffenen Parteien die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen mit dem Ziele, eine Lösung zu finden, die im Einklang mit den Interessen aller Betroffenen sowie im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens steht.»*

Wenn diese verschwommenen und doch verräterischen Formulierungen schon in dem offiziellen Kommuniqué zu lesen standen, was musste dann erst hinter den Kulissen von Camp

David vorgegangen sein? Was um alles in der Welt hatte Eisenhower seinem Gesprächspartner zumindest an andeutenden Zusicherungen gegeben, um dessen Unersättlichkeit zufriedenzustellen? Was bedeutete die Absicht, eine Lösung zu finden, die im Einklang mit den Interessen aller Betroffenen stünde? Das einzige und reale Interesse der Sowjetunion bestand in der Verdrängung der Westmächte aus ihren Berliner Sektoren, in der Zerschneidung aller offiziellen und tatsächlichen Beziehungen Westberlins zum Bundesgebiet, also in der gewaltsamen politischen und wirtschaftlichen Isolierung einer auf die Dauer lebensunfähigen sogenannten «*Freien Stadt*». Von dieser Forderung waren die Sowjets seit dem 27. November 1958 prinzipiell niemals abgegangen. Einen konkreten Gegenvorschlag, der unter gewisser Berücksichtigung der sowjetischen Vorschläge den wohlverstandenen Interessen des Westens ebenfalls entsprach, hatte dieser auch in Genf nicht andeutungsweise durchgesetzt. Der Freistadtplan wäre akzeptabel gewesen, wenn er auf der Basis eines internationalen Abkommens mit der Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen zu einem genau festgelegten Zukunftstermin gekoppelt worden wäre. Dies hätte Chruschtschow immer noch erlaubt, die Frist bis dahin auszunutzen und das Ulbricht-Regime in der Zone durch ein anderes zu ersetzen, das unter der Voraussetzung einer wirklich demokratischen Willenskundgebung der mitteldeutschen Bevölkerung vielleicht nicht so demonstrativ mit einem Schlage hinweggefegt worden und in der Versenkung verschwunden wäre. Eine wenigstens diskussionswürdige Lösung hätte auch darin bestanden, das Chruschtschowsche Freistadtprojekt auf ganz Berlin, also auch auf den Ostsektor auszudehnen und damit das Ulbricht-Regime bei einer zeitlich unbegrenzten Fortdauer der deutschen Spaltung

aus seiner angemassen «*Hauptstadt*» verschwinden zu lassen. Nirgends aber enthielt das Kommuniqué von Camp David auch nur eine Andeutung in dieser oder ähnlicher Richtung, aus der man hätte entnehmen können, dass der Westen unter allen Umständen entschlossen war, entweder seine Rechte in Berlin uneingeschränkt zu wahren oder für jede Konzession, die er machte, eine mindestens ebenbürtige sowjetische Gegenkonzession einzutauschen, wie dies unter gesitteten Verhandlungspartnern normalerweise üblich ist. Ebenso ominös mutete an, die zu findende Lösung solle «*im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens*» stehen. Gerade unter Würdigung der gegebenen Sachlage hatte der Westen alles Interesse daran, die in den Ost-West-Konflikt nicht engagierten Länder gleichsam auf Punkt und Komma davon zu überzeugen, dass das sogenannte Berlin-Problem objektiv mit der Aufrechterhaltung des Friedens nur insoweit zusammenhing, als es den Sowjets gefiel, aus dem seit zehn Jahren bewährten und funktionierenden Viermächtestatus periodisch eine politische Krise abzuleiten. Dadurch, dass sich Eisenhower dazu verleiten liess, in dem Camp-David-Kommuniqué den Wunsch nach einer Lösung der Berlinfrage zu unterschreiben, die im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens stünde, gab er völlig unnötigerweise mindestens indirekt zu, dass der derzeitige Status, also auch die Anwesenheit der Westmächte in Berlin in der hergebrachten Weise, als friedensgefährdendes Moment interpretiert werden könne.

#### EISENHOWER SUCHT AUSREDEDEN

Es war dann auch ein recht verlegener und auskunftsscheuer amerikanischer Präsident, der am 28. September 1959 den Journalisten, die ihn mit Fragen um eine genauere Interpreta-

tion des Berlinabsatzes im Kommuniqué bestürmten, Rede und Antwort stand. Auf die Frage z.B., ob der Verzicht auf Gewalt, von dem im Kommuniqué die Rede sei, bedeute, dass Chruschtschow irgendwelche sowjetischen Drohungen oder Ultimaten hinsichtlich Berlins zurückgezogen habe, wick Eisenhower mit der Feststellung aus, er sei mit seinem Gast übereingekommen, dass die Verhandlungen zwar nicht ins Unbegrenzte ausgedehnt werden sollten, dass es aber keine festgesetzte Zeitgrenze dafür geben dürfe. Auf eine ähnliche Frage zum Thema Berlin liess sich der Präsident sogar zu der überaus verhängnisvollen Feststellung hinreissen: «...*Wir alle stimmen darin überein, dass dies (die Lage in Berlin) eine anormale Situation ist, die ganze Welt sagt dies. Hier ist eine freie Stadt, die inmitten eines kommunistischen Landes liegt und die 170 km von Westdeutschland entfernt ist, zu dem sie sich zugehörig fühlt. Daher sind Verhandlungen der einzige Weg, der zu einer Lösung führt ..*» Am deutlichsten wurde die Rückzugsposition, in die sich der amerikanische Präsident während der Besprechungen in Camp David offenbar hatte hineinmanövrieren lassen, durch folgende Frage und Antwort, die ihrer Bedeutung wegen hier wörtlich zitiert sei:

*«Frage: Herr Präsident, können Sie uns sagen, ob wir, wenn wir in die neuen Verhandlungen über Berlin eintreten, von denselben Massstäben und Prinzipien geleitet werden, die wir früher hatten, dass nämlich jede Lösung die alliierten Rechte dort garantieren und die Freiheit der Westberliner schützen muss?»*

*Antwort: Ich kann überhaupt nichts Derartiges garantieren, aus dem einfachen Grunde, weil ich nicht weiss, welche Art von Lösung sich schliesslich als annehmbar erweisen mag. Aber wie ich sagte, muss man von Folgendem ausgehen: die Lage ist anomal, sie ist durch die Beendigung der militäri-*

*schen Feindseligkeiten nach Schluss des Krieges, durch einen Waffenstillstand, entstanden, und sie brachte leider einige – oder vielmehr eine ganze Anzahl von freien Menschen in eine sehr unangenehme Lage. Wir müssen nun ein System finden, das wirklich für alle Menschen in jenem Gebiet annehmbar ist, darunter auch für die am meisten Betroffenen, die Westberliner.»*

*«Wirklich für alle Menschen in jenem Gebiet annehmbar»* – zu *allen* Menschen in jenem Gebiet gehörte auch Ulbricht und seine Clique. Natürlich möchte man dem amerikanischen Präsidenten nicht unterstellen, er habe eine so deprimierende Schlussfolgerung im Wortsinne verstanden wissen wollen. Aber er hätte voraussehen müssen, dass jede Äusserung hinter den Kulissen von Camp David und jeder von ihm persönlich stammende erläuternde Kommentar hierzu in Moskau nicht nur auf die Goldwaage gelegt, sondern auch im Sinne der sowjetischen Interessen umgemünzt werden würde. Die Ereignisse der Folgezeit sind in ihrem stürmischen Auf und Ab schlechterdings nicht zu erklären, wenn man nicht unterstellt, dass Chruschtschow im September 1959 nach der defensiven, aber immerhin festen Haltung der Westmächte in Genf ursprünglich mit sehr viel geringeren Erwartungen in die Vereinigten Staaten kam, dass er aber in Camp David ehrlich den Eindruck gewann, sein Partner sei augenscheinlich gewillt, ihm schon jetzt und hier faktisch viel weiter entgegenzukommen, als er sich das noch vor Kurzem träumen liess. Gewiss ist es, besonders aus der Rückschau, über jeden Zweifel erhaben, dass der amerikanische Präsident solche weitreichenden Absichten niemals hegte. Er verwechselte ganz einfach eine gesellschaftliche Situation mit einer eminent politischen, er trat in Camp David als höflicher Gastgeber auf, aber nicht als Staatsmann. Die politische Unzulänglichkeit des überaus eh-



renwerten Gentleman Eisenhower ist wohl nirgendwo greller, aber auch folgenschwerer zutage getreten als während der unseligen Tage in Camp David. Vielleicht nur für einen kurzen, aber leider entscheidenden Moment verkannte er hinter der lächelnden Maske Chruschtschows die totalitäre Fratze, sprach ihn an und behandelte ihn, wie man innerhalb der freien Welt einen Gast behandelt, der zwar unbequeme Forderungen stellt, jedoch die gleichen Spielregeln respektiert wie man selber. Für einen Moment vergass Eisenhower die alte Weisheit, dass der Kommunismus, wenn man ihm vorzeitig den kleinen Finger hinreicht, ohne bereits dessen kleinen Finger fest ergriffen zu haben, nicht nur die ganze Hand nimmt, sondern sich sofort bemüht, auch den dazugehörenden Arm mit entsprechendem (Ruck aus seinem Gelenk zu reißen. Vergegenwärtigt man sich noch einmal die Situation jenes Herbstes 1959, kann man nachträglich einen Stossseufzer nicht unterdrücken: wie anders und um wie vieles hoffungsvoller hätte sich vermutlich die Zukunft Berlins, Deutschlands und der ganzen Welt bis heute gestaltet, wenn in einem Augenblick, der gleichsam noch für alle möglichen Entwicklungen offenstand, John Foster Dulles noch am Leben oder Kennedy bereits Präsident der Vereinigten Staaten gewesen wäre! Zweifellos hat sich Eisenhower durch sein schlichtes, natürliches und gewinnendes Wesen für die Sache seines Landes vor allem im Ringen um die Seele der Entwicklungsländer grosse Verdienste erworben; ebenso zweifellos hat er aber im Kampf um die Freiheit Berlins und um die Position der freien Welt im Kalten Krieg durch sein Verhalten in Camp David eine entscheidende Runde verloren.

Die unmittelbaren Reaktionen auf den Besuch Chruschtschows in den Vereinigten Staaten und auf seine Begegnung mit Eisenhower in Camp David waren recht unterschiedlich.

Vor allem in den neutralen Ländern, aber auch in gewissen zum Optimismus neigenden Kreisen des westlichen Lagers, die grundsätzlich die menschliche Freiheit solange nicht ernsthaft für gefährdet halten, als ihre eigene nicht unmittelbar bedroht ist, gab man sich von einer Stunde zur anderen grossen Illusionen hin und feierte den «*Geist von Camp David*» in den höchsten Tönen, so als ob ihm die Zauberkraft innewohne, alle leidigen Probleme des Kalten Krieges mit einem Schlage zu lösen, – in Moskau und in den übrigen kommunistischen Ländern machte man sofort einen Propaganda-Schlagler daraus. In der Bundesrepublik sah man die neue Lage sehr viel nüchterner an, und in Berlin insbesondere weckte der gleiche Geist von Camp David eine Nervosität, die das Sowjetultimatum vom Vorjahr bei weitem nicht in gleichem Masse zu erzeugen vermocht hatte. Die Bevölkerung, die auf Drohungen ihrer *Feinde* seit Jahr und Tag gelassen zu reagieren pflegte, fühlte sich plötzlich von den besten *Freunden* ihrer Sache im Stich gelassen. Zwischen den immer wieder gegebenen Beteuerungen der Westmächte an Ort und Stelle und jenem unglückseligen Geist von Camp David klaffte nicht allein psychologisch, sondern auch objektiv ein so gewaltiger Unterschied, dass sich auch der Senat veranlasst sah, mit aller taktvollen Zurückhaltung in der allgemeinen Debatte das Wort zu ergreifen. Warnend wies der Regierende Bürgermeister in jenen Tagen darauf hin, dass keine Berlinlösung noch immer besser sei als eine schlechte Berlinlösung.

#### DIE SOWJETS IN LAUERSTELLUNG

In den folgenden Monaten vollzog sich eine sehr merkwürdige, fast paradox anmutende Schwenkung an den Fronten des Kalten Krieges. Trotz unentwegten Drängens aus Pankow be-

obachtete Chruschtschow weiterhin eine auffallende Zurückhaltung, weil er nicht daran dachte, den unerwarteten und von ihm offenbar schon als gesichert angesehenen politischen Geländegewinn seiner Amerikareise leichtfertig aufs Spiel zu setzen und das Zustandekommen der von ihm nach wie vor eifrig betriebenen Gipfelkonferenz zu gefährden. Alle offiziellen sowjetischen Verlautbarungen und Erklärungen blieben auf betonte Friedfertigkeit und rosaroten Optimismus im Hinblick auf die Zukunft abgestellt. Ja, nur zehn Tage nach der Abreise Chruschtschows aus den Vereinigten Staaten ereignete sich in Berlin ein Zwischenfall, bei dem die Viermächteverwaltung ein letztesmal funktionierte und der überhaupt nur dadurch ohne ernste Folgen beigelegt werden konnte, dass die sowjetischen Behörden ihren Pankower Freunden unauffällig, aber energisch in den Arm fielen. Die Feiern zum zehnjährigen «*Staatsgründungstag der DDR*» am 7. Oktober 1959 hatte das Ulbricht-Regime seit langem dazu ausersehen, aus der arbeitenden Bevölkerung der Zone nicht nur zusätzliche besondere Leistungen herauszupressen, sondern vor allem die tragische Spaltung Deutschlands auch symbolisch noch stärker zu vertiefen. Bis dahin hatten die beiden deutschen Teilstaaten zwar bereits zwei verschiedene Nationalhymnen, aber wenigstens eine gemeinsame Flagge: die ehrwürdigen Farben Schwarz-Rot-Gold verbanden bis dahin noch alle Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs im Geiste, und wo Gesamtdeutschland vor den Augen der Welt überhaupt noch als moralische Einheit in Erscheinung trat, hauptsächlich bei sportlichen Veranstaltungen, unterstrich die gemeinsame schwarz-rot-goldene Flagge die Unteilbarkeit der Nation.

Jeder vernünftige Deutsche sah darin einen nicht zu unterschätzenden Gewinn, besonders wenn es ihm sein Alter ge-

stattete, Vergleiche mit der Weimarer Zeit anzustellen, als nicht zuletzt der unselige Flaggenstreit die verschiedenen Gruppen und Parteien hasserfüllt gegeneinandergebracht hatte: Grund genug für Ulbricht und seine Clique, um sich nun auch dieses für ihn lästigen Symbols zu entledigen. Die Sowjetzonenregierung behielt die schwarz-rot-goldene Flagge zwar bei, stempelte sie aber, nach sowjetischem Muster, doch mit betonter Arroganz sogar gegenüber dem grossen Bruder, mit einem Hammer- und Zirkel-Emblem. (Die rote Fahne der Sowjetunion weist bekanntlich ein Hammer- und Sichel-Emblem auf, um die Verbundenheit von Proletariat und Bauernschaft allegorisch zu bekunden; die Sowjetzonenregierung betonte dagegen durch Einführung des Zirkels die vorgetäuschte Verbundenheit jener Intelligenz mit der Sache des Ulbrichtischen Sozialismus, die zur gleichen Zeit das angebliche Paradies scharenweise verliess.) In Westberlin rief dieser ausgesucht heimtückische, weil in die Sphäre des Irrationalen hineinzielende Schlag gegen die deutsche Einheit eine besonders heftige Empörung hervor, und das neue Tuch bekam in der an treffenden Formulierungen seit jeher unerschöpflich erfindungsreichen deutschen Hauptstadt denn auch sofort den verdienten Spitznamen: «*Spalterflagge*». Mit dieser Spalterflagge beabsichtigte nun die Zonenregierung im Einvernehmen mit den Ostberliner Behörden die Westberliner Bevölkerung dadurch zu provozieren, dass sie die S-Bahn-Züge am 7. Oktober mit entsprechenden Wimpeln durch das ihrer technischen Aufsicht unterstehende Westberliner Bahngelände rollen liess: sollte es ob dieser impertinenten Provokation zu Zwischenfällen kommen, liess sich wieder mit der Behauptung operieren, Westberlin sei ein gefährlicher Unruheherd. Doch machte Ulbricht noch einmal seine Rechnung ohne den Wirt. Als es tatsächlich zu erregten Demonstrationen der Bevölkerung im

freien Teil der Stadt kam und die Menschen sich nicht gesonnen zeigten, diese Dreistigkeit ruhig hinzunehmen, appellierte der Regierende Bürgermeister an die westlichen Stadtkommandanten, und diese setzten sich unverzüglich mit ihrem sowjetischen Kollegen in Verbindung. Ohne viel Aufhebens wurde die verhasste Spalterflagge von Westberliner Gebiet zurückgezogen.

Nur mit aller Vorsicht und ohne grossen Aplomb liess Chruschtschow etwa von diesem Zeitpunkt an in die kommunistischen Argumente zur Rechtfertigung der Freistadtlösung die These einschleichen, ganz Berlin gehöre zum Territorium der sogenannten DDR und insofern sei es geradezu als ein grosszügiges Entgegenkommen dieses Musterstaates zu betrachten, wenn er sich künftig mit einer Lösung einverstanden erkläre, die den zwei Millionen Westberlinern die ihnen erwünschte Lebensordnung weiterhin garantiere. Dass die geographische Wahrheit eine politische Lüge war, dass diese sogar die eindeutigen Vereinbarungen vom September und November 1944 in London, in denen ganz Berlin ausdrücklich für die Dauer der Besatzungszeit als Sondergebiet erklärt worden war, auf den Kopf stellte, kümmerte ihre Urheber natürlich wenig. Jedenfalls betrieb man auch diese neuerliche Tatsachenverdrehung zunächst unauffällig, weil Chruschtschow grössten Wert darauf legte, «seine» Gipfelkonferenz nicht zu gefährden. Als die drei westlichen Regierungschefs nach einer Konferenz in Paris, an der auch die Bundesrepublik teilnahm, am 21. Dezember 1959 dem sowjetischen Ministerpräsidenten die formelle Einladung zu einer Gipfelkonferenz im kommenden Frühjahr übermittelten, gab Chruschtschow sogar in seinem Antwortschreiben seiner «*tiefen Genugtuung*» darüber Ausdruck, um wörtlich fortzufahren: «...*Wir haben stets die*

*Auffassung vertreten, dass man gerade auf dem Wege persönlicher Zusammenkünfte der Staatsmänner auf höchster Ebene in wirksamster Weise die spruchreif gewordenen internationalen Probleme lösen kann.» Vier Wochen später wurde auf diplomatischem Wege zwischen den beiden Regierungen in Washington und Moskau der Termin für den Gegenbesuch Eisenhower in der Sowjetunion für die Zeit vom 10. bis 19. Juni 1960, also unmittelbar nach der beabsichtigten Gipfelkonferenz, festgesetzt.*

#### VERTRAUENSKRISE IM WESTEN

Indessen schwelte der prinzipielle Konflikt, hauptsächlich um die Berlinfrage, unter der Decke unaufhaltsam weiter, und deswegen musste ausnahmsweise der Westen einmal eine unachgiebige und weniger flexible Position einnehmen. Seine führenden Staatsmänner spürten nämlich, dass die voreilige Konzessionsbereitschaft Präsident Eisenhower in Camp David innerhalb der freien Welt neben allen schon erwähnten Illusionen auch eine ernsthafte Vertrauenskrise ausgelöst hatte. Wie würde es um die Sache des ohnedies seit einem Jahr in die Verteidigung gedrängten westlichen Lagers bestellt sein, wenn Chruschtschow auf der kommenden Gipfelkonferenz den von ihm für einen solchen gehaltenen Blankoscheck von Camp David präsentierte, ohne dass man ihn in seinen weitgespannten Erwartungen eines allzu leichten Sieges vorher entsprechend ernüchert hatte? Vor allem in der deutschen Hauptstadt hielt man es für unbedingt erforderlich, den Berliner Standpunkt in Form einiger Thesen zu präzisieren, von denen man hoffte, sie würden der westlichen Seite als Anregung für die kommende Gipfelkonferenz gute Dienste leisten. In einer Sitzung des Abgeordnetenhauses gab der Regierende Bürger-

meister am 7. Januar 1960 folgende «Fünf Punkte über die Grundsätze der Berlinpolitik des Senats von Berlin» bekannt:

- «1. Die Anwesenheit der Westmächte in Berlin und ihre Rechte in Bezug auf Berlin beruhen auf der totalen Kapitulation Deutschlands. Es besteht keine Veranlassung, dass die Westmächte ihre sichere Rechtsposition in Berlin, die sich aus den Vereinbarungen der Siegermächte in den Jahren 1944/45 ergibt, vor einer Wiedervereinigung Deutschlands aufgeben. Jede neue Vereinbarung über Berlin sollte zur Grundlage haben, dass die Sowjetunion die Rechtsposition der Westmächte anerkennt.
2. Westberlin gehört zum freien Teil Deutschlands. Die mit Wissen und Billigung der Westmächte in den vergangenen zehn Jahren erfolgte Eingliederung Berlins in das Rechts-, Finanz- und Wirtschaftssystem des Bundes ist – darauf hat der Senat wiederholt eindringlich hingewiesen – ein Grundpfeiler für die freiheitliche Existenz unserer Stadt. Berlin kann auch seine Funktion als Klammer zwischen den beiden Teilen Deutschlands nur dann wirksam erfüllen, wenn die engen Bande zwischen Berlin und dem Bund erhalten bleiben. Sie müssen weiter gefestigt werden.
3. Der freie Zugang von und nach Berlin darf nicht eingeschränkt, sondern er sollte vervollkommenet und verbessert werden. Für die Westmächte ist der freie Zugang wesentlicher Bestandteil ihres Besatzungsrechts, und für den zivilen Verkehr ist, wie der Senat bereits in seiner Erklärung vom 8. September 1959 hervorgehoben hat, eine sichere Rechtsgrundlage durch das Abkommen vom 4. Mai 1949 und durch die Pariser Beschlüsse der vier Grossmächte vom 20. Juni 1949 gegeben. Ich darf noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass nach den Vereinbarungen der vier Mächte nicht nur der Zustand, wie er vor der

*Blockade war, wiederhergestellt werden sollte, sondern dass sie sich darüber hinaus verpflichtet haben, den Personen- und Güterverkehr und den Nachrichtenaustausch zwischen den Westzonen und der Ostzone sowie zwischen Berlin – und zwar dem ganzen Berlin – und den einzelnen Zonen zu erleichtern. Wir würden es begrüßen, wenn das Recht des freien Zugangs nach Berlin durch konkretere Abmachungen bekräftigt werden könnte.*

4. *Jede etwaige Vereinbarung über Berlin darf den eindeutigen Willen der Berliner Bevölkerung nicht unberücksichtigt lassen. In einer Zeit, in der das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine entscheidende Rolle im internationalen Leben gewinnt, kann man es gewiss nicht den Berlinern verweigern, die in den letzten zehn Jahren der Welt gezeigt haben, dass sie nur ein Ziel kennen, nämlich in Frieden und Freiheit ihr Aufbauwerk fortzusetzen und zu vollenden.*
5. *Berlin ist nicht zuletzt wegen der rigorosen Reisebeschränkung durch das Sowjetzonenregime heute der einzige Ort, an dem sich Menschen aus beiden Teilen Deutschlands täglich tausendfach begegnen. Hier in Berlin können unsere Landsleute aus Mitteldeutschland mit ihren Verwandten und Freunden noch menschliche Kontakte pflegen. Berlin muss weiterhin Begegnungsstätte für zwischenmenschliche Beziehungen bleiben.»*

Der damit umrissene eindeutige Kontrapunkt zu den verwachsenen Andeutungen in dem Kommuniqué von Camp David wurde insofern bald zu einem weit über die Grenzen Berlins hinausgreifenden Politikum, als sich Bundeskanzler Adenauer schon vier Tage später anlässlich eines Aufenthaltes in Berlin vor dem Abgeordnetenhaus im Namen der Bundesregierung



vorbehaltlos mit ihm identifizierte. Als eine wirksame Waffe im politischen Ringen sollte sich künftig vor allem der unüberhörbare Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht erweisen, in dessen Zeichen auch die seit Jahren mit betonter Zurückhaltung behandelte Frage der deutschen Wiedervereinigung eine entsprechende Aktualisierung erfuhr. Hierauf bezog sich Bundespräsident Lübke, seit seiner Wahl zum Staatsoberhaupt der Bundesrepublik ein besonders treuer Gast der deutschen Hauptstadt, als er sich am 27. Januar 1960 im Schöneberger Rathaus ins Goldene Buch von Berlin eintrug: *«Der westliche Teil der Stadt mit rund 2,2 Millionen Einwohnern hat zur Zeit den Charakter eines Bundeslandes besonderer Art. Zugleich gilt unser Berlin . . . als Hauptstadt Deutschlands, mit der sich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit auf das Engste verbunden weiss. Die vielschichtige Problematik, die sich aus dieser Situation ergibt, zeigt sich auch in den Menschen, die mit ihren persönlichen Schicksalen das Schicksal der Stadt teilen; denn so wie das deutsche Volk gewaltsam gespalten wurde, wurde auch die Bevölkerung Berlins sinnlos auseinandergerissen . . . Keine ‚freie‘ Stadt Berlin! Die Erfinder dieses Schlagworts haben nur erreicht, dass die ganze Welt begriffen hat, was ihnen dabei wirklich vorschwebt. Aber ein in Freiheit lebendes, einiges Deutschland mit der Hauptstadt Berlin, das ist und bleibt unser unbeirrbares Ziel.»*

Am 1. Februar identifizierte sich auch ein Sprecher des britischen Aussenministeriums mit der Fünf-Punkte-Erklärung des Senats, indem er sie noch recht vorsichtig als *«in allgemeiner Weise der derzeitigen Politik der Westmächte entsprechend»* bezeichnete. Am 10. Februar beschäftigte sich der deutsche Bundestag während einer ausserordentlichen Debatte insbesondere mit der Berlinfrage. Trotz aller vorhande-

nen Meinungsgegensätze bekundeten die Sprecher aller Parteien, sobald es um das Thema Berlin ging, eine imponierende Einmütigkeit. Bundesausserminister von Brentano hob hervor, es ginge darum, alles zu tun, um die Rechtsgrundlage zu erhalten, auf der heute die Freiheit Berlins beruhe. *«...Berlin gehört nicht Sowjetrussland, Berlin gehört zu Deutschland und ist von vier Mächten besetzt. Nach meiner Auffassung der Dinge kann gar keine Rede davon sein, dass irgendwie und irgendwann und irgendwo der Berliner Bevölkerung das Recht nicht zugesprochen werden muss, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden»*: so rief der Bundeskanzler in seiner Erklärung aus. Der Sprecher der grössten Oppositionspartei, der SPD-Abgeordnete Fritz Erler, schloss seine Rede unter dem anhaltenden Beifall aller Fraktionen mit folgenden Worten: *«Berlin ist für uns und den gesamten Westen eine Frage der Standhaftigkeit, der Moral und der Glaubwürdigkeit. Wer das deutsche Volk von seiner Hauptstadt zu trennen sucht, stösst auf seinen entschlossenen Widerstand und den Widerstand aller derer, denen die Freiheit dieser Stadt ein Symbol für die Bewahrung der Freiheit überhaupt geworden ist.»*

So war es gezwungenermassen der Westen und an erster Stelle die Bundesrepublik und ihr bedrohter Aussenposten, die, herausgefordert durch die sowjetische Unnachgiebigkeit wie durch den ungeschickten Rückzug Eisenhowers in Camp David, um die Jahreswende 1959/60 wieder zu einer entschiedeneren Sprache zurückfanden, als sie die freie Welt seit Monaten geführt hatte. In Moskau registrierte man diese Symptome mit Argwohn und Besorgnis, aber auch mit Verärgerung, weil sie im Zeichen der nun unaufhaltsam näherrückenden Gipfelkonferenz so gar nicht dem zu entsprechen schienen, was Chruschtschow im September 1959 an freudigen Erwartungen

aus den Vereinigten Staaten mitbrachte. Wer gewohnt ist, die zahllosen Gelegenheiten zu analysieren, die der Kommunismus wie jedes totalitäre Regime nur dazu benutzt, eine erheuchelte Empörung zum Zwecke irgendwelcher Erpressungen zu *mimen*, übersieht leicht, dass es Situationen geben kann, in denen ein totalitärer Machthaber aus seiner Sicht wirklich und ehrlich empört *ist*. Das klassische Beispiel ist der Fall Hitlers, der ursprünglich nicht beabsichtigt hatte, die Lösung des Sudetenproblems nach der Annexion Österreichs kurzfristig zu forcieren, der aber durch die im Mai 1938 erfolgte und auf objektiv falsche Gerüchte gestützte Mobilisierung der tschechoslowakischen Armee in eine solche Raserei geriet, dass er sich sofort zur «*Vernichtung*» des ihm verhassten Staates bereits im September des gleichen Jahres entschloss und seinem Generalstab entsprechende Befehle erteilte.

Ähnlich war die Lage des sowjetischen Ministerpräsidenten zu Beginn des Jahres 1960. Wenn die westliche Denkart immer wieder zu dem schwerwiegenden Irrtum neigt, einem totalitären Partner, besonders wenn er ein lächelndes Gesicht zeigt, die gleichen Absichten und Motive zu unterstellen, die für sie selbst verbindlich sind, dann kommt umgekehrt auch der Totalitarismus gelegentlich zu analogen Fehleinschätzungen, indem er die Möglichkeiten seiner stets zentral organisierten Macht mit den Verhältnissen in der freien Welt verwechselt. So versetzte es Chruschtschow sicherlich in grimme Entrüstung, dass im westlichen Lager mehr und mehr Gegenstimmen laut wurden, die den vielberüchtigten Geist von Camp David immer vernehmlicher kritisierten und kontrapunktierten. Er, Chruschtschow, war es gewohnt, seine sämtlichen Satelliten nach Bedarf zusammenzupfeifen und «*auf Linie zu bringen*». Eine ähnliche Machtvollkommenheit traute er vermutlich dem Präsidenten der Vereinigten Staaten

als dem führenden Vertreter des Westens zu und sah insofern als eine bewusste Täuschung, ja, als einen Verrat an, was in Wirklichkeit nur der Ausdruck freier Meinungsbildung im westlichen Lager war. Der chronische Mangel an einheitlichem Willen, wie ihn das System der Demokratie mit sich bringt, ansonsten dem Totalitarismus fast immer hochwillkommen, erschien Chruschtschow nun in einem Moment, da sich dieses Symptom ausnahmsweise einmal gegen ihn kehrte, ausserordentlich unerwünscht. Plötzlich musste er erfahren, dass seine ausgeklügelten Kombinationen in einem entscheidenden Punkt nicht stimmten. Der amerikanische Präsident war weder der Mann noch besass er die Macht dazu, wenn dies seine Absicht gewesen wäre, seine sämtlichen Verbündeten nach seinem Kommando *«auszurichten»*. Chruschtschow hatte augenscheinlich darauf spekuliert, dass Washington nur ein Wort zu sagen brauche, um seine vermeintlichen *«Satelliten»*, insbesondere Bonn und Berlin, automatisch zum Verstummen zu bringen. Dass eine genau gegenläufige Entwicklung eintrat, dass die Unruhe und Enttäuschung, die man speziell in diesen beiden Städten über das bestürzende Ergebnis von Camp David empfand, mehr und mehr um sich griff und schliesslich auch Washington nachdenklich machte, ja, es sogar zu einer Überprüfung der im September 1959 voreilig und überstürzt eingenommenen Positionen bewegte, lag unzweifelhaft ausserhalb des Vorstellungsvermögens eines sowjetischen Ministerpräsidenten.

Hinzu kam noch ein anderer, für die weitere Entwicklung sehr gewichtiger Umstand: an anderer Stelle dieses Buches ist der Nachweis versucht worden, dass und warum das Sowjet-Ultimatum vom 27. November 1958 nach den Gesetzen kommunistischer Dialektik höchstens sehr langfristig, aber keineswegs primär auf Berlin zielte. Nach dem Überraschungserfolg

von Camp David begann Chruschtschow sich jedoch immer ausschliesslicher auf Berlin zu versteifen, ja, man möchte fast die Behauptung wagen, die einzigartige Bedeutung dieses Ortes im Ost-West-Konflikt sei ihm im Verlaufe des Jahres 1959 erst recht eigentlich bewusst geworden. Ausserdem konnte und durfte er angesichts der immer bedrohlicheren Lage in der Sowjetzone und der mit keinem taktischen Mittel einzudämmenden Massenflucht das unentwegte Drängen und Bohren seiner Pankower Gesinnungsgenossen auf eine möglichst rasche und radikale Lösung ihres permanenten Staatsnotstandes nicht länger überhören. Immerhin hatten auch im Jahre 1959 wiederum rund 150'000 Menschen aus Mitteldeutschland ihre angestammte Heimat verlassen. So reifte in Chruschtschow täglich stärker der Entschluss, auf der kommenden Gipfelkonferenz nicht mehr mit der Maske des Friedensbringers zu erscheinen, sondern notfalls bis an die äusserste Grenze des Möglichen wieder ultimatim aufzutreten.

#### BRIEFWECHSEL MOSKAU-BONN

Ein psychologisch interessanter Reflex dieser abermaligen Sinneswandlung, der hier am Rande erwähnt werden soll, weil natürlich auch die Berlinfrage dauernd hineinspielte, ist der auf Initiative des sowjetischen Ministerpräsidenten sich anspinnende halboffizielle Briefwechsel zwischen Chruschtschow und Adenauer, der am 18. August 1959 von Chruschtschow begonnen wurde und sich mit relativ kurzen Abständen bis Ende Januar 1960 hinzog. In diesem Briefwechsel verfuhr der sowjetische Regierungschef, der bekanntlich ohnedies eine charakteristische Vorliebe für Sprichwörter hat, im klassischen Sinne nach der alten Maxime «*Lass deine rechte Hand nicht wissen, was deine linke tut*». In seinen ersten Briefen

klang ein geradezu besorgt freundschaftlicher Ton an. Gewiss gebe es Gegensätze, meinte Chruschtschow, aber man müsse sich über diese Gegensätze doch verständigen können. Er erinnerte den deutschen Bundeskanzler an die unmittelbaren Gespräche, die er mit ihm im September 1955 in Moskau geführt habe und versicherte ihn in diesem Zusammenhang mehrfach seiner persönlichen Achtung. Die Sowjetunion lege Wert darauf, «mit dem deutschen Volk in der Bundesrepublik in genau so eng-nachbarliche Beziehungen zu kommen wie mit dem deutschen Volk in der DDR». Wiederholt knüpfte er an die bekannte These an, die Lehren der Geschichte bewiesen, dass es den beiden Völkern – dem deutschen und dem russischen – unter den Auspizien eines freundschaftlichen Verhältnisses stets gut ergangen sei (wobei es freilich des Grotesken nicht entbehrte, dass der Hauptvertreter des Weltkommunismus damit sinngemäss auch auf die Zeiten jener Heiligen Allianz anspielte, in denen das absolutistische Russland und das absolutistische Preussen engste Tuchföhlung miteinander hatten).

Diese Beteuerungen hinderten den gleichen Chruschtschow, der, um im Vergleich zu bleiben, die rechte Hand dem deutschen Volke freundschaftlich entgegenstreckte, nicht daran, mit der linken propagandistisches Gift gegen die Bundesrepublik auszusäen. Vier Wochen nach Absendung seines ersten Briefes an Dr. Adenauer hielt er seine bereits erwähnte Rede vor dem *National Press Club* in Washington, in der er das sowjetisch-amerikanische Kriegsbündnis beschwor und die Bundesrepublik als ungemein gefährlich hinstellte. Während er auch in Zukunft fortfuhr, mit dem deutschen Bundeskanzler höfliche und mindestens in der Form entgegenkommende Briefe zu wechseln, lief gleichzeitig die methodische Hetzkampagne des ganzen kommunistischen Blocks gegen das

«revanchelüsterne Westdeutschland mit seiner faschistischen Regierung und seinen Hitlergeneralen» auf hohen und höchst raschen, der stets vor Augen hat, dass die kommunistische Denkweise keine eigenständige Moral anerkennt, sondern Moral durch Dialektik ersetzt bzw. mit dieser schlechthin identifiziert. Im Grunde hielt sich Chruschtschow in einem für ihn wichtigen Moment, wenn auch in einer naive westliche Gemüter schäbig anmutenden Form, an die bewährte Parole «*divide et impera*». Es kam ihm insbesondere vor der Gipfelkonferenz darauf an, mit allen Mitteln der Überredungskunst, der Tarnung und der erhofften Überrumpelung Keile ins westliche Lager zu treiben, sei es, um die Vereinigten Staaten der Bundesrepublik zu entfremden, sei es, um der Bundesrepublik vorzuspiegeln, sie könne eine deutsche Wiedervereinigung – die auch Chruschtschow in seinen Briefen damals noch als etwas selbstverständlich Wünschenswertes bezeichnete – durch einen Alleingang und durch direkte Verhandlungen mit Moskau bzw. Pankow verwirklichen.

Dr. Adenauer behandelte diese Vorstöße Chruschtschows mit allem Ernst und mit aller Würde, zu der ein führender deutscher Staatsmann unter den gegebenen Umständen verpflichtet war. Er umriss eindringlich den deutschen Standpunkt, betonte die Aufgeschlossenheit der Bundesrepublik, an einer weltweiten Abrüstung mitzuwirken und nagelte seinen Korrespondenzpartner mehrfach auf die unübertragbare Verantwortung der vier Mächte und vor allem der Sowjetunion für die Wiederherstellung der deutschen Einheit fest. Er unterliess es auch nicht, Chruschtschow auf den eklatanten Widerspruch aufmerksam zu machen, der zwischen der Tonart seiner Briefe und der offiziellen Sowjetpropaganda gegen die Bundesrepublik und ihre führenden Vertreter klaffe. Der eigenartige Mei-

nungsaustausch zwischen Bonn und Moskau verlor allerdings in dem Augenblick an Ernsthaftigkeit, als sich Chruschtschow in seinem Schreiben vom 28. Januar 1960 zu der Behauptung verstieg, sowohl in der Bundesrepublik als auch in der Sowjetzone seien wiederholt gesetzgebende Organe auf demokratische Weise gewählt worden. *«In der deutschen Demokratischen Republik werden systematisch Volkskammerwahlen und Wahlen der örtlichen Selbstverwaltungsorgane durchgeführt, in deren Verlauf das Volk frei seine Meinung äussert. Die Wahlen gehen bei geheimer Abstimmung vor sich. An den jüngsten Volkskammerwahlen, die 1958 stattfanden, beteiligten sich 11'717'000 Menschen, d.h. 98,9 Prozent der Wähler. Dabei wurden 99,87 Prozent der Stimmen für die Kandidaten der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland und 0,13 Prozent gegen sie abgegeben. Ist das für Sie keine hinreichend überzeugende Willensäußerung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, die unverrückbar den Weg des Aufbaus des Sozialismus eingeschlagen hat?»*

Diese Verwechslung der Rednertribüne oder eines sonstigen Propagandaforums mit einem persönlichen Brief, der auch im politischen Bereich nur dann glaubwürdig wirken kann, wenn er sich an die Wahrheit hält oder allenfalls peinliche Wahrheiten verschweigt, statt sie in einer so ungeheuerlichen Weise zu verfälschen, stellte zweifellos eine uneinfühlbare Geschmacksverirrung dar. Der Bundeskanzler tat infolgedessen recht daran, dass er gerade diesen Passus des Chruschtschowbriefes in der schon erwähnten Bundestagssitzung vom 10. Februar 1960 wörtlich verlas, wo er denn auch mit empörtem Gelächter quittiert wurde. Sehr viel wichtiger war jedoch ein anderer Abschnitt des Briefes, in dem Chruschtschow mit bemer-



kenswerter Offenheit enthüllte, wie er auf der Gipfelkonferenz vorzugehen gedachte:

*«...Wir stehen an der Schwelle einer Zusammenkunft der Regierungschefs, wo die Frage Westberlin offenbar zur Behandlung gelangen wird. Unsere Partner geben zu, dass die Lage in Westberlin anomal ist (man denke in der Tat an die törichte Äusserung Eisenhowers auf seiner Pressekonferenz unmittelbar nach dem Besuch Chruschtschows in den Vereinigten Staaten!), dass man sie zum Besseren wenden muss. Das gibt gewisse Hoffnungen, dass die vier Mächte schliesslich eine gegenseitig annehmbare Lösung finden und die Lage in Westberlin zum allgemeinen Nutzen regeln werden. Wenn Sie, Herr Bundeskanzler (da wir ja diese Frage in unserem Briefwechsel berührt haben), Erwägungen hegen, wie man unter den Verhältnissen eine durchgreifende Gesundung der Lage in Westberlin erzielen könnte, ohne Westberlin in eine Freie Stadt zu verwandeln, so sagen Sie es doch. Wir sehen keinen anderen Weg.»*

*«...Die Sowjetregierung wird sich bemühen, den führenden Persönlichkeiten der anderen Staaten, von denen ein Abkommen über Westberlin abhängt, die Vorzüge dieser Lösung zu beweisen. Wir streben eine richtige Lösung dieser Frage an, um die Atmosphäre zu reinigen... Wenn wir aber kein Verständnis finden werden, was soll dann geschehen? Sollen wir wirklich ewig ohne Friedensvertrag leben und uns ewig mit der anomalen Lage in Westberlin abfinden?*

*Man darf sich mit dieser Lage natürlich nicht abfinden. Findet die Sowjetunion kein Verständnis, so bleibt ihr kein anderer Ausweg, als einen Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik, mit allen daraus erwachsenden Konsequenzen, darunter auch für Westberlin, zu unterzeichnen. Dieser Vertrag würde die Grenzfragen Deutschlands mit der Pol-*

*nischen Volksrepublik und der Tschechoslowakischen Republik regeln. Mit dem Abschluss eines Friedensvertrages wird allen klar sein, dass eine Änderung der bestehenden Grenzen anzustreben nichts anderes bedeutet, als einen Krieg heraufzubeschwören. Wir werden gegenüber aggressiven Kräften, die von einer Verlegung der deutschen Grenzen nach Osten träumen, keine Nachsicht üben. Wenn sich einige Staaten weigern sollten, den Friedensvertrag zu unterschreiben, so wird dann auch klar sein, wofür sie sind: für Frieden oder für Krieg, für Entspannung und freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern oder für den «Kalten Krieg». Dies wird klar sein, denn den Kampf gegen die Länder zu beginnen, die den Friedensvertrag unterschrieben haben, würde bedeuten, keine friedlichen Ziele zu verfolgen.»*

Anfang Februar 1960 fand in Moskau eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes statt, die eine zehnsseitige Erklärung zur Weltlage veröffentlichten. Nach einem langatmigen Selbstlob, das die Friedensliebe des kommunistischen Blocks feierte, wurden abschliessend in der Deutschland- und Berlin-Frage ähnliche Töne angeschlagen, wie sie schon in Chruschtschows Brief an Adenauer vom 28. Januar enthalten waren:

*«...Die Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages sind bestrebt, gemeinsam mit den alliierten und assoziierten Mächten, die am Kriege gegen Deutschland teilgenommen haben, zu einer friedlichen Regelung mit Deutschland zu gelangen. Das bedeutet einen Friedensvertrag abzuschliessen, der unter den gegenwärtigen Bedingungen von beiden deutschen Staaten unterzeichnet wird. Sie können sich aber nicht damit einverstanden erklären, dass die Lösung dieser Fragen ins Unendliche*

*verschoben wird, denn dadurch würden nur die militaristischen und revanchistischen Kräfte ermuntert.*

*Wenn die Bemühungen um den Abschluss eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten keine Unterstützung finden und die Lösung dieser Frage auf die lange Bank geschoben wird, dann wird den auf dieser Tagung vertretenen Staaten kein anderer Ausweg bleiben, als gemeinsam mit den Staaten, die dazu bereit sind, einen Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik abzuschliessen und auf dieser Grundlage auch die Frage Westberlins zu lösen.»*

#### **DIE FREIE WELT BESINNT SICH**

Diese Erklärung trug das Datum des 4. Februar 1960. Genau ein halbes Jahr war verflossen, seit im Hochsommer 1959 die Genfer Aussenministerkonferenz auseinandergegangen. Auf dieser hatte man bekanntlich vereinbart, an den Status quo in Berlin für einen Zeitraum von anderthalb Jahren nicht zu rühren. Falls bis dahin eine Friedensregelung mit Deutschland nicht erzielt sei, sollten die vier Mächte die Erörterung der Berlin-Frage wieder aufnehmen. Der Genfer Kompromiss setzte also lediglich den Zeitpunkt fest: das wäre, ergebnislose Verhandlungen über einen generellen Friedensvertrag vorausgesetzt, Anfang Februar 1961 gewesen. Dann erst sollte, wohlgemerkt, die Erörterung der Berlin-Frage als spezielles Problem wieder aufgenommen werden. Der Kompromiss liess aber völlig offen, welcher Rahmen und welche Ebene für die dann vorgesehenen Viermächteverhandlungen in Betracht kämen, die der Regierungschefs, die der Aussenminister, die der Botschafter oder irgendwelcher Sonderbevollmächtigter. Nun hatten sich im Dezember 1959 die vier Mächte auf eine zwischenzeitliche Gipfelkonferenz geeinigt, die im Frühjahr 1960

in Paris stattfinden sollte. Im westlichen Lager erhoffte man sich davon – soweit man mit diesem Ereignis überhaupt irgendwelche konkrete Hoffnungen verband – allenfalls eine Vorklärung der Probleme, eine Bereinigung der gespannten Atmosphäre durch offenherzige und ungeschminkte menschliche Kontakte. Die letzten Äusserungen aus dem kommunistischen Lager liessen jedoch keinen Zweifel mehr daran, dass Chruschtschow – offenbar durch seinen Erfolg von Camp David ebenso ermutigt wie zu Trugschlüssen inspiriert – sich an die zeitlichen und sachlichen Vereinbarungen von Genf keineswegs mehr gebunden fühlte. In der bevorstehenden Gipfelkonferenz sah er bereits das spektakuläre Forum, um eine «*gegenseitig annehmbare Lösung*» der Berlin-Frage zu finden, d.h. seinen westlichen Partnern mit der Drohung eines Separatfriedensvertrages und allen seinen Konsequenzen den Willen des kommunistischen Blocks einseitig aufzuzwingen. Man würde also in jedem Fall in Paris nicht mehr mit einem verhandlungsbereiten, sondern mit einem unnachgiebig gesonnenen und auftretenden Chruschtschow zu rechnen haben: wenn es nicht in letzter Minute gelänge, seine hochgespannten Erwartungen zurückzuschrauben und ihn davon zu überzeugen, dass er mit irgendwelchen akuten Drohungen gegen den Status Westberlins bei seinen Partnern auf Granit beißen würde. So sah man sich in den westlichen Hauptstädten vor die schwierige Aufgabe gestellt, vor dem Zusammentritt der Gipfelkonferenz möglichst all das politische Gelände zurückzuerobern, das Eisenhower in Camp David durch seine unglückselige Haltung mit einem Schlage verspielt und preisgegeben hatte.

Der erste prominente Repräsentant des Westens, der die Gelegenheit fand, mit Chruschtschow Fraktur zu reden, war der französische Staatspräsident de Gaulle, dessen Land der sow-

jetische Regierungschef in der Zeit vom 23. März bis zum 3. April 1960 einen Besuch abstattete. Auch in Frankreich benahm sich Chruschtschow ähnlich wie in den Vereinigten Staaten, nur dass er hier bereits bei allen möglichen offiziellen und inoffiziellen Gelegenheiten seine zwei Gesichter zeigte. Seine hartnäckigen Versuche, die Einheit des westlichen Lagers aufzuspalten, gab er selbstverständlich auch in Frankreich nicht auf. Er erinnerte mehrfach an den sowjetisch-französischen Pakt von 1944, diskreditierte in der üblichen Weise die Bundesrepublik und warnte sein französisches Publikum eindringlich vor dem unverbesserlichen «*Erbfeind*». Doch musste er zu seinem grossen Missvergnügen feststellen, dass trotz des Vorhandenseins einer starken kommunistischen Partei in Frankreich das Volk selbst auf alle derartigen Äusserungen gleichgültig und ablehnend reagierte. Vor allem wurde ihm in seinen abschliessenden Gesprächen auf Schloss Rambouillet von Präsident de Gaulle eindeutig klargemacht, dass auf westlicher Seite in der Berlin-Frage keine Rückzugsbereitschaft zu erwarten sei.

Unmittelbar darauf nahmen auch die Vereinigten Staaten offiziell das Wort. In einer Rede vor dem amerikanischen Rundfunkrat in Chicago über die Ziele der amerikanischen Aussenpolitik präziserte Aussenminister Herter am 4. April 1960 die Haltung der Regierung zum Berlin-Problem so unmissverständlich wie möglich und bemühte sich gleichzeitig, wenn auch etwas summarisch und wenig überzeugend, den üblen Nachgeschmack von Camp David endgültig aus der Welt zu schaffen. Dennoch sprach er selbstverständlich nicht die Unwahrheit, denn die prinzipiellen Absichten seines Präsidenten waren zweifellos stets so eindeutig, wie sein politisches Verhalten in einer unmittelbaren Entscheidungssituation monate-

lang in einem verhängnisvollen Zwielficht stand: «...Die Westmächte sind entschlossen, die Freiheit und Sicherheit der Westberliner Bevölkerung auf der bevorstehenden Gipfelkonferenz zu verteidigen. Wir haben diese Einstellung auf der Aussenministerkonferenz in Genf klargemacht. Präsident Eisenhower hat sie erneut in Camp David bekräftigt ...Indem wir auf diese Weise sicherstellen, dass die sowjetischen Machthaber unsere Festigkeit nicht unterschätzen, verringern wir die Möglichkeit unbesonnener Aktionen, durch die die Spannungen gewaltig verstärkt werden würden . . .

*Auf der im kommenden Monat in Paris stattfindenden Gipfelkonferenz wird der Westen weiterhin die Entschlossenheit der freien Welt klarstellen, entscheidende Rechte zu verteidigen. Gleichzeitig wird er sich weiterhin um die Sondierung aller Möglichkeiten, insbesondere der Rüstungskontrolle, bemühen, die die Kriegsgefahr vermindern würden.*

*Wir können jedoch bei der Verhandlung über neue Rüstungskontrollabkommen mit der Sowjetunion kaum auf Fortschritte vertrauen, wenn unsere bestehenden Abkommen mit den Sowjets hinsichtlich Berlins inzwischen verletzt werden oder wenn mit deren Verletzung gedroht wird. Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen diesen beiden entscheidend wichtigen Fragen.»*

Eine weit härtere Sprache noch führte wenige Wochen später Unterstaatssekretär Douglas Dillon vor einer Konferenz des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO am 20. April 1960 in New York. Leider wurde diese Rede anderthalb Jahre zu spät gehalten. Die heutige Weltsituation wäre sicherlich anders, hätte die amerikanische Regierung schon auf den groben Klotz des ersten sowjetischen Berlin-Ultimatums vom 27. November 1958 einen ebenso groben Keil gesetzt, wie er jetzt in den Worten Dillons anklang. Er zerzauste aufs Ent-

schiedenste die lügnerische Behauptung, Westberlin liege auf dem Territorium der sogenannten DDR. Er bezeichnete ferner dieses Staatsgebilde, dessen Marionettenherrscher völlig unter der Kontrolle Moskaus stünden «als eine der grössten Fiktionen in einem riesigen Netz phantastischer kommunistischer Mythologie». Die tatsächliche Anomalie der Lage bestünde darin, dass eine Million Ostberliner gewaltsam von ihren Mitbürgern in Westberlin getrennt leben müssten. Aber dies sei nur ein Bestandteil der noch grösseren Anomalie, die sich aus der künstlichen Abtrennung der Sowjetzone von dem übrigen Deutschland ergeben habe. Dillon ging auch auf die erschütternde Tatsache des permanenten Flüchtlingsstroms ein, um dann den Sowjets eine geradezu vernichtende Gegenrechnung zu präsentieren:

*«..Die Anomalie, von der Herr Chruschtschow spricht, kann nur beseitigt werden, wenn man die gesamte deutsche Nation über ihr eigenes Leben entscheiden lässt. Die einzige praktische Möglichkeit zur Ausübung dieses Rechts sind freie Wahlen. Herr Chruschtschow und andere sowjetische Sprecher haben oft ihr Eintreten für das Prinzip der Selbstbestimmung verkündet. Diese Behauptung wird als leere Geste entlarvt, wenn sie sich weigern, diesen Grundsatz auf Berlin und Deutschland anzuwenden.*

*Herr Chruschtschow hat ebenfalls erklärt, dass wir mit grösster Eile die «Überbleibsel» des zweiten Weltkrieges beseitigen müssten, zu denen er auch die «B e – Setzung» Westberlins – wie er es nennt – durch amerikanische, britische und französische Truppen zählt. Wir sind in noch stärkerer Masse als Herr Chruschtschow bestrebt, die Überbleibsel des zweiten Weltkrieges zu liquidieren. Aber Herr Chruschtschow muss sich darüber im klaren sein, dass diese Überbleibsel recht zahlreich sind.*

*Wir fragen: Ist die Sowjetunion bereit, ihre Streitkräfte aus Ostdeutschland und den osteuropäischen Ländern abzuziehen, denen sie aufgezwungen worden sind?*

*Ist sie bereit, den Ostdeutschen die Selbstbestimmung zu gewähren und den Völkern der sowjetisch beherrschten Staaten, ihr Schicksal selbst zu bestimmen?*

*Ist die Sowjetunion bereit, die Fiktion eines getrennten Nord-Korea aufzugeben und es dem gesamten koreanischen Volk zu gestatten, sich im Rahmen freier, von den Vereinten Nationen überwachter Wahlen wieder zu vereinigen?*

*Und ist sie schliesslich bereit, ihre Obstruktionspolitik gegenüber der Charta der Vereinten Nationen aufzugeben, zu der sie sich in San Francisco feierlich bekannt, deren Anwendung sie aber durch eine Reihe von Vetos im Sicherheitsrat beständig vereitelt hat? Die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Verbündeten wären wirklich glücklich, wenn diese Überbleibsel des zweiten Weltkrieges beseitigt würden, Wir sind jedoch nicht bereit, diesen Prozess damit zu beginnen, dass wir die Isolierung und das Aufsaugen Westberlins gestatten.*

*Wir haben Herrn Chruschtschow wiederholt davon in Kenntnis gesetzt, dass wir nicht unter Druck verhandeln werden. Und doch begibt er sich mit seinen jüngsten Erklärungen, dass er beabsichtige, einen separaten Friedensvertrag mit der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik zu unterzeichnen, wenn keine Ost-West-Einigung über Berlin erzielt wird, auf sehr dünnes Eis... Unsere Standpunkte sind flexibel, und wir sind bereit, jeden vernünftigen Weg zu prüfen, der zu einer Einigung führen könnte. Herr Chruschtschow und seine Mitarbeiter geben sich aber einer grossen Illusion hin, wenn sie*



*glauben, dass wir uns ihren Drohungen beugen oder dass wir ihr verzerrtes Bild des deutschen Problems als eine konkrete Verhandlungsbasis akzeptieren werden.»*

Damit sah Chruschtschow seine Hoffnungen, den Westen wenigstens in der Berlin-Frage zu spalten und die Gipfelkonferenz zu einem politischen Triumph des Kommunismus zu machen, endgültig gescheitert. Weder die Taktik eleganten Manövrierens noch massiven Auftrumpfens hatten ihn dem erwünschten Ziel nähergebracht. Als ein letzter Versuch, das westliche Lager vor der Pariser Konferenz in Panikstimmung zu versetzen, ist seine Rede vom 25. April 1960 in Baku anzusehen, in der er offen mit Krieg drohte, wenn seine westlichen Partner auf seine Forderungen nicht eingingen. Wiederum kündigte er die Unterzeichnung eines Separatfriedensvertrages mit Pankow an: *«...Westberlin liegt... innerhalb des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik. Es ist selbstverständlich, dass die Deutsche Demokratische Republik mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Hoheitsrechte auf ihrem ganzen staatlichen Territorium ausüben wird. Darum werden die Westmächte, wenn sie den Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik nicht unterzeichnen wollen, sich dadurch die Rechte, auf deren Aufrechterhaltung sie bestehen, nicht bewahren. Sie werden naturgemäß das Recht auf den Zutritt nach Westberlin zu Lande, zu Wasser und in der Luft verlieren.»*

überall in der Welt begann man sich in diesen Tagen besorgt zu fragen, was eigentlich bei einer so fanatischen sowjetischen Unnachgiebigkeit in der entscheidenden Frage bei der bevorstehenden Gipfelkonferenz noch herauskommen sollte. In Wirklichkeit hatte aber auch Chruschtschow selber bereits jedes Interesse an dieser repräsentativen Veranstaltung verloren,

für deren Zustandekommen er ein Jahr zuvor so eifrig Stimmung machte. In der Brust dieses Mannes mit zwei Seelen gewann im Frühjahr 1960 der ebenfalls von ihm verkörperte jahrhundertealte russische Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem Westen – der gerade wegen seines Unterlegenheitsgefühls der wirklichen Souveränität entbehrt, die allein Konzessionen und Kompromisse ermöglicht – endgültig die Oberhand über den ebenfalls in ihm steckenden gesunden und handfesten Realismus. Schon längst bestand der Sinn der Gipfelkonferenz für ihn nicht mehr in vernünftigem Verhandeln, sondern im einseitigen Diktieren: auf dieses Ziel hatte er sich seit Camp David erst insgeheim vorbereitet und dann auch mehrfach öffentlich bekannt. Wenn sich aber seine Partner, wie er allmählich begriff, nicht diktieren liessen, dann musste der Verlauf der Gipfelkonferenz für ihn einen solchen Prestigeverlust mit sich bringen, dass sie am besten überhaupt nicht stattfand. Wie aber sollte er, als eigentlicher Initiator, nun im letzten Augenblick eine Absage begründen? Alle Verlautbarungen des kommunistischen Blocks zur Weltpolitik bestanden nach Chruschtschows Willen in wohlervogener Dosierung jeweils zu etwa neunzig Prozent aus Friedensbeteuerungen und zu zehn Prozent aus Kriegsdrohungen. Gewiss, die öffentliche Meinung in den westlichen Ländern nahm die Friedensbeteuerungen in ihrer grossen Mehrheit so wenig ernst wie die Kommunisten selber, aber für diese Leserschaft wurde so viel Papier ja auch gar nicht verschwendet. Wesentlich anders stand es mit den leichtgläubigen Völkern in den Entwicklungsländern, die sich stets geneigt zeigten, über Kriegsdrohungen hinwegzulesen, noch dazu über solche, die sie primär auch nichts angingen, um sich desto mehr an den Friedensbeteuerungen zu erfreuen. Was musste es auf dieses Publikum für einen verheerenden Eindruck machen, wenn

man jetzt die Gipfelkonferenz, bisher im kommunistischen Lager selbst als eine wichtige und förderliche Sache für den Weltfrieden gepriesen, unter irgendeinem mühsamen Vorwand plötzlich absagte?

#### **DIE EXPLOSION VON PARIS**

Da kam Chruschtschow ein unerwarteter Zufall zu Hilfe. Elf Tage vor Beginn der Gipfelkonferenz gab man in Moskau offiziell bekannt, am 1. Mai sei ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug über sowjetischem Gebiet abgeschossen worden, aber man unterschlug zunächst die Angabe, dass der Pilot mit dem Leben davongekommen und verhaftet worden sei. In Washington ging man prompt auf den Leim und erklärte zunächst, das Flugzeug sei zur Beobachtung von Luftströmungen in der oberen Atmosphäre verwendet worden und wahrscheinlich von seinem Kurs abgekommen. Erst nachdem die Sowjets ihre unvollständige Meldung ergänzt und auch über das Schicksal des Piloten Auskunft gegeben hatten, korrigierten die amerikanischen Behörden ihre Darstellung und gestanden ein, dass es sich um ein Erkundungsflugzeug vom Typ U-2 gehandelt habe. Der amerikanische Außenminister gab zu verstehen, solche Beobachtungsflüge seien Bestandteil des amerikanischen Luftüberwachungssystems und schlechterdings notwendig geworden, weil die Sowjetunion den schon im Jahre 1955 von Präsidenten Eisenhower gemachten Vorschlag einer gegenseitigen Luftinspektion abgelehnt hätte. Im Zeitalter der nuklearen Waffen sei es das legitime Recht jeden Staates, geeignete Massnahmen zu ergreifen, um sich vor Überraschungsangriffen zu schützen.

Gegen diese Erklärung über die prinzipiellen Motive war an sich nichts einzuwenden. Bevor eine Weltregierung funktio-

niert, wird es Geheimdienste und Spionagetätigkeit in allen Ländern geben. Dass sich nun ausgerechnet die Sowjetunion, die eine solche Tätigkeit seit langem am raffiniertesten und am intensivsten betrieb, ihrerseits als verfolgte Unschuld hinstellte und die Vereinigten Staaten mit ihrem Präsidenten an der Spitze eines abscheulichen Verbrechens anklagte, das sogar dazu angetan sei, die Gipfelkonferenz zu gefährden, war nichts anderes als Zynismus in Reinkultur. Doch ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, dass die amerikanische Regierung in diesen Tagen so ungeschickt und hilflos wie nur denkbar operierte. Es war schon ein grosser Fehler, in den Wochen vor der Gipfelkonferenz überhaupt ein Erkundungsflugzeug über sowjetisches Territorium zu entsenden und damit das Risiko eines Zwischenfalls auf sich zu nehmen. Nachdem das Unglück nun aber einmal geschehen war, wirkte das Hin und Her der amerikanischen Stellungnahmen noch verwirrender und machte einen kläglichen Eindruck. Auch in den mit den Vereinigten Staaten eng befreundeten Ländern atmete man unwillkürlich bei dem Gedanken auf, dass die Tage der unzulänglichen und jetzt überdies noch vom Pech verfolgten Eisenhower-Administration gezählt seien, überall herrschte Übereinstimmung darüber, dass Chruschtschow nunmehr endlich ein Alibi gefunden hatte, das er auf der Gipfelkonferenz so und so gegen den Westen ausspielen würde.

Was aber dann in Paris tatsächlich geschah, wirkte so über-rumpelnd und verstörend, dass die Menschen meinten, gänzlich unerwartet vor der Katastrophe eines neuen Weltkrieges zu stehen. Nachträglich muss man, wenn man Chruschtschows Auftreten im Mai 1960 analysiert, drei Phasen deutlich unterscheiden: sein Verhalten vor der Gipfelkonferenz, sein Verhalten in den Tagen vom 16. und 17. Mai, als er die

Gipfelkonferenz torpedierte, und sein Verhalten unmittelbar danach. Für eine solche zeitliche und psychologische Aufeinanderfolge gibt es gute und einleuchtende Gründe: während der ersten und zweiten Phase reagierte Chruschtschow bewusst, als ein Spieler mit höchsten Einsätzen, war sein unflätiges Auftreten in jedem Augenblick studiert und wohlberechnet, in der dritten Phase gingen sogar ihm vorübergehend die Nerven durch. Während der ersten und zweiten Phase trat er als zürnender Jupiter auf, der die Welt durch seine scheinbare Allmacht terrorisieren wollte. In der dritten Phase benahm er sich, mit Verlaub gesagt, wie ein ungezogener Junge, der hemmungslos darüber tobt, dass er seinen Willen nicht bekommen hat.

Die internationale öffentliche Meinung hätte es bei dem weltbekannten heftigen Temperament des sowjetischen Regierungschefs wahrscheinlich, wenn auch kopfschüttelnd und achselzuckend, verstanden, wenn die Gipfelkonferenz von ihm noch von Moskau aus, unmittelbar nach dem U-2-Zwischenfall abgeblasen worden wäre. Das aber hätte Chruschtschow als politischer Effekt nicht genügt. Er brauchte den Theaterdonner, den er sich sorgfältig für seinen Auftritt in Paris aufsparte. Er wollte darüber hinaus die unmittelbare persönliche Demütigung des amerikanischen Präsidenten, er düstete nach sichtbarer und handgreiflicher Rache, nicht so sehr für den Flugzeugzwischenfall, sondern für seine nachträgliche und unstillbare Enttäuschung über Camp David. Infolgedessen klangen seine ersten Äusserungen nach dem Publikwerden des Flugzeugabschlusses eher relativ gemässigt. Wohl drohte er militärische Gegenmassnahmen gegen alle Stützpunkte an, von denen in Zukunft aus noch amerikanische Maschinen zu Erkundungsflügen über sowjetisches Territorium aufsteigen würden. Im übrigen begnügte er sich damit, seiner Enttäu-

schung und Erschütterung über die Haltung Eisenhowers Ausdruck zu geben. Noch bei seinem Eintreffen in Paris am 14. Mai liess er von den Absichten, mit denen er gekommen war, nicht das geringste merken, sondern erklärte vielmehr nach seiner Landung wörtlich: *«Das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Sowjetunion, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens, das hier stattfinden wird, ist von grosser Bedeutung für das Leben der Völker. Durch unsere früheren Zusammenkünfte kennen wir uns schon recht gut, und ich hoffe, dass dieser Umstand zum Erfolg der Konferenz beitragen wird. Wir haben die dringlichsten internationalen Probleme zu studieren und zu versuchen, die Möglichkeiten ihrer Lösung im Interesse aller Völker zu finden... Wir sind uns der grossen Hoffnungen voll bewusst, die die Völker der ganzen Welt mit der Gipfelkonferenz verbinden. Die Sowjetregierung wird alles tun, damit die Konferenz zu einem Erfolg führt und damit sie eine neue Milderung der internationalen Spannungen wie eine Stärkung des Friedens und der Sicherheit der Völker mit sich bringt.»*

Damit war die erste der drei Phasen erfolgreich beendet. Der zornige Herr des Kreml, der drei Tage zuvor in Moskau ausdrücklich versichert hatte, er halte die bevorstehende Gipfelkonferenz nicht für den geeigneten Ort zur Erörterung des Flugzeugzwischenfalles, hatte dieses peinliche Vorkommnis zur allgemeinen Genugtuung auch bei seiner Landung in Paris nicht erwähnt. Chruschtschow verrechnete sich nicht, wenn er darauf baute, dass die Schockwirkung eines plötzlichen Schrecks auf einen zwar übernächtigten und nervösen, aber noch wachen Organismus geringer ist als auf einen, der dadurch aus der ersten Stunde schliesslich erreichten Schlafs aufgeschreckt wird. Niemand glaubte zwar mehr an einen sicht-

baren Erfolg der Gipfelkonferenz, aber niemand vermutete auch eine so dicht bevorstehende Katastrophe.

Als sich am Montag, dem 16. Mai, die Teilnehmer der Gipfelkonferenz im Elyséepalast, dem Amtssitz des französischen Staatspräsidenten, einfanden, um mit der konkreten Arbeit zu beginnen, liess Chruschtschow plötzlich wissen, er könne ohne vorherige Klärung des U-2-Zwischenfalls an der Konferenz nicht teilnehmen. Er verlangte einen moralischen Kniefall des amerikanischen Präsidenten. Die Vereinigten Staaten sollten öffentlich eingestehen, dass sie sich am 1. Mai einer Aggression schuldig gemacht hätten, ihrem Bedauern darüber Ausdruck geben und alle Schuldigen strengstens bestrafen. Gleichzeitig annullierte Chruschtschow seine Einladung an Eisenhower zu dessen beabsichtigtem Besuch in der Sowjetunion. Schliesslich schlug er vor, die Gipfelkonferenz um sechs bis acht Monate zu verschieben. Auch diese Anregung des sonst so sehr auf kurze Termine bedachten Chruschtschow bedeutete einen neuerlichen persönlichen Affront gegen Eisenhower, von dem alle Welt wusste, dass er zu dem von Chruschtschow ins Auge gefassten Zeitpunkt nicht mehr dessen Partner auf einer internationalen Konferenz sein würde. Um einen endgültigen Eklat zu vermeiden, ging der amerikanische Präsident bis an die äusserste Grenze des Möglichen. Er gab bekannt, dass die Flüge über sowjetisches Gebiet inzwischen eingestellt worden seien und nicht wiederaufgenommen würden, lehnte aber im übrigen die demütigenden Zumutungen Chruschtschows ab. Die beiden unbeteiligten Partner, Staatspräsident de Gaulle und Premierminister Macmillan, taten alles, was in ihrer Macht stand, um zu vermitteln und Chruschtschow mit Eisenhower wieder zusammenzubringen. Vergeblich: der sowjetische Regierungschef schlug alle möglichen diplomatischen und buchstäblichen Haken, veranstalte-

te improvisierte Pressekonferenzen, fuhr in der Umgebung von Paris herum und liess sich jedenfalls nicht zu einem Einlenken bewegen. Nachdem auch eine für den 17. Mai anberaumte halboffizielle Viererbesprechung durch Chruschtschow sabotiert worden war, musste die Gipfelkonferenz als gescheitert angesehen werden.

Bis dahin war alles Regie, auch der methodisch aufgespeicherte Zorn. Die Schaustellung aber, die Chruschtschow auf der Pressekonferenz vor seinem Abflug am 18. Mai gab und die eine angesehene deutsche Zeitung treffend als *«Pariser Rüpelspieler»* charakterisierte, gehörte nicht mehr zu den ersten beiden im Voraus berechneten Phasen. Chruschtschow hatte offensichtlich auch den letzten Rest seiner Fassung verloren, tobte, schrie und beschimpfte alle Journalisten, die es wagten, ihm unbequeme Fragen zu stellen, auf eine geradezu widerwärtige Weise. Als er schliesslich um eine Auskunft gebeten wurde, ob er die Absicht habe, schon während seines angekündigten Aufenthaltes in Ostberlin einen Separatfrieden zu schliessen, entgegnete er wörtlich: *«Wir haben die Absicht, nicht einen Separatfrieden, sondern einen Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik zu schliessen, unter den zweiten Weltkrieg den Schlussstrich zu ziehen und dadurch den Westmächten das Recht zu nehmen, in Westberlin Besatzungstruppen zu haben. Und wenn wir dies für nötig halten, werden wir den Füllhalter aus der Tasche ziehen – die Entwürfe sind schon fertig –, uns hinsetzen, signieren und veröffentlichen.»*

Die genauen Ursachen, warum sich der Spieler urplötzlich in einen Rasenden verwandelte, der tatsächlich den Anschein erweckte, er stehe im Begriff, etwas Gemeingefährliches zu unternehmen, sind unbekannt. Immerhin gibt es Berichte wohl informierter Korrespondenten über ein privates Gespräch zwi-



schen Chruschtschow und Macmillan am Rande der torpedierten Gipfelkonferenz, aus denen hervorgeht, dass der Mann, der so hemmungs- und verantwortungslos mit der Furcht und Hoffnung von Milliarden von Menschen Schindluder trieb, offenbar selber vor dem Abgrund eines dritten Weltkrieges und damit vor dem eigenen Selbstmord unwillkürlich zurückschreckte. In diesem Gespräch soll Chruschtschow dem britischen Premierminister erregt vorgehalten haben, alle Bemühungen um eine Rettung der Gipfelkonferenz seien sinnlos. Er, Chruschtschow, sei mit der festen Absicht nach Paris gekommen, eine Berlin-Lösung in seinem Sinne durchzudrücken. Die Westmächte zeigten sich aber offenbar nicht bereit, seinen diesbezüglichen Wünschen zu entsprechen, und darum werde er nunmehr, was Berlin angehe, auf eigene Faust handeln. Auf die Erwiderung Macmillans, in einem solchen Falle müsse die Sowjetunion mit *allen* Konsequenzen rechnen, sei blitzschnell die Frage gekommen, was der britische Premier unter allen Konsequenzen verstünde. Macmillan antwortete in der traditionellen verklausulierten und doch unmissverständlichen Weise der britischen Diplomatie, er meine auch *die* Konsequenzen, die für die ganze Menschheit überaus betrüblich sein würden. Darauf soll Chruschtschow geschwiegen haben. Sind diese Berichte authentisch, dann lässt sich durchaus begreifen, dass Chruschtschow seine Wut über die eigene Schrecksekunde, die ihm blitzartig und vielleicht für ein einziges Mal die Augen über die logischen Folgen seiner barbarischen und verbrecherischen Politik geöffnet haben mag, bei der nächsten Gelegenheit auf seine Weise an den Vertretern der internationalen Presse ausliess.

Jedenfalls muss sich der sowjetische Regierungschef schon auf seinem Fluge nach Ostberlin wieder wesentlich ernüchert haben. Auch der beklommene Empfang, den er diesmal fand,

trug wahrscheinlich nicht dazu bei, ihn zu einer Fortsetzung seines Pariser Amoklaufs zu ermuntern. Sogar Ulbricht und seine Clique reagierten nämlich für Stunden bestürzt. Schliesslich wollten sie ja ganz Berlin – und eines Tages hoffentlich mehr – möglichst nicht um den Preis der Vernichtung ihrer physischen Existenz und damit auch automatisch ihrer politischen Macht in ihre Gewalt bekommen, und über die Einzelheiten des Theaterdonners, den Chruschtschow in Paris zu veranstalten beabsichtigte, waren offensichtlich auch seine Berliner Genossen nicht vorher informiert worden. Angesichts der Erregung der enttäuschten Bevölkerung hielt man es auch nicht für ratsam, Chruschtschow unter freiem Himmel sprechen zu lassen, sondern arrangierte in aller Eile eine Kundgebung in der «Werner-Seelenbinder-Halle» in Ostberlin, auf der der sowjetische Ministerpräsident sich an ein sorgfältig sortiertes, «zuverlässiges» Publikum wandte, das hauptsächlich aus Funktionären der SED bestand. Die Öffentlichkeit, die mehr oder minder fest damit gerechnet hatte, Chruschtschow werde in seinem Zustand offenkundiger politischer Unzurechnungsfähigkeit tatsächlich in Berlin den angedrohten Separatfriedensvertrag abschliessen, erlebte wieder eine Überraschung. Chruschtschow äusserte sich nämlich betont gemässigt und zurückhaltend, und wenn auch seine Zuhörer aufgeatmet haben mögen, weil eine plötzliche Krise gebannt schien, die schliesslich ihr eigenes nacktes Leben berührte, waren sie doch sicherlich ob der Zumutung enttäuscht, auf die Erfüllung ihrer Ambitionen abermals auf sehr ungewisse Frist warten zu müssen:

*«...Es erhebt sich die Frage: Ist nicht die Zeit gekommen, bereits jetzt den Abschluss eines Friedensvertrages mit der DDR zu vollziehen? ... Wir haben diese Frage erörtert. Zur folgenden Schlussfolgerung sind wir gekommen: Wir glauben, dass*

*ungeachtet der Sprengung der Gipfelkonferenz durch die Kräfte der Reaktion der sich immer breiter entfaltende Kampf der friedliebenden Kräfte um die Festigung des Friedens und die Regelung der internationalen Streitfragen auf dem Wege von Verhandlungen durch ihren Sieg über die Kräfte des Krieges und der Reaktion gekrönt werden wird. Wir möchten glauben, dass die Gipfelkonferenz in sechs bis acht Monaten stattfinden wird. Unter diesen Bedingungen hat es Sinn, noch etwas zu warten, und zu versuchen, durch gemeinsame Anstrengungen aller vier Siegermächte eine Lösung für die längst schon herangereifte Frage der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, die jetzt real existieren, zu finden. Die Sache geht uns nicht aus den Augen. Warten wir noch, wird sie besser heranreifen. Deshalb wird man in Bezug auf den deutschen Friedensvertrag und dabei in der Frage Westberlins offensichtlich die bestehende Lage bis zu dem Treffen der Regierungschefs beibehalten müssen, das, wie man annehmen sollte, in sechs bis acht Monaten stattfinden wird.»*

#### ZWISCHEN FURCHT UND HOFFNUNG

Zu dem allgemeinen Staunen über diese neue – die wievielte? – Wendung durch Chruschtschows Fügung gesellte sich nach der Spannung jener grausamen Tage ein Gefühl unendlicher Erleichterung. Und damit kam es erstmalig so unverkennbar und bestürzend wie lange nicht mehr vom Psychologischen her zu der lächerlich genauen Wiederholung einer bestimmten Situation. Mag man über Parallelen mit der Vergangenheit denken wie man will, wer von den Älteren, die noch imstande sind, aus eigener Erinnerung verlässliche Vergleiche anzustellen, wollte leugnen, dass die Menschheit seit Mai 1960 in ei-

nem analogen Zustand dumpfer und gleichzeitig entwürdigender Katastrophen- und Heilserwartung lebt, wie das für den Zeitabschnitt von 1938/39 zutrifft? Zur Durchsetzung irgendwelcher Ziele hat sich der Totalitarismus bis heute noch nichts Besseres einfallen lassen, als seine Umwelt in einem permanenten Schwebezustand zwischen Furcht und Hoffnung zu erhalten, eine objektiv unsagbar primitive Methode, womit nichts darüber gesagt ist, dass man sie immer wieder raffiniert anwenden kann. Diejenigen, die sich ihrer bedienen, erreichen damit auf alle Fälle eine allmähliche Aufweichung des gegnerischen Lagers, das zur Vermeidung von Blutvergiessen und im Interesse des Überlebens der Menschheit immer verzweifelter nach irgendwelchen Kompromissen scheinbarer Vernunft und Billigkeit sucht, um nur das Schlimmste abzuwenden. Natürlich beschränkt sich ein totalitäres System keineswegs nur auf dieses Mittel, sondern strebt stets gleichzeitig ganz bestimmte konkrete, aber heimliche Lösungen an, während es seine Gegner durch Terror in einer Frage paralyisiert. Auch Hitler hat zwischen München und dem Ausbruch des Krieges mit Polen auf die Politik nicht verzichtet, im Gegenteil. Während er den Westen planmässig in den Defaitismus hineintrieb, bevor dieser notgedrungen zu den Waffen greifen musste, bereitete er hinter den Kulissen ganz allmählich seinen genialsten Gangsterstreich, den am Vorabend des zweiten Weltkrieges abgeschlossenen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, vor. Auch Chruschtschow hat das Gebot einer Fortsetzung der Politik mit den ihr eigenen Mitteln durchaus nicht aus dem Auge verloren, wie wir noch sehen werden.

Neben der Aufweichung des Widerstandsgeistes seiner Gegner und dem daraus resultierenden Verzicht auf glaubwürdig kompromisslose Entschiedenheit hat der Terror eines totalitä-

ren Systems als Instrument einer weltpolitischen Offensive in der Regel noch ein anderes Ergebnis von einer geradezu wahnwitzig anmutenden Paradoxie: zu den Symptomen von Panik und Lähmung bei den anderen gesellt sich im Laufe der Zeit ein unbewusstes Gefühl der Dankbarkeit. Beobachtet man einen Berserker, der immer wieder mit der Brandfackel am Pulverfass herumfuchtelt, möchte ihm sein Publikum schliesslich unwillkürlich die Hand schütteln, wenn er «*grosszügig*» und «*vernünftig*» genug ist, sich von diesem Pulverfass gelegentlich wieder zu entfernen. Treibt er diesen Unfug zum erstenmal, ist die Reaktion des Publikums noch gesund, noch nicht von jenes Gedankens Blässe angekränkt, der die Demokratien in solchen Situationen stets die ersten Runden einer politischen oder militärischen Entscheidung verlieren lässt; es herrscht vielmehr allgemeine Übereinstimmung darüber, dass es das einzig angemessene Verhalten wäre, den Urheber solcher Schandtat von der Stätte seiner verderblichen Spielerei zurückzureissen und ihn hinter Schloss und Riegel zu setzen, ganz einfach, weil man in einer Gesellschaft anständiger und gesitteter Menschen das Pulverfass unter allen Umständen in Ruhe lassen muss. Gelingt jedoch dem erwähnten Berserker der erste und womöglich auch noch der zweite Versuch dieser Art ungestraft, schlägt die Reaktion seines Publikums mehr und mehr um. Ja, es beginnt schliesslich die völlig unangebrachte Frage zu stellen, was für ein Motiv den Betreffenden eigentlich zu wiederholten Malen an jenes Pulverfass herangetrieben haben könnte; ob es nicht vielleicht doch gerechtfertigt sei; ob es nicht am zweckmässigsten wäre, dem Störenfried entgegenzukommen und die möglichen Triebkräfte seines verantwortungslosen Verhaltens aus der Welt zu schaffen, damit er selber wieder zur Verantwortung und Besonnenheit zurückfinde.

Wobei dann eines Tages die Gegenfrage gänzlich verstummt, ob es überhaupt und speziell auf diesem Wege möglich ist, jemandem wirkliche Verantwortung beizubringen, der auch nur einmal gezeigt hat, dass er fähig und bereit war, zur Durchsetzung irgendwelcher Wünsche das Pulverfass zu bemühen. So verwandelt die totalitäre Dialektik auf die einfachste und erprobteste Weise nach ihrem Gutdünken Schuld in Unschuld und Unschuld in Schuld.

In solchen Krisenmomenten der Menschheit macht sich auch niemand klar, dass nur der Totalitarismus sich solcher Methoden bedienen kann, die Demokratie nicht, eine Feststellung, die übrigens nicht einmal auf einen immanenten moralischen, sondern nur auf einen pragmatischen Wertunterschied abzielt. Der Totalitarismus hat nicht mit dem ständigen Gegengewicht einer wirklich freien und unabhängigen öffentlichen Meinung zu rechnen, er fabriziert sich eine solche höchstens jeweils, wenn ihm solches opportun erscheint. Einer Demokratie, die in solchen Entscheidungsmomenten aus dem blossen natürlichen und instinktiven Bedürfnis nach Gleichgewicht dem Pulverfass ebenfalls zu nahe träte, um den Übeltäter zu fassen, würde die öffentliche Meinung des eigenen Landes und gesinnungsverwandter Länder sofort entsetzt in den Arm fallen, nach dem Motiv: um Himmels willen nichts tun, was jetzt und gerade jetzt bestehende Spannungen noch «unnötig» verschärft. Auf diese Weise gelingt es dem Totalitarismus mit relativ leichter Mühe, wenn er nur konsequent und raffiniert genug vorgeht, die Aufmerksamkeit der Umwelt von wirklichen Unruheherden abzulenken, die eine Schande für die Humanität sind, und sie dafür auf Unruheherde zu konzentrieren, die er selber künstlich geschaffen hat. Ein Historiker späterer Zeiten, der die Beklemmungen und Ängste unserer Generation nicht mehr einkalkuliert, weil sie ihm fernliegen, sondern der

nur nüchtern die Fakten konstatiert, wird sicherlich den Kopf darüber schütteln, dass in der Weltpolitik in den Jahren 1960/61 fast ausschliesslich von *Berlin* die Rede war, dass aber die Tragödie *Ungarns*, die Tragödie *Tibets*, um nur die beiden krassesten Beispiele zu nennen, dem Bewusstsein der Menschen so gut wie vollständig entschwanden.

Nur wenn man von diesen prinzipiellen Betrachtungen ausgeht, wird das Zusammenspiel Chruschtschows und Ulbrichts seit der mutwilligen Torpedierung der Pariser Gipfelkonferenz bis zum Herbst 1961 einerseits, das Verhalten des Westens und insbesondere das der sogenannten Neutralen andererseits überhaupt verständlich. Im Gegensatz zu seinem Auftreten in Paris hatte Chruschtschow mit seiner Rede in Ostberlin am 20. Mai 1960 für einen neuen Zeitgewinn von sechs bis acht Monaten plädiert. Sicher tat er das, weil er selber spürte, dass sein eigener Bogen durch die Torpedierung der Gipfelkonferenz überspannt worden war. Aber er konnte für seine Sache auch einen beträchtlichen Gewinn verbuchen, den es systematisch zu nutzen galt. Zwischen dem Sowjetultimatum vom November 1958 und dem Mai 1960 hatte die Welt zwar sorgenvoll, aber doch mehr oder minder theoretisch die Eventualität eines dritten Weltkrieges in Betracht gezogen. Während der dramatischen Tage von Paris hatte sie mit allem begreiflichen Schauer einen ersten unmittelbaren Blick auf das vielleicht nahe bevorstehende Ende getan. Wenn ihn, Chruschtschow, dieser Blick schon abschreckte, wieviel mehr musste das noch auf die anderen zutreffen? Mit dem Mai 1960 begann zweifellos eine neue Phase. Seitdem gewöhnten sich in aller Herren Länder auch die politisch indifferenten Schichten daran, viel regelmässiger Zeitungen zu lesen und Rundfunknachrichten zu hören. Ähnlich wie in dem Zeitabschnitt zwischen der Münchener Konferenz und Hitlers Einmarsch in

Polen fühlten sich alle ungemein erleichtert, wenn sie aus den täglichen Informationen entnahmen, dass Herr Chruschtschow zufällig einmal Ruhe gab, dass er nicht durch irgendein Ereignis in neuerliche Wut versetzt worden sei. Umso stärker und empfindlicher wirkten sich in dieser Atmosphäre dumpfer Betäubung plötzliche Donnerschläge aus, die jeden Zeitgewinn abermals in Frage stellten und damit verknüpfte Hoffnungen zunichte zu machen drohten.

Der vorgegebene Anlass für solche Donnerschläge konnten aber sowohl für die allmählich selber beunruhigten osteuropäischen Satelliten der Sowjetunion wie für die Neutralen oder, besser gesagt, Pseudoneutralen, nur entsprechende Sündenböcke sein, die die Moskauer Propaganda nach Belieben zu Besessenen oder Kriegsfurien stempelte. Unmittelbar vor und nach Paris baute Chruschtschow vorübergehend den amerikanischen Präsidenten Eisenhower als Figur eines Weltfriedensfeindes Nr. 1 auf, also ausgerechnet den konzilientesten und weichsten Partner, der ihm in den Vereinigten Staaten jemals begegnet war. Indessen empfand man im Kreml selbst, dass eine solche Kampagne auf die Dauer nicht lohne, weil Eisenhower ja binnen weniger Monate von der politischen Bühne abtreten würde. Also konzentrierte man sich wieder stärker auf ein schon aus früheren Jahren bewährtes Objekt kommunistischer Greuelmärchen, nämlich auf die Bundesrepublik und deren Regierungschef, dem Chruschtschow noch wenige Monate zuvor in dem erwähnten Briefwechsel seine persönliche Hochschätzung zum Ausdruck gebracht hatte.

Am 10. Juli 1960 trat der damalige österreichische Bundeskanzler Julius Raab unmutig und verlegen vor das Mikrophon, weil er sich zu dem ungewöhnlichen Schritt veranlasst sah, die Öffentlichkeit durch einen persönlichen Kommentar über den



Verlauf des Staatsbesuches des sowjetischen Ministerpräsidenten in seinem Lande aufzuklären. Sowohl die amerikanische wie die deutsche Botschaft waren vorstellig geworden, um ihrem Befremden darüber Ausdruck zu geben, in welcher demonstrativer Weise Chruschtschow seinen Aufenthalt in einem neutralen Staate zu schweren allgemeinen und persönlichen Verunglimpfungen missbraucht hatte. Auch die führende österreichische Presse machte ihrem Unmut und ihrem Zorn darüber in so deutlichen Worten Luft, dass sich Raab zu folgenden Feststellungen veranlasst sah:

*«...Auch wir haben den sowjetischen Ministerpräsidenten darüber nicht im unklaren gelassen, dass wir mit seinen Äusserungen, die er über uns befreundete Staaten und Persönlichkeiten auf österreichischem Boden gemacht hatte, nicht einverstanden waren. Ich denke hier in erster Linie an die Vereinigten Staaten von Amerika, denen wir für ihre Hilfe in der Nachkriegszeit zu stetem Dank verpflichtet sind, an die Bundesrepublik Deutschland, mit der uns aufrichtige Freundschaft verbindet, und auch an unseren südlichen Nachbarn Italien . . .*

*Ich möchte hier ausdrücklich noch persönlich feststellen, dass mir die Äusserungen des sowjetischen Ministerpräsidenten über den deutschen Bundeskanzler Dr. Adenauer, mit dem mich eine langjährige Freundschaft verbindet, besonders unangenehm waren, da ich sie für vollkommen unbegründet ansehe. Ich habe dies dem sowjetischen Ministerpräsidenten gegenüber auch eindeutig festgestellt.»*

Was war geschehen? Auf seiner Rundreise durch Österreich besuchte Chruschtschow unter anderem auch die Stätte des berühmten ehemaligen Nazikonzentrationslagers Mauthausen, um dort die Behauptung aufzustellen, der deutsche Regierungschef unterscheide sich praktisch in nichts von Adolf Hitler. Auf einer Pressekonferenz am 8. Juli 1960 in Wien um ei-

ne Präzisierung dieses abgeschmackten Vergleichs gebeten, beharrte Chruschtschow auf seiner Auffassung und illustrierte sie noch mit den üblichen Argumenten. Auch Adenauer beachtete, wie Hitler, «*alle demokratischen Organisationen Deutschlands zu zerschlagen*», verfolge «*Menschen, die für demokratische Freiheiten einträten*» und schüre Revanchestimmungen. Natürlich benutzte Chruschtschow die gleiche Gelegenheit, seine üblichen Berlin-Drohungen zu erneuern, diesmal allerdings mit einer sensationell wirkenden Ankündigung, die seine Zusage, eine neue Gipfelkonferenz abwarten zu wollen, nach knapp zwei Monaten praktisch in die Luft schoss:

*«..Wir haben Informationen aus Westdeutschland, dass dort gerade der Gedanke ausgebrütet wird, im September eine Sitzung des Bundestages in Westberlin zu veranstalten. Das geschieht zu provokatorischen Zwecken. Vielleicht sollten wir uns mit den Genossen Grotewohl und Ulbricht und den Vertretern anderer sozialistischer Länder, die am Krieg gegen Hitler-Deutschland teilgenommen haben, etwas überlegen. Vielleicht sollten wir die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit der DDR zeitlich zur Einberufung des Bundestages in Westberlin anberaumen. Und dann müssten alle Bundestagsabgeordneten sich bei Grotewohl Visa beschaffen, um aus Berlin nach Bonn heimfahren zu können ..»*

Chruschtschow hoffte damit zweifellos zweierlei zu erreichen: einmal tatsächlich den Bundestag von allen Plänen einer Sondersitzung in Berlin abzuschrecken, ferner den sommerlichen Ferienfrieden durch ein neues Gewitter, nämlich durch die Aktualisierung eines Separatfriedensvertrages in kürzester Frist, empfindlich zu stören. Wenige Tage nach dieser Wiener Pressekonferenz, am 19. Juli 1960, berief Ulbricht in Ostber-

lin ebenfalls eine Pressekonferenz ein, um die Anwesenden mit der von ihm ausgebrüteten Entdeckung zu konfrontieren, die Bundesregierung bereite in enger Tuchfühlung mit den USA den dritten Weltkrieg vor. Auf eine Frage nach seiner Meinung über die Durchführung einer Sitzung des Bundestages in Westberlin erklärte er wörtlich: *«...Weder Bonner Bundestag noch Bonner Behörden haben in Westberlin irgendetwas zu suchen. Westberlin liegt auf dem Territorium der DDR, ist ein Teil ihres Territoriums . . . Wir sitzen – das möge jedermann bedenken – am längeren Hebel. Und wenn es erforderlich sein sollte, so wird die Regierung der DDR zu gegebener Zeit die notwendigen Massnahmen veranlassen.»* Desgleichen versuchte Ulbricht auf seiner Pressekonferenz, die Westberliner Behörden unter Druck zu setzen: *«...Es wäre für den Senat in Westberlin auch zweckmässig, wenn er die nächsten Monate benutzen würde, mitzuhelfen, dass die Spionagezentralen in Westberlin abgebaut und die Zweigministerien der Bonner Regierung nach Westdeutschland zurückgeschickt werden. Es ist auch an der Zeit, den RIAS zu demontieren! Wir haben keine Rundfunksender in Washington, und wir wünschen nicht, dass es in unserem Lande einen amerikanischen Rundfunksender gibt.»*

Natürlich waren sowohl Chruschtschows Ausfälle in Wien wie Ulbrichts Vorstösse in Ostberlin in ihrer unmittelbaren Zeitbezogenheit genauso in einem dialektischen Sinne zu werten wie vordem das Initialdokument der Berlinkrise, die Sowjetnote vom November 1958: nur hatten sich beide indessen ihrem Hauptziel beträchtlich genähert und es insofern gar nicht nötig, sich selber allzu wörtlich zu nehmen. Tatsächlich ging es ihnen keineswegs um eine Forcierung jenes Separatfriedensvertrages, dessen Stunde auch aus ihrer eigenen Sicht noch in relativ weiter Ferne lag. Es ging ihnen vielmehr dar-

um, hinter dem Schirm einer neuen Einschüchterungskampagne den ersten gezielten Schlag gegen den Viermächtestatus Gesamtberlins vorzubereiten, der zwar ausdrücklich noch mit Glacéhandschuhen geführt werden, aber doch schon in erster Instanz das Wesentliche der internationalen Vereinbarungen von 1944 bzw. 1949 in Frage stellen sollte. Bevor wir uns aber den damit verbundenen Ereignissen zuwenden, muss in aller Kürze nachgetragen werden, wie das unfreiwillige Objekt der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, Westberlin, sich in jenen Monaten verhielt, wie es auf die Ereignisse reagierte und wie es trotz alledem sein inneres Leben gestaltete und das eigene Haus weiter in Ordnung brachte.

#### FRIEDLICHER AUFBAU IN WESTBERLIN

Was die innere Ordnung und den planmässigen Aufbau anbetraf, erwies sich die so oft verdächtigte «*Spionage- und Agentenzentrale*», der «*Sumpf des Kalten Krieges*», die «*Frontstadt*» mitten im Getöse einer aus den Fugen geratenen Weltpolitik wie vorher als eine Insel wirklichen Friedens. Ja, vielleicht brachte es gerade die gewaltsame und widerrechtliche Abschnürung des freien Teils der deutschen Hauptstadt mit sich, dass hier alle positiven und auf eine bessere Zukunft gerichteten Massnahmen mit viel stärkerer Bewusstheit und grösserer Genugtuung vollzogen und empfunden wurden als anderswo, als überall dort, wo solche Massnahmen einen selbstverständlicheren Anstrich hatten. Gerade das Jahr 1960 war für die isolierte Stadt, die sich nach Aufhebung der Blockade zu neuer und phantasievoller Initiative gezwungen sah, um sich ihre Reputation als kulturelles, geistiges und wirtschaftliches Energiezentrum wieder zu verdienen, in mehrfacher Hinsicht ein Jubiläumsjahr. Man rüstete zu den X. Inter-

nationalen Filmfestspielen wie zu den X. Berliner Festwochen, die diesmal betont feierlich und glanzvoll begangen werden sollten. Der in seiner modernen Zweckhaftigkeit weitaus schönste Platz der neuen Weltstadt, der Ernst-Reuter-Platz, erfuhr im Frühjahr durch die Grundsteinlegung für ein weiteres Hochhaus eine entsprechende Abrundung. In dem alljährlich mit grösserer Intensität betriebenen Wohnungsbauprogramm rückte man unaufhaltsam auf die stattliche Zahl von 200'000 zu. Im Frühjahr war die Arbeitslosigkeit praktisch überwunden, während das Sozialprodukt geradezu ruckartig stieg. In vorausschauenden Kreisen begann man sich damals die ersten Sorgen darüber zu machen, wie man den leer gewordenen Arbeitsmarkt im Interesse bevorstehender wichtiger Zukunftsaufgaben durch die Gewinnung junger Nachwuchskräfte auffüllen könnte. Das Oster- wie das Pfingstfest führten ganze Scharen westdeutscher und ausländischer Gäste in die deutsche Hauptstadt mit dem einzigen Ziel, während der Feiertage die nötige Ausspannung und Erholung einmal nicht an einem idyllischen Plätzchen, sondern an einem auch äusserlich recht attraktiv gewordenen Brennpunkt des Weltgeschehens zu suchen.

Andere, unter ihnen sehr prominente Besucher, kamen freilich zu fest umrissenen Zwecken. Die Geschäftsleitungen sowohl der Kongresshalle wie des Messegeländes am Funkturm hatten alle Hände voll zu tun, um den Ansprüchen der einander in fast ununterbrochenem Wechsel folgenden Ausstellungen, Konferenzen usw. zu genügen. Unter den Veranstaltungen dieser Art sei nur die wichtigste jener Tage besonders erwähnt, mit der sich für Berlin ebenfalls ein Jubiläum und eine stolze Erinnerung verbanden. Der *Kongress für Kulturelle Freiheit*, im Sommer 1950 unter der düsteren Begleitmusik des soeben

anhebenden Koreakrieges in Berlin ins Leben gerufen, kehrte genau zehn Jahre später zur Stätte seines Ursprungs zurück. Wiederum setzte sich eine Elite internationaler Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler für fünf Tage zusammen, um in einem teils leidenschaftlichen Ringen der Geister die für die Erhaltung der menschlichen Kultur wichtigsten Probleme der Zeit zu diskutieren. Im Ehrenpräsidium des Kongresses nahm unter anderen erlauchten Persönlichkeiten Altbundespräsident Prof. Theodor Heuss Platz. Die Ergebnisse dieses zweiten Kongresses für Kulturelle Freiheit mochten weniger greifbar, vor allem weniger mitreissend und zündend erscheinen als die des ersten, der sich von Berlin aus mit seinem unvergesslichen Manifest an die ganze Welt gewandt hatte. Aber ganz abgesehen davon, dass meist – entgegen dem alten Sprichwort – jede planmässige Weiterentwicklung schwerer ist als der Anfang, der in der Regel mit unverbrauchtem Schwung gemacht wird, wurde das weniger überzeugende Ergebnis des zweiten Kongresses für Kulturelle Freiheit durch einen bedeutsamen Umstand bei weitem aufgewogen: an ihm nahm erstmalig in so stattlicher Zahl die Intelligenz der jungen Entwicklungsländer Afrikas und Asiens teil, die mit allem Nachdruck auf jenem Forum der Weltoffenheit und des wechselseitigen intellektuellen Respekts auch ihre Sorgen und Anregungen vortrug.

Im Gegensatz zu der resignierenden Atmosphäre, die der illusionäre Geist von Camp David gerade an jenem Ort verursacht hatte, der ihn sofort blitzartig als Ungeist erkannte, begann sich mit dem Frühjahr 1960 auch die politische Zuversicht wieder zu beleben. Diese allmähliche Aufhellung des Horizonts wurde nur durch den Umstand lebhaft beeinträchtigt, dass die Berliner die unaufhaltsam steigende Not ihrer Mitbürger aus der Sowjetzone unmittelbar zu spüren bekamen. Die Flüchtlingsbewegung nahm nach ihrem relativen Tiefstand im

Jahre 1959 schon in den ersten Monaten des folgenden Jahres auch quantitativ wieder unverkennbar zu. Im Notaufnahmelaager Marienfelde erschienen vor allem Hunderte und bald Tausende ehemals selbständiger Bauern mit ihren Familien, um den Folgen der Zwangskollektivierung zu entgehen, die das Ulbrichtregime in dieser Zeit so fanatisch und überstürzt erzwang, dass man sich sogar in Moskau vorübergehend befremdet zeigte. Selbstverständlich nutzte Pankow ferner die Verschärfung der politischen Lage in den Wochen vor der Gipfelkonferenz nach Kräften aus, um in Westberlin Nervosität oder gar Panik zu erzeugen. Daneben fehlte es freilich auch niemals an ebenso plumpen wie dreisten Anbiederungsversuchen. So hatte der Westberliner SED-Vorsitzende Danielus die Stirn, den Regierenden Bürgermeister für den 12. April 1960 zu einer von seiner Partei geplanten politischen Kundgebung in die Deutschlandhalle als Korreferent des inzwischen verstorbenen sowjetzonalen Aussenhandelsministers Heinrich Rau einzuladen, um mit diesem angesichts der bevorstehenden Gipfelkonferenz über das Thema einer «*friedlichen Lösung der Westberlin-Frage*» zu diskutieren. Natürlich würdigte weder der Adressat den Briefschreiber einer Antwort noch gab sich die Geschäftsleitung der grössten geschlossenen Versammlungshalle Westberlins ihrerseits zu einem solchen politischen Firlefanz her. Wie man im freien Teil der Stadt über solche Zumutungen dachte, ergibt sich am deutlichsten aus einem Kommentar jener Tage, in dem es wörtlich hiess:

*«..über eine Grosskundgebung der SED in Westberlin, vielleicht sogar in der Deutschlandhalle, liesse sich durchaus reden, aber mit einem anderen, die Bevölkerung ungleich mehr interessierenden Diskussionsgegenstand. Wie wäre es mit einer Kundgebung, auf der die Spitzenfunktionäre des*

*Pankower Regimes mit den Flüchtlingen aus der Sowjetzone konfrontiert werden, insbesondere mit den rund 1'500 Bauern, die in letzter Zeit dem unsagbaren Gewissensdruck der Zwangskollektivierung entwichen sind? Doch auf einen solchen Vorschlag würde sich wohl wiederum, und zwar aus wohlerwogenen Gründen, die SED kaum einlassen.»*

Auf Anregung der Bundesregierung schafften Senat und Abgeordnetenhaus in den gleichen Tagen die gesetzlichen Grundlagen für eine jederzeit durchführbare Volksabstimmung in ihrem Hoheitsbereich, falls der Verlauf der Gipfelkonferenz einen solchen Schritt ratsam erscheinen lassen sollte. Wie wenig es jedoch im Grunde einer offiziellen Volksabstimmung bedurfte, ergab sich bald danach aus einer spontanen: den Worten des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier und des Regierenden Bürgermeisters applaudierten auf der Kundgebung des 1. Mai 1960 noch weit mehr Berliner als im Vorjahre: man schätzte ihre Zahl auf rund 750'000. Zur gleichen Stunde veranstaltete das Zonenregime, wie üblich, diesmal aber noch übermütiger und grosssprecherischer als je zuvor, auf dem Marx-Engels-Platz in Ostberlin die Schaustellung seiner bewaffneten Streitkräfte zum überzeugenden Beweis seiner unentwegt *«friedlichen»* Absichten.

Der Schock, den die Sprengung der Gipfelkonferenz in der ganzen Welt auslöste, wirkte sich in Berlin verhältnismässig wenig aus, ganz einfach, weil keine Zeit blieb, gründlicher über ihn nachzudenken und weil dessen Initiator Chruschtschow schon vier Tage später in seiner bereits erwähnten Rede gerade von Ostberlin aus plötzlich genug seine wiedererwachte *«Geduld»* bekundete. Dennoch nahmen die politischen Kreise im freien Teil der Stadt die Versicherung, der sowjetische Regierungschef wolle sechs bis acht Monate auf eine neue Gipfelkonferenz warten, von vornherein nicht ernst, son-



den rüsteten sich auf eine neue Phase des Nervenkrieges. Die von Chruschtschow gesetzte Frist für eine neue Gipfelkonferenz erschien schon darum unrealistisch, wenn nicht unsinnig, weil kaum zu erwarten stand, dass eine solche Veranstaltung ausgerechnet im Augenblick der Amtsübernahme des neuen amerikanischen Präsidenten hätte stattfinden können. In Berlin herrschte vielmehr der Eindruck vor, dass die Sowjets und ihre Pankower Satelliten die von Chruschtschow gesetzte Frist einer trügerischen Ruhe brauchten, um gleichsam an einem Sandkastenspiel die Möglichkeiten und Durchbruchschancen einer späteren grossangelegten politischen Offensive vorzuexerzieren.

#### SCHLAG GEGEN DEN VIERMÄCHTESTATUS

Es waren denn auch nicht etwa sechs oder gar acht Monate, sondern erst zwei vergangen, als die Vorgänge in Berlin die Schlagzeilen der Weltpresse wieder zu beschäftigen begannen. Am 21. Juli 1960, zwei Tage nach der Entdeckung Ulbrichts auf seiner Pressekonferenz, die Bundesrepublik bereite einen Revanchekrieg gegen die *«friedliebenden Länder des sozialistischen Blocks»* vor, beschlagnahmten die sowjetzonalen Behörden am Kontrollpunkt Babelsberg einen Berliner Lastwagen, der Eternit-Platten in die Bundesrepublik transportieren sollte, unter dem Vorwand, es handele sich um *«Kriegsmaterial»*. Eine Woche später wurde ein zweiter Lastwagen aus Westberlin aus dem gleichen Grunde zurückgehalten. Ulbricht benötigte dringend einen *«Beleg»* dafür, dass auch Westberlin an den angeblichen Kriegsvorbereitungen beteiligt sei. Um Störungen des Interzonenhandels, die auch Pankow nicht wünschte, zu vermeiden, gab man die beiden Lastwagen nach einigen Tagen frei, weil sie mit ihrer Ladung natürlich kein Beweismaterial für die Ulbricht'schen Behauptungen waren.

tungen darstellten. Immerhin war ein Vorwand gefunden, das Berlin-Problem wieder zu aktualisieren und im eigenen Machtbereich eine neue Hetzkampagne zu starten. Diese richtete sich vornehmlich gegen die Ostberliner SPD und ihre führenden Repräsentanten. Bekanntlich war die SPD, genau wie die SED, auf Grund eines Kontrollratsbeschlusses von 1946 in allen Berliner Sektoren zugelassen worden, fristete aber im Ostsektor mehr und mehr ein bedrängtes und schwieriges Dasein. Es handelte sich indessen um einen überaus bemerkenswerten Sonderfall, nämlich um die einzige demokratische Organisation westlicher Prägung, die in der riesigen Machtsphäre des Kommunismus zwischen Marienborn und Wladiwostock legal bestand und entsprechende Beziehungen zu einer westlichen Partei, nämlich zum Westberliner Landesverband der SPD, unterhielt. Natürlich blieb die Ostberliner SPD, in krassem Gegensatz zur SED in Westberlin, von allen Möglichkeiten unbehinderter Agitation und politischer Mitwirkung ausgeschlossen. Sie verfügte auch über keine Vertretung in der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung, weil sie ja zu diesem Zweck ihren demokratischen Charakter hätte aufgeben und sich der Blockpolitik des kommunistischen Regimes hätte gleichschalten lassen müssen. Dennoch war die Existenz der SPD in Ostberlin ein Faktor von grosser politischer und noch grösserer moralischer Bedeutung. Politisch konnte sie als ein Sinnbild des noch immer rechtsgültigen Viermächtestatus angesehen werden, unter dessen Auspizien sich die Situation in Ostberlin in erheblichen und wesentlichen Nuancen von der Zone unterschied. Moralisch wirkten die rund 6'000 Menschen, die sich zwölf Jahre nach der Spaltung Berlins weiterhin öffentlich zu den Grundsätzen westlicher Demokratie bekannten, durch ihr mutiges Beispiel anfeuernd und belebend

auf viele sympathisierende und gleichgesinnte, aber in ihrem Auftreten vorsichtigere Elemente in der sogenannten «*Hauptstadt der DDR*». Kreisorganisationen und Abteilungen bestanden in allen acht Bezirken des Ostsektors, und so wenig die SPD hier nach aussen wirken konnte, so fest und unverbrüchlich trat ihr innerer Zusammenhalt in Erscheinung. Regelmässig ergriffen auf den Kreis- und Abteilungsversammlungen auch prominente Sprecher der Westberliner SPD zu Vorträgen und Referaten das Wort. Als ein Unikum verdient schliesslich hervorgehoben zu werden, dass die Ostberliner SPD durch zwei Abgeordnete im Bonner Bundestag vertreten war.

Gegen einen dieser Abgeordneten, den SPD-Vorsitzenden des Kreises Friedrichshain, Neubauer, wurde im August 1960 ein systematischer Pressefeldzug in den sowjetzonalen Organen gestartet. Man bediente sich dabei vornehmlich fingierter Leserzuschriften, da man offenbar die Stunde noch nicht für gekommen hielt, die Redaktionen unmittelbar einzuschalten. Immerhin wurde Neubauer in diesen Leserzuschriften unter Ignorierung des Viermächtestatus als «*DDR-Bürger*» angesprochen, der in der Bundesrepublik «*Kriegshetze*» treibe und auf den man deshalb das sowjetzonale «*Gesetz zum Schutze des Friedens*» anwenden müsse. Doch zeigte sich gerade an diesem Beispiel die typische Eigenart der Kommunisten, die gern das Äusserste provozieren, aber ebenso eindeutig vor dem Äussersten zurückschrecken, sobald einer von ihnen inspirierten Massnahme ein entsprechende Gegenmassnahme folgt. Kaum von seinem sommerlichen Urlaub zurückgekehrt, stattete der Regierende Bürgermeister in seiner Eigenschaft als SPD-Landesvorsitzender, dem auch die Organisation im Ostsektor unterstand, dem Kreisbüro seiner politischen Freunde im Bezirk Friedrichshain einen demonstrativen Besuch ab.

Die Anwesenheit des prominenten Gastes sprach sich wie ein Lauffeuer herum, Tausende von Menschen versammelten sich in den angrenzenden Strassen und winkten dem Repräsentanten des freien Berlin begeistert zu. Nach dieser in jeder Hinsicht unmissverständlichen Reaktion wich die SED zurück und blies den Feldzug sowohl gegen den Bundestagsabgeordneten Neubauer wie gegen die Ostberliner SPD überhaupt ebenso unauffällig ab, wie sie ihn auffällig genug begonnen hatte.

Machten demnach die ersten Vorbereitungen der SED für das geplante Sandkastenspiel gegen den Viermächtestatus noch einen ungezielten, verworrenen, ja, fast hilflosen Eindruck, dann lässt sich das von dem am 30. August geführten Schlag, der logischerweise sehr viel weitere Kreise zog, wahrhaftig nicht behaupten. An diesem Tage gab die sowjetzonale Nachrichtenagentur ADN eine Anordnung des Innenministers der Sowjetzone bekannt, nach der Einwohnern Westdeutschlands in der Zeit vom 31. August, 0 Uhr, bis zum 4. September, 24 Uhr, das Betreten des Ostsektors von Berlin nur noch gestattet würde, wenn sie im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung seien. In diesen Tagen sollten in Westberlin zwei Veranstaltungen stattfinden, die die Sowjetzonenbehörden zu «*Revanchistentreffen*» stempelten, vor deren Auswirkungen sie ihre «*Hauptstadt*» schützen müssten: eine Konferenz des Heimkehrerverbandes und der «*Tag der Heimat*», der bemerkenswerterweise bereits elfmal ohne östliche Proteste begangen worden war. Gleichzeitig kündigte Pankow für die genannten Tage eine scharfe Überwachung der Verkehrswege nach Berlin an, um «*Revanchisten*» an der Einreise zu hindern.

Diese Massnahme bedeutete eine dreifache Verletzung des Viermächtestatus für ganz Berlin und der Abkommen, die ihn nach Aufhebung der Blockade im Mai und Juni 1949 erneut bekräftigt hatten: die geplante «*scharfe Überwachung der Ver-*

*kehrswegen*» stellte einen Eingriff in die garantierte Freiheit der Landverbindungen nach Berlin dar, die Sperrung der Sektorengrenzen für westdeutsche Besucher ohne ausdrückliche Aufenthaltsgenehmigung ignorierte das Prinzip voller und ungehinderter Bewegungsfreiheit im ganzen Stadtgebiet. Immerhin war es zu ähnlichen Behinderungen, wenn auch in der Regel in umgekehrter Richtung, schon mehrfach gekommen – man denke etwa an die vorübergehenden Absperrungsmaßnahmen während des kommunistischen Weltjugendtreffens im Jahre 1951 –, doch hatte die formale Verantwortung bis dahin stets der Ostberliner Magistrat übernommen. Insofern war die dritte Verletzung des Viermächtestatus gleichzeitig die ernsteste und folgenschwerste, die Tatsache nämlich, dass die Anweisungen über die Erschwerung des Personenverkehrs an den Sektorengrenzen Berlins vom sowjetzonalen Innenministerium ausgingen und dass sich damit eine Behörde in der deutschen Hauptstadt erstmalig Zuständigkeiten anmasste, in der sie rechtens nicht einmal institutionell etwas zu suchen hatte.

Prüft man die Reaktionen in Westberlin, in Bonn und in den westlichen Hauptstädten auf diesen raffiniert auskalkulierten kommunistischen Übergriff, so schneidet Westberlin im Hinblick auf die Folgerichtigkeit seines Verhaltens am besten ab, wobei freilich zu bedenken ist, dass seine Möglichkeiten weit aus am begrenztsten waren. Der Senat dachte gar nicht daran, trotz mancher unfreundlicher Kommentare sogar westlicher Presseorgane, auf die später noch einzugehen ist, unter dem Druck der neuen Krise etwa die beiden *revanchistischen* Veranstaltungen abzusagen. Der Regierende Bürgermeister erklärte vielmehr mit vollem Recht in seiner Begrüßungsrede auf der Konferenz des Heimkehrerverbandes: «...*Wenn man*

sich diese Willkür gefallen liesse, würde man sich auf eine abschüssige Ebene begeben, auf der es kaum noch ein Halten gäbe. Denn jedes Nachgeben würde nur zu neuen Forderungen und zu neuer Willkür führen.» Ferner traf der Senat in schleunigen Verhandlungen mit den drei westlichen Fluggesellschaften Vorsorge, dass die angeblichen «Revanchisten», denen der Zugang nach Berlin auf dem Landwege verwehrt wurde, den Tagungsort ohne finanzielle Nachteile auf dem Luftwege erreichen konnten. Tatsächlich kamen in den fünf Tagen zwischen dem 31. August und dem 4. September – den Eisenbahnverkehr nicht einbegriffen, für den genaue Angaben fehlen – über 4'000 Personen mehr nach Westberlin, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, obwohl über 1'000 Bürgern aus der Bundesrepublik der freie Zugang auf dem Landwege verwehrt wurde. Andere (Reisende, die die sowjetzonalen Behörden schliesslich passieren liessen, insbesondere Schulklassen und Jugendgruppen, sahen sich vorher stundenlangen und teilweise entwürdigenden Belästigungen und Verhören ausgesetzt. Dessenungeachtet nahmen die beiden von Pankow des «Revanchismus» bezichtigten Veranstaltungen einen ungestörten und unter den obwaltenden Verhältnissen sogar recht eindrucksvollen Verlauf.

In Bonn wie in den westlichen Hauptstädten beantwortete man die Verletzung des Viermächtestatus im Sinne des alten Sprichwortes «*Hannemann, geh du voran!*» In Bonn berief man sich darauf, dass nach den geltenden Vereinbarungen die Überwachung und Sicherung des Viermächtestatus Angelegenheit eben der vier Mächte sei, also der Sowjetunion und der drei westlichen Verbündeten der Bundesrepublik. Bonn ermangle der Kompetenzen, sich in Berliner Zwischenfälle einzumischen, wenigstens in erster Instanz. In den westlichen Hauptstädten vertrat man vielfach die Auffassung, dass es um-

gekehrt Bonn zukomme, unmittelbar tätig zu werden und dass es dazu vornehmlich durch den Interzonenhandel über wirksame Mittel verfüge. Mit ärgerlichem Missfallen verzeichnete man es ferner im westlichen Ausland, dass zahlreiche westdeutsche Firmen trotz aller energischen Gegenvorstellungen der Bundesregierung und der führenden Wirtschaftsverbände auf der soeben eröffneten Leipziger Herbstmesse wiederum mit Ständen vertreten seien. Wenn sich «die Deutschen» in eigener Sache so inaktiv zeigten, warum sollte dann der Westen angesichts der neuen Berlin-Krise für sie die Kastanien aus dem Feuer holen?

Dies war, wohlgemerkt, natürlich nicht die offizielle Auffassung der westlichen Regierungen, wohl aber neigte ein grosser Teil der öffentlichen Meinung im Ausland zu derart widersinnigen Schlüssen. Sicherlich traf es zu, dass Bonn auf die zunächst ja nur für fünf Tage vorgesehene teilweise Abriegelung der Sektorengrenze in Berlin mit einer sofortigen Kündigung des Interzonenhandelsabkommens hätte reagieren können. Dass die Bundesregierung aber mit einer so drastischen Sanktion noch einige Wochen wartete, hatte durchaus einleuchtende Gründe. Einmal standen beide Massnahmen – die zunächst kurzfristige und nur für westdeutsche Besucher geltende Einschränkung der Freizügigkeit in Berlin und eine Kündigung des Interzonenhandelsabkommens weder logisch noch dem Gewicht nach in einem angemessenen Verhältnis. In Westberlin war die Bundesregierung zwar mit einer Reihe von Behörden und Aussenstellen, nicht aber mit einer Exekutive vertreten, die dort notfalls Gewalt mit Gewalt hätte beantworten können. Im Gegenteil, Westberlin galt ja gerade mit Rücksicht auf den Viermächtestatus auch nach Auffassung der westlichen Schutzmächte als ein «*Bundesland besonderer*

*Art*», bildete aber keinen integrierenden Bestandteil des Bundesgebietes. Ausserdem erscheint es begreiflich, dass die Bundesregierung Bedenken empfand, ihre einzige, allerdings höchst wirksame Waffe durch einen vorzeitigen Einsatz abzustumpfen. Dennoch hätten zumindest die psychologischen Demonstrationen der Bundesrepublik gegen den Übergriff Pankows zweifellos weniger zimperlich sein können und sich nicht nur auf offizielle Erklärungen beschränken müssen. Dies galt vor allem für eine etwaige öffentliche Anprangerung der unentwegten Geschäftemacher auf der Leipziger Messe. Gewiss verfügt eine Demokratie nicht über die Mittel, die Narrenfreiheit zu unterbinden oder würdelose Elemente in ihrer Profitgier zu beschränken, soweit diese formal ausserhalb des Kriminellen bleibt, aber sie sollte doch soviel Selbstachtung haben, sich notfalls in aller Öffentlichkeit von ihnen zu distanzieren.

So fällt die Hauptverantwortung für die unzulänglichen und schwächlichen Reaktionen der freien Welt auf den Gewaltstreich in Berlin eindeutig den Westmächten zu. Sie waren zusammen mit der Sowjetunion die Garanten des Viermächtestatus, sie hätten daher allein das Recht und die Möglichkeit gehabt, einer so eindeutigen Verletzung dieses Viermächtestatus schon im Initialstadium zu begegnen. Tatsächlich unternahmen sie aber zunächst nicht einmal einen offiziellen Protestschritt in Moskau, sondern begnügten sich damit, ihre drei Kommandanten in Berlin beim sowjetischen Stadtkommandanten vorstellig werden zu lassen. Dieser wies den Vorwurf, die vom sowjetzonalen Innenministerium angeordnete Verkehrsbeschränkung sei eine flagrante Rechtsverletzung und ein Verstoß gegen die Vereinbarungen nach Aufhebung der Blockade, vierzehn Tage später mit dem Bemerkten zurück, die Zonenregierung «übe auf ihrem Territorium die volle Rechts-herrschaft aus», Gleichzeitig bezichtigte der sowjetische



Stadtkommandant die Westmächte eines Missbrauchs der Luftkorridore, weil Teilnehmer an *«Militaristen- und Revanchistentreifen»* auf dem Luftwege nach Westberlin gebracht worden seien. Die Luftkorridore seien jedoch nur *«für die Bedürfnisse der in Westberlin stationierten Garnisonen der Westmächte zur Verfügung gestellt worden»*. Es erscheint notwendig, in diesem Zusammenhang einmal auf das inzwischen fast mechanisch funktionierende Katze-und-Maus-Spiel westlicher Proteste und sowjetischer Gegenäußerungen etwas näher einzugehen, weil die kommunistische Lesart auch nach der Berlin-Krise vom September 1960 sich stets gleichgeblieben ist. Alle seit dieser Zeit erhobenen Vorstellungen und Beschwerden des Westens über Rechtsverletzungen und Übergriffe in Berlin erteten bis über den 13. August 1961 hinaus bei ihrem sowjetischen Partner, sei es in Ostberlin oder in Moskau, immer nur ein Achselzucken, verbunden mit einem mehr oder minder – meist minder – höflichen Hinweis auf die völlige Unzuständigkeit der Sowjetunion und die bestehenden *«Souveränitätsrechte»* des Zonenregimes. Chruschtschow durfte sich das auch leisten, nachdem Ulbricht der erste Handstreich gegen die Rechte des Westens in Berlin in eigener Regie so unerwartet glänzend gelungen war.

Nachträglich kann man nicht umhin zuzugestehen, dass die erste Verletzung des Viermächtestatus sowohl im Hinblick auf dessen zeitliche Begrenzung wie auf dessen Anlass ungemein geschickt inszeniert worden war. Mit der Behauptung, die beiden Veranstaltungen in Westberlin seien revanchistisch, berührte Pankow weit über seine osteuropäischen Nachbarn hinaus gewisse noch immer vorhandene Empfindlichkeiten im westlichen Lager, was dann auch prompt einige geistige Verwirrung, vornehmlich in der französischen Presse, auslöste. Diese bezog sich nicht auf die Konferenz des Heimkehrerver-

bandes als des Gliedes einer grossen internationalen Organisation, wohl aber auf den «*Tag der Heimat*», auf dem das Vertriebenen- und Flüchtlingsselement überwog. Schon bei früheren ähnlichen Gelegenheiten war in diesen Kreisen tatsächlich manches hitzige und unangebrachte Wort gesprochen worden, wenn auch die Versicherung der Vertriebenenverbände, sie strebten die Wiedergewinnung ihrer Heimat und eine etwaige Revision der Oder-Neisse-Grenze ausschliesslich mit friedlichen Mitteln an, niemals einem Zweifel unterliegen konnte. Nichtsdestoweniger stiess diese Veranstaltung auch im verbündeten Ausland auf einige recht unfreundliche Kommentare. Mindestens wurde die vorwurfsvolle Frage laut, ob es denn notwendig gewesen wäre, den «*Tag der Heimat*» gerade in dieser Zeit und unter diesen Umständen in Westberlin stattfinden zu lassen. Die eifrigen Kritiker des Splitters im eigenen Auge übersahen wieder einmal geflissentlich den Balken im Auge ihres Gegenübers. Die deutschen Vertriebenenverbände waren und sind eine Organisation im Bereiche der Demokratie, wenn sie auch sicher nicht in allen Lagern und in allen Ländern auf die gleiche ungeteilte Sympathie für ihre Sache stossen. Pankows Versuche, das Berliner Treffen durch erpresserische Manöver zu sabotieren, waren insofern eine Herausforderung der unteilbaren Demokratie und nichts anderes. Dennoch verwechselten einige westliche Gemüter aus blossem Misstrauen gegen bestimmte Tendenzen des «*Tages der Heimat*» auf eine geradezu törichte Weise die realen Proportionen des Geschehens bzw. Ursache und Wirkung.

Das grosse taktische Geschick Pankows bestand ferner darin, dass es sich mit seinem Schlage gegen den Viermächtestatus eine Rückzugslinie offenhielt: durch die ursprünglich vorgesehene Befristung der Verkehrsbehinderung auf fünf Tage. Das ganze Manöver war als Generalprobe des Vorspiels zu ei-

nem grossen Drama gedacht. Hätte der Westen sofort energische Gegenmassnahmen ergriffen, wären die alliierten Garnisonen in Westberlin Anfang September 1960 und nicht erst Ende August 1961 an den nunmehr mit Mauern und Stacheldrahtgrenzen verriegelten Sektorengrenzen aufmarschiert, wäre Pankow wahrscheinlich mit einem beleidigten Hinweis auf seine verkannte Friedensliebe zurückgewichen. In diesem Falle hätte sich Ulbricht freilich mit seinem Versuch, an den Viermächtestatus zu rühren, erheblich die Finger verbrannt, aber gleichzeitig ein neues Motiv gefunden, den Westen einer unverständlichen und niederträchtigen Solidarität mit deutschen «*Kriegshetzern*» anzuklagen. So, wie die Dinge damals lagen, konnte er mit einem Misserfolg seiner Aktion nur relativ wenig verlieren, mit einem Erfolg aber Entscheidendes gewinnen. Und sprach der Erfolg nicht ebenso eindeutig für ihn, wie er ein Vierteljahrhundert zuvor immer wieder eindeutig für Hitler gesprochen hatte? Gaben ihm seine leichten Triumphe nicht ein Recht, etwa noch zögernde Genossen, die ihm vielleicht auf einem gefährlichen Weg nicht unbedingt folgen wollten, der Kleinmütigkeit und des Defaitismus anzuklagen?

Genau wie angekündigt, am 4. September um 24 Uhr wurde die Generalprobe planmässig abgeblasen. Im Polit-Büro der SED zog man schadenfreudig eine erste Zwischenbilanz. Wirksame Gegenaktionen des Westens waren vollständig ausgeblieben. Stattdessen gab es papierne Proteste, die man von nun an, nach dem geglückten Husarenstreich, vermutlich nicht mehr ernstzunehmen brauchte. Im Gegenteil, im SED-Hauptquartier registrierte man deutlich jenes paradoxe, bereits einmal erwähnte Gefühl westlicher Dankbarkeit und Genugtuung, dass nun «*vorerst*» wieder alles «*normal*» zu verlaufen schien. Aus einigen Presseorganen des Westens konnten die

Initiatoren der Verletzung des Viermächtestatus sogar entnehmen, dass ihr Vorgehen zwar keineswegs gebilligt, ihr vorgegebenes Motiv jedoch auf eine gewisse Resonanz gestossen sei. Nach der glücklich und reibungslos abgelaufenen Generalprobe durfte man nun wohl das Vorspiel riskieren.

Am 8. September gegen Abend gab die Zonenregierung bekannt, dass von nun an der freie Verkehr über die Berliner Sektorengrenze für westdeutsche Besucher unbefristet gesperrt sei. An fünf Sektorenübergängen würden künftig Aufenthaltsgenehmigungen für Westdeutsche ausgestellt, die aus familiären Gründen, wirtschaftlichen Interessen, zur Teilnahme an Kultur- und Sportveranstaltungen, Stadtrundfahrten usw. Ostberlin vorübergehend besuchen wollten. Eine solche dauernde Kontrolle sei notwendig, um von jetzt ab alle westdeutschen *«Militaristen und Revanchisten»* an einem Betreten Ostberlins zu hindern. Ja, Pankow trieb die Dreistigkeit bereits so weit, dass es gleichzeitig Noten an die drei Westmächte richtete, in denen gedroht wurde, man könne mit Hilfe des Warschauer Paktes *«alle erforderlichen Massnahmen durchführen, um jedes militärische Abenteuer der -westdeutschen Militaristen schon in seinen Anfängen zunichte zu machen»*.

Fünf Tage danach ging das Zonenregime noch einen Schritt weiter. Der Ministerrat gab bekannt, dass bei Westberlinern, die durch die Sowjetzone ins Ausland reisen wollten, künftig nur noch der Westberliner Personalausweis, nicht aber der von Bundesbehörden ausgestellte Pass als Reisedokument anerkannt werde, da Westberlin mit dem Bundesgebiet nichts zu schaffen habe. Damit griff Pankow bereits direkt mit einer höchst eigenwilligen Interpretation in den Rechtsstatus West-

berlins ein, um seine These, ganz Berlin liege auf dem *«Territorium der DDR»*, entsprechend zu unterstreichen.

Die einzige für Pankow allerdings recht unangenehme Gegenmassnahme der Westmächte auf diese ungleich ernsteren Provokationen bestand in der Sperrung der Ausgabe von Durchreisevisa für Bewohner der Sowjetzone, die offiziell in Länder ausserhalb des Ostblocks reisen wollten. Dies traf vornehmlich *«Reisende in politischer Mission»*, denen solche Durchreisevisa bisher von den westlichen Stadtkommandanten in Berlin erteilt worden waren. Es versteht sich von selbst, dass damit die bisher so gut wie ungehemmten Agitationsmöglichkeiten des kommunistischen deutschen Teilstaates in allen Ländern, mit denen er keine formellen diplomatischen Beziehungen unterhielt, empfindlich beschränkt wurden. Ansonsten liess es der Westen auch diesmal bei einem diplomatischen Protest bewenden, der sich allerdings nicht nur auf die Berliner Kommandantenebene beschränkte, sondern von den Botschaftern der drei Westmächte bei der Sowjetregierung in Moskau unmittelbar vorgebracht wurde. Die Sowjetunion antwortete am 27. September mit einer Erklärung, das New Yorker Abkommen der vier Mächte vom Mai 1949, auf das die Botschafter Bezug genommen hatten, sei *«während der Besatzungszeit abgeschlossen worden, als die Fragen des Verkehrs der deutschen Bevölkerung zwischen Berlin und den ehemaligen Besatzungszonen Deutschlands durch die Behörden der vier Mächte geregelt wurden. Mit der Bildung zweier deutscher Staaten gehörten diese Fragen ausschliesslich in die Zuständigkeit der deutschen Behörden»*.

Es lässt sich nicht leugnen, dass die westlichen Reaktionen, Proteste und Gegenaktionen auf die Berlin-Krise vom Herbst 1960 völlig ungenügend waren. Hierfür gibt es psychologisch allerdings mehrere Gründe.

Das Dilemma des Westens angesichts der praktisch ungestraften Verletzung des Viermächtestatus bestand vor allem darin, dass er das Recht vertrat, Pankow hingegen mit der Rücken- deckung Moskaus nicht etwa die Macht – soweit ist es Gott sei Dank auch heute noch nicht und wird hoffentlich niemals so weit kommen –, wohl aber die oft zitierte *«normative Kraft des Faktischen»*. Mehr als zehn Jahre lang hatten die westlichen Garantiemächte Sünden wider den *Geist* des Viermächtestatus stillschweigend hingehen lassen, so dass sie sich im Augenblick, als auch der *Buchstabe* verletzt wurde, nicht mehr zu einer energischen Aktion aufrufen konnten. Der konsequente Abbau des Viermächtestatus begann schon zu einer Zeit, als niemand etwas davon merkte oder merken wollte, nämlich mit der Staatsgründung der sogenannten DDR.

Selbstverständlich hätten die Westmächte, die während der Debatten des Parlamentarischen Rats über das Grundgesetz der Bundesrepublik Westberlin sogar den Status eines gleichberechtigten Bundeslandes verweigerten und über irgendwelche effektiven Hauptstadtfunktionen schon gar nicht mit sich reden liessen, im Oktober 1949 verhindern müssen, dass Ostberlin zur Hauptstadt des kommunistischen deutschen Teilstaates deklariert wurde. Wenn sich das Entstehen zweier deutscher Teilstaaten schon nicht verhindern liess, dann hätte sich das kommunistische Regime allenfalls Leipzig, Dresden oder Magdeburg als *«Hauptstadt»* aussuchen dürfen, aber keinesfalls einen Teil der wirklichen Hauptstadt eines ungeteilten Deutschland, in der nach wie vor der Viermächtestatus galt. Nachdem aber nichts geschah, um diese erste Vertragsverletzung schon im Initialstadium abzuwehren, richtete sich das Zonenregime in Ostberlin häuslich ein. Auch in den fünfziger Jahren boten sich noch der Gelegenheiten genug, dem Viermächtestatus und seinen Bestimmungen Geltung zu verschaf-

fen. Ein Kontrollratsgesetz untersagte nämlich jede militärische Produktion und die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte in allen Teilen der deutschen Hauptstadt. Während die Westmächte in ihrem Hoheitsbereich dieses Gesetz geradezu peinlich respektierten, duldeten sie jahrelang ohne ernsthaften Widerspruch, dass es in Ostberlin in schamloser Weise verletzt wurde. Dort entstanden im Laufe der Zeit eine Standortkommandantur der sogenannten «Nationalen Volksarmee», eine Polit-Offizierschule und eine Ingenieurtechnische Verwaltung als höchste staatliche Stelle für rüstungswirtschaftliche Planung. Die «Gesellschaft für Sport und Technik», eine eindeutig vormilitärische Organisation, verfügte in Ostberlin ebensogut wie in der Sowjetzone über Zweig- und Rekrutierungsstellen, die ebenfalls mit Geist und Sinn des Viermächtestatus unvereinbaren kommunistischen Betriebskampfgruppen wiesen in Ostberlin bereits im Sommer 1960 eine Mindeststärke von 30'000 Mann auf.

Diese sich zeitlich über ein ganzes Jahrzehnt erstreckenden permanenten Verstöße gegen internationales Recht nahmen die Westmächte unter gelegentlichen Protesten hin, ohne ernsthaft dagegen einzuschreiten. Als nun das Sowjetzonenregime nach einer systematischen Festigung seiner internen Position in Ostberlin im September 1960 erstmalig über die ihm gezogenen Grenzen dreist hinausgriff, kam für die westlichen Schutz- und Garantiemächte ein weiteres, geradezu diabolisch anmutendes Handikap hinzu. Auch in London, Paris und Washington täuschte man sich wenigstens in offiziellen Kreisen so wenig wie in Bonn oder gar in Westberlin darüber hinweg, dass der durch die Verkehrsbeschränkungen ausgelöste Frontalangriff gegen den Viermächtestatus überaus schwer wog. Wem aber wurde dadurch schon unmittelbar und materiell geschadet?

Die demütigenden Verhöre und Leibesvisitationen angeblicher westdeutscher Revanchisten an den Zonengrenzen während der fünf Tage der Generalprobe gerieten bald in Vergessenheit und wurden in einer so allgemeinen Form auch nicht wiederholt. Besucher aus der Bundesrepublik mussten schon vor dem Schlag gegen den Viermächtestatus, ebenso wie die Westberliner Bevölkerung, darauf gefasst sein, dass man beim Übertritt auf Ostberliner Gebiet ihre Ausweise kontrollierte. Wenn sich nun westdeutsche Besucher künftig darüber hinaus besondere Aufenthaltsgenehmigungen beschaffen sollten, was war dann schon materiell gegenüber dem früheren Zustand verändert? Ähnlich verhielt es sich mit der Weigerung der Sowjetzonenbehörden, Westberlinern den bundesdeutschen Pass weiterhin als Reisedokument anzuerkennen. Welcher Westberliner würde sich schon der Unannehmlichkeit aussetzen, eine Auslandsreise von sowjetzonalem Gebiet aus anzutreten? Lohnte es dafür wirklich, auf moralische oder tatsächliche Barrikaden zu gehen? Sollte man wegen dieser geringfügigen Gleichgewichtsverschiebung das Risiko einer neuen Blockade Westberlins, womöglich das Risiko eines dritten Weltkrieges auf sich nehmen? Eines Tages würde man ja hoffentlich doch mit der Sowjetunion über eine zumutbare Lösung des deutschen Problems und damit der Berlinfrage vernünftig verhandeln können. Schliesslich war nicht zu bestreiten, dass Moskau in den letzten Jahren erstaunliche technische und wissenschaftliche Erfolge erzielt hatte, die schliesslich seinen hartnäckigen und verbissenen Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem Westen abbauen und es damit irgendwie gesprächsbereit machen würde. Bis dahin durfte man wohl einige Schönheitsfehler in Kauf nehmen, ja, einiges Gelände preisgeben, um sich nicht seinerseits an dem so oft und schmerzhaft unterbrochenen Schlaf der Welt zu verständ-



gen. All diese Fragen, die im Herbst 1960 die westliche Öffentlichkeit beschäftigten, waren taktisch und psychologisch sehr einleuchtend motiviert, aber im Hinblick auf die politische Strategie gegenüber einem totalitären Partner leider völlig falsch gestellt. Die humanitäre Katastrophe, die der 13. August 1961 herbeiführte, wurde schon ein Jahr zuvor Zug um Zug vorbereitet, ohne dass es damals im westlichen Lager jemand ernsthaft glauben mochte oder glauben wollte. Der Keulenschlag hätte nicht treffen können, wäre der vorauf gehende Nadelstich auf Granit statt auf Watte gestossen.

#### ULBRICHT ALS FÜHRERFIGUR

Der Zufall wollte übrigens, dass in den gleichen Tagen, da Pankow zum ersten vorsichtigen Schlag gegen den Viermächtestatus ausholte, das Zonenregime sich derart verhärtete, dass es den letzten potentiellen Rest moralischer Verhandlungsfähigkeit verlor. Am 7. September war nach jahrelanger Agonie der 84jährige Staatspräsident Wilhelm Pieck gestorben. Seine protokollarische Stellung entzog ihm zwar jeden politischen Einfluss, und er lebte seit Bestehen des Zonenstaates in seinem Amtssitz, dem Schloss Niederschönhausen, in weitgehender Isolierung. Dennoch verkörperte er sinnbildlich einen Rest westlicher Staatskonstruktion. Dem Buchstaben nach enthielt die Verfassung des Zonenstaates von 1949 nicht nur alle überlieferten Grundrechte für den einzelnen Bürger – Meinungs- und Religionsfreiheit, Streikrecht usw. –, sondern wich auch in ihren Bestimmungen über eine Art «*Gewaltenteilung*» ganz erheblich von dem üblichen kommunistischen Schema ab. Während in den meisten sogenannten Volksdemokratien nach Moskauer Vorbild praktisch alle Macht in den Händen des Ge-

neralsekretärs der kommunistischen Staatspartei lag, waren in der Sowjetzone bis zum Tode Piecks der freilich immer massgebenderen Stellung Ulbrichts noch gewisse Grenzen gezogen. Schwerer wogen vielleicht noch gewisse psychologische Unterschiede. Die beiden wichtigsten Repräsentanten des ursprünglichen Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, die nach der deutschen Kapitulation von 1945 aus Moskau zurückkehrten, Pieck und Ulbricht, waren zweifellos beide linientreue und waschechte Bolschewisten. Während aber Ulbricht die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg als Jugendlicher erlebte, hatte sich Wilhelm Pieck seine politischen Sporen schon lange vorher verdient, besass also, im Gegensatz zu Ulbricht, noch ein vergleichendes Erinnerungsvermögen an andere Zeiten und andere Werte. Aus manchen durchaus ernst zu nehmenden Quellen verlautete, der rasch vergreisende Pieck verstünde nicht nur die Zeichen der Zeit nur noch unvollkommen, sondern trage auch schwer an manchen ihrer Symptome.

Ferner war Ulbricht, der in der SED als Generalsekretär immer ungehemmter und selbstherrlicher schaltete und waltete, in der Zonenregierung als Stellvertreter dem Ministerpräsidenten Grotewohl untergeordnet. Auch dieser repräsentierte, so sehr im Laufe der Jahre sein tatsächlicher Einfluss zusammenschumpfte, als Verräter der Sozialdemokratie noch ein Stück schlechten Gewissens des Zonenstaates. Mit Recht wird mancher die mit den Eigenarten Piecks und Grotewohls gegebenen Hemmungsfaktoren als relativ oder gar völlig belanglos empfinden. Man darf aber nicht vergessen, dass sich die aggressive Kraft eines totalitären Systems, noch dazu wenn es, wie in der Sowjetzone, von der Mehrheit der Bevölkerung nicht nur nicht getragen, sondern entschieden abgelehnt wird, vornehmlich in der Fassade und nicht in der Substanz aus-

drückt. Gerade dieser Umstand macht es trotz aller Kraftmeierei nach aussen im Inneren verwundbarer und empfindlicher als jedes demokratische Regime, und eine Opposition ist so lange denkbar, als sich diese um noch so unzulängliche Symbole zu gruppieren vermag. Der Tod Wilhelm Piecks schaltete auch diese Möglichkeit aus und trug insofern nicht unbeträchtlich zu einer Verschärfung der Lage bei.

Ulbricht nutzte jedenfalls die dadurch gegebenen Chancen mit sicherem Blick aus. Die Funktion eines Staatspräsidenten in der Sowjetzone wurde sofort nach Piecks Tode offiziell abgeschafft. Schon am 12. September trat Ulbricht als *«Vorsitzender des Staatsrats»* in einer neuen Funktion an die Spitze und überrundete damit seinen bisher rangälteren, inzwischen aber amtsmüden und kränklichen Kollegen Grotewohl. Damit drängt sich ein Vergleich der Machtverschiebung in der Zone im September 1960 mit dem analogen Vorgang im Dritten Reich nach dem Tode Hindenburgs geradezu gebieterisch auf, nicht nur im Hinblick auf die Abschaffung der Funktion eines Staatsoberhauptes über der Exekutive, sondern auch im Hinblick auf die geradezu taktlose Eile, mit der diese Veränderung vollzogen wurde. Vom September 1960 ab baute sich Ulbricht selber immer konsequenter und eindeutiger als Führerfigur auf. Die stillschweigende, wenn auch wahrscheinlich nicht immer vorbehaltlose Zustimmung Moskaus wie die verhängnisvolle Schwäche der westlichen Reaktionen auf alle Herausforderungen Pankows bewirkten gleichzeitig, dass sich Ulbricht von einem machtgierigen, aber höchst durchschnittlichen, stets emsig um die Erfüllung seines politischen und wirtschaftlichen Plansolls bemühten Funktionär in einen monomanen Diktator verwandelte, dessen selbstsicherer Übermut seit langem keine Grenzen mehr kennt.

## INTERZONENHANDELSABKOMMEN GEKÜNDIGT ...

Allerdings sah sich dieser Diktator schon in den ersten Wochen seiner Amtsführung einem so empfindlichen Schlag ausgesetzt, dass sogar er eine monatelange sorgfältige Zurückhaltung beobachtete, bis er sich voll zu entfalten vermochte. Unter dem Eindruck der weiterschwelenden Berlin-Krise, die immer wieder zu örtlichen Zwischenfällen führte und schliesslich sogar vor prominenten Vertretern der Westmächte nicht haltmachte – so wurde Ende September auch der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, Dowling, bei einem Übertritt in den Ostsektor belästigt und gehindert –, entschloss man sich in Bonn nach reiflicher Prüfung nun doch zur Kündigung des Interzonenhandelsabkommens. Am 30. September trat die Bundesregierung zu einer Sondersitzung zusammen, an der erstmalig auch die Führer der Oppositionsparteien und Vertreter des Berliner Senats teilnahmen. Der «*Bevollmächtigte für die Währungsgebiete der Deutschen Mark (DM-West)*», wie sein offizieller Titel lautete, Dr. Leopold, wurde angewiesen, seinem sowjetzonalen Kollegen Berendt mit Wirkung vom 1. Januar 1961 ab das Auslaufen des Interzonenhandelsabkommens bekanntzugeben. Gleichzeitig wurde er ermächtigt, seine Bereitschaft zu «*Verhandlungen wegen der zukünftigen Gestaltung des beiderseitigen Handels*» zu erklären.

Während die öffentliche Meinung in Westberlin diesen drastischen Schritt mit grosser Genugtuung und Erleichterung begrüsstete, nahm man ihn in der Bundesrepublik eher mit gemischten Gefühlen auf. Offenbar unterschätzte man bis in Regierungskreise hinein die Wirksamkeit einer solchen Gegenmassnahme. Würde nicht das jenseits aller politischen Erwägungen gegebene nackte Profitinteresse andere Staaten des westlichen und insbesondere des neutralen Lagers dazu ani-

mieren, die für die Wirtschaft der Zone entstehenden Lücken auszufüllen? Schliesslich hatte noch während der Diskussionen um eine etwaige Kündigung des Interzonenhandelsabkommens der inzwischen verstorbene sowjetzonale Handelsminister Heinrich Rau triumphierend vorausgesagt, die «*kapitalistischen Hyänen*» seien ausserstande, untereinander Solidarität zu üben, und wenn die Bundesrepublik auf Handelsbeziehungen mit dem kommunistischen Teil Deutschlands verzichte, würden sich genug andere Partner finden, die freudig in das Geschäft einträten, ohne wegen des ideologischen Vorzeichens Gewissensbisse zu empfinden.

Die offizielle Stellungnahme des «*Ministerrats der DDR*» vom 13. Oktober 1960 klang indessen weit weniger zuversichtlich. Die Kündigung des Abkommens, so hiess es, sei eine «*schwere Schädigung der Wirtschaft aller Teile Deutschlands*». Für die Sowjetzone traf diese Feststellung zweifellos zu, für die Bundesrepublik nicht, deren Wirtschaft in ihrer Struktur auf das Geschäft des Interzonenhandels jederzeit verzichten konnte und kann. Die Erklärung des sowjetzonalen Ministerrats lautete denn auch in ihrem wichtigsten Abschnitt erstaunlich offenherzig: «*Die durch die notwendig werdenden Umstellungen vorübergehend auftretenden Schwierigkeiten werden dank der Initiative unserer Arbeiter, Wissenschaftler und Techniker sowie der Hilfe der sozialistischen Länder gemeistert werden.*» Was die Hilfe der Arbeiter, Wissenschaftler und Techniker anging, so spiacen Ulbricht und seine Mannen eine handgreifliche Unwahrheit, denn auch die tüchtigsten Arbeiter, Wissenschaftler und Techniker können keine fehlenden Rohstoffe ersetzen. Aber selbst um die industriellen Engpässe, die menschliche Tatkraft und technische Planung notdürftig auszugleichen vermögen, war es in der Sowjetzone schlecht

bestellt, weil die allgemeine Fluchtbewegung im Jahre 1960 gegenüber 1959 wieder spürbar zugenommen hatte. Die Hoffnung auf «die *Hilfe der sozialistischen Länder*» erschien zumindest für den Ausgleich der wichtigsten, ja, geradezu entscheidenden Stahllieferungen aus der Bundesrepublik reichlich platonisch. Allenfalls hätte das damals stark zum Neutralismus neigende Japan in die Bresche treten können, aber ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die eine plötzliche Umstellung von heute auf morgen mit sich bringen musste, wog in diesem Falle auch die erhebliche Verteuerung der Transportkosten überaus schwer. Infolgedessen betonte die Stellungnahme des Ministerrats trotz aller üblichen Angriffe auf die militaristische und kriegslüsterne Bundesrepublik doch sehr unmissverständlich die Verhandlungsbereitschaft der Zonenregierung.

Eine Epoche zähen und erbitterten Tauziehens begann, das sich fast drei Monate hinzog. Im Einvernehmen mit dem Berliner Senat und allen Oppositionsparteien hatte die Bundesregierung das Interzonenhandelsabkommen mit der stillschweigenden Absicht gekündigt, ihren Beitrag für eine Wiederherstellung des Status quo in der deutschen Hauptstadt zu leisten. Gerade das wollte Pankow mit Rücksicht auf seine viel weiter zielenden Zukunftspläne um keinen Preis zugestehen. Andererseits war Ulbricht unter den gegebenen Umständen das Weiterlaufen des Interzonenhandels wichtig genug, um Konzessionen zu machen, die materiell einer Normalisierung der durch die Vorgänge im September durcheinandergeratene Verhältnisse in Berlin weitgehend entsprachen. Die Bestimmung des Passierscheinzwanges für westdeutsche Besucher Ostberlins blieb zwar in Kraft, doch man handhabte sie so unauffällig, um nicht zu sagen, grosszügig, dass sie gleichsam dem Bewusstsein der Betroffenen entschwand. Von irgend-

welchen «*revanchistischen Elementen*», vor denen man das «*demokratische Berlin*» immunisieren musste, war lange nicht mehr die Rede. Politische und Prestigeskandale, die die Septemberkrise charakterisierten – damals wurde sogar der päpstliche Nuntius Bafile am Betreten Ostberlins gehindert –, verschwanden in den letzten Monaten des Jahres 1960 gänzlich von der Tagesordnung. In den Verhandlungen zwischen Dr. Leopold und Berendt, den Bevollmächtigten für den Interzonenhandel, die in beiden Teilen Berlins stattfanden, gab die Zonenregierung deutlich zu verstehen, dass ihr die Fortsetzung des Abkommens erhebliche Preise wert sei, und erklärte sich bereit, im Berliner Warenverkehr nach der Bundesrepublik Erleichterungen zuzugestehen, von denen bisher niemals die Rede war. Auf der anderen Seite unterliess das Ulbricht-Regime selbstverständlich auch solche Demonstrationen nicht, die die Verletzbarkeit der Verkehrsverbindungen nach dem Westen durch irgendwelche Willkürakte bekundeten. So wurden Anfang November wieder einmal drei Westberliner Lastzüge am sowjetzonalen Kontrollpunkt Drewitz aufgehalten unter dem gewohnten Vorwand, sie wollten Rüstungsmaterial in die Bundesrepublik transportieren.

Vor allem aber trachtete Pankow danach, auch diese ihm an sich unwillkommene Gelegenheit zur Steigerung seines Prestiges auszunutzen und die Verhandlungen der beiden technischen Bevollmächtigten um jeden Preis zu politisieren. Schon im Initialstadium richtete Heinrich Rau als federführender Minister des Zonenregimes über den Kopf der beiden Bevollmächtigten hinweg Briefe sowohl an Bundeswirtschaftsminister Erhard wie an Willy Brandt, den Regierenden Bürgermeister Berlins. Die Tendenz dieses Vorgehens war nach zwei Richtungen offenkundig: einmal versuchte Rau durch seine direkte Fühlungnahme mit Erhard, ein technisches Abkom-

men zwischen den beiden Teilen Deutschlands, wie es seit fast einem Jahrzehnt bestand, gleichsam auf die Regierungsebene hinaufzuschmuggeln und damit die de-facto-Anerkennung des Zonenstaates durch die Bundesrepublik vorwegzunehmen. Sein Brief an den Regierenden Bürgermeister sollte dagegen zum Ausdruck bringen, dass Pankow den freien Teil der deutschen Hauptstadt im Sinne der kommunistischen Vorstellungen von nun an als ein drittes, von der Bundesrepublik unabhängiges deutsches Staatsgebilde betrachte. Auch sonst hinderte die Geschmeidigkeit, die Pankow während der Verhandlungen über das Interzonenhandelsabkommen in seinem wohlwogenen Interesse bekundete, die Zonenmachthaber nicht daran, den Viermächtestatus bei jeder Gelegenheit für praktisch tot zu erklären. Die politischen Manöver Raus führten indessen selbstverständlich zu keinem Erfolg. In Bonn reagierte man eisig und verwies auf die Alleinzuständigkeit der von Dr. Leopold geführten Treuhandstelle für den Interzonenhandel in Berlin. Der Beauftragte Raus, der den Brief an Willy Brandt persönlich überbringen sollte, musste sich bequemen, ihn im Schöneberger Rathaus abzugeben, da ihm Brandts Stellvertreter Amrehn eine Unterredung versagte. Der Regierende Bürgermeister, der sich gerade im Bundesgebiet aufhielt, erklärte zu dem Vorfall kurz und unmissverständlich, der Senat betrachte den Treuhänder der Bundesrepublik auch als Sprecher Berlins.

#### ... UND ERNEUERT

Immer wieder drohten die Verhandlungen an dem ihnen von Pankow beigemischten politischen Explosivstoff zu scheitern. Es wirkte daher als Überraschung und unverkennbare Entspannung zugleich, dass kurz vor Jahresende, am 29. Dezem-



ber 1960, zwischen den beiden Bevollmächtigten tatsächlich ein Abkommen über die Fortführung des Interzonenhandels, in dem Pankow wesentliche Zugeständnisse machte, unterzeichnet wurde. Diese Zugeständnisse sollten sich schon bald für den Berliner Warenverkehr positiv bemerkbar machen. Als eine entscheidende Verbesserung war vornehmlich der Verzicht einer Abstempelung des Warenbegleitscheines für sogenannte Vorbehaltsgüter, die von Westberlin in die Bundesrepublik geliefert wurden, durch Ostberliner Behörden anzusehen. Unter Vorbehaltsgütern verstand man nach einer 1947 vom Kontrollrat aufgestellten Liste vornehmlich Erzeugnisse der eisen- und metallverarbeitenden Industrie, Elektrogeräte, aber auch Spirituosen und Textilien. Diese Güter, die etwa die Hälfte des monatlichen Warenverkehrs in die Bundesrepublik ausmachten, bedurften künftig nur noch der auf dem Warenbegleitschein vermerkten Zustimmung der Westberliner Senatsverwaltung für Wirtschaft und Kredit. Dennoch täuschte man sich im freien Teil der Stadt nicht darüber hinweg, dass diese und andere Vergünstigungen und Erleichterungen des Warenverkehrs lediglich als ein Danaergeschenk zu betrachten waren. Sie sollten den Betroffenen vor allem die von Pankow seit langem erstrebte und geforderte *«Freistadtlösung»* schmackhaft machen. Eine *«Freie und entmilitarisierte Stadt Westberlin»*, so gab Pankow unzweideutig zu verstehen, werde in ihren Wirtschaftsbeziehungen vom Sowjetzonenregime um den Preis ihrer definitiven politischen Entmannung demonstrativ grosszügig behandelt werden. In Berlin gab man sich allerdings keinen Illusionen darüber hin, dass eine Strangulierung der politischen Freiheitsrechte im Laufe der Zeit auch den Verlust der wirtschaftlichen Selbstbestimmung nach sich ziehen würde. Dessenungeachtet schloss das Krisenjahr

1960, das die Torpedierung der Gipfelkonferenz und den ersten gezielten, formell erfolgreichen Angriff auf den Berliner Viermächtestatus mit sich gebracht hatte, unerwartet friedlich ab. Die politischen Uhren waren auf Zeitgewinn gestellt, und zwar diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs.

Zu der subjektiv unverkennbaren Entspannung der Atmosphäre trug noch ein anderes Ereignis bei, das ausgerechnet den Silvestertag zu einem bedeutsamen Datum stempelte. Zeitlich und in gewissem Sinne auch psychologisch Hand in Hand mit den Berliner Verhandlungen über den Interzonenhandel gingen in Bonn Besprechungen über die Verlängerung des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens. Die Bundesregierung bemühte sich zunächst, diesem Abkommen eine Berlinklausel beizufügen, was die sowjetische Delegation geflissentlich ignorierte. Schliesslich verzichtete die Bundesregierung auf eine paraphierte Berlinklausel, ergänzte das Abkommen jedoch um eine Erklärung, wonach der Vertrag für das gesamte Währungsgebiet der DM-West, also auch auf Westberlin anzuwenden sei. Darauf verweigerten die sowjetischen Unterhändler am 12. Dezember ihre Unterschrift. In letzter Minute schaltete sich der Bundeskanzler persönlich ein und nahm Kontakt mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow auf, um das Abkommen in einer für den freien Teil Deutschlands vertretbaren Form zu retten. Am 31. Dezember 1960 wurde ein überraschendes Einvernehmen erzielt. Bei der Unterzeichnung überreichte der deutsche Bevollmächtigte ein Schreiben, das Smirnow widerspruchslos entgegennahm und das hervorhob, bei der praktischen Durchführung des bisher bestehenden deutsch-sowjetischen Handelsabkommens hätten sich Meinungsverschiedenheiten nicht ergeben. Die Bundesregierung gehe daher davon aus, dass das neue Abkommen

den gleichen Anwendungsbereich einschliesse. Wenn also auch die Sowjetunion formal ihr Gesicht rettete, bedeutete diese Lösung tatsächlich einen erheblichen Erfolg der Bundesrepublik und eine Unterstreichung der Auffassung, dass der freie Teil der deutschen Hauptstadt mit dem Bundesgebiet wirtschaftlich untrennbar verbunden sei.

Für die erstaunliche Tatsache, dass Moskau um die Jahreswende 1960/61 noch einmal politische Lauerstellung bezog und offensichtlich nichts tat, um ihm erwünschte Entwicklungen mit entsprechendem Zeitdruck zu forcieren, waren zwei Hauptmotive verantwortlich, ein internes und ein von aussen einwirkendes. Mit der pompösen Gedenkfeier zum Jahrestag der Oktoberrevolution verband der Kreml diesmal eine in solcher Form und zu solcher Zwecksetzung noch nie dagewesene Heerschau seiner Anhänger aus allen Teilen und Ländern der Welt. Delegationen von 81 kommunistischen Parteien leisteten der Einladung Folge und traten nach den Gedenkveranstaltungen zum 7. November zu einer Art Konzil zusammen. Die Spannung, mit der man allgemein auf das Ergebnis wartete, wuchs mit jedem Tage, den es selbst auf sich warten liess. Drei Wochen vergingen, und mehr oder minder sensationelle Gerüchte sickerten durch die dicken Mauern des Kreml hindurch. Mochten diese Gerüchte auch im Einzelnen übertrieben sein, das aufmerksame Studium einer sehr ausführlichen Erklärung, die Anfang Dezember endlich veröffentlicht wurde, machte es dem unbefangenen Beobachter zur Gewissheit, dass hinter den Kulissen ein geradezu keuchender ideologischer Ringkampf zwischen Moskau und Peking ausgetragen worden war, der mit einem praktischen Remis geendet hatte. Es ging um die Deutung der Weltrevolution und im Zusammenhang damit um die Unvermeidbarkeit eines Krieges gegen die *«kapitalistischen Länder»*.

Während Peking auf diesem Konzil das Banner der Weltrevolution in dem überliefert-heroischen Sinne Lenins entrollte, zeigte sich bei der gleichen Gelegenheit deutlich, wie stark die Denkweise der Sowjetunion schon von dem Bewusstsein bestimmt war, sehr viel zu verlieren zu haben, wenn sie es auf ein blutigapokalyptisches Abenteuer ankommen liess. Eine Entwicklungswende zeichnete sich insofern ab, als die traditionelle Vormacht des Kommunismus vor dem Forum des roten Welttheaters von ihrem mächtigen Rivalen zu hartnäckigen Diskussionen und mühsam erreichten Kompromissen gezwungen wurde, statt, wie bisher, von vornherein diktieren und befehlen zu können. Gewiss zimmerte die Erklärung schliesslich die ins Wanken geratene ideologische Einheit vor der internationalen Öffentlichkeit aufs neue zusammen, aber dem geübten Auge blieben die Kittstellen deutlich sichtbar. An den aktuellen Zielsetzungen Moskaus in westlicher Richtung, vor allem im Hinblick auf die Berlin- und Deutschlandfrage, änderte sich freilich nichts, sondern hier dürfte Chruschtschow vielmehr von Peking noch eine entsprechende Rückendeckung beziehungsweise eine Aufmunterung zu energischerem und schnellerem Vorgehen erhalten haben. Der am 10. Dezember 1960, vier Tage nach der Erklärung, veröffentlichte *«Appell an alle Völker der Welt»* forderte summarisch einmal mehr einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt.

#### SPEKULATIONEN AUF KENNEDY

Indessen sah sich Chruschtschow durch ein anderes Ereignis von Weltbedeutung vorerst noch in jeder Beziehung zu einem vorsichtigen Taktieren gezwungen: der 8. November 1960 brachte mit den Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten

auch einen grundlegenden Systemwechsel in der amerikanischen Politik, der so oder so für Moskau überaus interessant sein musste. An sich bestand für Chruschtschow nicht der mindeste Grund, einen der beiden Kandidaten insgeheim zu favorisieren. Den republikanischen Kandidaten Nixon hatte er ein gutes Jahr zuvor, als dieser die Sowjetunion besuchte, persönlich kennen- und als einen harten, selbstbewussten und schlagfertigen Diskussionspartner respektieren gelernt. Andererseits trat Nixon als Vertrauensmann Eisenhowers auf und konnte sich als stellvertretender Präsident weder im Wahlkampf von der schwächlichen und unzulänglichen bisherigen Administration distanzieren noch nach einem etwaigen Wahlerfolg im Handumdrehen eine radikale Wende einleiten, ohne automatisch seine eigene Basis aufzugeben. Sein demokratischer Rivale Kennedy liess seinerseits schon als Präsidentschaftskandidat keinen Zweifel daran, dass er eine grundsätzliche Wende der amerikanischen Politik für notwendig halte und das Volk nach einem Siege zu erhöhten Opfern und Anstrengungen, auch und gerade im militärischen Bereich, aufrufen werde. Dies konnte ihn den Sowjets kaum sympathischer machen als Nixon, eher im Gegenteil.

Indessen hatte sich Chruschtschow in jedem Falle für die ersten sowjetischen Kommentare zum Ausgang der amerikanischen Präsidentenwahlen dadurch ein psychologisches Alibi geschaffen, dass er seit dem U-2-Zwischenfall und der gescheiterten Gipfelkonferenz ein halbes Jahr all seine Schmähungen der amerikanischen Politik ausgerechnet auf den friedfertigen und konzilientesten Präsidenten der Vereinigten Staaten konzentrierte, von dem er ja wusste, dass er in jedem Falle um die Jahreswende 1960/61 abtreten würde. So konnte es kaum überraschen, dass die offiziellen sowjetischen Stel-

lungnahmen zu dem überaus knappen Wahlsieg Kennedys übereinstimmend die Tendenz verfolgten, die Entscheidung in den Vereinigten Staaten als eine bewusste Abkehr von der «*gewissenlosen*» und «*kriegshetzerischen*» Politik Eisenhowers hinzustellen. Der gleichzeitige demokratische Erfolg gegen die Republikaner rief in der Sowjetunion ferner fast romantisch angefärbte Erinnerungen an die Roosevelt-Ära und an die enge Partnerschaft der beiden Staaten während des zweiten Weltkrieges hervor, wobei man freilich wesentlich aktuellere Reminiszenzen an die ebenfalls demokratische Ära Truman, die zunächst eine Eindämmung und dann ein Zurückweichen des Kommunismus an allen politischen Fronten gebracht hatte, aus verständlichen Gründen bewusst unterdrückte. So fand Kennedy im sowjetischen Machtbereich zunächst eine bemerkenswert freundliche Presse, was Chruschtschow nach dem bewährten Rezept der Zweigleisigkeit kommunistischer Politik selbstverständlich nicht daran hinderte, dem neuen Herrn im Weissen Hause auf anderen ideologischen oder tatsächlichen Kriegsschauplätzen, hauptsächlich auf Kuba und in Laos, von der ersten Minute an Schwierigkeiten über Schwierigkeiten zu bereiten.

Die ersten Äusserungen Kennedys nach seiner Amtsübernahme, sowohl seine Antrittsrede vom 20. Januar wie seine Botschaft über die Lage der Nation an den Kongress vom 30. Januar 1961, mussten den Sowjets aus einem Grunde höchst unsympathisch, aus einem anderen aber nicht unwillkommen sein. Während Eisenhower das geistig-programmatische Erbe seiner Vorgänger allenfalls pragmatisch verwaltet, zu einem erheblichen Teil jedoch verspielt hatte, schickte sich Kennedy an, dieses Erbe schöpferisch zu erneuern. Dass er seine Friedensbereitschaft betonte, mochte bei der gegebenen Weltlage unumgänglich erscheinen, aber auch dies geschah bereits mit

wesentlich packenderen und überzeugenderen Worten, als sie seinem Vorgänger je zu Gebote standen. Darüber hinaus entwickelte der junge Präsident eine mitreissende und glaubwürdige, in sich geschlossene politische Konzeption, die Moskau nicht zu Unrecht argwöhnen liess, es sei so etwas wie eine westliche Gegenideologie zum Kommunismus im Entstehen begriffen, die diesen notwendig in die Enge und eines Tages sogar in die Defensive treiben müsse, wenn man ihrem Urheber und Initiator Zeit dazu liess, sie auch nur in Ansätzen zu verwirklichen. Besonders unangenehm musste es in Moskau auffallen, dass Kennedy durch seine Erklärungen wie durch seine Massnahmen systematisch und augenscheinlich ohne Hintergedanken die Weltorganisation der Vereinten Nationen aufzuwerten trachtete und das wenige Monate nach dem ungehobelten Gastspiel Chruschtschows in New York, das auch die jungen Mitgliedsstaaten der UN eher verstört und peinlich berührt als eingeschüchtert hatte. Schon auf einer seiner ersten, im Stil ebenfalls wesentlich veränderten Pressekonferenzen liess Kennedy schonungslos durchblicken, dass die grossen Weltmächte das Forum der Vereinten Nationen viel weniger brauchten als die kleinen und praktisch machtlosen Staaten, weil diese nur durch ihre Stimmabgabe in der Vollversammlung gleichgewichtig neben den Grossen auftreten und operieren könnten.

Gleichfalls mit Misstrauen verfolgte man von Moskau aus die Bestrebungen Kennedys, in den Vereinigten Staaten wie im Lager der NATO neben der Vervollkommnung der nuklearen Ausrüstung und insbesondere der Raketentechnik auch die konventionelle Bewaffnung zu verstärken, die von seinem in dieser Beziehung wahrhaftig mit Blindheit geschlagenen Vorgänger geradezu sträflich vernachlässigt und reduziert worden

war. Der Taumel, mit dem sich der gesamte Westen in den fünfziger Jahren der sogenannten «Umrüstung» hingab, liess ihn völlig übersehen, dass er sich dadurch politisch unbeweglich machte und die ihm an konventionellen Streitkräften turmhoch überlegenen Sowjets zu einem Katze-und-Maus-Spiel auf dem Schachbrett des Ost-West-Konflikts geradezu herausforderte. Das Einfrieren bzw. der Abbau der konventionellen Rüstung, die in den ersten Jahren des Bestehens der NATO überzeugend vorankam, versetzte die freie Welt in das logisch mit Händen zu greifende, aber nur von wenigen klar gesehene Dilemma, in einem lokalen Konflikt irgendwo auf der Erde, den die Sowjetunion ohne weiteres mit konventionellen Streitkräften ebenso anschüren wie abschirmen konnte, entweder sofort mit der vollen Wucht eines atomaren Vergeltungsschlages zu intervenieren oder, wenn sie eine so furchtbare Verantwortung nicht auf sich nehmen wollte, schlicht und einfach nachzugeben und somit im Laufe der Zeit eine umstrittene Position nach der anderen allenfalls unter Protest zu räumen. Ausserdem lähmte das einseitige Vertrauen, das man auf die quantitative Überlegenheit der im Westen aufgehäuften nuklearen Waffen setzte, im Laufe der Zeit notgedrungen die Verteidigungsbereitschaft und damit die Moral seiner Bürger, die sich mehr und mehr an den Gedanken gewöhnten, im äussersten Ernstfälle werde die bedrohte Freiheit allein durch die Technik gerettet werden, statt durch die Standhaftigkeit, den Opfer- und Kampfeswillen der Menschen. Dass Kennedy entschlossen war, hier so rasch wie möglich Remedur zu schaffen, konnte nach seinen diesbezüglichen Erklärungen nicht zweifelhaft sein.

Weitaus am beunruhigendsten musste Moskau aber die Tatsache erscheinen, dass Kennedy und die neuen Männer seiner Regierung das letztlich entscheidende Problem der Entwick-



lungshilfe völlig anders, d.h. im besten Sinne des Wortes revolutionärer sahen, als das innerhalb des westlichen Bündnis- und Verteidigungssystems bisher je der Fall gewesen war. Nur das dumpfe antikolonialistische Ressentiment der farbigen Völker, verbunden mit der Tatsache, dass die freie Welt bisher geneigt schien, unter dem direkten oder indirekten Einfluss der Dullesschen Denkweise, ihren Beitrag zur Entwicklungshilfe mit politischen Bedingungen zu versehen, also praktisch Millionenbeträge an innerlich verfaulte und korrupte Regime zu verschenken, die bei ihren eigenen Völkern verhasst waren, hatten der Sowjetunion bisher gestattet, mit ihrer Entwicklungshilfe erfolgreich zu bluffen und effektive Opfer vorwiegend durch Propaganda zu ersetzen. In der globalen Auseinandersetzung zwischen Armut und Überfluss, zwischen den Hungernden und den Satten gehörte Moskau ökonomisch längst an die Seite der Besitzenden und Saturierten, sowohl im eigenen Machtbereich gegenüber China wie in Bezug auf andere, noch unterentwickelte Kontinente. Im Kreml dürfte man schon lange, bevor im Westen ein massgebender Staatsmann überhaupt auf eine solche Idee kam, genau gewusst haben, dass die Entscheidungsschlacht zwischen kommunistischer Weltrevolution und einer freiheitlichen Weltordnung, zwischen Totalitarismus und Demokratie eines Tages im Ringen um die Entwicklungsländer und die schliessliche Einstellung ihrer Bewohner fallen würde. Jetzt liess ausgerechnet ein amerikanischer Präsident erkennen, dass ihn ähnliche Vorstellungen bewegten. Mit der westlichen Entwicklungshilfe sollten von nun an nach den Zielsetzungen Kennedys weniger politische als wirtschaftliche und vor allem soziale Auflagen verbunden sein. Die Regime in den Ländern Südamerikas, Afrikas und Asiens sollten bevorzugt werden, die durch eine fort-

schrittliche Politik, durch Bodenreform, durch planmässige Bekämpfung des Analphabetentums und durch einen sinnvollen, den organischen Bedingungen des jeweiligen Landes entsprechenden industriellen Aufbau sich als fähig erwiesen, die einflussenden Finanzbeträge wirklich zu kapitalisieren, statt sie für eine kleine Clique zu vergeuden. Schliesslich schwebte Kennedy statt alles bisherigen Durcheinanders eine institutionelle Zentralisierung aller Projekte der Entwicklungshilfe vor, um mit gleichen Mitteln das Doppelte und mit vermehrten Mitteln ein Vielfaches an Leistung zu erreichen. Gelang es, einen solchen Konkurrenzkampf zwischen Kommunismus und freier Welt in naher Zukunft gleichsam an allen hierfür in Betracht kommenden Fronten zu entfesseln, musste der Kommunismus notwendig der Unterlegene sein. In seinem Machtbereich konnte nur die Sowjetunion als hochindustrialisiert gelten, wobei auch sie noch einen starken inneren Nachholbedarf aufwies. Eine Koordinierung des Potentials allein der Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik und Grossbritanniens im westlichen Lager, von anderen, ebenfalls leistungsfähigen Staaten ganz zu schweigen, musste der freien Welt schon in der ersten Runde einen beträchtlichen, wenn nicht erdrückenden Vorsprung sichern.

Soweit die Gründe sowjetischen Missvergnügens an der Initialkonzeption und -haltung des neuen amerikanischen Präsidenten. Aber die Gleichung mit mehreren Unbekannten, die nun politisch auf Moskau zukam, enthielt bei sorgfältiger Analyse auch einige Aktivposten für den Kommunismus. Kennedys Entwicklungshilfe-Programm war gewiss ein Alptraum für Chruschtschow, aber wieviel Zeit würde notwendig verstreichen, bis es der neue amerikanische Präsident, der ja erst einmal unmittelbare persönliche Kontakte zu seinen Verbündeten herstellen musste, bei diesen durchgesetzt hatte? Was

die Weltgeltung der Vereinigten Staaten anbetraf, stand Kennedy ohnedies angesichts der Ziellosigkeit und mangelnden Durchschlagskraft der amerikanischen Politik in den letzten Jahren vor einem ziemlichen Scherbenhaufen, der sich nur Stück für Stück abtragen liess. Lag nicht vor allem die Annahme nahe, dass der Mann, der seinen Blick zielstrebig und voller Selbstvertrauen auf die Welt und ihre erhoffte künftige Ordnung richtete, gerade deswegen den europäischen und insbesondere den deutschen Verhältnissen, die Moskau im Augenblick stärkstens interessierten, weniger Aufmerksamkeit schenken würde? Mochten solche Hypothesen zutreffend sein oder nicht, es besteht jedenfalls kein Zweifel daran, dass die Sowjets ihre Pläne und Massnahmen darauf aufbauten.

In Wirklichkeit waren nämlich diese Spekulationen trügerisch, wenigstens soweit sie auf den neuen amerikanischen Präsidenten und seine engsten Mitarbeiter abzielten. Schon während des Wahlkampfes und ununmittelbar danach betonte Kennedy mehrfach unmissverständlich, dass er Berlin nicht als eine ferne oder gar unwesentliche Insel betrachte, sondern dass sowohl die Lebensinteressen wie die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten unzertrennlich mit der deutschen Hauptstadt verbunden seien. Berlin bildete ein wichtiges Thema aller Unterhaltungen, die er bei seiner sehr methodischen Kontaktaufnahme mit den wichtigsten Repräsentanten seiner westlichen Partnerstaaten führte. Am 9. März erklärte Kennedys Aussenminister Dean Rusk auf einer Pressekonferenz in Washington, die neue amerikanische Regierung sei entschlossen, die westlichen Positionen in Berlin zu halten und fühle sich bei etwaigen künftigen Verhandlungen in keiner Weise an irgendwelche politischen oder psychologischen «Vorleistungen» ihrer Vorgängerin gebunden.

Vier Tage später führte Kennedy ein langes und betont freundliches Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Berlins, der den Vereinigten Staaten einen neuntägigen Besuch abstattete, und versicherte ihm, sein Land stünde fest zu seinen Verpflichtungen und würde die Freiheit Berlins mit allen Kräften verteidigen. Hochbefriedigt äusserte sich ferner Bundeskanzler Adenauer, der im April mit Kennedy an seinem Amtssitz zusammentraf, über seine dort gewonnenen Eindrücke. Auch das offizielle Kommuniqué über die erste Fühlungnahme der beiden Staatsmänner lautete befriedigend: «...*Der Bundeskanzler und der Präsident bekräftigten erneut den Standpunkt ihrer Regierungen, dass eine gerechte und dauerhafte Lösung der Deutschlandfrage einschliesslich des Berlin-Problems nur durch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts gefunden werden könne. Sie erneuerten ihr Versprechen, die Freiheit der Bevölkerung von Westberlin zu erhalten, bis Deutschland in Frieden und Freiheit wiedervereinigt und Berlin als Hauptstadt dieses wiedervereinigten Landes wiederhergestellt ist...*» Eine wesentliche Rolle spielte das Berlin-Problem schliesslich auf der Frühjahrstagung des Ministerrats der NATO in Oslo vom 8. bis 10. Mai. Unter Hinweis auf die Stellungnahme im Dezember 1958 unmittelbar nach dem ersten Sowjet-Ultimatum wurde nochmals hervorgehoben, dass auch die wiederholte Drohung Moskaus, mit dem Zonenregime einen Separat-Friedensvertrag zu unterzeichnen, die anderen Vertragspartner der interalliierten Vereinbarungen über Berlin in keiner Weise ihrer Rechte berauben oder die Sowjetunion ihrer Verpflichtungen entbinden könne.

So klar und folgerichtig die Haltung des Westens zum Berlin-Problem damit auch bei den verschiedensten Gelegenheiten und Anlässen formuliert war, so wenig liess sich leugnen, dass

die Sache der freien Welt und mit ihr der friedlichen künftigen Lebensordnung aller Völker im Sinne der Vorstellungen Kennedys an anderen Fronten der Weltpolitik in den gleichen Monaten empfindliche materielle und Prestige-Rückschläge erlitten hatte. Die auf westlicher Seite mit einem Höchstmass von gutem Willen und Konzessionsbereitschaft wiederaufgenommenen Beratungen der seit langem festgefahrenen Genfer Sachverständigenkonferenz über eine wirksame Kontrolle der nuklearen Waffen gerieten sofort in eine hoffnungslose Sackgasse, da sich der sowjetische Delegierte Zarapkin hartnäckig gegen jedes sinnvolle Inspektionssystem aussprach und alle noch so weitgehenden Kompromissvorschläge der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens in Bausch und Bogen ablehnte. Diese unverkennbare Versteifung der sowjetischen Haltung musste schon im März 1961 den bestürzenden Verdacht nahelegen, Moskau sei nicht einmal mehr an einer weiteren unbefristeten Aussetzung von Atomwaffenversuchen geschweige denn an einer weltweiten Kontrolle der nuklearen Energie für militärische Zwecke interessiert. In dem schon lange schwelenden laotischen Bürgerkrieg erzielten die kommunistischen Truppen im Frühjahr 1961 vor Einsetzen der dortigen Regenzeit entscheidende strategische Fortschritte. Im April liess sich Kennedy in Kuba in ein äusserst fragwürdiges und unglückseliges aussenpolitisches Abenteuer hineinreiten, das in jeder Beziehung mit einem kompletten Fehlschlag endete und in der internationalen Öffentlichkeit eine erhebliche Vertrauenskrise auslöste. Fast gleichzeitig meldete Moskau einen spektakulären wissenschaftlichen Erfolg: der Sowjetunion war es gelungen, das erste bemannte Raumschiff auf eine Kreisbahn um die Erde zu entsenden.

## ERNEUTE PROVOKATIONEN PANKOWS

In Berlin standen sich währenddessen die Kräfte zweier Welten noch immer unversöhnlich und unnachgiebig gegenüber, ohne dass es nach dem erheblichen Geländegewinn des Ostens im Herbst 1960 zu einer sichtbaren Entscheidung kam. Das Ziellicht eines Waffenstillstandes auf ungewisse Frist, der einzig und allein auf dem schwankenden Gleichgewicht praktisch unvereinbarer Konzeptionen beruhte, belastete die Atmosphäre der Stadt in zunehmendem Masse. Genauso eindeutig und unmissverständlich, wie der Westen auf seinen Zusicherungen beharrte, die Freiheit der Bevölkerung zu schützen und seine aus dem Viermächtestatus resultierenden Rechte nicht preiszugeben, wiederholte Chruschtschow seine Drohungen, einen separaten Friedensvertrag mit dem Zonenregime abzuschliessen und Westberlin einseitig in eine *«Freie und entmilitarisierte Stadt»* zu verwandeln. In einer Rede vor kommunistischen Parteischülern am 6. Januar 1961 behauptete Chruschtschow, die Positionen der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Frankreichs in Westberlin hätten sich als *«besonders labil»* erwiesen: *«Es ist notwendig, die aggressiven imperialistischen Kreise auch weiterhin Schritt für Schritt zur Raison zu bringen und sie zu zwingen, der realen Lage Rechnung zu tragen. Und wenn sie sich weiter sträuben, dann werden wir entscheidende Massnahmen treffen, dann schliessen wir einen Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik, da wir fest entschlossen sind, endlich den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu sichern, den Splitter – das Besatzungsregime in Westberlin – aus dem Herzen Europas zu entfernen.»* In einem *«Memorandum zur Deutschlandfrage»* an die Bundesregierung vom 17. Februar 1961 schlug die Sowjetunion zwar noch einmal gemässigte Töne an und suchte Bonn die langjährigen Vorstel-

lungen Moskaus schmackhaft zu machen, blieb aber in der Sache hart wie eh und je und ironisierte vor allem das westliche Bestreben, konkrete Entscheidungen unter Hinweis auf gewisse Entwicklungen, die man abwarten müsse – wie etwa die amerikanischen Präsidentenwahlen oder die bevorstehenden deutschen Bundestagswahlen –, möglichst lange hinauszuzögern.

Der erste Bruch des vorhin charakterisierten Waffenstillstandes in Berlin selbst, der gleichzeitig zu einem empfindlichen Schlag gegen die wichtigste noch bestehende moralische Einheit aller Deutschen wurde, erfolgte im Februar 1961 und richtete sich gegen die evangelische Kirche. Diese beabsichtigte, in beiden Teilen der deutschen Hauptstadt eine gesamtdeutsche Synode durchzuführen. Zunächst verbot die Zonenregierung die Abhaltung aller in Ostberlin geplanten Veranstaltungen der Synode ausserhalb der eigentlichen Gottesdienste. Als sich am Sonntag, dem 12. Februar, die kirchlichen Würdenträger zum Eröffnungsgottesdienst in die Ostberliner Marienkirche begeben wollten, wurden über 40 westdeutsche Bischöfe und Synodale unter der üblichen diskriminierenden Begründung, sie hätten sich der Kriegshetze schuldig gemacht, am überschreiten der Sektorengrenze gehindert. Damit hatte Pankow wieder einmal, wie schon mehrfach bei der Krise vom September 1960, mit ein und derselben Massnahme einen makabren politischen Effekt nach zwei Richtungen erzielt. Einmal bedeutete die Absperrung der Sektorengrenzen gegenüber hohen und namhaften Vertretern der evangelischen Kirche einen flagranten Bruch der während der Verhandlungen über das Interzonenhandelsabkommen gegebenen Zusagen, den Passierscheinzwang für westdeutsche Besucher locker und jedenfalls unprovokativ zu handhaben. Ferner stellte der brutale Akt einen schweren und durch nichts gerechtfertigten Druck

auf die evangelische Kirche und ihre Einheit selbst dar. Die Synode liess sich in ihrem aufrichtigen Bestreben, in ihrem Bereich einen Beitrag zur Entspannung der deutschen Situation zu leisten, trotz alledem nicht beirren. Nunmehr für ihre Tagung ausschliesslich auf Versammlungsstätten in Westberlin angewiesen, wählte sie demonstrativ einen in Ostberlin wohnhaften verdienten kirchlichen Würdenträger, Präses Scharf, zum neuen Ratsvorsitzenden der EKD. Eine der ersten und zugleich delikatesten Aufgaben, die Präses Scharf in seiner neuen hohen und verantwortungsvollen Funktion vorfand, bestand in der Vorbereitung des Evangelischen Kirchentages im Sommer 1961. Er sollte in Berlin stattfinden, doch erklärten die Zonenbehörden schon in den Wintermonaten kategorisch, sie würden im Ostteil der Stadt Veranstaltungen des Kirchentages ausserhalb der Gotteshäuser nicht zulassen. Dafür boten sie scheinheilig Leipzig als Ersatzort an, um nach aussen hin den Anschein zu erwecken, auch ihnen sei an einer Verständigung gelegen. Der Rat der EKD zeigte sich durchaus geneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen, behielt sich aber eine gründliche Prüfung der Voraussetzungen vor. Sehr bald stellte sich heraus, dass die Zonenregierung Leipzig nur ins Gespräch gebracht hatte, um vornehmlich die prominenten Teilnehmer des Kirchentages noch ungehemmter nach erwünschten und unerwünschten Elementen zu sortieren, als das in Berlin zu jener Zeit möglich gewesen wäre. Nach langer und sorgfältiger Gewissenserforschung entschloss sich der Rat der EKD, unter diesen Umständen an Berlin festzuhalten und den Kirchentag für Ende Juli nach dort einzuberufen. Das skandalöse Vorgehen des Zonenregimes anlässlich der Tagung der Synode führte übrigens erneut zu dem bereits üblichen Notenwechsel zwischen den drei westlichen und dem sowjetischen Stadtkommandanten: die westlichen Kommandan-



ten protestierten gegen die abermalige Verletzung des Freizügigkeitsprinzips, der sowjetische Kommandant beteuerte kalt-schnäuzig seine angebliche Unzuständigkeit für dieses Problem.

Inzwischen sickerten die ersten, freilich bis heute noch nicht ernsthaft diskutierten und wohl auch niemals ganz ausgereiften westlichen Vorstellungen über eine vertretbare Lösung des Berlin-Problems durch, denen hauptsächlich gewisse Kreise der Umgebung Kennedys zuzuneigen schienen. Wenn man schon, so argumentierten sie, das Freistadt-Projekt Chruschtschows in irgendeiner Form aufgriff, dann musste man von dem im September und November 1944 in London ausdrücklich vereinbarten «*Sondergebiet Grossberlin*» ausgehen. Man durfte sich also nicht auf die friedensgefährdende Schimäre einer «*Freien Stadt Westberlin*» einlassen, sondern konnte allenfalls eine administrativ wiedervereinigte Freie Stadt Berlin anstreben. Jedenfalls entlockten diese vorsichtig ventilierten Pläne Anfang April 1961 dem Zentralorgan der SED, dem «*Neuen Deutschland*», ein aufschlussreiches Geständnis. Zunächst wurde in einem langen Artikel, der diesem Thema gewidmet war, die alte Behauptung wiederholt, ganz Berlin liege auf dem Territorium der sogenannten DDR. Unabhängig davon, so meinte das SED-Organ, sei die Umwandlung ganz Berlins in eine Freie Stadt schon deshalb ausgeschlossen, weil es in einer solchen Freien Stadt «*nicht zwei verschiedene Gesellschaftssysteme geben könne und in Westberlin gegenwärtig die Bedingungen für eine sozialistische Umgestaltung nicht gegeben seien*». Diese bemerkenswerte Offenherzigkeit der sowjetzonalen Staatspartei hinsichtlich Berlins entlarvte gleichsam noch nachträglich wie im Voraus alle von Pankow ausgehenden Anregungen für einen engeren Kontakt zwischen den beiden deutschen Staaten, für eine etwaige Konfö-

deration oder gar für eine mögliche Wiedervereinigung als schillernde Seifenblasen für den Hausgebrauch politisch Zurückgebliebener. Denn wenn die SED schon die bloße Überwindung der administrativen Spaltung einer Stadt, deren Bewohner bis dahin uneingeschränkt und vertrauensvoll miteinander verkehren konnten, aus dem einzigen Grunde für unmöglich hielt, weil sich dort «zwei *verschiedene Gesellschaftssysteme*» entwickelt hätten, wie sollte dann nach der gleichen Logik jemals die Wiedervereinigung eines seit mehr als einem Jahrzehnt durch einen Eisernen Vorhang geteilten Landes möglich sein? Auch ein totalitäres Regime, das seine Umwelt hundertmal durch Zwecklügen zu bluffen versucht, sagt gelegentlich vielleicht einmal die Wahrheit, freilich *seine* Wahrheit, an der sich seine eigentlichen Absichten erkennen lassen. Es ist nur nicht immer ganz einfach, jeweils die Stecknadel im Heuhaufen zu finden und daraus realistische Schlüsse zu ziehen.

#### WESTBERLIN RÜSTET SICH

Im freien Teil der deutschen Hauptstadt täuschte die relative Windstille der Wintermonate niemanden darüber hinweg, dass das Jahr 1961 im Zeichen der hoffnungslos verhärteten Fronten des Kalten Krieges Belastungsproben bringen würde, für die sich wahrscheinlich selbst bei einem intensiven Rückblick auf eine harte und stürmische Vergangenheit kaum Vergleichsmassstäbe finden mochten. Einzelheiten liessen sich nicht voraussagen, aber eine Gewitterschwüle, die eine baldige Explosion ankündigte, lag deutlich in der Luft. Den Berlinern blieb in diesen Tagen, um sich auf die Explosion vorzubereiten, nichts anderes als ihre seit Kriegsende schon oft erprobten und nahezu sprichwörtlich gewordenen Eigenschaf-

ten: gelassene Ruhe, die sich von dem grossen Werk des Wiederaufbaus nicht ablenken liess, moralische Zuversicht in eine gute Sache und festes Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der Garantien der freien Welt. Eine Rückschau auf die letzten Jahre überzeugten jeden davon, dass auch die ständige politische Unsicherheit das imponierende Werk des Friedens, das sich in Westberlin vor aller Augen vollzog, nicht im mindesten beeinträchtigt hatte. Die Steuerkraft als sicherster Beweis einer wirtschaftlichen und moralischen Gesundheit nahm unaufhaltsam zu. 1958 erreichte beispielsweise das Steueraufkommen 2,1 Milliarden DM, stieg im folgenden Jahr auf 2,6 Milliarden und 1960 sogar auf 3,2 Milliarden DM. Das Osterfest 1961 brachte Westberlin, unabhängig von allen Kongressen oder sonstigen repräsentativen Veranstaltungen, einen Rekordbesuch von mehr als 80'000 Gästen aus dem Bundesgebiet und aus dem Ausland. Auch an prominenten Besuchern fehlte es nicht: so kam im März der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, Averell Harriman, um sich an Ort und Stelle über die Lage zu informieren, oder im Mai ein besonders guter Freund der Berliner, der Vizepräsident der amerikanischen Gewerkschaften, Walther Reuther. Einen menschlich besonders befriedigenden Verlauf nahm der Staatsbesuch des Präsidenten der jungen afrikanischen Republik Togo, Silvanus Olympio, der mit seiner Gattin und mit seinen Töchtern einige Tage in der deutschen Hauptstadt weilte und von ihrer Atmosphäre sehr beeindruckt war.

Umso schmerzlicher verzeichnete es allerdings die öffentliche Meinung, wie wenig gerade in dieser Zeit vom Bundesgebiet aus geschah, um die unauflösliche Verbundenheit des freien Teils der deutschen Hauptstadt mit dem Westen ebenso demonstrativ wie entschlossen zu bekunden. Schon im Januar 1961 wies der Regierende Bürgermeister in einem «*Halbzeit-*

*bericht*» über die Tätigkeit des genau zwei Jahre zuvor gebildeten Senats warnend darauf hin, dass man sich nicht dazu hergeben dürfe, bevorstehende Deutschlandverhandlungen auf Berlin oder gar auf Westberlin einzuengen und damit praktisch die festen Verbindungen dieses Bollwerks der Freiheit zum Westen zu lockern. Man verzeichnete es auch mit Bedauern, dass der Bundestag seine Bereitschaft, jederzeit in der deutschen Hauptstadt zu tagen, seit dem sowjetischen Ultimatum vom November 1958 nur durch platonische Erklärungen statt durch eine befreiende Tat bekundete. Tatsächlich hatte sich die deutsche Legislative seit Oktober 1958 nicht mehr in Berlin versammelt, und erst auf vielfaches Drängen rangen sich im Frühsommer 1961 drei Bundestagsausschüsse dazu durch, in der deutschen Hauptstadt zu tagen. Umso dankbarer empfanden es die Berliner, dass das freigewählte deutsche Staatsoberhaupt buchstäblich keine Gelegenheit ausliess, seine persönliche Verbundenheit mit ihnen zum Ausdruck zu bringen und seinen hiesigen Amtssitz, das Schloss Bellevue, fleissig in Anspruch zu nehmen. Bundespräsident Heinrich Lübke liess sich niemals vom Störfeuer aus Pankow beeindrucken, wann immer er das Bedürfnis empfand, sich durch seine persönliche Anwesenheit in Berlin zur Idee des ungeteilten Deutschland und seiner Hauptstadt zu bekennen. Die schlichte männliche Würde des höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik trug ganz entscheidend dazu bei, Wunden des Ärgernisses und der Bitterkeit zu heilen, die durch unzeitgemässe taktische Bedenklichkeiten federführender Politiker aus Bonn unvermeidlich entstanden waren.

An dem unverzagten Bekennermut der Berliner diesseits und jenseits des Brandenburger Tors hatten jedenfalls noch so anmassende Nötigungen und Erpressungen nichts geändert. Die zunehmende Resignation in den östlichen Bezirken hinderte

die Bevölkerung ebensowenig daran wie die sich ebenfalls verdichtende Atmosphäre wirtschaftlichen Aufschwungs und individueller Saturiertheit in Westberlin, sich am 1. Mai 1961 zu der vorerst letzten gesamtdeutschen Willenskundgebung zusammenzufinden. Wiederum waren rund 700'000 Menschen aus der ganzen Stadt der Einladung der Gewerkschaften, der demokratischen Parteien und des Senats gefolgt, um auf dem Platz der Republik vor der nun schon recht stattlich erneuerten Fassade des Reichstags ihr gemeinsames Gelöbnis für Freiheit und Recht zu erneuern. Stundenlang harrten die Massen unter einem schwülen Himmel aus, viele brachen vor Erschöpfung zusammen, aber keiner wich freiwillig von der Stelle, bis nach den verschiedenen Ansprachen die Freiheitsglocke des Schöneberger Rathauses, wie stets an diesem Tage auf den Platz der Republik übertragen, ihre mahnende und verpflichtende Stimme erhob. Erst als sich die Menge zu zerstreuen begann, öffneten sich die Schleusen des Himmels, um einen der trübsten und kältesten Maimonate einzuleiten.

Wenige Wochen später, am 19. Mai, ging eine Nachricht durch den Äther, die in Berlin und in aller Welt Besorgnis weckte, aber auch noch einmal gewisse Hoffnungen belebte: die beiden mächtigsten Staatsmänner des westlichen und östlichen Lagers, der amerikanische Präsident Kennedy und der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow, würden am 3. und 4. Juni in Wien zu einem allgemeinen Meinungs austausch Zusammentreffen. Weltpolitisch befand sich der Westen seit geraumer Zeit in der Defensive, der Osten hatte dagegen im gleichen Zeitabschnitt seine offensiven Ziele immer deutlicher, unverhüllter und aggressiver präzisiert. Würde sich Chruschtschow geneigt zeigen, im Zeichen der grossen Erfolge seiner Nation, die seit langem von Moskau einseitig pro-

vozierte Spannung zu mildern, die von ihm ersonnene Koexistenzformel zu erneuern und der Menschheit damit nicht zuletzt aus wohlverstandenen Selbsterhaltungstrieb eine bescheidene Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung zurückzugeben? Würde es andererseits dem jungen amerikanischen Präsidenten gelingen, seinen totalitären Partner in Wien davon zu überzeugen, dass es unbeschadet aller Gelände- und Prestigeverluste der freien Welt eine absolute und ohne eine allgemeine Katastrophe nicht zu überschreitende Grenze westlicher Nachgiebigkeit gäbe? Und wenn ja, wo verlief diese Grenze? Diesseits oder jenseits des Brandenburger Tores, diesseits, wo der Westen Positionen zu halten, oder jenseits, wo er wohlverworbene Rechte gegen eine immer impertinenter auftretende politische Erpressung zu verteidigen hatte? Würden die Gespräche in Wien auf die abschüssige Bahn eines neuen München führen oder durfte man sich einen Ruck nach vorn versprechen, der die Sorge von Milliarden in Hoffnung und die zunehmende Verzweiflung von Millionen in Zuversicht, kurz, der den allgemein um sich greifenden Lebensüberdruß in neuen Lebensmut verwandelte? Dass all diese Fragen in Berlin am intensivsten gestellt und auch empfunden wurden, wird niemanden verwundern, der nach der Lektüre der vorausgegangenen Seiten begriffen hat, wie sehr diese Stadt neben ihrer unveräusserlichen gesamtdeutschen Funktion gleichzeitig zu der einzigen noch existierenden Brücke einer begrenzten sachlichen Verständigung zwischen Osten und Westen geworden war.

## 13. AUGUST 1961 – PRÜFSTEIN DEUTSCHEN SCHICKSALS

### DIE GROSSOFFENSIVE BEGINNT

Das Ergebnis der Wiener Begegnung zwischen Chruschtschow und Kennedy war derart niederschmetternd, dass sich beide Partner bewogen fühlten, über das erschreckend nichts-sagende Kommuniqué hinaus ihre Völker und deren Verbündete baldmöglichst über den wirklichen fatalen Sachverhalt ungeschminkt zu unterrichten. Kennedy wandte sich bereits am 6. Juni mit einer Rundfunk- und Fernsehansprache an seine Mitbürger, ohne seine Begegnung mit Chruschtschow im geringsten schönzufärben: *«Wir haben völlig verschiedene Auffassungen von Recht und Unrecht, davon, was eine internationale Angelegenheit und was eine Aggression ist, und vor allem haben wir völlig verschiedene Auffassungen davon, wo die Welt jetzt steht und wohin sie geht.»* Chruschtschow schenkte seinen Zuhörern ebenfalls über die Sender des sowjetischen Rundfunks und des Fernsehens seinerseits reinen Wein ein: *«Der Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland darf nicht länger verschoben werden. Die friedliche Regelung in Europa muss in diesem Jahr erreicht werden... Aber selbst wenn sich einige Länder weigern sollten, an den Verhandlungen über den Abschluss eines Friedensvertrages teilzunehmen, wird uns das nicht aufhalten, und wir werden zusammen mit den anderen Ländern, die es wünschen, einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten unter-*

*zeichnen. Sollte sich die Bundesrepublik Deutschland nicht einverstanden erklären, einen Friedensvertrag abzuschließen, dann werden wir ihn nur mit der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnen, die bereits ihren Wunsch zum Abschluss eines Friedensvertrages geäußert und ihre Zustimmung zur Schaffung einer Freien Stadt Westberlin auf ihrem Boden gegeben hat.»*

Die Tatsache jedoch, die im Sommer 1961 die Welt so einschneidend und verhängnisvoll veränderte, wurde von den beiden Politikern nur angedeutet oder umschrieben. Sie fand ihren Ausdruck darin, dass die Sowjetunion zur Erreichung ihres Zieles ein neues, diesmal aber offenbar ernstgemeintes Ultimatum stellte. In dem Memorandum zur Deutschlandfrage, das Chruschtschow in Wien Kennedy überreichte, hiess es nämlich wörtlich: *«Damit eine Friedensregelung nicht weiter hinausgezögert wird, ist es notwendig, einen Termin festzulegen, binnen dessen die Deutschen nach Möglichkeiten zu übereinkommen in Fragen ihrer inneren Kompetenz suchen müssen. Die Sowjetregierung hält für solche Verhandlungen eine Frist von nicht mehr als sechs Monaten für genügend. Diese Frist für einen Kontakt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und für Verhandlungen zwischen ihnen reicht vollkommen aus, da in den nach dem Kriege vergangenen sechzehn Jahren die Einsicht in die Notwendigkeit herangereift ist, mit den Überresten des zweiten Weltkrieges in Europa Schluss zu machen.»* Auch die Berlin-Pläne des Kommunismus waren in diesem Memorandum rücksichtslos und unmissverständlich formuliert: *«...Gleichzeitig wird dies (die Umwandlung Westberlins in eine sogenannte Freie Stadt) auch die Aufhebung des Besatzungsregimes... mit allen sich hieraus ergebenden Folgen bedeuten. Insbesondere werden die Fragen der Benutzung der Verbindungswege auf dem Lan-*



*de, zu Wasser und in der Luft, die über das Territorium der DDR führen, nicht anders zu lösen sein als auf der Grundlage entsprechender Übereinkommen mit der DDR. Dies ist auch natürlich, da die Wahrnehmung einer Kontrolle über solche Verbindungswege das unveräußerliche Recht eines jeden souveränen Staates ist.»*

Chruschtschow kam also keineswegs auch nur mit einem Minimum von Verständigungsbereitschaft nach Wien, sondern brachte gleich zwei politische Atombomben mit: ausser dem Memorandum zur Deutschlandfrage noch ein weiteres über die Einstellung der Kernwaffenversuche. Dieses Schriftstück annullierte mit Fleiss alle konkreten Lösungen, die die Genfer Sachverständigenkonferenz in jahrelangen Bemühungen bereits erarbeitet hatte, sondern koppelte das überaus dringliche und die ganze Menschheit belastende Problem der Kernwaffenversuche und ihrer Kontrolle mit der Schimäre einer allgemeinen und totalen globalen Abrüstung. Damit warf die unermessliche Tragödie einer Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche, einer Verseuchung der Atmosphäre, einer leichtfertigen und brutalen Gefährdung von Gesundheit und normaler Lebenserwartung für Milliarden von Menschen nach dreijährigen, aufs grausamste enttäuschten Hoffnungen schon im Frühsommer 1961 ihre Schatten voraus. Daraus ergab sich aber auch, dass sich die Sowjetunion nunmehr wenigstens subjektiv für *militärisch* stark genug hielt, um *politisch* in Deutschland und Berlin nach endlosem, aber wohlberechnetem und gezieltem Vorgeplänkel zur entscheidenden Offensive anzutreten und den Westen in einem Zustand der Verängstigung und Betäubung endgültig aus seinen dortigen Positionen zu werfen.

Die ungeheure Gefahr, die das Ergebnis von Wien heraufbeschwor, wurde überall sofort richtig erkannt, aber leider zog

der Westen daraus – und tut das vielleicht bis heute – wieder einmal wie üblich falsche Konsequenzen. Chruschtschows symbolischer Griff nach dem *Jbbungsinstrument*» der Atom-bombe, dem bald der tatsächliche folgen sollte, hypnotisierte die freie Welt derart, wie der berüchtigte Blick der Schlange das Kaninchen. Kennedy persönlich dürfte sich in Wien alle Mühe gegeben haben, seinen Partner davon zu überzeugen, dass dieser das Äusserste riskiere, wenn er wirklich zum Äussersten schreite. Aber Chruschtschow wusste im Voraus und erfuhr es bald nachträglich aus unzähligen Quellen, dass Kennedy eben nicht die Vereinigten Staaten geschweige denn die NATO repräsentierte. In die entschiedene und klare Sprache der westlichen Regierungen mischten sich bald klägliche und defaitistische Kommentare der westlichen Presse. Ausserdem dürfte der hervorragende sowjetische Nachrichtendienst schon sehr bald herausgefunden haben, dass es sogar innerhalb der Regierungen und ihrer bürokratischen Apparate angesichts der radikalen sowjetischen Schocktherapie keine übereinstimmenden Meinungen gab. Die allgemeine nervöse Unruhe, die geradezu hektische Betriebsamkeit der Politik und Diplomatie, der schreckliche Alpdruck eines möglicherweise bevorstehenden Vernichtungskrieges charakterisierten die Atmosphäre des Sommers 1961 und machten ihn allenfalls mit dem Sommer 1914 oder mit dem Sommer 1939 vergleichbar. Solange es einen Kalten Krieg gab, war wohl noch niemals eine solche Unmenge hektographierten Papiers innerhalb des westlichen und östlichen Lagers wie zwischen Osten und Westen ausgetauscht worden. Unablässig und weitschweifig beschäftigten sich die in diesem Zusammenhang gewechselten Noten, die offiziellen und inoffiziellen Erklärungen, Reden und Interviews der führenden Staatsmänner mit den bei-

den von Chruschtschow in Wien so mörderisch aktualisierten Hauptthemen, der Abrüstung und dem Berlin-Problem. Da das sowjetische Memorandum vom 4. Juni 1961 ausdrücklich einen Termin festgelegt hatte, *«binnen dessen die Deutschen nach Möglichkeiten zu Übereinkommen in Fragen ihrer inneren Kompetenz suchen müssten»*, durfte Pankow seinen Pflichtbeitrag natürlich nicht schuldig bleiben. Am 6. Juli 1961 beschloss die Volkskammer einen sogenannten *«Deutschen Friedensplan»*, der in Deutschland ähnliche Verhältnisse schaffen sollte, wie sie dem Kommunismus seit 1954 in den ostasiatischen Staaten Laos und Süd-Vietnam so erfolgreich die Wege geebnet hatten. Zum Abschluss der letzten Sitzung des Bundestages vor Sommerpause und Wahlkampf am 30. Juni regte sein Präsident Gerstenmaier in einer vielbeachteten Rede an, in Friedensverhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion die Deutschlandfrage als Ganzes zu diskutieren: *«..Die Friedensverhandlungen selbst müssen Klarheit schaffen erstens über den militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschland. Zweitens ist selbstverständlich, dass ein Friedensvertrag die definitive Bereinigung der materiellen und rechtlichen Fragen bringen muss, die sich aus dem zweiten Weltkrieg ergeben. Dazu gehört auch die Frage der Reichsgrenzen.*

*Drittens ist es unerlässlich, dass dem ganzen deutschen Volke die Möglichkeit verbürgt wird . . . , Gebrauch zu machen von «dem Grundsatz der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung der Völker», wie er verankert ist in dem Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen. Die Regierung der Sowjetunion hat am 26. Juni 1945 diese Charta ebenso unterzeichnet wie die anderen Mächte, die gegen Deutschland Krieg geführt haben. Namens des ganzen deutschen Volkes und keineswegs nur für die 52 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland*

*klagt der Deutsche Bundestag heute vor der Welt und vor der Geschichte dieses sein Recht ein.»*

Nach der Ansprache des Bundestagspräsidenten verzeichnete das stenographische Protokoll *«anhaltenden lebhaften Beifall im ganzen Hause»*. Das bedeutete, dass der erste Sprecher des wichtigsten Gesetzgebungsorgans der Bundesrepublik für sich in Anspruch nehmen konnte, die Auffassung aller Parteien zusammengefasst zu haben, und dies in einem Augenblick, da sonst mit dem Herannahen des Wahlkampfes die natürlichen Gegensätze zwischen den verschiedenen politischen Gruppen verständlicherweise einmal wieder mit betonter Schärfe ins Blickfeld traten. Wäre die Sowjetunion auch nur im mindesten bereit gewesen, ihre eigenen demonstrativen Versicherungen, man müsse mit den Überresten des zweiten Weltkrieges in Mitteleuropa Schluss machen, ernst zu nehmen, so hätten diese Ausführungen Gerstenmaiers für sie ausserordentlich interessant sein müssen. Tatsächlich ignorierte Chruschtschow nach wie vor jede noch so aufrichtige Geste deutscher Verhandlungsbereitschaft. Mit dem geradezu inflatorisch anschwellenden Austausch von Noten und Stellungnahmen sollte ja nach dem Willen Chruschtschows keine fruchtbare Politik gemacht werden, sondern das Gegenteil davon. Dagegen verfolgte man in Moskau mit gespanntester Aufmerksamkeit jedes Symptom, das auch nur indirekt darauf schliessen liess, dass der Westen seine *«Rechte in Berlin»* von sich aus immer eindeutiger lediglich als *«Verteidigung der Freiheit Westberlins und seiner Bevölkerung»* interpretierte.

Es handelte sich hier wirklich um zwei verschiedene Dinge, deren politische Relationen in ihrem strategischen Gewicht allerdings nur Moskau begriff. Nach den Vereinbarungen von 1944 hatten zweifellos die ehemaligen Siegermächte über die

innere Ordnung in ihren Sektoren jeweils allein zu wachen und zu bestimmen, die Sowjetunion in Ostberlin und die drei westlichen Siegerstaaten in Westberlin. *Für den unverkennbaren Sonderstatus der gesamten Stadt trugen sie jedoch eine gemeinsame Verantwortung.* Diese gemeinsame Verantwortung garantierte allen Berlinern, um es noch einmal zu wiederholen, unter der noch so formal gewordenen alliierten Kontrolle im Gegensatz zu allen anderen Deutschen sowohl in der Bundesrepublik wie in der Sowjetzone ein lebenswichtiges Privileg: *die Bewegungsfreiheit über die offenen Setkorengrenzen hinweg.* Sobald jedoch Deutsche aus der Bundesrepublik wie aus der Sowjetzone in die deutsche Hauptstadt kamen, konnten sie dieses Privileg der Berliner auch für sich beanspruchen, die westdeutschen Besucher freilich seit September 1960 nur noch mit der Einschränkung des Passierscheinzwanges. Daraus ergab sich eine zwar ernste, prinzipiell aber nicht irreparable Verschlechterung der gesamtdeutschen Bedeutung und Funktion Berlins. *Jede Hinnahme einer weiteren Einengung und Beschränkung der Bewegungsfreiheit in Berlin durch die Westmächte musste sie nicht nur gleichsam in eigener Sache und vor dem eigenen Gewissen ihres Prestiges berauben, sondern sie auch indirekt gegenüber dem freien Teil Deutschlands vertragsbrüchig machen: denn ihre Anwesenheit in Berlin und die uneingeschränkte Wahrnehmung ihrer dortigen Rechte kamen ja nicht nur den zwei Millionen Westberlinern zugute, sondern bedeuteten gleichzeitig so etwas wie eine stillschweigende Treuhandschaft für eine spätere Wiedervereinigung ganz Deutschlands.* Anderenfalls wäre es sinnlos gewesen, im Jahre 1949 oder zu einem späteren Zeitpunkt Westberlin den Status eines Bundeslandes mit allen daraus resultierenden Konsequenzen zu verweigern. Gerade die Vorberhalte, die

die Westmächte in diesem Punkte machten und die ja schliesslich für die Betroffenen manche Unbequemlichkeit, Versagung und Diskriminierung mit sich brachten – man denke nur an das kastrierte Stimmrecht der Westberliner Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften des Bundestages wie des Bundesrates –, verpflichteten die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich, sich von ihren Rechten auf *ganz* Berlin auch in einer noch so gefährlich scheinenden Entscheidungssituatoin um keinen Preis von ihrem östlichen Vertragspartner etwas abmarkten zu lassen.

Freilich hatten sie das seit September 1960 bereits zögernd und schrittweise unter Protest getan. Der Viermächtestatus, der symbolisch die Unteilbarkeit und Unzerreissbarkeit der noch immer lediglich administrativ gespaltenen deutschen Hauptstadt einfasste, hatte einige Schrammen und Risse bekommen, aber das Gebäude als solches hielt noch. Wenn es der Westen widerstandslos hinnahm, es vollständig zum Einsturz bringen zu lassen, war Moskau mit seiner Deutschlandpolitik der entscheidende Durchbruch gelungen. Nur dort wie in Pankow schätzte man das Risiko, aber auch die unerhörten Gewinnchancen eines solchen Unternehmens richtig ein. Im Westen begriff man grösstenteils nicht einmal die eminente politische Bedeutung, die sich aus den Rechten auf ganz Berlin effektiv ergab. So orakelte der Vorsitzende des Aussenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats, William Fulbright, in einem sehr verworrenen und auch stilistisch kaum verständlichen Fernsehinterview am 30. Juli, nach seiner Ansicht habe der Westen kein Recht, «*von der Sowjetunion zu verlangen, dass Westberlin als Schlupfloch für Flüchtlinge aus Mitteldeutschland offengehalten werde*». Nichts war törichter, aber auch nichts objektiv falscher als eine solche Äusserung, noch dazu ausgerechnet in jenen un-

heilschwangeren Tagen. Der Westen hatte das Recht und die Pflicht, in Berlin die Sektorengrenzen offenzuhalten, nicht mehr und nicht weniger. Dass über diese Grenzen von jeher nicht nur Besucher oder Berufstätige, sondern auch Flüchtlinge passierten, lag ausschliesslich daran, dass ein kommunistischer deutscher Teilstaat, genannt Deutsche Demokratische Republik, gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit seiner Bevölkerung existierte und von ihr, wie die Erfahrung lehrte, in zunehmendem Masse verabscheut wurde.

#### **DIE SPRINGFLUT DER FLÜCHTLINGE**

Denn in einem hatte Chruschtschow mit seinem neuen Ultimatum die Rechnung ohne den Wirt gemacht, in sehr typischer Weise übrigens, da tyrannische oder gar totalitäre Regime im Banne ihrer Denkweise moralische Faktoren im Gegensatz zu machtpolitischen Realitäten grundsätzlich falsch einkalkulieren. Über die westliche Anfälligkeit gegen terroristische Kriegsdrohungen täuschten sich die Sowjets nicht im mindesten, wohl aber über den trotz aller Resignation noch immer vorhandenen Lebens- und Freiheitswillen der vom Kommunismus drangsalierten Deutschen in der Sowjetzone. Es handelte sich um Menschen, die sich mit aller elementaren Kraft der Verzweiflung dem Versuch widersetzen, sie zu blossen Robotern, Termiten und Schachfiguren eines gewissenlosen politischen Spiels hinabzuwürdigen. In den Wochen zwischen dem 4. Juni und dem 13. August 1961 schwoll der seit Anfang 1960 immer breiter gewordene Strom der Zonenflüchtlinge zu einer wahren Springflut und schliesslich zu einem Ozean an. Das der Zonenbevölkerung zugedachte «*Glück*» eines separaten Friedensvertrages innerhalb weniger Monate erwies sich für Unzählige als Motor der Bewegung:

weg von der Heimat, weg von ererbtem und erworbenem Besitz, weg in vielen Fällen von einträglichen Stellungen, mit dem einzigen Ziel der Freiheit, deren Verheissung mächtiger war als alle Hemmungen. Ein beispielloser Orkan der Empörung und Verbitterung unterspülte alle Dämme, überwand alle Schranken, durchbrach alle noch so energisch mobilisierten Kontrollen durch Volkspolizei und andere bewaffnete Verbände. So konnte es in der Tat objektiv nicht mehr lange weitergehen. Noch nie hat sich ein totalitärer Diktator vor der Geschichte schlimmer und schändlicher blamiert als Walter Ulbricht, aber auch noch nie hat ein solcher eine derartige Blamage bis zur Stunde mit so kaltlächelndem Zynismus überstanden.

Schon im Zusammenhang mit den Motiven des ersten Sowjet-Ultimatums vom 27. November 1958 war von der permanenten Fluchtbewegung aus der Sowjetzone die Rede. Bevor wir uns der deutschen Tragödie des 13. August 1961 zuwenden, muss die düstere und erbarmungslose Vorgeschichte dieses Schicksalstages in ihren verschiedenen Etappen noch etwas ausführlicher umrissen werden. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges bis zum Sommer 1961 verliessen annähernd vier Millionen Menschen freiwillig oder von drohender Gefahr für Leib und Leben gezwungen ihre mitteldeutsche Heimat: das entspricht etwa der Bevölkerungszahl der Schweiz. Könnten diese Unglücklichen vor den Vereinten Nationen in eigener Sache ihre Stimme erheben, um ihre Peiniger anzuklagen, würden sie allein vier bis fünf der kleinsten Mitgliedsstaaten repräsentieren. Auch diese kleinsten Mitgliedsstaaten aus Afrika oder anderswo sind stolz auf die von ihnen errungene Selbstbestimmung, sind stolz darauf, dass in dieser Weltorganisation ihre Stimme ebensoviel zählt wie die der Grossmächte. Mögen sie sich allmählich nachdrücklicher und verständnisvoller der Tatsache erinnern, dass mitten in Europa 16



Millionen Menschen jedes Selbstbestimmungsrecht entbehren müssen und dass fast vier Millionen es sich durch die Flucht, durch die Preisgabe von Heimat und Besitz erkaufen mussten: und das ausschliesslich deswegen, weil sich eine wahnwitzige und hybride gesellschaftliche «*Ordnung*» seit mehr als 16 Jahren als völlig unfähig erwies, den in ihrem Machtbereich Lebenden das Dasein, wenn schon nicht glücklich, so doch wenigstens einigermaßen erträglich zu gestalten. Die Fluchtbewegung aus der Sowjetzone ist nicht allein eine beispiellose Massentragedie, sondern auch eine ebenso beispiellose moralische Bankrotterklärung des politischen und gesellschaftlichen Regimes, das der Geschichte einmal mit dem faszinierenden und grossartigen Anspruch vor Augen trat, die Menschen von allen Fesseln und Abhängigkeiten befreien zu wollen.

Soweit es überhaupt möglich ist, dieses im tiefsten erschütternde Phänomen nüchtern zu analysieren, lassen sich für die Fluchtbewegung, ihre kollektiven Motive und ihre soziologische Bedeutung für den davon betroffenen «*Staat*» mit annähernder Genauigkeit drei Phasen unterscheiden: die erste Phase umfasst den Zeitabschnitt von der deutschen Kapitulation bis etwa 1948/49, die zweite die Jahre von 1949 bis 1955 und die dritte schliesslich die Jahre von 1955 bis zur Gegenwart.

Während der ersten Phase verliessen hauptsächlich ältere, kaum noch oder nicht mehr arbeitsfähige Menschen ihre mitteldeutsche Heimat. Ihr Hauptmotiv war weniger politischer als allgemein menschlicher Natur: viele von ihnen mochten ursprünglich dem Dritten Reich Adolf Hitlers zugejubelt haben, aber die zwölf Jahre der braunen Diktatur öffneten ihnen allmählich die Augen über den wahren Charakter eines totalitären Regimes. Nach dem Kriege kam sofort ein neues, wenn

auch mit einem anderen Anstrich und mit einer anderslautenden Ideologie. Die Älteren misstrauten in der Regel aus guten Gründen ihrer eigenen Anpassungsbereitschaft und weiteren Leidensfähigkeit. Sowohl die Sowjets wie ihre deutschen Satelliten sahen übrigens das allmähliche Verschwinden dieser überalterten und für sie in jeder Beziehung *«unbrauchbaren»* Schichten nicht ungern: nach den Prinzipien des kommunistischen Humanismus galten sie ohnedies lediglich als *«unnütze Esser»*. Drüben aber, in den Westzonen, würde ihr Erscheinen nur den verheerenden Mangel am Nötigsten, das Flüchtlings- und Wohnungselend wie andere soziale Unruhesymptome in einem den Sowjets durchaus erwünschten Sinne verschärfen.

Es kam aber die Währungsreform, der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands, die Gründung der Bundesrepublik einerseits, die der sogenannten *«DDR»* andererseits. Hier blieben noch jahrelang die meisten Kriegswunden offen, die wirtschaftliche Entwicklung lahmte, der Nachholbedarf der Bevölkerung blieb unbefriedigt, das Rationierungssystem der Kriegsjahre in Kraft; drüben im Westen zogen die aufblühende Konjunktur, die Produktion wertvoller Konsumgüter und der unaufhaltsam steigende Lebensstandard vor allem jüngere Facharbeiter oder ungelernete Arbeiter aus der Sowjetzone an, die hofften, in der Bundesrepublik ihr Glück zu machen und an der allgemeinen Aufwärtsentwicklung teilzunehmen. Auch ihr Fluchtmotiv war nicht immer im strengsten Sinne politisch, obwohl natürlich in vielen Fällen eine ernsthafte und glaubwürdige Gefährdung mitspielte, vornehmlich bei denjenigen, die sich den Forderungen eines totalitären Staates am Arbeitsplatz, an der Drehbank, im Büro und nicht zuletzt auf dem Acker instinktiv oder gar systematisch widersetzen. Der Verlust von Hunderttausenden, meist jüngeren

Menschen, die als wertvolle Arbeitskräfte gelten mussten, wuchs sich für die Machthaber der Sowjetzone schon zu einem weit ernsteren Problem aus. Bevor aber Moskau über das politische Schicksal seines mitteldeutschen Faustpfandes endgültig mit dem Ziele einer Herausgabe oder einer endgültigen Einverleibung entschieden hatte, war auch dieser Verlust allenfalls zu ertragen. Kam es zu einer Wiedervereinigung, würden die Tage des Kommunismus in Mitteldeutschland sowieso gezählt sein, – kam es aber zu einer festen Einverleibung der Zone in den gesamten kommunistischen Machtbereich, musste ja zwangsläufig ein forciertes wirtschaftlicher Wiederaufbau auch dort erfolgen. In Pankow träumte man nach sowjetischem Vorbild nicht nur von gigantischen ökonomischen Plänen, mit deren Erfüllung man sogar den Lebensstandard der Bundesrepublik zu übertreffen hoffte, sondern man nahm wahrscheinlich auch an, dass im Zeichen einer solchen Entwicklung die Massenflucht mindestens zum Stillstand käme, wenn nicht gar von einer allmählichen Rückwanderung abgelöst werden würde: denn wenn die Menschen in der Zone erst einmal ausreichend zu essen hätten und ihre sonstigen Konsumbedürfnisse in steigendem Masse befriedigen könnten, lag nach den Kombinationen Pankows kein zureichender Grund mehr vor, sie zu einer Flucht aus dem Paradies der Arbeiter und Bauern zu ermuntern. Das elementare menschliche Freiheitsbedürfnis ist ja nach kommunistischer Lesart nur eine *«Illusion»*.

Als dann aber nach der Proklamierung der Zwei-Staaten-Theorie etwa vom Jahre 1956 ab der planmäßige Wiederaufbau der Zone im streng kommunistischen Sinne einsetzte, sah sich das Ulbricht-Regime sofort einem fast unlösbaren Dilemma gegenüber. Mitteldeutschland verfügte von jeher über eine leistungsfähige Veredlungsindustrie, dagegen kaum über

zwei der wichtigsten Grundstoffe, Steinkohle und Stahl. Gerade angesichts der sich daraus ergebenden Importabhängigkeit musste man nicht allein aus der menschlichen Arbeitskraft das Letzte herausholen – und hierin erwies sich das Regime in der Tat als dermassen erfinderisch, dass in dieser Beziehung vielleicht sogar seine sowjetischen Lehrmeister noch manches von ihm hätten lernen können –, sondern war vor allem auf eine zuverlässige Intelligenzschicht angewiesen. Diese hatte den Nachwuchs entsprechend auszubilden, hatte in den Forschungszentren und Laboratorien auf Mittel und Wege zu sinnen, um Bedarfslücken mit neuzeitlichen Methoden und neuen Erfindungen zu überbrücken, nicht zuletzt aber die vom Produktionsprozess dauernd überforderten gesund und leistungsfähig zu erhalten. Ausgerechnet diese Intelligenzschicht erwachte nun – in vielen Fällen vielleicht zum erstenmal – infolge der täglich zunehmenden kommunistischen Durchwucherung aller Lebensbereiche zum politischen Bewusstsein. Schon bei früherer Gelegenheit wurde erwähnt, dass bei einer zwischen 1957 und 1959 im Jahresdurchschnitt ständig sinkenden Flüchtlingsziffer die Zahl der Flüchtlinge aus den ausgesprochenen Intelligenzberufen – Ingenieure, Ärzte, Hochschullehrer usw. – geradezu sprunghaft emporschnellte.

Dieser Substanzverlust der Eliteschichten sprach dem Zonenregime nicht nur moralisch ein Todesurteil, sondern stellte einen geistigen Aderlass dar, den es mit allen Mitteln unterbinden musste, wenn es sich nicht in absehbarer Zeit selber aufgeben wollte. Lange Zeit lavierte man im Vorfeld der Taktik. Wo heute noch Beschimpfungen und Erpressungen obgewaltet hatten, versuchte man es morgen zur Abwechslung wieder einmal mit einem toleranten Gebaren, gelegentlich sogar mit förmlichem Liebeswerben. Ulbricht persönlich bemühte sich,

wie man aus zahlreichen Verlautbarungen, Anweisungen und Reden dieser Epoche schliessen kann, vielleicht sogar aufrichtig, den Intellektuellen, die er lebensnotwendig brauchte, um seine spektakulären Pläne zu realisieren, im kommunistischen Paradies eine Art Naturschutzpark auszusparen, wenigstens ihren älteren Generationen, bei denen das Experiment *«sozialistischer Umerziehung»* voraussichtlich nichts mehr fruchtete. Vergeblich: nicht nur war das Objekt aller dieser Bemühungen unheilbar misstrauisch geworden und wurde es mit jedem Tage mehr, der die Aussicht auf Wiedervereinigung dahinschwinden sah. Die primitive Funktionärsschicht, die Ulbricht insbesondere seit dem V. SED-Parteitag im Juli 1958 von der Kette liess, begriff in ihrem Übereifer die dialektisch wohlberechneten Bocksprünge ihres Herrn und Meisters gegenüber der Intelligenz in keiner Weise. Machttrunken und hemmungslos geworden, wollten sie alles und jedes gleichschalten, wollten es auf Biegen oder Brechen endlich auf die Linie der allein seligmachenden Ideologie und Gesellschaftslehre bringen: die Universitäten und die Laboratorien, die Medizin mit ihrer Diagnostik und Therapie, den Sport, die Kunst einschliesslich aller Unterhaltungsorchester. Wem diese Behauptung übertrieben scheint, der ziehe einmal entsprechende Erkundigungen bei den Arbeitsstäben der früheren Flüchtlingslager ein! Die anhaltende Flucht tendenz der Intelligenzberufe aus der Sowjetzone wurde ausserdem insofern zu einem in höchstem Masse politischen Phänomen, als für diese Schichten wirtschaftliche Gefährdung oder systematische Aushöhlung der Existenz, wie sie selbständige Unternehmer, Handwerker, Gewerbetreibende und Landwirte ständig stärker bedrohten, praktisch wegfielen. Im Gegenteil, insbesondere die Hochschullehrer wurden vom Regime mit sozialen Privi-

legien – Einkommen, Sonderprämien, Wohnraumsanspruch usw. – ausgestattet, mit denen kaum eine westliche Demokratie Schritt halten konnte. Ausserdem ist der deutsche Intellektuelle, im Gegensatz zu seinen ausländischen, speziell zu seinen romanischen Kollegen, im Grunde ein unpolitischer Typ, in der Regel geneigt, in jedem Staat und unter jedem Regime zu wirken, solange man sein spezifisches Wissens- und Forschungsgebiet frei und unangetastet lässt. Der sprichwörtliche deutsche Professor, vornehmlich in den nicht geisteswissenschaftlichen Disziplinen, registriert einen Mangel an Freiheit im öffentlichen Leben kaum, solange er sich in seinem Hörsaal oder in seinem Laboratorium relativ ungehindert bewegen kann. Als ihm aber in der Sowjetzone immer massiver zugemutet wurde, objektive Forschungsergebnisse, die ihrer Natur nach mit dem dialektischen Materialismus nicht das Geringste zu tun hatten, durch eine sozialistische Brille zu korrigieren, also zu verfälschen, oder, wie im Falle der Ärzte, erkrankte Menschen nach den fiktiven Postulaten einer «*sozialistischen Medizin*» zu kurieren, gelangte auch er unweigerlich an die Grenzen seiner Toleranz und formalen politischen Anpassungsbereitschaft. Deswegen war die Flucht der Intelligenzschicht der vielleicht eindrucksvollste und erschütterndste Beweis dafür, wie sehr der Freiheitsentzug in der Sowjetzone auch für diejenigen, die sich am liebsten vor jeder politischen Auseinandersetzung verkrochen hätten, im wörtlichsten Sinne zu einem «*Sauerstoffproblem*» geworden war. Die geistige Elite in Mitteldeutschland litt unter akuten Erscheinungen einer Hypoxämie: viele suchten das Weite, nicht weil sie primär das Regime an sich wegen seiner Struktur und Zielsetzung verabscheuten, sondern weil sie ganz einfach unter ihm nicht mehr atmen konnten. Dass die Bemühungen der Professoren,

Wissenschaftler und Dozenten, auch in der Sowjetzone ein Minimum des objektiven und unbefangenen Geistes zu erhalten, wie er normalerweise die Atmosphäre einer Universität charakterisiert, nicht ohne Einfluss auf die Elite der akademischen Jugend blieb, verraten uns ebenfalls sehr aufschlussreiche Ziffern. Allein in den Jahren zwischen 1957 und 1959 meldeten sich weit über 6'000 Studenten mitteldeutscher Universitäten in den verschiedenen Notaufnahmelagern, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Studienordnung der Sowjetzone hauptsächlich junge Arbeiter oder Arbeitersöhne begünstigt.

Der unaufhaltsame Schrumpfungsprozess der geistigen Elite Mitteldeutschlands – und zwar quer durch alle Generationen hindurch, von betagten Professoren bis zu Oberschülern der letzten Klassen – setzte sich auch in den folgenden Jahren fort. Daneben stiegen aber auch die absoluten Monatsziffern, verglichen mit dem quantitativen Tiefstand der Flüchtlingsbewegung im Jahre 1959, wieder beträchtlich an. Im Frühjahr und Sommer 1960 entschlossen sich vornehmlich zahlreiche Landwirte zur Preisgabe ihrer Existenz. Entgegen den vor noch relativ kurzer Zeit mehrfach gegebenen feierlichen Zusicherungen des Ministerpräsidenten Grotewohl, das Zonenregime werde einen freien Kleinbauernstand erhalten und schützen, war seit Beginn des Jahres 1960 die Kollektivierung aller bäuerlichen Einzelwirtschaften in kürzester Frist erpresst und erzwungen worden. Dieser flagrante Wortbruch wirkte auch in die Schichten hinein, die sich in absehbarer Zeit von dem gleichen Schicksal bedroht fühlten und es nicht erst zum Äussersten kommen lassen wollten, vornehmlich im Handel und im Handwerk. War die Zahl der Flüchtlinge im Jahre 1960 schon wieder auf mehr als 200'000 angestiegen, so liess die Entwicklung im Jahre 1961 eine noch weit radikalere Bevöl-

kerungsbewegung erwarten. Viele Menschen, die bis vor Kurzem noch mit jeder internationalen Beratung des Deutschlandproblems reale Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung verbanden, die der Genfer Aussenministerkonferenz von 1959, der Gipfelkonferenz von 1960 und vielleicht sogar noch der Wiener Begegnung zwischen Kennedy und Chruschtschow erwartungsvoll entgegengeblickt hatten, sahen sich danach endgültig aufs grausamste getäuscht und enttäuscht. Hielt sie bisher die Zuversicht in ihrer Heimat fest, eines Tages würde und müsste ja auch die Freiheit nach dort zurückkehren, dann wählten sie nach dem Wiener Treffen, als die Frage «*Heimat oder Freiheit*» zu einer unerbittlichen Alternative geworden war, die Freiheit. Jahrelang lag der «*Tagesdurchschnitt*» – ein sehr nüchternes Wort für einen furchtbaren Tatbestand – an Sowjetzonenflüchtlingen bei etwa 400-500. Nach der Wiener Begegnung, insbesondere nach dem Beginn der Sommerferien in der Sowjetzone, stieg er erschreckend an, auf 800, 1'000, 2'000, um unmittelbar vor dem 13. August, obwohl alle Zonengrenzbahnhöfe schon schärfstens bewacht und praktisch abgeriegelt waren, auf fast 7'000 anzuschwellen.

Bis tief in das Jahr 1961 hinein hatten die Sowjetzonenbehörden alles getan, um die unheimlichen und trostlosen Symptome der galoppierenden Schwindsucht ihrer «*Republik*» wenigstens vor der Weltöffentlichkeit zu bagatellisieren. Nachdem aber die Verzweiflung der Menschen in Mitteldeutschland so sichtbar alle Dämme brach, liess sich dieses Prinzip nicht mehr aufrechterhalten. Ulbricht befahl seinen Propagandisten zunächst, ein neues Schlagwort zu erfinden, um damit für die politisch unheilbar Ahnungslosen die Verantwortung zu verschieben. Nach offizieller Sprachregelung gab es natürlich keine Flucht aus der Sowjetzone, sondern eine planmässige und raffinierte «*Abwerbung von Arbeitskräften*»



durch besonders hierzu geschaffene Stellen in Westberlin und in der Bundesrepublik. Der kommunistische Diktator kümmerte sich dabei keineswegs um den Widerspruch, der darin lag, dass sich alljährlich ein bis zwei Prozent einer Bevölkerung, die bei sämtlichen sogenannten Wahlen immer wieder mit 99,9 Prozent ihre angebliche Liebe und Anhänglichkeit an das kommunistische Regime bekundete, aus unerfindlichen Gründen von den Organen eines «*feindlichen, revanchistischen und kriegslüsternden*» Staates ohne weiteres abwerben liessen. In Wirklichkeit sah die «*Abwerbung*» so aus, dass sich alle massgebenden Sprecher, die sich von Westberlin oder der Bundesrepublik aus über Rundfunk und Fernsehen an die Zonenbevölkerung wandten, diese dringend beschworen, nach Möglichkeit in ihrer Heimat auszuharren und den Glauben an bessere Zeiten nicht zu verlieren: diese Sprecher taten das allerdings mit einem immer bittereren Geschmack auf der Zunge, je mehr sich sowohl die Hoffnung auf Wiedervereinigung oder auch nur auf eine Humanisierung des Zonenregimes verflüchtigte.

Da Moskau jedoch in seinem immer hemmungsloseren Machtrausch den Gedanken einer solchen Humanisierung weit von sich wies und Ulbricht, auch hierin dem Beispiel Hitlers folgend, an alles andere dachte, nur nicht an die Möglichkeit, sich selber politisch zu liquidieren, rückte unvermeidlich der Tag heran, an dem Pankow der Fluchtbewegung endgültig einen Riegel vorschieben musste, um den Staatsbankrott zu vermeiden. Da der Weg der Verzweifelten in die Freiheit nach dem praktischen Einfrieren des interzonalen Reiseverkehrs grösstenteils über Westberlin führte, konnten nur irgendwelche Manipulationen an den Sektorengrenzen das gewünschte Ergebnis verbürgen. Um solches zu vermuten bzw. vorauszu-

sagen, bedurfte es keiner besonderen Prophetengabe. So wurde Ulbricht schon einige Tage nach Wien, auf einer Pressekonferenz am 15. Juni 1961, gefragt, ob und wie er die Sektorengrenzen hermetisch abzuriegeln gedenke. Er bezeichnete die Idee als absurd, mitten in Berlin Sperrmauern zu errichten; die Steine hierfür würden für nützlichere Zwecke, nämlich für den Häuserbau, dringend gebraucht. Nachträglich neigt man vielfach zu der Annahme, Ulbricht habe mit dieser beruhigenden Versicherung nur bluffen und eine von ihm bereits beschlossene Massnahme aus Gründen des Zeitgewinns vorsorglich dementieren wollen. Naheliegender ist freilich die Annahme, dass Ulbricht Mitte Juni noch die Wahrheit sprach. Sicherlich schwebte ihm damals bereits vor, die Sektorengrenzen zumindest für einige Zeit durch eine lebendige Mauer von Volkspolizisten, Betriebskampfgruppen usw. so abzuriegeln, dass praktisch kein Flüchtling mehr durchkam und künftige Flüchtlinge auf absehbare Zeit von einem so hoffnungslos anmutenden und gefährlichen Versuch abgeschreckt wurden. Die Errichtung einer wirklichen Mauer von Stein und Stacheldraht musste ja, mochte sie noch so hoch und dicht sein, um die Flucht aus seinem Paradies unmöglich zu machen, zu einer geradezu ungeheuerlichen Selbstentlarvung seines Regimes führen. Erst das Versagen aller anderen Massnahmen vor der im Juli und August aufschäumenden Sturmflut dürfte ihn zu der *ultima ratio* bewogen haben, lieber den *moralischen* Bankrott in Kauf zu nehmen als den *tatsächlichen* zu riskieren. Hierbei spekulierte er sicherlich auch auf die oft erprobte und bewährte Vergesslichkeit der Welt. Hatte sich diese schliesslich über Konzentrationslager, Säuberungsprozesse, Massenhinrichtungen, Gaskammern und andere typische Errungenschaften unseres Jahrhunderts beruhigt, würde sie schliesslich auch eine Sperrmauer in Berlin in Kauf nehmen und sich so-

gar daran gewöhnen. Der «grösste Führer der deutschen Arbeiterklasse» vergass dabei nur eines: dass es Vorgänge gibt, die in dieser Form nur einmal geschehen, und Herausforderungen, die in ihren Konsequenzen absolut unerträglich sind.

#### EINSCHNITT UND ZEITENWENDE

Mit dem 13. August 1961, diesem schwärzesten und schändlichsten Schicksalstag der deutschen Geschichte, schliesst dieser Abriss einer chronologischen Darstellung der Entwicklung Berlins seit 1945 ab. Nicht aus Defaitismus, nicht aus der resignierenden Überzeugung, alle hier erwähnten Auseinandersetzungen, Kämpfe, Enttäuschungen, Bitternisse, aber auch Hoffnungen und Aufbrüche zu neuen Ufern, die die Bevölkerung der Hauptstadt stellvertretend für das ganze Volk erlebte und erlitt, seien mit diesem ominösen Datum endgültig und unabwendbar in einem negativen Sinne korrigiert und festgelegt. Wer das annimmt, unterschätzt nach der Meinung des Verfassers die Lebenskraft, aber auch die innere Würde einer grossen europäischen Kulturnation, die wohl unter der braunen Diktatur zwölf Jahre lang an ihren besten Überlieferungen barbarisch sündigte und die dann ebenfalls viele Jahre ihre originäre Persönlichkeit in einem eigenartigen politischen Dämmerzustand vernachlässigte, die aber ganz gewiss nicht ewig schlafen wird. Insofern ist der 13. August 1961 trotz aller von ihm heraufbeschworenen zeitweiligen Untergangsstimmung kein Endpunkt, sondern ein Wendepunkt. Ob dieser Wendepunkt nach oben weist oder in die Katastrophe führt, hängt sicherlich nicht von Deutschland allein ab, aber es ist für das eine wie für das andere wesentlich mitverantwortlich.

Mit der Abriegelung der Sektorengrenzen, mit der Errichtung von Barrikaden aus Stacheldraht und später aus Betonmauern, mit der damit verbundenen Demonstration militärischen Machtwillens und allen Konsequenzen, die sich bis zur Stunde daraus ergeben, erntete der neue kommunistische «Führer» Ulbricht pragmatisch alle Früchte eines bis auf des Messers Schneide gehenden Risikos mit Zins und Zinseszins. Daran gibt es nichts zu drehen und nichts zu deuteln. Alle selbsthypnotischen Hinweise des Westens, der Kommunismus habe sich doch eigentlich durch eine so einzigartige Quarantäne geradezu tödlich blamiert, ändern nichts an der Tatsache, dass an dem schwarzen Sonntag im Spätsommer 1961 die nackte Gewalt in einem Umfang triumphierte, wie das seit 1945 mindestens in europäischen Bereichen niemals mehr zu verzeichnen war. Heute wissen wir bereits aus den glaubwürdigen Aussagen von nach dem 13. August noch übergelaufenen Volkspolizisten, dass hinter dem Gewaltstreich keine reale Macht stand, sondern lediglich der Wille, die andere Seite zu bluffen. Die eingesetzten Mannschaften der Volkspolizei und der anderen bewaffneten Verbände verfügten nach diesen Aussagen über keinen Schuss scharfer Munition. Nur an die Offiziere waren vorsorglich ein paar scharfe Patronen ausgegeben worden. Damit drängt sich die Erinnerung an den 7. März 1936, als Hitler ein paar Bataillone seiner erst im Aufbau befindlichen Wehrmacht mit Papp tanks und anderen Attrappen über die Rheinbrücken marschieren liess und damit wie ein leichtfertiger, aber erfolgreicher Pokerspieler möglicherweise das Schicksal des Dritten Reiches verwürfelte, geradezu gebieterisch auf. Der nachträgliche Stossseufzer, in diesem Augenblick hätten ein paar Divisionen der französischen Friedens-

armee genügt, um diesem Abenteuer und damit vielleicht dem ganzen Spuk ein Ende zu machen, kam leider zu spät.

Ein weiterer überaus interessanter Tatbestand ist inzwischen bekanntgeworden, der eine andere Erinnerung an eine geschichtliche Entscheidungsminute lebendig macht. Aus zuverlässigen Quellen verlautete, dass massgebende Funktionäre der sowjetzonalen Staatspartei bis in die Umgebung Ulbrichts hinein das Ergebnis seines Husarenritts vom 13. August mit Bangen, aber auch mit Schadenfreude abgewartet hätten: ganz einfach weil sie sich nicht vorstellen konnten, der Westen würde sich auch diesen ungeheuerlichen Schlag tatenlos bieten lassen. Diese Kreise wollten wohl das kommunistische Regime in einem Teil Deutschlands, wenn auch wahrscheinlich in wesentlich gewandelter Form, konservieren, aber gerade darum den Bogen nicht Überspannen und den Boden nicht vollends unter den Füßen verlieren. Sie gönnten Ulbricht daher eine eklatante Blamage, die ihm künftig mehr Zurückhaltung auferlegt, wenn ihn nicht sogar zum Rücktritt genötigt hätte. Im September 1938 stand auch, wie wir heute wissen, unmittelbar vor dem Sudetenabenteuer der deutsche Generalstab Gewehr bei Fuss, aber nicht gegen Prag, sondern gegen den grössenwahnsinnig gewordenen Diktator in Berlin. Am Tage X sollten sich vor allem die in Thüringen stationierten Panzerarmeen des Generals Hoepfner in Bewegung setzen, um Hitler auszuschalten und dem Reich eine Katastrophe zu ersparen. Im letzten Augenblick erfuhr die militärische Opposition, dass sich Chamberlain und Daladier mit Hitler und Mussolini in München zu einer Konferenz über eine friedliche Regelung des Sudetenproblems treffen würden. Damit hatte sich Hitler unversehens von einem am Rande des Abgrunds lavierenden Vabanquespieler wieder in einen triumphierenden Diktator verwandelt, den der Erfolg bestätigte und gegen den

man daher in diesem Augenblick schlechterdings nichts mehr unternehmen konnte.

Diese historischen Reminiszenzen sind nicht nur theoretisch und akademisch interessant, sondern von grossem praktischem Gewicht. Ulbrichts moralischer Prestigeverlust – was galt aber das moralische Prestige dieses waschechten Stalinisten denn auch schon vorher bei allen anständigen und urteilsfähigen Menschen? – wiegt zur Stunde nur relativ gering, gemessen an seinem tatsächlichen Erfolg. Natürlich operierte er am 13. August im Schutze Moskaus, konnte er nur im Schutze Moskaus operieren, aber die entsprechenden Befehle trugen seine Unterschrift, die letzte Initiative ging auf ihn zurück. So ergibt sich das tragikomische und peinliche Bild, dass ein kleiner, anmassender, insgeheim auch im Kreise seiner Gesinnungsgenossen nicht gerade populärer oder gar beliebter kommunistischer Satellit drei Weltmächte, darunter eine vom Range der Vereinigten Staaten, in seinem Machtbereich ausmanövrierte und aus ihrer Rechtsstellung verdrängte, ohne dass der Westen unmittelbar oder später mehr als moralische Gegenmassnahmen traf. Gerade die Berliner werden die Entsendung des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson und die Rückkehr des von ihnen hochverehrten Generals Clay auch aus der Rückschau stets als Gesten der Solidarität und Ermunterung zu würdigen wissen. Leider aber folgte diesen Gesten bisher keine entsprechend zielbewusste, entschlossene und unnachgiebige Politik. Kein Zweifel, die freie Welt hat am 13. August 1961 ein neues München erlitten und hingenommen – es fehlt bis zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, nur noch an einer formellen Unterschrift unter die analoge Kapitulationsurkunde.

Indessen mehren sich die Anzeichen dafür, dass über kurz oder lang auch eine solche Unterschrift in irgendeiner Form

zu haben sein wird. Am erstaunlichsten, aber auch am erbit-  
terndsten wirkt bei diesem politischpsychologischen Vorgang  
die rätselhafte Selbsttäuschung, die darin liegt, dass der We-  
sten, nachdem er seine künftige Verhandlungsposition infolge  
seiner bisherigen Tatenlosigkeit auf Westberlin hat einengen  
lassen, dazu zu neigen scheint, die etwaige Wahrung dieser  
nun wirklich letzten Position als einen entscheidenden Erfolg  
zu betrachten, für den er noch dazu vergleichsweise überdi-  
mensionale Konzessionen zu machen bereit ist. Noch einmal,  
Chruschtschow dürfte es sich nicht haben träumen lassen, dass  
er mit seinem ersten Berlin-Ultimatum genau zehn Monate  
später zu dem Ergebnis von Camp David käme; ebensowenig  
dürfte er selbst daran geglaubt haben, mit seinem in Wien neu  
formulierten Ultimatum einen 13. August ohne jedes prakti-  
sche Risiko zu erreichen und darüber hinaus dem Westen  
durch die schauerliche Begleitmusik der von Moskau wieder  
aufgenommenen Atomwaffenversuche auch noch die mögliche  
Bereitschaft zu einer de-facto-Anerkennung des kommuni-  
stischen deutschen Teilstaates aufzunötigen.

Gewiss hat der Westen auch nach dem 13. August mehrfach –  
vielleicht sogar zu oft – unmissverständlich erklärt, die Frei-  
heit Westberlins, die Anwesenheit der dort stationierten Gar-  
nisonen und die Offenhaltung der Verbindungswege sei für  
ihn kein Verhandlungsobjekt, sondern er werde diese Freiheit  
mit allen Mitteln schützen und notfalls sogar mit Atomwaffen  
verteidigen. Es besteht vorerst keine Veranlassung, an der  
Glaubwürdigkeit jener Zusage zu zweifeln, oder auch zu un-  
terstellen, diese werde von Moskau nicht ernst genommen.  
Auf eine *«Freie entmilitarisierte Stadt»*, die in ihren Propor-  
tionen mathematisch genau mit den initialen Vorstellungen  
Chruschtschows übereinstimmt, liesse sich auch auf sowjeti-

scher Seite leicht verzichten, wenn man sich sonst in jeder Beziehung nach knapp drei Jahren der Erreichung des Ende November 1958 proklamierten Zieles unaufhaltsam nähert. Der Viermächtestatus war über den Haufen gerannt worden, die letzte gesamtdeutsche Position von Gewicht zerstört, und nun zeigte man sich im Westen sogar geneigt, Pankow «*in gewissem Umfang de facto anzuerkennen*» und es damit international hoffähig zu machen. Durch einen solchen Vorgang würde der Westen schliesslich der von den Sowjets seit Oktober 1955 hartnäckig verfochtenen Zwei-Staaten-Theorie stillschweigend beipflichten. Lohnt es sich für solche erklecklichen Gewinne nicht, in Westberlin bis auf weiteres ein durch westliche Truppen abgeschirmtes Ghetto der Freiheit in Kauf zu nehmen, das durch die Mauer seine einzigartige Ausstrahlungskraft verloren hat und insofern nicht mehr als Achillesferse des riesigen kommunistischen Machtblocks empfunden werden muss? So heikel im gegenwärtigen Augenblick alle Zukunftsprognosen sind, es mutet doch äusserst unwahrscheinlich an, dass der Westen in seiner Entschlossenheit, seine Rechte in Westberlin und damit die Freiheit von zwei Millionen Menschen zu verteidigen, von Chruschtschow in absehbarer Zeit gezwungen würde, diesen Kampf tatsächlich aufzunehmen. Der Kommunismus war natürlich niemals so schwach, wie er das jahrelang ungerührt vorgab, die blossе Existenz von zwei Millionen freier Menschen und rund 12'000 Soldaten, die deren Freiheit beschirmt, in seinem Machtbereich jemals fürchten zu müssen. Er war aber nicht stark genug und wird nach menschlichem Ermessen ohne tiefgreifende innere Veränderung auch niemals stark genug werden, um auf die Dauer die Ausstrahlung zu ertragen, die von dem Phänomen Berlin mit offenen Grenzen ausging, und seine angeblichen Errun-



genschaften auf engstem Raum Vergleichsmassstäben aussetzen, wie sie allein menschliche Freiheit verbürgt.

Wird man aus diesen Andeutungen endlich erkennen, dass es den zwei Millionen Westberlinern aufrichtig und von jeher um mehr ging, als um ihre nackte Haut und die Sicherung der ihnen erwünschten politischen Ordnung? Wird man endlich begreifen, dass die tiefe Trauer und Resignation, die augenblicklich bei ihnen um sich greift, viel weniger dem eigenen Schicksal gilt, das sich ja überdies vielleicht noch auf Jahre sogar erträglich gestalten lässt, als der Tatsache, dass der Westen dadurch, dass er sich von Ulbricht am 13. August ungestraft ins Gesicht schlagen liess, einen wesentlichen Teil seiner unersetzlichen Stärke in einem Moment unverzeihlicher Verwirrung preisgab? Solange Berlin unter dem Viermächtestatus existierte, war der Westen, war die gesamte freie Welt weitaus stärker als der kommunistische Block, trotz aller Sputniks und Luniks, trotz einer Raketentechnik, die spektakuläre Weltraumflüge zu inszenieren imstande ist. Die moderne Kriegstechnik vermag mit ihren Vernichtungswaffen unendlich viel, sie vermag den schwächeren Gegner in kürzester Frist zu bezwingen, sie vermag, Menschenleben nicht mehr nach Millionen, sondern wahrscheinlich bald nach Milliarden zu liquidieren, aber eines vermag sie nicht: die Herzen und Gewissen der Menschen zu erobern. Dieses Unvermögen des waffenstarken Totalitarismus wurde in dem zwar gespaltenen, aber nicht zerrissenen Berlin jedem Unbefangenen so ergreifend und überzeugend deutlich, wie an keinem anderen Ort der Welt. Die Technik ist im Grunde unmenschlich, sie wird erst durch die bewusste Kontrolle und sittliche Leistung derer vermenschlicht, die sie angeht, die sie bedrohen und denen sie nutzen kann. Diese sittliche Leistung bleibt aber an die Freiheit der Entscheidung jedes Individuums gebunden, die der Ur-

grund und die Keimzelle jeder politischen Freiheit ist. Weil sich solche und ähnliche Überlegungen in Berlin vor dem 13. August zwangsläufig aufdrängten, wurde die Stadt mit ihrem unfreiwilligen Janusgesicht – nicht zuletzt auch als einziges und darum desto stärkeres Licht in der Finsternis – zum Kernstück, zum Probestein der Lebenskraft der freien Welt und der Glaubwürdigkeit ihrer Ideale. Dass dieser Gespensterkampf der modernen Katalaunischen Felder ausgerechnet in der alten deutschen Hauptstadt ausgetragen wurde, war ein historischer Zufall, nichts weiter. Dieser Zufall hätte auch einen anderen Ort, eine andere Stadt als einen so unvergleichlichen Schauplatz und für eine so unvergleichliche Erprobung bestimmen können: dann gäbe es vielleicht heute ein Problem Warschaws, Prags, Londons oder Roms. Wäre die dortige Bevölkerung auf der Waage des Schicksals ebenfalls gewogen und nicht zu leicht befunden worden, dann würde alles auf den vorausgegangenen Seiten Gesagte für sie und nicht für die Berliner gelten.

#### WO BLEIBT DER WESTEN STEHEN?

Diese einzigartige Position einer Stadt inmitten einer weltpolitischen Auseinandersetzung, deren Ergebnis unweigerlich die Konturen einer künftigen globalen Ordnung bestimmen wird, ist mit dem 13. August 1961 zum grossen Teil, wenn auch nicht vollständig und unwiderruflich verspielt worden. Nachdem für die meisten die für den Kommunismus vernichtenden Vergleichsmöglichkeiten weggefallen sind, die die Mauer künftig versagt, bleibt doch der schreckliche Anschauungsunterricht übrig, den die gleiche Mauer erteilt. Hier läge auch der einzige Grund, der den Kommunismus veranlassen könnte, trotz aller einleuchtenden gegenläufigen taktischen

Überlegungen, auch in Westberlin weiter aufs Ganze zu gehen oder wenigstens schon sehr bald auch an dessen etwaigem künftigem Status erneut zu rütteln. Aber selbst wenn sich der Westen durch die Opferung der Zone und Ostberlins in Westberlin einige Jahre trügerischer Ruhe erkaufte: woher nimmt er die optimistische Zuversicht, dass ihm der Kommunismus nach einem so eklatanten Erfolg in der deutschen Frage an anderen unruhigen und unbereinigten Fronten die gleiche Ruhe liesse? Bildet man sich in der freien Welt tatsächlich ein, das dialektische Bedürfnis des Ostens nach unentwegter Expansion mache ausgerechnet für eine Generation oder länger an den Berliner Sektorengrenzen oder an den Zonengrenzen mitten in Deutschland halt? Wo in der Welt bestimmt sich der Westen nach seinen in ihren Folgen noch unübersehbaren Niederlagen in den Jahren zwischen 1958 und 1961 seine definitive Rückzugslinie? Wo endlich will er den Kampf mit allen Konsequenzen aufnehmen, wo sich bis zum letzten Hauch von Ross und Mann seiner Haut wehren: am heutigen Eisernen Vorhang, an den Westgrenzen der Bundesrepublik, in Ostende, Antwerpen und Le Havre oder gar erst im Atlantik?

Denn *eine* Schicksalsfrage muss sich der Westen selbst spätestens in den nächsten Wochen und Monaten ohne Ausflüchte und psychologische Vorbehalte beantworten: jede Position, die er dem Totalitarismus räumt, ist nicht nur ein Verlust an realer Macht und an Prestige, sondern an Substanz und Glaubwürdigkeit. Je mehr der Westen auch geographisch nach Westen zurückweicht, desto mehr entfremdet er sich unweigerlich die Völker, denen er aus letztlich selbstmörderischem Egoismus seine Solidarität verweigert. Die Tschechoslowakei war bis 1938 in ihren Institutionen wie in den von ihnen verkör-

perten Wertordnungen ein eindeutig westlich orientierter Staat, schon aus Selbsterhaltungstrieb gewiss, aber auch mit Rücksicht auf das von Masaryk hinterlassene Erbe auf ein enges Bündnis mit Frankreich angewiesen. Unter dem freilich übermächtigen Druck seines bloss empirisch und pragmatisch orientierten angelsächsischen Bundesgenossen verriet Frankreich im Herbst 1938 die Tschechoslowakei, ohne zu bedenken, dass es damit gleichsam auch die Seele der Demokratie in Kauf gab. Im zweiten Weltkrieg kämpften die Demokratien mit einem Jahr Verspätung auch für die Sache der Tschechoslowakei, aber das Land war, wie sich knapp zehn Jahre später herausstellte, für die Sache westlicher Freiheit verloren.

Der polnische Staat des Marschalls Pilsudski und des Obersten Beck war zweifellos alles andere als ein demokratischer Staat. Aber auch Polen suchte im Interesse seiner nationalen Existenz eine möglichst enge Bindung an den Westen. Als die Stunde seines Schicksals nahte, bot ihm das aus seinem pazifistischen Schlaf allmählich erwachende Grossbritannien eine Beistandsgarantie an, und Polen griff freudig danach. Gewiss zog Grossbritannien aus dieser Beistandsgarantie, genau wie Frankreich aus seinem Bündnis mit Polen formal die Konsequenzen, als die deutschen Truppen sein Territorium überfluteten. Aber Polen blutete nach wenigen Wochen in einem sehr ungleichen Kampfe aus, während sich die Westmächte gegenüber dem Dritten Reich in der gleichen Zeit auf Spähtruppunternehmen und Erkundungsflüge beschränkten. Dem *politischen* Verrat des Westens an der Tschechoslowakei folgte ein Jahr später der *militärische* Verrat an Polen. Genausowenig wie der politische Verrat an der Tschechoslowakei den zweiten Weltkrieg verhinderte, ersparte der militärische Verrat an Polen den Westmächten, sich später unter viel ungünstigeren

Voraussetzungen dem Aggressor von damals doch zum Entscheidungskampf zu stellen. Es wäre leichtfertig anzunehmen, die öffentliche Meinung sowohl in Polen wie in der Tschechoslowakei hätte die für den Westen schimpflichen Tatbestände von 1938 und 1939 vergessen. Gäbe man den beiden Völkern die Möglichkeit zu wirklich freien Wahlen, dann würde eine grosse Mehrheit sicherlich den Kommunismus ablehnen, aber wahrscheinlich auch die westlichen Lebensformen nicht ohne weiteres akzeptieren, weil sie durch das auf ihnen lastende historische Zwielflicht weitgehend abgewertet sind.

Will die freie Welt von heute tatsächlich einen Partner, der durch seine Bevölkerung, sein industrielles Potential und nicht zuletzt durch seine traditionellen soldatischen Fähigkeiten weitaus wichtiger ist, dem gleichen Schicksal der Entfremdung, Verstörung, ja, unter Umständen dem politischen Nihilismus aussetzen? Was am 13. August 1961 in Berlin geschah, geht die Welt an, weil seitdem hinter der an jenem Tage errichteten Mauer die primitivsten Spielregeln und Postulate der Humanität schamlos mit Füßen getreten werden; es geht den Westen an, weil er an diesem Tag mit allen seinen Konsequenzen eine katastrophale politische und moralische Niederlage erlitten hat; es geht aber in erster Linie die Deutschen selber an, die sich im Schatten der in ihrer Hauptstadt errichteten Mauer entweder als Nation selber endgültig aufgeben müssen oder unter noch so tragischen und friedensbedrohenden Auspizien ihre Wiedergeburt als Nation erleben werden. Dass diese mögliche oder wahrscheinliche Wiedergeburt nicht eines Tages erneut in einen zentrifugalen und besessenen Nationalismus umschlage, ist das gemeinsame Interesse der deutschen Demokratie und ihrer Träger, ihrer westlichen Verbündeten, paradoxerweise aber auch der Sowjetunion und des

kommunistischen Blocks, insbesondere der osteuropäischen Länder. Hier und hier allein liegen augenblicklich Ansätze für eine konstruktive und erträgliche Lösung eines Problems, das seit Jahren an die Quadratur des Kreises gemahnt.

#### **DIE NATION AM SCHEIDEWEG**

Oft haben ausländische Beobachter – aus ihrer Sicht durchaus mit Recht – den Kopf darüber geschüttelt, wie wenig offenbar den Deutschen die Wiedervereinigung ihres Vaterlandes am Herzen liege. Und doch gibt es eine einleuchtende Erklärung für dieses merkwürdige Phänomen: das politisch und administrativ geteilte Deutschland unterlag unter den Einflüssen der Nachkriegsentwicklung auch noch einer moralischen Spaltung, die jeden natürlichen Patriotismus zersetzte, nämlich einer Spaltung in saturierte Wohlstandsbürger und Kosmopoliten. Man übertreibt sicherlich, kommt aber vielleicht doch der psychologischen Wahrheit ziemlich nahe, wenn man behauptet, dass diese Spaltung prozentual etwa die im Dritten Reich gegebenen Fronten widerspiegelt: die Parteigänger und Nutzniesser Adolf Hitlers verwandelten sich allmählich und unbewusst in die Wohlstandsbürger von heute, die Elite des Widerstandes fand ihre Verkörperung im europäisch-westlichen Bekenntnis, in der Entschlossenheit, für eine erhoffte freiheitliche und friedliche Weltordnung grosse Opfer an nationaler Substanz zu bringen.

Es leuchtet nach dieser knappen Charakterisierung ein, dass die Motive der beiden natürlich nur in groben Zügen zu konstatierenden und zu definierenden Gruppen zum Problem der Wiedervereinigung grundverschieden waren. Die kompakte

Masse der Wohlstandsbürger erregte sich ob der Teilung Deutschlands nicht sonderlich, weil die Wiedervereinigung ihr in der Befangenheit des eigenen Blickwinkels – Nachholbedarf, Lebensstandard, Einkommenssteigerung, Sozialprestige – tatsächlich nicht sehr am Herzen lag. Sollte die Wiedervereinigung eines Tages durch irgendein politisches Wunder kommen, einverstanden, vor allem, wenn man dabei selber möglichst nichts zu opfern hatte. Gab es keine Wiedervereinigung, dann würde man schliesslich auch ohne diese mehr oder minder herrlich und in Freuden weiterleben.

Die Motive der politischen und moralischen Elite der Deutschen im Hinblick auf die Wiedervereinigung, auf deren moralische Aktualität und deren politische Schwierigkeiten waren ganz anderer Natur. Diese Elite trug von jeher schwer an der Teilung Deutschlands, aber weniger aus nationalen als aus allgemein humanitären Gründen. Es beunruhigte sie, dass ein erheblicher Teil des eigenen Volkes vom Genuss politischer Freiheitsrechte ausgeschlossen war. Andererseits verhehlte sie sich nicht, dass die «*Erblasser*» deutschen Schicksals im Dritten Reich zu der derzeitigen nationalen Kalamität durch ihre heillose Unfähigkeit und Unmoral entscheidend beigetragen hatten. Sie vergass über dem trüben und schrecklichen Heute das für das eigene Volk und mehr noch für andere Völker trübe und schreckliche Gestern nicht. Sie konstatierte, dass der Frieden, der allein eine vernünftige Weltordnung von morgen garantieren konnte, auch an anderen Fronten des weltpolitischen Geschehens ernsthaft bedroht war. Im Bewusstsein der historischen deutschen Verantwortung widerstrebte sie instinktiv der Versuchung, die potentiell explosive Lage, die der weltweite Kalte Krieg geschaffen hatte, durch eine unangebrachte und vorschnelle Aktualisierung der deutschen Frage noch mut-

willing zu überhitzen. Sie träumte schliesslich davon, dass eine aufrichtig und vorbehaltlos inaugurierte gesamteuropäische Politik eines Tages auch das verzwickte deutsche Problem lösen würde.

Bis dahin aber musste ein sich zwar durch die Fluchtbewegung ständig vermindender, aber doch nach vielen Millionen zählender Teil ihrer Mitbürger und Landsleute in bedrückender Unfreiheit leben. Die Menschen in der Sowjetzone und in Ostberlin hatten ausschliesslich und ungemildert an einer nationalen Erbschaft zu tragen, der sich die Bundesbürger mit ihrem stets steigenden Wohlstand entziehen durften. Wie lange war es möglich, diese immer krassere Diskrepanz zu akzeptieren? Die Antwort lautete für diese politische Elite der Deutschen klar und unmissverständlich: solange Berlin, die deutsche Hauptstadt, in ihrer unersetzlichen Funktion unangetastet erhalten blieb. Solange sich dort wenigstens Menschen aus allen Teilen Deutschlands zu einem ungekränkten und unbehorchten Gespräch oder auch zu einem befreienden gemeinsamen Erlebnis zusammenfinden konnten, wie es nur die ewige Botschaft grosser, durch die Fratze des «*sozialistischen Realismus*» nicht entstellte Kunst zu vermitteln vermag. Dieses Berlin mit seinen offenen Sektorengrenzen war nicht nur die Zuflucht der Verzweifelten, was allein schon entscheidend gewesen wäre. Es war mehr als je zuvor in seiner bewegten Geschichte eine Art Mekka derjenigen, die trotz aller Nötigungen, Unterdrückungen und Erpressungen weiterhin entschlossen waren, im sowjetisch besetzten und von Ulbricht regierten Gebiet auszuharren: um Deutschlands willen.

Der 13. August 1961 hat all diese Voraussetzungen mit einem Schlage zerstört. Wohl haben sich seitdem schon wieder Tausende von Menschen auf die abenteuerlichste Weise durch die infamen Sperren von Beton und Stacheldraht in die Freiheit



gerettet. Die anderen, denen es an subjektiver Initiative oder in den meisten Fällen an objektiven Möglichkeiten dazu fehlt, vegetieren seitdem ohne Hoffnung dahin. Der direkte Draht zu ihren Mitbürgern im freien Teil Deutschlands ist auf diabolische Weise zerschnitten worden, die Botschaft durch den Äther, über Rundfunk und Fernsehen vermittelt, erreicht sie weniger und weniger. Tausende und aber Tausende von Menschen, die sich in Unkenntnis der wahnwitzigen Tatsache, dass einmal mitten durch ihre Grundstücke, ihre Häuser und Wohnungen hindurch eine widernatürliche und schändliche Grenze verlaufen würde, in bestimmten Bezirken Berlins, in bestimmten Gegenden Deutschlands angesiedelt hatten, wurden seit dem 13. August mit unbestimmtem Ziel deportiert. Und das alles, weil Herr Chruschtschow bis heute zur Garantie eines vom Impuls her verständlichen und legitimen russischen Sicherheitsbedürfnisses gegenüber dem Aggressor von einst noch immer auf keinen einleuchtenderen Gedanken verfallen ist als die gewaltsame Teilung Deutschlands zu verewigen und weil ihm in dem von ihm kontrollierten deutschen Machtbereich hierfür ein Gesindel den Arm leiht, das nach seinen Untaten weder den Namen Deutsche noch Menschen mehr für sich beanspruchen kann! Man unterlasse doch künftig den abgeschmackten und törichteren Vergleich, der sowjetisch kontrollierte Teil Deutschlands sei nach dem 13. August 1961 zu einem Zuchthaus geworden! Was für ein Unrecht tun wir damit allen Beamten und Direktoren einer entsprechenden Strafanstalt in einem Rechtsstaat! Auch der kriminelle Verbrecher, der in einem ordentlichen Gerichtsverfahren seine bürgerlichen Ehrenrechte verwirkt hat, büsst darum nicht seine Menschenrechte ein. Wenn ihn als Häftling der Sadismus eines Zellenwärters quält, kann er sich beim Direktor beschweren; verweigert ihm der Direktor seine Menschenrechte, bleibt ihm

der Appell an die zuständige Justizverwaltung offen, und er wird damit Erfolg haben, wenn nicht in erster, dann bestimmt in letzter Instanz. An wen sollen aber nach dem 13. August die 16 Millionen politischer Häftlinge in der Sowjetzone und in Ostberlin appellieren, die keine kriminellen Verbrecher sind, sondern schlicht und einfach Deutsche, die sich mit dem ihnen auferlegten totalitären System nun einmal nicht arrangieren oder gar befreunden wollen?

Für die politische Elite im freien Teil Deutschlands hat der 13. August 1961 den historischen Schuldschein des Dritten Reiches wenigstens insoweit zerrissen, als sie sich mit dem nationalen Unglück, mit der unvorstellbaren menschlichen Demütigung, Erniedrigung und Beleidigung eines grossen Teils ihres eigenen Volkes um keinen Preis mehr abfinden können und werden. Und wenn es zutrifft, dass in der Geschichte noch immer eine politische Elite, wenn sie es wollte, ein Volk anführte und mitriss, dann wird sicherlich die vorhin angedeutete moralische Spaltung im freien Teil Deutschlands in sehr absehbarer Zeit verschwinden. Durch alle Wohlstandspolster der Besitzbürger hindurch wird das kollektive nationale Gewissen für die Forderung geschärft werden, eine Schmach nicht zu tolerieren oder gar auf die Dauer zu akzeptieren, die nicht nur 16 Millionen, sondern mehr als 70 Millionen moralisch betrifft. Die einmütige deutsche Forderung an die Welt, ob an den Osten, an den Westen oder an die vom Kalten Krieg nicht unmittelbar engagierten Länder wird und muss lauten: *weg mit der Mauer und ihren Konsequenzen, bevor über irgendwelche deutschen Friedensleistungen zu reden ist!* Solange sich die Repräsentanten der deutschen Demokratie zu einer solchen Forderung zusammenfinden, ist der Frieden der Welt dadurch nicht gefährdet. Wenn man es aber dahin kommen lässt, dass sich diese Forderung wieder um in einen gel-

lenden Schrei verwandelt, ist die Verantwortung aller besonnenen Deutschen primär nicht mehr engagiert. Wer einem individuellen oder kollektiven Organismus unerträgliche Lasten aufbürdet, darf sich nicht wundern, wenn der Betroffene, bevor er zusammenbricht, diese Lasten ohne Rücksicht auf die Folgen abzuschütteln versucht.

Um uns von der Erbschaft des Dritten Reiches endgültig zu befreien, werden wir Opfer zu bringen haben: materielle, territoriale und politische. Wir sind diese Opfer nicht nur denjenigen schuldig, denen durch uns bitteres Unrecht widerfuhr, sondern auch unseren eigenen besten Überlieferungen. Aber jeder Opferbereitschaft sind Grenzen gesetzt. Wer irgendwo in der Welt glauben sollte, die deutsche Nation werde sich jemals mit ihrer widernatürlichen Zerreißung abfinden, nachdem die Zerreißung solche entwürdigenden Dimensionen angenommen hat, wird sich empfindlich täuschen. Wer darüber hinaus glaubt, die deutsche Nation werde auf die Dauer auch noch ihre eigene Enthauptung und Kastration ertragen, ist mit Blindheit geschlagen. Ganz Berlin liegt auf dem Territorium der DDR, so lautet seit Jahr und Tag der hybride Slogan der wandelnden Megaphone Ulbrichts und Chruschtschows. Die Hauptstadt aller Deutschen, so wollen wir von nun an beken- nen, liegt auf einem Territorium, das Martin Luther, Johann Sebastian Bach, Gotthold Ephraim Lessing, Richard Wagner und zahllose andere zur Welt brachte, die den deutschen Charakter und seine weltweite Ausstrahlung entscheidend geformt haben. Die Hauptstadt aller Deutschen liegt auf einem Territorium, dessen Klima das unvergleichliche Wunder der deutschen Klassik hervorbrachte, deren Repräsentanten in jahre- langem Gespräch mit ihrer gemeinsamen Botschaft das Dunkel unserer problematischen Welt für alle Zeiten erleuchteten.

Niemals wird das deutsche Volk diesen Teil seiner selbst und seine in jahrzehntelangen Kämpfen bewährte Hauptstadt aufgeben. Es wird für diesen Teil eintreten, es wird sich für ihn wehren, es wird für ihn kämpfen.

## INHALTSVERZEICHNIS

DER SCHAUPLATZ	Seite
Berlin als Weltproblem	7
Das Sinnbild deutschen Schicksals	11
Zwischen Osten und Westen	17
Sogkraft der Atmosphäre	22
AUFBRUCH AUS DEM CHAOS	
Nullsituation im Trümmerfeld	31
Politische Pläne der Sowjets	36
Magistrat, Bezirksverwaltungen, Parteien	41
Die Westmächte kommen	47
Öffentliche Meinungsbildung im Osten und Westen	52
«Antifaschistische Demokratie» im Zwielicht	57
BERLINER VORSPIEL ZUM KALTEN KRIEG	
Stalins strategisches Konzept	64
Widerstände der SPD	68
Grotewohls moralische Kapitulation	77
Kampf um die Urabstimmung	87
ENTSCHEIDUNG FÜR DIE FREIHEIT	
Westliche Selbstbesinnung in Berlin	93
CDU als demokratischer Opponent	95
Die Windstille endet	102
Ganz Berlin votiert für den Westen	109
Moskaus schnelle Rache	118
VOM HUNGERWINTER ZUR HUNGERBLOCKADE	
Machtloses und würdevolles Stadtparlament	126
Tauziehen um Deutschland	136

	Seite
Der neue Magistrat und seine Repräsentanten	138
Dr. Ostrowski auf falschem Kurs	145
Oberbürgermeister Reuter – gewählt, aber nicht bestätigt	152
Die Selbstverwaltung wird zur Farce	157
Der Spaltungsbazillus greift um sich	163
Düstere Aspekte der Weltpolitik	174
Torpedierung des Kontrollrats	178
Der Blockade entgegen	183

#### BEWÄHRUNGSPROBE FÜR ZWEI MILLIONEN

Ein Novum der Weltgeschichte	193
Verhandlungen in Berlin und Moskau	196
Um die Einheit der Hauptstadt	198
Volksvertretung unter Druck	203
Die SED spaltet Berlin	211
Das Leben in den Westsektoren	215
Plebiszit der Selbstbehauptung – Triumph der Luftbrücke	219

#### DIE ÄRA ERNST REUTER

Ein demokratischer Souverän	226
Hausstreit in der Berliner Koalition	237
Die erste Stadtregierung	245
östliche Bumerangs gegen Deutschlands Hauptstadt	253
Übergriffe am laufenden Band	259
Fester Anschluss an den Westen	267
Bemühungen um die Wiedervereinigung	276
10. März 1952 – Eine versäumte Gelegenheit?	287
Der Volksaufstand in Mitteldeutschland	291
Reuters plötzlicher Tod	294

#### ZWISCHEN STALIN UND CHRUSCHTSCHOW

Koalition nach Bonner Muster	298
Aussenministerkonferenz und Bundesversammlung in Berlin	303
Wahlen von 1954 – SPD/CDU-Koalition	308
Tauwetter-Illusionen	312
Soziale Gesundung – wirtschaftlicher Aufschwung	319
Neues Kulturzentrum	329

	Seite
Moderne Weltstadt im Werden	374
Pause im Kalten Krieg	362
Willy Brandt an der Spitze	368

## HINTERGRÜNDE UND FOLGEN DER NEUEN DROHUNG

Moskaus Zwei-Staaten-Theorie	374
Die Lage in der Zone	380
Das Ultimatum	384
Berlins erste Antwort	394
Reaktionen im Westen und in der Bundesrepublik	396
Die Welt sieht die Wahrheit	399
Friedensvertrag oder Diktat?	405
Diplomatischer Sommer am Genfer See	411
Politischer Sommer an der Spree	414

## VON CAMP DAVID BIS WIEN

Chruschtschow in den USA	428
Eisenhower sucht Ausreden	432
Die Sowjets in Lauerstellung	436
Vertrauenskrise im Westen	440
Briefwechsel Moskau–Bonn	447
Die freie Welt besinnt sich	453
Die Explosion von Paris	461
Zwischen Furcht und Hoffnung	469
Friedlicher Aufbau in Westberlin	478
Schlag gegen den Viermächtestatus	483
Ulbricht als Führerfigur	499
Interzonenhandelsabkommen gekündigt...	502
... und erneuert	506
Spekulationen auf Kennedy	510
Erneute Provokationen Pankows	520
Westberlin rüstet sich	524

## 13. AUGUST 1961 – PRÜFSTEIN DEUTSCHEN SCHICKSALS

Die Grossoffensive beginnt	529
Die Springflut der Flüchtlinge	537
Einschnitt und Zeitenwende	549
Wo bleibt der Westen stehen?	556
Die Nation am Scheideweg	560

## PERSONENREGISTER

Acker, Dr. Heinrich, 139  
Amrehn, Franz, 506  
Attlee, Clement, 416  
Bach, Johann Sebastian, 565  
Baffile, Nuntius, 505  
Beck, Oberst, 558  
Berendt, 502, 505  
Benesch, Staatspräsident, 66  
Berg, Fritz, 398  
Blech, Leo, 331  
Bolz, Dr. Lothar, 285, 423  
Brandt, Willy, 304 ff, 366 ff, 395, 397, 403 ff, 415  
Brecht, Berthold, 340  
Brentano, Dr. Heinrich von, 285, 444  
Bulganan, 312, 378, 409  
Byrnes, James F., 114  
Chaban-Delmas, 363  
Chamberlain, 551  
Churchill, Winston, 65, 114, 226  
Chruschtschow, Nikita S., 220, 250, 298, 312, 373, 377, 384 ff, 391 ff, 403, 408  
ff, 419, 422 ff, 473 ff, 482 ff, 491, 510 ff, 520, 523, 527, 529, 531 ff, 537, 546,  
553 ff, 563, 565  
Clay, Lucius D., 188, 195, 273 ff, 416, 552  
Daladier, 551  
Danielus, 481  
Dillon, Douglas, 456 ff  
Dönitz, Admiral, 31  
Dowling, 502  
Dulles, John Foster, 397, 411, 420, 435, 515  
Fechner, Max, 51  
Friede, Dieter, 173, 201  
Friedensburg, Ferdinand, 129, 131 ff, 139 ff, 162, 185, 190 ff, 201 ff, 210  
Friedrich II., 384  
Fulbright, William, 536  
Furtwängler, Wilhelm, 331, 344  
Ebert, Friedrich, 214, 282, 284  
Eisenhower, Dwight D., 72, 413, 421, 429, 432 ff, 435, 439 ff, 444, 451, 454, 456,  
461, 464 ff, 474, 511 ff  
Eosander, Johann Friedrich, 348  
Erhard, Prof. Ludwig, 505 ff  
Erler, Fritz, 444  
Gagarin, Juri, 378  
de Gaulle, Charles, 454 ff  
Gerstenmaier, Dr. Eugen, 417, 482, 533 ff



Göring, Hermann, 302  
 Goethe, Johann Wolfgang von, 207  
 Grewe, Dr., 423  
 Gromyko, 411 ff  
 Grotewohl, Otto, 51, 69, 74, 77 ff, 81, 83, 85 ff, 89, 94, 103, 124, 139, 156, 163,  
 242, 280, 283 ff, 292, 298, 410, 424, 476, 500 ff, 545  
 Haas, Dr. Friedrich, 141  
 Harriman, Averel, 525  
 Hartmann, Nikolai, 170  
 Hermes, Dr. Andreas, 96, 98 ff, 166, 300  
 Herter, Christian, 411 ff, 420, 455  
 Hess, Otto, 171  
 Heuss, Prof. Theodor, 134, 272, 306, 370, 390, 417, 479  
 Hindenburg, Paul von, 501  
 Hitler, Adolf, 32, 39, 64 ff, 90, 309, 350, 360, 445, 470, 474 ff, 493, 547, 550 ff,  
 560  
 Jessup, Philipp Caryl, 223 ff  
 Johnson, Lyndon B., 552  
 Kaiser, Jakob, 99, 129, 131, 153, 162 ff  
 Karajan, Herbert von, 344  
 Kennedy, John Fitzgerald, 435, 510 ff, 523, 527, 529, 546  
 Kleiber, Erich, 331  
 Klemperer, Otto, 331  
 Klingelhöfer, Gustav, 141, 186, 188, 213, 218, 239  
 Knobelsdorff, Georg Wenzeslaus von, 348 ff  
 Kotikow, General, 201 ff, 205, 207, 212  
 Külz, Dr. Wilhelm, 97, 153, 162 ff  
 Leber, Julius, 309  
 Lemmer, Ernst, 99, 153, 162, 165, 372, 415  
 Lenin, 155, 228  
 Leopold, Dr., 502, 505 ff  
 Lessing, Gotthold Ephraim, 565  
 Lübke, Heinrich, 443, 526  
 Luther, Dr. Martin, 565  
 Macmillan, Harald, 465, 467  
 Malenkow, Georgi Maximilianowitsch, 312, 378  
 Markgraf, 173, 201, 207  
 Malik, Jacob Alexandrowitsch, 223 ff  
 Marshall, 174  
 Molotow, 137, 176, 196 ff, 223, 304 ff, 378  
 Mussolini, Benito, 350 ff  
 Nehru, Pandit, 403  
 Nestriepke, Dr. Siegfried, 141, 153, 158  
 Neubauer, 485 ff  
 Neumann, Franz, 243  
 Nixon, Richard, 511  
 Nuschke, Otto, 163  
 Ollenhauer, Erich, 69, 297  
 Olympio, Sylvanus, 525  
 Ostrowski, Dr. Otto, 124, 139, 147 ff

Pieck, Wilhelm, 163, 179, 494 ff  
Pilsudski, Marschall, 558  
Raab, Dr. Julius, 474 ff  
Rau, Heinrich, 481, 503, 505 ff  
Reger, Erik, 56  
Reinhardt, Max, 341  
Reuter, Prof. Ernst, 125, 129 ff, 133, 141, 146, 152 ff, 180, 186, 188 ff, 208, 213,  
218, 220, 222, 224, 226 ff, 243 ff, 249, 252 ff, 261, 263, 268 ff, 274, 277 ff, 283,  
286, 291 ff, 310 ff, 319, 322, 329, 340, 363, 369, 396  
Reuther, Walther, 525  
Roosevelt, Franklin Delano, 65, 512  
Rusk, Dean, 517  
Sauerbruch, Prof. Ferdinand, 40  
Schinkel, Karl Friedrich, 348  
Scharf, Präses, 522  
Schlüter, Andreas, 348  
Schreiber, Dr. Walther, 96, 99, 166, 244 ff, 299 ff  
Schroeder, Louise, 139, 151 ff, 157, 191, 201 ff, 367 ff  
Schumacher, Dr. Kurt, 67, 69, 76, 82, 86, 88, 112, 116, 134, 162, 227, 230, 236,  
242, 281, 310  
Schuman, Robert, 416  
Schwarz, Joachim, 171  
Schweitzer, Albert, 371  
Schwennicke, Carl Hubert, 154, 164  
Shukow, Marschall, 44, 378  
Smirnow, Botschafter, 508  
Sokolowski, Marschall, 111 ff, 181, 183, 196 ff, 213 ff  
Spranger, Eduard, 170  
Stalin, Josef Wissarionowitsch, 37 ff, 64 ff, 69, 196 ff, 223, 248 ff, 283, 288, 290  
ff, 298, 304, 313, 378, 380  
Stauffenberg, Oberst Graf von, 361  
Stolz, Otto, 171  
Stumm, Dr., 201 ff  
Suhr, Professor Dr. Otto, 124, 131, 139, 142, 167, 182, 191, 204 ff, 207, 298 ff,  
302, 309, 312, 364, 366, 368 ff  
Tito, Marschall, 66  
Titow, 378  
Truman, Harry S., 58, 175, 512  
Ulbricht, Walther, 116, 280, 292, 317, 379, 384 ff, 391 ff, 397, 407, 410, 418, 423  
ff, 438, 468, 476 ff, 483, 491, 493, 499 ff, 538, 542, 546 ff, 550 ff, 555, 562, 565  
Vockel, Dr. Heinrich, 271  
Wagner, Richard, 565  
Walter, Bruno, 331  
Weill, Kurt, 340  
Werner, Dr. Arthur, 41, 106  
Wilhelm II., 347  
Wyschinski, 223  
Zarapkin, 519

## SACHREGISTER

Abgeordnetenhaus: 240, 243 ff, 256, 269, 286, 298 ff, 308 ff, 312, 366 ff, 371, 394 ff, 397, 440, 442, 482

Alliierte Kommandantur: 44, 48, 51 ff, 105 ff, 109, 126, 141 ff, 147, 151, 156 ff, 169, 173, 186, 199, 201, 205, 220 ff, 240, 254, 268, 279, 307

Alliiertes Kontrollrat: 47 ff, 59, 62, 66, 77, 99, 103 ff, 109 ff, 151, 160, 178, 181, 183, 186, 190, 197, 199, 208, 303, 305, 484, 497, 507

Antifaschistischer Block: 47, 61 ff, 70, 95 ff, 167

Arbeitslosigkeit: 35, 219, 237 ff, 241, 261, 264, 269, 271, 321 ff, 399, 479

13. August 1961: 328, 363, 384, 401, 491, 493, 499, 529, 537, 549 ff, 555 ff, 559, 562 ff

Aussenpolitik: 230, 234, 277 ff, 291, 295, 307

Ausstellungen und Messen: 272, 275, 353, 367

Berlin-Ultimatum der Sowjets (27. November 1958): 141, 220, 250, 323, 328, 363, 373 f, 376, 384 ff, 390, 392, 394, 398 ff, 403 f, 410, 418, 422, 433, 436, 446 f, 456, 473, 477, 518, 526, 530, 538, 553

Bezirksverwaltungen: 43 ff, 51, 100 ff, 105, 121, 142 ff, 181

Blockade: 127, 157, 179, 183, 192 ff, 203, 205, 208, 210 ff, 215 ff, 222 ff, 228 ff, 231, 235 ff, 240 ff, 248, 250 ff, 260 ff, 264, 267 ff, 271, 273 ff, 300, 317, 320, 324, 328 ff, 342, 344, 386 ff, 393, 399, 416, 442, 478, 490, 498

Bundesrepublik Deutschland: 180, 189, 222, 226, 230 ff, 246 ff, 255 ff, 259 ff, 267 ff, 271, 277 ff, 283 ff, 290, 306 ff, 313 ff, 320, 323 ff, 335, 338, 356 ff, 363, 370, 375 ff, 380 ff, 390 ff, 404 ff, 410, 422, 424, 429, 436, 439, 441, 444, 448 ff, 455, 475, 483, 485, 488, 490, 494, 496, 498, 503 ff, 516, 530, 534 ff, 540 ff, 547, 557

DDR: 47 f, 163 ff, 235, 255, 283 ff, 315 ff, 382, 389, 405 ff, 412, 437, 439, 448, 450 ff, 457 ff, 466, 468, 476 ff, 485, 495 ff, 499, 503, 506 ff, 520, 523, 530 ff, 537, 540, 546, 565

Eiserner Vorhang: 177 ff, 228, 234, 248 ff, 264, 388, 394, 508, 524, 557

Europäische Integration: 177, 234 ff, 242, 247, 263, 278, 289 f, 294, 302, 307, 310 ff, 318 ff, 324, 338, 341, 375

Fluchtbewegung: 257 ff, 265, 372, 379, 382 ff, 389, 402, 423 ff, 447, 457, 479, 480, 482, 492, 504, 536 ff, 562

Freie Stadt: 373, 405, 411, 431, 433, 439, 443, 451, 507, 510, 520, 523, 530

Friedensvertrag: 405 ff, 422, 451 ff, 459, 466, 468 ff, 476 ff, 518, 520, 529 ff, 533, 537

Gewerkschaften: 53, 86, 128, 167 ff, 178, 187, 212, 253, 399, 527

Hauptstadt Berlin: 160, 231, 234 ff, 255, 259, 270 ff, 276, 284, 301, 306, 318, 320, 325, 327 ff, 347, 353, 358, 361, 366, 370, 372, 386, 388 ff, 397 ff, 404 ff, 414 ff, 432, 440, 443 ff, 478, 485 ff, 496 ff, 504, 506, 517 ff, 524 ff, 536, 549, 556, 562, 565 f

17. Juni 1953: 292 ff, 380, 417

Kultur- und Schulpolitik: 62, 109, 126, 246, 275 f, 299, 329 ff, 339 ff, 342 ff, 478 f

Magistrat: 41 ff, 57, 73, 100 f, 105 f, 121 f, 139, 141 ff, 145 ff, 149, 152, 155, 157 f, 173, 181, 190 f, 198 ff, 202 ff, 209 ff, 220 f, 253 f, 337, 487

Marshallplan: 174 ff, 180, 184, 269, 322

NATO: 222, 289, 307, 314, 376, 391, 394, 397, 429, 513 f, 518, 532

Notstandsprogramm: 35, 321 f, 324

*Parteien:*

Allgemeines: 40, 44 ff, 61, 74 ff, 97, 103, 110, 128, 148, 185, 187, 198, 205, 240, 246 f, 281 ff, 294, 369, 399, 444, 504, 527

CDU: 43, 46, 52 f, 71 f, 95 f, 98, 100, 102, 116, 120, 140, 153, 162 ff, 187, 212, 214, 220, 237, 244 f, 300 ff, 308 f, 371, 395

DP: 308

KPD: 42 f, 46 f, 51, 53, 67 ff, 71 f, 78, 97, 103, 155

KPdSU: 364, 377

LDP (FDP): 43, 45 f, 53, 71 f, 96 f, 102, 116, 141, 153 f, 163 ff, 167, 187, 212, 214, 220, 237, 244 f, 302 f, 308 f, 395

NSDAP: 58, 331

SED: 86, 103 f, 108, 110, 112 f, 116 f, 122, 141, 146 ff, 150, 152, 154, 156, 158 f, 161, 164, 166 ff, 171, 179, 182, 191, 201 f, 210 ff, 214, 240, 243, 255, 263, 308, 322, 371 f, 382, 395, 423, 468, 481 f, 484, 486, 493, 500, 523 f, 543

SPD: 42 ff, 51, 53, 67 ff, 71 f, 81 ff, 87 ff, 96 f, 102 ff, 101f, 116, 120, 123 f, 128 f, 139 ff, 152 f, 156, 162, 172, 187, 212, 215, 220, 232 f, 239, 241 ff, 247 f, 296 ff, 300, 302 f, 308 ff, 369, 395, 484 f

Senat: 240, 244 ff, 256 f, 262, 266 f, 271, 284, 286 f, 300, 303, 309, 318 f, 339, 346, 352, 364, 366 ff, 397, 399, 441, 443, 477, 482, 487, 502, 504, 506 f, 526 f

Spaltung: 59, 115, 121 f, 127, 138, 143, 145, 161, 169, 176, 179 f, 185, 187, 192, 198, 210, 220, 222, 260, 267, 276, 280, 305, 316, 333, 341, 388, 394, 406, 415, 431, 437 ff, 443, 524, 560 f, 563 ff

Stadtverordnetenversammlung: 104, 122, 124, 126 ff, 137, 139 f, 146 ff, 151, 155  
 ff, 162 f, 165, 169, 171, 181 f, 187, 191, 198, 200 f, 203 ff, 209 ff, 213 f, 220 f,  
 224, 240, 244, 279 ff, 333, 337, 484  
 Ungarische Revolution: 366 f, 379, 473  
 Universitäten: 167 ff, 187, 204, 237  
 UNO: 222 f, 285 f, 289, 375, 429, 458, 513, 533, 538  
 Verfassung: 99 ff, 104 ff, 121 f, 126, 142 f, 150 f, 154, 158 ff, 182, 190, 203, 205,  
 221, 239 f, 244, 279 f  
 Viermächtekonferenz: 137 f, 161 f, 167, 174, 176 f, 180 ff, 224, 251 ff, 279, 303  
 ff, 314 f, 374, 377, 386, 408 f, 411 ff, 418, 420, 422 f, 426, 439 ff, 444, 447,  
 451, 453 f, 456, 459 ff, 464 f, 467 ff, 473, 476, 481 ff, 508, 511, 546  
 Volkskomitee: 39 f  
 Volkskongress: 162 f, 166, 171, 176, 179  
 Währungsreform: 34, 127, 130, 175, 183 ff, 196 f, 199 f, 208, 217 ff, 221, 232,  
 237, 253, 324, 382, 389, 540  
 Wahlen: 38, 52, 75 f, 80, 99 f, 104 ff, 108 f, 119, 127, 129, 163, 199, 203, 205,  
 210, 212 ff, 220, 222, 240 ff, 248, 255, 279 ff, 289 f, 294 ff, 304, 308, 315, 322,  
 370 f, 374 f, 394 ff, 431, 450, 533, 547, 559  
 Westliche Berlin-Garantien: 420 f, 433 f, 456, 517 f, 525, 552 f  
 Wiederaufbau: 57, 61, 279, 302, 318 f, 324, 338, 341, 345 ff, 479, 525  
 Wiedervereinigung: 114, 136 ff, 161 f, 185, 228, 232 ff, 236 f, 247, 251, 256, 276  
 ff, 283 f, 287 ff, 295, 304, 310, 312, 314 ff, 320, 361, 372 ff, 376, 381, 394, 402,  
 405 ff, 411, 415, 421, 423, 441, 443, 449, 524, 535, 543, 546 f, 554, 559 ff  
 Wirtschaft: 174 ff, 179, 183 ff, 187 f, 221, 230 f, 237 ff, 241, 261 f, 264, 267 ff,  
 319 ff, 345, 381 f, 389 f, 398 f, 402, 404, 424, 431, 503, 509, 527, 540 f  
 Zeitungen: 44, 53, 55 ff, 62, 78, 89, 91, 93, 107 f, 171, 283

## BENUTZTE QUELLEN

über die Berliner Geschichte seit 1945 fliessen die Quellen vorerst nur spärlich.  
 Die Dokumentation weist grosse Lücken auf. Eine rühmliche Ausnahme bildet die  
 vom Berliner Senat seit 1957 herausgegebene «*Schriftenreihe zur Berliner Zeitge-  
 schichte*», die indessen nur bis November 1948 einschliesslich bereits im Druck  
 vorliegt. Der ursprüngliche erste Band (1. Mai 1945 bis 20. Oktober 1946)

ist in diesem Jahr in wesentlich verstärktem Umfang neu herausgekommen. Die vom «Büro für Gesamtberliner Fragen» herausgegebene Darstellung «*Berliner Schicksal 1945-1952*» enthält sehr wertvolles Material, ist aber wenig zusammenhangvoll. Als wesentliche Arbeitsunterlage dienen ferner die bis 1958 alljährlich vorgelegten Jahresberichte des Presse- und Informationsamtes des Senats bzw. des früheren Magistrats. Zur Ergänzung wurden auch die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung alljährlich erarbeiteten Tätigkeitsberichte «*Deutschland im Wiederaufbau*» herangezogen. Für die letzten Jahre, insbesondere seit dem Sowjetultimatum vom 27. November 1958, wird die enge Verflochtenheit der geteilten und zerrissenen deutschen Hauptstadt mit der Weltpolitik hauptsächlich aus den von der Halbmonatsschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik «*Europa-Archiv*» laufend veröffentlichten Dokumenten deutlich. Die Bemühungen Berlins um einen engen Anschluss an den in der Bundesrepublik verkörperten freien Teil Deutschlands spiegeln sich in allen vom Deutschen Bundestag in Bonn über dieses Problem geführten Debatten (Stenographische Berichte der Sitzungen des Deutschen Bundestags, seit 1949 laufend herausgegeben von der Bonner Universitäts-Druckerei). Eine Fülle wichtigen Materials enthalten die Jahrgänge der Berliner Tagespresse, hauptsächlich des «*Tagesspiegels*» als der ältesten hiesigen Zeitung, die seit September 1945 unter amerikanischer Lizenz, aber bereits in deutscher Verantwortung erschien. Über die Hintergründe der Entstehung der SED und des Abwehrkampfes der Berliner Sozialdemokratie informiert eine Fortsetzungsreihe der Monatszeitschrift «*Europa-Brücke*» unter dem Titel «*Das Präludium des Kalten Krieges*» (3. Jahrgang, April 1957 bis 4. Jahrgang, Dezember 1958).

Die zentrale Bedeutung der Persönlichkeit Ernst Reuters für das Schicksal und den Wiederaufbau Berlins tritt besonders in der seinem Gedenken gewidmeten ausführlichen Biographie von Willy Brandt und Richard Lowenthal (Kindler-Verlag, München, 1957) hervor. Der Bericht Dr. Georg Kotowskis «*Der Kampf um die Selbstverwaltung in Berlin*» (Jahrbuch für Geschichte des deutschen Ostens, Band I, Max-Niemeyer-Verlag, Tübingen, 1952) behandelt in instruktiver Weise die von den Sowjets verursachten Schwierigkeiten der demokratischen Entwicklung in den Berliner Parteien und Gewerkschaften. Als ein wichtiger polemischer Beitrag aus östlicher Sicht ist das von Professor Dr. Steiniger herausgegebene «*Handbuch zur Westberlinfrage*» (Kongress-Verlag, Berlin, 1959) anzusehen.

Diese unter Zeitdruck entstandenen Hinweise auf benutzte Quellen können und wollen eine lückenlose Bibliographie nicht ersetzen, da unter den gegebenen Verhältnissen das Interesse der Aktualität des Buches den Vorrang vor allen sonstigen Erwägungen beansprucht. Es handelt sich viel eher um eine Verpflichtung des Dankes, die der Verfasser den Personen bzw. Institutionen schuldet, die ihm seine Arbeit in besonderem Masse erleichtert haben.